

Beteiligungsbericht 2023

Jahresabschluss
2022

der Stadt Frankfurt am Main



Im Dienste des Gemeinwohls

HERAUSGEBER



Der Magistrat
Stadtkämmerei
20.3 Beteiligungsmanagement
Paulsplatz 9
60311 Frankfurt am Main
E-Mail: info.beteiligungsmanagement@stadt-frankfurt.de
Internet: <https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de>



Redaktionsschluss: 30.06.2023

Beteiligungsbericht der Stadt Frankfurt am Main 2023

Im Dienste des Gemeinwohls



Sehr geehrte Frankfurter:innen,

liebe Leser:innen,

so unterschiedlich die inzwischen 602 städtischen Beteiligungsgesellschaften auch sein mögen: Sie haben eine Gemeinsamkeit. Sie agieren alle im Dienste des Gemeinwohls. Deshalb haben wir dieses Motto auch dem diesjährigen Beteiligungsbericht vorangestellt.

Falls Sie sich also noch nie darüber Gedanken gemacht haben, wer bei Ihnen zuhause für Wasser, Strom und Wärme sorgt, wer morgens vor dem Haus Ihre Mülltonne leert, wer Busse, U- und Straßenbahnen fahren lässt, wer Ihre Kinder betreut, wer sich um die Schwimmbäder kümmert, wer bezahlbare Wohnungen baut, wer Hafen und Märkte oder Oper und Schauspiel betreibt – es sind meist städtische Eigenbetriebe oder Gesellschaften, die ganz oder teilweise der Stadt gehören. Als Konzern Stadt Frankfurt am Main erbringen sie gemeinsam mit der Kernverwaltung einen Großteil der Dienstleistungen einer Kommune, die zur Daseinsvorsorge gehören. Sie schaffen die notwendigen Grundlagen für unser Zusammenleben, betreiben eine leistungsstarke Infrastruktur und ermöglichen so eine lebenswerte Stadt.

Unsere Beteiligungsunternehmen, zu denen auch international tätige Unternehmen wie die Messe Frankfurt und die Fraport AG zählen, prägen nicht nur den Alltag der Bürger:innen. Sie stellen auch einen bedeutenden Teil unseres kommunalen Vermögens dar, sind ein erheblicher Faktor für die finanzielle Leistungsfähigkeit und für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Ohne sie wäre die Gestaltung einer wachsenden, zukunftsfähigen Stadt nicht umsetzbar. Denn sie sind auch Partner für die Umsetzung politischer Vorhaben – wie dem Klimaschutz, der Mobilitätswende oder der Schaffung bezahlbaren Wohnraums.

Gesteuert wird der Konzern Stadt Frankfurt am Main durch die von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in die Aufsichtsräte und Betriebskommissionen entsandten Vertreter:innen. Bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe leistet die Abteilung Beteiligungsmanagement der Stadtkämmerei eine wichtige Unterstützung. Mit den jährlichen Berichten informieren wir die Bürger:innen umfassend über unsere Unternehmensbeteiligungen.

Der vorliegende Bericht zeigt, wie die Unternehmen wieder ein schwieriges Jahr bewältigt haben – und wie es weitergeht. Noch immer wirken die Folgen der Corona-Pandemie und des Krieges in der Ukraine auch bei uns vor Ort aus. Doch die kommunalen Unternehmen sorgen auch in unruhigen Zeiten für Stabilität und für eine nachhaltige Daseinsvorsorge. Ganz im Dienste des Gemeinwohls.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'B. Bergerhoff'.

Dr. Bastian Bergerhoff

Stadtkämmerer

Allgemeine Hinweise

Der **Beteiligungsbericht 2023**, der nunmehr **vierundzwanzigste** in Folge, ist der dritte Bericht, der nicht gedruckt, sondern in rein digitaler Form vorgelegt wird. Inhaltlich folgt er der bewährten Struktur, wobei weiterhin gilt, dass aktuelle Entwicklungen nur bis zum **Redaktionsschluss (30.06.2023)** erfasst werden können.

Der Bericht enthält **eingangs im Allgemeinen Teil** übergeordnete Informationen wie z. B. gesetzliche Grundlagen, das Thema Nachhaltigkeit oder den Umsetzungsstand des Public Corporate Governance Kodex (PCGK) und die Organisation des Beteiligungsmanagements. Außerdem bildet der Allgemeine Teil zusammenfassende Zahlenübersichten ab. Diese basieren auf den geprüften Jahresabschlüssen 2022. Bei den wesentlichen Veränderungen im Beteiligungsbestand konzentriert sich die Darstellung auf Beteiligungen von mindestens 20 Prozent (Definition gemäß Hessischer Gemeindeordnung (HGO) unter Berücksichtigung der Auslegung durch den Stadtverordnetenbeschluss (§ 841 vom 15.12.2016) der Stadt Frankfurt am Main). Die Gesamtzahl wird nachrichtlich genannt. Einzeldarstellungen zu direkten Beteiligungen unter 20 Prozent sind in den Anlagen zusammen mit dem Gros der mittelbaren Beteiligungen zu finden.

Im **zweiten Abschnitt** enthält der Beteiligungsbericht die **Einzeldarstellungen** zu den **wesentlichen Beteiligungen**, d. h. zu allen direkten Beteiligungen ab 20 % sowie zu ausgewählten indirekten Beteiligungen:

- Die jeweilige **Eckdatentabelle** listet grundlegende Daten wie Anschrift, Gründung, Unternehmensgegenstand und Organmitglieder mit **Stand 31.12.2022** auf. Lediglich bei Firma, Anschrift und Telefonnummern sind die zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (30.06.2023) aktuellen Daten aufgeführt. Beiräte werden aufgeführt, wenn es sich um satzungsgemäß begründete Organe von Beteiligungen ab 20 % handelt (Pflichtangabe gemäß HGO). Soweit Gesellschaften ihrerseits Beteiligungen halten, werden (analog zur HGB-Regelung) nur die wesentlichen unmittelbaren Beteiligungen ab 20 % in der Tabelle dargestellt.
- Danach folgen der Ausblick auf 2023 (bzw. 2022/23) und Ausführungen über die Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022 (bzw. 2021/2022 bei den beiden Beteiligungen Städtische Bühnen und Frankfurt Ticket mit abweichendem Geschäftsjahr). Sofern die Mitglieder der Geschäftsführung der Veröffentlichung ihrer Vergütung im Beteiligungsbericht zugestimmt haben, wird die Gesamtvergütung aufgeführt (Gehälter, geldwerter Vorteil aus Dienstwagennutzung, Sozialversicherungsbeiträge, zusätzliche Altersversorgung u. ä.).
- Die Zahlentabelle mit den Jahresabschlussdaten und sonstigen Kennzahlen greift auf die softwaregestützte Datenbank des Beteiligungsmanagements zurück. Da die Angaben in Tausend-Euro erfolgen, können sich bei der Summenbildung umrechnungsbedingt Rundungsdifferenzen ergeben.
- Bei den Darstellungen von Bilanz und GuV kann es an einzelnen Stellen zu Abweichungen zum Jahresabschluss kommen. Dies liegt einerseits (softwarebedingt) an der standardisierten Gliederung im Beteiligungsbericht und fallweise an einer aus Sicht des Beteiligungsmanagements passenderen Umgliederung.
- Bis zum Redaktionsschluss nicht testierte Jahresabschlüsse sind als Entwurfsfassung gekennzeichnet.
- Wie jedes Jahr gilt: in Einzelfällen können sich Abweichungen vom Beteiligungsbericht des Vorjahres ergeben (ohne Ergebnisänderung), denn zum Zweck der Vergleichbarkeit wird im Falle von Änderungen die Struktur der GuV des Vorjahres an die veränderte Struktur des Geschäftsjahres angepasst. Die Änderung der Vorjahreswerte erfolgt jedoch nur, soweit sie auch im testierten aktuellen Jahresabschluss als Vergleichszahlen des Vorjahres ausgewiesen sind.

Der Beteiligungsbericht 2023 wurde wie in den Vorjahren ergänzt um den „Trägerbericht Nassauische Sparkasse“, der im **dritten Abschnitt** wiedergegeben ist.

Im **Nebenteil** werden seit der Änderung der HGO vom 16.12.2011 zusätzlich die **weiteren mittelbaren Beteiligungen** mit einem durchgerechneten Anteil ab 20 %, seit 2014 außerdem die direkten Beteiligungen unter 20 % dargestellt. Die Anlage enthält auch eine **grafische Darstellung** des **Gesamtportfolios**.

Inhaltsverzeichnis Hauptteil

I. Allgemeiner Teil

1.	Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main	1
2.	Gesetzliche Grundlagen	4
2.1	Europäisches Beihilferecht	7
2.2	Rechnungslegung in Krisenzeiten	10
2.3	Besonderheiten bei Sparkassen	11
2.4	Umsetzung Public Corporate Governance Kodex	12
2.5	Nachhaltigkeit	15
3.	Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2022	21
4.	Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe	25
5.	Verzinsung des eingesetzten Kapitals	37
6.	Bericht Frauenförderung	38

II. Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen

1. Wirtschaft und Stadtentwicklung		40
1.1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	40
1.2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	43
1.3	Dom Römer GmbH	47
1.4	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	50
1.5	FinTech Community Frankfurt GmbH	54
1.6	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	57
1.7	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	62
1.8	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	65
	1.8.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH	68
1.9	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	72
1.10	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	77
1.11	Messe Frankfurt GmbH und Konzern	80
	1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH	88
	1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH	93
1.12	Rebstock Projektgesellschaft mbH	97
1.13	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100
1.14	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH	105
	1.14.1 Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH	109
2. Verkehr, Ver- und Entsorgung		112
2.1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern	112
2.2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	121
2.3	RTW Planungsgesellschaft mbH	123
2.4	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	124
2.5	Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	129

2.6	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern	134
2.6.1	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	141
2.6.2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	145
2.6.3	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern	149
2.6.4	Mainova AG und Konzern	158
2.6.5	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	168
2.6.6	In-der-City-Bus GmbH	174
2.7	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	179
3.	Wohnungsbau	185
3.1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern	185
3.1.1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	193
3.1.2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	196
3.1.3	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	201
3.1.4	WOHNHEIM GmbH	204
3.2	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH und Konzern	207
4.	Kultur	213
4.1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH	213
4.2	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	216
4.3	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	220
4.4	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	221
4.5	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	225
	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (siehe 3.1.4)	
4.6	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	229
4.7	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	233
5.	Freizeit und Bildung	237
	BäderBetriebe Frankfurt GmbH (siehe 2.6.2)	
5.1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	237
5.2	Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)	241
5.3	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	249
5.4	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	252
6.	Gesundheit und Soziales	258
6.1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	258
6.1.1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	259
6.1.1.1	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	260
6.1.1.2	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	261
6.2	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)	262
6.3	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	269
III.	Trägerbericht Nassauische Sparkasse	273

IV. Anlagen

Abkürzungsverzeichnis	283
Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil	290
Erläuterungen und Begriffsdefinitionen	306
Gesetzestexte, Internetfundstellen	310

V. Nebenteil

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %
2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen
3. Grafische Gesamtübersicht der Beteiligungen
 - 3.1. Gesamtportfolio der Stadt Frankfurt am Main
 - 3.2. Grafische Darstellungen der Einzelkonzerne

1. Organisation des Beteiligungsmanagements der Stadt Frankfurt am Main

Das Beteiligungsmanagement, eine Abteilung im Zentralamt Stadtkämmerei, wirkt mit seinen derzeit 17 Mitarbeitenden (rd. 14 Vollzeitäquivalente) als zentrale Serviceeinheit bei der Aufgabe mit, die Beteiligungsunternehmen zu steuern und zu überwachen. Hierbei sind sowohl die Gemeinwohlorientierung als auch die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaften und Eigenbetriebe zu beachten. Im Rahmen des Beteiligungsmanagements werden die der Stadt Frankfurt am Main als Gesellschafterin obliegenden Funktionen ebenso wahrgenommen wie die Betreuung der städtischen Aufsichtsrats- sowie Betriebskommissionsmitglieder. Das Beteiligungsmanagement arbeitet insbesondere bei der Gründung, Umwandlung, Auflösung und Umstrukturierung von Gesellschaften mit. Daneben ist das Beteiligungsmanagement zuständig für die Erstellung des jährlichen Beteiligungsberichts der Stadt Frankfurt am Main, der auf dem Stadtverordnetenbeschluss vom 22.10.1998 sowie auf den Vorgaben der im Jahr 2005 geänderten Hessischen Gemeindeordnung (§ 123 a HGO) basiert.

Digitalisierung des Beteiligungsmanagements - Beteiligungsmanagement 4.0 -

Der aktuelle Ukraine-Konflikt hat die gestiegene Anforderung an die Konzernsteuerung noch einmal deutlich gesteigert. Der Datenaustausch innerhalb des Beteiligungsmanagements sowie zwischen dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main und den städtischen Beteiligungsunternehmen erfolgte in der Vergangenheit in der Regel über E-Mail-Verkehr. Durch fortschreitende Digitalisierung und umfangreichere Datenmengen reicht die begrenzte Übertragungsgröße von 10 MB in Outlook nicht mehr aus. Der Einsatz der Microsoft SharePoint-Technologie hat zu einer erheblichen Verbesserung der Datenzugriffsgeschwindigkeit geführt. Darüber hinaus wird auch die Transparenz und Datenverfügbarkeit im Beteiligungsmanagement deutlich erhöht, was aufgrund des verstärkten mobilen Arbeitens der Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements unerlässlich ist.



In der **ersten Projektphase** (Okt. 2020 bis Jan. 2021) wurde der SharePoint mit rd. 66 wesentlichen Beteiligungsgesellschaften aufgebaut. In der **zweiten Projektphase** (Feb. bis April 2021) wurden über 200 Mitarbeitende der städtischen Beteiligungsgesellschaften/Eigenbetriebe aus dem Bereich Gremienbüros in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. In der **dritten Projektphase** (April bis Juli 2021) wurden 51 Mitarbeitende der städtischen Verwaltung (Stadtkämmerei und Revisionsamt) in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Zwar konnten hier die Berechtigungen ohne sog. Token vergeben werden, da es sich um interne Kunden des SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 handelt, allerdings sind aufgrund des städtischen Aufgabenverteilungsplans und dem damit verbundenen rechtlichen Rahmen besondere Anforderungen an die Vertraulichkeit der Daten und den Datenschutz zu stellen. Insofern musste eine interne Überwachungssoftware installiert werden, die den Datenzugriff aus den Ämtern überwacht. In der **vierten Projektphase** (Aug. 2021 bis Juli 2022) wurden die Gremienmitglieder der städtischen Beteiligungsunternehmen in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Damit kommt es mindestens zu einer Verdreifachung der zu pflegenden Zugriffsberechtigungen, denn die Gesamtzahl aller Mandate (städtische Vertreter mit 267 Mandaten, Arbeitnehmer-Vertreter bei mitbestimmten Aufsichtsräten (über 100 Mandate) und externe Dritte (wie z. B. die Thüga-Vertreter bei der Mainova oder Remondis bei der FES)) beträgt 637 Mandate. Deshalb ist es notwendig in einer **sechsten Projektphase** (ab Okt. 2022) ein professionelles Berechtigungstool (sog. frame work) aufzubauen. Dazu wurde eine sog. App-Lösung von T-

System ausgewählt, welche in einem agilen Projekt von Mitarbeitenden des Beteiligungsmanagements in Zusammenarbeit mit T-System als maßgeschneiderte Lösung für das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main erstellt wird, so dass dieses Projekt bundesweit durchaus als Pilotprojekt verstanden werden kann. Der Einsatz des SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 hat zu einer erheblichen Verbesserung der Effizienz der Kommunikation des immer komplexer werdenden Konzernverbundes Stadt Frankfurt am Main geführt. Allerdings bedingt dies dann auch ein komplexes Berechtigungskonzept, um die Vertraulichkeit der Daten zu gewährleisten. Außerdem sind hohe Anforderungen der IT-Sicherheit zu gewährleisten. Zu vor wurden in der **fünften Projektphase** (ab Juni 2022) die Fachdezernate ebenfalls in den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 aufgenommen. Nach Aussage des Konzernbüros der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) sparen die SWFH sowie die Töchter In-der-City-Bus GmbH (ICB) und AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA), deren Aufsichtsräte auch vom Konzernbüro der SWFH betreut werden, rd. 125.000 Blatt Papier im Jahr durch den SharePoint Beteiligungsmanagement 20.3 der Stadt Frankfurt am Main. Insofern ist für den Konzernverbund Stadt insgesamt mit einer Einsparung von weit über 1.000.000 Blatt Papier auszugehen. Damit leistet das Beteiligungsmanagement auch einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz und zur Nachhaltigkeit.

-Datenbankunterstützung im Beteiligungsmanagement-

Aufgrund der komplexen Datenmenge ist aus Effektivitätsgründen eine Softwarelösung notwendig, die neben der reinen Finanzdatenerfassung auch die Stammdaten der Beteiligungsgesellschaften (Personal, Adresse, Kapital, Beteiligungen, Mandate) erfasst und darüber hinaus stets aktuelle Auswertungen über das Beteiligungsportfolio der Stadt Frankfurt am Main liefern kann. Durch die historische Datenbank soll die Softwarelösung die Kernfunktion einer Beteiligungsverwaltung – die Gedächtnisfunktion – erfüllen. Deshalb stellt die Lösung, für die sich die

Stadt Frankfurt am Main entschieden hat, alle beteiligungsrelevanten Informationen in einer zentralen Datenbank zur Verfügung. Alle Felder sind historisch geführt und lassen sich historisch auswerten. Die Software bietet eine PC- und eine Web-Oberfläche, automatisiert viele arbeitsintensive Prozesse im Beteiligungsmanagement und erlaubt es, in einem speziellen Bereich Abschlüsse, Kennzahlen und weitere Controlling-Daten zu speichern und auszuwerten. Die Integration der webbasierten Datenbank war ein Meilenstein in der Geschichte des Beteiligungsmanagements und bereits damals ein wesentlicher Beitrag für die Digitalisierung in der Verwaltung.

Heute sind neben dem Kernmodul für die Verwaltung von Angaben über Personen, Adressen, Kapital und Beziehungsverflechtungen zehn weitere Module im Einsatz, darunter beispielsweise die Module „Dokumentenarchiv“ (Verwaltung, Archivierung und Anzeige von Dokumenten wie Gesellschaftsverträgen, Handelsregistrauszügen) und „Mandate“ (Informationen über Geschäftsführer, Betriebsleiter, Vorstände, Aufsichtsrats- und Betriebskommissionsmitglieder). Die Softwarelösung wird neben der Stammdatenverwaltung vor allem für das Beteiligungscontrolling genutzt. Sie ermöglicht den Gesellschaften und Eigenbetrieben eine webbasierte Eingabe der Quartals- und Jahresabschlusszahlen sowie der mittelfristigen Planzahlen direkt in die Datenbank des Beteiligungsmanagements. Die Beteiligungsgesellschaften können mithilfe der Software selbst eigene Auswertungen für ihre Zwecke erstellen.

Nachdem das städtische Beteiligungsmanagement die neue Datenbank mit den wesentlichsten Beteiligungen und deren Daten befüllt hatte, wurde die Software nach einem intern erstellten Berechtigungskonzept auf wesentliche Beteiligungsunternehmen sowie abteilungsübergreifende Mitarbeitende der Stadt ausgerollt. Aktuell haben knapp 100 Nutzer Zugriff auf die Software. Laut Public Corporate Governance Kodex wird das operative Beteiligungscontrolling der Stadt Frankfurt am Main in Form eines Quartals-Reportings vollzogen. Dazu werden die Quartalsabschlüsse der direkten und indirekten städtischen Mehrheitsbeteiligungen sowie der Eigenbetriebe vom Beteiligungsmanagement zu einem Gesamt-Quartalsbericht zusammengefasst. Über 40

Beteiligungen müssen ihre Quartalszahlen (Bilanz, GuV, Anzahl der Mitarbeitenden) bis zu einem vom Beteiligungsmanagement vorgegebenen Stichtag in die Datenbank eingeben. Viele Unternehmen nutzen dabei die Importfunktion der Software, was die Eingaben erleichtert und beschleunigt. Die Lieferfrist für die Daten konnte dadurch erheblich verkürzt und eine höhere Akzeptanz des Softwareeinsatzes aufgrund der einfachen und flexiblen Handhabung erreicht werden. Das Beteiligungscontrolling führt direkt nach Ende der Eingabefrist Vollständigkeits- und Plausibilitätsprüfungen durch; dies verbessert die Datenqualität.

Zur Unterstützung der Analyse hat das Beteiligungsmanagement für die Gesellschaften und Eigenbetriebe Dashboards entwickelt. Hierbei handelt es sich um eine Zusammenstellung wesentlicher Finanz-, Personal- und Leistungskennzahlen über mehrere Jahre. Sie ermöglicht dem jeweiligen Nutzer einen schnellen Überblick über die Geschäftsentwicklung. Die Dashboard-Dateien werden in erster Linie aus den in der Datenbank gesammelten Unternehmensdaten gespeist. Es können Zeitreihen von zehn Jahren und darüber hinaus grafisch dargestellt werden. Mithilfe dieses Analysetools hat das Beteiligungsmanagement die Geschäftsentwicklung der Gesellschaften und Eigenbetriebe über einen großen Zeitraum stets im Blick. Neben dem Vorhalten von Kennzahlen und der Möglichkeit einer aufbereiteten Berichterstattung über Business Objects bietet die Softwarelösung auch darüberhinausgehende Informations- und Berichtsmöglichkeiten. Bisher hat das Beteiligungsmanagement weit über 100 Business-Objects-Berichte zu unterschiedlichen Sachverhalten generiert. Das Beteiligungsmanagement kann somit neben den wiederkehrenden Standardberichten auch mit Ad-hoc-Berichten auf kurzfristige Anfragen reagieren. Darüber hinaus gelangen die Datenbanknutzer über das Modul Dokumentenarchiv schnell an Unternehmensdokumente wie beispielsweise Satzungen, Geschäftsordnungen und Handelsregisterauszüge.

Zentrales Merkmal der eingesetzten Datenbank ist die „Gedächtnisfunktion“ für das Beteiligungsmanagement. Mit der Möglichkeit zur historischen Da-

tenabfrage über einen selbst gewählten Betrachtungszeitraum und der Historie von mehr als 15 Jahren hat dieser Aspekt wesentliche Bedeutung. Gleichzeitig leistet die Datenbank seit vielen Jahren einen wirksamen Beitrag zur Digitalisierung in der Stadtverwaltung, insbesondere im Finanzdezernat. Die von der Stadt Frankfurt am Main im Beteiligungsmanagement eingesetzte Softwarelösung hat zu effizienteren Prozessen bei der Überwachung und Steuerung des Beteiligungsportfolios maßgeblich beigetragen. Beispielsweise konnten durch den Einsatz der Software die Meldefristen für den Quartalsbericht für die Quartale eins bis drei von vormals 20 auf zehn Arbeitstage halbiert werden. Auch müssen die Bilanzseiten nicht mehr manuell überprüft werden. Die Software kann einen Bericht erstellen, der die Summen der Aktiva und Passiva gegenüberstellt und die Differenz bildet. Dort, wo sie nicht null ist, zeigt das Programm einen Alert an. Auch die korrekte Übernahme des GuV-Ergebnisses in die Bilanz kann automatisch geprüft werden. Einen zusätzlichen Qualitätsaspekt ermöglicht das Modul „Mailing“, indem bei Datenänderungen nach dem Stichtag eine automatische Nachricht an das Beteiligungsmanagement ausgelöst wird. Dies stellt sicher, dass keine falschen Datenbestände berichtet werden.

Um mit der Zeit zu gehen, hat AMI nach vielen Jahren ein neues Aussehen bekommen. Das neue Layout ist etwas ansprechender und soll dadurch insbesondere die Handhabung erleichtern. Die Inhalte und Funktionen haben sich nicht wesentlich geändert.

Den Beteiligungsbericht inkl. der mittelbaren Beteiligungen sowie der Grafikdarstellung mit Zoom-Funktion des städtischen Portfolios finden Sie im Internet unter:

<https://beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de/>



2. Gesetzliche Grundlagen

Das den Gemeinden durch Art. 28 Abs. 2 Grundgesetz garantierte Selbstverwaltungsrecht umfasst auch das Recht auf wirtschaftliche Betätigung. Konkretisiert wird dieses Recht durch die §§ 121 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO). Hinter der dort normierten Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung einer Gemeinde steht das Ziel, ihr in möglichst optimaler Form zu ermöglichen, Leistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge zu erbringen. Zur Erfüllung dieses Zwecks darf die Gemeinde auch Gesellschaften gründen oder sich an solchen beteiligen, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet sind (§ 122 Abs. 1 HGO). Allerdings müssen die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO erfüllt sein, wonach für die wirtschaftliche Betätigung erforderlich ist, dass 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Bereits keine wirtschaftliche Betätigung liegt vor, wenn 1. die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist oder 2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung oder 3. zur Deckung des Eigenbedarfs tätig ist.

Für den Bereich der erneuerbaren Energien ist die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung gegenüber der Subsidiaritätsklausel in § 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO gelockert. Die Gemeinde darf sich gemäß Abs. 1 a auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung erneuerbarer Energien sowie der Verteilung von hieraus gewonnener thermischer Energie wirtschaftlich betätigen, wenn diese Betätigung innerhalb des Gemeindegebiets oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt.

Ausgenommen von Abs. 1 a sind wie bei der allgemeinen Subsidiaritätsklausel in Abs. 1 Nr. 3 Tätigkeiten, die vor dem 01.04.2004 bereits ausgeübt wurden.

Neben den oben genannten drei Voraussetzungen des § 121 HGO muss sichergestellt sein, dass die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit begrenzt ist (§ 122 Abs. 1 Nr. 2 HGO) und die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO). Weiterhin muss gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt und geprüft werden kann (§ 122 Abs. 1 Nr. 4 HGO). § 123 HGO installiert außerdem die Unterrichts- und Prüfungsrechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen gemäß §§ 53 und 54 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG). Für die städtischen Mehrheitsbeteiligungen und die Beteiligungen, an denen die Stadt mit mindestens 25 % beteiligt ist und bei denen ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zusteht, ist im Rahmen der Abschlussprüfung insbesondere auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung zu prüfen. In den Satzungen ist zu verankern, dass Revisionsamt und Landesrechnungshof die Rechte nach § 54 HGrG zustehen, d. h., dass sie sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck auch den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen können.

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen

Einige Regelungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden gelten ausdrücklich für unmittelbare und für mittelbare Beteiligungen:

So ist die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 51 Ziffer 11 HGO für die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen sowie eine unmittelbare Beteiligung oder

mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung an diesen gegeben. Auch die Umwandlung der Rechtsform von Eigenbetrieben oder wirtschaftlichen Unternehmen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit größerer Bedeutung beteiligt ist, ist der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten (§ 51 Ziffer 12 HGO).

Die Stadt Frankfurt am Main hat den unbestimmten Rechtsbegriff „mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung“ mit **Stadtverordnetenbeschluss vom 15.12.2016 (§ 841)** näher konkretisiert:

Voraussetzung für eine mittelbare Beteiligung von größerer Bedeutung ist demnach, dass die Stadt Frankfurt am Main an dieser durchgerechnet mit mindestens 20 % beteiligt ist.

In der Gesetzesbegründung wird auf Holdingstrukturen und die Notwendigkeit verwiesen, in liberalisierten Märkten schnelle Entscheidungen zu treffen. Daher werden außerdem die Beteiligungsunternehmen der nachfolgenden (Teil-)Konzerne von der Vorlagepflicht gegenüber der Stadtverordnetenversammlung ausgenommen, sofern die Kapitalanteile an diesen sich auf jeweils nicht mehr als einen Betrag in Höhe von 20 % vom Eigenkapital (gemäß HGB-Definition zum Stand des letzten geprüften Jahresabschlusses) der jeweiligen Konzernmutter-Gesellschaft belaufen:

- Energiesektor: Mainova AG
- Luftfahrt: Fraport AG
- Verkehrsunternehmen im Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern (insbes. Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH)
- Abfallwirtschaft/Entsorgung: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
- Gesundheitswesen: Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (mit Klinikum Frankfurt Höchst GmbH)
- Messewesen: Messe Frankfurt GmbH
- Wohnungswirtschaft: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH, Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH.

Bei den Kapitalanteilen wird von durchgerechneten Anteilen, und zwar durchgerechnet auf die jeweilige (Teil-)Konzernmutter-Gesellschaft, ausgegangen.

Für alle mittelbaren Beteiligungen, die nicht unter diese Begriffsbestimmung fallen, liegt die Zuständigkeit beim Magistrat, der ermächtigt ist, die notwendigen Entscheidungen über Angelegenheiten dieser Beteiligungen im Sinne der laufenden Verwaltung zu handhaben.

Die materiellen Voraussetzungen zur Gründung oder Beteiligung an Unternehmen in § 122 Abs. 1 bis 3 HGO gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will (§ 122 Abs. 5 HGO).

Die Pflicht zur Sicherstellung der Unterrichts- und Prüfungsrechte nach § 123 HGO i. V. m. § 53 HGrG gilt ferner ebenfalls für mittelbare Beteiligungen, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 HGrG beteiligt ist.

In den innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellenden Beteiligungsbericht sind nach § 123 a HGO Informationen über unmittelbare und mittelbare Beteiligungen von mindestens 20 % aufzunehmen.

Gemäß § 124 HGO sind Veräußerungsgeschäfte und ähnliche Rechtsgeschäfte betreffend Mehrheitsgesellschaften nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Dies gilt unabhängig von der Stufe der Mehrheitsbeteiligung (§ 124 Abs. 2 HGO).

Vorsitz d. Oberbürgermeister:in in den Gesellschaftsorganen (§ 125 HGO)

Nach § 125 Abs. 2 HGO führt der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin oder das von ihm/ihr bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands in den Gesellschaftsorganen der städtischen Eigengesellschaften und Mehrheitsbeteiligungen den Vorsitz, außer es gelten weitergehende gesetzliche Vorschriften oder andere gesetzliche Regelungen stehen dem entgegen (z. B. Wahl des/der Vorsitzenden nach § 107 AktG).

Paritätische Besetzung von Aufsichtsgremien (§ 125 Abs. 2 HGO)

Seit der Änderung der HGO zum 01.01.2016 soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Für das Berichtsjahr 2016 ist diese Regelung erstmals zum Tragen gekommen. Auch das 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG I) enthält Regelungen zu Frauen- bzw. Geschlechterquoten, betrifft aber nur einen Teil der städtischen Beteiligungsunternehmen. U. a. ist für Aufsichtsräte von Unternehmen, die börsennotiert und voll mitbestimmt sind, eine Geschlechterquote von 30 % vorgesehen, die seit dem 01.01.2016 sukzessive für neu zu besetzende Aufsichtsratsposten zu beachten ist. Unternehmen, die entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind, sind verpflichtet, Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Aufsichtsräten, Vorständen und obersten Management-Ebenen festzulegen. Die Frauenquoten sind zum Stichtag 31.12.2022 jeweils in den Einzelbeiträgen der betroffenen Gesellschaften in der Stammdatentabelle unter der Liste der Aufsichtsratsmitglieder ausgewiesen.

Ferner gilt darüber hinaus seit Inkrafttreten des am 25.06.2021 beschlossenen Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Regelungen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst (FüPoG II) für Vorstände börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen mit mehr als drei Mitgliedern ein Mindestbeteiligungsgebot von einer Frau und einem Mann, wobei bestehende Mandate bis zu ihrem vorgesehenen Ende wahrgenommen werden können.

Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts (§ 126 a HGO)

Den hessischen Gemeinden ist es erlaubt, Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts zu errichten oder Regie- oder Eigenbetriebe in eine solche umzuwandeln. § 126 a HGO enthält Regelungen zur Ausgestaltung, Organisation und Wirtschaftsführung sowie zu Befugnissen.

In dieser Rechtsform operiert die Nassauische Sparkasse. Der Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau, der von den Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets gebildet wird. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald. Die Bank selbst ist als Universalkreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung.

2.1 Europäisches Beihilferecht

Die EU-Kommission führt nach Maßgabe des Artikel 108 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der EU, einer der Kernregelungen des sog. Lissabon-Vertrags; Amtsblatt der EU Nr. C 115 v. 09.05.2008) die Überprüfung der Vereinbarkeit von Einzelbeihilfen und Beihilfenregelungen mit dem Binnenmarkt durch. Dabei überprüft sie fortlaufend in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten die bestehenden Beihilfenregelungen, zu denen auch etwaige Betrauungsakte hinsichtlich der Finanzierung von sog. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) gehören. Die Stadt Frankfurt am Main als Beihilfengeberin hat stets dafür Sorge zu tragen, dass die Betrauungsakte in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden. Die Mitgliedstaaten sind gemäß Artikel 8 des DAWI-Beschlusses 2012/21/EU verpflichtet, während des gesamten Betrauungszeitraums und mindestens zehn Jahre nach Ende des Betrauungszeitraums alle Informationen verfügbar zu halten, die der EU-Kommission ermöglichen zu prüfen, ob die gewährten Ausgleichsleistungen mit dem DAWI-Beschluss 2012/21/EU vereinbar sind.

Beihilfeverbot (Art. 107 Absatz 1 AEUV)

Eine verbotene Beihilfe nach Artikel 107 Abs. 1 AEUV ist jeder gewährte wirtschaftliche Vorteil ohne angemessene Gegenleistung, den das (Beteiligungs-) Unternehmen unter marktüblichen Bedingungen nicht erhalten hätte. Als klassisches Beispiel für verbotene Beihilfen sind direkte Zuwendungen (z. B. Betriebsmittelzuschuss, Bürgschaft), aber auch indirekte Zuwendungen (wie z. B. Personalüberlassung zu marktunüblichen Konditionen, Grundstücksveräußerungen unter Wert) zu nennen.

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)

Gemäß Artikel 106 Abs. 2 AEUV gilt auch für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse, also mit der klassischen Daseinsvorsorge, wie die städtischen Beteiligungsunternehmen, befasst sind - und oftmals strukturell defizitär arbeiten -, das Beihilfeverbot. Allerdings hält das EU-Beihilferecht hier Erleichterungen bereit z. B.

mit dem Freistellungsbeschluss, dem Kern des sog. Almunia-Pakets (Mitteilung der EU-Kommission 2012/C 8/02). Danach können tatbestandsmäßige Beihilfen mittels eines Betrauungsaktes legitimiert werden. Ziel des Betrauungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche durch staatliche Zuwendungen zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle. Der Betrauungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Umsetzung durch die Stadt Frankfurt am Main

Die Umsetzung des EU-Beihilfenrechts hat das Beteiligungsmanagement in den letzten Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Denn mit dem Erlass eines Betrauungsakts allein ist es nicht getan. Trennungsrechnung und Überkompensationskontrolle beispielsweise zählen zu den laufenden Aufgaben, deren Überprüfung durch den/die Abschlussprüfer:in im Zusammenhang mit der jährlichen Abschlussprüfung daher auch bereits im Frühjahr 2014 vom Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main auf den Weg gebracht wurde. Basierend auf den gewonnenen Erfahrungen in den ersten Jahren der Geltung des Prüfungsstandard (PS) 700 des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) hat das Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main das Prozedere im Zusammenhang mit der Jahresabschlussprüfung optimiert, um für alle Seiten das Handling transparenter zu gestalten. Dazu wurde ein Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung betrauter Beteiligungsunternehmen von dem Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main (mit Wirkung zum 01.01.2015) entwickelt.

Die Jahresabschlussprüfung ist für das Beteiligungsmanagement eines der wichtigsten Instrumente im Rahmen der Überkompensationskontrolle als beihilfengewährende Stelle. Insofern ist die Dokumenta-

tion der Abschlussprüfung von besonderer Bedeutung. Mit dem Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung von betrauten städtischen Beteiligungsunternehmen wurde durch eine klare Strukturierung der Anforderungen an das Berichtswesen ein hohes Maß an Transparenz geschaffen, um den gesetzlichen Anforderungen des europäischen Beihilfenrechts Rechnung zu tragen.

Wie wichtig dieses Thema ist, wurde durch das Prüfverfahren der EU-Kommission im Bereich Wirtschaftsförderung (SA.44264/MX) deutlich. Im Schreiben vom 31.01.2019 weist die EU-Kommission ausdrücklich darauf hin, dass „...insbesondere eindeutige Betrauungsakte, die eine Beschreibung des Ausgleichsmechanismus und ex ante aufgestellte Parameter für die Berechnung, Überwachung und Änderung der Ausgleichsleistungen umfassen (häufig in Deutschland; Verf.) fehlen.“ Diese generelle Aussage der EU-Kommission trifft für die Betrauungen der Stadt Frankfurt am Main jedoch nicht zu, die alle Anforderungen der DAWI-Vorschriften erfüllen.

Vorgabe ‚verbundene Unternehmen‘

Die Frage, ob die Gebietskörperschaften in Deutschland grundsätzlich als Obergesellschaft ihres gesamten Beteiligungsportfolios zu gelten haben, ist vor dem Hintergrund der Tatsache, dass häufig bereits weit über 50 % der Daseinsvorsorgeleistung der Gebietskörperschaften für die Bürger:innen in rechtsformprivatisierter Form (also über kommunale Beteiligungsunternehmen) und nicht durch die Kernverwaltung erbracht wird, von überaus hoher Praxisrelevanz.

Im kommunalen Kontext stellt sich die Frage, wie das Verhältnis von Trägerkommunen zu ihren Beteiligungsunternehmen im Hinblick auf die Vorgabe „verbundene Unternehmen“ einzuordnen ist. Da die Höchstgrenzen nach den Energiepreisbremsengesetzen an „verbundene Unternehmen“ anknüpfen, fragt sich, ob die Kommune als „Obergesellschaft“ ihrer Beteiligungsunternehmen anzusehen ist. Es ist keine Rechtsprechungsrichtlinie erkennbar, die die Anwendung von Art. 3 Abs. 3 Anhang I AGVO für die Frage, ob eine Gebietskörperschaft in Deutschland

grundsätzlich als Obergesellschaft des eigenen Beteiligungsportfolios gesehen werden muss, zwingend vorgibt.

Da das EU-Beihilfenrecht überwiegend klassisches Richterrecht ist, ist die Rechtsprechung der europäischen Gerichte (EuG, EuGH; vgl. zuletzt auch Ryanair-Urteil EuGH, Urteil vom 19.05.2021, Rs. T-643/20, Ryanair/Kommission, Rn. 47, das die gefestigte Praxis recht gut zusammenfasst) und die Entscheidungspraxis der EU-Kommission von entscheidender Bedeutung. Es ist eine Frage des Einzelfalls und von Kommune zu Kommune unterschiedlich, ob die Interaktion zwischen ihr und dem jeweiligen Unternehmen so eng ist, dass im Regelfall von einem Verbund Kommune und Unternehmen ausgegangen werden muss. Die Rechtsprechung verlangt weitere enge Verbindungen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass das EU-Beihilfenrecht im Kern Wettbewerbsrecht ist. Es bezweckt, Wirkungen einer staatlichen Intervention auf den Wettbewerb zu begrenzen. Damit ist das EU-Beihilfenrecht stark marktbezogen. Nur wenn sich eine Beihilfe bezogen auf einen bestimmten Markt und/oder vor- und nachgelagerten Märkte auswirkt, kann sie beihilfenrechtlich relevant sein. Im Lichte der europäischen Entscheidungspraxis lässt sich also gut vertreten, dass verbundene Unternehmen nur solche sind, die einen hohen Grad an Integration etwa durch die Zugehörigkeit zum selben Konsolidierungskreis aufweisen. Das Gleiche gilt, wenn diese per Ergebnisabführungsvertrag finanziell miteinander verflochten sind. In gleicher Weise können Unternehmen als „verbunden“ gelten, wenn sie auf dem gleichen Markt tätig sind bzw. auf vor- und nachgelagerten Märkten gleiche und parallele Tätigkeiten ausüben.

Ausblick

Am 30.06.2024 ist Meldetermin gemäß Artikel 9 des Freistellungsbeschlusses (für die Jahre 2022 u. 2023). Der Trend der Europäischen Kommission geht klar zu einer Verdichtung der Kontrolle. So gibt es bei dem Legitimationsinstrument der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) keine Meldetermine mehr, sondern es tritt an deren Stelle eine Veröffentlichungspflicht sowie eine Meldepflicht an die EU-Kommission binnen 20 Arbeitstagen. Die

AGVO kommt in Frankfurt am Main schwerpunktmäßig bei den Beteiligungen im Kulturbereich zur Anwendung. Dabei erfolgt die Kurzmitteilung der Stadt Frankfurt am Main an das Hessische Landwirtschaftsministerium, das über eine elektronische Webanwendung (SANI – State Aid Notification Interactive) die Weiterleitung an das Bundeswirtschaftsministerium veranlasst, welches die Daten ebenfalls durch Freigabe (Validierung) an die EU-Kommission übermittelt.

Weitere Informationen sowie den Frankfurter Prüfungsstandard für die Jahresabschlussprüfung be-
trauter Beteiligungsunternehmen und das Handbuch
„EU-Beihilferecht für Kommunen und kommunale
Unternehmen“ finden Sie im Internet unter www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.2 Aktuelles zur Rechnungslegung

Nachfolgend einige Neuerungen bzw. Besonderheiten aus dem Bereich Rechnungslegung – dieser Bericht hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Ab dem 01.08.2022 trat das Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie in Kraft. Rechnungslegungsunterlagen und Unternehmensberichte sind mit Geschäftsjahresbeginn nach dem 31.12.2021 im Unternehmensregister nach dem neuen Verfahren offenzulegen und nicht mehr im Bundesanzeiger. Bei einem kalendergleichen Wirtschaftsjahr sind die Jahresabschlüsse 2022 in 2023 beim Unternehmensregister einzureichen.

Die Zinswende mit steigenden Zinsen kann Auswirkungen auf die Bilanzen haben. Sofern Aktiva nach einem kapitalwertorientierten Verfahren ermittelt werden, wie z. B. ein Geschäfts- und Firmenwert, wirkt die Zinserhöhung c. p. eher wertmindernd für diese Position und belastet somit die GuV. Auf der Passivseite sind langfristige Rückstellungen auf den Barwert abzuzinsen. Hieraus ergibt sich c. p. ein Entlastungseffekt für die GuV im Sinne eines Ertrags.

In 2022 hat der Bundestag das Steuerentlastungsgesetz verabschiedet. Darin wurde auch eine i. d. R. steuerpflichtige Energiepreispauschale (EPP) beschlossen. Damit wurde auf die enormen Preiserhöhungen insbesondere im Energiebereich reagiert. Diese Einmalzahlungen sollen allen einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen zugutekommen. Für Unternehmen ist die Auszahlung an ihre Arbeitnehmer:innen Personalaufwand und die Erstattung sonstiger betrieblicher Ertrag und somit i. d. R. kein durchlaufender Posten.

Bei den kapitalmarktorientierten Unternehmen sind zwei Sachverhalte zu erwähnen.

Die Aufgaben der 2005 eingerichteten Selbstregulierungsinstitution der Privatwirtschaft, die Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V. (DPR), zur

Überwachung der Rechnungslegung kapitalmarktorientierter Unternehmen in Deutschland, wurden in die Hand der bisher nur in zweiter Stufe agierenden BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen) gelegt. Dies geschah vor dem Hintergrund der Kritik im Zusammenhang mit dem Wirecard-Skandal. Stichproben- und Anlassprüfungen obliegen jetzt der BaFin. Bei Verdacht auf Bilanzverstöße kann sie beim Unternehmen direkt eingreifen und auch mit forensischen Mitteln bei einem schwerwiegenden Verdacht in die „Bücher“ schauen.

Die Nichtfinanzielle Berichterstattung im Sinne von Nachhaltigkeit soll den gleichen Stellenwert erhalten wie die Berichterstattung über finanzielle Größen. Kapitalmarktorientierte Unternehmen sind verpflichtet, Angaben über die Taxonomiefähigkeit (eligibility) und Taxonomiekonformität (alignment) ihrer Wirtschaftsaktivitäten bezüglich der Umweltziele „Klimaschutz“ und „Anpassung an den Klimawandel“ bei den Umsatzerlösen, CapEx (Investitionsausgaben) und OpEx (Betriebskosten) zu berichten. Die EU-Taxonomie-Verordnung trat als Bestandteil des Green Deal im Juli 2020 in Kraft. Sämtliche Wirtschaftstätigkeiten sollen hinsichtlich ihrer ökologischen Nachhaltigkeit einheitlich klassifiziert werden. Dies soll Anlegern helfen, in Projekte und Wirtschaftstätigkeiten zu investieren, die mit erheblichen positiven Klima- und Umweltauswirkungen behaftet sind.

Auch weitere große Kapitalgesellschaften werden zukünftig (ab 2025) über Nachhaltigkeit berichten müssen. Dies regelt die CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive, wer-warum-wann). Der European Sustainability Reporting Standards (ESRS) regelt dazu, wie und was Unternehmen über ihre Nachhaltigkeit berichten müssen.

2.3 Besonderheiten bei Sparkassen

Bei den Bankenbeteiligungen der Stadt Frankfurt am Main handelt es sich in erster Linie um die kommunalen Beteiligungen an Sparkassen. Historisch betrachtet und im Sparkassengesetz verankert liegt der öffentliche Auftrag darin, die Bevölkerung im Geschäftsgebiet mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen (Kontoführung, Zahlungsverkehr, Kreditvergabe, Wertpapiergeschäfte) sowie die allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Sparkassen sind dem Gemeinnutz verpflichtet, doch nicht gemeinnützig im steuerlichen Sinn. Der Verpflichtung, dem Gemeinwohl zu dienen, werden sie durch ihre Bankleistungen gegenüber der Bevölkerung und dadurch gerecht, dass Teile ihres Jahresüberschusses über Spenden für gemeinnützige, kulturelle, wissenschaftliche oder soziale Zwecke in ihrem Geschäftsgebiet der breiten Bevölkerung zufließen.

Eine wesentliche Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main liegt bei der **Nassauischen Sparkasse**. Der aus kommunalen Gebietskörperschaften gebildete Träger des Geldinstituts (Eigentümerebene) ist seit 1989 der Sparkassenzweckverband Nassau. Die Sparkasse selbst ist als Universalkreditbank eine Anstalt des öffentlichen Rechts in kommunaler Trägerschaft. Rechtsgrundlagen sind das Hessische Sparkassengesetz und die durch den Verwaltungsrat der Sparkasse erlassene Satzung. Der Sparkassenzweckverband Nassau wird von Gebietskörperschaften des Rhein-Main-Gebiets getragen. Neben den kreisfreien Städten Frankfurt am Main und Wiesbaden gehören dazu die Landkreise Hochtaunus, Main-Taunus, Rheingau-Taunus, Limburg-Weilburg sowie in Rheinland-Pfalz die Landkreise Rhein-Lahn und Westerwald.

Für die Verbindlichkeiten des Sparkassenzweckverbandes haften die Verbandsmitglieder gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau untereinander „nach dem Verhältnis

der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Verbandsmitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse sowie aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen. Maßgebend ist für jeweils fünf Jahre der Stand am 31. Dezember desjenigen Geschäftsjahres, das dem Beginn einer neuen Wahlzeit vorausgeht.“

Hieraus ergibt sich die Besonderheit, dass das Eigentümerverhältnis im Zweckverband keine feste Größe auf der Basis erworbener Gesellschafteranteile darstellt. Vielmehr wird es regelhaft alle fünf Jahre nach dem obigen Schema neu ermittelt. Seit 31.12.2015 lag der Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main bei rd. 10 %. Die Neuberechnung erfolgte auf Grundlage der Jahresabschlusszahlen per 31.12.2020 und damit wie satzungsgemäß vorgeschrieben vor Beginn der neuen Wahlzeit. Der neu berechnete Haftungs- und Stimmanteil der Stadt Frankfurt am Main am Sparkassenzweckverband Nassau beträgt seit 31.12.2020 rd. 13 %. Der größte Haftungsanteil entfällt auf die Stadt Wiesbaden mit rd. 30 %, den geringsten Anteil mit rd. 7 % hält der Landkreis Hochtaunus.

Trotz derlei Besonderheiten sind Sparkassen im Grundsatz an die Regelwerke für Kreditinstitute gebunden, die nach der Bankenkrise 2008/2009 nochmals umfassender ausgestaltet worden sind. Hierzu gehören die Regeln der Europäischen Bankenaufsicht (EBA), die Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung (Basel I – IV), umfängliche Regelwerke zur Liquiditätsausstattung und zum Risikomanagement sowie Verhaltens-, Anzeige- und Meldepflichten.

2.4 Umsetzung Public Corporate Governance Kodex

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 25.03.2010 (§ 7856, M 225) hat sich die Stadt Frankfurt am Main bereits zu einem vergleichsweise frühen Zeitpunkt eine „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (Kodex) gegeben. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung haben nunmehr eine **Neufassung dieses Kodexes** beschlossen (§ 2836 vom **02.02.2023**, M 221 vom 09.12.2022).

In dem am 02.02.2023 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen überarbeiteten Kodex wird in der Präambel ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei der Daseinsvorsorge die Erfüllung der **Selbstverpflichtung** der Stadt Frankfurt am Main, **bis zum Jahr 2035 klimaneutral** zu werden, zu beachten ist. Seit der Einführung des Kodexes wurden diverse andere Public Corporate Governance Kodizes in Deutschland aufgestellt und der Regelungsbereich hat sich weiterentwickelt. Vor diesem Hintergrund erfolgte eine Überprüfung des Frankfurter Kodexes im Rahmen eines Forschungsprojekts mit dem Lehrstuhl für Public Management & Public Policy (Prof. Dr. Ulf Papenfuß) der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Auf Grundlage wissenschaftlicher Analysen wurde der Kodex im Vergleich mit anderen Public Corporate Governance Kodizes (PCGK) in Deutschland sowie mit Blick auf die fortschreitenden Entwicklungen evaluiert. Hieraus wurden anhand der Bedürfnisse der Stadt Frankfurt am Main Weiterentwicklungspotenziale abgeleitet und konkrete Weiterentwicklungsvorschläge gemacht, welche in der Praxis effiziente und effektive Arbeitsabläufe und Steuerungsmöglichkeiten der städtischen Beteiligungen weiterhin sicherstellen. Die Stärken des Frankfurter Kodexes, ein hoher Konkretisierungsgrad und die konsequente Umsetzungsorientierung, die im Rahmen des Forschungsprojekts als beispielhaft herausgestellt wurden, bleiben dabei erhalten.

Die bewährte Grundstruktur des Kodexes ist auch mit Rücksicht auf die Anwender:innen und Umsetzungsorientierung unverändert. Grob vereinfacht befasst

sich Public Corporate Governance mit „Spielregeln“ guter Organisationsführung. Der Kodex als zentrales Instrument der Public Corporate Governance verfolgt die Zusammenstellung und Koordinierung von verschiedenen Grundsätzen, Standards und Prinzipien verantwortungsvoller Unternehmensführung zur Unterstützung der Leitung und Steuerung, Überwachung und Kontrolle sowie Transparenz von und in öffentlichen Unternehmen, um eine effiziente und effektive Aufgabenerbringung sicherzustellen. Der Kodex der Stadt Frankfurt am Main zeichnet sich durch seine Konkretheit hinsichtlich Regelungstiefe bzw. –umfang einzelner Regelungsfelder aus. Der Konkretisierungsgrad in vielen Bereichen der Ausgestaltung der Aufgaben und Zuständigkeiten der Organe der städtischen Beteiligungsunternehmen sowie der Beteiligten der Stadt ist im Vergleich zur PCGK Landschaft Deutschlands beispielhaft. Hervorzuheben ist die umfangreiche Berichterstattung der Organe untereinander sowie die klare Kodifizierung von Umfang, Abläufen und Fristen der Berichtspflichten. Mit der „Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex - für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main“ (Kodex) verpflichtet sich die Stadt Frankfurt am Main (auf der Grundlage der Stadtverordnetenbeschlüsse § 7856 vom 25.03.2010 und § 2836 vom 02.02.2023), eine gute, verantwortungsvolle Unternehmensführung und -kontrolle bei ihren Beteiligungsunternehmen zu sichern. Neben der Aufgabe, die Unternehmen bei der Erfüllung des Unternehmenszwecks zu unterstützen und die wirtschaftliche Effizienz zu optimieren, hat die Stadt daher im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung gleichzeitig zu gewährleisten, dass bei der Leitung, Steuerung und Überwachung der Unternehmen insbesondere die öffentlichen Belange, d. h. die Daseinsvorsorge, angemessen berücksichtigt werden. Gemäß Abschnitt A 3.4 des PCGK ist im Beteiligungsbericht jährlich zusammenfassend über die Einhaltung des Kodex zu berichten.

In den städtischen Mehrheitsbeteiligungen wurden bereits zum zwölften bzw. 13ten Mal in Folge die im

Kodex (Abschnitt B 1.4) eingeführten jährlichen Wirtschaftsplangespräche durchgeführt, nämlich im Berichtsjahr das 13te Plangespräch über den Wirtschaftsplan 2023 und bereits im Vorjahr das zwölfte Plangespräch über den Wirtschaftsplan des Berichtsjahres 2022. Grundlage der Gespräche ist jeweils der Entwurf des Wirtschaftsplans mit ausführlichen Erläuterungen zu den Planungsgrundlagen (gem. Abschnitt B 1.3). Im Wirtschaftsplangespräch werden die Planungsprämissen mit zugrundeliegenden unternehmensspezifischen Annahmen von den zuständigen Beschäftigten des Unternehmens erläutert. Da gemäß Kodex (vgl. Abschnitt B 2.2) die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften über die Einhaltung des Kodex berichten und die Abschlussprüfungen der städtischen Mehrheitsbeteiligungen von diversen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt werden, die zudem nach spätestens fünf Jahren jeweils wechseln müssen, wurde mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Prüfkatalog „Umsetzungsprüfung PCGK“ als Arbeitshilfe erstellt. Die Durchführung der PCGK-Prüfung wird in den Wirtschaftsprüferberichten über die testierten Jahresabschlüsse dokumentiert und dem Aufsichtsrat jeweils im Rahmen seiner Bilanzsitzung vorgestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass im Rahmen der Jahresabschlussprüfungen 2022 keine gravierenden Verstöße bei der Einhaltung des Kodex festgestellt wurden.

Der Kodex der Stadt Frankfurt am Main stellt insbesondere die regelmäßige, zeitnahe und umfassende Information des Aufsichtsrates sicher (A 3.3.2). Der hohe Konkretisierungsgrad wird deutlich durch die Berichterstattungspflichten der Geschäftsführung gegenüber dem Aufsichtsrat, u. a. durch Quartalsberichte (A 3.3.2), explizite Empfehlungen zur Orientierung an § 90 AktG. bzgl. Inhalt und Turnus der Berichtspflichten (A 2.3.2), einen Bericht über die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems (A 3.3.2) sowie eine Nachhaltigkeitsberichterstattung (A 3.3.2), welche einzigartig in der deutschen PCGK Landschaft ist. Die umfangreiche Informiertheit des Aufsichtsrates ist die Grundlage für eine effektive Ausübung der Kontrollfunktion des Aufsichtsrates. Die Regelungen über die Arbeit des Aufsichtsrates,

wie u. a. die Verpflichtung zur Kenntnis bzw. zum Erwerb erforderlichen Fachwissens und die Organisation regelmäßiger Fort- und Weiterbildungsangebote (A 3.2.6) sowie die effiziente Ausgestaltung der Sitzungen durch einen zeitgerechten Unterlagenversand (A 3.2.4) oder die Protokollierung des wesentlichen Sitzungsverlaufes (A 3.2.4) trägt zur Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit bei.

Eine regelmäßige Effizienzprüfung der Aufsichtsratsarbeit wird nicht nur vom Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK), sondern auch von zahlreichen Public Corporate Governance Kodizes und dem Kreditwesengesetz empfohlen bzw. gefordert. Sie ist ein bewährtes Instrument für das Kollegialorgan Aufsichtsrat, um die Gremienarbeit sowie die interne Kommunikation zu analysieren und zu verbessern. Für die Gremienmitglieder sieht das Konzept der webbasierten Effizienzprüfung einen deutlich vereinfachten Prozess und somit eine Reduzierung des zeitlichen Aufwands (ca. 30 Minuten) vor. Die Aufsichtsratsmitglieder können zeitlich flexibel und mit jedem Endgerät (Smartphone, Laptop, etc.) an der Online-Befragung teilnehmen. Das entwickelte Konzept sieht die Integration von zusätzlichen Informationen in die eigentliche Befragung vor (z. B. Begriffserklärungen, Verweise auf Handbücher des Beteiligungsmanagements usw.). Somit kann die Effizienzprüfung auch dazu genutzt werden, den Gremienmitgliedern wichtige Informationen und Hinweise zielgerichtet zu übermitteln, so dass die Effizienzprüfungen auch einen Fortbildungscharakter aufweisen.

Bei den meisten Änderungen des überarbeiteten PCGK (2023) handelt es sich um Konkretisierungen und Klarstellungen zu bereits bestehenden Regelungen. Zum Thema Geschlechtergerechtigkeit wurde der Kodex ergänzt. Abgebildet werden die für die Stadt Frankfurt am Main geltenden, seit 2010 eingeführten Regelungen (Gesetz, HGO, Stadtverordnetenbeschlüsse) sowie der Hinweis, dass eine paritätische Besetzung der Gremien als generelles Ziel angestrebt wird. Ergänzt wurden auch die Themen Prüfungsausschuss und Risikomanagementsystem. Neu in den Kodex aufgenommen wurde ein Teil C, der darauf hinweist, dass die Beteiligungsunternehmen die Compliance-Kultur zu pflegen und im Rah-

men des Jahresabschlusses einen Compliance-Bericht zu erstellen haben. Der Kodex steht auf der Internetseite der Stadtkämmerei – Beteiligungsmanagement zum Download als PDF-Datei zur Verfügung.

Die Umsetzung in den Gremien der Beteiligungsunternehmen ist analog zum letzten Mal (2010) erfolgt. Die Geschäftsführungen der Mehrheitsgesellschaften wurden durch Gesellschafteranweisungen auf den Kodex verpflichtet. Außerdem wurden die jeweiligen Aufsichtsratsvorsitzenden gebeten, den Kodex auf die nächste anstehende Aufsichtsratsversammlung zu nehmen, damit durch einen entsprechenden Aufsichtsratsbeschluss eine freiwillige Selbstverpflichtung des Aufsichtsrats erfolgt. Dies ist inzwischen flächendeckend geschehen.

Weitere Informationen sowie den Wortlaut des Public Corporate Governance Kodex finden Sie im Internet unter

www.beteiligungsmanagement.stadt-frankfurt.de



2.5 Nachhaltigkeit

Nach Ziffer A.3.3.2 „Aufgaben und Zuständigkeiten“ des Kodexes sollte von der Geschäftsführung eine Nachhaltigkeitsberichterstattung verlangt werden. Nachhaltigkeitsberichte stellen die Tätigkeiten und Leistungen von Organisationen für eine nachhaltige Entwicklung im Hinblick auf Ökonomie, Ökologie und Soziales dar und sind neben dem Geschäftsbericht wichtiger Bestandteil der Informationspolitik von Unternehmen. Neben den Kurzberichten an die Organe über Projekte und Maßnahmen, die auf eine nachhaltige Entwicklung abzielen und bei allen Beteiligungsunternehmen erfolgen, erstellen im Bereich der städtischen Beteiligungen vor allem die großen Konzernunternehmen eigenständige Nachhaltigkeitsberichte. Die **Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH** (Nassauische Heimstätte) gibt seit 2015 jährlich einen Nachhaltigkeitsbericht heraus, der auf der Homepage des Unternehmens unter Nachhaltigkeit zu finden ist. Die Gesellschaft hat sich der Global Reporting Initiative und dem branchenspezifischen Standard des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft verschrieben und berücksichtigt die Anforderungen des Deutschen Nachhaltigkeitskodex. Die Nassauische Heimstätte hat mit der Hessischen Landesregierung eine Zielvereinbarung zur Klimaneutralität bis 2050 unterzeichnet. Der Konzern ist somit das erste Wohnungsunternehmen in Deutschland, das sich zu den langfristigen Zielen des Paris-Abkommens bekennt. Seit dem Geschäftsjahr 2021 gibt es nur noch einen Bericht, der digital als Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht auf der Homepage des Unternehmens zur Verfügung gestellt ist.

(<https://berichte.naheimst.de/2022/>)

Die **Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH** (SWFH) handelt als moderner kommunaler Infrastrukturentwickler und –betreiber konsequent nachhaltig. Dies bedeutet, die Gesellschaft nimmt die Verantwortung für Umwelt und Klima umsichtig wahr und achtet darauf, Gewinn- und Gemeinwohlorientierung miteinander zu vereinbaren.

Wirtschaftlicher Erfolg, Verantwortung für Ressourcen, Klimaschutz und Lebensqualität sowie gesell-

schaftliches Engagement sind die wesentlichen Orientierungspunkte, an denen die SWFH ihr Handeln ausrichtet. Die Gesellschaft reagiert auf die aktuellen, sich wandelnden Anforderungen einer wachsenden Metropole mit wirtschaftlich, ökologisch und sozial funktionsfähigen Konzepten. Das Ziel der SWFH ist es, den Bedürfnissen der heutigen Generation zu entsprechen, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen zu gefährden. Die Kernpositionen der SWFH, denen sich die SWFH als Konzern verpflichtet und die für jede operative eigenständige Tochtergesellschaft bestimmend sind, lauten:

- Stadt und Standort Frankfurt stärken
- Lebensqualität erhöhen
- Wirtschaftskraft steigern
- Ressourcen und Nachhaltigkeit fördern

Für ausführliche Informationen zur strategischen Ausrichtung und zu den Aktivitäten der SWFH im Bereich Nachhaltigkeit wird auf den Nachhaltigkeitsbericht der SWFH, unter <https://stadtwerke-frankfurt.de/publikationen> abrufbar, verwiesen.

Die **Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF)** hat mit dem Nachhaltigkeitsbericht 2022 bereits den zwölften Nachhaltigkeitsbericht herausgebracht. Der Nachhaltigkeitsbericht ist auch auf der Internetseite des Unternehmens zu finden. Für die VGF bedeutet Nachhaltigkeit, in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht verantwortungsvoll zu handeln. Die Geschäftsführung verfolgt das Ziel, durch den Bericht einen schnellen Überblick über die Entwicklungen der VGF hin zu einem nachhaltigen Unternehmen zu geben. Wichtige Kennzahlen und ergänzende Begleittexte sollen die entsprechenden Informationen liefern. Als Kennzahlen werden z. B. das Durchschnittsalter der aktiven Mitarbeitenden von 44,4 Jahren (Vj. 44,3 Jahre) und deren durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von 14,1 Jahren (2020: 14,2 Jahre) angegeben. Weiterhin werden u. a. die Entwicklung der Kundenzufriedenheit (Globalzufriedenheit 2022 von 2,71, Vj. 2,60), der Personenkilometer (652,2 Mio. Pkm in 2022, 438,5 Mio. Pkm in 2021, im Vergleich dazu 841,0 Mio. Pkm in 2019), Verlust je beförderter Person 0,84 € in 2022 (im Vergleich dazu 0,39 € in

2019), des Auslastungsgrads 11,5 % (Vj. 7,84 %, 15,65 % in 2019), CO₂-Emissionen (65.300 t in 2022, 63.000 t in 2021), des Energieverbrauchs (170,2 GWh in 2022 davon 9,9 GWh Erdgas, 174,3 GWh in 2021 davon 10,8 GWh Erdgas) und des Kostendeckungsgrades (68,5 % in 2022, 69,2 % in 2021) dargestellt.

(Nachhaltigkeitsbericht | VGF (vgf-ffm.de))

Als städtische Busgesellschaft ist die **In-der-City-Bus GmbH (ICB)** im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main Tag für Tag mit mehr als 220 Bussen unterwegs. Sie deckt über 50 % des Frankfurter Busverkehrs ab.

Mit der Umstellung der Busflotte auf alternative Antriebe unterstützt die ICB die übergeordneten Klimaschutzziele der Mainmetropole, damit – so die Agenda der Stadt Frankfurt – der ÖPNV bis Anfang der 2030er Jahre klimaneutral ist. Die ICB investiert seit 2018 in E-Busse, dazugehörige Ladeinfrastruktur und technisches Know-how und damit in die Zukunft – den emissionsfreien Stadtverkehr. Nach den Batteriebusen kamen 2022 Wasserstoffbusse hinzu. Sie werden zukünftig vor Ort an der eigenen neuen Wasserstofftankstelle betankt. Buslinie für Buslinie wird auf alternative Antriebe umgestellt und so Schritt für Schritt die Luft- und Lebensqualität in Frankfurt verbessert.

Das Projekt Elektrifizierung ist mit hohen Investitionen verbunden: E-Busse sind deutlich teurer als die bisher verwendeten Dieselbusse. Die Ladeinfrastruktur muss aufgebaut, die Betriebshöfe müssen ertüchtigt werden. Parallel wird ein neuer Betriebshof-Standort geplant – ein weiteres großes Projekt, das Ressourcen bindet. Im Berichtsjahr ist es gelungen, im Sinne des Gemeinwohls gut zu wirtschaften. Zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags zählt auch der gewissenhafte Umgang mit den verfügbaren Mitteln.

Die ICB ist mit einem starken Team für Frankfurt im Einsatz. Rund 750 Mitarbeitende tragen im Fahrdienst, in der Werkstatt und in der Verwaltung dazu bei, dass das Tagesgeschäft läuft. Es wird alles dafür getan, dass die Mitarbeitenden neben der sinnstiftenden Tätigkeit für die Stadt ein sicheres Arbeitsumfeld und optimale Arbeitsbedingungen vorfinden.

Ausführlichere Darstellungen sind dem Nachhaltigkeitsbericht 2022 der ICB zu entnehmen

(https://www.icb-ffm.de/files/inhalt/Downloads/ICB-Nachhaltigkeitsbericht-2022_WEB-esezeichen.pdf).

Nachhaltigkeit hat auch für die **traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH** (traffiQ) einen hohen Stellenwert. Als Aufgabenträgerorganisation der Stadt für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nimmt das Unternehmen deutlichen Einfluss auf die nachhaltige Mobilität in Frankfurt am Main. Die traffiQ berichtet ausführlich über Nachhaltigkeitsaspekte im jährlichen Geschäftsbericht, welcher auch auf der Internetseite des Unternehmens veröffentlicht wird (<https://www.traffiQ.de/traffiQ/medien/veroeffentlichen.html>). Der Auftrag an traffiQ als lokale Nahverkehrsgesellschaft der Stadt Frankfurt am Main ist die Sicherstellung eines gleichermaßen attraktiven wie wirtschaftlichen Nahverkehrs.

Die ökonomisch motivierte Zielsetzung, durch einen attraktiven Nahverkehr mehr Fahrgäste für den öffentlichen Nahverkehr zu gewinnen, hat eine deutlich ökologische Komponente. Denn Frankfurts Busse und Bahnen leisten mit einem dichten Netz und modernen Fahrzeugen schon jetzt einen wichtigen Beitrag zur umwelt- und kundenfreundlichen Mobilität in Deutschlands Pendlerhauptstadt. Der Großteil der Nahverkehrsleistung – rund 80 % der Fahrgastfahrten – wird schon seit Jahrzehnten mit S-Bahnen, U-Bahnen und Straßenbahnen elektrisch erbracht.

Die über 400 Fahrzeuge starke Stadtbussflotte in Frankfurt am Main ist eine der modernsten und umweltfreundlichsten bundesweit. Der Bestand an elektrisch betriebenen Bussen wird im Laufe des ersten Halbjahres 2023 auf 81 Fahrzeuge ansteigen und dann bereits etwa 20% des Gesamtbestandes darstellen.

Auch die Dieselbusse pflegen hohe Umweltstandards: Sie erfüllen fast alle die anspruchsvollste Norm, Euro VI. 57 Busse (14 %) genügen dem EEV-Standard. Auf den Linien, die die durch Stickoxide besonders belastete Innenstadt queren, verkehren ausschließlich Busse ohne fossile Antriebssysteme oder mit dem höchsten Umweltstandard Euro VI.

Im Büroalltag trägt traffiQ durch nachhaltiges Wirtschaften dafür Sorge, dass recyclingfähige Materialien beschafft und Ressourcen schonend verwendet werden.

Mit der Bereitstellung des verbundweit gültigen Job-Tickets für Busse und Bahnen werden die Mitarbeitenden motiviert, die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Die zentrale Lage des Firmensitzes, an dem keine eigenen Pkw-Parkplätze zur Verfügung stehen, unterstützt diese Ausrichtung. Öffentlicher Nahverkehr ist durch die Bereitstellung bezahlbarer Mobilität ein Garant für die Teilhabe am sozialen Leben. In den Jahren 2020 bis 2022 kam ihm eine besondere Bedeutung zu. Galt es doch, auch unter Pandemiebedingungen alle Menschen, die auf ein öffentliches Mobilitätsangebot angewiesen waren, zuverlässig und sicher an ihr Ziel zu bringen. Ein nahezu uneingeschränktes ÖPNV-Angebot, systematische Hygienemaßnahmen, eine konsequente Durchsetzung der Gebote zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung und schließlich der 3G-Regelung leisteten hierzu einen wichtigen Beitrag.

In der Stadt Frankfurt am Main besteht rund um die Uhr ein dichtes Nahverkehrsnetz (Konzept 24/7), mit dem alle Ziele erreichbar sind und dessen Leistungen zu günstigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Mit dem preisgünstigen Deutschlandticket und seiner bundesweiten Gültigkeit werden die Zugangshürden zum öffentlichen Nahverkehr weiter reduziert. Als attraktive Arbeitgeberin legt traffiQ großen Wert auf den Erhalt der Motivation und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeitenden. Stichworte sind hier flexible Arbeits- und Teilzeitmodelle, Maßnahmen zur Teamentwicklung, Angebote für gemeinsame Aktivitäten, eine leistungsorientierte Vergütung, JobTicket und Zusatzversorgungsleistungen. traffiQ investiert in die Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden und bildet Nachwuchskräfte aus. Mit Maßnahmen zur Gesundheitsprävention sollen die Gesundheit und damit die Leistungsfähigkeit bewahrt werden. Hierzu gehören unter anderem Zuschüsse für Fitness-Studios und Sportvereine sowie Rückenurse und Entspannungsangebote im Unternehmen.

Mit Abklingen der Coronapandemie hält traffiQ die aus Gründen des Gesundheitsschutzes etablierten großzügigen Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten aufrecht. Damit wird dem zunehmenden Bedürfnis der Mitarbeitenden nach flexibler Arbeitsgestaltung Rechnung getragen.

Bei anhaltend hoher Motivation der traffiQ-Mitarbeitenden zeigt sich zudem eine steigende Zufriedenheit mit dem Betriebsklima und in der Einschätzung des Unternehmens als familienfreundlich (2022: 80 % der Beschäftigten).

Für die **Mainova AG** ist Nachhaltigkeit ein wesentlicher Teil ihres unternehmerischen Handelns. Bis spätestens 2040 will die Mainova klimaneutral sein. Die Mainova veröffentlicht im Geschäftsbericht unter D. den nichtfinanziellen Bericht (ab S. 158), um den gesetzlichen Anforderungen zu entsprechen. Sie berichtet dort unter anderem über die EU-Taxonomieverordnung, die ein Klassifikationssystem für ökologisch nachhaltige Tätigkeiten darstellt. Es soll unter anderem dazu dienen, dass Finanzmittelflüsse hin zu einer emissionsarmen Entwicklung geleitet werden. Umsatz, Betriebskosten und Investitionsausgaben werden auf Taxonomiefähigkeit und Taxonomiekonformität hin geprüft. Die Mainova hat in 2022 rund 309 Mio. € Investitionen getätigt und von diesen waren 53 % taxonomiefähig und rund 30 % taxonomiekonform. Letztere leisten somit einen wesentlichen Beitrag zu mindestens einem der Umweltziele, zu keiner erheblichen Beeinträchtigung der weiteren Umweltziele und sie halten den Mindestschutz ein.

Daneben erstellt die Gesellschaft einen separaten Nachhaltigkeitsbericht, der auf der Homepage unter <https://www.mainova.de/nachhaltigkeitsbericht> zu finden ist. Seit dem 01.01.2022 beschafft Mainova für alle Haushaltskund:innen und 100 % CO₂-neutral produzierten Strom. Dies spart jährlich rund 550.000 Tonnen CO₂ im Vergleich zum deutschen Strommix ein.

Mit der neuen Stabsstelle Gesundheit, die das Gesundheitsmanagement und den Betriebsärztlichen Dienst vereint und personell gewachsen ist, kann die Mainova den Fokus zum Wohl der Mitarbeitenden noch besser auf gute Arbeitsbedingungen und individuelle Gesundheitsvorsorge legen. Dieses Gesundheitsmanagement, zu dem u. a. auch verschiedene Sportangebote und gesundes Bio-Essen im Betriebsrestaurant gehören, hat dazu geführt, dass die Mainova im Oktober 2022 erstmals mit dem Diamant-Siegel beim Bundespreis der Initiative „Gesunde Unternehmen“ ausgezeichnet wurde. In 2022 hat sich

Mainova beim Nachhaltigkeitsrating von EcoVadis wieder die Silber-Medaille gesichert.

Seit dem Jahr 2010 erstellt die **FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH** (FES) (seinerzeit als erstes Beteiligungsunternehmen der Stadt Frankfurt am Main) einen Nachhaltigkeitsbericht. Er erscheint alle zwei Jahre. Seit dem Jahr 2016 ist der Bericht ausschließlich online abrufbar unter <https://nhb.fes-frankfurt.de/>.

Das Nachhaltigkeitsmanagement des Unternehmens erstreckt sich über alle relevanten Bereiche, von Umweltschutz über Soziales bis hin zu wirtschaftlichen Aspekten. Als kommunales Unternehmen für Entsorgung und Sauberkeit trägt das Unternehmen zum Gemeinwohl der Stadt und damit auch zu ihrer zukünftigen Entwicklung bei. Seit dem Jahr 2014 ist Nachhaltigkeitsmanagement bei der FES organisatorisch verankert. Seit 2018 gibt es einen Nachhaltigkeitsbeauftragten, der alle Themen im Unternehmen zentral zusammenführt. Mit ihrer Mitgliedschaft im ÖKOPROFIT-Klub bekennt sich die FES zum nachhaltigen Wirtschaften. Jedes Jahr setzt sich das Unternehmen Ziele, um weitere Verbesserungen zu erreichen.

Die Schonung von Ressourcen, zeitgemäße Reinigung und Entsorgung in der Großstadt und die Erzeugung und Einsparung von Energie – das sind die großen Themen, die die Umwelterorientierung bei der FES prägen. Mit eigenen Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung reduziert die FES nicht nur CO₂-Emissionen. Das Unternehmen übernimmt auf diese Weise auch Verantwortung für den Energieverbrauch seiner Betriebe und Fahrzeuge. Einen großen Anteil der benötigten Energie stellt das Unternehmen selbst her. So verfolgt die FES-Gruppe das Ziel, den Energieverbrauch ihrer Betriebsstätten der Bilanz nach vollständig aus eigenen nachhaltigen Quellen zu decken. Die Eigenversorgungsquote bei Strom und Wärme erreichte im Jahr 2020 einen Wert von 187,4 %, 2021 waren es 191,2 %. Die Überdeckung entsteht unter anderem durch das Bioerdgas, das in der Bioabfallbehandlungsanlage der Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB) erzeugt und in das lokale Versorgungsnetz eingespeist oder für den Betrieb von Blockheizkraftwerken genutzt wurde, die

Strom und Wärme produzieren. Ein weiterer Baustein für die Erzeugung regenerativer Energie sind acht eigene Photovoltaikanlagen an unterschiedlichen Standorten sowie der Anteil am Solarpark der RMS in Dreieich.

Die Versorgung mit nachhaltiger Energie gehört zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Das moderne Müllheizkraftwerk in Frankfurt leistet hier einen wichtigen Beitrag für die Region. Hausmüll, der nicht anderweitig recycelt werden kann, wird durch das MHKW Frankfurt am Main zur nützlichen Ressource. So versorgt das gemeinsam mit dem Energieversorger Mainova betriebene moderne Kraftwerk die Nordweststadt, den Campus Westend, die Stadtteile Riedberg, Eschersheim und Bockenheim mit Strom und Fernwärme. Dabei entstehende Emissionen werden streng kontrolliert. Grenzwerte von Stickoxiden und anderen Schadstoff-Parametern werden nicht nur eingehalten, sondern regelmäßig deutlich unterschritten.

Neben der alltäglichen Aufgabe unterstützt das Unternehmen unterschiedliche Projekte, die sich mit den Themen der Nachhaltigkeit beschäftigen. Die FES engagiert sich auf vielfältige Weise für eine saubere Stadt. So motiviert und unterstützt das Unternehmen aktiv alle Bürger:innen, die über Patenschaften und Sammeltage ihrerseits etwas mehr tun wollen. Unter dem Motto #cleanffm startete die Stadt Frankfurt am Main 2017 eine breit angelegte Kampagne für mehr Sauberkeit. Die FES unterstützt die Aktionen aktiv als Kooperationspartner. Die Gesellschaft unterstützt mit ihrem Sponsoring langfristig zahlreiche Vereine und Initiativen in der Stadt Frankfurt am Main. Besonders im Fokus stehen dabei Nachhaltigkeit und sinnvolle Ideen für Kinder und Jugendliche. Als Leuchtturmprojekt im Bildungsbereich hat sich das Frankfurter Kooperationsprojekt „Schuljahr der Nachhaltigkeit“, das im Rahmen der Frankfurter Bewerbung zur „European Green Capital“ entwickelt wurde, etabliert. Die FES ist seit dem Start im Schuljahr 2012/13 Hauptsponsor und Partner des Projektes.

Bei der **Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH** ist für beide Stadion-Standorte (PSD Bank Arena, Deut-

sche Bank Park) die Installation für Photovoltaik-Anlagen geprüft worden. Die Baugenehmigung für die Photovoltaik-Anlage bei der PSD Bank Arena liegt mittlerweile vor. Die Anlage könnte nach ersten Schätzungen eine Leistung von rund 500 kWp erreichen. Die Machbarkeitsstudie für die Photovoltaik-Anlage auf dem festen Dachteil des Deutsche Bank Park ist zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht abgeschlossen. Als Ergebnis eines durchgeführten Lichtaudits sind im Deutsche Bank Park 3.460 Leuchten von konventionellen Leuchtmitteln auf LED Technik umgerüstet worden bzw. in der Umrüstung. Die Energieeinsparungen werden auf ca. 365.474 kWh pro Jahr geschätzt. Ferner gibt es im Deutsche Bank Park bereits zwei Bestandszisternen mit einem Fassungsvermögen von je 150.000 Liter für die Regenwassernutzung. Das dort gesammelte Wasser wird für die Spülung der WC-Anlagen genutzt. Im Zuge der Kapazitätserweiterung der Nordwestkurve ist eine weitere Zisterne mit einem Fassungsvermögen von 150.000 Litern errichtet worden. Die **Messe Frankfurt GmbH** hat ihre vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen konzeptionell im unternehmenseigenen Sustainability Board (SB) gebündelt. Auf Grundlage des intern entwickelten Sustainability Governance Codex (SGC) ist eine Zielarchitektur für Nachhaltigkeit erarbeitet worden. Dabei werden hinsichtlich der Nachhaltigkeitsdimensionen (ökologisch, sozial, ökonomisch) einerseits und für definierte Regionen der Unternehmensgruppe andererseits Ziele definiert, die mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt werden. So ist bereits in der ökologischen Dimension das Ziel festgelegt worden, bis zum Jahr 2040 am Standort Frankfurt klimaneutral zu agieren. Parallel dazu bereitet sich die Messe Frankfurt auf das anstehenden Audit zum Erhalt der EMAS (Eco-Management und Audit Scheme)-Zertifizierung vor. Das EMAS-Zertifikat ist ein von der Europäischen Union entwickeltes Gütesiegel für nachhaltiges Umweltmanagement und legt das Augenmerk auf die kontinuierliche und eigeninitiierte Verbesserung der Umweltleistung im Hinblick auf Energie(verbrauch), Emissionen und Abfall, Material(verbrauch), Wasser(verbrauch), Flächenverbrauch und biologische Vielfalt. Im abgelaufenen Jahr ist erstmals ein ESG-Rating für die Messe Frankfurt Venue GmbH

von EcoVadis durchgeführt worden, das im Spätherbst 2023 aktualisiert werden soll. Das Ratingunternehmen EcoVadis setzt auf kontextspezifische Bewertungsstandards für die Teilbereiche Umwelt, Arbeits- und Menschenrechte, Ethik sowie nachhaltige Beschaffung. Auch die Teilnahme am UN Global Compact, einem weltweiten Netzwerk zwischen Unternehmen und der UN, um die Globalisierung sozialer und ökologischer zu gestalten, wird fortgeführt. Dabei greifen die genannten von der Messe Frankfurt aufgegriffenen Nachhaltigkeitswege wie Zahnräder ineinander, um die Nachhaltigkeitsperformance kontinuierlich zu verbessern. Aufgrund der vielfältigen Nachhaltigkeitsinitiativen gehört die Messe Frankfurt in 2023 zu den Nominierten für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis. Der Preis wird seit 2008 jährlich von der Stiftung Deutscher Nachhaltigkeitspreis in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, kommunalen Spitzenverbänden, Wirtschaftsvereinigungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschungseinrichtungen vergeben. Es handelt sich um eine nationale Auszeichnung für Spitzenleistungen der Nachhaltigkeit. Mit acht Wettbewerben und rund 1.000 Bewerbern ist die Auszeichnung die größte ihrer Art in Europa.

CSRD-Berichtspflichten

Die Europäische Kommission hatte im April 2021 ihren Vorschlag für eine **Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)** veröffentlicht. Nach Verabschiedung durch das EU-Parlament soll die Richtlinie nun in nationales Recht umgesetzt werden (im Laufe 2023). Die Umsetzung der CSRD-Berichtspflichten hat erstmalig im Jahr 2026 für das Jahr 2025 zu erfolgen.

Berichtspflichtig sind grundsätzlich große Kapitalgesellschaften, die am Bilanzstichtag mindestens zwei der drei Merkmale erfüllen: 250 Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt (unabhängig von einer Kapitalmarktorientierung) und/oder Bilanzsumme von über 20 Mio.€ und/oder Umsatz von 40 Mio. €. Berichtspflichtig sind darüber hinaus alle börsennotierten Unternehmen (ausgenommen Kleinunternehmen). D. h. alle Unternehmen, deren Jahresabschlussaufstellung nach großen Kapitalgesellschaften erfolgt, sind berichtspflichtig ab dem Jahresabschluss 2025

(erstmalig in 2026). Für Gebietskörperschaften in Deutschland regeln die Gemeindeordnungen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde (z. B. § 121 ff HGO). Danach darf eine Gemeinde eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen, wenn gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (§ 267 Abs. 3 HGB) aufgestellt und geprüft werden. Der staatliche Sektor in Deutschland (rd. 18.500 Unternehmen der öffentlichen Hand, davon rd. 88 % im kommunalen Besitz) ist hier also unmittelbar betroffen.

Der Vorschlag zur CSRD gibt vor, zu welchem Berichtsinhalten die (geplanten) European Sustainability Reporting Standards (ESRS) Vorgaben machen sollen:

1. Sechs Umweltziele der Europäischen Union
 - Klimaschutz
 - Anpassung an den Klimawandel
 - Wasser- und Meeresressourcen
 - Kreislaufwirtschaft
 - Umweltverschmutzung
 - Biologische Vielfalt und Ökosysteme
2. Angaben zu gesellschaftlichen Aspekten:
 - Chancengleichheit für alle
 - Arbeitsbedingungen
 - Achtung der Menschenrechte, Grundfreiheiten, demokratischen Grundsätze und Internationale Standards
3. Angaben zu Governance-Aspekten:
 - Rolle der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane des Unternehmens, auch in Bezug auf Nachhaltigkeitsbelange und ihre Zusammensetzung

- Unternehmensethik und Unternehmenskultur, einschließlich Korruptions- und Bestechungsbekämpfung
- Politisches Engagement des Unternehmens, einschließlich seiner Lobbying-Aktivitäten
- Management und Qualität der Beziehung zu Geschäftspartnern, einschließlich der Zahlungspraktiken
- Interne Kontroll- und Risikomanagementsysteme des Unternehmens, auch in Bezug auf den Berichterstattungsprozess des Unternehmens

Die geforderten Angaben sollen zukünftig im Lagebericht des Geschäftsberichts enthalten sein. Diese hohen Ansprüche sind nicht nur für große (börsennotierte) Unternehmen eine Herausforderung für das Rechnungswesen. Denn diese Themen waren in der Vergangenheit häufig nicht im Rechnungswesen angesiedelt. In der Fachliteratur wird häufig der Begriff der Zeitenwende verwendet, denn letztlich werden vom ESRS die Themen Umwelt, gesellschaftliche Aspekte und Governance-Aspekte nun auf Augenhöhe mit dem klassischen Finanzrechnungswesen gesetzt. Dies wird natürlich die kleinen und mittleren kommunalen Beteiligungsunternehmen noch viel stärker treffen. Es wird also darauf ankommen, bei der Umsetzung ins nationale Recht eine kluge Lösung auch für kleine und mittlere kommunale Beteiligungsunternehmen zu finden, damit der Public Sektor in Deutschland seine Vorbildfunktion auch in diesem Bereich erfüllen kann.

3. Veränderungen und Struktur des Beteiligungsbestands der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2022

Entsprechend der Vorgabe nach § 123 a HGO konzentriert sich der Beteiligungsbericht auf die 231 Beteiligungen (Vj. 237), an denen die Stadt Frankfurt am Main mit mindestens 20 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist (analog § 271 HGB). Alle anderen 371 (Vj. 362) direkten und indirekten Beteiligungen unter 20 % werden zusammengefasst in der Tabelle sowie im Gesamtstrukturbericht (Anlage IV 2. Gesellschaftenverzeichnis) aufgeführt.

Die Anzahl der darin enthaltenen direkten Beteiligungen unter 20 % beträgt hierbei zwölf (Vj. zwölf) und enthält acht Gesellschaften sowie vier Genossenschaften. Diese zwölf Unternehmen werden auch weiterhin in Einzeldarstellungen erläutert, finden sich aber im Nebenteil zum Beteiligungsbericht wieder. Die Zahl aller Beteiligungen der Stadt Frankfurt am Main zum 31.12.2022 beträgt 602 (Vj. 599).

Anzahl der Beteiligungen ab 20 %

Zur Ermittlung der Anzahl der Beteiligungen wird die Tatsache berücksichtigt, dass aufgrund der komplexen Struktur des städtischen Beteiligungsportfolios

eine Reihe von Gesellschaften mehrere Mütter haben. Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden daher Gesellschaften mit Mehrfachbeziehungen der obersten Ebene zugeordnet. So ist z. B. die Stadt Frankfurt am Main an der WOHNHEIM GmbH und der Frankfurter Aufbau-AG (FAAG) sowohl direkt mit geringen Anteilen als auch indirekt über die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit höheren Anteilen beteiligt. Aufgrund der direkten Anteile der Stadt Frankfurt am Main werden diese Gesellschaften unter den direkten Minderheitsbeteiligungen ausgewiesen.

Zum 31.12.2022 war die Stadt Frankfurt am Main an 231 Gesellschaften direkt oder indirekt mit einem Anteil von mindestens 20 % beteiligt (Vj. 237). Im Jahr 2022 ergaben fünf Zugänge (davon vier tatsächliche Zugänge, eine Anteilsveränderung auf über 20 %) und elf Abgänge (davon zehn tatsächliche Abgänge, eine Anteilsveränderung auf unter 20 %) die Abnahme von sechs gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelnen sind diese Gesellschaften aus der Tabelle am Ende dieses Abschnitts namentlich ablesbar.

Anzahl der Beteiligungen >= 20 %	2022		2021	
	Anzahl	in %	Anzahl	in %
Direkte Beteiligungen >= 20 %	43	18,6%	44	18,6%
Direkte Mehrheitsbeteiligungen*	24	10,4%	25	10,5%
Direkte Minderheitsbeteiligungen**	19	8,2%	19	8,0%
Indirekte Beteiligungen >= 20 %	188	81,4%	193	81,4%
Beteiligungen 2. Grades	43	18,6%	43	18,1%
Beteiligungen 3. Grades	96	41,6%	100	42,2%
Beteiligungen 4. Grades	34	14,7%	37	15,6%
Beteiligungen ab 5. Grades	15	6,5%	13	5,5%
Beteiligungen mit einem Anteil von mindestens 20 % nach § 123 a HGO	231	100,0%	237	100,0%
<i>Andere Beteiligungen < 20 %</i>	<i>371</i>		<i>362</i>	
<i>davon direkt***</i>	<i>12</i>		<i>12</i>	
Beteiligungen gesamt	602		599	

* Anzahl inklusive sechs Eigenbetriebe, ** Anzahl inklusive einer Genossenschaft, *** Anzahl inklusive vier Genossenschaften

Von den 231 Gesellschaften entfallen mit 43 Gesellschaften (Vj. 44) 18,6 % auf die direkten Beteiligungen; hiervon sind 24 Gesellschaften (Vj. 25) direkte Mehrheitsbeteiligungen, d. h. Gesellschaften, an denen die Stadt Frankfurt am Main Anteile am Stammkapital von über 50 % hält. Aufgrund der Löschung der Frankfurt Hippodrom Gesellschaft mbH i. L. hat sich die Anzahl der direkten Mehrheitsbeteiligungen um eine Gesellschaft verringert. Die Anzahl der direkten Mehrheitsbeteiligungen beinhaltet auch die sechs Eigenbetriebe. Unter den 19 (Vj. 19) Minderheitsbeteiligungen werden auch vier Gesellschaften (Rebstock Projektgesellschaft mbH, KEG Konversions-Grundstücksentwicklungs-gesellschaft mbH, Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH und Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von genau 50,0 % ausgewiesen. Zudem werden unter den 19 direkten Minderheitsbeteiligungen weitere vier Gesellschaften (WOHNHEIM GmbH, FAAG, Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG und Klinikum Frankfurt Höchst GmbH) mit einem Stammkapitalanteil von unter 20 % ausgewiesen, bei denen aber die Gesamtquote aufgrund weiterer indirekter Anteile größer/gleich 20 % beträgt.

Die Zahl der indirekten Beteiligungen ab 20 % beträgt 188 (Vj. 193). Die Anzahl der Beteiligungen 2. Grades (Enkelgesellschaften) beträgt 43 (Vj. 43); die Beteiligungen 3. Grades (Urenkelgesellschaften) summieren sich auf 96 (Vj. 100). Daneben bestehen 34 (Vj. 37) Beteiligungen 4. Grades und 15 (Vj. 13) Beteiligungen mit einem Grad größer gleich fünf.

Struktur nach Bereichen

Aufgrund der Konzernstrukturen besteht mehr als die Hälfte der Beteiligungen (131; Vj. 133) ab einem Anteil von 20 % in den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, gefolgt von 46 (Vj. 48) Beteiligungen (19,9 %) im Bereich Wirtschaft und Stadtentwicklung sowie von 26 (Vj. 26) Beteiligungen (11,3 %) im Wohnungsbau. Für die Bereiche Gesundheit und Soziales mit 15 (Vj. 16) Beteiligungen sowie Kultur, Freizeit und Bildung mit 13 (Vj. 14) Beteiligungen ergeben sich Anteile von 6,5 % bzw. 5,6 %.

Wesentliche Portfolioveränderungen 2022

In der Tabelle am Ende dieses Abschnitts sind alle Zu- und Abgänge der Beteiligungen ab 20 % aufgeführt. Nachfolgend werden zunächst die dort ausgewiesenen wesentlichen Zugänge, im Weiteren dann die Abgänge erläutert; die Tabelle verweist darüber hinaus auf die Fundstellen im Beteiligungsbericht, an denen hierzu jeweils weitere Informationen zu finden sind.

Portfolioveränderungen – Zugänge:

Die Mainova AG hat in 2022 die **mobiheat GmbH** und deren zwei Tochtergesellschaften, die **mobiheat Schweiz** und die **mobiheat Österreich**, erworben. Sie agieren auf dem Gebiet der mobilen Energiezentralen.

Die FES hat in 2022 als eine neue Tochtergesellschaft die **FES Wohnen und Leben GmbH** gegründet. Geschäftszweck ist der Bau und Betrieb von Betriebswohnungen. Der Handelsregistereintrag erfolgte zum 01.06.2022.

Im Mainova-Konzern hat sich der durchgerechnete Anteil der Stadt an der **SEBG Energiepark GmbH** von 18,80 % auf 37,61 % verändert. Dies ist auf eine Eigenkapitalerhöhung und damit verbunden auf den Kauf zusätzlicher Anteile durch den Mainova-Konzern zurückzuführen.

Portfolioveränderungen – Abgänge:

Die **Main-Mobil-Frankfurt GmbH (MMF)** wurde rückwirkend zum 01.01.2022 auf die In-der-City-Bus GmbH (ICB) verschmolzen. Die MMF war bis zur Verschmelzung eine 100% Tochter der SWFH. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkte sich zuletzt ausschließlich auf die Erbringung von Fahrleistungen im Auftrag der ICB auf Linien des Linienbündels D. Die Gesellschaft verfügte über keine eigenen Fahrzeuge für den Liniendienst. Die Verschmelzung wurde gemäß Verschmelzungsvertrag im August 2022 rückwirkend zum 01.01.2022 vollzogen.

Aufgrund der Sanktionen gegen Russland hat sich die Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Frühjahr 2022 im Wege eines Management-Buy-Out von ihrer russischen Landesgesellschaft **O.O.O. Messe**

Frankfurt RUS (sowie deren 50 %-Beteiligung an der russischen **ITEMF**, einem joint venture zwischen O.O.O. Messe Frankfurt RUS und HYVE Expo International LLC) getrennt.

Die **ENAG** wurde endgültig liquidiert und wird demzufolge nicht mehr als Beteiligung der Mainova gezeigt.

Die Stadt Frankfurt am Main hat 2014 sämtliche Geschäftsanteile an der **Frankfurter Hippodrom GmbH** (FHG) übernommen. Der Kauf- und Abtretungsvertrag über Geschäftsanteile und die Vereinbarung über die Aufhebung eines Mietvertrags zwischen der Stadt Frankfurt am Main und dem früheren alleinigen Gesellschafter der FHG wurden vor dem Hintergrund der Neuordnung des Areals zur Sicherung der uneingeschränkten Verfügbarkeit über das Gelände geschlossen. Die Stadt Frankfurt am Main beabsichtigte nicht, die FHG operativ fortzuführen. Der Magistrat wurde beauftragt und ermächtigt, die Vorbereitungen für eine Auflösung der FHG, der gleichzeitig zugestimmt wurde, aufzunehmen und umzusetzen. Am 05.12.2016 hat der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main den formalen Beschluss zur Auflösung der nicht mehr operativ tätigen Gesellschaft mit Wirkung zum 31.12.2016 gefasst. Die Löschung der Gesellschaft erfolgte am 15.11.2022.

Des Weiteren wurde im Rahmen einer Kettenverschmelzung im Geschäftsjahr 2022 die **VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH**, die **Fraport-Beteiligungsholding GmbH**, die **Flughafen Kanalreinigungsgesellschaft mbH** sowie die **Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH** auf die zuvor umgewandelte Fraport Facility Services GmbH verschmolzen (vormals GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG).

Die **MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH** wurde mit Wirkung zum 01.01.2022 auf die Muttergesellschaft Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH verschmolzen.

Im Konzernverbund der Fraport AG hat die FraSec Fraport Security Services GmbH im November 2021 51% ihrer Anteile an der **FraSec Aviation Security GmbH** (vormals FraSec Luftsicherheit GmbH) verkauft, sodass die Anteilsübertragung in zwei Schritten (26 % Anteilsübertragung zum 01.01.2022 und 25% Anteilsübertragung zum 01.01.2023) erfolgt. Im Ergebnis beträgt der durchgerechnete Anteil der Stadt nur noch 15,48 % und die Gesellschaft wird folglich nicht mehr als Einzelbeitrag dargestellt.

Sonstige Portfolioveränderungen:

Die Mainova AG hat im Konzernbereich Umstrukturierungen vorgenommen. 50 % Anteile an der **Service4EVU** hat die Mainova AG von ihrer 100 %-Tochtergesellschaft Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH (MSD) übernommen. Das Geschäft mit mobilen Energiezentralen hat die Mainova AG ausgebaut und über eine **Holding ENERENT GmbH** (vormals **Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH**) die Aktivitäten der mobiheat-Gruppe und der Hotmobil gebündelt. Sie hält an der Holding knapp 94 % der Anteile. Zudem hat die Mainova ihre Beteiligungen im Bereich Erneuerbare Energien unter einer Holding **Mainova Erneuerbare Energien Holding GmbH & Co. KG** gebündelt. Einzig der Windpark Hohenlohe wurde nicht umgehängt.

Zugänge Beteiligungen >= 20 % Anteilsbeteiligung in 2022	Beitrag in V. Nebenteil	Abgänge/Verschmelzungen Beteiligungen >= 20 %
mobiheat GmbH	6.7.2	Main Mobil Frankfurt GmbH
mobiheat Schweiz GmbH	6.7.2.2	Messe Frankfurt RUS O. O. O., Moskau
mobiheat Österreich GmbH	6.7.2.1	ITEMF Expo O.O.O., Moskau
FES Wohnen und Leben GmbH	3.2	ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH i. L., Eisenach
SEBG Energiepark GmbH*	6.19.12	Frankfurter Hippodrom Gesellschaft mbH i. L.
		Fraport Beteiligungs-Holding GmbH
		Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH
		Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH
		VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH
		MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH
		FraSec Aviation GmbH (vormals FraSec Luftsicherheit GmbH)**

* Kapitalanteilsveränderung von unter 20 auf > = 20 %, ** Kapitalanteilsveränderung auf unter 20 %

Portfolioveränderungen: Ausblick

Aufgrund von mangelnden Zukunftsaussichten haben die Messe Frankfurt Exhibition GmbH zusammen mit den chinesischen Minderheitsgesellschaften beschlossen, die **Messe Frankfurt Traders Link** geordnet zu liquidieren. Der Liquidationsprozess soll bis Ende 2023 abgeschlossen sein.

Zu Beginn des Jahres 2023 hat die amerikanische Messe Frankfurt Inc., Atlanta/ USA im Rahmen einer rechtlichen Umstrukturierung ihren Anteil an der

PAACE Automechanika Mexico LLC, Atlanta/ USA um weitere 25 % auf 75 % erhöht.

Der Klinikverbund Frankfurt Main-Taunus (KFMT) hat über die Tochter KdMTK GmbH zum 01.01.2023 die **Hospiz Lebensbrücke gGmbH** übernommen. Das Hospiz ergänzt das Spektrum der KFMT als Anbieter möglichst umfassender Leistungen im Gesundheitswesen. Das Hospiz wurde vorher privat betrieben.

4. Betriebswirtschaftliche Eckdaten der wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe

Die nachfolgenden Darstellungen geben einen kurzen Einblick in die Ertrags- sowie die Vermögens- und Finanzlage der wesentlichen (bemessen an Anteil, Bilanz- und GuV-Werten) städtischen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe.

Von 24 direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben der Stadt Frankfurt am Main werden 20 (darunter fünf aktive Eigenbetriebe) sowie 17 weitere Gesellschaften mit ihren Kennzahlen in den folgenden Tabellen 1 bis 4 berücksichtigt. Der Eigenbetrieb Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst sowie die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, die Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH und die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH finden aufgrund des Wesentlichkeitsprinzips keine Berücksichtigung.

Neben den direkten Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetrieben werden die Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV), die Wohnheim GmbH, Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) und die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (mit geringeren direkten, aber höheren indirekten Anteilen) sowie zwölf wesentliche mittelbare Mehrheitsgesellschaften in die Betrachtungen mit aufgenommen.

Um die gesamte Breite des Betätigungsfelds der in städtischem Besitz stehenden Gesellschaften möglichst adäquat darstellen zu können, wurden bei der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (Wohnungsbau), der Messe Frankfurt GmbH (Wirtschaft), der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (Entsorgung) und der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (Verkehr, Versorgung) zusätzlich zu den Einzelabschlüssen der Gesellschaften die jeweiligen Konzernabschlüsse abgebildet.

Die SBEV wurde 2015 als Projektgesellschaft gegründet. Im Laufe ihrer Entwicklung, insbesondere aufgrund der Erweiterung des Unternehmensgegenstands im Geschäftsjahr 2022 und der Aufhebung

der Beschränkung auf den Neubau der Stadtbahn Europaviertel, ist die Bedeutung der Gesellschaft für die Stadt Frankfurt am Main erheblich gestiegen.

Für die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (Kultur) enthalten die Übersichten die Abschlussdaten des abweichenden Geschäftsjahres vom 01.09.2021 bis zum 31.08.2022 (Vj. 01.09.2020 bis zum 31.08.2021). Für die übrigen aufgeführten Beteiligungen gilt Geschäftsjahr gleich Kalenderjahr. Die Bilanzkennzahlen stellen Stichtagswerte zum 31.12. (bzw. 31.08. Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH) dar, während sich die Kennzahlen der GuV auf den Zeitraum eines Geschäftsjahres beziehen.

Die hier dargestellten Kennzahlen 2022 für die Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) beziehen sich auf die Entwurfsfassung des Jahresabschlusses 2022.

Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich lagen bis zum Redaktionsschluss keine testierten Jahresabschlüsse vor. Demnach können für diese Gesellschaften auch keine Kennzahlen aus dem Geschäftsjahr 2022 dargestellt werden. In den folgenden Tabellen muss dies bei der Summenbildung für den Bereich und insgesamt sowie auch für die Grafiken berücksichtigt werden. Bei der Betrachtung der in der Tabelle ausgewiesenen Summen ist zudem zu berücksichtigen, dass keine Konsolidierung (Aufrechnung konzerninterner Vorgänge) berücksichtigt ist. Dies wird durch den Zusatz „nicht konsolidiert“ gekennzeichnet.

Eine Erläuterung zur Berechnung der Kennzahlen findet sich am Ende des Beteiligungsberichts.

Erläuterungen zu Tabelle 1

(Gesamtleistung und Jahresergebnis)

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1.1. und 1.2 geben einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtleistung und der Jahresergebnisse der einzelnen Gesellschaften zusammengefasst nach Unternehmensbereichen. Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main erbringen ihre Leistungen auf vielen verschiedenen Gebieten. So resultiert die Leistung der Gesellschaften des Kulturbereichs unter anderem aus verkauften Eintrittskarten, die des Krankenhauses überwiegend aus Erstattungen der Krankenkassen, während die Wohnungsunternehmen ihre Gesamtleistung zu einem großen Teil aus Mieteinnahmen erzielen.

Die Zahlen der Unternehmen im Kultur- und Sozialbereich zeigen, dass die monetäre Bewertung der Leistungen oft in keiner angemessenen Relation zu den tatsächlich anfallenden Kosten steht. Dem gegenüber steht jedoch der tatsächliche gesellschaftliche Nutzen der betreffenden Betriebe für die Stadt Frankfurt am Main und die Region. Gleiches gilt für die im Wirtschaftssektor angesiedelten Unternehmen zur Förderung des Tourismus und zur Stärkung der Wirtschaftskraft sowie für den öffentlichen Nahverkehr.

Einige der in der Tabelle 1 aufgeführten Gesellschaften schließen das Geschäftsjahr scheinbar „erfolglos“ ab, was in einem Jahresergebnis von Null zum Ausdruck kommt. Diese Gesellschaften hätten im Jahr 2022 Jahresüberschüsse (AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH, Frankfurter Aufbau AG (FAAG), Mainova AG, Messe Frankfurt Venue GmbH) oder Jahresfehlbeträge (Messe Frankfurt Exhibition GmbH, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH, Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH (VGF), BäderBetriebe Frankfurt GmbH) erwirtschaftet, die im Rahmen von Ergebnisabführungsverträgen an die jeweilige Muttergesellschaft überwiesen oder von dieser durch Verlustübernahme ausgeglichen wurden. Bei der VGF, der Mainova AG, der AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH und der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich um Gesellschaften, die unter dem Dach der Stadtwerke Holding einen steuerlichen Querverbund bilden.

Beim Vergleich der Jahresergebnisse der Kulturgesellschaften Alte Oper und Städtischen Bühnen (SBF) ist zu berücksichtigen, dass die SBF über eigenes und gestelltes Personal verfügt, während die Alte Oper über kein eigenes Ensemble verfügt. Der größte Verlustbringer der hier dargestellten Gesellschaften und Eigenbetriebe ist der Eigenbetrieb Kita Frankfurt mit einem Jahresfehlbetrag von 142,44 Mio. € (Vj. -136,56 Mio. €). Der Eigenbetrieb ist damit auch der größte Zuschussempfänger der Stadt Frankfurt am Main. Zu den Aufgaben des Eigenbetriebs gehören die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab acht Wochen bis zehn bzw. zwölf Jahren in Kindertageseinrichtungen. Aufgrund des sehr personalintensiven Betriebs sind die Personalaufwendungen von 152,76 Mio. € (Vj. 146,81 Mio. €) der größte Kostenfaktor.

Die VGF erzielt den zweithöchsten Jahresfehlbetrag im Vergleich mit den in der Tabelle 1 aufgeführten Beteiligungen. Die Verkehrsgesellschaft schließt ihr Geschäftsjahr grundsätzlich mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme ab. Im Jahr 2022 wurde ein Ergebnis vor Verlustübernahme (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von -132,32 Mio. € (Vj. -116,58 Mio. €) erreicht. Dem folgen die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH mit einem Jahresfehlbetrag von 91,29 Mio. € (Vj. -59,10 Mio. €) sowie die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) mit einem Jahresfehlbetrag von 81,86 Mio. € (Vj. -75,07 Mio. €).

Zu den größten Gewinnbringern zählen die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH mit einem Jahresüberschuss von 68,07 Mio. € (Vj. 83,55 Mio. €) und die Mainova AG mit einem Ergebnis vor Gewinnabführung (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von 43,35 Mio. € (Vj. 60,77 Mio. €) sowie die Frankfurter Aufbau AG (FAAG) mit einem Ergebnis vor Gewinnabführung (nicht in Tabelle 1 abgebildet) von 39,21 Mio. € (Vj. 32,90 Mio. €).

	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung
	2022	2021	(in %)	2022	2021	(in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	13.853	13.447	3,02	-312	-71	341,38
Dom Römer	1.178	967	21,83	-1.513	-1.291	17,23
Hafen und Markt (EB)	4.932	5.225	-5,59	16.362	1.067	1.433,73
HFM	23.367	22.760	2,67	4.954	4.880	1,51
Messe Frankfurt	51.748	42.864	20,73	-7.951	-120.563	-93,41
Messe Frankfurt Exhibition	132.434	20.719	539,18	0	0	-
Messe Frankfurt Venue	177.256	49.708	256,59	0	0	-
TCF	5.890	2.177	170,54	-5.057	-4.511	12,11
WIFÖ	3.331	1.085	206,94	-6.190	-6.381	-3,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	413.990	158.953	160,45	292	-126.870	-100,23
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	17.670	26.408	-33,09	0	0	-
BäderBetriebe	9.424	4.780	97,14	0	0	-
FES	252.032	238.793	5,54	27.434	16.158	69,79
ICB	28.653	25.934	10,48	1.404	451	211,48
Mainova	4.491.364	2.860.185	57,03	0	0	-
SBEV	34.147	45.680	-25,25	1	1	0,00
Stadtentwässerung (EB)	138.268	133.654	3,45	8.482	6.680	26,97
SWFH	14.802	13.717	7,91	-91.291	-59.104	54,46
traffiQ	508	511	-0,60	-11.206	-10.675	4,98
VGF	164.306	175.098	-6,16	0	0	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	5.151.174	3.524.760	46,14	-65.177	-46.489	40,20
Wohnungsbau						
ABG	283.012	267.589	5,76	68.070	83.546	-18,52
Bäderbau KG	0	0	-	-126	-134	-6,28
FAAG	104.649	99.296	5,39	0	0	-
Hellerhof	48.237	47.766	0,99	8.513	6.964	22,23
MIBAU	14.325	14.008	2,26	3.488	3.220	8,34
SAALBAU	8.466	8.151	3,87	0	0	-
WOHNHEIM	114.537	115.381	-0,73	776	8.784	-91,17
Gesamt (nicht konsolidiert)	573.226	552.191	3,81	80.721	102.380	-21,16
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	10.803	3.765	186,94	-7.362	-7.681	-4,15
Kita (EB)	64.867	60.057	8,01	-142.443	-136.556	4,31
Mousonturm	5.056	4.256	18,80	-4.138	-4.382	-5,57
SBF	7.666	1.504	409,70	-81.864	-75.070	9,05
Schirn Kunsthalle	3.067	1.253	144,71	-5.450	-4.821	13,05
Sportpark Stadion	10.460	6.435	62,54	878	-4.942	-117,76
VHS (EB)	7.631	6.074	25,64	-12.516	-12.928	-3,18
Gesamt (nicht konsolidiert)	109.550	83.344	31,44	-252.896	-246.380	2,64
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	9.046	8.868	2,00	-16.165	-14.700	9,97
Klinikum FH	-	221.281	-100,00	-	-4.490	-100,00
Medizinisches Versorgungszentrum	-	2.148	-100,00	-	-235	-100,00
ZEG	-	866	-100,00	-	10	-100,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	9.046	233.164	-96,12	-16.165	-19.414	-16,74
Summe dargestellter Beteiligungen	6.256.986	4.552.412	37,44	-253.223	-336.773	-24,81

Tabelle 1: Gesamtleistung/Jahresergebnis

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2022 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) lagen für das Berichtsjahr 2022 bis zum Redaktionsschluss keine testierten Abschlüsse vor.

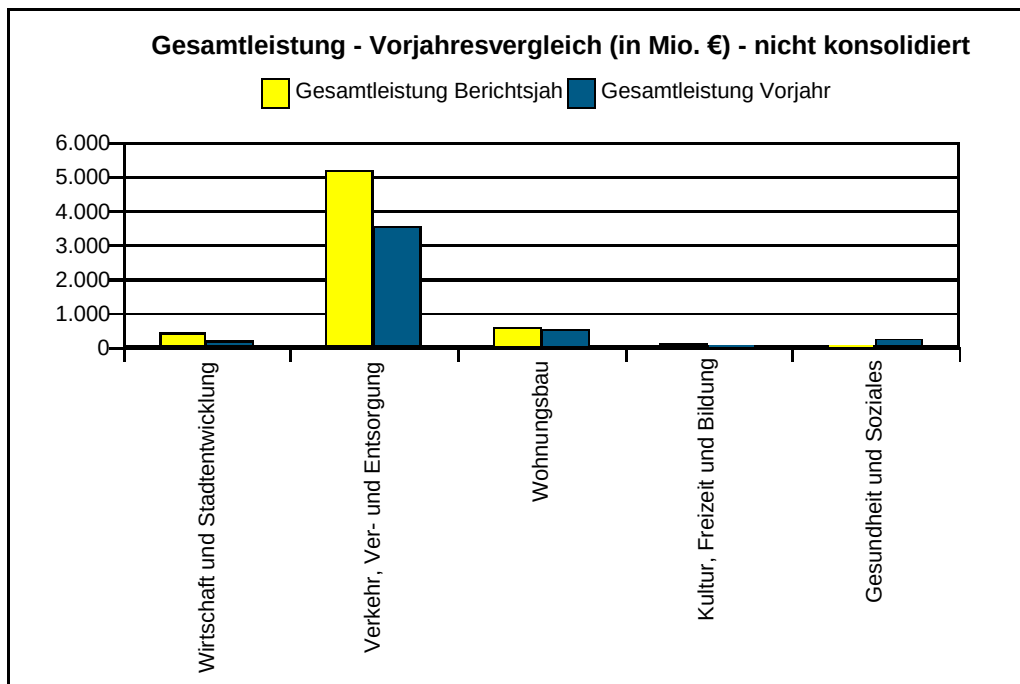


Abb. 1.1 Gesamtleistung:

Anmerkung:

Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

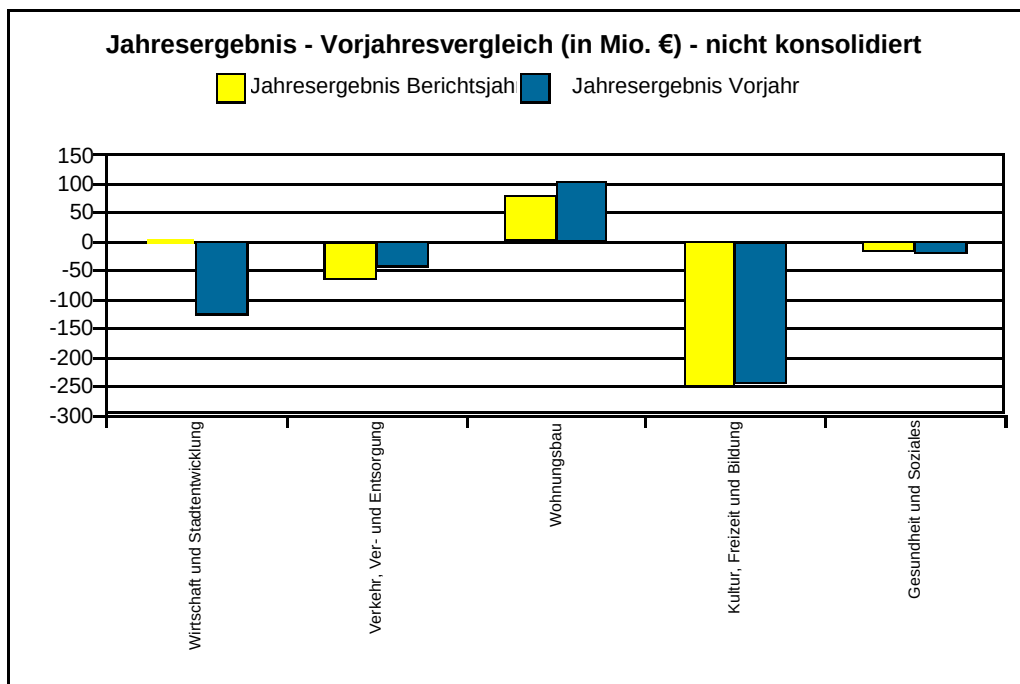


Abb. 1.2

Anmerkung: Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

Erläuterungen zu den Tabellen 2 und 3

(Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital,
Zahl der Mitarbeitenden)

Die Tabellen 2 und 3 sowie die Abbildung 2.1 fassen Daten zu Anlagevermögen, Bilanzsumme, Eigenkapital und Mitarbeitenden der Beteiligungen zusammen, teilweise ergänzt durch die Bildung von Kennzahlen: Eigenkapitalquote, Anlagenintensität und Produktivität. Zur Bewertung der Eigenkapitalquote der Gesellschaften wird häufig auf einen in anderen Wirtschaftsbereichen als ausreichend angesehenen Wert (z. B. mehr als 30,0 % der Bilanzsumme) verwiesen. Dabei ist jedoch einerseits zu beachten, dass diese Vergleichswerte sehr von der jeweiligen Branche geprägt sind und dass andererseits viele Unternehmen der öffentlichen Hand aufgrund ihres Gesellschaftszweckes durch Zuschüsse finanziert werden und sich somit nicht über den Kapitalmarkt refinanzieren müssen. Die größte Eigenkapitalquote mit über 80,3 % besitzen die Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb). Die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG (BKRZ KG) folgt mit einer Eigenkapitalquote von 76,4 %. Die MIBAU GmbH hat ebenfalls eine hohe Eigenkapitalquote (73,7 %).

Wie im Vorjahr weist die Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH in der Bilanz einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ aus. Hierdurch wird kein negatives Eigenkapital auf der Passivseite ausgewiesen, sondern das Eigenkapital beträgt Null. Mittelfristig ist hier ein Ausgleich beim Eigenkapital anteilig über die Zuschussentwicklung und Reduzierungen beim Fehlbetrag angestrebt. Die Dom Römer GmbH weist ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 3,68 Mio. € aus (Vj. 12,16 Mio. €). Zum Ausgleich sind zukünftig weitere Einzahlungen in die Kapitalrücklage beabsichtigt. Die Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG hat ebenfalls ein Eigenkapital von Null und einen nicht durch Vermögenseinlagen gedeckten Verlustanteil der Kommanditisten von 571 T€. Den größten Wert beim Eigenkapital weist die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) mit 1,12 Mrd. € (Vj. 1,06 Mrd. €) aus. Neben der

ABG weisen auch die Mainova AG und die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) ein Anlagevermögen von über 1 Mrd. € aus.

Die ABG und die Mainova haben eine Bilanzsumme von über 2 Mrd. € und die Messe Frankfurt GmbH, SWFH und die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) von über 1 Mrd. €.

Die größte Anlagenintensität (Verhältnis von Anlagevermögen zur Bilanzsumme) mit über 90 % errechnet sich bei folgenden Unternehmen: Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum- Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG, Messe Frankfurt Venue GmbH sowie Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb). Die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV) verfügt über kein Anlagevermögen. Demnach kann in Tabelle 3 für die SBEV auch keine Anlagenintensität ausgewiesen werden. Da die SBEV im Auftrag der VGF tätig wird und kein dauerhaftes Eigentum erwirbt, erfolgt der Ausweis der während der Projektlaufzeit angefallenen Herstellungskosten aus den Projekten Stadtbahn Europaviertel und Verlängerung U5 zum Areal Römerhof unter den Vorräten - unfertigen Leistungen der SBEV. Die sehr hohe Produktivität (Quotient aus Gesamtleistung und Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt) der SBEV von 3,80 Mio. € in Tabelle 3 ergibt sich zwar rechnerisch, hat aber aufgrund des speziellen Geschäftsmodells keinen logischen Aussagegehalt.

Jeweils über 2.000 Mitarbeitende sind bei der Mainova AG, der Kita Frankfurt (Eigenbetrieb), der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) sowie dem Klinikum Frankfurt Höchst GmbH (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende – aktuelle Anzahl für 2022 liegt noch nicht vor) beschäftigt. Mit durchschnittlich jeweils über 1.000 (aber unter 2.000) Mitarbeitenden folgen die FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) (gestellte und GmbH-eigene Mitarbeitende).

	Anlagevermögen (in T€)			Eigenkapital (in T€)		
	2022	2021	Veränderung (in %)	2022	2021	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	134.219	134.833	-0,46	102.993	103.489	-0,48
Dom Römer	11.798	12.253	-3,71	0	0	-
Hafen und Markt (EB)	29.924	30.975	-3,39	50.737	37.099	36,76
HFM	2.388	2.294	4,13	8.179	8.105	0,91
Messe Frankfurt	598.034	621.860	-3,83	517.192	285.143	81,38
Messe Frankfurt Exhibition	131.623	133.430	-1,35	46.637	46.637	0,00
Messe Frankfurt Venue	770.714	782.918	-1,56	402.862	402.862	0,00
TCF	331	364	-9,09	1.984	1.376	44,16
WIFÖ	150	181	-17,10	3.055	2.444	24,97
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.679.181	1.719.106	-2,32	1.133.639	887.157	27,78
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	6.052	8.372	-27,71	403	403	0,00
BäderBetriebe	57.336	51.200	11,98	37.710	37.710	0,00
FES	65.449	66.037	-0,89	56.804	45.528	24,77
ICB	35.296	33.415	5,63	6.714	5.155	30,24
Mainova	1.565.467	1.338.353	16,97	356.679	356.679	0,00
SBEV	-	-		35	34	3,70
Stadtentwässerung (EB)	704.915	690.970	2,02	180.442	174.072	3,66
SWFH	1.355.574	1.020.944	32,78	360.534	363.158	-0,72
traffiQ	762	751	1,44	220	951	-76,91
VGF	953.774	892.305	6,89	35.840	35.840	0,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	4.744.626	4.102.348	15,66	1.035.380	1.019.529	1,55
Wohnungsbau						
ABG	1.965.144	1.850.670	6,19	1.123.873	1.064.120	5,62
Bäderbau KG	25.806	12.465	107,03	0	0	-
FAAG	474.971	462.684	2,66	105.545	105.545	0,00
Hellerhof	128.518	133.242	-3,55	87.305	78.793	10,80
MIBAU	16.172	16.751	-3,46	27.542	24.053	14,50
SAALBAU	4	6	-32,23	25	25	0,00
WOHNHEIM	380.895	376.438	1,18	135.994	135.218	0,57
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.991.509	2.852.256	4,88	1.480.285	1.407.755	5,15
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	1.918	2.235	-14,16	2.355	717	228,59
Kita (EB)	162.509	156.605	3,77	52.986	57.429	-7,74
Mousonturm	241	284	-15,03	0	0	-
SBF	19.211	20.601	-6,75	19.155	24.523	-21,89
Schirn Kunsthalle	139	167	-17,04	904	2.044	-55,78
Sportpark Stadion	113.573	115.490	-1,66	77.041	64.163	20,07
VHS (EB)	547	680	-19,58	2.844	2.576	10,40
Gesamt (nicht konsolidiert)	298.139	296.063	0,70	155.285	151.453	2,53
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	2.027	1.928	5,13	2.151	2.430	-11,50
Klinikum FH	-	18.815	-100,00	-	21.445	-100,00
Medizinisches Versorgungszentrum	-	1.083	-100,00	-	83	-100,00
ZEG	-	264.143	-100,00	-	59	-100,00
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.027	285.968	-99,29	2.151	24.017	-91,05
Summe dargestellter Beteiligungen	9.715.482	9.255.741	4,97	3.806.740	3.489.911	9,08

Tabelle 2: Anlagevermögen / Eigenkapital

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2022 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2022 keine Werte aufgeführt.

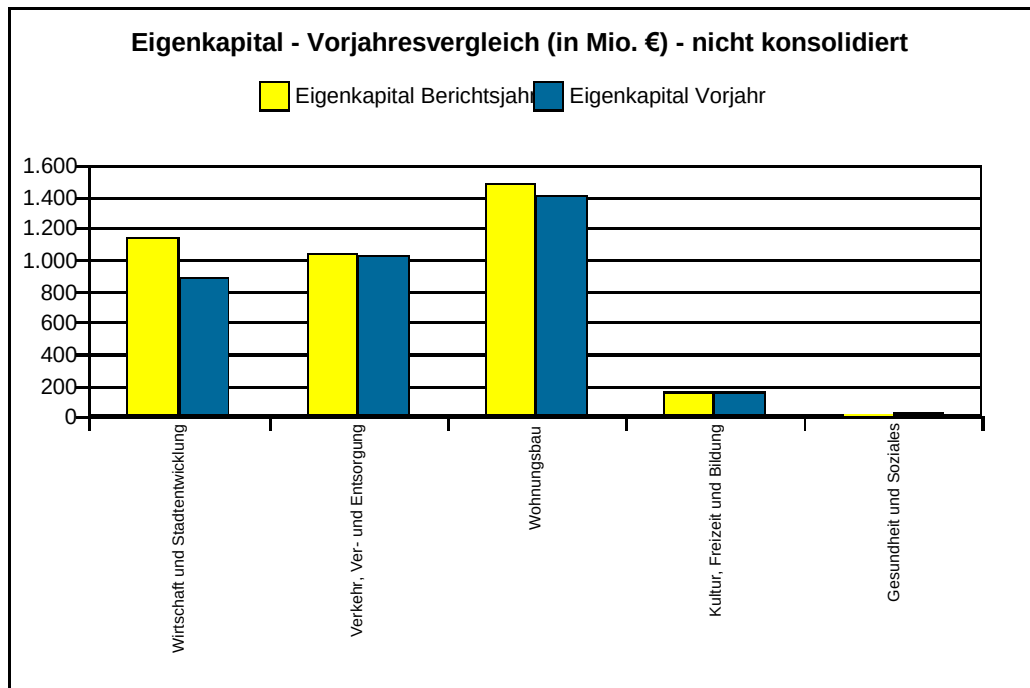


Abb. 2.1 *Anmerkung:* Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) enthält die Grafik für das Berichtsjahr 2022 keine Werte. Der Vergleich für den Bereich Gesundheit und Soziales ist somit verzerrt.

	Bilanzsumme 2022 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt 2022	Produktivität (in T€)
Wirtschaft und Stadtentwicklung					
BKRZ KG	134.861	76,37	99,52	21	660
Dom Römer	20.413	0,00	57,80	8	147
Hafen und Markt (EB)	63.173	80,31	47,37	33	149
HFM	12.459	65,65	19,17	57	410
Messe Frankfurt	1.083.212	47,75	55,21	266	195
Messe Frankfurt Exhibition	202.897	22,99	64,87	299	443
Messe Frankfurt Venue	794.990	50,68	96,95	218	813
TCF	5.430	36,54	6,10	72	82
WIFÖ	4.515	67,65	3,31	47	71
Gesamt (nicht konsolidiert)	2.321.950	48,82	72,32	1.021	405
Verkehr, Ver- und Entsorgung					
AVA	16.670	2,42	36,30	0	-
BäderBetriebe	91.717	41,12	62,51	285	33
FES	145.722	38,98	44,91	1.334	189
ICB	47.667	14,08	74,05	723	40
Mainova	2.428.371	14,69	64,47	2.807	1.600
SBEV	185.554	0,02		9	3.794
Stadtentwässerung (EB)	740.601	24,36	95,18	464	298
SWFH	1.683.729	21,41	80,51	86	172
traffiQ	42.196	0,52	1,81	100	5
VGf	1.155.875	3,10	82,52	2.685	61
Gesamt (nicht konsolidiert)	6.538.102	15,84	72,57	8.493	607
Wohnungsbau					
ABG	2.223.700	50,54	88,37	360	786
Bäderbau KG	28.628	0,00	90,14	0	-
FAAG	536.287	19,68	88,57	85	1.231
Hellerhof	187.164	46,65	68,67	0	-
MIBAU	37.391	73,66	43,25	0	-
SAALBAU	572	4,37	0,65	103	82
WOHNHEIM	448.009	30,36	85,02	50	2.291
Gesamt (nicht konsolidiert)	3.461.752	42,76	86,42	598	959
Kultur, Freizeit und Bildung					
Alte Oper	11.203	21,02	17,12	39	277
Kita (EB)	196.952	26,90	82,51	2.724	24
Mousonturm	1.607	0,00	15,02	51	99
SBF	66.560	28,78	28,86	1.168	7
Schirn Kunsthalle	3.479	25,98	3,98	40	77
Sportpark Stadion	128.021	60,18	88,71	8	1.307
VHS (EB)	19.190	14,82	2,85	143	53
Gesamt (nicht konsolidiert)	427.014	36,37	69,82	4.173	26
Gesundheit und Soziales					
KKJF (EB)	13.235	16,25	15,32	301	30
Gesamt (nicht konsolidiert)	13.235	16,25	15,32	301	30
Summe dargestellter Beteiligungen	12.762.052	29,83	76,13	14.586	429

Tabelle 3: Bilanzsumme / EK-Quote / Anlagenintensität / Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt / Produktivität

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2022 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2022 keine Werte aufgeführt.

Erläuterungen zu Tabelle 4

(Verbindlichkeiten)

Tabelle 4 gibt Auskunft über den Schuldenstand der einzelnen Gesellschaften und den Anteil der Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten. Die Abbildung 4.1 stellt die Bankverbindlichkeiten dar. Beim Vergleich der Werte wird grundsätzlich deutlich, dass Unternehmen mit Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main zur Finan-

zierung hoher Anlageintensitäten ebenso auf Fremdkapital zurückgreifen wie Unternehmen ohne öffentliche Beteiligung. Sofern Tochtergesellschaften in ein Cash-Pooling mit ihrer Muttergesellschaft eingebunden sind, können auch Finanzierungen über Kreditaufnahmen durch die Muttergesellschaft stattfinden. Zusätzlich wird für jeden Unternehmensbereich die Summe aller Verbindlichkeiten (nicht konsolidiert) ausgewiesen.

	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)			Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		
	2022	2021	Veränderung (in %)	2022	2021	Veränderung (in %)
Wirtschaft und Stadtentwicklung						
BKRZ KG	26.677	27.614	-3,39	24.216	25.614	-5,46
Dom Römer	18.210	28.759	-36,68	-	-	-
Hafen und Markt (EB)	107	148	-27,73	-	-	-
HFM	1.187	769	54,39	-	-	-
Messe Frankfurt	546.574	480.888	13,66	288.450	323.948	-10,96
Messe Frankfurt Exhibition	138.756	94.119	47,43	-	-	-
Messe Frankfurt Venue	339.124	344.162	-1,46	-	-	-
TCF	2.053	1.698	20,89	-	-	-
WIFÖ	493	375	31,40	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.073.183	978.532	9,67	312.666	349.563	-10,56
Verkehr, Ver- und Entsorgung						
AVA	16.201	16.224	-0,14	1.006	3.019	-66,67
BäderBetriebe	43.703	44.579	-1,97	-	-	-
FES	29.882	28.113	6,29	-	-	-
ICB	38.848	34.960	11,12	31.222	28.322	10,24
Mainova	1.269.302	886.223	43,23	4.092	8.751	-53,24
SBEV	185.454	152.075	21,95	-	-	-
Stadtentwässerung (EB)	367.870	364.212	1,00	297.353	278.489	6,77
SWFH	1.295.308	959.637	34,98	1.043.318	786.970	32,57
traffiQ	40.152	27.393	46,58	-	-	-
VGF	990.766	867.529	14,21	341.653	361.419	-5,47
Gesamt (nicht konsolidiert)	4.277.485	3.380.946	26,52	1.718.645	1.466.969	17,16
Wohnungsbau						
ABG	1.018.096	1.018.420	-0,03	439.800	443.685	-0,88
Bäderbau KG	28.619	15.292	87,16	-	-	-
FAAG	361.296	348.736	3,60	246.386	254.193	-3,07
Hellerhof	91.679	94.525	-3,01	35.683	36.693	-2,75
MIBAU	8.316	8.239	0,93	1.969	2.150	-8,42
SAALBAU	299	1.469	-79,67	-	-	-
WOHNHEIM	298.342	304.517	-2,03	161.914	163.019	-0,68
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.806.647	1.791.198	0,86	885.752	899.740	-1,55
Kultur, Freizeit und Bildung						
Alte Oper	4.522	2.704	67,24	-	-	-
Kita (EB)	13.006	12.719	2,26	515	841	-38,84
Mousonturm	1.353	1.167	15,92	-	-	-
SBF	20.447	20.483	-0,18	-	-	-
Schirn Kunsthalle	2.082	1.300	60,12	-	-	-
Sportpark Stadion	37.357	40.732	-8,28	28.569	31.264	-8,62
VHS (EB)	1.907	2.032	-6,15	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	80.675	81.137	-0,57	29.083	32.105	-9,41
Gesundheit und Soziales						
KKJF (EB)	1.000	934	7,09	440	566	-22,22
Klinikum FH	-	47.332	-100,00	-	-	-
Medizinisches Versorgungszentrum	-	1.433	-100,00	-	-	-
ZEG	-	1.880	-100,00	-	-	-
Gesamt (nicht konsolidiert)	1.000	51.580	-98,06	440	566	-22,22
Summe dargestellter Beteiligungen	7.238.989	6.283.393	15,21	2.946.586	2.748.944	7,19

Tabelle 4: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Anmerkung: Bei dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung werden die Zahlen aus dem Jahresabschlussentwurf 2022 angesetzt. Für die Gesellschaften aus dem Gesundheitsbereich (Klinikum FH, Medizinisches Versorgungszentrum, ZEG) werden für das Berichtsjahr 2022 keine Werte aufgeführt.

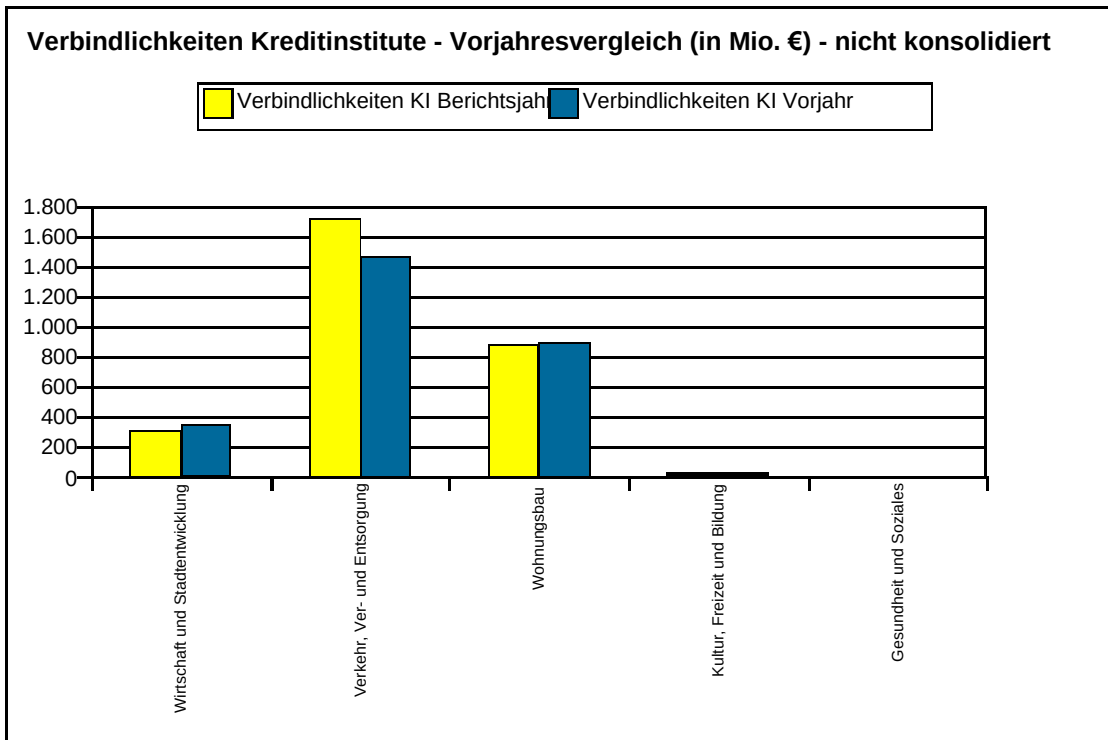


Abb. 4.1

Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 8 (Ergebnisse der Konzerne)

Die Tabellen 5 bis 8 zeigen die o. g. Kennzahlen auf der Ebene der vier Konzerne. Bei den Werten der einzelnen Konzerne handelt es sich um konsolidierte Angaben der Muttergesellschaft und ihrer verbundenen Unternehmen. Die jeweiligen internen Finanzbeziehungen sind darin entsprechend der Einheitstheorie eliminiert. Im Unterschied dazu stellen die ebenfalls ausgewiesenen Summen in den vorhergehenden Tabellen keine Konsolidierung zwischen den Konzernen dar.

Den Kern des städtischen Beteiligungsportfolios bilden die vier Konzerne ABG (Wohnungsbau), FES (Entsorgung), Messe Frankfurt (Wirtschaft) und SWFH (Verkehr), auf die ca. 80 % des Vermögens und ca. 90 % der gesamten Leistung (bezogen auf die wesentlichen Mehrheitsgesellschaften und Eigenbetriebe) entfallen.

Konzerne	Gesamtleistung (in T€)		Veränderung (in %)	Jahresergebnis (in T€)		Veränderung (in %)
	2022	2021		2022	2021	
ABG	556.885	533.508	4,38	78.438	76.444	2,61
FES	277.766	261.641	6,16	30.036	17.676	69,93
Messe Frankfurt	454.121	153.927	195,02	-27.619	-141.056	-80,42
SWFH	4.748.000	3.088.098	53,75	-28.370	-7.959	256,46
Summe dargestellter Beteiligungen	6.036.772	4.037.175	49,53	52.484	-54.896	-195,61

Tabelle 5: Gesamtleistung/Jahresergebnis (bei ABG, Messe und SWFH nach Anteilen anderer Gesellschafter)

Konzerne	Anlagevermögen (in T€)		Veränderung (in %)	Eigenkapital (in T€)		Veränderung (in %)
	2022	2021		2022	2021	
ABG	2.813.511	2.703.528	4,07	1.327.077	1.256.930	5,58
FES	79.498	80.091	-0,74	80.656	66.778	20,78
Messe Frankfurt	826.878	856.759	-3,49	529.513	317.380	66,84
SWFH	3.949.521	3.617.059	9,19	1.173.043	1.105.011	6,16
Summe dargestellter Beteiligungen	7.669.407	7.257.437	5,68	3.110.290	2.746.099	13,26

Tabelle 6: Anlagevermögen/Eigenkapital

Konzerne	Verbindlichkeiten gesamt (in T€)		Veränderung (in %)	Verbindlichkeiten Kreditinstitute (in T€)		Veränderung (in %)
	2022	2021		2022	2021	
ABG	1.648.182	1.666.899	-1,12	927.052	942.582	-1,65
FES	22.516	22.621	-0,46	2.844	3.656	-22,22
Messe Frankfurt	672.822	605.630	11,09	291.138	326.637	-10,87
SWFH	2.782.817	2.436.712	14,20	1.727.320	1.532.778	12,69
Summe dargestellter Beteiligungen	5.126.337	4.731.863	8,34	2.948.354	2.805.653	5,09

Tabelle 7: Verbindlichkeiten gesamt/Verbindlichkeiten Kreditinstitute

Konzerne	Bilanzsumme 2022 (in T€)	Eigenkapital- quote (in %)	Anlagen- intensität (in %)	Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt (2022)	Produktivität (in T€)
ABG	3.138.008	42,29	89,66	759	734
FES	167.635	48,11	47,42	1.778	156
Messe Frankfurt	1.342.000	39,46	61,62	2.111	215
SWFH	5.025.984	23,34	78,58	6.750	703
Summe dargestellter Beteiligungen	9.673.626	32,15	79,28	11.398	530

Tabelle 8: Bilanzsumme/EK-Quote/Anlagenintensität/Mitarbeitende im Jahresdurchschnitt/Produktivität

5. Verzinsung des eingesetzten Kapitals

Zur Berechnung der Wirtschaftlichkeit wird der Zinsfuß angesetzt, der sich aus dem Mittelwert der Kämmererschuldzinsen (Investitionskredite Hoheitsbereich) der letzten zehn Jahre ergibt. Dieser beträgt 2,025 % p. a. für die Jahre 2013 - 2022. Im Vorjahr betrug der Zinssatz für die letzten zehn Jahre 2,250 % p. a.

Die Aufstellung beruht auf der Methode der Opportunitätsanlagebetrachtung, bei der die Eigenkapitalbindung in dem entsprechenden Unternehmen mit einer Anlage am Kapitalmarkt verglichen wird.

Dabei ist zu beachten, dass rein erwerbswirtschaftliche Betätigungen, die ausschließlich darauf gerichtet sind, die finanzielle Situation der Gemeinde zu verbessern, nach einhelliger Meinung in Literatur und Rechtsprechung grundsätzlich nicht zulässig sind. Das Unternehmen muss unmittelbar durch seine Leistung, nicht nur durch seine Gewinne und Erträge, dem Wohl der Gemeindebürger:innen dienen. Maßgeblich ist deshalb, dass ein wirtschaftliches Unternehmen so zu führen ist, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird und ein Ertrag nur dann ausgeschüttet werden soll, wenn dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht gefährdet wird. Ausnahmsweise darf aber auch eine gewinnorientierte Tätigkeit bei einer rechtlich legitimierten Sachaufgabe wahrgenommen werden, insbesondere um sonst brachliegendes

Wirtschaftspotenzial auszunutzen. Eine gewinnorientierte Betrachtung ist für eine Vielzahl der Unternehmen im städtischen Portfolio nicht angezeigt. Es handelt sich oftmals um Unternehmen – hierzu zählen auch die defizitären Eigenbetriebe –, die als reine Zuschussgesellschaften geführt werden. Ihr Geschäftszweck ist nicht auf wirtschaftlichen Erfolg ausgelegt, die Eigenkapitalausstattungen sind in der Regel stark beschränkt bzw. negativ. Nicht betrachtet werden auch gemeinnützige Gesellschaften sowie reine Projektgesellschaften.

Die Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH entzieht sich ebenfalls der Betrachtung, da sie lediglich einen gesellschaftsrechtlichen Rahmen zur Realisierung des steuerlichen Querverbands zwischen Verkehr, Bäderbetrieben und Energieversorgung darstellt. Insofern werden nur die Gesellschaften bzw. Eigenbetriebe der geforderten Betrachtung unterworfen, die neben der Erfüllung des öffentlichen Zwecks eine Gewinnerzielungsabsicht vorweisen. Unabhängig von der Möglichkeit oder Zulässigkeit einer Gewinnerzielung sind alle Gesellschaften beauftragt, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel wirtschaftlich einzusetzen.

Eigenkapitalverzinsung 2022	durchschnittliches Eigenkapital (in T€)	Jahresüberschuss* (in T€)	Eigenkapitalrendite (in %)
ABG (Konzern)*	1.292.004	78.571	6,1%
BKRZ GmbH	29	3	10,5%
FES (Konzern)*	73.717	30.036	40,7%
Frischezentrum	10.647	1.395	13,1%
Hafen- und Markt (EB)	43.918	16.362	37,3%
HFM	8.142	4.954	60,8%
Nassauische Heimstätte (Konzern)*	1.185.811	22.891	1,9%
Stadtentwässerung (EB)	177.257	8.482	4,8%

* Bei den Konzernen ABG, FES und Nassauische Heimstätte wird der Konzern-Jahresüberschuss inkl. der Anteile anderer Gesellschafter dargestellt.

6. Bericht Frauenförderung

Der Magistrat der Stadt Frankfurt am Main berichtet im 3-Jahres-Rhythmus sowohl über den Fortgang der Gleichstellung von Frauen und Männern bei städtischen Mehrheitsgesellschaften als auch über den Sachstand der Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben.

Die Berichterstattung basiert auf entsprechenden Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung aus den Jahren 2002, 2011 und 2013. Die letzte Berichterstattung umfasst die Jahre 2019 bis 2021. Die Abfrage erfolgte für die Mehrheitsgesellschaften erstmalig über die AMI-Datenbank, hier wurden entsprechende Datenfelder hinterlegt, die durch die Gesellschaften ausgefüllt werden.

Gleichstellung von Frauen und Männern bei Mehrheitsgesellschaften (ohne Eigenbetriebe)

Der Frauenanteil bei den Mitarbeitenden der Mehrheitsgesellschaften reduzierte sich von 37,2 % im Jahr 2019 auf rund 36 % zum Jahresende 2021. Betrachtet man die einzelnen Bereiche, liegt der Frauenanteil nach wie vor lediglich im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit sinkender Tendenz bei rund 13 % unter den angestrebten 30 %, was auf dort benötigten Berufsgruppen (z. B. Berufskraftfahrer:innen, Müllabfuhr, Straßenreinigung) zurückzuführen ist. Mit einem unveränderten Frauenanteil von rund 76 % liegt der Bereich Gesundheit überdurchschnittlich hoch, hier spiegeln sich die Krankenpflegeberufe wider. Während im Bereich Wirtschaft eine steigende Tendenz von rund 60 % (2019: 58,5 %) erkennbar ist, stagnierte der Bereich Kultur und Freizeit bei rd. 46 % und der Bereich Wohnungsbau war mit rd. 37 % in 2019 auf rd. 35 % rückläufig.

Bei den Einstellungen lag der Frauenanteil 2019 noch bei 45,7 % und entwickelte sich zum Jahresende 2021 mit 38,5 % rückläufig.

Hier sind mit Ausnahme des Bereiches Wirtschaft und Stadtentwicklung (2019: 57,7 %; 2021: 65,6 %) alle Bereiche rückläufig. Auch hier liegt der Bereich Verkehr, Ver- u. Entsorgung mit 11,5 % in 2021

(2019: 16,5 %) besonders zurück, während der Bereich Gesundheit trotz rückläufiger Tendenz mit 72,3 % in 2021 (2019: 74,6 %) besonders hoch liegt.

Entwicklung des Frauenanteils auf Führungsebenen bei städtischen Gesellschaften und Eigenbetrieben

Der Frauenanteil auf Führungsebenen liegt insgesamt bei über 30 %, und stieg im Jahresvergleich von 38,0 % in den Jahren 2019 und 2020 auf 38,4 % zum Jahresende 2021.

Auch hier zeigt sich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung mit dem niedrigsten Frauenanteil von rd. 24 %, während der Bereich Bildung und Freizeit einen Frauenanteil von über 70 % aufweist. Der Bereich Gesundheit und Soziales hat im 3-Jahresvergleich die größte Steigerung des Frauenanteils auf Führungsebenen zu verzeichnen, hier lag der Anteil 2019 bei 42,0 % und zum Jahresende 2021 bei 50,4 %, das ist eine Steigerung um 8,4 %-Punkte.

Bei Betrachtung der einzelnen Führungspositionen lag der weibliche Anteil bei der Geschäftsführung zum Jahresende 2021 im Durchschnitt bei 21,7 % (2019: 20,5 %, 2020: 19,8 %). Die 30 %-Marke wird hier nur von den Bereichen Kultur sowie Bildung und Freizeit erreicht bzw. überschritten. Eine steigende Tendenz ist in allen Bereichen festzustellen, der geringste Wert zum Jahresende 2021 mit 7,7 % findet sich im Bereich Wohnungsbau, hier ist auch eine leicht steigende Tendenz im 3-Jahresvergleich zu erkennen.

Der Frauenanteil auf der ersten Führungsebene erhöhte sich insgesamt von 35,6 % in 2019 auf 36,2 % in 2020 sowie in 2021 auf 36,9 % und überschreitet die 30 % mit steigender Tendenz. Lediglich der Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung lag mit 27,0 % unter der 30 %-Marke, aber auch hier ist im Jahresvergleich bereits eine Steigerung von 25,7 % im Jahr 2019 auf die vorgenannten 27,0 % zum Jahresende 2021 festzustellen. Der größte Frauenanteil findet sich im Bereich Kultur mit 52,6 %, dicht gefolgt vom Bereich Bildung mit 51,0 %.

Der Frauenanteil auf der zweiten Führungsebene lag mit minimalen Schwankungen bei rd. 41 % (2019:

41,5 %; 2020: 41,0 %) und variiert zwischen 24,0 % im Bereich Verkehr, Ver- und Entsorgung bis hin zu 87,8 % im Bereich Bildung und Freizeit.

Der ausführliche Bericht findet sich unter:

[PARLIS - a\) Anwendung des „Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes“ des Bundes bei Ausgründungen](#)
[b\) Frauenanteil auf Führungsebenen der städtischen Gesellschaften erhöhen \(frankfurt.de\)](#)



1.1 BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH

Anschrift:	Telefon/Fax:	E-Mail/Internet:
Feuerwehrstraße 1	0 69/2 12-72 80 05	---
60435 Frankfurt am Main	0 69/2 12-72 80 0	---
Gründung:	Unternehmensgegenstand:	
21.12.1999	Beteiligung an der Firma "Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungszentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG" in Frankfurt am Main als persönlich haftende Gesellschafterin. Ferner der Bau von Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main durch Drittfirmen sowie die Vermietung solcher Gebäude an die Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	25.000 €	= 100,00 %
Geschäftsführung:		
Herr Thomas Jackel		
Herr Prof. Reinhard Ries		

A. Ausblick 2023

Auch im Jahr 2023 wird die BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) die Aufgabe der Geschäftsführung für die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) wahrnehmen. Für die Jahre 2023 und 2024 wird wieder von einem ausgeglichenen Ergebnis in etwa auf dem Niveau des Vorjahres ausgegangen. Besondere Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung bestehen derzeit nicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die BKRZ GmbH hat im Geschäftsjahr 2022 ihre Aufgabe der Geschäftsführung der BKRZ KG wahrgenommen. Für die Aufgabe der Geschäftsführung wird ein seit 2018 hauptamtlicher Geschäftsführer beschäftigt. Darüber hinaus hat die Gesellschaft seit 01.07.2020 mit Herrn Thomas Jackel einen zweiten, nebenamtlichen Geschäftsführer. Ansonsten beschäftigt die Gesellschaft kein Personal.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Geschäftsjahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um rd. 2 T€ erhöht und beträgt nun 40 T€ (Vj. 37 T€). Die Vermögenslage wird auf der Aktivseite vornehmlich durch liquide

Mittel bestimmt. Die Passivseite enthält neben dem Eigenkapital (30 T€) und den Rückstellungen (6 T€) für die Jahresabschluss- und Prüfkosten nur kurzfristige Verbindlichkeiten (4 T€). Die Eigenkapitalquote beträgt 75,1 %.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 3 T€ (Vj. 2 T€) ab. Die Erträge setzen sich aus der Haftungsvergütung von 8 T€ und der Tätigkeitsvergütung von 36 T€ zusammen, die beide von der BKRZ KG gezahlt werden. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen unverändert bei 3 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen die Aufwendungen für die extern durchgeführte Buchführung und die Erstellung des Jahresabschlusses 2022.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Bezüge von Herrn Geschäftsführer Ries betragen im Geschäftsjahr 28 T€, die von Herrn Geschäftsführer Jackel 5 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane

der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2022 fand am 04.11.2021 und das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2023 am 21.11.2022 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 15.06.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücks-
verwaltungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	40	37	2	6,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	0	3	12.276,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	37	37	-0	-0,5
Bilanzsumme	40	37	2	6,6
PASSIVA				
Eigenkapital	30	27	3	12,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2	-0	2	-442,5
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3	2	1	65,0
Rückstellungen	6	8	-2	-21,9
Verbindlichkeiten	4	3	1	25,6
Bilanzsumme	40	37	2	6,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	43	41	2	6,0
Gesamtleistung	43	41	2	6,0
sonstige betriebliche Erträge	3	3	0	0,6
Personalaufwand	-36	-33	-2	7,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-8	2	-20,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	4	2	2	71,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	4	2	2	71,4
Ergebnis nach Steuern	4	2	2	71,4
Sonstige Steuern	-1	-0	-0	116,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	3	2	1	65,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3	2	1	65,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.2 Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG

Anschrift: Feuerwehrstraße 1 60435 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-72 80 05 0 69/2 12-72 80 09	E-Mail/Internet: --- ---
Gründung: 21.12.1999	Unternehmensgegenstand: Bau von Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstgebäuden für die Stadt Frankfurt am Main sowie deren Vermietung an die Stadt.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (Komplementärin)	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 % 0 € = 0,00 % 50.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Jackel Herr Prof. Reinhard Ries		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	5 Mitglieder Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Jan Klingelhöfer Frau Stv Dana Kube Frau Stv Anna Pause Frau StRin Annette Rinn Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		

A. Ausblick 2023

Für die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2023 mit einer ausgeglichenen Ertrags- und Aufwandssituation sowie mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis gerechnet. Wesentliche Abweichungen von den Annahmen der Planung sind derzeit nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Geschäfte werden von der Komplementärin BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH (BKRZ GmbH) geführt. Grundsätzlich werden die Bau- und Sanierungsmaßnahmen durch die Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG (BKRZ KG) an Drittfirmen vergeben. Die Finanzierung erfolgt generell durch die Inan-

spruchnahme von Zuschüssen des Landes Hessen, Darlehensaufnahmen bei Kreditinstituten, Einlagen der Stadt Frankfurt am Main sowie durch die Vermarktung von Grundstücken. Die Finanzierung der laufenden Instandhaltungs- und Betriebskosten erfolgt im Wesentlichen über die Vermietung an die Stadt Frankfurt am Main. Im Geschäftsjahr wurde der in 2018 begonnene Umbau der Leitstelle der Branddirektion auf die technisch aktuellen Standards weitergeführt und der erste Bauabschnitt 2020 abgeschlossen. Der Beginn des zweiten Bauabschnitts erfolgte planmäßig im ersten Quartal 2022, die Bautätigkeiten dauern an. Das Projekt wird sich über mehrere Jahre erstrecken.

Für die Sanierung und Weiterentwicklung der Feuer- und Rettungswache (FRW) 2 in der Heinrichstraße/Frankenallee wurde die Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung) im Jahr 2021 abgeschlossen und die Baugenehmigung für das Vorhaben

„Denkmalgerechte Sanierung und Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 2 mit 41 Wohneinheiten sowie einem Feuerwehrwohnheim mit 30 Zimmern und einer Tiefgarage mit 64 Stellplätzen“ am 08.12.2022 erteilt. Gemeinsam mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) wird Wohnraum auf dem Gelände geschaffen. Dabei sollen Teile der alten Wache aus Denkmalschutzgründen erhalten werden. Für die Sanierung der FRW 2a (Schwälmers Straße) wurde im Berichtsjahr eine Kooperation mit der ABG abgeschlossen, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen. Der Standort soll nach Ertüchtigung für die dritte Staffel Innenstadt zur Verfügung stehen. Der Abbruch der Bestandsgebäude begann im August 2022 und dauert an. Die Entwurfsplanung wurde im dritten Quartal abgeschlossen, der Bauantrag wurde eingereicht und befindet sich in Prüfung. Für die FRW 3 (Nied) waren wegen dort aufgetretener Wasserschäden und anderer Mängel ein Rechtsstreit sowie ein Mediationsverfahren anhängig. Das Verfahren wurde im Laufe des Geschäftsjahres 2022 nicht abgeschlossen, ein bereits geschlossener Vergleich scheiterte.

Auf dem Gelände der ehemaligen Gibbs-Kaserne ist die Entwicklung der Flächen weitestgehend abgeschlossen. Das BKRZ-Gebäude und das Feuerwehr-Rettungs-Trainings-Center (FRTC) sollen wegen des hohen Personalbestandes erweitert werden, Planungen und Verhandlungen über Grundstücke dauern an. Die Entscheidung über die weitere Verwendung des ehemaligen Stabsgebäudes („Adlerbau“) ist noch nicht abschließend getroffen. Die Erschließungsmaßnahmen für das weitere Gelände wurden fortgesetzt. Auf einem BIMA-Grundstück in der Feuerwehrstraße wurde schon im letzten Jahr eine Containeranlage zur Erweiterung der Umkleide- und Sanitätskapazitäten erreicht, um den Bedarf durch die hohe Ausbildungsquote in der Feuerwehr- und Rettungsdienst Akademie der Branddirektion zu decken. Der Freiwilligen Feuerwehr Fechenheim wurde zum Ende des Geschäftsjahres ein neues Feuerwehrgerätehaus übergeben. In Griesheim wurde der Bau des Feuerwehrgerätehauses kapazitätsbedingt zunächst zurückgestellt, nun wurden die Planung und Vorbereitung wieder

aufgenommen. In Harheim wurde ein geeignetes Grundstück für einen Neubau gefunden und im Geschäftsjahr ein Erbbaurecht erworben. Für die Freiwillige Feuerwehr Oberrad wurde nach langer Suche ein Grundstück gefunden, welches durch einen privaten Investor unter anderem mit dem Feuerwehrgerätehaus bebaut wird. Letzte Vertragsverhandlungen dauern noch an. In Kalbach wurde das „Alte Rathaus Kalbach“, ein Teil des Grundstücks der freiwilligen Feuerwehr Kalbach, an die Stadt Frankfurt am Main zurück übertragen. Für Praunheim wurden Verhandlungen über ein Grundstück zum Neubau eines Feuerwehrgerätehauses aufgenommen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme (nach Verrechnung des Sonderpostens für Zuschüsse und Zulagen mit den Sachanlagen) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 1,65 Mio. € auf 134,86 Mio.€ verringert. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf das gesunkene Anlagevermögen (-613 T€) und im Umlaufvermögen auf geringere Forderungen gegen Gesellschafter (-912 T€) zurückzuführen. Die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau nahmen um 241 T€ ab. Bei den Passiva hat das Eigenkapital um 496 T€ auf 102,99 Mio. € abgenommen, während sich die Verbindlichkeiten von 27,61 Mio. € auf 26,68 Mio. € verringerten. Der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen sank um 248 T€ auf 4,65 Mio. € und die Rückstellungen erhöhten sich leicht um 35 T€ auf 508 T€. Die Eigenkapitalquote liegt bei 76,4 % (Vj. 75,8 %).

Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gegeben. Im Geschäftsjahr 2022 betrug der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit 5,58 Mio. €, der Cashflow aus Investitionstätigkeit -5,11 Mio. € und der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit -1,58 Mio. €, so dass der Finanzmittelfonds von 1,23 Mio. € um 1,12 Mio. € auf 108 T€ abschnitzte.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse von 13,85 Mio. € liegen um 406 T€ über dem Vorjahr (13,45 Mio. €). Davon entfielen 7,11 Mio. € auf Mieteinnahmen (Vj. 6,63 Mio. €) und 4,44 Mio. € (Vj. 4,51 Mio. €)

auf Nebenkosten. Dazu kamen Bauunterhalt (2,05 Mio. €, Vj. 1,19 Mio. €), Einspeisevergütungen (121 T€, Vj. 92 T€) und übrige Erträge (134 T€, Vj. 1,03 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit 373 T€ um 54 T€ unter dem Vorjahr (428 T€), hauptsächlich durch geringere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (-15 T€) und bei Versicherungserstattungen (-41 T€).

Der Materialaufwand lag mit 6,28 Mio. € um 421 T€ über dem Vorjahr (5,86 Mio. €). Bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren nahmen insbesondere die Grundstücksaufwendungen deutlich zu (+714 T€), während Kosten für Strom, Wasser, Abwasser, Abfall und Heizung sanken (-269 T€). Bei den bezogenen Leistungen stiegen Reinigungsleistungen (+95 T€) und die Grundsteuer (+10 T€) während der Bauunterhalt um 97 T€ und die umlagefähigen Kosten um 18 T€ zurückgingen. Der Personalaufwand lag mit 1,40 Mio. € um 174 T€ über dem Vorjahr, es wurden durchschnittlich drei Mitarbeitende mehr beschäftigt (21, Vj. 18). Die Abschreibungen stiegen um 84 T€ auf 5,29 Mio. € (Vj. 5,21 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gingen um 76 T€ auf 1,25 Mio. € (Vj. 1,33 Mio. €) zurück. Die Aufwendungen für Zinsen sanken leicht um 12 T€ auf 308 T€. Die Gesellschaft verzeichnete im Vorjahr einen Jahresfehlbetrag von 71 T€. Im zurückliegenden Geschäftsjahr weitete sich der Jahresfehlbetrag auf 312 T€ aus.

Das Betriebsergebnis lag mit 528 T€ um 301 T€ besser als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr ist das neutrale Ergebnis mit -531 T€ (Vj. -23 T€) durch Anlagenabgänge (437 T€, Vj. 5 T€) und periodenfremde Aufwendungen (112 T€, Vj. 6 T€) sowie das Finanzergebnis (-308 T€, Vj. -320 T€) schlechter als im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für das Unternehmen erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft obliegt der persönlich haftenden Gesellschafterin BKRZ GmbH. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 04.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 21.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 fand am 15.06.2023 als Videokonferenz statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft
mbH & Co. KG**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	134.219	134.833	-613	-0,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	15	-6	-38,8
Sachanlagen	134.210	134.817	-608	-0,5
Umlaufvermögen	640	1.681	-1.041	-61,9
Vorräte	383	383	0	0,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	63	962	-899	-93,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	194	337	-142	-42,3
Rechnungsabgrenzungsposten	2	1	1	246,4
Bilanzsumme	134.861	136.514	-1.653	-1,2
PASSIVA				
Eigenkapital	102.993	103.489	-496	-0,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	50	50	0	0,0
Kapitalrücklage	105.975	106.159	-185	-0,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-2.720	-2.650	-71	2,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-312	-71	-241	341,4
Sonderposten	4.654	4.902	-248	-5,1
Rückstellungen	508	473	35	7,4
Verbindlichkeiten	26.677	27.614	-937	-3,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.216	25.614	-1.398	-5,5
Rechnungsabgrenzungsposten	30	36	-7	-18,4
Bilanzsumme	134.861	136.514	-1.653	-1,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	13.853	13.447	406	3,0
Bestandsänderung UE / FE	0	0	0	-
Gesamtleistung	13.853	13.447	406	3,0
sonstige betriebliche Erträge	373	428	-54	-12,7
Materialaufwand	-6.284	-5.864	-421	7,2
Personalaufwand	-1.401	-1.227	-174	14,2
Abschreibungen	-5.289	-5.205	-84	1,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.254	-1.329	76	-5,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-2	250	-252	-100,8
Finanzergebnis	-309	-320	12	-3,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-311	-70	-240	341,2
Ergebnis nach Steuern	-311	-70	-240	341,2
Sonstige Steuern	-1	-0	-1	408,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-312	-71	-241	341,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-312	-71	-241	341,4
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	21	18	3	16,7

1.3 Dom Römer GmbH

Anschrift: Liebfrauenberg 39 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/6 53 00 07 40	E-Mail/Internet: kontakt@domroemer.de www.domroemer.de
Gründung: 28.07.2009	Unternehmensgegenstand: Projektentwicklung und Baureifmachung, sowie die Bebauung und Vermarktung des Dom Römer Areals sowie die Verwaltung und Vermietung eigenen und fremden Grundbesitzes, insbesondere auf dem Dom Römer Areal.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Holger Froschhäuser		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	8 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr StR Mikael Horstmann Herr StR Mike Josef Frau Stv Viktoria Krzelj Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß Frau Stv Julia Roshan Moniri	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Verlust von rund 1 Mio. € gerechnet, der aus der operativen Tätigkeit der betrauten Gesellschaft resultiert. Die Planungen im Zusammenhang mit dem Projekt „Domplatz“ stehen vor dem Abschluss, so dass bei ungehindertem Verlauf eine Realisierung ab 2024 erwartet wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft wurde gegründet, um das neue Altstadtquartier zwischen Dom, Schirn Kunsthalle und Römerberg zu entwickeln. Auf dem Areal wurden das Stadthaus und 35 Altsadthäuser gebaut, davon 15 Rekonstruktionen und 20 Neubauten. Ein historisches Netz aus Gassen und Plätzen einschließlich des historischen Krönungswegs verbindet die Gebäude.

Die Gesellschaft ist mit der Bebauung, Vermarktung und dem Gewährleistungsmanagement für das Dom-Römer-Areal, der Neugestaltung des Gehwegbereichs der Braubachstraße sowie der Umgestaltung des Domplatzes befasst. Der Geschäftszweck wurde um die Verwaltung und die Vermietung des eigenen und fremden Grundbesitzes sowie des Quartiersmanagements, insbesondere auf dem Dom-Römer-Areal, erweitert. Die Gesellschaft ist ausschließlich für die alleinige Gesellschafterin tätig.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Während die Bilanzsumme sich aufgrund der fortschreitenden Bauarbeiten bis 2017 kontinuierlich erhöht hat, sinkt sie seitdem aufgrund der zunehmenden Projektfertigstellung und Veräußerung von rund 159 Mio. € in 2017 bis auf 20,41 Mio. € in 2022. Im Anlagevermögen (AV) sind im Wesentlichen die bei der Gesellschaft verbleibenden Gewerbeflächen aktiviert (AV 11,80 Mio. € zum

31.12.2022). Die Finanzierung erfolgt über ein Gesellschafterdarlehen.

Die Gesellschaft weist einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus, dem aber der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „Dom Römer GmbH: Grundlagen der Neuaufstellung“ vom 10.12.2020 zum Ausgleich gegenübersteht. Im Berichtsjahr ist eine Kapitaleinlage aus diesem Rahmen von 10 Mio. € erfolgt, aufgrund derer sich der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag von rund 12 Mio. € auf 3,68 Mio. € reduziert und die Kapitalstruktur entsprechend verbessert hat. Die Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin von 17,7 Mio. € (Vj. 27,7 Mio. €) zum 31.12.2022 (davon 12,20 Mio. € Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung der Gewerbeflächen, 5,00 Mio. € Kontokorrentkonto).

Zur Erfolgslage

Das Jahresergebnis 2022 liegt mit -1,51 Mio. € auf dem geplanten Niveau (Plan 2022: -1,53 Mio. €; Vj. -1,29 Mio. €).

Da im Vorjahr die letzten Einheiten des Dom-Römer-Areals an die Käufer:in fakturiert worden sind, fallen die Umsatzerlöse und Bestandsveränderungen deutlich niedriger aus als in früheren Jahren. Die Umsätze resultieren nur noch aus Vermietungen (644 T€) und Weiterbelastungen (426 T€). Das Finanzergebnis hat sich aufgrund der im Jahr 2022 eingeleiteten Zinswende der Europäischen Zentralbank verschlechtert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 102 T€.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden im Berichtsjahr Sitzungsgelder von insgesamt 450 € gezahlt (50 € pro Person und Sitzung).

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplan-gespräche fanden statt am 21.10.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 25.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 30.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Dom Römer GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	11.798	12.253	-455	-3,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-0	-97,1
Sachanlagen	11.798	12.253	-454	-3,7
Umlaufvermögen	4.828	7.488	-2.660	-35,5
Vorräte	565	456	109	23,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.198	2.176	-979	-45,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.065	4.855	-1.790	-36,9
Rechnungsabgrenzungsposten	112	7	104	1.412,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.675	12.162	-8.487	-69,8
Bilanzsumme	20.413	31.910	-11.498	-36,0
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	63.419	53.419	10.000	18,7
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-65.606	-64.315	-1.291	2,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.513	-1.291	-222	17,2
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	3.675	12.162	-8.487	-69,8
Rückstellungen	2.195	3.142	-946	-30,1
Verbindlichkeiten	18.210	28.759	-10.549	-36,7
Rechnungsabgrenzungsposten	7	10	-3	-26,4
Bilanzsumme	20.413	31.910	-11.498	-36,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.069	32.142	-31.073	-96,7
Bestandsänderung UE / FE	109	-31.175	31.284	-100,3
Gesamtleistung	1.178	967	211	21,8
sonstige betriebliche Erträge	190	152	37	24,4
Materialaufwand	-534	-521	-14	2,6
Personalaufwand	-687	-683	-4	0,7
Abschreibungen	-462	-469	6	-1,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-638	-506	-132	26,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-954	-1.059	105	-9,9
Finanzergebnis	-559	-232	-327	141,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.513	-1.290	-222	17,2
Ergebnis nach Steuern	-1.513	-1.290	-222	17,2
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.513	-1.291	-222	17,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.513	-1.291	-222	17,2
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	8	0	0,0

1.4 FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH

Anschrift: Altenhöferallee 3 60438 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/80 08 65-0 0 69/80 08 65-19	E-Mail/Internet: info@FIZ-biotech.de www.FIZ-biotech.de
Gründung: 25.06.2002	Unternehmensgegenstand: Die Unterstützung der Entwicklung der Biotechnologiewirtschaft im Rhein-Main-Gebiet, die Förderung und Erhaltung der in der Region vorhandenen Biotechnologie-Potenziale, die Ansiedlung von Unternehmen aus dem Bereich der Biotechnologie in der Region und die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen in diesem Bereich, insbesondere durch den Betrieb eines Zentrums für biotechnologieorientierte Existenzgründer und Unternehmen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 40.000 € = 40,00 % 40.000 € = 40,00 % 20.000 € = 20,00 % 100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Christian Garbe		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	11 Mitglieder Frau Staatsmin Prof. Dr. Kristina Sinemus Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Ina Hauck Herr Prof. Dr. Stefan Schreiber Frau StRin Stephanie Wüst Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Ulrich Caspar Frau Staatsmin Angela Dorn Frau Dr. Anna Carina Eichhorn Herr Prof. Dr. Sven Klimpel Herr Detlev Osterloh Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		
Beirat:	8 Mitglieder Herr Dr. Artem Andrianov Herr Dr. Malik Larak Herr Dr. Jens Maier Frau Dr. Bella Nissan Herr Dr. Björn Rotter Herr Prof. Dr. Günter K. Stahl Herr Prof. Dr. Gerhard Gustav Steinmann Herr Arvind Varchaswi	

A. Ausblick 2023

Die von der Gesellschaft erzielten Umsatzerlöse stammen aus der Vermietung von Büro- und Laborräumen vorwiegend an Biotechnologie Unternehmen. Obwohl der Erfolg von BioNTech die deutsche Biotechnologieindustrie wieder zurück ins internationale Rampenlicht geführt hat, über-

wiegt eine eher unsichere Haltung der Unternehmen. Neben der geopolitischen Lage mit der einhergehenden Inflation und Energiekrise sowie der schwachen Finanzierung von jungen, innovativen Unternehmen bereitet auch der Fachkräftemangel große Sorgen. Ob Maßnahmen der Bundesagentur für Sprunginnovationen oder der Deutschen

Agentur für Transfer und Innovation die künftige Situation grundlegend ändern, ist ungewiss.

Der in Entstehung befindliche Biotech Cluster in Mainz sowie das Flächenangebot in Bad Homburg könnten für das FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH (FIZ) zu einem Verlust von Mieter:innen führen. Die gestiegenen Energiepreise und die durch die Inflation steigenden Indexmieten könnten ebenfalls den Verbleib von Mieter:innen in Frage stellen. Aus Sicht der Gesellschaft wird kurzfristig jedoch nicht mit Umsatzausfällen gerechnet.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag von rd. 2 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Mietflächen in allen Gebäudeteilen waren im abgelaufenen Geschäftsjahr vollständig ausgelastet. Die Grundsanierung der Dachterrasse wurde im April abgeschlossen. Im Innenhof wurde im Juni der Teich saniert. Der Vertrag mit dem Dienstleister für die Unterhaltsreinigung, die Glas- und Fassadenreinigung sowie die Außenreinigung wurde im Juli verlängert. Ferner wurde im August der Vertrag für das Technische Gebäudemanagement verlängert. Im Oktober musste ein Wasserschaden in der Küche des Restaurants kurzfristig behoben werden. Die Nebenkostenabrechnungen des FIZ 1 und 2 für 2021 wurden an die Mieter:innen versandt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme 2022 beträgt 4,00 Mio. € (Vj. 4,57 Mio. €). Die FIZ weist zum Stichtag einen Finanzmittelbestand von -17 T€ aus (Vj. 145 T€). Das Anlagevermögen ist infolge der Abschreibungen gesunken. Aufgrund noch nicht mit den Mieter:innen abgerechneten Betriebskosten der Jahre 2020 bis 2022 sind die Vorräte gestiegen. Das Guthaben bei Kreditinstituten (Kassenbestand) ist erheblich gesunken. Aufgrund der Einzahlungen in die Kapitalrücklage in Höhe von 1,86 Mio. € weist die Gesellschaft wieder ein positives Eigenkapital aus. Der Mittelabfluss aus dem laufenden Geschäft in Höhe von 1,83 Mio. € und aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 109 T€ sowie die Zinsbelastung

von 86 T€ wurden durch die Gesellschafterzuzahlungen von 1,86 Mio. € nicht vollständig kompensiert. Im Ergebnis ergab sich zum Stichtag eine Unterdeckung von 17 T€.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresfehlbetrag von 1,63 Mio. € ab. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verschlechterung um 751 T€. Die Umsatzerlöse aus der Vermietung haben sich von 5,70 Mio. € auf 6,13 Mio. € erhöht. Ursächlich sind insbesondere eine indexbasierte Erhöhung der Kaltmieten und auf die Mieter:innen umgelegte höhere Gebäudenebenkosten. Die sonstigen betrieblichen Erträge – im Wesentlichen aus der Auflösung von Drohverlustrückstellungen – liegen mit 391 T€ niedriger als im Vorjahr (1,24 Mio. €). Der Materialaufwand hat sich von 6,13 Mio. € auf 6,72 Mio. € erhöht. Dies ist hauptsächlich auf gestiegene Gebäudebewirtschaftungskosten zurückzuführen; darunter insbesondere für Instandhaltung und für die Energieversorgung. Die Verringerung der Drohverlustrückstellung hat sich aufgrund des Zinsanteils auch in einem verbesserten Finanzergebnis niedergeschlagen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Finanzierung der FIZ ist durch eine Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Stadt Frankfurt am Main gewährleistet, in der sich beide verpflichten, die Risiken der Gesellschaft jeweils zur Hälfte zu tragen. Für die FIZ standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 1,27 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Aus-

zahlungen von rund 930 T€ erfolgt. Des Weiteren hat die Stadt Frankfurt am Main gemeinsam mit dem Land Hessen Sicherheiten (Patronatserklärung) von 18,20 Mio. € (Stand 31.12.2022) gewährt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, die Geschäftsführung sowie ein Beirat. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 293 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	888	1.015	-126	-12,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	14	22	-8	-37,5
Sachanlagen	874	992	-118	-11,9
Umlaufvermögen	3.062	3.309	-246	-7,4
Vorräte	2.223	1.923	300	15,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	398	409	-11	-2,8
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	442	977	-535	-54,8
Rechnungsabgrenzungsposten	47	56	-9	-16,1
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	191	-191	-
Bilanzsumme	3.998	4.570	-572	-12,5
PASSIVA				
Eigenkapital	41	0	41	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	100	100	0	0,0
Kapitalrücklage	51.667	49.807	1.860	3,7
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-50.098	-49.220	-878	1,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-1.629	-878	-751	85,6
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0	191	-191	-
Rückstellungen	1.127	1.042	85	8,1
Verbindlichkeiten	2.830	3.216	-386	-12,0
Rechnungsabgrenzungsposten	0	312	-312	-
Bilanzsumme	3.998	4.570	-572	-12,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.128	5.696	432	7,6
Bestandsänderung UE / FE	300	263	37	14,0
Gesamtleistung	6.428	5.959	469	7,9
sonstige betriebliche Erträge	391	1.240	-849	-68,5
Materialaufwand	-6.720	-6.127	-593	9,7
Personalaufwand	-872	-894	22	-2,5
Abschreibungen	-231	-230	-2	0,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-509	-583	74	-12,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.513	-635	-878	138,2
Finanzergebnis	-116	-242	126	-52,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.628	-877	-751	85,7
Ergebnis nach Steuern	-1.628	-877	-751	85,7
Sonstige Steuern	-0	-1	0	-59,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-1.629	-878	-751	85,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-1.629	-878	-751	85,6
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	7	10	-3	-30,0

1.5 FinTech Community Frankfurt GmbH

Anschrift: Platz der Einheit 2 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/90 01 60 50	E-Mail/Internet: hello@techquartier.com www.techquartier.com
Gründung: 22.07.2016	Unternehmensgegenstand: Der Aufbau und die Pflege eines Netzwerkes der Start-Up und insbesondere FinTech Community sowie der Tech-Unternehmen in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region. Auf diese Weise soll für die Start-Up Stakeholder eine Plattform bzw. ein Schau- fenster geschaffen werden, mit dessen Hilfe die Entwicklung und die Präsentation von Start-Up und insbesondere FinTech Innovationen erleichtert werden kann.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Johann Wolfgang Goethe-Universität Technische Universität Darmstadt Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen	Kapitalanteile: 30.000 € = 25,00 % 30.000 € = 25,00 % 30.000 € = 25,00 % 30.000 € = 25,00 % 120.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Peter Neu Herr Dr. Sebastian Schäfer		
Beirat: Mandatsträger der Stadt: Weitere Beiratsmitglieder:	22 Mitglieder Frau StR Stephanie Wüst Herr Peter Adler Herr MdL Tarek Al-Wazir Frau Sandra Bauer Herr Marc Billeb Herr Peter Buxmann Herr Thomas Griess Herr Thomas Groß Herr Axel Hellmann Herr Prof. Dr. Michael Huth Herr Albrecht Kiel Herr Matthias Lais Herr Sven-Olaf Leitz Herr Eric Leupold Herr Staatssekr Dr. Philipp Nimmermann Herr Martin Raditsch Herr Dr. Michael Reckhard Herr Cornelius Riese Frau Nikola Steinbock Herr Daniel Unkelhäußer Herr Jürgen von der Lehr Herr Prof. Dr. Joachim Wuermeling	

A. Ausblick 2023

Auch in 2023 wird mit einem negativen Jahreser-
gebnis von -23 T€ gerechnet. Es wird mit 14 %
mehr Umsätzen gerechnet, durch neue Projekte
jedoch mit 12 % höherem Aufwand, der aufgrund
des Fördercharakters lediglich teilfinanziert ist. 2024

wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet. Die
Risikoanalyse der FinTech Community Frankfurt
GmbH (FinTech) führt zu einem Jahresfehlbetrag in
2024, der kapitalseitig Stützungsmaßnahmen der
Gesellschafter erfordern würde. Dieses Szenario ist

im Wesentlichen abhängig von finanzierenden Partnern.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Neue Partner konnten in 2022 gewonnen werden. Die Mitgliederzahl ist bis Ende des Jahres auf 621 (Vj. 508) angewachsen. Laufende Kosten sind gestiegen und eine Mieterhöhung von 14 % erfolgte, die zu einer Erhöhung der Mietpreise für die Mieter:innen der FinTech führte. Neue Vertriebsaktivitäten wurden gestartet und eine Diversifizierung der Erlösströme erreicht, so dass jeweils eine Drittel der Umsatzerlöse auf Work-Space-Vermietung, Events und Programme/strategische Projekte entfällt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht auf 1,38 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite ist dies vor allem auf den Anstieg des Kassenbestands, der Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten zurückzuführen. Auf der Passivseite ist die Bilanz durch Rückstellungen für Rückbau und mietfreie Zeit geprägt. Die Verbindlichkeiten reduzierten sich leicht.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr (-33 T€) auf 12 T€ reduziert. Die Umsatzerlöse liegen leicht über Vorcoronaniveau. Wie in den Vorjahren ist der Personalaufwand gestiegen auf insgesamt 1,65 Mio. € durch Neueinstellungen und Gehaltsanpassungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fallen mit 1,86 Mio. € leicht geringer aus als im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Beirat (Steering Committee).

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der FinTech Community Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	293	305	-12	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	31	28	4	13,7
Sachanlagen	262	277	-15	-5,6
Umlaufvermögen	1.079	901	178	19,8
Vorräte	19	0	19	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	351	363	-12	-3,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	709	537	171	31,9
Rechnungsabgrenzungsposten	11	95	-84	-88,2
Bilanzsumme	1.383	1.300	83	6,4
PASSIVA				
Eigenkapital	179	191	-12	-6,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	120	120	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	71	103	-32	-31,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12	-32	20	-61,7
Rückstellungen	808	627	180	28,8
Verbindlichkeiten	194	276	-82	-29,6
Rechnungsabgrenzungsposten	202	206	-4	-1,8
Bilanzsumme	1.383	1.300	83	6,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.549	2.984	565	18,9
Gesamtleistung	3.549	2.984	565	18,9
sonstige betriebliche Erträge	357	658	-300	-45,6
Materialaufwand	-296	-160	-136	84,7
Personalaufwand	-1.654	-1.411	-243	17,2
Abschreibungen	-107	-147	40	-27,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.864	-1.959	95	-4,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-15	-36	21	-58,9
Finanzergebnis	4	5	-1	-19,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-11	-32	20	-64,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1	0	-1	-81.125,6
Ergebnis nach Steuern	-12	-32	20	-61,5
Sonstige Steuern	0	-0	0	-112,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12	-32	20	-61,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12	-32	20	-61,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	26	24	2	8,3

1.6 FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region

Anschrift:	Telefon:	E-Mail/Internet:
Unterschweinstiege 8 60549 Frankfurt am Main	0 69/68 60 3 8-0	info@frm-united.com www.frm-united.com
Gründung:	Unternehmensgegenstand:	
24.03.2005	Internationales Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Frankfurt/Rhein-Main. Zum Gegenstand der Gesellschaft gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen. Mit ihrer Geschäftstätigkeit nimmt die Gesellschaft übergeordnete Aufgaben im Rahmen des Standortmarketings wahr. Die Gesellschaft konkurriert nicht mit den kommunalen Wirtschaftsförderungen der Gesellschafter. Aufgaben der Wirtschaftsförderung nimmt die Gesellschaft nur subsidiär zu den kommunalen Stellen wahr.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	93.750 € =	37,50 %
IHK Frankfurt am Main	12.500 € =	5,00 %
Stadt Wiesbaden	10.000 € =	4,00 %
Landkreis Hochtaunus	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Main-Kinzig	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Main-Taunus	8.750 € =	3,50 %
Landkreis Offenbach	8.750 € =	3,50 %
Land Hessen	8.125 € =	3,25 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	7.500 € =	3,00 %
IHK Darmstadt Rhein Main Neckar	7.500 € =	3,00 %
IHK Forum Rhein-Main	6.250 € =	2,50 %
Landkreis Groß-Gerau	6.250 € =	2,50 %
Stadt Darmstadt	5.000 € =	2,00 %
Stadt Eschborn	5.000 € =	2,00 %
Stadt Offenbach am Main	5.000 € =	2,00 %
Stadt Raunheim	5.000 € =	2,00 %
ZENTEC Zentrum für Technologie, Existenzgründung und Cooperation GmbH	5.000 € =	2,00 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Gießen	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Limburg-Weilburg	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Rheingau-Taunus	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Wetterau	2.500 € =	1,00 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	2.500 € =	1,00 %
Stadt Gießen	2.500 € =	1,00 %
Stadt Hanau	2.500 € =	1,00 %
Stadt Rüsselsheim	2.500 € =	1,00 %
Landkreis Bergstraße	2.500 € =	1,00 %
Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.	2.500 € =	1,00 %
Rheinhessen Standortmarketing GmbH	2.500 € =	1,00 %
Eigener Anteil	1.875 € =	0,75 %
Landkreis Odenwald	1.250 € =	0,50 %
Stadt Dreieich	1.250 € =	0,50 %
Stadt Neu-Isenburg	1.250 € =	0,50 %
Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main	1.250 € =	0,50 %
IHK Wiesbaden	1.250 € =	0,50 %
	250.000 € =	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Eric Menges

Aufsichtsrat:

Mandatsträger der Stadt:

35 Mitglieder

Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg

Frau StRin Stephanie Wüst

Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr OB Udo Bausch

Herr OB Frank-Tilo Becher

Herr Prof. Dr. Wilhelm Bender

Herr BM Martin Burlon

Herr Ulrich Caspar

Herr LRat Michael Cyriax

Herr LRat Christian Engelhardt

Herr Stephan Fink

Herr BM Dirk Gene Hagelstein

Frau Susanne Haus

Herr OB Jürgen Herzing

Herr OB Alexander Hetjes

Frau Stv Christiane Hinnerger

Herr Verb.dir. Thomas Horn

Herr LRat Frank Kilian

Herr LRat Michael Köberle

Herr Präs. Matthias Martiné

Herr LRat Frank Matiaske

Herr StR Thomas Morlock

Herr Staatssekr Dr. Philipp Nimmermann

Herr OB Jochen Partsch

Herr Dr. Gunther Quidde

Herr LRat Oliver Quilling

Frau LRätin Dorothea Schäfer

Herr LRat Klaus Peter Schellhaas

Frau LRätin Anita Schneider

Herr Erster KrBg Thorsten Schorr

Herr OB Dr. Felix Schwenke

Herr BM Adnan Shaikh

Herr LRat Thorsten Stolz

Herr LRat Jan Weckler

Herr LRat Thomas Will

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

100,00 %

Beirat:

20 Mitglieder

Herr Dr. Oliver Dany

Herr Prof. Dr. Theodor Dingermann

Frau Gabriele Eick

Frau Tanja Birkholz

Herr Baki Irmak

Herr Thorsten N. Kern

Herr Peter Knapp

Herr Ulrich Kreimeyer
Herr Karl Heinz Krug
Herr Matthias Lechner
Herr Christian F. Mühlhäuser
Herr Jürgen Pascoe
Herr Dr. Quintus Russe
Herr Markus Sandhöfner
Herr Volker Schier
Herr Prof. Tom Sommerlatte
Frau Lilly Vasanthini
Herr Jürgen Walther
Frau Marion Weigand
Herr Gerhard Wiesheu

Beteiligungen:

FrankfurtRheinMain Corp.

Kapitalanteile:

10.000 USD = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Zukünftige Chancen bestehen vor allem im Hinblick auf die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von Ansiedlungsinteressierten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen. Auch zukünftig wird die FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region (FRM) aufgabenbedingt nur einen kleinen Teil der Kosten durch Erlöse decken können. Die Gesellschafter:innen haben eine Erhöhung der Zuzahlungen um 20 % beschlossen, womit nach aktueller Planung im Jahr 2023 durch die Zuzahlungen der Gesellschafter:innen ein Budget in Höhe von 4,80 Mio. € zur Verfügung steht.

Die Region Fulda hat beschlossen, zum 01.01.2023 Gesellschafterin zu werden. Aufgrund des Neueintritts sind zum 01.01.2023 alle Anteile zu 100 % vergeben. Gespräche mit weiteren potenziellen Gesellschaftern werden geführt und ggf. eine Kapitalerhöhung bei weiteren Eintritten erwogen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Auf Grundlage einer erneuten Länderanalyse sollen in Zukunft auch Singapur, Vietnam und Australien intensiver bearbeitet werden.

Im Jahr 2022 hatte die FRM etwa 14 Mio. zielgruppenrelevante Medienkontakte. 8.884 Unternehmensvertreter:innen wurden im In- und Ausland mit gezielten Marketingaktivitäten direkt erreicht. 32 Unternehmen wurden bei der Ansiedlung in die

Region FrankfurtRheinMain begleitet. Erstmals nach Ausbruch der Pandemie hat die FRM wieder an der Immobilienmesse MIPIM in Cannes teilgenommen (über die Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH).

Auch im Jahr 2022 wurden durch das Kompetenzzentrum der FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region die „Arbeitskreise Wirtschaftsförderung“ durchgeführt und Gesellschafterbesuche realisiert.

Die Immobilienmesse EXPO REAL (Europas größte Fachmesse für Immobilien und Investitionen) in München fand vom 04. bis 06.10.2022 statt. Die FRM übernahm wieder die Organisation und Durchführung des Gemeinschaftsauftritts der Region FrankfurtRheinMain.

Neben der Expo Real war die FRM auf den folgenden digitalen Messen und Kongressen vertreten:

- Curious Future Insight Preisverleihung 2022 für herausragende, zukunftssträchtige Forschung
- Cloud Expo Europe: Veranstaltung für Cloud-Technologie und digitale Transformation auf dem Gelände der Messe Frankfurt
- Eurobike Fahrradmesse
- ACHEMA: Veranstaltung der Prozessindustrie
- Automechanika
- CPHI: pharmazeutische Fachmesse
- Formnext 2021: führende Fachmesse für Additive Fertigung inkl. vor- und nachgelagerter

Prozesse, Standbeteiligung bei der Hessen Trade & Invest GmbH.

Seit Mitte 2022 hat die Gesellschaft ein eigenes Büro auf dem Gelände der Messe Frankfurt, das noch gezieltere Ansprachen der Unternehmen ermöglicht.

Der Gesellschaft steht nach aktueller Planung im Jahr 2023 ein entsprechendes Budget durch Zuzahlungen in Höhe von 4,80 Mio. € zur Verfügung. Die Chancen für die Entwicklung von Ansiedlungsprojekten bzw. für die Weiterleitung von potentiellen Ansiedlungskandidaten an die kommunalen Wirtschaftsförderungen werden von der Gesellschaft als sehr positiv bewertet.

Die Corona-Pandemie und die globalen wirtschaftlichen Auswirkungen sind auch im Jahr 2022, stetig abnehmend, noch zu Tage getreten. Die steigenden Energiepreise wirken sich auf die Attraktivität für ausländische Investoren aus. Das globale Geschäftsumfeld muss weiterhin genau beobachtet werden.

Die Tochtergesellschaft FrankfurtRheinMain Corporation in Chicago (FRM Corp.) erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 9.315 USD (Vj. 9.809 USD). Die Tochtergesellschaft finanziert sich durch Zuschüsse der FRM.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 681 T€ auf 812 T€ erhöht. Aktivisch hat sich vor allem das Umlaufvermögen erhöht. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 100 T€ auf 348 T€ erhöht. Die Eigenkapitalquote stieg damit von 36,4 % im Vorjahr auf 42,9 %.

Die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,91 Mio. € sowie der Investitionstätigkeit in Höhe von 104 T€ wurde durch die Zuzahlungen der Gesellschafter vollständig kompensiert. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelfonds (liquide Mittel) wie im Vorjahr 445 T€.

Zur Erfolgslage

Der Jahresabschluss zum 31.12.2022 schließt mit einem Fehlbetrag von 3,92 Mio. €. Gegenüber 2021 bedeutet dies eine Erhöhung um 173 T€.

Die Umsatzerlöse haben sich um 673 T€ auf 914 T€ erhöht. Sie betreffen mit 674 T€ das Kompetenzzentrum. Korrespondierend zur Erhöhung der Erlöse hat sich der Materialaufwand um 878 T€ auf 1,88 Mio. € erhöht. Ursächlich sind im Vergleich zum Jahr 2021 wieder stattfindende Veranstaltungen, insbesondere Messen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 1,47 Mio. € zur Verfügung. Bis zum Jahresende wurden 1,50 Mio. € entsprechend der Verpflichtung aus der Satzung als Gesellschafterzahlung an die FRM geleistet. Der Differenzbetrag zum Haushaltsansatz wird aus dem Budget des Fachdezernats gedeckt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Menges betrugen im Geschäftsjahr 205 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	152	125	27	21,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	47	50	-3	-5,6
Sachanlagen	105	75	29	38,9
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	614	481	134	27,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	169	36	133	370,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	445	445	1	0,1
Rechnungsabgrenzungsposten	46	75	-29	-38,8
Bilanzsumme	812	681	131	19,2
PASSIVA				
Eigenkapital	348	248	100	40,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	250	250	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	2	2	0	0,0
Kapitalrücklage	23.833	23.560	273	1,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-23.733	-23.560	-173	0,7
Rückstellungen	201	194	7	3,6
Verbindlichkeiten	263	239	24	10,0
Bilanzsumme	812	681	131	19,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	914	241	673	278,8
Gesamtleistung	914	241	673	278,8
sonstige betriebliche Erträge	64	60	4	7,4
Materialaufwand	-1.880	-1.002	-878	87,6
Personalaufwand	-2.078	-2.005	-74	3,7
Abschreibungen	-78	-89	11	-12,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-861	-951	90	-9,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.918	-3.745	-173	4,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-3.918	-3.745	-173	4,6
Ergebnis nach Steuern	-3.918	-3.745	-173	4,6
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-51,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-3.918	-3.745	-173	4,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-3.918	-3.745	-173	4,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-23.560	-24.082	522	-2,2
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	3.745	4.267	-522	-12,2
Bilanzergebnis	-23.733	-23.560	-173	0,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	29	32	-3	-9,4
Zahl der Neuansiedlungen	32	39	-7	-17,9

1.7 Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH

Anschrift: Speicherstraße 55 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/9 17 32-01	E-Mail/Internet: info@gateway-gardens.de www.gateway-gardens.de
Gründung: 27.09.2004		
Unternehmensgegenstand: Technische und planerische Koordination der Entwicklung und Baureifmachung von Grundstücken mit den zu beteiligenden Behörden als Dienstleistung für Dritte, insbesondere im Gebiet Gateway Gardens am Flughafen in Frankfurt am Main. Nach § 34 c GewO erlaubnispflichtige Geschäfte sind ausgeschlossen. Die Gesellschaft verwirklicht diesen Unternehmenszweck zunächst durch die Koordination von Planungs- und Realisierungskonzepten für das Gebiet Gateway Gardens für die gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main zu entwickelnde Bauleitplanung als Dienstleistung für die Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH.		
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main		Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Jörg Guderian Frau Carolyn von Monschaw		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		12 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr Stv Ulrich Baier Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Sven Holm Herr StR Mike Josef Herr Stv Simon Witsch Herr Karl-Heinz Dietrich Herr Jürgen Groß Herr Klaus Kirchberger Herr Felix Kreutel Herr Peter Matteo Herr Fritz Müller
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 16,67 %		

A. Ausblick 2023

Die weitere Entwicklung sowie Chancen und Risiken der Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH (GGP) bleiben eng mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Projekts „Gateway Gardens“ verbunden. Aufgrund der auslaufenden Corona-Pandemie sowie des Ukrainekriegs, der infolge dessen weltwirtschaftlich angespannten Rahmenbedingungen (u. a. Unterbrechung der Lieferketten, Baukostensteigerungen, Inflation usw.) und der damit verbundenen negativen Auswirkungen auch

auf den Abverkauf von Grundstücken wurde auf Seiten der Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH (G³) in 2022 der Beschluss gefasst, die Projektlaufzeit um vier Jahre, d. h. bis zum Jahr 2030, zu verlängern. Der Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der G³ und der GGP wird bis zum Ende der Projektlaufzeit 2030 geplant. Die Mittel sind im Wirtschaftsplan der G³ enthalten. Die finanzielle Ausstattung der GGP wird damit abgesichert. Ab 2023 konzentrieren sich die künftigen Aufgaben der GGP auf die Kommunikation mit der Stadt

Frankfurt am Main (u. a. Information zum Projektfortschritt, zu neuen Projekten und Entwicklungen, die von besonderem Interesse für die Stadt Frankfurt am Main sind) und die Koordination von Sondersachverhalten in Abstimmung mit der Stadt Frankfurt am Main. Auch in 2023 wird die Gesellschaft planmäßig ihre Geschäftsbesorgungsleistungen gegenüber der G³ erbringen und abrechnen. Aus diesem Grund erwartet die Geschäftsführung für das Jahr 2023 ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Jahres 2022.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Am 12.09.2013 wurde durch die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss § 3631 die Aufstellung des Änderungsplanes 851 Ä zum Bebauungsplan 851 beschlossen. Unter Beibehaltung aller Elemente der äußeren Erschließung ist Gegenstand der Planaufstellung im Wesentlichen die Anhebung der Ausnutzung auf bis zu 740.000 qm Geschossfläche (GF) bei Umsetzung aller Hochhäuser. Der Änderungsbebauungsplan 851 Ä wurde am 06.08.2019 beschlossen und erhielt damit Rechtskraft, im August 2020 erhielt der Änderungsbebauungsplan Rechtsbeständigkeit. Mit der am 15.12.2019 in Betrieb genommen S-Bahn-Station konnte in 2022 das S-Bahn-Controlling zum Abschluss gebracht werden. Das Stationsdach wird allerdings voraussichtlich erst im ersten Quartal 2024 fertiggestellt sein.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme verringerte sich um 15 T€ auf 373 T€ (Vj. 388 T€). Auf der Aktivseite der Bilanz weist die Gesellschaft zum 31.12.2022 keine Forderungen mehr gegenüber der Gesellschafterin G³ aus der Abrechnung ihrer Geschäftsbesorgungsleistungen aus (Vj. 250 T€). Daher haben sich die Guthaben bei Kreditinstituten von 114 T€ im Vorjahr auf 357 T€ entsprechend erhöht. Zudem bestehen sonstige Vermögensgegenstände i. H. v. 15 T€ (Vj. 23 T€). Diese resultieren im Wesentlichen mit 7 T€ (Vj. 9 T€) aus Steuerforderungen gegen das Finanzamt sowie mit 8 T€ (Vj. 9 T€) aus weiteren Steuerforderungen gegen die Stadt Frankfurt am

Main (Gesellschafterin). Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital auf 312 T€ leicht erhöht (Vj. 310 T€). Dies ist im Wesentlichen auf den Jahresüberschuss von 3 T€ zurückzuführen, der über dem Niveau des Vorjahres liegt. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich im Geschäftsjahr 2022 von 79,9 % auf 83,9 %. Die Rückstellungen werden mit 23 T€ (Vj. 28 T€) und die Verbindlichkeiten mit 37 T€ (Vj. 50 T€) ausgewiesen.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 188 T€ (Vj. 210 T€) und betreffen ausschließlich die Geschäftsbesorgung für die Gesellschafterin G³. Diesen stehen im Wesentlichen Materialaufwendungen für bezogene Leistungen (Projektsteuerleistungen) i. H. v. 56 T€ (Vj. 74 T€) sowie Personalaufwendungen i. H. v. 117 T€ (Vj. 123 T€) gegenüber. Die Umsatzerlöse aus der Geschäftsbesorgung variieren jährlich im Wesentlichen bedingt durch die im Geschäftsjahr angefallenen externen Projektsteuerleistungen sowie die angefallenen Personalaufwendungen. Aufgrund der geringeren Material- und Personalaufwendungen ergab sich somit auch ein Rückgang der Umsatzerlöse. Insgesamt wurde ein Jahresüberschuss von 3 T€ (Vj. 1 T€) erwirtschaftet, der über dem Niveau des Vorjahres liegt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	372	387	-15	-3,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	15	273	-258	-94,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	357	114	243	212,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	373	388	-15	-3,9
PASSIVA				
Eigenkapital	312	310	3	0,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	110	108	1	1,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3	1	1	101,6
Rückstellungen	23	28	-5	-17,2
Verbindlichkeiten	37	50	-13	-26,1
Bilanzsumme	373	388	-15	-3,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	188	210	-22	-10,5
Gesamtleistung	188	210	-22	-10,5
sonstige betriebliche Erträge	2	7	-4	-64,4
Materialaufwand	-56	-74	18	-24,1
Personalaufwand	-117	-123	6	-4,7
Abschreibungen	0	-0	0	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-12	-17	5	-28,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	5	2	3	121,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	5	2	3	121,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2	-1	-1	161,7
Ergebnis nach Steuern	3	1	1	101,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	3	1	1	101,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3	1	1	101,6
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

1.8 Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 36 97	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1976	Unternehmensgegenstand: Vorhalten und Betreiben der städtischen Häfen, der Hafen- und Industriebahn einschließlich der dazugehörigen Einrichtungen, die Abhaltung und Unterstützung sowie Förderung von Märkten (Großmarkt für Lebensmittel, insbesondere für Obst und Gemüse, Einzelhandelsmarkthallen in der Innenstadt und im Stadtteil Höchst sowie offene Märkte) nach Maßgabe der Satzung zur Regelung des Marktwesens (Marktordnung) für die Märkte der Stadt Frankfurt am Main sowie die Bereitstellung von Gewerbe- und sonstigen Flächen, inklusive deren Erwerb, Entwicklung und Verkauf.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 11.500.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Ralf Karpa		
Betriebskommission: Betriebskommissionsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	10 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Monika Christann Frau StRin Ina Hauck Frau Stv Natascha Kauder Herr StR Claus Möbius Herr Stv Frank Nagel Herr StR Sieghard Pawlik Herr Stv Nathaniel Ritter Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch Frau StRin Stephanie Wüst	
Beteiligungen: Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	Kapitalanteile: 1.688.100 € = 25,00 %	

A. Ausblick 2023

Sowohl das Jahresergebnis als auch das Risiko-früherkennungssystem stehen in engem Zusammenhang mit der HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung (HFM). So existiert ein informelles System zur Risikofrüherkennung über die HFM, mit dem die wirtschaftliche Entwicklung des Hafens und der Märkte durch das Controlling fortlaufend beobachtet wird. Die künftige Umsatz- und Ergebnisentwicklung der Hafen- und Marktbetriebe ist aufgrund der Verpachtung auch weiterhin von der HFM abhängig. Liquiditätsrisiken und Risiken aus Zahlungsstromschwankungen sind nicht ersichtlich. Mittelfristig bestehen keine Risiken und Chancen, welche sich direkt auf die Hafen- und Marktbetriebe auswirken. Auf die Darstellung bei der HFM wird ergänzend verwiesen.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem positiven Geschäftsergebnis (1,22 Mio. €) gerechnet, im Bereich Hafen mit 1,39 Mio. € und im Bereich Markt mit -167 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Hafenbetriebe führen aufgrund des mit der HFM geschlossenen Betriebspachtvertrags seit Juli 2002 keine eigenen Hafenaktivitäten mehr durch, die Marktbetriebe aus gleichem Grund seit Januar 2007 keine Marktaktivitäten. Ihre Unternehmenstätigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die Vermögensverwaltung, die Aufgaben der Hafenbehörde als Ordnungsbehörde und die Betreuung des an die HFM gestellten Personals. Die Erlöse des Eigenbe-

etriebes werden ausschließlich aus dem Pachtzins und der Erstattung der unmittelbaren Personalkosten erwirtschaftet.

Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafenbetriebe und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst. Dieser unterteilt sich in die Betriebszweige Hafen und Markt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 43,03 Mio. € auf 63,17 Mio. € gewachsen. Die Aktivseite ist durch ein hohes langfristiges Vermögen i. H. v. 29,92 Mio. € (vor allem hohe Sachanlagen (28,21 Mio. €)) und Forderungen von 32,91 Mio. € an die Stadt Frankfurt am Main (Stadtkassenkonto) geprägt, die durch den Grundstücksverkauf des Frischezentrums stark zugenommen haben. Die Passivseite ist durch das Eigenkapital (50,74 Mio. €, Vj. 37,10 Mio. €) geprägt. Dieses hat sich bedingt durch den Jahresgewinn gegenüber dem Vorjahr um 13,64 Mio. € erhöht. Die Rückstellungen nahmen um 544 T€ auf 2,42 Mio. € ab, die Verbindlichkeiten nahmen um 41 T€ auf 107 T€ ab. Der Eigenbetrieb ist praktisch schuldenfrei. Per Saldo wurden passive latente Steuern in Höhe von 9,85 Mio. € gebildet (Vj. 2,74 Mio. €). Diese resultieren aus der steuerlich gebildeten § 6b EStG-Rücklage, abzüglich der Bewertungsunterschiede bei den Rückstellungen für Altlastensanierung und Pensionen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 80,3 % (Vj. 86,1 %). Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (919 T€, Vj. 40 T€) und der Investitionstätigkeit (22,76 Mio. €, Vj. -213 T€) lagen weit über dem Mittelabfluss der Finanzierungstätigkeit (-2,72 Mio. €, Vj. -4,51 Mio. €), sodass sich der Finanzmittelfonds um 20,96 Mio. € erhöhte. Zum Stichtag 31.12.2022 betrug der Finanzmittelbestand 32,51 Mio. € (Vj. 11,55 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2022 erzielte der Eigenbetrieb einen Gewinn i. H. v. 16,36 Mio. € (Vj. 1,07 Mio. €). Auf die Sparte Hafen entfallen 1,12 Mio. € (Vj. 1,00 Mio. €) und auf die Sparte Markt 15 T€

(Vj. 66 T€). Dies resultiert überwiegend aus dem Verkauf von Grundstücken an das Frischezentrum i. H. v. 22,28 Mio. €. Zudem ging man aufgrund des geplanten Verkaufs des Grundstücks des Frischezentrums nicht mehr von Einnahmen aus Erbpachterträgen aus, die im ersten Quartal bis zum Vollzug des Verkaufs auch im Geschäftsjahr noch erfolgten. Die Umsatzerlöse liegen bei 4,93 Mio. € (Vj. 5,23 Mio. €) und bestehen aus Personalkosten-erstattungen (2,16 Mio. €), Pachterlösen aus Anlagevermögen (502 T€) und übrigen Pachteinahmen (2,27 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen durch den Grundstücksverkauf auf 22,35 Mio. € (Vj. 375 T€). Der Personalaufwand hat sich zum Stichtag bei einer Mitarbeiterzahl von 33 (Vj. 36) auf 2,29 Mio. € verringert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 61 T€ auf 493 T€, vor allem durch einen Anstieg bei den Prüfungs- und Beratungskosten (+21 T€) und der Zuführung für Altlastensanierungen (+24 T€). Steuern auf Einkommen und Ertrag stiegen durch den Grundstücksverkauf um 7,13 T€ auf 7,60 Mio. €. Das Finanzergebnis ist mit 95 T€ um 456 T€ stark verbessert (Vj. -362 T€), bedingt durch die hohen Einnahmen aus Anlagenabgängen und die verbesserte Zinssituation.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 27.05.2021 für das Planjahr 2022 und am 18.05.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 11.05.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	29.924	30.975	-1.051	-3,4
Sachanlagen	28.213	29.260	-1.048	-3,6
Finanzanlagen	1.712	1.715	-3	-0,2
Umlaufvermögen	33.249	12.058	21.191	175,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.198	11.597	21.600	186,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	51	461	-410	-88,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-
Bilanzsumme	63.173	43.034	20.140	46,8
PASSIVA				
Eigenkapital	50.737	37.099	13.638	36,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.500	11.500	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	20.435	20.435	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	2.440	4.098	-1.657	-40,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	16.362	1.067	15.295	1.433,7
Rückstellungen	2.419	2.964	-544	-18,4
Verbindlichkeiten	107	148	-41	-27,7
Passive latente Steuern	9.851	2.740	7.111	259,5
Rechnungsabgrenzungsposten	58	82	-23	-28,6
Bilanzsumme	63.173	43.034	20.140	46,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.932	5.225	-292	-5,6
Gesamtleistung	4.932	5.225	-292	-5,6
sonstige betriebliche Erträge	22.352	375	21.977	5.866,2
Personalaufwand	-2.289	-2.562	272	-10,6
Abschreibungen	-676	-743	67	-9,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-493	-432	-61	14,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	23.826	1.862	21.964	1.179,3
Finanzergebnis	94	-362	456	-126,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	23.921	1.501	22.420	1.493,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-7.559	-434	-7.125	1.641,2
Ergebnis nach Steuern	16.362	1.067	15.295	1.433,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	16.362	1.067	15.295	1.433,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	16.362	1.067	15.295	1.433,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	33	36	-3	-8,3

1.8.1 Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH

Anschrift: Josef-Eicher-Straße 10 60437 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/50 77 598-00	E-Mail/Internet: info@frische-zentrum-frankfurt.de www.frische-zentrum-frankfurt.de
Gründung: 29.01.2002		
Unternehmensgegenstand: Betrieb eines Frischezentrums mit allen dafür erforderlichen Teilfunktionen.		
Gesellschafter: Händler Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main Interessengemeinschaft Großmarkt Frankfurt e. V.	Kapitalanteile: 5.060.450 € = 74,94 % 1.688.100 € = 25,00 % 4.150 € = 0,06 % 6.752.700 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Silke Pfeffer		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Frau StRin Anna Grundel N.N. Frau StRin Stephanie Wüst Herr Joachim Fricke Herr Clemens Götzinger Herr Peter Grundhöfer Herr Aaron Jurk Herr Wolfgang Lindner Herr Erkan Satir Herr Ralf Wisser Frau Halime Yalcin Herr Ruhi Yavuz	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

A. Ausblick 2023

Regional ist die Nachfrage nach Gewerbeimmobilien enorm angestiegen, davon profitiert auch das Frischezentrum Frankfurt. Interessenten fragen neue Mietflächen sowie Erweiterungsflächen nach. Das Angebot an Mietflächen ist geringer als die Nachfrage, die Auswirkungen auf die Vermietungsquote sind dadurch positiv. Für das Jahr 2023 wird wiederum eine hohe Vermietungsquote prognostiziert. Es besteht Nachfrage nach Lagerflächen, die hauptsächlich für die Kommissionierung von Lebensmitteln als Vorbereitung für die Belieferung von Hotels und Gaststätten benötigt werden. Für die Bereitstellung und den Ausbau der Kälteleistung wurde ein Contractingvertrag mit dem Energie-

versorger Mainova AG geschlossen. Im zweiten Halbjahr 2023 wird die Mainova AG die Kälteproduktion mit drei neuen Kältemaschinen übernehmen. Die bestehenden Kältekapazitäten hätten mittelfristig nicht mehr ausgereicht. Zum Jahresbeginn wurde eine Wärmerückgewinnungsanlage, die an eine Kältemaschine gekoppelt ist, in Betrieb genommen. Fast vollständig können die 40.000 qm Hallenfläche nun ohne Gas geheizt werden. Die Beleuchtung wurde auf stromsparende LED umgestellt. Eine neue Photovoltaikanlage für die Dächer der Kundenparkplätze ist in der Planungsphase. Der erzeugte Strom ist für den eigenen Verbrauch der Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH (Frischezentrum) vorgesehen. Bestenfalls

reicht die Stromerzeugung für den Verbrauch des Betriebs des Frischezentrums aus. Die Mieter:innen haben für ihre Mietflächen eigene Verträge mit Stromanbietern. Es wird von einer leicht zurückgehenden Umsatzentwicklung und Ergebnisentwicklung mit einem Jahresgewinn von ca. 0,50 Mio. € ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft hat mit den früheren Marktbetrieben einen Erbbaurechtsvertrag über das Gelände des Frischezentrums geschlossen. Nach mehrjährigen Verhandlungen konnte der Kauf des Grundstücks im Geschäftsjahr 2022 realisiert werden. Die Vermietungssituation der Gesellschaft entwickelte sich im Jahr 2022 positiv, beide Hallen waren vollständig vermietet, auch bei den Büroflächen nahm die Auslastung auf 96 % zu. Die Entwicklung der Energiepreise und Maßnahmen zur Versorgungssicherstellung von Energie, Wärme und Kälte waren wichtige Themen im Geschäftsjahr. Hinzu kamen eine Vielzahl an technischen Themen, die aufgrund des Alters der Immobilie zu Sanierungs- und Renovierungsbedarf führen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2022 lagen zum Redaktionsschluss nur im Entwurf vor. Das Jahresergebnis 2022 konnte im operativen Bereich (ohne Risikovorsorge) im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 21,76 Mio. € auf 46,50 Mio. € vergrößert. Auf der Aktivseite ist insbesondere das Anlagevermögen aufgrund des Erwerbs des Grundstücks Josef-Eicher-Str. 10 um rd. 25 Mio. € gestiegen. Das Umlaufvermögen erhöhte sich von 8,24 Mio. € auf 9,99 Mio. €. Die liquiden Mittel stiegen um 2,54 Mio. € auf 7,86 Mio. €, Forderungen gingen um 719 T€ zurück und die sonstigen Vermögensgegenstände nahmen um 61 T€ ab. Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten sank von 1,55 Mio. € auf 14 T€. Passivisch hat sich das Eigenkapital um 1,40 Mio. € erhöht, bedingt durch höhere Gewinnrücklagen, einen höheren Gewinnvortrag und ein verbessertes Jahresergebnis. Die

Rückstellungen nahmen um 210 T€ auf 448 T€ zu. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen bedingt durch den Grundstücksverkauf um 22,89 Mio. € zu, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stiegen um 264 T€. Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (9,54 Mio. €, Vj. 9,55 Mio. €) blieben in etwa gleich. Der Finanzmittelfonds hat sich um 2,54 Mio. € auf 5,32 Mio. € erhöht.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2022 verbesserte sich das Jahresergebnis mit einem Jahresüberschuss von 1,40 Mio. € (Vj. 1,07 Mio. €) um knapp 327 T€. Die Umsatzerlöse (9,10 Mio. €) stiegen um 935 T€, höhere Mieteinnahmen und eine leicht erhöhte Vermietungsquote sind die Gründe hierfür.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 184 T€ unter den 4,25 Mio. € des Vorjahrs, in dem es einen Vergleich über die Sanierung von Bodenbelägen in und vor den Hallen gab (3,20 Mio. €). Zudem wurden geringere Rückstellungen aufgelöst und weniger Schadensersatzleistungen vereinbart. Die Vermietungsquote lag in den Verkaufshallen A und B bei 100 % (Vollvermietung) und bei den Büroflächen bei 96 %.

Der Personalaufwand hat sich um 12 T€ (700 T€, Vj. 688 T€) erhöht bei einer verringerten Mitarbeitendenzahl. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (4,39 Mio. €, Vj. 5,41 Mio. €) sind um 1,02 Mio. € zurückgegangen. Vor allem der niedrigere Aufwand an Rechtsberatung (-294 T€) sowie um 1,37 Mio. € geringere Aufwendungen für Erbpachtzinsen standen höheren Aufwendungen für Instandhaltung (+620 T€) gegenüber.

Im Vorjahr fielen außerplanmäßige Abschreibungen auf das Anlagevermögen von 3,20 Mio. € an – entsprechend der Höhe Einnahmen aus dem Vergleich zur Bodensanierung – und erhöhten die Abschreibungen auf 4,22 Mio. €. Im Geschäftsjahr 2022 lagen die Abschreibungen mit 1,04 Mio. € wieder auf normalem Niveau.

Durch die Fremdfinanzierung des Grundstückserwerbs haben sich die Zinsaufwendungen um 643 T€ auf 1,04 Mio. € erhöht. Davon betreffen 369 T€

einmalige Kreditbeschaffungskosten und Bereitstellungszinsen.

Das Jahresergebnis verbesserte sich um 327 T€, es wurde ein Jahresüberschuss von 1,40 Mio. € (Vj. 1,07 Mio. €) erzielt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks spiegelt sich in den Leistungsdaten wider. Er wird belegt durch die Struktur der Gesellschaft mit mehrheitlicher Beteiligung diverser privater, am Markt tätiger Firmen. Hierin zeigen sich die Akzeptanz und die Bedeutung des Frischezentrums für den Wirtschaftszweig.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH (Entwurfsfassung)**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	36.502	11.970	24.532	205,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	3	0	3	34.000,0
Sachanlagen	36.499	11.970	24.530	204,9
Umlaufvermögen	9.988	8.242	1.746	21,2
Vorräte	28	43	-15	-35,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.102	2.882	-780	-27,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	7.858	5.317	2.541	47,8
Rechnungsabgrenzungsposten	14	1.546	-1.532	-99,1
Bilanzsumme	46.505	21.758	24.747	113,7
PASSIVA				
Eigenkapital	11.344	9.949	1.395	14,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	6.753	6.753	0	0,0
Kapitalrücklage	227	227	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.000	1.000	1.000	100,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	969	901	69	7,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.395	1.069	327	30,6
Rückstellungen	448	239	210	87,8
Verbindlichkeiten	34.712	11.570	23.142	200,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	24.448	1.564	22.885	1.463,6
Bilanzsumme	46.505	21.758	24.747	113,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.103	8.168	935	11,4
Gesamtleistung	9.103	8.168	935	11,4
sonstige betriebliche Erträge	184	4.249	-4.065	-95,7
Personalaufwand	-700	-688	-12	1,7
Abschreibungen	-1.039	-4.220	3.181	-75,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.388	-5.407	1.019	-18,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	3.160	2.102	1.058	50,3
Finanzergebnis	-1.032	-395	-637	161,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.128	1.707	421	24,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-630	-536	-94	17,5
Ergebnis nach Steuern	1.498	1.171	327	27,9
Sonstige Steuern	-103	-103	-0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.395	1.069	327	30,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.395	1.069	327	30,6
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	11	-2	-18,2
Vermietungsstand (in %)	100	95	5	4,7

1.9 HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung

Anschrift: Lindleystraße 14 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 36 97	E-Mail/Internet: info@hfm-frankfurt.de www.hfm-frankfurt.de
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Hafeneinrichtungen der Stadt Frankfurt am Main sowie die Durchführung eines Hafenbetriebs in all seinen Bereichen der Güterlogistik und der Lagerung. Außerdem die Verwaltung und der Betrieb sämtlicher Kleinmarkthallen und Wochenmärkte der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Ralf Karpa		
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Mike Josef	
	Frau Stv Natascha Kauder	
	Herr StR Claus Möbius	
	Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		
60,00 %		
Beirat:	5 Mitglieder	
	Herr Michael Loulakis	
	Herr Rudolf Sehring	
	Herr Roger Simak	
	Herr Dr. Alexander Theiss	
	Herr Eberhard Weiß	

A. Ausblick 2023

Im Bereich Hafen hat das Jahr 2023 für die Güter-Binnenschifffahrt ohne Beeinträchtigung begonnen. Lieferkettenengpässe und internationale Krisen könnten zum Rückgang an Umschlagsmengen führen. Durch ungewisse Pegelstände könnten auch ohne Niedrigwasser von den Transporteuren Margen auf andere Verkehrsträger verlagert werden. Es wird davon ausgegangen, dass der Bahnbetrieb auf dem Niveau von 2022 verbleibt, bei einigen Teilbereichen, z. B. Baustoffe, Sand- und Erdaushub oder Schotter- und Containertransporte, werden auch höhere Umschläge erwartet. Die Wochen- und Flohmärkte sowie die Markthallen spüren die Konsumzurückhaltung, die hohen Energiepreise belasten die Branche zusätzlich. Dennoch wird ein Trend

zum gesünderen Leben wahrgenommen, zu dem sich Märkte in ihrer Funktion als Plattform der Kommunikation und des sozialen Kontakts behaupten können.

Im Projekt „Sanierung der Haustechnik der Kleinmarkthalle“ ist die Fortführung der Planung (Genehmigungsplanung und Ausführungsplanung) vorgesehen; zusätzlich werden Maßnahmen zur Verbesserung des organisatorischen und baulichen Brandschutzes sowie zum Bestandserhalt der gebäudetechnischen Einrichtungen umgesetzt.

Im Immobilienmanagement werden in 2023 einige Mietverträge neu abgeschlossen, was zu höheren Einnahmen und Investitionen der Mieter in ihre Anlagen führen wird. Auch Erneuerungen bzw. Abschlüsse von Erbbaurechtsverträgen sind vorge-

sehen. Es ist für die nächsten Jahre geplant, die im Osthafen in Teilbereichen bereits erfolgreich umgesetzte Sanierung und Ertüchtigung der basaltverkleideten Beton-Kaimauern sowie der Bermewege abschnittsweise weiterzuführen. Dabei sollen Bahn- und Schiffsumschlag unterbrechungsfrei fortgeführt werden. Die durch die HFM unterhaltene Straßenbeleuchtung soll 2023 auf energiesparende LED-Leuchten umgerüstet werden. Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2023 weist einen Jahresüberschuss von 1,42 Mio. € aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Seit dem 01.07.2002 hat die HFM den gesamten Geschäftsbetrieb der Hafenbetriebe (Eigenbetrieb) gepachtet. Analog dazu hat die HFM zum 01.01.2007 auch den Geschäftsbetrieb der Marktbetriebe (Eigenbetrieb) übernommen. Mit Wirkung zum 01.01.2018 wurden die beiden Eigenbetriebe Hafenbetriebe und Marktbetriebe zu einem Eigenbetrieb „Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main“ zusammengefasst.

Im Geschäftssegment Hafen liegt der Fokus der HFM auf der Stärkung der Gewerbe- und Industriegebiete im Osthafen und Gutleuthafen, der Attraktivitätssteigerung des Hafenstandortes und darauf, zur Ver- und Entsorgung des Wirtschaftsraumes Frankfurt am Main beizutragen. Hierzu unterstützt die Gesellschaft die Entwicklung und Realisierung logistischer Konzepte der Hafenwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsträger Binnenschiff und Bahn.

Im Schiffsverkehr wurden in 2022 Güter mit 2.616.091 t (Vj. 2.931.308 t) umgeschlagen (-10,8 %). Der Rückgang des Umschlagvolumens entstand vor allem in den Bereichen Container, Erze und Metallabfälle, feste mineralische Brennstoffe sowie Steine und Erden. Er ist unter anderem auf die starke Trockenphase im Sommer mit einhergehendem Niedrigwasser zurückzuführen. Einschränkungen durch die Corona-Pandemie waren nicht festzustellen. Rückläufig waren insbesondere Maschinen und sonstige Güter (-30,6 %), Erze und Metallabfälle (-27,0 %) und feste mineralische Brennstoffe (-20,5 %).

Der Schiffscontainerumschlag (twenty-foot equivalent unit = TEU) ist gegenüber dem Vorjahr um 37,9 % gefallen, es wurden insgesamt 114.062 t (Vj. 164.381 t) Material umgeschlagen. Containertransporte per Bahn sanken um 7,3 % auf 489.241 t (Vj. 527.824 t), die Anzahl der TEU sank ebenfalls um 7,3 % auf 55.369 TEU (Vj. 59.719 TEU). Der Gesamtumschlag verteilte sich auf 2.125 Schiffe (Vj. 2.221).

Beim Hafenbahnverkehr wurde ein Zuwachs von 5,9 % auf 1.659.667 t (Vj. 1.567.100 t) erzielt. Dabei stiegen der Transport von Eisen, Stahl und Nichteisen (NE)-Metallen um 132,5 %, Erze und Metallabfälle um 69,5 % und feste mineralische Brennstoffe um 60,9 % besonders stark, Steine und Erden (einschließlich Baustoffe) nahmen um 4,3 % zu. Der einzige rückläufige Posten waren Erdöl, Mineralölerzeugnisse und Gase mit -5,6%. Mit 40.701 Güterwagen wurden 664 mehr als im Vorjahr abgefertigt. Die Verkehrsleistung im Bereich Hafen sank um 222.650 t auf 4.275.758 t (-4,9 %). Im Geschäftssegment Markt wurden durch die HFM 24 Wochenmarktveranstaltungen auf 19 Marktplätzen im Stadtgebiet Frankfurt organisiert. Die Standbetreiber der Frankfurter Wochenmärkte und Markthallen hatten in Folge der Pandemie mit Personalmangel und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, was sich auf die Standplatzvermietungen und Einnahmen der Marktbetriebe auswirkte.

Seit dem 02.02.2022 sind die Corona-Schutzauflagen in Hessen ausgelaufen, größere Veranstaltungen wie Flohmärkte konnten ab dem 07.05.2022 wieder durchgeführt werden. Hier wurden in Folge von Verkehrsplanungen Anpassungen der Stellflächen am südlichen Mainufer vorgenommen, die sich auch, zusammen mit gestiegenen Kosten für Dienstleister auf die Wirtschaftlichkeit auswirken. Wie bei den Märkten waren in den Markthallen die Pandemiefolgen noch deutlich spürbar, auch wenn Leerstände durch Neuvermietungen zum Teil gefüllt werden konnten. So wurde z. B. die Ostseite der Kleinmarkthalle als Showroom mit Verkaufsfläche vor der anstehenden Umnutzung geöffnet. Im Immobilienmanagement sind die Flächenkapazitäten im Hafen unverändert komplett ausgeschöpft und die vermietbaren Grundstücke zu

98 % vergeben. Im Geschäftsjahr wurden bestehende Miet- und Erbrechtsverträge zum Teil verlängert oder erneuert. Das Grundstück, auf dem das Frankfurter Frischezentrum seit dem Auszug des Marktes aus der Großmarkthalle seinen Sitz hat, wurde auf Grund vertraglicher Verpflichtungen an die Betreibergesellschaft des Frischezentrums veräußert. Im Bereich Bau sollen die Beton-Kaimauern und Sandsteinwände im Gebiet Osthafen sowie im Bereich der Liegeplätze für Hotel- und Flusskreuzfahrtschiffe abschnittsweise saniert werden, im Geschäftsjahr erfolgte dies im Bereich Antwerpener Werft und Fischerfeldtwerft, der Dreikönigswerft und der Deutschherrnwerft (jeweils Fugen- und/oder Sandsteinarbeiten). An der Treppenanlage der Alten Brücke wurden auf der Südseite Schäden beseitigt. Die hafeneigenen Uferbefestigungen weisen in verschiedenen Bauwerkbereichen Mängel auf, insbesondere im Flusshafen Gutleut und der Nizza-werft. Im Geschäftsjahr wurden die Planungen zur Sanierung weitergeführt und Kampfmitteluntersuchungen durchgeführt. Die Intzestraße ist sanierungsbedürftig, kann wegen gleichzeitiger Sanierung der Franziusstraße aber nicht gesperrt werden. Es werden daher nur Reparaturarbeiten ausgeführt, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Aufgrund der Planung der Nordmainischen S-Bahn wird ein Umbau der Gleisanlage Hafenbahn Bahnhof Osthafen erwartet. An der Landstromversorgung an fünf innerstädtischen Liegeplätzen für Fluss- und Hotelschiffe wird weiterhin gearbeitet. In der Kleinmarkthalle wurden die Planung zur Sanierung weiter verfolgt, die Herstellung einer Photovoltaikanlage beschlossen und die Finanzierung über Gewinnrückstellungen gesichert. Am 23./24.07.2022 fand erneut das Osthafenfestival mit über 250.000 Besucher:innen statt. Auch die Kooperation mit dem Abenteuerspielplatz Riederwald (Hafenpiraten-Fahrten) wurde fortgeführt. Im Oktober probten die Katastrophenschutzbehörden im Osthafen den Ernstfall bei der Übung „Frankopia 2022“.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 13,53 Mio. € auf 12,46 Mio. € gesunken. Bei den Aktiva wuchs das Anlagevermögen ganz leicht um 95 T€, das Um-

laufvermögen dagegen sank um 1,19 Mio. auf 10,03 Mio. €. Es nahm hauptsächlich durch die gesunkenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main (Stadtkassenkonto -1,80 Mio. €) bei gleichzeitigem Anstieg der Kassenbestände (+490 T€) ab. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 74 T€ erhöht (8,18 Mio. €, Vj. 8,11 Mio. €). Dies ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2022 und unter Berücksichtigung der Ausschüttung des Vorjahrsergebnisses. Gleichzeitig nahmen die Rückstellungen um 1,68 Mio. € ab, bedingt durch deutlich niedrigere Steuerrückstellungen. Ein Rückgang der sonstigen Rückstellungen wurde durch erhöhte Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung fast ausgeglichen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt zum Abschlussstichtag 65,7 % (Vj. 59,9 %).

Der Finanzmittelfonds hat sich um 1,28 Mio. € auf 7,50 Mio. € verringert. Die Liquidität der Gesellschaft war jederzeit gesichert. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von 3,86 Mio. € hat nicht vollständig ausgereicht, die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit (258 T€) und Finanzierungstätigkeit (4,88 Mio. €) vollständig auszugleichen.

Zur Erfolgslage

Zum 31.12.2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 4,95 Mio. € aus, der um 74 T€ über dem Vorjahr liegt. Die Umsatzerlöse stiegen um 607 T€ auf 23,37 Mio. € (Vj. 22,76 Mio. €), mit den größten Zuwächsen bei Hafengebühren (+236 T€), Raummieten (+247 T€), Markthallen und Märkten (+370 T€), Abgaben von Energie und Wasser (+266 T€), Liegegeldern für Hotelschiffe (+110 T€) und sonstigen Mieten (+120 T€). Stark gesunken sind dafür die Einnahmen aus Platzmieten (-810 T€) und Ufergeldern (-86 T€). Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 101 T€ auf 393 T€, dabei stiegen insbesondere Einnahmen aus Verwarnungen und Bußgeldern (+72 T€) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (+80 T€); Wertberichtigungen sanken dagegen um 42 T€. Der Materialaufwand sank gegenüber dem Vorjahr um 302 T€ auf 10,60 Mio. €. Am stärksten gingen Aufwendungen

für Bahnanlagen (-325 T€) zurück, während Kosten für Gebäude und bauliche Anlagen um 247 T€ stiegen. Viele andere Positionen haben sich gegeneinander verschoben. Die Aufwendungen aus den Betriebspachtverträgen mit dem Eigenbetrieb Hafen- und Marktberiebs sanken um 289 T€, dafür stiegen die Kosten für bezogene Waren und Leistungen an Dritte (+144 T€). Der Personalaufwand stieg um 234 T€ auf 3,32 Mio. € (Vj. 3,08 Mio. €), bedingt durch die durchschnittlich höhere Zahl an Mitarbeitenden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um 687 T€ auf 1,98 Mio. €. Den größten Mehraufwand verzeichneten Kosten für Tagungen und Repräsentation (+637 T€), hier insbesondere für das Osthafenfest- und für Datenverarbeitung (+82 T€). Auf vielen anderen Positionen kam es mal zu höheren, mal zu geringeren Aufwendungen als im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2022 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2021 von 4,11 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat.

Im Geschäftsjahr betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 197 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 27.05.2021 Planjahr 2022 sowie am 18.05.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 11.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.388	2.294	95	4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	246	259	-12	-4,8
Sachanlagen	2.142	2.035	107	5,3
Umlaufvermögen	10.034	11.226	-1.191	-10,6
Vorräte	291	287	4	1,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.454	9.140	-1.685	-18,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.289	1.799	490	27,2
Rechnungsabgrenzungsposten	36	7	29	410,1
Bilanzsumme	12.459	13.526	-1.067	-7,9
PASSIVA				
Eigenkapital	8.179	8.105	74	0,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	675	675	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.525	2.525	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	4.954	4.880	74	1,5
Rückstellungen	2.930	4.612	-1.683	-36,5
Verbindlichkeiten	1.187	769	418	54,4
Rechnungsabgrenzungsposten	163	40	123	309,0
Bilanzsumme	12.459	13.526	-1.067	-7,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	23.367	22.760	607	2,7
Gesamtleistung	23.367	22.760	607	2,7
sonstige betriebliche Erträge	393	291	101	34,8
Materialaufwand	-10.598	-10.900	302	-2,8
Personalaufwand	-3.317	-3.084	-234	7,6
Abschreibungen	-195	-180	-15	8,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.983	-1.296	-687	53,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	7.667	7.592	75	1,0
Finanzergebnis	26	-7	33	-458,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	7.693	7.585	108	1,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.389	-2.356	-34	1,4
Ergebnis nach Steuern	5.304	5.229	74	1,4
Sonstige Steuern	-350	-349	-1	0,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	4.954	4.880	74	1,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	4.954	4.880	74	1,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	57	51	6	11,8
Schiffsgüterumschlag (in t)	2.616.091	2.931.308	-315.217	-10,8
Hafenbahnverkehr (in t)	1.659.667	1.567.100	92.567	5,9

1.10 KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Anschrift: Uhlandstraße 11 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/40 58 73-12	E-Mail/Internet: info@keg-frankfurt.de www.keg-frankfurt.de
Gründung: 26.01.1995	Unternehmensgegenstand: Erwerb, Entwicklung und Veräußerung von Flächen, vorrangig im Stadtgebiet Frankfurt am Main, deren bisherige, insbesondere militärische Nutzung für andere Zwecke, vornehmlich den Wohnungsbau, geändert werden soll. Soweit es wirtschaftlich und städteplanerisch zweckmäßig erscheint, ist die Gesellschaft zudem berechtigt, mittel- und ggf. auch längerfristige Nutzungsverhältnisse (bspw. Vermietung an Dritte) zu begründen. Die Gesellschaft kann auch zum Zwecke der Errichtung von öffentlich geförderten Wohngebäuden Flächen erwerben, bebauen, verwalten und vermieten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main BSMF Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung mbH	Kapitalanteile: 40.000 € = 50,00 % 40.000 € = 50,00 % 80.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Klaus-Peter Kemper		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	10 Mitglieder Frau StRin Sylvia Weber Herr StR Mike Josef Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Arndt Seeger Frau StRin Elke Voith Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Robert Faktor Herr Heinrich Liman Herr Gerald Lipka Frau Gaby Morr Herr Wolfgang Rhein	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 40,00 %		

A. Ausblick 2023

Alle Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2030 beinhalten die Aussage, dass der Wohnungsmarkt in der Stadt Frankfurt am Main durch starke Nachfrage geprägt sein wird. Die Vermietungsbedingungen für den Immobilienbestand der KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH (KEG) werden aus diesem Grund sehr positiv beurteilt. Es wird daher erwartet, dass auch in 2023 alle Liegenschaften vermietet werden können. Die Instandhaltungskosten werden aufgrund des i. d. R. sehr guten Zustands der Immobilien gering sein. Ein Grundstück in der Parkstadt II von 43.000 qm wurde an die Stadt Frankfurt am Main zur Errichtung eines

Berufsschulcampus und einer Grundschule in Unterliederbach veräußert. Weitere Verkaufsmöglichkeiten von Liegenschaften werden aufgrund des Liquiditätsbedarfs infolge des fehlenden Baurechts für die Parkstadt II geklärt.

Für das Jahr 2023 wird ein Jahresüberschuss erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Insgesamt war der Geschäftsverlauf der KEG für das Geschäftsjahr 2022 zufriedenstellend. Gleichwohl hat sich die Corona-Pandemie auf die Bautätigkeiten ausgewirkt und bei den Projekten bemerk-

bar gemacht. In 2022 erfolgte die Beteiligung an der Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG (GIMA Frankfurt). Der Erwerb betraf zwei Geschäftsanteile. Aus dem Liegenschaftsfonds erfolgte eine Zuführung in die Kapitalrücklage durch die Stadt Frankfurt am Main in Höhe von 204 T€. Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr weiter vorangetrieben bzw. fertiggestellt:

- Ehemalige Breuerwerke: Fertigstellung und Nutzungsübergabe
- Rohmerplatz: Vermietung
- Projekt Opel-Bucher: Baubeginn
- Milchsackgelände: Instandsetzung und Modernisierung
- Aufstockung von zwei Flüchtlingsunterkünften
- Historisches Schwesternwohnheim: Kaufabschluss
- Liegenschaftsfonds: Vorgespräche für ein weiteres Projekt

Bezüglich der Parkstadt II in Unterliederbach wurden Gespräche mit den Investoren und der Stadt Frankfurt am Main über einen Ankauf von Flächen der KEG geführt, da aufgrund der Seveso-III-Richtlinien eine Bebaubarkeit nicht wie geplant gegeben ist. Daneben wurde der Verkauf von Bestandsgebäuden zur Eigenkapitalstärkung geprüft. Neben dem Geschäftsführer hatte die KEG im Berichtsjahr drei geringfügig Beschäftigte.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 hat sich gegenüber dem Vorjahr um 25,95 Mio. € auf 230,67 Mio. € erhöht. Dies beruht passivisch im Wesentlichen auf erhöhten Kreditverbindlichkeiten (+ 23,80 Mio. €). Aktivisch hat sich das Anlagevermögen aufgrund der Investitionstätigkeit um 25,23 Mio. € auf 213,40 Mio. € erhöht. Die Eigenkapitalquote beträgt 5,0 %. Die zum Vorjahresstichtag bestehende Finanzierungslücke hat sich infolge der Beendigung der Zwischenfinanzierung von Projekten zum Stich-

tag um 11,14 Mio. € auf 400 T€ verringert. Der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 32,01 Mio. € konnte durch den Finanzierungszufluss von 31,59 Mio. € sowie den Zufluss aus dem laufenden Geschäft von 11,56 Mio. € mehr als kompensiert werden.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresüberschuss von 1,22 Mio. € (Vj. 190 T€).

Die Erträge aus der Hausbewirtschaftung (Mieten und Pachten) haben sich um 1,92 Mio. € erhöht. Die Erträge aus Fördermitteln und Zuschüssen haben sich um 957 T€ auf 110 T€ stark verringert. Die Abschreibungen verringerten sich um 1,12 Mio. € trotz fertiggestellter Gebäude aufgrund der Verlängerung der Nutzungsdauer von Flüchtlingsunterkünften.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Gegenüber der Stadt Frankfurt am Main bestanden zum Stichtag Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von 36,97 Mio. € (Vj. 36,98 Mio. €).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	213.401	188.173	25.227	13,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	1	-
Sachanlagen	213.079	188.149	24.930	13,3
Finanzanlagen	321	24	296	1.210,3
Umlaufvermögen	16.760	16.122	638	4,0
Vorräte	12.576	12.527	49	0,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.649	2.500	149	6,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.535	1.095	439	40,1
Rechnungsabgrenzungsposten	511	423	88	20,8
Bilanzsumme	230.672	204.718	25.953	12,7
PASSIVA				
Eigenkapital	11.453	10.027	1.426	14,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	80	80	0	0,0
Kapitalrücklage	2.269	2.065	204	9,9
Gewinnrücklagen / variables Kapital	3.905	3.905	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.978	3.788	190	5,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.222	190	1.032	544,3
Sonderposten	732	724	8	1,2
Rückstellungen	5.165	4.854	311	6,4
Verbindlichkeiten	210.721	185.414	25.307	13,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	167.484	143.688	23.797	16,6
Passive latente Steuern	103	2.578	-2.475	-96,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.497	1.122	1.376	122,7
Bilanzsumme	230.672	204.718	25.953	12,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	18.505	16.349	2.156	13,2
Bestandsänderung UE / FE	98	504	-406	-80,5
Gesamtleistung	18.603	16.853	1.750	10,4
sonstige betriebliche Erträge	242	1.183	-942	-79,6
Materialaufwand	-5.773	-5.486	-287	5,2
Personalaufwand	-31	-30	-1	1,9
Abschreibungen	-6.571	-7.686	1.115	-14,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.108	-1.492	384	-25,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	5.362	3.342	2.020	60,4
Finanzergebnis	-3.088	-2.596	-492	18,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2.274	746	1.528	204,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-725	-279	-446	160,1
Ergebnis nach Steuern	1.549	467	1.082	231,7
Sonstige Steuern	-327	-277	-50	17,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.222	190	1.032	544,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.222	190	1.032	544,3
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	3	3	0	0,0

1.11 Messe Frankfurt GmbH und Konzern

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/75 75-0		E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com	
Gründung: 22.11.1907		Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland, durch Veranstaltung oder Durchführung von Kongressen und Tagungen und durch alle mit den Messe-, Ausstellungs-, Kongress- und Tagungsgeschäften zusammenhängenden Tätigkeiten. Zur Erfüllung dieses Zwecks unterhält die Gesellschaft Messe- und Ausstellungsanlagen sowie Kongress- und Tagungsräume, die sie für die Veranstaltungen nutzt oder gegen angemessenes Entgelt vermietet. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, auf ihrem Gelände Veranstaltungen sportlicher, kultureller oder sonstiger Art durchzuführen oder ihre Anlagen für solche Zwecke zu vermieten.			
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen		Kapitalanteile: 108.000.000 € = 60,00 % 72.000.000 € = 40,00 % 180.000.000 € = 100,00 %			
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin					
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		21 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Herr StR Mike Josef N.N. Frau StRin Stephanie Wüst Herr Staatsmin Tarek Al-Wazir Herr Staatsmin Peter Beuth Frau Britta Böcher (AN) Herr Staatsmin Michael Boddenberg Herr Wolfgang Dimmer (AN) Herr Bernd Dombek (AN) Herr Bernd Ehinger Herr Klaus Gravemann Frau Dr. Isabella-Afra Holst Herr Andreas Pipperek (AN) Herr Dr. Lutz Raettig Herr Thomas Rathgeber (AN) Frau Christiane Rüdiger (AN) Frau Ute Schuchardt (AN) Herr Jürgen Vormann Herr Hamid Yazdtschi			
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:					
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)		Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)	
40,00 %		30,00 %		33,33 %	

Beteiligungen:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main
 Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

25.000.000 € = 100,00 %
 151.000.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Während international das Geschäftsjahr 2022 signifikant von Einschränkungen der Pandemie betroffen gewesen ist, geht die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt für das Wirtschaftsjahr 2023 von einem ganzjährig regulären Messebetrieb aus, wobei zunächst mit einer verhaltenen Nachfrage für 2023 gerechnet worden ist. Von Beginn des Jahres 2023 an zeigt sich jedoch ein deutliches Erstarren des weltweiten Messe- und Veranstaltungsgeschäfts, das nach Beendigung der chinesischen Null-Covid-Politik zum Ausgang des Jahres 2022 insbesondere von der Wiederöffnung des chinesischen Marktes profitiert. Seit Jahresbeginn 2023 tastet sich das Veranstaltungsgeschäft am Standort Frankfurt wie auch international im Hinblick auf Flächennachfrage, Aussteller- und Besucherzahlen erfreulich an das Vor-Corona-Niveau heran. Durch den Turnuswechsel für einige Messeveranstaltungen im Zuge der Corona-Pandemie ist im Wirtschaftsplan 2023 noch ein vergleichsweise schwächeres Veranstaltungsjahr abgebildet. Dennoch kehren einige Veranstaltungen merklich positiv zurück. So soll nach vier Jahren erstmals wieder die Veranstaltung Automechanika Birmingham stattfinden. In Asien ist geplant, dass die 2022 abgesagte Veranstaltung Automechanika Shanghai in Shenzhen als Sonderedition durchgeführt wird und zusätzlich soll eine Automechanika Shanghai im Herbst 2023 stattfinden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Die weltweite Durchführung von Messen und Ausstellungen ist das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Unternehmensgruppe, wobei die am Standort Frankfurt durchgeführten internationalen Leitmesen den Schwerpunkt bilden. Aufgrund ihrer Größe und Internationalität haben diese Messen oft einen dominierenden Charakter für den jeweiligen Wirtschaftszweig und innerhalb der Messewirtschaft. Die Veranstaltungen werden von der Messe Frank-

furt Exhibition GmbH und ihren Tochtergesellschaften im In- und Ausland durchgeführt. Des Weiteren vermarktet der Konzern über die Messe Frankfurt Venue GmbH Eventflächen für Messen, Kongresse, Konzerte, Sport- und Kulturveranstaltungen und stellt hierfür Infrastruktur (Messehallen, Kongressräume) und zahlreiche Serviceleistungen bereit. Das gemeinsame Dach der Unternehmensgruppe bildet die Messe Frankfurt GmbH, die in ihrer Funktion als Holding der Konzernsteuerung dient sowie zentrale Verwaltungsfunktionen bereitstellt.

Die Unternehmensgruppe Messe Frankfurt verfügt neben der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH über acht inländische und 20 ausländische Tochtergesellschaften sowie 53 Sales Partner, die weltweit aktiv sind. Im Geschäftsjahr 2022 hat die Unternehmensgruppe insgesamt 310 Veranstaltungen (Vj. 187) mit 2.441.495 Besucher:innen durchgeführt (Vj. 1.396.282). Darunter sind 104 Messen und Ausstellungen (Vj. 64), an denen 46.507 Ausstellende (Vj. 29.757) und 1.805.393 Besucher:innen (Vj. 1.352.448) teilgenommen haben. Hierfür sind insgesamt 1.512.840 qm Nettofläche vermietet worden (Vj. 885.266 qm). Von den Messen haben 65 (Vj. 53) im Ausland stattgefunden, mit 17.449 Ausstellenden (Vj. 25.206) und 1.043.377 Besucher:innen (Vj. 1.228.910) auf 496.345 qm (Vj. 754.341 qm). Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts ist Asien. Neben den Messeveranstaltungen sind im Berichtsjahr 206 Kongresse und andere Events (Vj. 123) veranstaltet worden. Davon haben am Messeplatz Frankfurt 185 Kongresse und Events (Vj. 100) stattgefunden mit 628.541 Besucher:innen (Vj. 42.046). Zu den Events zählen auch neun internationale German Pavilions (Vj. elf). Dies sind Gemeinschaftsausstellungen im Ausland, die mit und für deutsche Unternehmen im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie konzipiert und durchgeführt werden.

Im Folgenden werden die wirtschaftlichen Eckdaten der Messe Frankfurt GmbH (Holding) sowie im

Schwerpunkt für den Messe Frankfurt Konzern dargestellt. Wegen des fehlenden operativen Geschäfts der Holding sind deren Beteiligungsergebnis und das Zinsergebnis von zentralem Interesse. Die Messe Frankfurt Holding übt für die Unternehmen der Gruppe die Funktion einer „internen Bank“ aus, sie vereinnahmt nach festgelegten Regeln zum Zweck des konsolidierten Cash Managements die liquiden Mittel der Tochtergesellschaften und beschafft sich ggf. Liquidität für die Unternehmensgruppe durch externe Kapitalaufnahmen (Cash Pooling).

Zur Vermögens- und Kapitallage der Messe Frankfurt GmbH (Holding)

Die Bilanzsumme der Messe Frankfurt GmbH beträgt 1.083,21 Mio. € (Vj. 780,67 Mio. €). Das Anlagevermögen der Holding in Höhe von 598,03 Mio. € (Vj. 621,86 Mio. €) ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen, die mit 593,41 Mio. € (Vj. 615,04 Mio. €) rund 54,8 % der Bilanzsumme ausmachen. Diese Position beinhaltet überwiegend die von der Holding gehaltenen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie langfristige Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Der Rückgang der Ausleihungen im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich insbesondere aus den geleisteten Darlehenstilgungen. Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 482,88 Mio. € erhöht (Vj. 157,16 Mio. €). Der Anstieg des Umlaufvermögens ist auf eine deutliche Zunahme der Wertpapiere und des Guthabens bei Kreditinstituten in Höhe von 253,73 Mio. € (Vj. 20,01 Mio. €) zurückzuführen. Zudem sind Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 112,24 Mio. € (Vj. 95,35 Mio. €) erfasst, die mit 27,93 Mio. € Forderungen aus der Gewinnabführung der unmittelbaren Tochtergesellschaft Messe Frankfurt Venue GmbH betreffen.

Auf der Passivseite wird aufgrund der im Berichtsjahr beschlossenen Verlustthesaurierung des Vorjahresergebnisses, des im Berichtsjahr erzielten Jahresfehlbetrags in Höhe von 7,95 Mio. € sowie der Kapitalerhöhung in Höhe von 240,00 Mio. € ein gegenüber dem Vorjahr um 232,05 Mio. € erhöhtes Eigenkapital von 517,19 Mio. € (Vj. 285,14 Mio. €)

ausgewiesen. Hieraus errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 47,7 % (Vj. 36,5 %). Die Verbindlichkeiten der Holding summieren sich im Geschäftsjahr 2022 auf 546,57 Mio. € (Vj. 480,89 Mio. €), wovon 288,45 Mio. € (Vj. 323,95 Mio. €) auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten entfallen. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben sich ebenfalls erhöht, da sich die dort ausgewiesenen Cash Pool-Guthaben der Tochtergesellschaften erhöht haben. Des Weiteren besteht eine Verbindlichkeit aus der Übernahme des Ergebnisses vor Verlustübernahme der unmittelbaren Tochtergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH in Höhe von 30,50 Mio. €.

Zur Erfolgslage der Messe Frankfurt GmbH (Holding)

Die Messe Frankfurt GmbH (Holding) weist im Berichtsjahr einen Jahresfehlbetrag von 7,95 Mio. € aus, welcher um 112,61 Mio. € besser ausfällt als im Vorjahr. Zentrale Bedeutung hat dabei das Finanzergebnis, das sich gegenüber dem Vorjahr deutlich auf -3,06 Mio. € (Vj. -117,38 Mio. €) verbessert hat. In dieser Position spiegeln sich die Ergebnisse der unmittelbaren Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Exhibition GmbH und Messe Frankfurt Venue GmbH wider, mit denen die Messe Frankfurt GmbH Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen hat. Als Managementholding der Unternehmensgruppe Messe Frankfurt hat die Messe Frankfurt GmbH selbst kein operatives Geschäft, sondern vereint zentrale Verwaltungsfunktionen auf sich, die den Tochtergesellschaften gegen Umlage zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses der Tochtergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH (-30,50 Mio. €), dem ein positives Jahresergebnis der Messe Frankfurt Venue GmbH (27,93 Mio. €) gegenübersteht (vgl. 1.11.1 und 1.11.2), ergibt sich wegen der Verpflichtung zum Ergebnisausgleich durch die Muttergesellschaft ein saldierter Fehlbetrag, der (neben dem Zinsaufwand) im Finanzergebnis der Holding abgebildet ist.

Ergebnisse des Konzerns Messe Frankfurt

Das Anlagevermögen des Konzerns beläuft sich in 2022 auf 826,88 Mio. € (Vj. 856,76 Mio. €) und ist geprägt durch die in der Position Sachanlagen befindlichen Grundstücke und Gebäude des Messeplatzes Frankfurt, die überwiegend von der „Besitzgesellschaft“ Messe Frankfurt Venue GmbH gehalten werden. Auf die bauliche Entwicklung für den Messeplatz Frankfurt wird in Abschnitt 1.11.2 eingegangen. Das Umlaufvermögen des Konzerns ist um 317,19 Mio. € auf 510,11 Mio. € gestiegen, was im Wesentlichen auf den Anstieg der liquiden Mittel und deren Anlage in Wertpapieren zurückzuführen ist.

Auf der Passivseite der Bilanz wird für das Berichtsjahr ein deutlich höheres Eigenkapital von 529,51 Mio. € (Vj. 317,38 Mio. €) ausgewiesen. Es ergibt sich neben der Kapitaleinlage der Gesellschafter in Höhe von 240,00 Mio. € aus der wieder verstärkt angelaufenen Geschäftstätigkeit bei einem gegenüber Vorjahr merklich niedrigeren Konzernverlust von 27,62 Mio. €. In der Konzernbetrachtung steigt die Eigenkapitalquote auf 39,5 % (Vj. 30,1 %). Per Saldo steigen die Verbindlichkeiten auf 672,82 Mio. € (Vj. 605,63 Mio. €). Dies resultiert aus dem Wiederaufstart der Geschäftstätigkeiten und dem sich daraus ergebenden Anstieg der von ausstellenden Unternehmen erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen für Messeeteilnahmen sowie aus der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (aus Darlehensaufnahme basierend auf dem Darlehensvertrag aus dem Geschäftsjahr 2021).

In der Betrachtung der Gewinn- und Verlustrechnung weist der Konzern im Berichtsjahr einen Konzernverlust von 27,62 Mio. € aus (Vj. -141,06 Mio. €). Das im Geschäftsverlauf erwartete Ende der Corona-Pandemie spiegelt sich in der Umsatzentwicklung des Konzerns wider. Der Konzernumsatz steigt um 300,33 Mio. € auf 454,16 Mio. €. Im Inland sind die Umsatzerlöse um 250,70 Mio. € auf 313,90 Mio. € gestiegen. Hiervon entfallen rund 265 Mio. € auf den Standort Frankfurt am Main. Mit zunehmender Veranstaltungsaktivität erhöhen sich die betrieblichen Konzernaufwendungen um 180,63 Mio. € auf insgesamt 530,80 Mio. €.

Dabei steigen die in der Position Materialaufwand abgebildeten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen um 119,54 Mio. € auf 229,82 Mio. €. Der Personalaufwand erhöht sich insbesondere wegen der Beendigung der staatlich unterstützten Kurzarbeit sowie wegen der höheren personalbezogenen Rückstellungen um 41,24 Mio. € auf 166,46 Mio. € (Vj. 125,23 Mio. €). Gleichwohl geht die durchschnittliche Mitarbeitendenzahl gegenüber dem Vorjahr auf 2.111 Mitarbeitende zurück (Vj. 2.224). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen wachsen von 56,91 Mio. € auf 74,44 Mio. € an. Sie beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für Raummieten und Bürokosten, Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten, Leiharbeitskräfte und Aufwendungen für Werbung und Wertberichtigungen auf Forderungen. Das Finanzergebnis aus Konzernsicht verbessert sich leicht auf -6,48 Mio. € (Vj. -6,83 Mio. €), worin sich die höhere Zinslast aus den aufgenommenen Darlehen widerspiegelt. Die Zinsaufwendungen entfallen maßgeblich auf die Messe Frankfurt GmbH (Holding).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschaft hat im Jahr 2022 keine Dividende ausgeschüttet.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2021 belaufen sich die Bezüge von Herrn Marzin auf 466 T€, von Herrn Behm auf 420 T€ und von Herrn Braun auf 417 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats summieren sich im Geschäftsjahr auf 45 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Stadt Frankfurt am Main verpflichtete sich in 2010 auf die Richtlinien verantwortungsbewusster Unternehmensführung für ihre Beteiligungsunternehmen (PCGK). Zeitversetzt dazu hat die Hessische Landesregierung in 2015 die Grundsätze guter Unternehmens- und Beteiligungsführung im Bereich des Landes Hessen verabschiedet. Nach dem In-

krafttreten des Landeskodex sollen perspektivisch aus beiden Richtlinien, d. h. der des Landes Hessen und der der Stadt Frankfurt am Main ein gemeinsamer Kodex entwickelt werden. Ziel ist es, gemeinsame „Standards“ und Regelungen guter Unternehmensführung und damit einen spezifischen Corporate Governance Kodex für die Messe Frankfurt GmbH zu formulieren.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**Messe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	598.034	621.860	-23.826	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.359	3.674	-1.315	-35,8
Sachanlagen	2.262	3.150	-888	-28,2
Finanzanlagen	593.412	615.036	-21.623	-3,5
Umlaufvermögen	482.876	157.162	325.715	207,2
Vorräte	1	0	1	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	113.195	100.516	12.679	12,6
Wertpapiere	253.725	20.010	233.715	1.168,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	115.956	36.636	79.320	216,5
Rechnungsabgrenzungsposten	2.303	1.652	651	39,4
Bilanzsumme	1.083.212	780.673	302.539	38,8
PASSIVA				
Eigenkapital	517.192	285.143	232.049	81,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	325.219	85.219	240.000	281,6
Gewinnrücklagen / variables Kapital	57.000	57.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-37.076	83.487	-120.563	-144,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-7.951	-120.563	112.612	-93,4
Rückstellungen	19.446	14.641	4.805	32,8
Verbindlichkeiten	546.574	480.888	65.686	13,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	288.450	323.948	-35.499	-11,0
Bilanzsumme	1.083.212	780.673	302.539	38,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	51.748	42.864	8.884	20,7
Gesamtleistung	51.748	42.864	8.884	20,7
sonstige betriebliche Erträge	2.276	1.893	384	20,3
Materialaufwand	-4.181	-3.393	-789	23,2
Personalaufwand	-32.443	-23.906	-8.536	35,7
Abschreibungen	-2.678	-3.603	925	-25,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.658	-16.760	-3.898	23,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-5.935	-2.904	-3.031	104,4
Finanzergebnis	-3.059	-117.379	114.321	-97,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-8.994	-120.284	111.290	-92,5
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.042	-279	1.322	-473,4
Ergebnis nach Steuern	-7.951	-120.563	112.612	-93,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-7.951	-120.563	112.612	-93,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-7.951	-120.563	112.612	-93,4
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	266	268	-2	-0,7
Anzahl der Messen u. Ausstellungen in Frankfurt	31	10	21	210,0
Anzahl der Aussteller:innen in Frankfurt	25.197	4.045	21.152	522,9
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm) in Frankfurt	811	112	699	624,1
Besucher:innen (in Tsd.) in Frankfurt	638	116	522	450,0
Kongresse, Events und weitere Veranstaltungen in Frankfurt	185	100	85	85,0

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**Messe Frankfurt GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	826.878	856.759	-29.881	-3,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	56.634	72.552	-15.918	-21,9
Sachanlagen	770.224	784.187	-13.963	-1,8
Finanzanlagen	20	20	0	0,0
Umlaufvermögen	510.111	192.918	317.193	164,4
Vorräte	1.229	1.142	87	7,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	47.847	43.540	4.307	9,9
Wertpapiere	253.725	20.010	233.715	1.168,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	207.311	128.227	79.084	61,7
Rechnungsabgrenzungsposten	5.011	4.682	330	7,0
Bilanzsumme	1.342.000	1.054.358	287.642	27,3
PASSIVA				
Eigenkapital	529.513	317.380	212.133	66,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	180.000	180.000	0	0,0
Kapitalrücklage	352.219	112.203	240.016	213,9
Gewinnrücklagen / variables Kapital	86.090	85.889	201	0,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-56.847	84.621	-141.469	-167,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-27.619	-141.056	113.437	-80,4
Anteile anderer Gesellschafter	1.752	3.281	-1.529	-46,6
Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung	-6.082	-7.558	1.477	-19,5
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	848	1.147	-299	-26,1
Sonderposten	6.084	8.232	-2.147	-26,1
Rückstellungen	116.534	100.010	16.524	16,5
Verbindlichkeiten	672.822	605.630	67.192	11,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	291.138	326.637	-35.499	-10,9
Passive latente Steuern	6.929	8.996	-2.067	-23,0
Rechnungsabgrenzungsposten	9.271	12.963	-3.693	-28,5
Bilanzsumme	1.342.000	1.054.358	287.642	27,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	454.161	153.834	300.328	195,2
Bestandsveränderung UE / FE	-41	94	-134	-143,3
Gesamtleistung	454.121	153.927	300.193	195,0
sonstige betriebliche Erträge	60.025	67.269	-7.244	-10,8
Materialaufwand	-229.821	-110.284	-119.537	108,4
Personalaufwand	-166.461	-125.226	-41.235	32,9
Abschreibungen	-60.072	-57.751	-2.321	4,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-74.441	-56.905	-17.536	30,8
Betriebsergebnis	-16.650	-128.970	112.320	-87,1
Finanzergebnis	-6.477	-6.828	351	-5,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-23.127	-135.798	112.671	-83,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	242	312	-70	-22,4
Ergebnis nach Steuern	-22.885	-135.486	112.601	-83,1
Sonstige Steuern	-2.787	-3.718	931	-25,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-25.673	-139.204	113.531	-81,6
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-1.946	-1.852	-94	5,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-27.619	-141.056	113.437	-80,4

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.111	2.224	-113	-5,1
Anzahl der gesamten Messen u. Ausstellungen	104	64	40	62,5
Anzahl der Aussteller:innen	46.507	29.757	16.750	56,3
Vermietete Nettofläche (in Tsd. qm)	1.513	885	628	71,0
Besucher:innen (in Tsd.)	1.805	1.352	453	33,5

1.11.1 Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/75 75-0	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 18.12.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen und Ausstellungen im In- und Ausland und alle mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen. Sie darf daneben alle Geschäfte vornehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar und mittelbar förderlich sind.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000.000 € = 100,00 % 25.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen:	Kapitalanteile:	
MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	77.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	389.727.618 HKD = 100,00 %	
Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	50.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Inc., Atlanta	30.000 USD = 100,00 %	
Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	11.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	8.290.714 MXN = 100,00 %	
Messe Frankfurt Middle East GmbH	75.000 € = 100,00 %	
Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg	26.763.502 ZAR = 100,00 %	
Messe Frankfurt UK Limited, Guildford	100 GBP = 100,00 %	
Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	370.000 TL = 99,99 %	
Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	127.500 ARS = 85,00 %	
fairnamic GmbH	24.500 € = 49,00 %	
nmedia GmbH	24.548 € = 20,00 %	

A. Ausblick 2023

Das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Exhibition GmbH liegt in der weltweiten Durchführung von Messen und Ausstellungen. Während international noch das komplette Jahr 2022 signifikant von Einschränkungen durch die Corona-Pandemie betroffen gewesen ist, geht die Messe Frankfurt nunmehr für das Geschäftsjahr 2023 auch international von einem ganzjährig regulären Messebetrieb aus. Mit Jahresbeginn 2023 tastet sich das Veranstaltungsgeschäft im Hinblick auf Flächennachfrage, Aussteller- und Besucherzahlen wieder an das Vor-Corona-Niveau heran. Durch Turnuswechsel für Messeveranstaltungen im Zuge der Corona-Pandemie ist noch für 2023 ein vergleichsweise schwächeres Veranstaltungsjahr geplant. Von Be-

ginn des Jahres 2023 an zeichnet sich jedoch ein deutliches Erstarken des weltweiten Messe- und Veranstaltungsgeschäfts ab (auch durch die Wiederöffnung des chinesischen Marktes nach Ende der Null-Covid-Politik). Veranstaltungen werden daher mit höherer Flächennachfrage sowie höheren Aussteller- und Besucherzahlen kalkuliert als ursprünglich geplant, so dass ein überplanmäßiges Jahresergebnis der Messe Frankfurt Exhibition GmbH zu erwarten ist. Aufgrund der positiven Entwicklungen werden auch überschaubare weitere Engagements in Aussicht genommen. So wird die Messe Frankfurt Inc., Atlanta mit der Kingspins Show, eine auf die Denim-Branche spezialisierte Fachmesse mit Sitz in den USA, eine strategische Partnerschaft eingehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

In den Zuständigkeitsbereich der Messe Frankfurt Exhibition GmbH fallen sämtliche Eigenveranstaltungen im In- und Ausland. Für den weltweiten Vertrieb ihrer Messeveranstaltungen kann sie auf 20 ausländische Tochtergesellschaften und Beteiligungen sowie ein leistungsstarkes internationales Vertriebsnetz mit 53 Sales Partnern zurückgreifen. Im Berichtsjahr hat sich die Messe Frankfurt den internationalen Sanktionen gegen Russland wegen des Ukrainekriegs angeschlossen und sich von ihren russischen Engagements getrennt.

Die Geschäftstätigkeit der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist auch im Jahre 2022 durch die ab 2020 weltweit verbreitete Corona-Pandemie beeinträchtigt worden. Das Veranstaltungsgeschäft und die Tätigkeit als Veranstalter mit internationalem Bezug für Aussteller:innen und Besucher:innen haben insbesondere durch die Absage der Frühjahrsveranstaltungen am Standort Frankfurt im ersten Quartal des Berichtsjahrs zu einem Einbruch in der geschäftlichen Tätigkeit geführt. Ab April 2022 hat die Messe Frankfurt den Regelbetrieb wieder aufgenommen. Aufgrund von Veranstaltungsverschiebungen hat dies zu einer vergleichsweise hohen Veranstaltungsdichte geführt, wodurch sich die finanziellen Leistungsindikatoren für den deutschen Standort merklich verbessert haben. International ist insbesondere das Asien-geschäft durch die chinesische Null-Covid-Politik betroffen gewesen, die erst zum Jahresende 2022 aufgehoben worden ist.

Trotz der weltweiten Beschränkungen sind unter der Messe Frankfurt Exhibition GmbH und ihren Tochtergesellschaften im Berichtsjahr 83 Messen und Ausstellungen (Vj. 57) durchgeführt worden, davon 65 Messen im Ausland (Vj. 53). Zudem sind elf Kongresse, Konferenzen und weitere Aktivitäten (Vj. 12) sowie neun German Pavilions (Vj. 11) organisiert worden. Die Messen und Veranstaltungen zählten 31.440 Ausstellende (Vj. 26.497) sowie 1,52 Mio. Besucher:innen (Vj. 1,26 Mio.). Dabei ist eine Nettofläche von 1.190.487 qm (Vj. 798.870) belegt worden. Im Berichtsjahr sind 18 Präsenzmessen (Vj. 4) am Messeplatz Frankfurt bzw. in

Deutschland durchgeführt worden. Als Teilnehmende konnten 13.991 Ausstellende (Vj. 1.291) und 476.528 Besucher:innen (Vj. 27.596) begrüßt werden. Für die Veranstaltungen sind 694.142 qm Ausstellungsfläche (Vj. 44.529 qm) vermietet worden.

Im Berichtsjahr 2022 sind im Ausland mehr Veranstaltungen als im Inland durchgeführt worden: Auf 65 Veranstaltungen (Vj. 53) im Ausland haben 17.449 Ausstellende (Vj. 25.206) den 1,04 Mio. Besucher:innen (Vj. 1,23 Mio.) auf 496.345 qm Ausstellungsfläche (Vj. 754.341 qm) ihr Leistungsspektrum präsentiert. Regionaler Schwerpunkt des Auslandsgeschäfts ist trotz der chinesischen Null-Covid-Politik Asien mit 29 Veranstaltungen (Vj. 33) gewesen. Eine weitere bedeutende Veranstaltungsregion ist der Wirtschaftsraum EMEA (Europe, Middle East, Africa), in dem 24 Messen (Vj. 17) durchgeführt worden sind. Außerdem haben die Tochtergesellschaften der Messe Frankfurt Exhibition GmbH im Berichtsjahr zwölf Messen (Vj. 3) auf den amerikanischen Kontinenten veranstaltet. Neben der Konzeption und Durchführung von Eigenveranstaltungen sind im Berichtsjahr neun German Pavilions (Vj. 11) auf Auslandsmessen organisiert worden. Dabei handelt es sich um Messebeteiligungen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie durchgeführt werden, um kleinen und mittleren deutschen Unternehmen den Eintritt in ausländische Märkte zu erleichtern.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 202,90 Mio. € (Vj. 158,10 Mio. €). Die Vermögenslage der Messe Frankfurt Exhibition GmbH ist im Wesentlichen geprägt durch die Finanzanlagen in Beteiligungen an Tochtergesellschaften im In- und Ausland. Per 31.12.2022 wird ein Anlagevermögen von 131,62 Mio. € (Vj. 133,43 Mio. €) ausgewiesen, was einem Anteil von rund 65 % an der Bilanzsumme entspricht. Der Rückgang des Anlagevermögens bzw. Finanzanlagevermögens ist auf die Veräußerung des russischen Tochterunternehmens zurückzuführen sowie auf die Differenz von Anlagezugängen und Abschreibungen auf Messerechte.

Das Umlaufvermögen besteht vor allem in Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe von 67,28 Mio. € (Vj. 20,64 Mio. €). Der Anstieg resultiert zum einen aus Forderungen gegen verbundene Unternehmen aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages, zum anderen aus Forderungen gegen die Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH für die Verlustübernahme und aus der Anlage in den Cash Pool. Die Cash Pool-Forderungen gegen die Muttergesellschaft stellen dabei eine Art Geschäftskontenguthaben der Tochtergesellschaften bei der Muttergesellschaft dar. Auf der Passivseite bleibt das Eigenkapital (46,64 Mio. €) zum Vorjahr aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungs-/Verlustübernahmevertrages unverändert, wobei die Eigenkapitalquote wegen der gestiegenen Bilanzsumme von 29,5 % auf 23 % rechnerisch zurückgeht. Die Rückstellungen fallen zum Bilanzstichtag mit insgesamt 17,50 Mio. € höher aus als im Vorjahr (15,71 Mio. €). Der Anstieg ergibt sich insbesondere aus der Rückstellung für ein noch nicht abgeschlossenes Kaufgeschäft sowie für personalbezogene Rückstellungen. Gegenläufig sinkt die Rückstellung für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften. Die Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 94,12 Mio. € auf 138,76 Mio. € angestiegen, vor allem bedingt durch die Vorauszahlungen von Ausstellenden für die abgesagten Frühjahresmessen 2022 und Verbindlichkeiten aus einer Akquisition.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2022 errechnet sich für die Messe Frankfurt Exhibition GmbH ein Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -30,50 Mio. € (Vj. -49,39 Mio. €). Infolge des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wird es von der Muttergesellschaft, Messe Frankfurt GmbH, ausgeglichen. Der Umsatz der Messe Frankfurt Exhibition GmbH liegt mit 132,43 Mio. € deutlich über dem Vorjahr (20,72 Mio. €). Ursächlich für diese positive Entwicklung sind die ab dem zweiten Quartal entfallenen Restriktionen aufgrund der Corona-Pandemie. Vom zweiten Quartal an herrschte eine starke Veranstaltungsdichte, da einige Messen, die

für Anfang des Jahres geplant waren, nachgeholt worden sind. Die im Materialaufwand abgebildeten veranstaltungsbezogenen Aufwendungen sind analog dazu um 73,22 Mio. € auf 103,55 Mio. € gestiegen. Der Personalaufwand in Höhe von 28,89 Mio. € hat sich ebenfalls deutlich erhöht, da nach dem ersten Quartal des Berichtsjahres die staatliche geförderte Kurzarbeit beendet werden konnte. Ferner sind die personalbezogenen Rückstellungen um 6,76 Mio. € bzw. 30,5 % erhöht worden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 42,62 Mio. € und sind gegenüber dem Vorjahr um 35,6 % gestiegen. Sie beinhalten hauptsächlich Aufwendungen aus Umlagen, die aus Verwaltungsdienstleistungen der Messe Frankfurt GmbH resultieren, Aufwendungen für Miete und allgemeine Werbung sowie Beratungs- und Prüfungskosten. Das Finanzergebnis ist im Berichtsjahr mit 10,10 Mio. € positiv und um rd. 22 Mio. € deutlich besser als im Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages mit der deutschen Tochtergesellschaft MESAGO Messe Frankfurt GmbH ein Beteiligungsergebnis von 10,12 Mio. € vereinnahmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding. Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre

Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von

Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Messe Frankfurt Exhibition GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	131.623	133.430	-1.807	-1,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.237	6.317	-3.080	-48,8
Finanzanlagen	128.386	127.113	1.273	1,0
Umlaufvermögen	71.153	24.593	46.561	189,3
Vorräte	2	0	2	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	70.653	23.629	47.024	199,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	499	964	-465	-48,2
Rechnungsabgrenzungsposten	121	72	48	66,6
Bilanzsumme	202.897	158.095	44.802	28,3
PASSIVA				
Eigenkapital	46.637	46.637	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25.000	25.000	0	0,0
Kapitalrücklage	6.234	6.234	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	15.403	15.403	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	17.503	15.708	1.796	11,4
Verbindlichkeiten	138.756	94.119	44.637	47,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1.632	-1.632	-
Bilanzsumme	202.897	158.095	44.802	28,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	132.434	20.719	111.715	539,2
Gesamtleistung	132.434	20.719	111.715	539,2
sonstige betriebliche Erträge	5.241	28.806	-23.566	-81,8
Materialaufwand	-103.551	-30.332	-73.219	241,4
Personalaufwand	-28.890	-22.134	-6.756	30,5
Abschreibungen	-3.080	-3.092	12	-0,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-42.620	-31.420	-11.200	35,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-40.467	-37.453	-3.015	8,0
Finanzergebnis	10.101	-11.934	22.035	-184,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-30.366	-49.387	19.021	-38,5
Ergebnis nach Steuern	-30.366	-49.387	19.021	-38,5
Sonstige Steuern	-135	0	-135	-
Erträge aus Verlustübernahme	30.501	49.387	-18.886	-38,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	299	321	-22	-6,9

1.11.2 Messe Frankfurt Venue GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/75 75-0	E-Mail/Internet: info@messefrankfurt.com www.messefrankfurt.com
Gründung: 17.12.2002	Unternehmensgegenstand: Erbringung und Vermarktung sämtlicher Serviceleistungen, insbesondere die Durchführung von Messen, Kongressen und Tagungen sowie Einrichtung, Erwerb, Besitz, Verwaltung und Vermietung von Immobilien. Die Gesellschaft betreibt das gesamte Facility-Management einschließlich Baumanagement, Logistik und Baueinkauf und erbringt alle Service- und Technikaufgaben im Zusammenhang mit dem vorher beschriebenen Gegenstand des Unternehmens.	
Gesellschafter: Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 151.000.000 € = 100,00 % 151.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Uwe Behm Herr Detlef Braun Herr Wolfgang Marzin		
Beteiligungen: Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 260.000 € = 100,00 % 26.000 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2023

Das Kerngeschäft der Messe Frankfurt Venue GmbH, einer 100-prozentigen Tochter der Messe Frankfurt GmbH, besteht in der Vermarktung von Ausstellungsflächen und Services. Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Messe Frankfurt Venue GmbH die Durchführung von Messen im gesamten Geschäftsjahr, jedoch stellt das Jahr 2023 wegen des Messeturnus ein vergleichsweise veranstaltungsarmes Jahr dar. Aufgrund dessen geht die Messe Frankfurt Venue GmbH in der Planung 2023 abermals von einem deutlichen Jahresfehlbetrag aus (-51,41 Mio. €). Die Gesellschaft befindet sich in einer steuerlichen Organschaft mit der Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH. Wegen des Ergebnisabführungsvertrags wird das negative Ergebnis nach Ertragsteuern von der Messe Frankfurt GmbH ausgeglichen. Nach dem ersten Halbjahr 2023 zeichnet sich zwar eine Geschäftsbelebung ab (vor allem bei den großen Gastveranstaltungen wie Eurobike und Buchmesse), jedoch geht diese mit merklichen Betriebskostensteigerungen einher, sodass lediglich eine geringe Ergebnisverbesserung zu erwarten ist. Für belastbare Aussagen ist jedoch das zweite Halbjahr entscheidend.

Derzeit entstehen auf einem Teilgrundstück an der Europa-Allee ein neuer südlicher Messeeingang sowie ein Büro- und Hotelturm. Während der Büro- und Hotelturm auf dem an die Gustav-Zech-Stiftung verkauften Grundstücksteil errichtet wird, wird der neue Eingang auf dem im Eigentum der Messe Frankfurt GmbH verbliebenen Grundstücksteil geschaffen. Die offizielle Grundsteinlegung für das Bauvorhaben erfolgte im Februar 2022, die Fertigstellung ist für 2025 geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Für ihr Kerngeschäft steht der Gesellschaft ein Messegelände mit einer Gesamtgröße von rd. 584.000 qm zur Verfügung, wovon sich rd. 407.000 qm im Eigentum der Gesellschaft befinden und rd. 177.000 qm über Erbbaurechtsverträge zur Verfügung gestellt werden. Das Gelände bietet (in maximaler Ausbaustufe) zehn Messehallen mit einer Bruttohallenfläche von rd. 372.000 qm sowie zwei eigene Kongresszentren. Die Messe Frankfurt Venue GmbH ist unmittelbar zu jeweils 100 % an zwei Servicegesellschaften beteiligt: der Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit den Bereichen Messestandbau, Verlag und Werbeservice

sowie der Accente Gastronomie Service GmbH mit den Bereichen Gastronomieservice, Möbelverleih und Standbewachungsgewerbe. Die letzte Stufe des Masterplans mit dem Neubau der Halle 5 konnte Ende 2022 erfolgreich abgeschlossen und die Halle mit den Frühjahrmessen zum Beginn des Jahres 2023 in Betrieb genommen werden.

Das Veranstaltungsgeschäft ist 2022 pandemiebedingt das dritte Jahr in Folge stark beeinträchtigt gewesen. Aufgrund einer weiteren starken Corona-Welle im Winter 2021/2022 hat auch das erste Quartal 2022 mit der Verschiebung und Absage bedeutender Messen am Standort Frankfurt begonnen. Nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen im zweiten Quartal ist das Messe- und Veranstaltungsgeschäft wieder stark zurückgekommen bei hoher Veranstaltungsdichte im verbleibenden Geschäftsjahr. In 2022 haben auf dem Gelände in Frankfurt 31 Messen und Ausstellungen (Vj. 10) stattgefunden bei einer Besucherzahl von 638.280 (Vj. 115.837). Hierfür sind rund 1.651.136 Brutto-Quadratmeter (Vj. 255.968) vermietet worden. Dazu zählt auch die internationale Fahrradmesse Eurobike, die 2022 erstmalig auf dem Gelände der Messe Frankfurt stattfinden konnte. Im Berichtszeitraum haben darüber hinaus am Messeplatz Frankfurt 185 Kongresse und Events (Vj. 100) mit insgesamt 628.541 Teilnehmenden stattgefunden (Vj. 42.046). Die Schwerpunkte der Kongresse liegen in den Bereichen Wissenschaft, Medizin, IT und Finanzen. Des Weiteren ist die Festhalle Veranstaltungsort für 82 kulturelle, sportliche oder gesellschaftliche Events (Vj. 43) gewesen mit einer Besucherzahl von 521.018 (Vj. 18.341). Hierzu gehören u. a. die Konzerte von James Blunt, Udo Lindenberg, 50 Cent und Billie Eilish. Außerdem ist die Festhalle neben dem Frankfurt Marathon und dem Internationalen Festhallen Reitturnier auch Austragungsort für die Auslosung der Qualifikationsgruppen der Fußball-Europameisterschaft EURO 2024 gewesen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 794,99 Mio. € (Vj. 796,27 Mio. €). Die Vermögenslage des Unternehmens ist geprägt durch die im Anlagevermögen aktivierten Grundstücke und Gebäude (hohe Anla-

geintensität). Nach 782,92 Mio. € im Vorjahr ist das Anlagevermögen per 31.12.2022 auf 770,71 Mio. € zurückgegangen (Anteil von 96,9 % an der Bilanzsumme), was insbesondere im Grundstücksverkauf Baufeld 44 sowie den planmäßigen Abschreibungen begründet liegt. Im Gegenzug sind für den Anlagenzugang die Investitionen auf dem Messegelände von Bedeutung, die sich im Berichtsjahr auf 33,3 Mio. € (Vj. 70,97 Mio. €) beliefen. Der wesentliche Teil entfällt mit rd. 29,9 Mio. € auf den Neubau der Halle 5. Beim Umlaufvermögen weist die Gesellschaft zum Bilanzstichtag mit 22,21 Mio. € einen gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelten Wert aus. Maßgeblich hierfür ist der Anstieg bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie bei den Forderungen gegen verbundene Unternehmen, was auf das verdichtete Veranstaltungsaufkommen zurückzuführen ist. Auf der Passivseite bleibt das Eigenkapital mit 402,86 Mio. € unverändert. Das Ergebnis des Berichtsjahres in Höhe von 27,93 Mio. € wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft Messe Frankfurt GmbH abgeführt. Die Eigenkapitalquote hat sich im Berichtsjahr leicht auf 50,7 % verbessert (Vj. 50,6 %). Die Verbindlichkeiten sind auf 339,12 Mio. € (Vj. 344,16 Mio. €) zurückgegangen. Sie beinhalten mit 325,7 Mio. € Verbindlichkeiten gegenüber der Messe Frankfurt GmbH. Darunter fallen langfristige Darlehen der Muttergesellschaft für den Neubau der Halle 12, für die Sanierung der Halle 6 sowie ein weiteres langfristiges Darlehen zur Liquiditätssicherung als Folge der Corona-Pandemie, die zusammengekommen auf 220,00 Mio. € valutieren (Vj. 243,00 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Da ab dem zweiten Quartal 2022 wieder internationale Präsenzmessen sowie Kongresse und Konzerte ohne Einschränkungen durchgeführt worden sind, hat sich die wirtschaftliche Situation der Messe Frankfurt Venue GmbH gegenüber der Planung verbessert. Insgesamt errechnet sich ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 27,93 Mio. € (Vj. -70,07 Mio. €), wozu auch ein Grundstücksverkauf maßgeblich beigetragen hat. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Umsatzerlöse auf

177,26 Mio. € (Vj. 49,71 Mio. €) erhöht. Auf dem Messegelände konnten – abweichend von der Planung – im ersten Quartal 2022 die umsatzstarken Frühjahrmessen (Heimtextil, Ambiente, Worldmessen) nicht stattfinden. Demgegenüber haben zahlreiche Messeveranstaltungen im verbleibenden Geschäftsjahr mit überplanmäßigen Erlösen abschließen können (u. a. IFFA, Techtextil und Auto-mechanika Frankfurt). Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um rd. 26 Mio. € auf 43,37 Mio. €. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen der Verkauf des Grundstücks Baufeld 44. Entsprechend der höheren Veranstaltungsaktivität haben sich die veranstaltungsbezogenen Aufwendungen auf 79,50 Mio. € gegenüber dem Vorjahreszeitraum erhöht (Vj. 33,33 Mio. €). Der Personalaufwand ist im abgelaufenen Geschäftsjahr wegen der reduzierten staatlich geförderten Kurzarbeit und den höheren erfolgsabhängigen Gehaltsbestandteilen auf 22,52 Mio. € gestiegen (Vj. 13,75 Mio. €). Die Abschreibungen liegen mit auf 36,99 Mio. € in etwa auf Vorjahresniveau (Vj. 39,96 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (u. a. Verwaltungsumlagen der Messe Frankfurt GmbH, Raumnebenkosten sowie Aufwendungen aus Miete und Pachten) haben sich um 9,27 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 41,02 Mio. € (Vj. 31,75 Mio. €) erhöht.

Ergebnisse der Beteiligungen

Aufgrund bestehender Ergebnisabführungsverträge schlagen sich die negativen Ergebnisse der Tochtergesellschaften Messe Frankfurt Medien und Service GmbH mit 1,18 Mio. € (Vj. -5,79 Mio. €) und

Accente Gastronomie Service GmbH mit 2,63 Mio. € (Vj. -2,41 Mio. €) als Belastung im Finanzergebnis der Messe Frankfurt Venue GmbH nieder.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Geschäftsführung obliegt der Messe Frankfurt GmbH mit den Geschäftsführern der Holding. Als Aufsichtsrat fungiert ebenfalls der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftsführer erhalten ihre Bezüge von der Messe Frankfurt GmbH. Diese werden anteilig umgelegt. Die Geschäftsführer erhalten für ihre Tätigkeit bei den Tochtergesellschaften keine zusätzliche Vergütung. Der Aufsichtsrat der Messe Frankfurt GmbH erhält für die Behandlung von Themen, die die Tochtergesellschaften betreffen, ebenfalls keine gesonderte Vergütung.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Messe Frankfurt Venue GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	770.714	782.918	-12.204	-1,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.769	1.694	74	4,4
Sachanlagen	760.159	772.438	-12.278	-1,6
Finanzanlagen	8.786	8.786	0	0,0
Umlaufvermögen	22.205	11.306	10.899	96,4
Vorräte	75	64	12	18,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.129	11.241	10.888	96,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1	1	0	14,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.070	2.049	21	1,0
Bilanzsumme	794.990	796.273	-1.283	-0,2
PASSIVA				
Eigenkapital	402.862	402.862	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	151.000	151.000	0	0,0
Kapitalrücklage	208.430	208.430	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	23.000	23.000	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	20.433	20.433	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	6.084	8.232	-2.147	-26,1
Rückstellungen	37.649	29.711	7.938	26,7
Verbindlichkeiten	339.124	344.162	-5.037	-1,5
Rechnungsabgrenzungsposten	9.270	11.307	-2.036	-18,0
Bilanzsumme	794.990	796.273	-1.283	-0,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	177.256	49.708	127.547	256,6
Gesamtleistung	177.256	49.708	127.547	256,6
sonstige betriebliche Erträge	43.372	17.089	26.284	153,8
Materialaufwand	-79.495	-33.324	-46.171	138,5
Personalaufwand	-22.522	-13.753	-8.769	63,8
Abschreibungen	-36.991	-39.959	2.968	-7,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-41.018	-31.750	-9.269	29,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	40.602	-51.989	92.590	-178,1
Finanzergebnis	-9.620	-14.664	5.044	-34,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	30.982	-66.653	97.635	-146,5
Ergebnis nach Steuern	30.982	-66.653	97.635	-146,5
Sonstige Steuern	-3.050	-3.416	366	-10,7
Erträge aus Verlustübernahme	0	70.069	-70.069	-
Gewinnabführung	-27.931	0	-27.931	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	218	221	-3	-1,4

1.12 Rebstock Projektgesellschaft mbH

Anschrift: Leonardo-da-Vinci-Allee 20 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/71 67 38-0	E-Mail/Internet: info@rebstockpark-ffm.de www.rebstockpark-ffm.de
Gründung: 21.02.1995		
Unternehmensgegenstand: Entwicklung, Baureifmachung und Erschließung der Grundstücke auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main sowie die wirtschaftliche und technische Baubetreuung von Bauvorhaben auf den dort gelegenen Grundstücken und die Vermarktung der Wohnbauflächen.		
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Euroga B.V. i. L. Concret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft für Geschäftsimmobilien mbH i. L.	Kapitalanteile: 1.278.230 € = 50,00 % 958.672 € = 37,50 % 319.557 € = 12,50 % 2.556.459 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Thomas Berge		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	10 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr OV Thomas Gutmann Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StR Mike Josef Herr Stv Sebastian Papke Herr Stv Simon Witsch	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Dr. Frank Büchler Herr Peter Jürges Herr Dr. Bastian Messow Herr Sebastian Netzel Herr Carsten Schumacher	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 20,00 %		

A. Ausblick 2023

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main hat am 15.12.2022 dem Ankauf der Anteile der Mitgesellschafter Euroga B.V. i. L. und ConCret Vermittlungs- und Verwaltungsgesellschaft i. L. an der Rebstock Projektgesellschaft mbH (RPG) zugestimmt. Die notarielle Protokollierung der Kaufverträge wird für das Frühjahr 2023 erwartet.

Die Erschließung des Rebstockgeländes ist nahezu abgeschlossen. Als limitierender Faktor übriggeblieben ist die Räumung der Stadtplatzfläche, die gemäß städtebaulichem Vertrag noch bis Mitte 2024 einem Hochinvestor als Baustelleneinrichtungsfläche zur Verfügung steht. Unter Einrechnung einer sich anschließenden einjährigen Bauzeit könnte das

Rebstockprojekt Ende 2026 schlussgerechnet werden. Im stadtplanerischen Aufgabenfeld wird die Gesellschaft das Workshopverfahren zur Gestaltung des Stadtplatzes weiter betreuen. Die RPG begleitet die Durchführung der Kampfmittelsondierung im Rebstockwald. Angesichts der jüngsten Kampfmittelfunde auf dem Rebstockgelände, wird die Detektion und Bergung eventueller Kampfmittel zeitlich vorgezogen. Die Gesellschaft weist in der gültigen Planung für die Jahre 2023 bis 2027 Verluste aus. Für das Jahr 2023 sind gemäß Wirtschaftsplan Umsatzerlöse von 320 T€ vorgesehen. Die kumulierten Erlöse der Folgejahre liegen bei 2,76 Mio. € und werden nach Abschluss der Erschließungsleistungen einschließlich des Stadtplatzes zum Ende der Gesellschaft erwirtschaftet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der erste Erschließungsabschnitt „Nord-Ost“ ist fertiggestellt und einschließlich Straßenbegleitgrün im Rahmen einer Übernahmebegehung im Juni 2022 an die Stadt Frankfurt am Main übergeben worden. Im zweiten Erschließungsabschnitt „Nord-Ost“ wurde die nördliche Angelika-Machinek-Straße als Baustraße hergestellt. Am 02.09.2020 wurde die Übernahme des Kanals bei der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) beantragt, die formale Bestätigung der SEF steht nach Fertigstellung der Oberflächen (Straßendeckschicht, Gehwege) an. Sie erfolgt in Abstimmung mit den benachbarten Hochbaumaßnahmen voraussichtlich Ende 2025. Nachdem der Eigentumsübergang an den Arrondierungsgrundstücken beiderseits der Stichstraße 6b im Erschließungsabschnitt „Nord-West“ auf das ASE im Grundbuch vollzogen ist, konnte die Übergabe dieses Erschließungsbauwerkes an die Stadt endlich vollständig abgeschlossen werden. Die Herstellungskosten sind mit den Anrainern abgerechnet und wurden von ihnen vertragsgemäß beglichen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der RPG hat sich gegenüber dem Vorjahr um 611 T€ auf 3,36 Mio. € reduziert. Dies resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Rückgang der liquiden Mittel um 594 T€ sowie aus dem Rückgang der Vorräte um 112 T€ aufgrund der Abrechnung von Erschließungs- und Bodenordnungsmaßnahmen. Auf der Passivseite betrifft der Rückgang das Eigenkapital (in Höhe des Jahresfehlbetrags) sowie die übrigen Verbindlichkeiten

(-384 T€). Die Gesellschaft weist zum Stichtag ein Eigenkapital von 2,18 Mio. € aus. Die Eigenkapitalquote beträgt 64,8 %.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse sind i. H. v. 305 T€ (Vj. 2,30 Mio. €) ausgewiesen. Der Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr größere Baumaßnahmen in Nord-Osten abgerechnet wurden. Im Geschäftsjahr 2022 konnten insbesondere Erlöse aus der Begleitung der B-Planänderung, aus der Abrechnung des Umlenkungsverfahrens sowie der Schlussrechnung der Stichstraße abgerechnet werden. Im Berichtszeitraum wird ein Jahresfehlbetrag von 257 T€ (Vj. -2,14 Mio. €) ausgewiesen. Das Finanzergebnis beläuft sich auf -4 T€ (Vj. -10 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Generalversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Rebstock Projektgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	0	1	-0	-52,1
Sachanlagen	0	1	-0	-52,1
Umlaufvermögen	3.361	3.972	-612	-15,4
Vorräte	978	1.090	-112	-10,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	101	7	94	1.372,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.282	2.876	-594	-20,6
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	1	294,0
Bilanzsumme	3.362	3.973	-611	-15,4
PASSIVA				
Eigenkapital	2.182	2.439	-257	-10,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	2.556	2.556	0	0,0
Kapitalrücklage	7.669	7.669	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	579	579	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-8.365	-6.227	-2.139	34,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-257	-2.139	1.881	-88,0
Rückstellungen	26	27	-1	-4,1
Verbindlichkeiten	1.155	1.507	-352	-23,4
Bilanzsumme	3.362	3.973	-611	-15,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	305	2.303	-1.997	-86,7
Bestandsänderung UE / FE	-112	-2.267	2.154	-95,0
Gesamtleistung	193	36	157	433,6
sonstige betriebliche Erträge	8	159	-151	-94,7
Materialaufwand	-160	-111	-49	44,5
Personalaufwand	-196	-193	-2	1,2
Abschreibungen	-0	-1.918	1.917	-100,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-99	-102	3	-2,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-253	-2.128	1.875	-88,1
Finanzergebnis	-4	-10	6	-61,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-257	-2.139	1.881	-88,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-0	0	-581,0
Ergebnis nach Steuern	-257	-2.139	1.881	-88,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-257	-2.139	1.881	-88,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-257	-2.139	1.881	-88,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2	2	0	0,0

1.13 Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Anschrift: Kaiserstraße 56 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/24 74 55 - 400	E-Mail/Internet: info@infofrankfurt.de www.frankfurt-tourismus.de
Gründung: 07.06.1995	Unternehmensgegenstand: Vermarktung der Segmente Tourismus und Kongresse, Vermittlung und Erbringung von touristischen Dienstleistungen im Incoming-Management sowie der Kartenvorverkauf für Dritte, Einführung und Betrieb von City Soft Frankfurt am Main, die Durchführung von Volks- und Stadtfesten, Erbringung von touristischen und werblichen Leistungen für Dritte.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 51.130 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda		
Aufsichtsrat:	10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Stephanie Wüst	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Gregor Amann	
	Frau Stv Beatrix Baumann	
	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Herr StR Mikael Horstmann	
	N.N.	
	N.N.1	
	Herr StR Christian Setzepfandt	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
	Frau Stv Tina Zapf-Rodriguez	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		
Beteiligungen: Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	Kapitalanteile: 5.200 € = 20,00 %	

A. Ausblick 2023

Nach den gegenwärtig vorliegenden Schätzungen wird die Corona-Pandemie im Jahr 2023 keine größeren Auswirkungen mehr auf die Tourismus- und Veranstaltungsbranche haben. In Frankfurt am Main gab es in den ersten beiden Monaten 2023 mit 771.986 (Vj. 355.895) Gästen (+117 %) und 1.413.300 (Vj. 682.368) Übernachtungen (+107,1 %) deutliche Steigerungen, die diese Entwicklung bestätigen. Davon waren 845.587 (+81,1,5 %) Übernachtungen von Gästen aus Deutschland. 567.713 Mal (+163,6 %) übernachteten Gäste aus dem Ausland (40,2 %, Vj. 31,6 %). Die Frankfurter Frühjahrs Dippemess konnte mit ca. 450.000 Gästen durchgeführt werden. Die Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main (TCF) begleitet die Ausrichtung der Feierlichkeiten

„Jubiläum 175 Jahre Nationalversammlung in der Paulskirche und Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung“ im Jahr 2023/2024 Mitte Mai 2023.

Nach den pandemiebedingt planungsunsicheren vergangenen beiden Jahren sind die Planungen für das kommende Jahr zwar wieder stabiler, aber gerade im Hinblick auf die Fernmärkte teilweise noch unter Vorbehalt. Grundsätzlich plant die TCF in Anlehnung an bisherige Prognosen der Deutschen Zentrale für Tourismus wieder die Rückkehr in alle für Frankfurt relevanten Quellmärkte. Beim Binnenmarketing wird das Thema Kunst und Kultur in den Mittelpunkt gestellt und die Stadt mit ihrer abwechslungsreichen Kulturlandschaft, den besonderen Ausstellungen und dem bundesweit einzigartigen Museumsufer

beworben. Das Frankfurt Convention Bureau (FCB) tritt im Wettbewerb erfolgreich mit anderen europäischen Destinationen auf. Im Mittelpunkt des Kongressmarketings steht die kontinuierliche Umsetzung der Wertkette Akquisition von Kongressen und Tagungen mit Angeboten von kundenspezifischen Dienstleistungen, flankiert durch spezifische PR- und Social-Media-Aktivitäten. Im Fokus der zukünftigen Tourismus- und Kongressentwicklung steht ein ökologischer, nachhaltiger und sozialverträglicher Tourismus, der einen entscheidenden Mehrwert für die gesamte Stadtentwicklung leistet. Dabei spielt Nachhaltigkeit insbesondere im Bewerbungsprozess für große Kongresse eine zentrale Rolle. Die TCF bedarf auf Grund der satzungsmäßigen Aufgabenstruktur der laufenden Verlustabdeckung durch die Gesellschafterin im Rahmen der im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel. Ein weiterhin bestehendes Risiko für den Tourismus allgemein sind die Auswirkungen des Krieges ausgelöst durch den Überfall Russlands auf die Ukraine seit dem 24.02.2022. Die TCF hat sich dafür entschieden, die Bearbeitung des russischen Marktes im Bereich Tourismus vollständig einzustellen. Durch die Auswirkungen des Krieges und insbesondere der energiepolitischen Sanktionen gegenüber Russland ist seit März 2022 die Inflationsrate sprunghaft angestiegen. Die hiervon besonders betroffenen und deutlich gestiegenen Energiekosten machen sich indirekt für die TCF bemerkbar: Die Anfahrtskosten vor allem der großen Standbetreiber auf den Volksfesten sowie deren Energiekosten vor Ort sind so gestiegen, dass die Standbetreiber Zusagen teilweise davon abhängig machen, wie weit der Standplatz in Frankfurt vom jeweils vorherigen Standplatz entfernt ist. Somit kann sich die Inflationsrate auch auf die Attraktivität der Volksfeste auswirken. Ein Risikoschwerpunkt der TCF liegt wie in den Vorjahren in der Ausgestaltung und Verfeinerung der Sicherheitskonzepte der Veranstaltungen. Insbesondere die großen Veranstaltungen wie Museumsuferfest und Weihnachtsmarkt sind finanziell stark betroffen von verstärkten Sicherheitsmaßnahmen. Dies könnte in Kombination mit der erhöhten Inflationsrate zu

erheblichen Kostensteigerungen führen. Seitens der Ordnungs- und Sicherheitsbehörden wurden weiterhin Bedenken gegen den Einsatz der bisher regelmäßig für Veranstaltungen genutzten Betonsperren geäußert. Es besteht das Risiko, diese für zukünftige Veranstaltungen nicht mehr in dem bisherigen Ausmaß einsetzen zu dürfen. Zur diesjährigen Durchführung des Weihnachtsmarktes in Birmingham steht die TCF bereits in Verhandlung. Eine erhebliche Chance für die Folgejahre ist grundsätzlich eine geplante Anpassung des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) durch das Land Hessen. Es ist beabsichtigt, den bestehenden Tourismusbeitrag, der aktuell auf Übernachtungen Privatreisender erhoben wird, auf Geschäftsreisende auszuweiten. Inwieweit die TCF durch eine solche Ausweitung des Tourismusbeitrags profitieren könnte, liegt an den zukünftigen Zuweisungen der Gesellschafterin Stadt Frankfurt am Main und ist aktuell nicht absehbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Bis Pandemiebeginn erzielte Frankfurt am Main Jahr um Jahr bessere Ergebnisse bei den Gäste- und Übernachtungszahlen. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung in den Jahren 2020 und 2021 gestoppt. Ab dem 20.03.2022 entfielen fast alle Schutzmaßnahmen, Veranstaltungen und Reisen nahmen wieder zu. 2022 hatte Frankfurt 4,7 Mio. Gäste mit 8,6 Mio. Übernachtungen. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dieses Ergebnis einer Steigerung von 122,3 % bei den Übernachtungen (-20,3 % im Vergleich zu 2019) und einer Steigerung von 105,4 % bei den Übernachtungsgästen (-23,3 % im Vergleich zu 2019). Im Binnenmarkt stieg die Zahl der Gäste auf 3,2 Mio. (+107,5 % gegenüber dem Vorjahr), die Übernachtungen nahmen auf knapp 5,4 Mio. zu (+88,2 % gegenüber dem Vorjahr, -10,7 % verglichen mit 2019). Bei den 3,2 Mio. Übernachtungen ausländischer Besucher:innen wurde ein Plus von 1,9 Mio. verzeichnet (+143,1 % gegenüber dem Vorjahr, -32,5 % gegenüber 2019). Die Zahl der ausländischen Gäste wuchs auf 1,6 Mio. (+158,9 %). Das Bettenangebot stieg 2022 von 55.702 Betten auf 60.413 Betten in

278 Betrieben. Die Bettenauslastung lag bei 39 % (Vj. 20,6 %). Die Verweildauer sank dagegen auf 1,81 Tage (Vj. 1,96 Tage). Im Bereich Zimmerreservierung sind die Umsatzerlöse mit Einsetzen vermehrter Reisen gestiegen (176 T€, Vj. 105 T€). Die reinen Provisionserlöse sind in diesem Posten mittlerweile unbedeutend. Durch die Verlagerung des Schwerpunkts aus dem reinen Vermittlungsgeschäft in die verstärkte Vermarktung der Partner und dem Angebot an Serviceleistungen überstiegen im Jahr 2022 die konstanten Jahresmarketingbeträge die Provisionserlöse. Im Kernbereich Tourismus- und Kongressmarketing wurden Umsatzerlöse von 709 T€ (Vj. 572 T€) erzielt. Die Anzeigenverkäufe und die Erlöse aus Kooperationen mit Partnern sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken, was auf Sondereffekte des Jahres 2021 (Barrierefreie Pilger-App), den Wegfall der Abrechnung von Dienstleistungen mit den Magic Cities sowie verringerte Abrechnungen mit dem Netzwerk Tourismus und der Destination FrankfurtRheinMain zurückgeht. Einige Fachmessen und Workshops wurden digital durchgeführt, so dass die Kooperationserlöse für Standbeteiligungen im Vergleich zu den Jahren vor der Pandemie insgesamt geringer ausgefallen sind. Die Umsatzerlöse aus Gästeführungen, Souvenirverkauf, Verkauf von Frankfurt Card und RheinMainCard sowie Weekends sind durch die Öffnung der Beherbergungsbetriebe und der touristischen Institutionen wieder deutlich angestiegen. Die Gästeführungen haben im Jahr 2022 einen deutlichen Zuwachs erlebt. Es wurden Umsatzerlöse von 352 T€ (Vj. 210 T€) bei Aufwendungen von 102 T€ (Vj. 86 T€) erzielt. In den Pandemie Jahren konnten die Gästeführungen teilweise nur mit Beschränkungen der Gruppengrößen und Kontaktbeschränkungen stattfinden. Diese Beschränkungen sind weggefallen. Auch wenn die Nachfrage nach öffentlichen Führungen noch unter dem Niveau von 2019 liegen, sind die Führungen für Gruppen stark angestiegen. Im Geschäftsjahr 2022 konnten alle geplanten Volksfeste und Veranstaltungen stattfinden. Die Umsatzerlöse bei den Volksfesten beliefen sich insgesamt auf 3,40 Mio. € (Vj. 1,28 Mio. €), die Materialaufwendungen auf 3,54 Mio. € (Vj.

1,62 Mio. €). Insbesondere die Kosten des Museumsuferfestes stiegen stark an, bedingt durch Lieferengpässe, Inflation und Sicherheitsauflagen. Beim Empfang der SG Eintracht Frankfurt nach dem Gewinn der UEFA Europa League 2022 auf dem Römerberg war die TCF Veranstalterin für den öffentlichen Raum.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 1,55 Mio. € auf 5,43 Mio. € (Vj. 3,88 Mio. €) erhöht. Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen auf 331 T€ reduziert (Vj. 364 T€). Das Umlaufvermögen ist auf 5,05 Mio. € gestiegen (Vj. 3,49 Mio. €), vor allem Forderungen gegen die Gesellschafterin (3,04 Mio. €, Vj. 2,85 Mio. €) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (389 T€, Vj. 309 T€) sowie flüssige Mittel (1,45 Mio. €, Vj. 236 T€) und sonstige Vermögensgegenstände (130 T€, Vj. 49 T€) nahmen zu. Auf der Passivseite stieg das Eigenkapital um 608 T€ auf 1,98 Mio. € (Vj. 1,38 Mio. €). Die Rückstellungen nahmen auf 1,24 Mio. € (Vj. 737 T€) zu, vornehmlich für noch ausstehende Rechnungen des Weihnachtsmarktes 2022. Die Verbindlichkeiten stiegen auf 2,05 Mio. € (Vj. 1,70 Mio. T€), vor allem aufgrund der wieder verstärkten Marketingmaßnahmen sowie der Durchführung des Frankfurter Weihnachtsmarktes gegen Ende des Jahres.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 5,06 Mio. € (Vj. -4,51 Mio. €) ab. Die Umsatzerlöse stiegen um 3,71 Mio. € und betrugen 5,89 Mio. € (Vj. 2,18 Mio. €). Dies ist auf den Wegfall der Kontakt- und Zugangsbeschränkungen seit Ende März 2022 und das Wiederanlaufen des öffentlichen Lebens zurückzuführen. In allen Bereichen außer in den Umsatzerlösen aus Anzeigen und Kooperationen kam es zu einer Steigerung der Umsatzerlöse. Die größte Steigerung der Umsatzerlöse erfolgte im Bereich der Volksfeste und Veranstaltungen, da erstmals seit zwei Jahren wieder alle Feste und Veranstaltungen ohne Einschränkungen stattfinden konnten. Durch das vermehrte touristische

Aufkommen in der Innenstadt wurde der Verkauf von Frankfurt Cards, Erlebnisbausteinen und Weekends/ Pauschalen sowie die Teilnehmerzahl an Gästeführungen, sowohl öffentlich als auch für Gruppen, deutlich gesteigert. Durch die Durchführung der Feierlichkeiten und des Empfangs auf dem Römerberg anlässlich des Gewinns der UEFA Europa League 2022 der SG Eintracht Frankfurt wurden durch Kostenübernahme seitens der Stadt Frankfurt und durch eine Beteiligung der SG Eintracht Frankfurt Umsatzerlöse i. H. v. 1,25 Mio. € generiert, denen entsprechende Aufwendungen entgegenstehen. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um 46 T€ auf 535 T€. Dies resultiert hauptsächlich aus weiterberechneten Mitteln an Partner des Frankfurt-Standes der 2022 wieder stattgefundenen Kongressmesse IMEX Frankfurt. Der Materialaufwand stieg stark um 3,44 Mio. € auf 6,29 Mio. € (Vj. 2,85 Mio. €). Den größten Anteil an den höheren Kosten hat der Bereich der Volksfeste und Veranstaltungen, deren Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr von 1,62 Mio. € um 1,92 Mio. € auf 3,54 Mio. € angestiegen sind, da alle zuvor in der Pandemie entfallenen Volksfeste und Veranstaltungen stattfanden. Insgesamt kam es aber auch zu einer erheblichen Steigerung aller erworbenen Dienstleistungen im Zuge des Inflationsanstiegs und einer Ausweitung der Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere beim Museumsuferfest 2022. Die Aufwendungen im Marketing sind aufgrund der erhöhten Aktivitäten und der wieder verstärkten Teilnahme an Messen und Workshops gestiegen. Der Personalaufwand lag mit 3,64 Mio. € um 639 T€ höher als im Vorjahr (3,00 Mio. €), denn im Berichtsjahr 2022 gab es keine Kurzarbeit mehr. Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 6 T€ auf 100 T€ gesunken, da auch nach Wegfall der Pandemiebeschränkungen zunächst noch vorsichtig investiert wurde. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 1,43 Mio. € (Vj. 1,20 Mio. €). Die Steigerung resultiert aus inflationsbedingten Kostensteigerungen, der wieder gestiegenen

betrieblichen Tätigkeit nach Aufhebung der Beschränkungen der Corona-Pandemie und einem höheren Aufwand für regionale Tätigkeiten im Netzwerk Tourismus und der Destination Frankfurt RheinMain sowie aus Aufwendungen des Kongressfördertopfes.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 6,19 Mio. € sowie Reste i. H. v. 158 T€ zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 5,67 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 175 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK fanden die Wirtschaftsplan-gespräche am 25.11.2021 für das Planjahr 2022 statt und am 24.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 05.06.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	331	364	-33	-9,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	41	19	23	119,9
Sachanlagen	290	345	-56	-16,1
Finanzanlagen	0	0	0	0,0
Umlaufvermögen	5.051	3.493	1.558	44,6
Vorräte	37	48	-11	-23,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.560	3.209	351	10,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.454	236	1.218	516,5
Rechnungsabgrenzungsposten	48	24	24	100,3
Bilanzsumme	5.430	3.881	1.549	39,9
PASSIVA				
Eigenkapital	1.984	1.376	608	44,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	51	51	0	0,0
Kapitalrücklage	6.990	5.836	1.154	19,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-5.057	-4.511	-546	12,1
Rückstellungen	1.243	737	506	68,7
Verbindlichkeiten	2.053	1.698	355	20,9
Rechnungsabgrenzungsposten	150	70	80	114,9
Bilanzsumme	5.430	3.881	1.549	39,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.890	2.177	3.713	170,5
Gesamtleistung	5.890	2.177	3.713	170,5
sonstige betriebliche Erträge	535	489	46	9,3
Materialaufwand	-6.293	-2.854	-3.439	120,5
Personalaufwand	-3.644	-3.005	-639	21,3
Abschreibungen	-100	-106	6	-5,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.430	-1.200	-230	19,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-5.042	-4.498	-544	12,1
Finanzergebnis	-12	-11	-1	10,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-5.054	-4.509	-545	12,1
Ergebnis nach Steuern	-5.054	-4.509	-545	12,1
Sonstige Steuern	-3	-2	-1	67,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-5.057	-4.511	-546	12,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-5.057	-4.511	-546	12,1
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	72	66	6	9,1
Anzahl der Messeauftritte	32	20	12	60,0
Anzahl der Stadtrundfahrten und -rundgänge	1.362	662	700	105,7
Anzahl der Kundenkontakte in den Touristinfos	313.830	203.011	110.819	54,6
Anzahl der durchgeführten Feste	19	4	15	375,0
Anzahl der vermittelten Übernachtungen	6.608	2.710	3.898	143,8

1.14 Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 126-128 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 62 09	E-Mail/Internet: info@frankfurt-business.net www.frankfurt-business.net
Gründung: 27.04.1987	Unternehmensgegenstand: Förderung aller Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft der Stadt Frankfurt am Main dienen. Die Gesellschaft soll insbesondere im In- und Ausland für die Neuansiedlung von Unternehmen werben und bereits in der Stadt Frankfurt am Main ansässige Unternehmen zur Sicherung ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraten.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Oliver Schwebel		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr Stv Gregor Amann Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Ina Hauck Herr StR Claus Möbius Herr Stv Uwe Paulsen Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		
Beteiligungen: Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH	Kapitalanteile: 27.500 € = 100,00 %	

A. Ausblick 2023

Unverändert stehen auch im Jahr 2023 die Services für ansässige Unternehmen sowie Investierende, Startups und Existenzgründer:innen im Fokus der Aktivitäten.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Jahr 2022 ist die Gesellschaft davon ausgegangen, dass wesentliche Projekte, insbesondere die Immobilienmessen, das Frankfurter Gründerzentrum, der Frankfurter Gründerfonds und das Standortmanagement für Gewerbegebiete sowie der Masterplan Industrie fortgeführt werden. Bei Fortführung der im Berichtsjahr wesentlichen Projekte sind rd. 69 % des regulären Projektkostenbudgets gebunden. Im Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 konnte mangels Budget das Projekt „Frankfurt Fashion Week“ nicht mehr berücksichtigt werden. Zudem wirkt sich die von der Gesellschafterin gewünschte Verstetigung der Gehälter analog zum öffentlichen

Dienst in steigenden Personalkosten aus, zu Lasten des für Wirtschaftsförderungsprojekte verfügbaren Projektbudgets. Der Wirtschaftsplan 2023 sieht einen Gesellschafterzuschuss von 5,90 Mio. € vor bei einem geplanten Jahresfehlbetrag von 7,34 Mio. €. Die Differenz ist aus vorhandenen Rücklagen zu decken.

Der städtische Haushalt sieht in der mittelfristigen Finanzplanung auch in den Jahren 2024 ff. einen gleichbleibenden Zuschuss zur Verlustdeckung in Höhe von 5,90 Mio. € vor. Angesichts der zu erwartenden Personalkostensteigerung über Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst und inflationär bedingt steigender Kosten stellt die stagnierende Mittelausstattung von Seiten der Gesellschafterin die Gesellschaft vor enorme Herausforderungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Jahr 2022 wurden 1.175 Unternehmensfälle gezählt (Vj. 2.397). Acht Unternehmen wurden mit aktiver Unterstützung durch die Gesellschaft in Frankfurt angesiedelt (Vj. neun). 49 Immobilienanfragen aus dem Ausland und 204 aus dem Inland wurden bearbeitet. Die Gesellschaft präsentierte den Standort Frankfurt am Main auf zwei Messen und war Gastgeberin für 14 Delegationen.

Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr (weiter-)verfolgt:

- Erprobung eines House of Creativity and Innovation (HOCI)
- Ansiedlung des ISSB International Sustainability Standards Board
- Frankfurt Fashion Week
- Erstberatungsangebot Elektromobilität für Frankfurter Unternehmen
- Standortmanagement Nieder-Eschbach
- Bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende: Machbarkeitsstudie

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 277 T€ auf 4,52 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite sind die Forderungen gegen die Gesellschafterin um 96 T€ auf 780 T€ (davon rund 681 T€ Stadtkassenkonto) gesunken, wohingegen die liquiden Mittel um 472 T€ auf 2,84 Mio. € gestiegen sind.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 610 T€ auf 3,06 Mio. € erhöht. Ursächlich dafür ist im Wesentlichen die Aufstockung der Kapitalrücklage für den Frankfurter Gründerfonds.

Der Finanzmittelfonds hat sich um rd. 377 T€ auf 3,62 Mio. € erhöht. Der negative Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (-6,41 Mio. €) sowie aus Investitionstätigkeit (rd. -14 T€) wurden durch die unterjährigen Kapitaleinlagen der Stadt Frankfurt am Main (6,80 Mio. €) vollständig gedeckt.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 6,19 Mio. € (Vj. -6,38 Mio. €). Die Verringerung des Jahresfehlbetrages gegenüber dem Vorjahr

beruht im Wesentlichen auf dem deutlichen Anstieg der Umsatzerlöse um 2,25 Mio. € auf 3,33 Mio. € (Vj. 1,09 Mio. €). Ursächlich dafür ist zum einen, dass erstmals seit der pandemiebedingten Unterbrechung wieder beide Immobilienmessen realisiert wurden, demgegenüber im Vorjahr lediglich die „ExpoReal“ im kleineren Format. Zum anderen wurden im Berichtsjahr erstmalig signifikante Erlöse aufgrund der Realisierung der „Frankfurt Fashion Week“ generiert. Ein weiterer Umsatzerlös ungeplant und mit Einmalcharakter stammt aus einer Kostenerstattung für den temporären Betrieb des „HOCI“ in der Immobilie „Bethmannhof“, was aus den städtischen Mitteln „Zukunft Innenstadt“ gefördert wurde. Die Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 2,05 Mio. € auf 5,76 Mio. € (Vj. 3,71 Mio. €) ist insbesondere auf die Freigabe zusätzlicher Zuschussmittel über Etatanträge im Umfang von 1,02 Mio. € im Zuge der Genehmigung des Städtischen Haushaltes zurückzuführen. Im Vergleich zum Vorjahr (3,75 Mio. €) ist der Personalaufwand im Berichtsjahr annähernd auf dem gleichen Niveau geblieben (3,74 Mio. €). Die Projektaufwendungen (4,73 Mio. €) konnten im Verhältnis zu den Projekterträgen (3,34 Mio. €) zu 70,7 % durch Kostenumlagen an Dritte finanziert werden (Vj. 39,3 %).

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 7,04 Mio. € sowie Reste von 455 T€ zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Einzahlungen in die Kapitalrücklage von 6,80 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und der Beirat. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers 183 T€. Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten keine Vergütung.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass

die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 28.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 18.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 03.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	150	181	-31	-17,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	0	7	-
Sachanlagen	115	153	-38	-24,9
Finanzanlagen	28	28	0	0,0
Umlaufvermögen	4.057	3.645	412	11,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.216	1.276	-60	-4,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.841	2.369	472	19,9
Rechnungsabgrenzungsposten	308	413	-104	-25,3
Bilanzsumme	4.515	4.238	277	6,5
PASSIVA				
Eigenkapital	3.055	2.444	610	25,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	9.218	8.800	419	4,8
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6.190	-6.381	192	-3,0
Rückstellungen	967	879	88	10,0
Verbindlichkeiten	493	375	118	31,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1	540	-539	-99,7
Bilanzsumme	4.515	4.238	277	6,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.331	1.085	2.246	206,9
Gesamtleistung	3.331	1.085	2.246	206,9
sonstige betriebliche Erträge	48	63	-14	-23,0
Personalaufwand	-3.742	-3.751	9	-0,2
Abschreibungen	-48	-58	10	-17,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.756	-3.705	-2.052	55,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-6.166	-6.365	199	-3,1
Finanzergebnis	-23	-16	-7	45,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-6.190	-6.381	192	-3,0
Ergebnis nach Steuern	-6.190	-6.381	192	-3,0
Sonstige Steuern	-0	0	-0	-266,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6.190	-6.381	192	-3,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6.190	-6.381	192	-3,0
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-6.381	-6.606	225	-3,4
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	6.381	6.606	-225	-3,4
Bilanzergebnis	-6.190	-6.381	192	-3,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	47	50	-3	-6,0
Zahl der Neuansiedlungen (durch Vermittlung Wifö)	8	9	-1	-11,1
Begleitete Firmenfälle/- beratungen gesamt	1.175	2.397	-1.222	-51,0
davon Existenzgründungen	12	108	-96	-88,9
Anteil Drittfinanzierung der Projekte (in %)	71	39	31	79,9

1.14.1 Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 521 60386 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 19-78-0	E-Mail/Internet: info@kompassfrankfurt.de <u>www.kompassfrankfurt.de</u>
Gründung: 25.05.2000	Unternehmensgegenstand: Die Qualifizierung und Bildung von Arbeitslosen und/oder von Arbeitslosigkeit Be-drohten zur beruflichen Selbständigkeit besonders im Dienstleistungssektor als Alternative zur Arbeitslosigkeit.	
Gesellschafter: Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development GmbH		Kapitalanteile: 27.500 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Ellen Bommersheim		

A. Ausblick 2023

Im Jahr 2023 liegt der Fokus weiterhin auf der verstärkten Bündelung der städtischen Gründungsaktivitäten und der Verstärkung innovativer Förderangebote sowie auf der Akquise von EU-, Bundes- und Landesmitteln. Letzteres setzt voraus, dass bei Zuschlag auch Mittel aus dem städtischen Co-Finanzierungspool bereitgestellt werden. Des Weiteren setzt sich die Kompass-Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main-gemeinnützige GmbH (Kompass gGmbH) dafür ein, auf städtischer Ebene ein Wirkungsmanagement-System einzuführen und alle Aktivitäten darauf auszurichten, dass diese zu einer (messbaren) positiven Wirkung auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt beitragen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development GmbH (Wifö) hat zum 01.01.2018 die Anteile an der Kompass gGmbH komplett übernommen. In 2022 beriet die Kompass gGmbH 506 Start-ups und Unternehmen (Vj. 792). 60 starteten in die Selbständigkeit. Mehr als 157 Frankfurter Kleinstbetriebe & Selbständige konnten durch das neue JP Morgan Foundation Digitalisierungsprogramm #gemeinsamdeins erfolgreich begleitet werden. In den Jahren 2000 bis 2022 betrug die Gesamtzahl der beratenen Personen 28.673. Davon wurden 6.109 Personen in die Gründung geführt.

Folgende wesentliche Projekte wurden im Berichtsjahr durchgeführt:

- #gemeinsamdeins - enabling future digital Business
- Gründerwerkstatt – Geflüchtete unternehmen etwas

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 76 T€ auf 1,01 Mio. € verringert. Auf der Aktivseite sind die Vorräte um 18 T€ auf 18 T€ gestiegen und die flüssigen Mittel um 103 T€ auf 932 T€ gesunken. Passivisch ist das Eigenkapital um den Jahresfehlbetrag von 4 T€ auf 685 T€ gesunken. Die Eigenkapitalquote beträgt 68%. Die Verbindlichkeiten haben sich um 54 T€ auf 77 T€ verringert.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 4 T€ (Vj. Jahresüberschuss 116 T€). Die Verringerung der Umsatzerlöse resultiert im Wesentlichen aus den gesunkenen Projekterlösen. Die Projekterlöse setzen sich zusammen aus dem Beratungsprojekt mit der JP Morgan Foundation (174 T€; Vj. 219 T€), den Projekten mit der FRAP Agentur gGmbH (286 T€; Vj. 282 T€) und den Projekten mit der GIZ (174 T€; Vj. 334 T€).

Die durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten betrug im Berichtsjahr zehn (Vj. neun).

Der Personalaufwand in Höhe von 519 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr um 46 T€ verringert. Ur-

sächlich hierfür ist das geringere Auftragsvolumen, wodurch Überstunden abgebaut werden konnten. Der Materialaufwand besteht aus Aufwendungen für bezogene Leistungen für Referentenhonorare. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 45 T€ auf 226 T€ beruht auf höheren EDV-Kosten, Instandhaltungsaufwendungen und Fortbildungskosten.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge der Geschäftsführerin 72 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand statt am 21.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 08.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 26.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	12	16	-4	-26,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	4	2	2	96,7
Sachanlagen	8	14	-6	-44,9
Umlaufvermögen	994	1.065	-71	-6,7
Vorräte	18	-	18	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44	30	13	43,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	932	1.035	-103	-10,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	0	0,0
Bilanzsumme	1.007	1.082	-76	-7,0
PASSIVA				
Eigenkapital	685	689	-4	-0,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	28	28	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	546	546	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	116	0	116	568.761,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4	116	-119	-103,3
Rückstellungen	78	106	-28	-26,0
Verbindlichkeiten	77	131	-54	-41,5
Rechnungsabgrenzungsposten	166	156	10	6,4
Bilanzsumme	1.007	1.082	-76	-7,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	817	1.042	-225	-21,6
Bestandsänderung UE / FE	16	0	16	-
Gesamtleistung	833	1.042	-209	-20,0
sonstige betriebliche Erträge	21	10	10	100,1
Materialaufwand	-96	-145	48	-33,4
Personalaufwand	-519	-565	46	-8,1
Abschreibungen	-11	-43	32	-75,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-226	-181	-45	24,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2	119	-117	-98,7
Finanzergebnis	1	0	1	-
Ergebnis vor Steuern (EBT)	2	119	-116	-98,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-6	-3	-3	97,5
Ergebnis nach Steuern	-4	116	-119	-103,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4	116	-119	-103,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4	116	-119	-103,3
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	10	9	1	11,1
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen	506	792	-286	-36,1
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	60	78	-18	-23,1
Zahl der beratenen Gründer:innen und Unternehmen seit 200	28.673	28.167	506	1,8
davon erfolgreich gestartete Existenzgründungen	6.109	6.049	60	1,0

2.1 FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH und Konzern

Anschrift: Weidenbornstraße 40 60389 Frankfurt am Main	Telefon: 08 00/2 00 80 07-0	E-Mail/Internet: services@fes-frankfurt.de www.fes-frankfurt.de
Gründung: 03.07.1995	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt- und sonstigen Flächenreinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main REMONDIS GmbH & Co KG - Region Süd, München	Kapitalanteile: 5.151.000 € = 51,00 % 4.949.000 € = 49,00 % 10.100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dirk Remmert Herr Benjamin Scheffler		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	16 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Dr. Julian Langner Herr Stv Roger Podstatny Herr Stv Thomas Schlimme Frau Bettina Brauburger (AN) Frau Katrin Büttner-Hoppe (AN) Herr Thomas Conzendorf Frau Cornelia Dörries (AN) Herr Thomas Drewer Herr Oliver Dziuba (AN) Herr Stv Abdenassar Gannoukh (AN) Herr Michael Gremm (AN) Herr Sevkett Ölcek (AN) Herr Siegfried Rehberger Herr Marcel Reisch (AN) Herr Christian Tauchmann	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
25,00 %	25,00 %	30,00 %
Beteiligungen: FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG, Frankfurt am Main RMB Rhein-Main Biokompost GmbH, Frankfurt am Main FES Abfallmanagement- und Service GmbH, Frankfurt am Main FES Wohnen und Leben GmbH FFR GmbH, Frankfurt am Main RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH TRAPP Handelsgesellschaft mbH		Kapitalanteile: 1.200.000 € = 100,00 % 51.129 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 % 50.000 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 % 12.500 € = 50,00 %

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft ist grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Entsorgungsmarkt ausgesetzt. Allerdings kann sie auch im Einzelfall an sich daraus ergebenden Chancen teilhaben. So lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht hinreichend bestimmen, welche Auswirkungen die neue Gewerbeabfallverordnung auf die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen haben wird. Um die vom Gesetzgeber vorgegebene Getrennthaltungsquote von 90 % zu realisieren, wird es großer Anstrengungen beim Vollzug der Verordnung bedürfen. Auch fehlen bei der Entsorgung vor allem bei kleineren Gewerbebetrieben in vielen Fällen die technischen Voraussetzungen zur Bilanzierung der erfassten Abfallströme. Preisänderungsrisiken bestehen bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen und Strom sowie bei Abfallverwertungsleistungen. Hier unterliegt die Gesellschaft der allgemeinen Marktentwicklung und den Einflüssen der Gesetzgebung. Die Gesellschaft und der Konzern erzielen einen großen Teil der Umsatzerlöse aus langfristig angelegten Geschäftsbeziehungen mit den Gesellschaftern der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES). Mit dem Abschluss neuer Leistungsverträge über Abfallentsorgung und Stadtreinigung ab dem Jahr 2021 mit der Stadt ist ein maßgeblicher Teil der Beschäftigung der Gesellschaft langfristig gesichert. Auch der Entsorgungsvertrag mit der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA) ist noch für mehrere Jahre fest abgeschlossen. Der Konsortialvertrag zwischen den beiden Gesellschaftern von der FES, der im Rahmen der Neuvergabe des 49%-Anteils an der FES im Jahr 2020 abgeschlossen wurde, beinhaltet ein Konzept, das u. a. zahlreiche Einzelmaßnahmen umfasst, um die Gesellschaft zukunftsfähig aufzustellen. So soll die FES eine führende Position in der Entsorgungsbranche bei der Digitalisierung anstreben, die Schadstoff- und Lärmemissionen des Fuhr- und Geräteparks weiter reduzieren und zum Vorreiter bei der nachhaltigen Beschaffung werden. Zur Organisation der Umsetzung dieser Anforderungen wurde eine zusätzliche Organisationseinheit

geschaffen. Außerdem wurden die Personalkapazitäten für IT und Projektmanagement aufgestockt. Mit weiteren Kosten muss bei Umsetzung der Maßnahmen selbst bzw. als deren Folge gerechnet werden. Die Gesellschaft nutzt ein formalisiertes Risikomanagementsystem zur systematischen Erfassung von Risiken und Chancen. Zu diesem Zweck werden regelmäßige Risikoinventuren durchgeführt und die Ergebnisse zu Risikoberichten zusammengefasst. Die TOP-5-Risiken für 2023 betreffen die Entwicklung der Marktpreise für Sekundärrohstoffe, den Fachkräftemangel, den Mangel an zusätzlich verfügbaren Betriebsflächen sowie den Verlust bzw. die Manipulation von Datenbeständen. Die Dauer und die globalen ökonomischen und politischen Folgen des Ukrainekriegs sind aktuell nicht abschätzbar. Die Gesellschaft erwartet auf absehbare Zeit erhöhte Preise, z. B. für Treibstoffe, Abfallbehälter und Fahrzeuge, und damit erhöhte Aufwendungen bei der Leistungserbringung. Außerdem muss bei einzelnen Warengruppen, vor allem bei Fahrzeugen, weiterhin mit ungewöhnlich langen Lieferfristen gerechnet werden.

Die Gesellschaft und der Konzern wollen in den kommenden Jahren ihre führende Position in der Rhein-Main-Region bei kommunalen und gewerblichen Entsorgungs- und Flächenreinigungsdienstleistungen behaupten. Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von rd. 26 Mio. € und Umsätze von rd. 252 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von rd. 29 Mio. € vorgesehen. Die größten Einzelposten betreffen Ersatzinvestitionen in den Fuhrpark, die Modernisierung von Abfallbehandlungsanlagen und IT-Projekte.

Der konsolidierte Wirtschaftsplan 2023 für den Konzern sieht einen Jahresüberschuss von rd. 26 Mio. € und Umsätze von rd. 278 Mio. € vor. Für Investitionen sind 2023 Mittel von insgesamt rd. 35 Mio. € eingeplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Die Bedeutung der Abfallwirtschaft für die Erreichung der auf internationaler und nationaler Ebene gesetzten Klimaziele und für die Umstellung auf nachhaltiges Wirtschaften findet inzwischen allge-

meine Anerkennung. Die Bereitstellung von Sekundärrohstoffen aus dem Abfallstrom, die Produktion von Strom und Wärme bei der thermischen Abfallbehandlung und die energetische Nutzung von Biomasse tragen zum Klimaschutz und zur Schonung von natürlichen Ressourcen bei. Für die Entsorgungsbranche wurde auch das Geschäftsjahr 2022 von einem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Ebenso setzte sich der Trend zur Konzentration fort. Die Auslastung der Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe war nach wie vor hoch. Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, insbesondere der Anstieg der Energiepreise, die anhaltenden Störungen der globalen Lieferketten und die damit einhergehende Verknappung von Rohstoffen und Produkten, die noch nicht überwundene Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch die Corona-Pandemie und die im Jahresverlauf stark steigende allgemeine Teuerung wirkten sich auch auf den Entsorgungsmarkt aus. So stiegen die Beschaffungskosten, z. B. für Kraftstoffe und Abfallsammelbehälter, und die Lieferfristen, vor allem für Nutzfahrzeuge. Zahlreiche Entsorgungsunternehmen versuchten, den Anstieg der Kosten über Preiserhöhungen an ihre Kunden weiterzugeben. Die Marktpreise und damit die Erlöse für Sekundärrohstoffe wie Altpapier, Altmetall und Altholz bewegten sich bis zur Jahresmitte 2022 langfristig betrachtet auf einem sehr hohen Niveau, um dann in der zweiten Jahreshälfte, vor allem bei Altpapier als Folge einer rückläufigen Nachfrage seitens der Papierindustrie, deutlich zu sinken. Die allgemeine Entwicklung des Entsorgungsmarktes und der Realwirtschaft hat sich auch auf das Rhein-Main-Gebiet ausgewirkt. Der Preiswettbewerb bei Entsorgungs- und Reinigungsleistungen hält ungebrochen an. Insgesamt hat die FES-Gruppe im abgelaufenen Geschäftsjahr 2022 ihre führende Marktposition in der Region behaupten können. Die Corona-Pandemie hatte auch 2022 weder auf den Konzern noch auf die Gesellschaft spürbaren negativen Einfluss. Insbesondere gab es keinerlei pandemiebedingte negative Auswirkungen auf die Leistungserbringung. Der Ukrainekrieg dürfte dafür verantwortlich sein, dass trotz deutlich geringerer Corona-

Beschränkungen für das öffentliche Leben und zahlreiche Gewerbebetriebe die für 2022 erwartete Wiederbelebung der Konjunktur auch in der Entsorgungsbranche weitgehend ausblieb. Insbesondere die Kundenaufträge in der Großbehälterabfuhr blieben unter dem Niveau der Vor-Corona-Jahre. Dadurch kam es jedoch nicht zu einer Unterbeschäftigung oder zu Kurzarbeit.

Angesichts der sich abzeichnenden Verknappung von Energie und der davon ausgehenden Risiken für die Stabilität der Stromversorgung in Deutschland hat die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahres Maßnahmen vorangetrieben, um auch im Falle eines zeitlich begrenzten Ausfalls der Stromversorgung ihre Dienstleistungen erbringen zu können. Hierzu zählen Schwachstellenanalysen, der Test von bereits vorhandenen Notstromaggregaten und die Beschaffung von weiteren Notstromaggregaten. Im Laufe des Geschäftsjahres traten diverse neue bzw. geänderte Gesetze und Verordnungen in Kraft, die für die Abfallwirtschaft relevant sind. Hierzu zählen die Novelle des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes, die u. a. eine Ausweitung der verpflichtenden Rücknahme von Altgeräten durch den Einzelhandel vorsieht, Änderungen des Verpackungsgesetzes, die z. B. die Registrierung von Unternehmen im Verpackungsregister Lucid betreffen, und die Novelle des Batteriegesetzes, die vorgibt, dass nur noch von der Stiftung Elektro-Altgeräte Register (ear) zugelassene Rücknahme-Systeme am Markt agieren dürfen. Wesentliche Impulse für die Kreislaufwirtschaft in Deutschland werden von den neuen Regelungen voraussichtlich nicht ausgehen.

Im Sommer 2022 wurde der Rechenzentrumsbetreiber, der das SAP-System von FES hostet, Opfer einer Cyberattacke. Da FES sofort nach dem Bekanntwerden dieses Sicherheitsvorfalls das eigene IT-Netzwerk von dem System des Rechenzentrumsbetreibers getrennt hat, konnte eine Kompromittierung der IT-Systeme und Datenbestände von FES verhindert werden. Gleichwohl mussten die Gesellschaften der FES-Gruppe zweieinhalb Wochen ohne Zugriff auf SAP arbeiten. Trotzdem gelang es, alle Dienstleistungen ohne nennenswerte Beeinträchtigungen für die Kunden zu erbringen.

Im Berichtsjahr wurden ein Strategieprojekt gestartet sowie die Digitalisierung der Geschäftsprozesse und das neue Geschäftsfeld „Zero Waste“ weiter vorangetrieben.

Im Frankfurter Stadtgebiet wurden von der FES im Jahr 2022 insgesamt rd. 149.500 t Restabfälle aus Haushalten und Gewerbe (Vj. 155.800 t) gesammelt. Die Abfallmenge an Papier, Pappe und Kartonnagen (PPK) aus Haushalten und Gewerbe sank im Konzern auf insgesamt rd. 65.100 t (Vj. 67.200 t). Die von der FES gesammelte PPK-Menge aus Frankfurter Haushalten sank gegenüber dem Vorjahr um 9,6 % (Vj. -2,2 %), dabei blieb das Volumen in etwa unverändert, da sich die Zusammensetzung des Inhalts der PPK-Tonnen verschiebt; weg von Deinking (Zeitungen, Zeitschriften, Werbebeilagen usw.) hin zu Kartonnagen aus dem Versandhandel (Pakete, Päckchen usw.). Die Menge der organischen Abfälle ist auf rd. 69.600 t (Vj. 80.600 t) gesunken. Die Menge der separat gesammelten Bioabfälle aus Frankfurter Haushalten nahm auf rd. 25.900 (Vj. 30.400 t) ab. Wesentliche Ursache für den Mengenrückgang dürften die sehr geringen Niederschläge in den ersten sieben Monaten des Jahres 2022 sein, die deutlich unter der Niederschlagsmenge im gleichen Zeitraum des Vorjahres liegen. Die Sperrmüllmenge aus Haushalten und Gewerbe hat gegenüber dem Vorjahr um 2,3 % (Vj. -8,8 %) auf ca. 31.700 t (Vj. ca. 31.000 t) zugenommen. Im Sammelergebnis enthalten sind ca. 11.400 t (Vj. ca. 12.000 t) Altholz, das in Frankfurt am Main separat erfasst und verwertet wird.

Das stete Wachstum von Frankfurt am Main, der damit einhergehende Anschluss von immer neuen Haushalten an die Hausmüllsammlung und der Trend bei Neubauprojekten weg von wenigen gemeinsam genutzten Abfallgroßgefäßen hin zu einer Vielzahl individuell genutzter Abfallbehälter für jeden einzelnen Haushalt bedingen einen anhaltenden Rationalisierungsdruck auf die Entsorgungslogistik von FES. Auch in der Stadtreinigung müssen die zusätzlich entstehenden Flächen mit den vorhandenen Ressourcen ohne Qualitätsverluste gereinigt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um 25,83 Mio. € auf 145,72 Mio. € (Vj. 119,89 Mio. €) gestiegen. Dies resultiert auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Anstieg der flüssigen Mittel um 24,51 Mio. €. Das Eigenkapital hat auf 56,80 Mio. € (Vj. 45,53 Mio. €) zugenommen. Die Eigenkapitalquote sank von 38,9 % im Vorjahr auf 38,0 %. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei 48,3 % (Vj. 35,5 %). Auf der Passivseite haben sich daneben insbesondere die Rückstellungen erhöht, dies betrifft unter anderem den Personalbereich sowie ausstehende Rechnungen und Steuern. Die Investitionen lagen mit 10,9 Mio. € um 18,7 % über dem Vorjahresniveau von 9,2 Mio. €. Der überwiegende Teil der Investitionen floss in die Erneuerung des Fuhrparks.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte im Wirtschaftsjahr einen Jahresüberschuss von 27,43 Mio. € (Vj. 16,16 Mio. €). Das Ergebnis liegt damit deutlich über dem Vorjahresniveau und um 65 % über dem in der Planung 2022 festgelegten Ergebnisziel von rd. 16,7 Mio. €. Die erhebliche Abweichung zwischen Ist- und Planergebnis ist in erster Linie in den Umsatzerlösen auf den Anstieg der Marktpreise für Sekundärrohstoffe und auf eine einmalige, außerordentliche Preisanpassung für einen Entsorgungsvvertrag zurückzuführen. Die Planabweichung beim Materialaufwand, der zwar deutlich niedriger als der Vorjahresaufwand ausfällt, aber über dem Plan liegt, resultiert im Wesentlichen aus höheren Rückvergütungen an Kunden für gesammelte PPK-Mengen, einem höheren Verbrennungsentgelt an die MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW), höheren Fremdleistungskosten sowie Mehraufwendungen für Schlackeentsorgung. Die Umsatzerlöse der FES betrugen 252,17 Mio. € (Vj. 238,73 Mio. €) und liegen damit um 5,6 % über dem für 2022 geplanten Umsatz von 232,4 Mio. €. Der maßgebliche Teil der Umsatzerlöse entfällt mit rd. 115,2 Mio. € bzw. 45,7 % (Vj. 111,6 Mio. € bzw. 46,7 %) weiterhin auf die Einzelleistungsverträge mit der Stadt Frankfurt am Main. Der zweitgrößte Kunde ist die RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA).

Auf den Entsorgungsvertrag mit der RMA für die Verbrennung von kommunalen Abfällen aus dem Rhein-Main-Gebiet im MHKW entfallen Umsätze i. H. v. 54,3 Mio. € (Vj. 49,8 Mio. €) bzw. 21,5 % (Vj. 20,9 %). Der zusätzliche Umsatz ist im Wesentlichen auf eine einmalige, außerordentliche Preisanpassung zurückzuführen. Der Umsatz der FES im Drittgeschäft, d. h. mit allen übrigen kommunalen, gewerblichen und privaten Kunden, stieg um 6,8 % auf 82,6 Mio. € (Vj. 77,3 Mio. €) bzw. 32,8 % aller Umsätze (Vj. 32,4 %). Mehrerlöse konnten vor allem bei der Vermarktung von Sekundärrohstoffen erzielt werden. Außerdem trugen neue Geschäftsfelder und Preiserhöhungen zum Umsatzwachstum bei.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bildet neben allen Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten sowie allen Erträgen und Aufwendungen der FES auch die der Tochterunternehmen RMB Rhein-Main Biokompost GmbH (RMB), FES Abfallmanagement- und Service GmbH (FAS), FFR GmbH (FFR), FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG (FFR KG) und der im Jahr 2022 gegründete FES Wohnen und Leben (FWL) ab. Gegenstand der neu gegründeten FWL ist die Errichtung und der Betrieb von Wohnungen.

Die MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW), an der die Mainova AG zu 50 % beteiligt ist, wird als assoziiertes Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen. Die RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH (RMS), an der die FES und die Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen beteiligt sind, sowie die TRAPP Handelsgesellschaft mbH (TRAPP Handel) werden ebenfalls als assoziierte Unternehmen gemäß § 312 Abs.1 Nr. 2 HGB at equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Die Konzernbilanz weist eine Bilanzsumme von 167,64 Mio. € (Vj. 140,10 Mio. €) aus. Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 48,1 % (Vj. 47,7 %). Der Konzernumsatz ist um 6,2 % auf 277,90 Mio. € (Vj. 261,58 Mio. €) gestiegen. Der Konzernüberschuss beträgt 30,04 Mio. € (Vj. 17,68 Mio. €). Der

Konzern investierte im Geschäftsjahr 15,1 Mio. € (Vj. 12,4 Mio. €).

Die FAS war im Geschäftsjahr auf zwei Geschäftsfeldern, der Entsorgungslogistik und dem Betrieb von Abfallaufbereitungsanlagen, tätig. Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betrugen 13,97 Mio. € (Vj. 13,36 Mio. €). Die Gesellschaft erzielte einen Jahresüberschuss von 100 T€ (Vj. 179 T€). Zum Bilanzstichtag wurden 146 Mitarbeitende (Vj. 160) beschäftigt.

Die FFR hat im Geschäftsjahr die marktführende Stellung in der Region beim gewerblichen Winterdienst, bei der Flächenreinigung, bei der Grünpflege, in der Eventbetreuung sowie bei Verkehrsicherungsmaßnahmen behaupten können. Die FFR erzielte einen Jahresüberschuss von 1,61 Mio. € (Vj. 1,21 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen auf 33,10 Mio. € (Vj. 30,26 Mio. €). Zum Bilanzstichtag wurden 282 Mitarbeitende (Vj. 277) beschäftigt.

Gegenstand der FFR KG ist die Verwaltung, Vermietung und Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden. Mieter des Grundstücks ist Remondis. Die FFR KG hat Umsätze von 100 T€ (Vj. 100 T€) und ein Ergebnis von 43 T€ (Vj. 50 T€) erzielt.

Die RMB, Betreiberin einer Bioabfallbehandlungsanlage, erzielte im Geschäftsjahr bei Umsätzen von 11,57 Mio. € (Vj. 10,43 Mio. €) einen Jahresüberschuss von 1,95 Mio. € (Vj. 1,25 Mio. €). Der Betrieb der Bioabfallbehandlungsanlage der RMB verlief auch im Geschäftsjahr stabil. Insgesamt wurden ca. 47.300 t (Vj. ca. 70.900 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle angeliefert. Von den angelieferten Abfällen wurden ca. 47.300 t (Vj. ca. 50.200 t) der Anlage zur Verarbeitung zugeführt. Die Anlage war damit auch im Geschäftsjahr 2022 sehr gut ausgelastet. Auf dem von der Gesellschaft betriebenen Biomasseaufbereitungsplatz wurden ca. 6.000 t Grünabfälle (Vj. ca. 10.000 t) aufbereitet und je nach Eignung entweder zu Brennstoff für Biomasseanlagen, zu Erds substrat oder zu Strukturmaterial verarbeitet. Zum Bilanzstichtag wurden 18 Mitarbeitende (Vj. 16) beschäftigt.

Die MHKW GmbH wird von der FES und der Mainova Aktiengesellschaft zu gleichen Teilen gehalten. Unternehmensgegenstand der MHKW

GmbH ist die Betriebsführung des MHKW Frankfurt am Main. Die MHKW GmbH hat im Geschäftsjahr 2022 ein ausgeglichenes Ergebnis (Vj. 0 €) erzielt. Die Umsatzerlöse betrugen 52,94 Mio. € (Vj. 56,41 Mio. €). Zum Bilanzstichtag wurden 87 eigene Mitarbeitende (Vj. 81) beschäftigt. Das übrige Personal wurde von der FES zur Verfügung gestellt. Der Betrieb des MHKW Frankfurt am Main verlief im Geschäftsjahr 2022 überwiegend stabil. Auf Veranlassung der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA), Offenbach, der Dachorganisation für die Beseitigung der hoheitlichen Abfälle in der Region Rhein-Main, wurden ca. 353.030 t Beseitigungsabfälle (Vj. 348.700 t) ins MHKW disponiert. Die übrige Verbrennungskapazität wurde von der FES mit ca. 154.400 Abfällen (Vj. 166.000 t) aufgefüllt.

Gegenstand der RMS ist der Betrieb einer Photovoltaikanlage (PVA) auf der ehemaligen Mülldeponie Dreieich-Buchschlag. Die RMS hat ca. die Hälfte dieser PVA erworben. Die RMS wird von der FES und der Stadtwerke Dreieich GmbH zu gleichen Teilen gehalten. Die PVA hat 2022 insgesamt 8.721 MWh Strom (Vj. 8.368 MWh) in das Netz der öffentlichen Versorgung eingespeist und damit die geplante Stromeinspeisemenge um 10,8 % (Vj. +5,6 %) überschritten. Die RMS hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 154 T€ (Vj. 185 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse betrugen 2,19 Mio. € (Vj. 1,99 Mio. €).

Die TRAPP Handel wird von der FES und der KG Ludwig Melosch Vertriebs-GmbH & Co. zu gleichen Teilen gehalten. Gegenstand der TRAPP Handel ist der internationale Handel mit hochwertigen Altpapiersorten. Die Menge des im Geschäftsjahr 2022 gehandelten Altpapiers beträgt rund 136.300 t und liegt damit um 9,4 % unter der Vorjahresmenge (Vj. ca. 150.500 t). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 548 T€ (Vj. 516 T€) erzielt. Die Umsätze im Geschäftsjahr betrugen 30,53 Mio. € (Vj. 29,74 Mio. €). Zum Bilanzstichtag hatte TRAPP Handel fünf Mitarbeitende (Vj. fünf).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der FES handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2022 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2021 von 6,94 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 20 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden am 12.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 09.11.2022 für das Planjahr 2023 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 17.03.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	65.449	66.037	-588	-0,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.331	1.705	626	36,7
Sachanlagen	58.126	59.365	-1.239	-2,1
Finanzanlagen	4.991	4.966	25	0,5
Umlaufvermögen	70.980	46.021	24.959	54,2
Vorräte	1.667	1.609	58	3,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.272	22.879	393	1,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	46.041	21.532	24.509	113,8
Aktive latente Steuern	7.979	6.884	1.095	15,9
Rechnungsabgrenzungsposten	1.315	950	365	38,4
Bilanzsumme	145.722	119.891	25.831	21,5
PASSIVA				
Eigenkapital	56.804	45.528	11.276	24,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	10.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	12.531	12.531	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	38,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	27.434	16.158	11.276	69,8
Rückstellungen	58.992	46.036	12.956	28,1
Verbindlichkeiten	29.882	28.113	1.769	6,3
Rechnungsabgrenzungsposten	44	214	-171	-79,6
Bilanzsumme	145.722	119.891	25.831	21,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	252.166	238.732	13.434	5,6
Bestandsänderung UE / FE	-134	61	-195	-321,3
Gesamtleistung	252.032	238.793	13.239	5,5
sonstige betriebliche Erträge	2.661	1.341	1.320	98,5
Materialaufwand	-77.599	-85.591	7.993	-9,3
Personalaufwand	-87.317	-88.337	1.021	-1,2
Abschreibungen	-11.229	-11.265	36	-0,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-39.500	-32.998	-6.503	19,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	39.048	21.943	17.105	78,0
Finanzergebnis	1.324	1.253	71	5,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	40.372	23.196	17.176	74,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-12.580	-6.701	-5.878	87,7
Ergebnis nach Steuern	27.792	16.495	11.298	68,5
Sonstige Steuern	-358	-337	-21	6,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	27.434	16.158	11.276	69,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	27.434	16.158	11.276	69,8
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.334	1.324	10	0,8
Auszubildende	25	30	-5	-16,7

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	79.498	80.091	-594	-0,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.245	2.723	521	19,1
Sachanlagen	74.524	75.799	-1.275	-1,7
Finanzanlagen	1.729	1.569	160	10,2
Umlaufvermögen	78.566	51.985	26.581	51,1
Vorräte	1.861	1.891	-30	-1,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	30.662	28.555	2.107	7,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	46.042	21.540	24.503	113,8
Aktive latente Steuern	8.227	7.071	1.155	16,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1.345	953	392	41,2
Bilanzsumme	167.635	140.101	27.534	19,7
PASSIVA				
Eigenkapital	80.656	66.778	13.878	20,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.100	10.100	0	0,0
Kapitalrücklage	6.739	6.739	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	6.681	6.681	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	27.100	25.582	1.518	5,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	30.036	17.676	12.360	69,9
Rückstellungen	63.163	49.304	13.859	28,1
Verbindlichkeiten	22.516	22.621	-105	-0,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.844	3.656	-812	-22,2
Passive latente Steuern	85	85	0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1.215	1.313	-98	-7,5
Bilanzsumme	167.635	140.101	27.534	19,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	277.901	261.580	16.320	6,2
Bestandsveränderung UE / FE	-134	61	-195	-321,3
Gesamtleistung	277.766	261.641	16.125	6,2
sonstige betriebliche Erträge	3.380	1.808	1.572	86,9
Materialaufwand	-65.727	-73.661	7.934	-10,8
Personalaufwand	-108.770	-109.145	375	-0,3
Abschreibungen	-15.503	-15.368	-135	0,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-46.539	-39.179	-7.360	18,8
Betriebsergebnis	44.609	26.097	18.512	70,9
Finanzergebnis	231	18	213	1.176,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	44.840	26.115	18.725	71,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-14.371	-8.024	-6.347	79,1
Ergebnis nach Steuern	30.469	18.091	12.378	68,4
Sonstige Steuern	-433	-415	-18	4,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	30.036	17.676	12.360	69,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	30.036	17.676	12.360	69,9

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung <i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	1.778	1.773	5	0,3
Auszubildende	26	30	-4	-13,3
Gesamelter Restmüll (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	149.500	155.800	-6.300	-4,0
Gesammeltes Altpapier (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	65.100	67.200	-2.100	-3,1
Gesammelte organische Abfälle (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	69.600	80.600	-11.000	-13,6
Sperrmüllmenge (aus Haushalten u. Gewerbe) (t)	31.700	31.000	700	2,3

2.2 ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)

Anschrift: Bessie-Coleman-Straße 7 60549 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/66 07 59-0	E-Mail/Internet: info@ivm-rheinmain.de www.ivm-rheinmain.de
Gründung: 13.05.2002	Unternehmensgegenstand: Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland - Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	60.500 € =	25,10 %
Land Hessen	30.500 € =	12,66 %
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	30.000 € =	12,45 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Groß-Gerau	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Hochtaunus	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Main-Kinzig	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Main-Taunus	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Offenbach	7.500 € =	3,11 %
Landkreis Rheingau-Taunus	7.500 € =	3,11 %
Land Rheinland-Pfalz	7.500 € =	3,11 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	7.500 € =	3,11 %
Stadt Darmstadt	7.500 € =	3,11 %
Stadt Hanau	7.500 € =	3,11 %
Stadt Mainz	7.500 € =	3,11 %
Stadt Offenbach am Main	7.500 € =	3,11 %
Stadt Rüsselsheim	7.500 € =	3,11 %
Stadt Wiesbaden	7.500 € =	3,11 %
Eigener Anteil	7.500 € =	3,11 %
	241.000 € =	100,00 %
Geschäftsführung: Frau Heike Mühlhans		
Aufsichtsrat:	19 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr LRat Ulrich Krebs	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr KrBg Johannes Baron	
	Herr Staatssekr Jens Deutschendorf	
	Herr StR Klaus Gocht	
	Frau StRin Sabine Groß	
	Frau Erste KrBg Claudia Jäger	
	Herr LRat Frank Kilian	
	Herr StR Wolfram Kister	
	Herr Erster KrBg Lutz Köhler	
	Herr StR Michael Kolmer	
	Herr StR Andreas Kowol	
	Herr StR Thomas Morlock	
	Herr KrBg Winfried Ottmann	
	Herr Michael Puschel	
	Herr Prof. Knut Ringat	
	Frau Bg Janina Steinkrüger	
	Herr LRat Thomas Will	
	Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Frauenquote:		

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

0,00 %

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2.3 RTW Planungsgesellschaft mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/94 51 568 – 00	E-Mail/Internet: projekt@regionaltangente-west.de www.regionaltangente-west.de
Gründung: 27.11.2008	Unternehmensgegenstand: Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau sowie der Betrieb der Infrastruktur der Regionaltangente West für die Erbringung von Verkehrsleistungen durch Verkehrsunternehmen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV) Landkreis Hochtaunus Stadt Bad Homburg v. d. Höhe Landkreis Offenbach Landkreis Main-Taunus Stadt Eschborn Stadt Neu-Isenburg Stadt Schwalbach Stadt Bad Soden Gemeinde Sulzbach	Kapitalanteile: 10.000 € = 33,33 % 5.000 € = 16,67 % 5.000 € = 16,67 % 2.500 € = 8,33 % 2.500 € = 8,33 % 2.100 € = 7,00 % 900 € = 3,00 % 400 € = 1,33 % 400 € = 1,33 % 400 € = 1,33 % 400 € = 1,33 % 400 € = 1,33 % 30.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Horst Amann		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	15 Mitglieder Herr StR Stefan Majer Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer Herr KrBg Johannes Baron Herr BM Dr. Frank Blasch Herr BM Elmar Bociek Herr MinDirigent Elmar Damm Herr BM Dirk Gene Hagelstein Herr BM Alexander Immisch Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr BM Oliver Jedynak Herr Dr. Andre Kawai Herr MinDirigent Bernhard Maßberg Herr Prof. Knut Ringat Herr Erster KrBg Thorsten Schorr Herr BM Adnan Shaikh	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

2.4 Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (vormals: SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH)

Anschrift: Mainzer Landstraße 191 60327 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 13-2 98 50	E-Mail/Internet: info@sbev-frankfurt.de www.sbev-frankfurt.de
Gründung: 05.08.2015	Unternehmensgegenstand: Realisierung von Bauprojekten ausschließlich im Bereich der bestehenden oder zukünftigen Schieneninfrastruktur für Straßen- und Stadtbahnen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH („VGF“), sofern die VGF der Gesellschaft dazu einen Auftrag erteilt. Die Gesellschaft erstellt die beauftragten Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke und vergibt die dafür notwendigen Bau- und Planungsleistungen vollständig im eigenen Namen und auf eigene Rechnung an Dritte, Planungs- oder Bauleistungen erbringt die Gesellschaft selbst nicht. Die Gesellschaft baut die Bauwerke und Anlagen im Auftrag der VGF und erlangt selber weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran. Die Gesellschaft ist nur für die VGF tätig	
Gesellschafter: Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 % 12.250 € = 49,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Florian Habersack Herr Ingo Kühn		

A. Ausblick 2023

Aktuell befindet sich mit dem Neubau der „Stadtbahnstrecke B, TA 3 – Europaviertel („Stadtbahn Europaviertel“) eines der größten Infrastrukturprojekte der Stadt Frankfurt seit den 90er Jahren im Bereich des ÖPNV in der Realisierung. Im Rahmen einer Gesamtbewertung wurden verschiedene Inbetriebnahme-Szenarien erarbeitet. Demnach könnte eine Inbetriebnahme der Stadtbahnstrecke Europaviertel nach aktueller Einschätzung bis Ende 2027 erfolgen. Aufgrund der aktuellen Marktsituation (Krieg in der Ukraine, Energieverteuerung, Inflation, Lieferkettenprobleme durch Corona, Marktversagen aufgrund unzureichender Angebote durch eine geringe Anzahl von Ausschreibungsteilnehmern) ist das Risiko von weiteren Bau- bzw. Preissteigerungen nicht auszuschließen.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2022 (§ 2012) wurde die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV) beauftragt, für das Projekt U4 Lückenschluss (Neubau der U4 Stadtbahnverbindung Ginnheim – Bockenheim) die Machbarkeit sowie die Vorplanung zu erstellen. Mit dieser Neuausrichtung der SBEV entfällt die Beschränkung

ausschließlich auf den Neubau der Stadtbahn Europaviertel. Gesellschaftsgegenstand ist vielmehr (allgemein) die Realisierung von Bauprojekten im Bereich der bestehenden oder zukünftigen Schieneninfrastruktur der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH (VGF). Um die Durchführung des Bauprojektes U4 Lückenschluss aus einer Hand zu ermöglichen, wird der VGF aufgrund bestehender personenbeförderungsrechtlicher Genehmigungen die Befugnis eingeräumt, die Planung und die Baumaßnahmen U4 Lückenschluss einschließlich sämtlicher Bauwerke, Anlagen und Tunnelbauwerke im eigenen Namen und auf eigene Rechnung auszuführen. Zudem soll bei der VGF das Eigentum an den von ihr zu diesem Zweck hergestellten Bauwerken und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke entstehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Zur Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke (B, Teilabschnitt 3) Europaviertel in Frankfurt am Main wurde von der VGF gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2015 die SBEV gegründet. Die Gesellschaft erstellt die Bauwerke

und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke der Stadtbahn Europaviertel als Totalübernehmerin „schlüsselfertig“ und vergibt die dafür notwendigen Bau- und Planungsleistungen vollständig im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Planungs- und Bauleistungen erbringt die Gesellschaft in Eigenleistung nicht. Vorhabenträgerin (im Sinne des Personenbeförderungsgesetzes) des Baus der Stadtbahn Europaviertel ist die VGF, die Eigentümerin der zu diesem Zweck herzustellenden Bauwerke und Anlagen einschließlich der Tunnelbauwerke wird. Die Gesellschaft baut die Bauwerke und Anlagen somit für die VGF und erlangt weder Eigentums- noch Nutzungsrechte daran. Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.07.2022 (§ 2012) wurde der Gesellschaftsgegenstand (allgemein) auf die Realisierung von Bauprojekten im Bereich der bestehenden oder zukünftigen Schieneninfrastruktur der VGF erweitert.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Durch die im Berichtsjahr umgesetzten Planungs- und Bauleistungen steigt die Bilanzsumme im Geschäftsjahr auf 185,55 Mio. € (Vj. 152,21 Mio. €). Das Umlaufvermögen setzt sich überwiegend aus unfertigen Leistungen zusammen, die die bisher angefallenen Herstellungskosten aus dem Projekt Stadtbahn Europaviertel sowie der Verlängerung bis zum Areal Römerhof umfassen. Da die SBEV im Auftrag der VGF tätig wird und kein Eigentum erwirbt, erfolgt der Ausweis der Baumaßnahme während der Projektlaufzeit in den unfertigen Leistungen der SBEV. Dem stehen die von der VGF erhaltenen Anzahlungen gegenüber. Der Posten unfertige Leistungen beträgt 183,79 Mio. € (Vj. 150,53 Mio. €) und macht 99 % (Vj. 99 %) der Bilanzsumme aus. Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten weiterhin den Bestand der Mietkaution, der Steuerforderungen und Skonto sowie Forderungen an die Gemeinde. Derzeit besteht ein Guthaben bei Kreditinstituten i. H. v. 1,35 Mio. €, das entspricht 0,7 % (Vj. 1,37 Mio. €, 0,9 %) der Bilanzsumme. Die sonstigen Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeitenden (44 T€; Vj. 83 T€) sowie Jahresabschlusskosten (16 T€; Vj. 15 T€). Die Verbindlichkeiten aus Liefere-

runge und Leistungen i. H. v. 843 T€ (Vj. 2,95 Mio. €) bestehen zum Bilanzstichtag hauptsächlich aus Projektkosten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen bestehen weitestgehend gegenüber der Gesellschafterin VGF (183,43 Mio. €; Vj. 148,52 Mio. €), die mit Forderungen gegen die VGF (27 T€; Vj. 0 T€) saldiert wurden. Dieser Posten beinhaltet überwiegend die von der VGF erhaltenen Anzahlungen abzüglich des Verrechnungskontos der Umsatzsteuer für erhaltene Anzahlungen (183,44 Mio. €; Vj. 148,49 Mio. €). Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten vor allem die Umsatzsteuerzahllast (825 T€; Vj. 582 T€).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt unverändert gegenüber dem Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von 1 T€. Die Entwicklung der Ertragslage ist geprägt durch den Projektfortschritt im Berichtsjahr. Dies spiegelt sich in der Veränderung der einzelnen Ertrags- und Aufwandsposten wider. Die VGF vereinnahmt als Antragstellerin und Begünstigte die Zuwendungen gemäß den Zuwendungsbescheiden von Bund/Land und der Stadt Frankfurt am Main. Die Refinanzierung der SBEV erfolgt durch die Weiterleitung der Mittel gemäß Projektfortschritt. Die VGF zahlt an die SBEV dazu auf Basis einer zu generierenden Zahlungsvorschlagsliste Abschläge. Diese sollen die SBEV in die Lage versetzen, die von ihr insbesondere gegenüber den bauausführenden Unternehmen und den sonstigen Projektbeteiligten eingegangenen finanziellen Verpflichtungen vertragsgemäß nachzukommen. Die Darstellung des Mittelabrufes seitens der SBEV ergibt sich aus den erhaltenen Anzahlungen. Die bei ihr selbst entstehenden Kosten (Verwaltungskosten) stellt die SBEV der VGF monatlich in Rechnung. Diese Kostenerstattung sowie die Abrechnung der an die VGF erbrachten Dienstleistungen werden seitens der SBEV unter den Umsatzerlösen (849 T€; Vj. 1,69 Mio. €) ausgewiesen. Der Rückgang der Umsatzerlöse lässt sich aus der vereinbarten Rückzahlung einer erhaltenen Vertragsstrafe an einen Auftragnehmer im Jahr 2021 zurückführen. Weitere Komponenten der Umsatzerlöse sind übrige Erlöse, die überwiegend die Vermietung der Büroausstattung an Dritte

(42 T€, Vj. 37 T€) beinhalten. Darüber hinaus sind übrige Erlöse aus dem Vorjahr (-27 T€; Vj. 1 T€) ein Bestandteil der Umsatzerlöse. Diese umschließen zum größten Teil die Umbuchungen zur Entlastung des Projektes aus der Leistungsabrechnung an Dritte der vergangenen Jahre. Des Weiteren enthalten die übrigen Erlöse Positionen aus der gewerblichen Vermietung (18 T€; Vj. 14 T€). Wesentliche Steuerungskennzahl ist die Bestandsveränderung der unfertigen Leistungen. Die Bestandsveränderung an unfertigen Leistungen (33,27 Mio.; Vj. 43,94 Mio. €) beinhaltet die im Berichtsjahr abgerechneten Leistungen zur Herstellung der Stadtbahn Europaviertel und der Erweiterung bis zum Römerhof Areal. Die damit einhergehenden Schlussabrechnungen erfolgen nach endgültiger Bauabnahme. Die sonstigen betrieblichen Erträge resultieren im Wesentlichen aus Erträgen aus der internen Kostenverrechnung. Wesentliche Komponenten der Materialaufwendungen sind die sonstigen Fremdleistungen (32,21 Mio. €, Vj. 43,08 Mio. €), die sich zum größten Teil auf projektbezogene Leistungen für die Herstellung der Stadtbahn Europaviertel beziehen. Weitere Bestandteile sind die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Leistungen gemäß Dienstvertrag mit der VGF aus den Bereichen Rechnungswesen, Controlling, Einkauf, Personalverwaltung und Personalabrechnung (143 T€, Vj. 161 T€). Der Rückgang ist auf eine geringere Leistungsanspruchnahme zurückzuführen. Ein weiterer Bestandteil ist das Entgelt für im Rahmen der Personalgestaltung von der VGF überlassene Mitarbeitende für das Projektleitungsteam (rd. 42 T€; Vj. 40 T€). Zudem beinhalten die Materialaufwendungen die Abrechnung von IT-Leistungen (81 T€, Vj. 80 T€). Die Personalaufwendungen beziehen sich auf elf Angestellte mit originärem Arbeits-/Dienstvertrag mit der SBEV einschließlich der Geschäftsführung. Den Hauptbestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen stellen die übrigen betrieblichen Aufwendungen dar (414 T€; Vj. 917 T€), die sich weitestgehend aus projektbezogenen Kosten zusammensetzen. Weitere Komponenten sind die Aufwendungen für die Anmietung der Liegenschaft in der Mainzer Landstraße (176 T€; Vj. 131 T€) und Aufwendungen für Prü-

fungs-, Gerichts- und Notarkosten (4 T€; Vj. 25 T€). Deren Rückgang ist auf eine Gerichtskostenrechnung im Zuge des Beweisverfahrens zum Schneidrad Schaden im Jahr 2021 zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Herstellung der Stadtbahn Europaviertel sah der städtische Haushalt für das Jahr 2019 einen Investitionszuschuss von 3,51 Mio. € (bei einem geplanten Volumen von 92,7 Mio. €) vor. Tendenziell werden die Kosten steigen, im Haushalt 2022 wurden bereits ein Gesamtvolumen von 177,10 Mio. € veranschlagt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge von Herrn Habersack 34 T€ (Aufwandsentschädigung) und von Herrn Kühn 227 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorbesprochen werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden am 05.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 01.09.2022 für das

Planjahr 2023 statt. Das Jahresabschlussgespräch
2022 fand am 19.04.2023 statt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	185.554	152.209	33.345	21,9
Vorräte	183.793	150.527	33.266	22,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	413	310	103	33,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.348	1.372	-25	-1,8
Bilanzsumme	185.554	152.209	33.345	21,9
PASSIVA				
Eigenkapital	35	34	1	3,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	9	8	1	16,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1	1	0	0,0
Rückstellungen	65	100	-35	-35,0
Verbindlichkeiten	185.454	152.075	33.379	21,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-0	-
Bilanzsumme	185.554	152.209	33.345	21,9

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	881	1.740	-859	-49,4
Bestandsänderung UE / FE	33.266	43.940	-10.674	-24,3
Gesamtleistung	34.147	45.680	-11.533	-25,2
sonstige betriebliche Erträge	9	10	-1	-11,4
Materialaufwand	-32.531	-43.551	11.019	-25,3
Personalaufwand	-977	-1.011	34	-3,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-648	-1.128	480	-42,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1	-0	-0	243,2
Finanzergebnis	5	-0	5	-932.018,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	4	-0	4	-2.528,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3	1	-4	-299,8
Ergebnis nach Steuern	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1	1	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1	1	0	0,0
Bilanzergebnis	1	1	0	0,0

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	9	0	0,0

2.5 Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Goldsteinstraße 160 60528 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 46 66	E-Mail/Internet: info.eigenbetrieb68@stadt-frankfurt.de www.stadtentwaesserung-frankfurt.de
Gründung: 17.12.1998	Unternehmensgegenstand: Reinhaltung und naturnahe Entwicklung der Gewässer in Frankfurt am Main durch umwelt-schützende Ableitung und Reinigung des Abwassers, durch naturgerechte Gewässerunter-haltung und naturnahen Gewässerausbau bei angemessenem Hochwasserschutz.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 7.669.378 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Karsten Jost Herr Roland Kammerer		
Betriebskommission:	13 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Herr StR Stefan Majer	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Herr Stv Dr. Julian Langner	
	Herr StR Stefan Majer	
	Herr StR Sieghard Pawlik	
	Herr Stv Roger Podstatny	
	Frau StRin Annette Rinn	
	Herr Stv Martin-Benedikt Schäfer	
	Herr Stv Thomas Schlimme	
	Frau Stv Friederike von Franqué	
	Herr Stv Eyup Yilmaz	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Uwe Geider (AN)	
	Herr Volker Überall (AN)	

A. Ausblick 2023

Da die Leistungen der Stadtentwässerung Frankfurt am Main (SEF) im Hoheitsbereich erbracht werden, werden keine unmittelbaren wirtschaftlichen Risiken gesehen. Ein Verzicht auf die Dienstleistung Abwasserentsorgung dem Grunde nach ist nicht vorstellbar. Entsprechend den Satzungsregelungen müssen anfallende Abwässer aus Hygiene- und Umweltgründen in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage eingeleitet werden.

Um die ständige Betriebsbereitschaft zu erhalten, sind die Anlagen mit entsprechenden Redundanzen ausgelegt. Die SEF unterhält zu diesem Zweck außerdem eigene Werkstätten für die Wartung, Instandhaltung und Reparatur der Anlagen. Der ständige Betrieb der Anlagen wird durch Schichtdienste im Bereich der Anlagen und durch Rufbereitschaften für besondere Betriebssituationen si-

chergestellt. Darüber hinaus ist der laufende Betrieb durch ein umfassendes technisches Sicherheitsmanagement (TSM) gewährleistet.

Für die kommenden Jahre ist die Entsorgungssicherheit durch die geplanten Investitionen und Sanierungen gewährleistet. Durch Benchmarking und betriebswirtschaftliche Instrumente wird laufend geprüft, welche Möglichkeiten für einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen gegeben sind.

In Anbetracht der Energiekrise, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, sind zurzeit für 2022 im Bereich der Energiebeschaffung (Strom), durch einen Langzeitvertrag bis 2022, keine Steigerungen erkennbar. In 2023 sind hingegen Steigerungen im Energiesektor ersichtlich.

Die Umsatzerlöse in 2023 als auch im Planungshorizont basieren auf der Veranlagung getrennter Abwassergebühren für die Schmutzwasserbeseitigung (Schmutzwassergebühr) und die Nieder-

schlagswasserbeseitigung (Niederschlagswassergebühr). Ab dem 01.01.2019 wurden durch die SEF getrennte Abwassergebühren eingeführt. Für die Schmutzwasserbeseitigung wird eine Gebühr in Höhe von 1,45 € pro cbm veranlagtem Frischwasserbezug erhoben. Für Niederschlagswasserbeseitigung wird eine Gebühr in Höhe von 0,50 € je qm versiegelter und angeschlossener Grundstücksfläche erhoben. Der Eigenbetrieb erbringt die kommunale Pflichtaufgabe der Abwasserentsorgung im Hoheitsbereich der Stadt Frankfurt am Main im Rahmen der Daseinsvorsorge. Aus derzeitiger Sicht werden keine bestandsgefährdenden Markt- oder Betriebsrisiken gesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Jahresabschluss und der Lagebericht über das Geschäftsjahr 2022 lagen zum Redaktionsschluss nur im Entwurf vor.

Die SEF hat die gesetzlichen Pflichtaufgaben der ordnungsgemäßen Abwasserbeseitigung im Stadtgebiet durch Sammlung, Ableitung und Reinigung des anfallenden Abwassers und der Unterhaltung der fließenden Gewässer zweiter und dritter Ordnung, jeweils entsprechend den wasserrechtlichen Vorschriften. Zur Erfüllung der Aufgaben des Eigenbetriebes betreibt die SEF öffentliche Entwässerungskanäle mit einer Gesamtlänge von 1.631 km ebenso wie zahlreiche Pumpwerke, Regenentlastungen, Regenüberlaufbecken und Stauraumkanäle sowie zwei Abwasserreinigungsanlagen (ARA) mit einer Gesamtkapazität von ca. 2 Mio. Einwohnergleichwerten. Die Entsorgung der anfallenden Schlämme erfolgt in einer Schlammmentwässerungs- und -verbrennungsanlage (SEVA). Neben der Entsorgung im Einzugsgebiet der Stadt Frankfurt am Main erfolgt die Entsorgung der Abwässer der Städte Maintal (Stadtteil Bischofsheim), Neu-Isenburg, Offenbach, Kelsterbach und Steinbach sowie der in den Abwasserverbänden Main-Taunus und Westerbach zusammengeschlossenen Kommunen. Darüber hinaus gehört es zu den Aufgaben der SEF, zahlreiche Gewässer mit einer Gesamtlänge von ca. 160 km zu unterhalten. Es handelt sich dabei um kleine Gräben und Bäche und den Fluss Nidda, der

im Stadtgebiet Frankfurt durch fünf bewegliche Wehre staugeregelt ist.

Für den Betrieb der Kanalisation wurden der zweite Durchgang der flächendeckenden Inspektion der Kanäle, die Erarbeitung von Sanierungskonzepten und die Wiederherstellung eines einwandfreien Zustandes schadhafter Kanalabschnitte fortgesetzt. Bis Ende 2022 waren ca. 81 % des gesamten Kanalnetzes in diesem Wiederholungszyklus inspiziert. Neben der Inspektion der öffentlichen Kanäle wurde auch die systematische Untersuchung der Zuleitungskanäle von den Grundstücken zu den öffentlichen Kanälen fortgesetzt. Von den untersuchten Zuleitungskanälen sind im Mittel rund 65 % schadhaft und sanierungsbedürftig. Die Schäden müssen durch die Grundstückseigentümer:innen behoben werden. Die Schadensrate belegt die Notwendigkeit der Untersuchungen.

Außerdem wurde auch die seit 2016 neue Aufgabe zur Untersuchung der Kanäle auf städtischen Grundstücken fortgeführt. Im Jahr 2022 wurden eine Reihe von Kanalbaumaßnahmen durchgeführt. Im Bereich der Abwasserableitung ereigneten sich im Jahr 2022 keine gravierenden Betriebsstörungen mit wesentlichen Auswirkungen auf Gewässer oder Siedlungsbereiche. Allerdings nimmt die Gefahr von Starkregenfällen mit Intensitäten oberhalb der Bemessungsniederschläge der Kanalisation zu. In solchen Situationen ist das Personal des Kanalbetriebs regelmäßig im Einsatz, um Unterstützung z. B. bei der Beseitigung von Überflutungen zu leisten. Für die beiden Abwasserreinigungsanlagen stehen zwei wesentliche und zukunftsweisende Projekte an. Als erster Teil der zukünftigen Klärschlammbehandlung steht das Projekt Klärschlammfäulung an, die die Verfahrensschritte Fäulung und Verbrennung in zwei getrennten Anlagen umfasst. Die SEF hat im Dezember 2021 den Genehmigungsbescheid für den Bau der Klärschlammfäulungsanlage mit Blockheizkraftwerk und Prozesswasserbehandlung erhalten. Derzeit wird die Ausführungsplanung für dieses erste Teilprojekt der Erneuerung der Klärschlammbehandlung fortgeführt. Mit dem Beginn der ersten bauvorbereitenden Maßnahmen zur Baufeldfreimachung ist nach gegenwärtigem Stand im zweiten Quartal 2023 zu

rechnen. Die Kosten belaufen sich für das Teilprojekt Faulung auf ca. 330 Mio. €. Aufgrund der momentanen Marktlage und Anpassungen kam es in der Ausführungsplanung zu Kostenerhöhungen.

Für die Klärschlammverbrennungsanlage, die die zweite Stufe der künftigen Klärschlammbehandlung bildet und die bestehende SEVA ersetzen soll, wurde die Entwurfsplanung durchgeführt, die voraussichtlich 2023 abgeschlossen und nach Prüfung durch die SEF und das Revisionsamt der Betriebskommission zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Dabei wird nochmals untersucht, ob der Bau einer eigenen Verbrennungsanlage oder die Entsorgung des ausgefaulten Schlammes durch Dritte und Berücksichtigung aller Kriterien verfolgt werden soll.

Die steigende Belastung im Zulauf zu den Abwasserreinigungsanlagen Niederrad/Griesheim und Sindlingen führten im Jahr 2022 zu einer hohen Auslastung bei dem Parameter Stickstoff. Um die hohe Auslastung zu reduzieren und die geforderte Reinigungsleistung sicher zu erzielen, wurde das Projekt Erweiterung 2. Biologische Stufe und Nachklärung auf der ARA Niederrad gestartet. Die von dem Gesetzgeber geforderte Optimierung für die Elimination des Gesamtphosphors ist bei beiden Anlagen in Bearbeitung. Dazu wurde für die ARA Niederrad das Projekt Neubau einer Filtration mit Kosten in Höhe von rd. 110 Mio. € begonnen. Im Rahmen der Planung wird optional geprüft, ob in diesem Verfahrensschritt auch Spurenstoffe (so genannte 4. Reinigungsstufe) entfernt werden können.

Im Jahr 2022 konnte durch die Mitarbeitenden der Gewässerunterhaltung der SEF ein sicherer Betrieb der Wehre gewährleistet werden. Auch die Arbeiten zur Wegeunterhaltung, Baumpflege und die Reinigungs- und Mäharbeiten wurden vollständig durchgeführt.

Im Jahr 2022 hatte die Corona-Pandemie zumindest in der ersten Jahreshälfte noch Auswirkungen auf die Aufgabenabwicklung, die laufend den neuen Randbedingungen angepasst werden. Der Anteil des mobilen Arbeitens von zu Hause wurde weiter ausgeweitet. Im Berichtszeitraum erwiesen sich die ergriffenen Maßnahmen als wirksam, es kam nicht zu konzentrierten Erkrankungen in einzelnen Be-

triebsbereichen. Trotzdem ergaben sich aufgrund der pandemischen Situation erhebliche Ausfallzeiten, die die Arbeitsabwicklung erschwerten. Ende des Jahres 2022 sind die Corona-Erkrankungen zurückgegangen, gleichzeitig sind die Krankheitsfälle durch andere z. B. Erkältungs- und Grippeerkrankungen angestiegen. Trotz des hohen Krankenstandes konnten der ordnungsgemäße Betrieb aufrechterhalten werden.

Gravierende Auswirkungen hatten die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine auf die Verfügbarkeit und die Preise von Materialien und Dienstleistungen. Die begonnenen Baumaßnahmen wurden, teilweise mit Terminverzögerungen wegen der Personalverfügbarkeit bei den Auftragnehmern und Lieferengpässen bei Baumaterialien, weitergeführt. Durch die gestörten Lieferketten ergaben sich besonders bei Baumaßnahmen mit vielen Einzelgewerken z. B. im Hochbau erhebliche Schwierigkeiten, da Verzögerungen bei einzelnen Gewerken gravierende Auswirkungen auf die Termineinhaltung bei den Folgegewerken haben. Vielfach konnten deshalb geplante Inbetriebnahmetermine z. B. für die Fertigstellung des Laborgebäudes oder der Abluftreinigungsanlage in der ARA Sindlingen nicht gehalten werden.

Bei allen in der Planung befindlichen Baumaßnahmen bestehen aufgrund der aktuell nicht kalkulierbaren Entwicklung der Baupreise erhebliche Kostenunsicherheiten. Die Versorgung der Abwasseranlagen mit den notwendigen Betriebsstoffen gestaltet sich derzeit bedingt durch die verschiedenen Krisen zunehmend schwierig.

Das Integrierte Managementsystem (IMS) der SEF befindet sich weiter kontinuierlich im Aufbau. Es umfasst die Themenbereiche Qualitäts-, Umwelt und Arbeitsschutzmanagement. Im Jahr 2022 konnten alle Prozessanweisungen für die Kern-, Unterstützungs- und Führungsprozesse erstellt werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 17,99 Mio. € auf 740,60 Mio. € gestiegen. Mit einem Anteil von rd. 95 % (Vj. rd. 95 %) machte das Sachanlagevermögen den überwiegenden Teil der Bilanzsumme aus. Die Erhöhung des Anlagevermö-

gens betrifft im Wesentlichen die Zugänge im Bereich der Abwasserableitung. Die Eigenkapitalquote betrug 24,4 % (Vj. 24,1 %). Der Sonderposten beinhaltet die empfangenen Ertragszuschüsse und hat sich um 81 T€ auf 137,07 Mio. € erhöht. Die satzungsgemäß erhobenen Kanalanschlussbeiträge der Einleiter sowie Investitionskostenanteile der Nachbargemeinden und Investitionskosten für übertragene Anlagen im Zusammenhang mit Erschließungsverträgen werden als Ertragszuschüsse passiviert und entsprechend der Regelung gemäß § 23 EigBGes mit jährlichen Teilbeträgen aufgelöst. Die Erhöhung der Rückstellungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Zuführung zu den Rückstellungen wegen Rückzahlungsverpflichtungen für Kostenüberdeckung.

Zur Erfolgslage

Mit der Novellierung des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in Hessen zum 01.01.2013 wurde in § 10 ausdrücklich geregelt, dass bei Kostenüberdeckungen auch in der handelsrechtlichen Rechnungslegung entsprechende Verbindlichkeiten und Rückstellungen für Rückzahlungsverpflichtungen auszuweisen sind. Im Rahmen der mitlaufenden Gebührenkalkulation des laufenden Kalkulationszeitraums 2022 bis einschließlich 2023 waren für das Berichtsjahr 2022 Kostenüberdeckungen in Höhe von 7,69 Mio. € (Vj. Kostenunterdeckung von 7,87 Mio. €) festzustellen. Die in diesem Umfang zu bildende Rückstellung für Rückzahlungsverpflichtung wurde in der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2022 in der Position „Umsatzerlöse“ ertragsmindernd berücksichtigt. Der Jahresgewinn vor Zuführung zu Rückstellungen wegen Rückzahlungsverpflichtungen belief sich auf 16,18 Mio. € und lag damit über dem bereinigten Jahresergebnis des Vorjahres (-1,19 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Zuführung zu den Rückstellungen wegen Zahlungsverpflichtungen von 7,69 Mio. € (Vj. Entnahme 7,87 Mio. €) belief sich der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr auf 8,48 Mio. € (Vj.

6,68 Mio. €). Die Steigerung der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren resultiert fast ausschließlich aus gestiegenen veranlagten Frischwassermengen und Grundstücksflächen. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen im Wesentlichen aufgrund der geringeren Auflösungen von Rückstellungen unter dem Vorjahresniveau. Die Erhöhung des Materialaufwandes ergab sich aus höheren Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie aus höheren Aufwendungen für bezogene Leistungen. Der Personalaufwand erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen und der zugehörigen Sozialabgaben. Die Abschreibungen verringerten sich aufgrund geringerer Aktivierungen um 1,03 Mio. € auf 25,30 Mio. €. Der Rückgang des negativen Finanzergebnisses ergab sich im Wesentlichen aus verringerten Zinsaufwendungen wegen eines insgesamt niedrigeren Bedarfs an Kreditmitteln und aus der Umschuldung von Darlehen mit zinsgünstigeren Konditionen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden am 13.09.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 14.09.2022 für das Planjahr 2023 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 06.09.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Stadtentwässerung Frankfurt am Main (Eigenbetrieb) (Entwurfssfassung)**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	704.915	690.970	13.945	2,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	852	1.708	-856	-50,1
Sachanlagen	704.063	689.262	14.802	2,1
Umlaufvermögen	35.685	31.637	4.048	12,8
Vorräte	7.403	6.954	449	6,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.982	24.220	3.762	15,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	300	463	-163	-35,2
Bilanzsumme	740.601	722.607	17.993	2,5
PASSIVA				
Eigenkapital	180.442	174.072	6.370	3,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	7.669	7.669	0	0,0
Kapitalrücklage	154.842	151.376	3.466	2,3
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	9.449	8.347	1.102	13,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	8.482	6.680	1.802	27,0
Sonderposten	137.065	136.984	81	0,1
Rückstellungen	50.602	42.723	7.879	18,4
Verbindlichkeiten	367.870	364.212	3.657	1,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	297.353	278.489	18.863	6,8
Rechnungsabgrenzungsposten	4.622	4.616	6	0,1
Bilanzsumme	740.601	722.607	17.993	2,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	135.847	131.394	4.453	3,4
andere aktivierte Eigenleistungen	2.421	2.260	161	7,1
Gesamtleistung	138.268	133.654	4.614	3,5
sonstige betriebliche Erträge	1.099	1.600	-502	-31,3
Materialaufwand	-49.530	-45.785	-3.744	8,2
Personalaufwand	-36.419	-35.352	-1.067	3,0
Abschreibungen	-25.302	-26.336	1.034	-3,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-15.826	-15.985	159	-1,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	12.291	11.797	494	4,2
Finanzergebnis	-3.440	-3.687	247	-6,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	8.851	8.110	741	9,1
Ergebnis nach Steuern	8.851	8.110	741	9,1
Sonstige Steuern	-369	-1.430	1.061	-74,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	8.482	6.680	1.802	27,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	8.482	6.680	1.802	27,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	464	464	1	0,1
Öffentliche Entwässerungskanäle in km (ca.)	1.631	1.619	12	0,7

2.6 Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 13-01	E-Mail/Internet: info@stadtwerke-frankfurt.de www.stadtwerke-frankfurt.de
Gründung: 01.01.1995		
Unternehmensgegenstand: Erwerb, Halten und Verwalten von Beteiligungen jeder Art an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen und das Erbringen von Verkehrs- und Verkehrsdienstleistungen ist.		
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 52.001.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Arnold Herr Thomas Wissgott		
Aufsichtsrat:	20 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dimitrios Bakakis	
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Herr Rachid Boumart	
	Frau Stv Ursula Busch	
	Frau Stv Martina Düwel	
	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Herr StR Stefan Majer	
	Herr StR Claus Möbius	
	Herr Stv Yanki Pürsün	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Tanja Hauch (AN)	
	Herr Matthias Jost (AN)	
	Herr Eckehard Kalweit (AN)	
	Frau Cornelia Kröll (AN)	
	Herr Sebastian Marten (AN)	
	Herr Peter Pirmann (AN)	
	Frau Saskia Schnee-Wiese (AN)	
	Herr Athanasios Stavrakidis (AN)	
	Herr Armin Vessali (AN)	
	Herr Ernst-Alfred Zang (AN)	
Frauenquote:		
Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
40,00 %	35,00 %	30,00 %
Beteiligungen:		
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH		25.500 € = 100,00 %
BäderBetriebe Frankfurt GmbH		26.600 € = 100,00 %
In-der-City-Bus GmbH		10.572.000 € = 100,00 %
Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH		25.000 € = 100,00 %
Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH		25.565 € = 100,00 %
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH		11.000.000 € = 100,00 %
Mainova AG		107.062.963 € = 75,22 %
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide		193.444.529 € = 20,92 %

Ausblick 2023

Die SWFH leistet – zusammen mit ihren direkten und indirekten Beteiligungsgesellschaften – als wesentliche städtische Beteiligung einen nachhaltigen Beitrag für die Anteilseignerin Stadt Frankfurt am Main. Die gemeinsame Konzernrichtlinie inklusive der Planungs- und Berichtsrichtlinie soll das Zusammenwirken der im Konzern verbundenen Unternehmen fördern und die Strategie und Geschäftspolitik der einzelnen Unternehmen in die finanziellen Ziele des „Konzernverbund Stadt Frankfurt am Main“ integrieren. Die Koordinierung erfolgt mit dem Ziel, die Nachhaltigkeit im Sinne der Ergebnissicherung und Substanzerhaltung zu gewährleisten. Über fast alle Unternehmensbereiche werden sich die Folgen des Ukrainekriegs und der geopolitischen Spannungen weiterhin negativ auf die zukünftige Geschäftsentwicklung im Konzern auswirken, insbesondere was die Energieaufwendungen und Materialbeschaffung betrifft. Zudem können Änderungen von gesetzlichen Regelungen und Umlagen, Insolvenzen von Kund:innen und ein geändertes Verbrauchsverhalten einen deutlichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf in Zukunft haben. Bei der mittelfristigen Planung für die Jahre 2024 bis 2027, die auf den Planungen der Tochtergesellschaften basiert, geht die Geschäftsführung von jährlichen Verlusten von durchschnittlich 217,08 Mio. € aus. Für das Wirtschaftsplanjahr 2023 erwartet die Geschäftsführung gemäß genehmigtem Wirtschaftsplan einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 204,93 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Unter dem Dach der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) erbringen operativ selbständige Tochtergesellschaften Leistungen der Daseinsvorsorge im Bereich Energie, Verkehr, Baden und Abfallverbrennung, die Tag für Tag von hunderttausenden Menschen genutzt werden. Zu den operativen Aufgaben der Gesellschaft zählen neben der Vermietung des Verwaltungsgebäudes weitere Konzernaufgaben, vor allem in den Bereichen Rechnungswesen, Treasury, Betriebsrestauration, betriebsärztlicher Dienst sowie Revision.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 334,33 Mio. € auf 1,68 Mrd. € gestiegen. Dies ergab sich aus dem Anstieg des Anlagevermögens, der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten auf der Passivseite. Auf der Vermögensseite stellen die Finanzanlagen den wichtigsten Aktivposten dar. Hier sind insbesondere die Anteile an der Mainova AG (316,40 Mio. €), Fraport AG (470,03 Mio. €) und Süwag AG (13,23 Mio. €) sowie die stille Beteiligung an der Nassauischen Sparkasse (8,1 Mio. €) und Ausleihungen an verbundene Unternehmen (525,00 Mio. €) bilanziert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozentpunkte auf 80,4 % erhöht. Dies hat seinen Ursprung in erneuten Aktienkäufen der Fraport AG und einem im Berichtsjahr gewährten weiteren Darlehen an die VGF und erstmals auch an die Mainova. Auf der Passivseite erhöhten sich vor allem die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch die Aufnahme langfristiger Darlehen ebenso wie kurzfristiger Termingelder. Zusätzlich sind die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bedingt durch das gemeinsame Cash Pooling-Verfahren gestiegen. Das Eigenkapital hat sich unter Berücksichtigung eines Anspruchs auf Einzahlung in die Kapitalrücklage i. H. v. 88,67 Mio. € auf Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 16.09.2022 durch den Jahresfehlbetrag i. H. v. 91,29 Mio. € insgesamt um 2,62 Mio. € verringert. Ebenso ist durch die gestiegene Bilanzsumme der Eigenkapitalanteil um 5,5 Prozentpunkte auf 21,4 % gesunken. Der negative Finanzmittelfonds, der sich aus den liquiden Mitteln und den Finanzmitteln beim Kassen- und Steueramt der Stadt Frankfurt am Main sowie aus Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammensetzt, hat sich zum Bilanzstichtag um 24,51 Mio. € auf -228,42 Mio. € verschlechtert. Dies resultiert im Wesentlichen aus Auszahlungen für die Gewährung von Darlehen an zwei Tochtergesellschaften sowie Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten, gegenläufig wirken Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2022 weist die SWFH einen Jahresfehlbetrag von 91,29 Mio. € aus (Vj. -59,10 Mio. €), dies bedeutet eine Verschlechterung um 32,19 Mio. €. Das Beteiligungsergebnis verringerte sich um 33,70 Mio. € auf -84,64 Mio. €. Dies ist auf die um 16,12 Mio. € geringeren Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und um die um 17,57 Mio. € gestiegenen Aufwendungen aus Verlustübernahme zurückzuführen. Die Mainova (-14,66 Mio. €.) und die AVA (-1,45 Mio. €) erzielten im Vergleich zum Vorjahr ein niedrigeres Ergebnis, dies wurde verstärkt durch die höheren Verluste der VGF (+15,74 Mio. €) und der BBF (+1,83 Mio. €) im Vergleich zum Vorjahr. Innerhalb der übrigen Erträge und Aufwendungen sind die Umsatzerlöse um 1,09 Mio. € gestiegen. Die Veränderung resultiert aus der höheren Mietzahlung der Stadt Frankfurt am Main für das Kundenzentrum in der Kurt-Schumacher-Straße 10. Der Materialaufwand verringerte sich im Berichtsjahr um 111 T€. Dies ist hauptsächlich auf die geringeren Aufwendungen für Energiekosten der Gebäude aufgrund von Energiesparmaßnahmen zurückzuführen. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 460 T€ erhöht. Die Abweichung resultiert überwiegend aus der gestiegenen Gesamtvergütung der Beschäftigten aufgrund der Anpassung der Entgelttabelle ab 01.04.2022. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 296 T€ resultiert vor allem aus den höheren freiwilligen sozialen Aufwendungen aufgrund Nachholens der Jubilarveranstaltung seit Beginn der Pandemie.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Das Berichtsjahr 2022 wurde mit einem negativen Jahresergebnis i. H. v. 91,29 Mio. € abgeschlossen (Vj. -59,10 Mio. €). Gegenüber der Planung für das Berichtsjahr (-149,17 Mio. €) konnte aber eine positive Ergebnisentwicklung erreicht werden, diese resultiert insbesondere aus Sonder-/Einmaleffekten. Diese Verbesserung beruht im Wesentlichen auf einer geringeren Verlustübernahme der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) als ursprünglich geplant, auf einer gestiegenen

Gewinnabführung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA) sowie einer geringeren Verlustübernahme der BäderBetriebe Frankfurt GmbH (BBF). Die Ergebnisverbesserung der VGF ist hauptsächlich verursacht durch höhere Abschlagszahlungen aus dem ÖPNV-Rettungsschirm, höheren Zuschüssen für Grunderneuerungen sowie die Abnahme des Materialaufwands aufgrund von geringeren Preissteigerungen beim Stromaufwand. Hauptsächlich für die Ergebnisverbesserung der AVA ist die erhaltene Sonderpachtzahlung für das Jahr 2022. Ursächlich für die Ergebnisverbesserung der BBF sind insbesondere über Plan liegende Umsatzerlöse aufgrund gut besuchter Hallen- und Freibäder im Jahr 2022 sowie unter Plan liegende Aufwendungen für Material und Zinsen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Konzernbilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 520,25 Mio. € auf 5,03 Mrd. € erhöht. Auf der Aktivseite haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 39,57 Mio. € erhöht. Das Sachanlagevermögen ist gestiegen. Im Konzern wurden im Berichtsjahr 381,3 Mio. € (Vj. 245,6 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Die Zugänge bei den Sachanlagen (einschließlich der hierfür geleisteten Anzahlungen) betreffen im Wesentlichen die Erweiterung und Erneuerung der Verteilungsanlagen im Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmebereich, die Neuanschaffung von Fahrzeugen für den Personennahverkehr, die Erweiterung der Gleisanlagen, Streckenausrüstungen und Sicherungsanlagen, den barrierefreien Umbau von oberirdischen Stadtbahn- und Straßenbahnstationen sowie Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken. Das Finanzanlagevermögen verringerte sich um rd. 57 Mio. €. Im Wesentlichen resultiert die Veränderung aus gestiegenen Bilanzansätzen bei den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen. Der Anstieg bei den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen resultiert aus der Fortschreibung des Equity-Buchwerts um die Jahresergebnisse. Dies ist im Wesentlichen auf das positive Ergebnis aus der at-Equity-Bewertung der Fraport AG (+27,6 Mio. €) zurückzuführen. Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um rd. 68 Mio. € auf

1,17 Mrd. € erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Berücksichtigung eines Anspruchs auf Einzahlung in die Kapitalrücklage i. H. v. rd. 89 Mio. € auf Basis des Gesellschafterbeschlusses vom 16.09.2022. Die Eigenkapitalquote ist mit 23,3 % (Vj. 24,5 %) leicht gesunken. Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um rd. 346 Mio. € auf 2,78 Mrd. €. Der Anstieg resultiert vor allem aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten. Die Verbindlichkeiten haben einen Anteil von 55,4 % (Vj. 54,1 %) an der Bilanzsumme. Den größten Anteil an den Verbindlichkeiten haben mit 62,1 % (Vj. 62,9 %) die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten; ihr Anteil an der Bilanzsumme beläuft sich auf 34,4 % (Vj. 34,0 %).

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag des Konzerns beträgt rd. 13,3 Mio. € (Vj. Jahresüberschuss 5,1 Mio. €). Nach Verrechnung des auf die Nicht beherrschenden Anteile entfallenden Gewinns ergibt sich ein negatives Konzernergebnis von rd. -28 Mio. € (Vj. -8,0 Mio. €). Gegenüber der Vorjahresprognose für das Jahr 2022 hat sich das Konzernergebnis verbessert. Dies ist im Wesentlichen auf Ausgleichzahlungen im Rahmen der Corona-Pandemie und des 9-Euro-Tickets für den Bereich öffentlicher Personennahverkehr zurückzuführen.

Die Konzernumsatzerlöse beliefen sich im Berichtszeitraum auf 4,72 Mrd. € und lagen damit um 1,66 Mrd. € bzw. 54,1 % über den Vorjahreserlösen. Der Materialaufwand betrifft überwiegend den Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmebezug, die Kosten für den Gas-, Kohle- und Heizöleinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Materialaufwand um 1,62 Mrd. € (+66,4 %) auf 4,07 Mrd. € erhöht. Der Anstieg resultiert vor allem aus gestiegenen Strom- und Gasbezugskosten, die mit den Handelserlösen korrespondieren. Daneben sorgten extreme Preisbedingungen an den Beschaffungsmärkten in Verbindung mit witterungsbedingten Mengenschwankungen insbesondere im Gasbereich für erheblichen Mehraufwand. Hinzu kamen ein gestiegener Heizölverbrauch sowie höhere Aufwendungen für Emissionsrechte. Der Personalaufwand lag mit rd. 533 Mio. € um 54,1 Mio. € über dem Vorjahresni-

veau. Der Anstieg beruht vor allem auf der Tarifierhöhung des Berichtsjahres und dem Anstieg der Beschäftigtenzahl. Zum Jahresende 2022 waren 6.794 (Vj. 6.567) Mitarbeitende sowie 274 (Vj. 283) Auszubildende beschäftigt; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 227 Mitarbeitenden. Die Abschreibungen sind mit 157,07 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 7,91 Mio. € gestiegen. Der Anstieg resultiert überwiegend aus den höheren Investitionen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr auf rd. 242 Mio. € (+17,7 %). Die Veränderung resultiert vor allem aus höheren Zuführungen zu Rückstellungen. Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen ergibt sich aus Erträgen und Aufwendungen durch die Fortschreibung des Equity-Buchwerts um die Jahresergebnisse und beträgt rd. 74 Mio. € (Vj. 82,8 Mio. €). Dies war auf deutlich niedrigere Ergebnisse der Beteiligungen zurückzuführen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2022 auf 48,76 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen). Weiterhin hat die SWFH GmbH eine Garantie von 8 Mio. € für die Stille Einlage bei der Nassauischen Sparkasse erhalten. Im Haushalt 2022 wurden 92,92 Mio. € zur Verlustübernahme des geplanten Jahresfehlbetrages der SWFH, der sich aus den Verlustübernahmen gegenüber der VGF und der BBF ergibt und nicht durch die Erträge der gewinnbringenden SWFH-Tochtergesellschaften und Beteiligungsunternehmen gedeckt ist, eingestellt. Hiervon wurden, basierend auf der Hochrechnung des vierten Quartals 2022 und unter Verrechnung der Spitzabrechnung für 2021, Mittel von 88,67 Mio. €

ausgezahlt. Die Spitzabrechnung für das Jahr 2022 erfolgt mit dem testierten Jahresabschluss 2022.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge von Herrn Arnold 44 T€ und von Herrn Wissgott 52 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 15 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststel-

lungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 27.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 28.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 26.05.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.355.574	1.020.944	334.630	32,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	7	10	-3	-27,1
Sachanlagen	22.395	22.731	-337	-1,5
Finanzanlagen	1.333.173	998.204	334.969	33,6
Umlaufvermögen	328.155	328.451	-297	-0,1
Vorräte	12	11	2	18,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	328.019	283.746	44.273	15,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	123	44.695	-44.572	-99,7
Bilanzsumme	1.683.729	1.349.396	334.333	24,8
PASSIVA				
Eigenkapital	360.534	363.158	-2.624	-0,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	574.741	486.074	88.667	18,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-174.917	-115.813	-59.104	51,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-91.291	-59.104	-32.187	54,5
Rückstellungen	27.697	26.410	1.287	4,9
Verbindlichkeiten	1.295.308	959.637	335.670	35,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.043.318	786.970	256.348	32,6
Rechnungsabgrenzungsposten	190	190	0	0,0
Bilanzsumme	1.683.729	1.349.396	334.333	24,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	14.802	13.717	1.086	7,9
Gesamtleistung	14.802	13.717	1.086	7,9
sonstige betriebliche Erträge	1.112	780	332	42,6
Materialaufwand	-5.504	-5.616	111	-2,0
Personalaufwand	-9.164	-8.704	-460	5,3
Abschreibungen	-931	-940	8	-0,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.852	-3.556	-296	8,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-3.537	-4.318	782	-18,1
Finanzergebnis	-87.605	-54.380	-33.224	61,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-91.141	-58.699	-32.443	55,3
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	145	-136	281	-206,9
Ergebnis nach Steuern	-90.996	-58.835	-32.161	54,7
Sonstige Steuern	-295	-269	-26	9,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-91.291	-59.104	-32.187	54,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-91.291	-59.104	-32.187	54,5
Bilanzergebnis	-91.291	-59.104	-32.187	54,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	86	84	2	2,4

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	3.949.521	3.617.059	332.463	9,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	87.533	47.967	39.566	82,5
Sachanlagen	2.402.728	2.166.776	235.952	10,9
Finanzanlagen	1.459.260	1.402.316	56.944	4,1
Umlaufvermögen	1.070.831	882.008	188.823	21,4
Vorräte	328.529	177.193	151.335	85,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	728.827	644.192	84.635	13,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	13.476	60.623	-47.147	-77,8
Rechnungsabgrenzungsposten	5.631	6.664	-1.033	-15,5
Bilanzsumme	5.025.984	4.505.731	520.253	11,5
PASSIVA				
Eigenkapital	1.173.043	1.105.011	68.032	6,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	52.001	52.001	0	0,0
Kapitalrücklage	574.741	486.074	88.667	18,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	379.797	396.053	-16.256	-4,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-28.370	-7.959	-20.412	256,5
Anteile anderer Gesellschafter	194.875	178.842	16.032	9,0
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	72.033	72.033	0	0,0
Sonderposten	292.663	273.755	18.908	6,9
Rückstellungen	686.761	599.828	86.932	14,5
Verbindlichkeiten	2.782.817	2.436.712	346.105	14,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.727.320	1.532.778	194.542	12,7
Rechnungsabgrenzungsposten	18.667	18.392	275	1,5
Bilanzsumme	5.025.984	4.505.731	520.253	11,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.719.183	3.061.543	1.657.640	54,1
Bestandsveränderung UE / FE	-459	1.434	-1.893	-132,0
andere aktivierte Eigenleistungen	29.276	25.120	4.155	16,5
Gesamtleistung	4.748.000	3.088.098	1.659.902	53,8
sonstige betriebliche Erträge	208.385	164.849	43.536	26,4
Materialaufwand	-4.067.214	-2.444.213	-1.623.001	66,4
Personalaufwand	-532.702	-478.633	-54.069	11,3
Abschreibungen	-157.073	-149.160	-7.913	5,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-241.849	-205.417	-36.431	17,7
Betriebsergebnis	-42.452	-24.476	-17.976	73,4
Finanzergebnis	41.149	39.443	1.706	4,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-1.303	14.966	-16.270	-108,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.094	-2.829	-2.265	80,1
Ergebnis nach Steuern	-6.397	12.137	-18.534	-152,7
Sonstige Steuern	-6.942	-7.011	69	-1,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-13.339	5.127	-18.465	-360,2
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-15.032	-13.085	-1.946	14,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-28.370	-7.959	-20.412	256,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	6.750	6.486	264	4,1

2.6.1 AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH

Anschrift: Kurt-Schuhmacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/213-266 56	E-Mail/Internet: info@ava-gmbh.net www.stadtwerke-frankfurt.de/beteiligungen/ #AVA
Gründung: 02.04.2001	Unternehmensgegenstand: Sanierung der Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt in Frankfurt am Main zur Sicherstellung der Entsorgungssicherheit in der Region. Dies umfasst auch die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung, die Projektsteuerung und das Projektcontrolling der Sanierungsmaßnahmen. Die Gesellschaft ist Eigentümerin der Anlage. Sie ist berechtigt, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Die Gesellschaft kann mit dem Betrieb der Anlage Dritte beauftragen oder den Betrieb in eigenem Namen und für eigene Rechnung durchführen.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 25.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Udo Findt		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Stv Mehmet Agatay Frau StRin Rosemarie Heilig Herr StR Sieghard Pawlik Herr Stv Roger Podstatny Herr Stv Thomas Schlimme Frau Dr. Therese Schwager	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2023

Aufgrund der langfristigen Unternehmensplanungen, deren Planungshorizont bis zum Ende der Vertragslaufzeit des Pachtvertrages mit der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (MHKW) im Jahr 2029 läuft, werden die Verbindlichkeiten weiter kontinuierlich reduziert. Dies erfolgt entweder aus Mittelrückflüssen aus der Vermietung und Verpachtung und/oder über das Cash-Pooling der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH). Die Gesellschaft sieht keine bestandsgefährdenden Risiken, hat jedoch in der Risikoinventur zum 31.12.2022 die Risiken im technischen Bereich analysiert und deren Schadenserwartungswert mit insgesamt 1,0 Mio. € für die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA) eingestuft. Die Planung für das Jahr 2023 sieht Investitionen in die Anlage von 4,2 Mio. € vor. Davon entfallen 4,1 Mio. € auf Erweiterungsmaßnahmen in die Anlage. Ziel ist es, dass diese Investitionen, die

gemeinsam mit der Betreibergesellschaft MHKW festgelegt werden, das Müllheizkraftwerk auf dem jetzigen hohen technischen Stand halten. Damit soll auch zukünftig eine hohe Anlagenverfügbarkeit erreicht werden. Aufgrund des Geschäftsmodells der AVA ist weiterhin nicht mit Auswirkungen durch die Corona-Pandemie sowie dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine auf die künftige wirtschaftliche Lage der AVA zu rechnen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Gesellschaftszweck ist, nach Beendigung der Sanierung der vier Verbrennungslinien der Abfallverbrennungsanlage in der Nordweststadt in Frankfurt am Main im Jahr 2009, alle im Zusammenhang mit der Erhaltung der Betriebsbereitschaft der Anlage und der Sicherstellung der operativen Entsorgungstätigkeit erforderlichen Maßnahmen vorzunehmen. Seit Beendigung der Sanierung der vier Verbren-

nungslinien steht der Stadt Frankfurt am Main und der Region eine genehmigte Kapazität von 525.600 Jahrestonnen für die Verbrennung von Haus- und Gewerbemüll zur Verfügung. Die AVA hat die Abfallverbrennungsanlage sowie das angrenzende Heizkraftwerk (HKW) der Mainova Aktiengesellschaft Frankfurt am Main (Mainova) langfristig an die MHKW GmbH verpachtet. Die MHKW ist eine jeweils 50 %ige Tochtergesellschaft der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und der Mainova. Neben den vier fertiggestellten Verbrennungslinien betreibt die MHKW auch das an die Abfallverbrennungsanlage angrenzende Heizkraftwerk der Mainova.

Auf Grund der geschäftlichen Aktivitäten der AVA haben sich durch die weltweite Corona-Pandemie im Berichtsjahr keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der AVA ergeben. Der Betriebsfahrplan der Betreibergesellschaft (MHKW) sah für 2022 eine Müllmenge von 514.037 Tonnen vor. Erreicht wurden 508.416 Tonnen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert und beträgt weiterhin 16,71 Mio. €. Der Rückgang des Sachanlagevermögens um 320 T€ resultiert vor allem aus den Abschreibungen des Geschäftsjahres. Der Anteil des Sachanlagevermögens an der Bilanzsumme macht 30,3 % (Vj. 32,2 %) aus. Die Finanzanlagen resultieren aus einem an die Gesellschafterin gewährten langfristigen Darlehen und haben einen Anteil von 6,0 % (Vj. 18,0 %). Im Berichtsjahr erfolgte eine planmäßige Tilgung von 2,0 Mio. €. Das Umlaufvermögen ist in 2022 um 2,28 Mio. € auf 10,62 Mio. € gestiegen und macht nun 63,7 % (Vj. 49,9 %) der Bilanzsumme aus. Ursächlich für diese Veränderung ist vor allem der Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betreffen hauptsächlich eine zum Stichtag noch nicht beglichene Rechnung an die MHKW für eine Sonderpacht für das Jahr 2022 von rund 9,5 Mio. € (Vj. 6,0 Mio. €). Auf der Passivseite blieb die Summe der Verbindlichkeiten mit 16,20 Mio. € auf Vorjahresniveau. Der Rückgang der Verbindlichkeiten

gegenüber Kreditinstituten beruht fast ausschließlich auf den planmäßigen Tilgungsleistungen des Berichtsjahres (2,0 Mio. €; Vj. 2,0 Mio. €). Die zur Finanzierung der Sanierung der Abfallverbrennungsanlage aufgenommenen Darlehen machen auf der Passivseite 6,0 % (Vj. 18,1 %) der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin SWFH wurden wie im Vorjahr mit den entsprechenden Forderungen verrechnet und setzen sich u. a. aus dem positiven Stichtagswert des gemeinsamen Konzern-Cash-Poolings (0,8 Mio. €, Vj. 3,7 Mio. €) und dem abzuführenden Gewinn (14,2 Mio. €, Vj. 15,6 Mio. €) gemäß des mit der SWFH geschlossenen Gewinnabführungsvertrages zusammen.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung von rund 14,2 Mio. € (Vj. 15,6 Mio. €) liegt über dem geplanten Jahresergebnis von 7,3 Mio. €. Auf Grund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags mit der SWFH wird der Jahresüberschuss vollständig abgeführt. Die positive Abweichung des Jahresergebnisses im Vergleich zum geplanten Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung ist vor allem auf den Anstieg der Umsatzerlöse aufgrund einer Sonderpacht der MHKW (8,0 Mio. €) zurückzuführen. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr Umsatzerlöse aus der Verpachtung der Verbrennungslinien 11 bis 14 an die MHKW von rund 17,7 Mio. € (Vj. 26,4 Mio. €) erwirtschaftet und liegt damit um 8,7 Mio. € unter dem Wert des Vorjahres. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert überwiegend aus dem vertragsgemäßen Auslauf der variablen Pacht für die technischen Anlagen der Linie 11 und 12. Dem steht im Berichtsjahr eine höhere Sonderpacht der MHKW von rund 8,0 Mio. € (Vj. 5,0 Mio. €) gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten vor allem die Erstattung der bei der AVA angefallenen Verwaltungs- und Betriebskosten durch die MHKW von rund 0,7 Mio. € (Vj. 0,7 Mio. €). Der Materialaufwand beinhaltet ausschließlich Aufwendungen aus bezogenen Leistungen, die im Rahmen der Anmietung des Heizkraftwerkes der Mainova anfallen. Entsprechend zum Rückgang der Umsatzerlöse ist der Materialaufwand, der im Wesentlichen

die Anmietung des Heizkraftwerks von der Mainova betrifft, um 4,21 Mio. € zurückgegangen. Die Abschreibungen sanken gegenüber dem Vorjahr um 3,14 Mio. €, da die Verbrennungslinien 13 und 14 zum ersten Halbjahr 2021 vollständig abgeschrieben waren.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der AVA GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Eine von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2022 auf 1,00 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge von Herrn Findt 46 T€.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 26.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 20.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 12.04.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	6.052	8.372	-2.320	-27,7
Sachanlagen	5.052	5.372	-320	-6,0
Finanzanlagen	1.000	3.000	-2.000	-66,7
Umlaufvermögen	10.619	8.335	2.283	27,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.619	8.335	2.283	27,4
Bilanzsumme	16.670	16.707	-36	-0,2
PASSIVA				
Eigenkapital	403	403	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	377	377	0	0,0
Rückstellungen	67	80	-13	-16,3
Verbindlichkeiten	16.201	16.224	-23	-0,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.006	3.019	-2.013	-66,7
Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	-1	-
Bilanzsumme	16.670	16.707	-36	-0,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	17.670	26.408	-8.738	-33,1
Gesamtleistung	17.670	26.408	-8.738	-33,1
sonstige betriebliche Erträge	678	664	14	2,2
Materialaufwand	-2.802	-7.008	4.205	-60,0
Personalaufwand	-45	-50	4	-8,6
Abschreibungen	-600	-3.743	3.143	-84,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-666	-573	-93	16,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	14.235	15.699	-1.464	-9,3
Finanzergebnis	-6	-7	1	-10,6
Ergebnis vor Steuern (EBT)	14.229	15.692	-1.463	-9,3
Ergebnis nach Steuern	14.229	15.692	-1.463	-9,3
Sonstige Steuern	-66	-78	12	-15,3
Gewinnabführung	-14.163	-15.614	1.451	-9,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

2.6.2 BäderBetriebe Frankfurt GmbH

Anschrift: Am Hauptbahnhof 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/27 10 89-10 10 0 69/27 10 89-10 09	E-Mail/Internet: info@frankfurter-baeder.de www.frankfurter-baeder.de
Gründung: 02.01.2003	Unternehmensgegenstand: Bau, Unterhaltung und Betrieb von Hallen- und Freibädern sowie die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 26.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Boris Zielinski		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Herr StR Mike Josef Frau Stv Julia Eberz Herr StR Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Herr Stv Emre Telyakar Herr Constantin Theodor Trapp	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Harald Kümbel (AN) Herr Markus Rolle (AN) Herr Armin Vessali (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2023

Der Erfolgsplan für 2023 sieht bei Umsatzerlösen von 7,46 Mio. € einen von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) auszugleichenden Fehlbetrag von 44,65 Mio. € vor. Der Vermögensplan umfasst für 2023 Investitionen von 76,12 Mio. €.

Bei den Bauprojekten wird im Geschäftsjahr der Neubau des Restockbades weiter fortgesetzt. In der neuen Freizeit- und Saunalandschaft sollen die einzelnen Nutzungsbereiche (Sport, Freizeit, Erlebnis) alle bisherigen Angebote (Schwimmbecken, Sauna, Erlebnisbad) verbinden. Das Riedbad Bergen-Enkheim wird ab September 2022 saniert und ist zu den Sommerferien 2023 wieder betriebsbereit. Installiert werden neue Edelstahlauskleidungen für Schwimmer-, Nichtschwimmer- und Sprungbecken, die Allwetter- und Sommerumkleiden werden er-

neuert und die Beckenaufteilung in Lehrschwimmbecken und Erlebnisbecken wird erfolgen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt sieben Freibäder und sechs Hallenbäder, einschließlich der Erlebnisbäder Titus Thermen und Panoramabad sowie des im Neubau befindlichen Restockbades. Das Restockbad wurde am 01.05.2021 geschlossen und ist mittlerweile vollständig abgerissen. Das Gartenbad Fechenheim (Hallenbad) wird von der TG Bornheim als Vereinsbad betrieben. Die Zahl der Besucher:innen lag mit 2.137.838 um 1.154.733 über dem Vorjahr (983.105). Die Freibadsaison erzielte aufgrund des guten Wetters mit 1.006.924 Badegästen (Vj. 530.666) ein sehr gutes Ergebnis, die Hallenbadbesuche verbesserten sich ebenfalls deutlich um 678.475 auf

1.130.914 Besucher:innen (Vj. 452.439). Im Geschäftsjahr wurde der Betrieb im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr pandemiebedingt beeinträchtigt. Die besucherstärksten Bäder waren erneut die Erlebnisbäder, an erster Stelle die Titus Thermen (384.595) gefolgt vom Panoramabad (264.452). Bei den Freibädern war das Stadionbad mit 241.179 Eintritten das besucherstärkste.

43.364 Personen nahmen an Schwimmkursen teil, 179.599 Vereinsschwimmer:innen und 121.183 Schulkinder beim Schulschwimmunterricht besuchten die Frankfurter Bäder. Beim Neubauprojekt Familienbad Bornheim wurden im Jahr 2022 weitere Abstimmungen mit der das Bad errichtenden Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG getätigt. Der Rohbau wurde erstellt und erste technische Einbauten erfolgten. Der Abriss des Rebstockbades begann im Frühling 2022 und ist abgeschlossen. Der Neubau schreitet voran.

Die Traglufthalle im Freibad Hausen, die einen teilweisen Ersatz für die Schwimmmöglichkeiten im Rebstockbad bieten soll, ging am 15.11.2021 in Betrieb und stand auch im Herbst/Winter 2022 wieder für die Schwimmer:innen zur Verfügung.

Im Freibad Nieder-Eschbach begannen nach der Sanierung im Jahr 2021 in 2022 die Vorbereitungen für die Errichtung einer Traglufthalle, um das Bad auch im Winter betreiben zu können. Im Freibad Riedbad Bergen-Enkheim begannen nach der Freibadsaison umfangreiche Modernisierungsarbeiten, die nach 40 Jahren Nutzung notwendig geworden sind.

Im Stadionbad fand wieder die Veranstaltung „BigCityBeats“ mit 103.000 Menschen statt und im Freibad Bergen-Enkheim gab es 1.400 Teilnehmende beim 10-Freunde-Triathlon.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 545 T€ auf 91,72 Mio. € (Vj. 91,17 Mio. €) angewachsen. Das Anlagevermögen ist durch Investitionen von 8,76 Mio. €, die die Abschreibungen (2,53 Mio. €) und die Abgänge (643 T€) überstiegen, um 6,14 Mio. € gewachsen. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,3 Prozentpunkte auf 62,5 % erhöht. Das Umlauf-

vermögen (34,38 Mio. €) hat sich um 5,59 Mio. € gegenüber dem Vorjahr verringert. Die Eigenkapitalquote verringerte sich ganz leicht um 0,3 % auf 41,1 % (Vj. 41,4 %). Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags und der jeweiligen Verlustübernahme durch die SWFH ist das Eigenkapital unverändert. Die Rückstellungen erhöhten sich von 6,26 Mio. € auf 7,52 Mio. €, der Anstieg verteilt sich auf eine Vielzahl von Positionen. Die Verbindlichkeiten (43,70 Mio. €, Vj. 44,58 Mio. €) nahmen um 876 T€ ab. Während Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um 1,62 Mio. € und Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen um 123 T€ zunahmen, sanken die sonstigen Verbindlichkeiten um 2,62 Mio. € auf 40,81 Mio. €, letztere bedingt durch planmäßige Tilgungen von Darlehen (2,55 Mio. €). Der passive Rechnungsabgrenzungsposten stieg weiter leicht um 167 T€ auf 2,79 Mio. € und enthält fast ausschließlich Einnahmen aus dem Verkauf von Vorteilskarten für künftige Eintritte.

Der Finanzmittelfonds hat sich im Berichtsjahr um 7,18 Mio. € auf -395 T€ verringert. Der Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (25,05 Mio. €) und Investitionstätigkeit (8,76 Mio. €) überstieg den positiven Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (26,63 Mio. €).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Ergebnis vor Verlustübernahme in Höhe von -32,55 Mio. € ab, eine Verschlechterung von 1,84 Mio. € zum Vorjahr und um 6,85 Mio. € besser als im Wirtschaftsplan vorgesehen (-39,40 Mio. €).

Die Umsatzerlöse liegen mit 9,42 Mio. € um 4,64 Mio. € über dem Vorjahr, welches durch Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in den Hallen-, Freibädern und Saunen geprägt war. Gutes Wetter im Sommer führte zu einer erfolgreichen Freibadsaison. Die geplanten Leistungen für die Schulschwimmbäder konnten abermals nicht im vollen Umfang erbracht werden, da das Stadtschulamt unter anderem aus baulich-technischen Gründen weiterhin mit der Übergabe der Betreuung an die Bäderbetriebe Frankfurt GmbH (BBF) im Verzug ist. Die sonstigen betrieblichen Erträge (1,12 Mio. €, Vj. 5,16 Mio. €) sanken, hauptsächlich durch entfal-

lene einmalige Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der Erstattung von Miet- und Nebenkosten im Vorjahr. Der Materialaufwand von 11,97 Mio. € ist um 2,27 Mio. € höher als im Vorjahr. Dies resultiert aus der höheren Inanspruchnahme von Leistungen Dritter sowie dem höheren Bedarf gegenüber dem Vorjahr, da die Bäder nicht coronabedingt geschlossen waren. Der Personalaufwand stieg um 3,59 Mio. € auf 17,64 Mio. €, wobei im Vorjahr ein Betrag von 1,85 Mio. € aus Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Kurzarbeitergeld in Abzug gebracht wurde. Zusätzlich gab es eine Tarifierhöhung von 1,8 %. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (9,31 Mio. €, Vj. 9,38 Mio. €) sind fast gleichgeblieben, wobei die laufenden Aufwendungen durch den ganzjährigen Betrieb gestiegen sind und im Vorjahr 608 T€ für Rückstellungen aus den im Vorjahr vereinnahmten November- und Dezemberhilfen des Bundes und Verluste aus Anlagenabgängen (529 T€) enthalten waren.

Die Abschreibungen sanken um 3,34 Mio. € auf 2,453 Mio. €. Dies resultiert vornehmlich aus einer im Vorjahr vorgenommenen Sonderabschreibung auf Grund der beabsichtigten Außerbetriebnahme des Panoramabads (3,07 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des Gesundheitswesens, des Sports und der Freizeitgestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der BäderBetriebe Frankfurt GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr betrugen die Bezüge von Herrn Dr. Zielinski 183 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 21.10.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 28.09.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 12.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
BäderBetriebe Frankfurt GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	57.336	51.200	6.136	12,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	14	11	79,9
Sachanlagen	57.311	51.186	6.125	12,0
Umlaufvermögen	34.381	39.971	-5.590	-14,0
Vorräte	290	230	60	26,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	34.026	39.677	-5.651	-14,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	64	64	0	0,4
Bilanzsumme	91.717	91.171	545	0,6
PASSIVA				
Eigenkapital	37.710	37.710	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	37.683	37.683	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	7.516	6.261	1.255	20,0
Verbindlichkeiten	43.703	44.579	-876	-2,0
Rechnungsabgrenzungsposten	2.789	2.622	167	6,4
Bilanzsumme	91.717	91.171	545	0,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.424	4.780	4.643	97,1
Gesamtleistung	9.424	4.780	4.643	97,1
sonstige betriebliche Erträge	1.116	5.157	-4.041	-78,4
Materialaufwand	-11.969	-9.704	-2.265	23,3
Personalaufwand	-17.643	-14.057	-3.586	25,5
Abschreibungen	-2.527	-5.871	3.343	-56,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.305	-9.381	76	-0,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-30.905	-29.075	-1.830	6,3
Finanzergebnis	-1.530	-1.590	60	-3,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-32.435	-30.665	-1.770	5,8
Ergebnis nach Steuern	-32.435	-30.665	-1.770	5,8
Sonstige Steuern	-116	-51	-66	129,6
Erträge aus Verlustübernahme	32.551	30.716	1.836	6,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	285	315	-30	-9,5
Besucher:innen insgesamt	2.137.838	983.105	1.154.733	117,5
Besucher:innen Erlebnis- und Hallenbäder	1.130.914	452.439	678.475	150,0
Besucher:innen Freibäder	1.006.924	530.666	476.258	89,7

2.6.3 Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide und Konzern

Anschrift: Flughafen 60547 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/6 90-0	E-Mail/Internet: info@fraport.de www.fraport.de
Gründung: 02.07.1924	Unternehmensgegenstand: Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau des Flughafens Frankfurt am Main. Der Betrieb, die Unterhaltung, die Entwicklung und der Ausbau anderer Flughäfen im In- und Ausland und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen sowie die Nutzung und Vermarktung der dabei gewonnenen Kenntnisse und Fähigkeiten im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Streubesitz (einschl. Fraportmitarbeitende) Land Hessen Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	Kapitalanteile: 441.722.999 € = 47,77 % 289.519.512 € = 31,31 % 193.444.529 € = 20,92 % 924.687.040 € = 100,00 %	
Vorstand: Frau Anke Giesen Frau Julia Kranenberg Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Herr Dr. Stefan Schulte Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	20 Mitglieder Herr Staatsmin Michael Boddenberg Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Herr OB a. D. Peter Manuel Feldmann Herr Devrim Arslan (AN) Herr Hakan Bölükmeşe (AN) Frau Ines Born Herr Hakan Cicek (AN) Herr Peter Gerber Frau Dr. Margarete Haase Herr Frank-Peter Kaufmann Herr Dr. Ulrich Kipper Herr Staatsmin a. D. Lothar Klemm Frau Karin Knappe (AN) Frau Ramona Lindner Herr Staatssekr a. D. Michael Odenwald Herr Matthias Pöschko (AN) Herr Qadeer Rana (AN) Herr Mathias Venema (AN) Frau Sonja Wärntges Frau Prof. Dr. Katja Windt	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
00,00 %	30,00 %	30,00 %

Beteiligungen:**Kapitalanteile:**

Afriport S. A., Luxemburg	1.850.000 € = 100,00 %
AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	500.000 € = 100,00 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	25.564 € = 100,00 %
FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	7.351.200 TRL = 100,00 %
Fraport Asia Ltd., Hong Kong	895 € = 100,00 %
Fraport Ausbau Süd GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	75.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil Holding GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	151.477.225 € = 100,00 %
Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	133.149.550 € = 100,00 %
Fraport Casa Commercial GmbH	250.000 € = 100,00 %
Fraport Casa GmbH	1.000.000 € = 100,00 %
Fraport Facility Services GmbH	1.025.000 € = 100,00 %
Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Malta Investment Ltd.	25.658.750 € = 100,00 %
Fraport Passenger Services GmbH	50.000 € = 100,00 %
Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	26.180.300 PHP = 100,00 %
Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	25.000 € = 100,00 %
Fraport Slovenija	15.842.626 € = 100,00 %
Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	68.372.538 TRL = 100,00 %
Fraport USA, Inc.	3.000 USD = 100,00 %
FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	470.450 € = 100,00 %
FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	25.000 € = 100,00 %
Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	34.999 PEN = 100,00 %
Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	1.499 € = 99,93 %
Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	480.000 USD = 90,00 %
Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	37.220.230 € = 80,01 %
Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	15.600 € = 65,00 %
Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	3.898.345 € = 60,00 %
NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	676.000 € = 52,00 %
FraCareServices GmbH	25.500 € = 51,00 %
Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	133.015 € = 51,00 %
AirIT Systems GmbH	1.000.000 € = 50,00 %
FraAlliance GmbH	= 50,00 %
Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	1.249.221 € = 50,00 %
Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	12.500 € = 50,00 %
Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	19.175 € = 50,00 %
operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	62.500 € = 50,00 %
Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	103.043 € = 50,00 %
Terminal for Kids gGmbH	12.500 € = 50,00 %
FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	3.174.048 € = 49,00 %

ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	127.400 € =	49,00 %
Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	=	49,00 %
Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	104.000 € =	40,00 %
Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	6.067.151 € =	38,56 %
Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	100.000 € =	33,33 %
Thalita Trading Limited	68.825 € =	25,00 %
Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	38.391 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	121.359 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	154.308 € =	20,00 %
Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	538.439 € =	20,00 %

A. Ausblick 2023

Der weltwirtschaftliche Ausblick hängt vom weiteren Verlauf des Ukrainekriegs, der damit verbunden ökonomischen Folgen sowie der künftigen Inflationsdynamik und der daraus resultierenden Straffungsmaßnahmen der Zentralbanken ab. Bei einer insgesamt positiven Entwicklung der Weltwirtschaft und des Welthandels erwartet die Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide (Fraport AG) eine weiterhin hohe Reisebereitschaft verbunden mit einer entsprechenden Nachfrage nach Flugreisen.

Das Wachstum in Frankfurt und international wird durch Geschäftsaktivitäten und Konzern-Standorte weiterentwickelt. Für den Flughafen Frankfurt wird ein Passagieraufkommen ähnlich wie 2019 von über 80 % bis 90 % prognostiziert. Aufgrund der vergangenen coronabedingten Reisebeschränkungen wird nun ein stark anwachsender Langstreckenverkehr nach Asien erwartet. Auch die Nachfrage von Geschäftsreisen wird sich voraussichtlich weiter erhöhen. Die Fraport erwartet, etwa bis zum Jahr 2026 wieder das Passagieraufkommen von 2019 zu erreichen.

Durch Teilnahmen an internationalen Ausschreibungen verfolgt die Gesellschaft das Ziel, seine Flughafenexpertise global zu vermarkten und an der Attraktivität neuer Arbeitsmärkte zu partizipieren.

Für die Konzern-Flughäfen werden ebenfalls positive Verkehrsentwicklungen gesehen, das Konzernergebnis wird zwischen 300 Mio. € und 420 Mio. € gesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport AG zählt mit ihrem internationalen Portfolio zu den weltweit führenden Flughafen-Betreiber-gesellschaften. Als Flughafenbetreiber erbringt Fraport sämtliche operativen und administrativen Leistungen des Flughafen- und Terminalbetriebs. Neben Planungs- und Beratungsleistungen ist die Gesellschaft auch im Bereich IT-Services und Facility Management tätig.

Neben dem Hauptstandort Frankfurt am Main, einer der bedeutendsten Passagier- und Frachtflughäfen weltweit, gehören unter anderem zu den weiteren wesentlichen Standorten 14 Flughäfen in Griechenland, der Flughafen Lima in Peru sowie zwei Flughäfen in Brasilien.

Den maßgeblichen Teil der Umsätze und Ergebnisse erzielt der Fraport-Konzern aus dem Passagier- und Frachtgeschäft im Inland. Zum Erhalt und zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition tragen insbesondere die Ausbau- und Modernisierungsmaßnahmen am Standort Frankfurt bei. So wird beispielsweise die Nordverlagerung der Sicherheitskontrollen im Terminal 1 zu einem deutlich besseren Umsteigeprozess führen. Der Bau des Terminals 3 („Ausbau Süd“), der die Flugsteige H und J, die Straßeninfrastruktur sowie ein Parkhaus umfasst, sind weit fortgeschritten und sichert die langfristig notwendigen landseitigen Kapazitäten, um den Standort zukunftsorientiert erfolgreich im Wettbewerb zu positionieren. Die Eröffnung des neuen Terminals ist mit Beginn des Sommerflugplans 2026 geplant.

Der Flughafen Frankfurt am Main war im vergangenen Geschäftsjahr mit 48,9 Mio. Passagieren (Vj. 24,8 Mio.) an Platz sechs der nach Passagieren führenden Flughäfen in Europa. Innerhalb Deutschlands

liegt der Flughafen Frankfurt an Platz eins vor München der mit rund 32 Mio. Passagieren an Platz zehn im Europavergleich liegt. Im Luftfrachtbereich war der Flughafen Frankfurt mit 1,97 Mio. t der führende Flughafen in Europa.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der Fraport AG liegt mit 13,23 Mrd. € über dem Vorjahr (12,66 Mrd. €). Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen aufgrund der Investitionen im Rahmen des Projekts Ausbau Süd sowie einer Kapitaleinlage aus der Beteiligung am Flughafen Antalya.

Der im Vergleich zum Vorjahr geringerer Zahlungsmittelbestand (-512,30 Mio. €) wirkt sich auf das Umlaufvermögen aus, welches um 448,20 € geringer ausfällt.

Auf der Passivseite wirkt sich der Jahresfehlbetrag aus dem Geschäftsjahr i. H. v. 88,40 Mio. € entsprechend negativ auf das Eigenkapital aus (2,88 Mrd. €; Vj. 2,96 Mrd. €). Die im Geschäftsjahr vorgenommenen Finanzierungsmaßnahmen zur Liquiditätssicherung erhöhen die Verbindlichkeiten um 632,30 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft hat einen Jahresfehlbetrag von 88,40 Mio. € (Vj. Jahresüberschuss 76,50 Mio. €). Die Fraport AG erzielte im Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse i. H. v. 1,78 Mrd. € (Vj. 1,25 Mrd. €). Ursächlich waren im Wesentlichen verkehrsmengenbedingt höhere Umsatzerlöse aus Flughafenentgelten (+256,7 Mio. €). Während auch die Erlöse aus Infrastrukturentgelten (+96,0 Mio. €) und die Retail-Umsätze (+77,8 Mio. €) sowie die Bodenverkehrsdienstleistungen (+65,6 Mio. €) stiegen, verzeichneten die Umsatzerlöse aus Sicherheitsdienstleistungen einen Rückgang um 24,0 Mio. €. Ursächliche war ein Einmaleffekt im Vorjahreszeitraum i. H. v. 30,5 Mio. € aus der Einigung mit der Bundespolizei im Zusammenhang mit verrechneten Luftsicherheitsleistungen der vergangenen Jahre.

Die im Vergleich zum Vorjahr geringeren sonstigen betrieblichen Erträge (-135,30 Mio. €) resultieren insbesondere aus dem im Vorjahr vom Bund und Land Hessen gleichermaßen gewährten Ausgleich für die

im ersten Lockdown 2020 entstandenen Vorhaltekosten i. H. v. insgesamt 159,8 Mio. €.

Wie in den Vorjahren erzielte die Fraport AG auch im vergangenen Geschäftsjahr einen wesentlichen Teil ihrer Umsatzerlöse mit Kunden am Standort Frankfurt am Main.

Der Personalaufwand stieg durch die geringere Inanspruchnahme von Kurzarbeit sowie aus dem erhöhten Personalbedarf aufgrund der positiven Verkehrsentwicklung um 63,7 Mio. € auf 573,30 Mio. €. Die Abschreibungen der Anteile an der Fraport Malta Ltd. sowie an der Thalita Trading Ltd. in Zusammenhang mit dem Engagement am Flughafen St. Petersburg führten zu dem stark reduzierten Finanzergebnis von -165,60 Mio. € (Vj. -65,10 Mio. €). Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages von 88,40 Mio. € wurde ein entsprechender Betrag aus den anderen Gewinnrücklagen entnommen.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzern

Der Konsolidierungskreis des Fraport-Konzerns umfasst neben der Fraport AG fünf vollkonsolidierte Unternehmen, 16 Gemeinschaftsunternehmen und vier assoziierte Unternehmen.

Die Konzernbilanz der Fraport schließt mit 17,61 Mrd. € (Vj. 16,24 Mrd. €). Auf der Aktivseite resultiert die Erhöhung im Wesentlichen aus den Steigerungen der immateriellen Vermögensgegenstände (insbesondere Investments in Flughafen-Betreiberprojekte (Konzessionsrechte) (+352,7 Mio. €)), der Erhöhung der Sachanlagen (insbesondere Bau des Terminals 3 mit 593,7 Mio. €) und der Erhöhung der At-Equity bilanzierten Beteiligungen (hierzu zählen die Flughäfen in Antalya und Pulkovo als Konzern-Flughäfen außerhalb von Frankfurt mit 420 Mio. €). Auf der Passivseite erhöhte sich der Eigenkapitalanteil des Konzerns um 156,30 Mio. € auf 3,91 Mrd. €, ursächlich hierfür ist die gestiegene Gewinnrücklage. Neben den langfristigen Finanzschulden (+410 Mio. €) haben sich auch die kurzfristigen Finanzschulden (+ 582,00 Mio. €) erhöht.

Der Konzern schließt mit einem Jahresüberschuss von 166,60 Mio. €, das ist eine Steigerung um 74,80 Mio. € (+81,5 %). Der Konzernumsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 1,05 Mrd. € auf 3,19 Mrd. €. Der Anstieg war am Standort Frankfurt

im Wesentlichen auf verkehrsbedingte höhere Umsatzerlöse aus Flughafenentgelten zurückzuführen. Die sonstigen betrieblichen Erträge reduzierten sich auf 139,30 Mio. €, hier enthalten sind der Verkauf der Anteile an den Gesellschaften Xi'an und D-Port-Logistik GmbH. Der Materialaufwand erhöhte sich auf 1,10 Mrd. € (Vj. 750,70 Mio. €). Hier enthalten sind u. a. die Aufwendungen im Zusammenhang mit den Flughafen-Betreiberprojekten im Ausland. Der Personalaufwand stieg auf 1,04 Mrd. € (Vj. 884,30 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich auf 205,50 Mio. € (Vj. 143,90 Mio. €) und enthalten u. a. neben der Bildung von Rückstellungen (Schadenersatz) Versicherungen und sonstigen Verwaltungsaufwand. Das EBIT liegt bei 564,50 Mio. € (Vj. 313,70 Mio. €). Das Finanzergebnis beträgt -330,60 Mio. € (Vj. -197,30 Mio. €). Das Ergebnis vor Steuern hat sich um 117,50 Mio. € auf 233,90 Mio. € erhöht. Die Entwicklung der wesentlichen Konzern-Gesellschaften außerhalb von Frankfurt stellen sich vor der Konsolidierung wie folgt dar:

Fraport USA: Die Umsatzerlöse stiegen auf 103,4 Mio. € (+52,3%). Das EBIT belief sich auf 4,8 Mio. € (-76,8 %). Das Ergebnis lag bei -1,8 Mio. € (Vj. 8,5 Mio. €).

Fraport Slovenija: Die Umsatzerlöse stiegen auf 33,9 Mio. € (+56,2 %). Das EBIT beträgt -2,7 Mio. € (+10 %). Das Ergebnis lag wie im Vorjahr bei -2,6 Mio. €.

Fortaleza und Porto Alegre (Brasilien): Die Umsatzerlöse lagen im Berichtsjahr bei 90,00 Mio. € (+31,8 %). Das EBIT belief sich auf 28,80 Mio. €

(+63,6 %), das Ergebnis auf -3,5 Mio. € (Vj. -16,5 Mio. €.)

Lima: Die Umsatzerlöse stiegen um 70,9 % auf 590,10 Mio. € (Vj. 345,20 Mio. €). Das EBIT belief sich auf 83,4 Mio. € (Vj. 39,80 Mio. €), das Ergebnis belief sich auf 37,20 Mio. € (Vj. 11,20 Mio. €).

Fraport Greece (A+B): Die Umsatzerlöse stiegen auf 443,8 Mio. € (+73,8 %). Das EBIT belief sich auf 208,5 Mio. € (+44,8 %), das Ergebnis bei 69,9 Mio. € (Vj. 24,7 Mio. €).

Twin Star: Die Umsatzerlöse stiegen auf 43,5 Mio. € (+48,5 %). Das EBIT belief sich auf 8,6 Mio. € (Vj. 3,8 Mio. €). Das Ergebnis lag bei 4,2 Mio. € (Vj. 0,9 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 9,04 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 1,34 Mio. € (Vj. 1,38 Mio. €).

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	10.754.100	9.736.600	1.017.500	10,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	34.200	35.400	-1.200	-3,4
Sachanlagen	7.088.400	6.643.800	444.600	6,7
Finanzanlagen	3.631.500	3.057.400	574.100	18,8
Umlaufvermögen	2.090.900	2.539.100	-448.200	-17,7
Vorräte	16.000	13.800	2.200	15,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	310.700	298.000	12.700	4,3
Wertpapiere	124.300	75.100	49.200	65,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.639.900	2.152.200	-512.300	-23,8
Aktive latente Steuern	341.900	340.000	1.900	0,6
Rechnungsabgrenzungsposten	38.900	39.900	-1.000	-2,5
Bilanzsumme	13.225.800	12.655.600	570.200	4,5
PASSIVA				
Eigenkapital	2.876.000	2.964.400	-88.400	-3,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	924.700	924.700	0	0,0
Kapitalrücklage	606.300	606.300	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.345.800	1.395.900	-50.100	-3,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	38.300	-38.300	-
Sonderposten	7.800	7.300	500	6,8
Rückstellungen	507.700	484.200	23.500	4,9
Verbindlichkeiten	9.786.200	9.153.900	632.300	6,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.990.400	6.416.000	574.400	9,0
Passive latente Steuern	14.300	10.000	4.300	43,0
Rechnungsabgrenzungsposten	33.800	35.800	-2.000	-5,6
Bilanzsumme	13.225.800	12.655.600	570.200	4,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	1.776.200	1.249.000	527.200	42,2
andere aktivierte Eigenleistungen	28.800	28.200	600	2,1
Gesamtleistung	1.805.000	1.277.200	527.800	41,3
sonstige betriebliche Erträge	58.700	194.000	-135.300	-69,7
Materialaufwand	-732.900	-513.400	-219.500	42,8
Personalaufwand	-573.300	-509.600	-63.700	12,5
Abschreibungen	-308.400	-315.300	6.900	-2,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-167.100	-112.100	-55.000	49,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	82.000	20.800	61.200	294,2
Finanzergebnis	-165.600	-65.100	-100.500	154,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-83.600	-44.300	-39.300	88,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4.800	120.800	-125.600	-104,0
Ergebnis nach Steuern	-88.400	76.500	-164.900	-215,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-88.400	76.500	-164.900	-215,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-88.400	76.500	-164.900	-215,6

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	7.309	7.893	-584	-7,4
Passagiere (Mio.)	49	25	24	95,6
Cargo (Fracht+Post, ohne Transit, in Tsd. t)	1.967	2.275	-308	-13,5
Flugzeugbewegungen (ohne Militär, in Tsd.)	382	262	120	45,8
Passagiere/Flugbew. (Linien- u. zivil. Charter-Verk.)	143	114	29	25,7

Jahresabschluss zum 31.12.2022
der Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide Konzern

Bilanz Konzern	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	14.366.100	12.991.300	1.374.800	10,6
Immaterielle Vermögenswerte	3.884.300	3.541.500	342.800	9,7
Sachanlagen	8.371.800	7.898.400	473.400	6,0
Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	69.100	88.600	-19.500	-22,0
At-Equity bilanzierte Beteiligungen	491.400	71.300	420.100	589,2
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	1.390.000	1.208.900	181.100	15,0
Latente Steueransprüche	159.500	182.600	-23.100	-12,7
Kurzfristige Vermögenswerte	3.241.500	3.248.700	-7.200	-0,2
Vorräte	25.500	20.300	5.200	25,6
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	177.100	152.300	24.800	16,3
Sonstige Vermögensgegenstände	442.300	293.600	148.700	50,6
Flüssige Mittel	2.585.200	2.662.800	-77.600	-2,9
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	11.400	119.700	-108.300	-90,5
Bilanzsumme	17.607.600	16.240.000	1.367.600	8,4
PASSIVA				
Eigenkapital	4.131.900	3.909.000	222.900	5,7
Anteile des Konzerns	3.909.400	3.753.100	156.300	4,2
Gezeichnetes Kapital	923.900	923.900	0	0,0
Kapitalrücklage	598.500	598.500	0	0,0
Gewinnrücklage	2.387.000	2.230.700	156.300	7,0
Minderheitenanteile	222.500	155.900	66.600	42,7
Langfristige Schulden	11.232.600	10.895.400	337.200	3,1
Langfristige Finanzschulden	9.716.000	9.306.400	409.600	4,4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	1.230.300	1.265.200	-34.900	-2,8
Latente Steuerverpflichtungen	41.300	37.700	3.600	9,5
Pensionsrückstellungen	31.700	41.700	-10.000	-24,0
Andere langfristige Rückstellungen	213.300	244.400	-31.100	-12,7
Kurzfristige Schulden	2.243.100	1.435.600	807.500	56,2
Kurzfristige Finanzschulden	1.209.600	627.600	582.000	92,7
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	444.400	298.800	145.600	48,7
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	223.900	218.900	5.000	2,3
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	353.100	282.200	70.900	25,1
Schulden im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerten	12.100	8.100	4.000	49,4
Bilanzsumme	17.607.600	16.240.000	1.367.600	8,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	3.194.400	2.143.300	1.051.100	49,0
Bestandsveränderungen UE/FE	0	0	0	-
Andere aktivierte Eigenleistungen	39.900	38.000	1.900	5,0
Gesamtleistung	3.234.300	2.181.300	1.053.000	48,3
Sonstige betriebliche Erträge	139.300	354.600	-215.300	-60,7
Materialaufwand	-1.101.600	-750.700	-350.900	46,7
Personalaufwand	-1.036.700	-884.300	-152.400	17,2
Abschreibungen	-465.300	-443.300	-22.000	5,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-205.500	-143.900	-61.600	42,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	564.500	313.700	250.800	79,9
Finanzergebnis	-330.600	-197.300	-133.300	67,6
Ergebnis vor Steuern	233.900	116.400	117.500	100,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-67.300	-24.600	-42.700	173,6
Ergebnis nach Steuern	166.600	91.800	74.800	81,5
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	166.600	91.800	74.800	81,5
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	34.200	9.000	25.200	280,0
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	132.400	82.800	49.600	59,9

Kennzahlen	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen Konzern (Jahresdurchschnitt)	18.850	18.419	431	2,3
davon in Deutschland beschäftigt	15.691	15.599	92	0,6

2.6.4 Mainova AG und Konzern

Anschrift: Solmsstraße 38 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/8 00 88 00 00	E-Mail/Internet: info@mainova.de www.mainova.de
Gründung: 23.10.1998	Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Energie und Wasser, insbesondere die Erzeugung, Gewinnung, Beschaffung, Nutzung, Fortleitung, Übertragung, Verteilung, der Transport, Handel und Vertrieb und die Erbringung damit zusammenhängender Dienstleistungen, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Thüga Aktiengesellschaft Streubesitz	Kapitalanteile: 107.062.963 € = 75,22 % 34.829.056 € = 24,47 % 443.981 € = 0,31 % 142.336.000 € = 100,00 %	
Vorstand: Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Martin Giehl Frau Diana Rauhut		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	20 Mitglieder Frau StRin Stephanie Wüst Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld Herr OB a. D. Peter Manuel Feldmann Herr StR a. D. Markus Frank Herr StR Claus Möbius Herr StR a. D. Eugenio Muñoz del Rio Herr Stv Roger Podstatny Frau StRin Stephanie Wüst Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Frau Gabriele Aplen Herr Dr. Jörg Becker (AN) Herr Thomas R. Becker (AN) Frau Nicole Brunner (AN) Herr Dr. Matthias Cord Herr Thomas Dumke (AN) Herr René Gehringer (AN) Herr Uwe Hartmann (AN) Herr Holger Klingbeil (AN) Frau Cornelia Kröll (AN) Frau Beate Mensch (AN) Herr Ralf-Rüdiger Stamm (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
25,00 %	30,00 %	30,00 %
Beirat: Beiratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Beiratsmitglieder:	39 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky Herr StR Dr. Bernd Heidenreich Herr Dr. Jochen Ahn Herr BM Dr. Frank Blasch	

Herr BM Martin Burlon
Herr Dr. Udo Corts
Herr LRat Michael Cyriax
Herr Holger Follmann
Herr Dr. Christian Garbe
Herr Prof. Dr. med. Jürgen Graf
Frau Susanne Haus
Herr BM Leonard Helm
Herr OB Alexander W. Hetjes
Herr Verb. Dir. Thomas Horn
Herr Frank Junker
Herr BM Lars Keitel
Herr BM Christoph König
Herr LRat Ulrich Krebs
Herr Dr. Joachim Kreysing
Herr Matthias Kruse
Herr BM Albrecht Kündiger
Herr LRat Dr. Alexander Legler
Herr Wolfgang Marzin
Herr Stefan Messer
Herr Frank Nickel
Frau Julia von Opel
Herr BM Klaus Schindling
Herr OB Dr. Felix Schwenke
Herr BM Christian Seitz
Herr BM Adnan Shaikh
Herr BM Gregor Sommer
Herr BM Christian Vogt
Herr LRat Jan Weckler
Herr BM Dirk Westedt
Herr Dr. Andreas Widl
Herr Dr. Ingo Wiedemeier
Herr Claus Wissner
Frau Eva Wunsch-Weber
Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang

Beteiligungen:**Kapitalanteile:**

Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	5.000.000 € = 100,00 %
Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	52.000 € = 100,00 %
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	7.300.000 € = 100,00 %
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	1.000 € = 100,00 %
Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	50.000 € = 100,00 %
Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
Mainova WebHouse Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	6.000 € = 100,00 %
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	500.000 € = 100,00 %
REmain GmbH & Co. KG	5.000 € = 100,00 %
REmain Management GmbH	25.000 € = 100,00 %
SRM StraßenBeleuchtung Rhein-Main GmbH	25.000 € = 100,00 %
ENERENT GmbH	25.001 € = 93,72 %
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	5.740.200 € = 90,00 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	20.040 € = 50,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	12.525 € = 50,10 %
ABGnova GmbH	50.000 € = 50,00 %
Chargemaker GmbH	15.000 € = 50,00 %
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	4.300.000 € = 50,00 %
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	12.500 € = 50,00 %
Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	1.800.000 € = 50,00 %
Service4EVU GmbH	50.000 € = 50,00 %
Lorenz Energie GmbH	154.562 € = 49,92 %
Infranova Bioerdgas GmbH	49.900 € = 49,90 %
Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	7.485.023 € = 49,90 %
Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	6.000.000 € = 36,36 %
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	11.100 € = 36,33 %
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	16.873 € = 33,00 %
CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	1.500 € = 30,00 %
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	307.970 € = 29,90 %
Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	2.100.000 € = 26,25 %
Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	6.508 € = 26,03 %
Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	2.566.740 € = 25,10 %
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	2.510.000 € = 25,10 %
Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	6.275 € = 25,10 %
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	10.000 € = 20,00 %

A. Ausblick 2023

Die Mainova AG (Mainova) rechnet für das Geschäftsjahr 2023 sowohl im Einzelabschluss nach HGB als auch im Konzernabschluss nach IFRS, letzteres bereinigt um Derivate, mit einem EBT ungefähr auf dem Niveau von 2022, wobei eine verlässliche Prognose aufgrund des fragilen Marktumfelds sowie politischer Eingriffe in die Energiewirtschaft deutlich erschwert ist.

Auf Konzernebene erwartet der Mainova-Konzern Investitionen von über 600 Mio. €. Im Fokus stehen dabei die sichere Stromversorgung durch den Netzausbau, der Ausbau der erneuerbaren Energien,

der Neubau eines Rechenzentrums und der vorgezogene Kohleausstieg durch den Umbau des HKW West. Diese Investitionen sind auch im Zusammenhang mit der Klimaneutralität der Mainova bis spätestens 2040 zu sehen. Diese Investitionen bedürfen neuer Darlehen und gemäß Einladung zur Hauptversammlung der Mainova AG am 30.08.2023 wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Mainova AG bis maximal 71.168.000 € durch Ausgabe von bis zu 2.780.000 neuen Stückaktien gegen Bareinlagen zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Bezogen auf ihre Leistungsindikatoren Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit geht die Mainova im Geschäftsjahr 2023 ebenfalls von einem in etwa konstanten Niveau aus.

Nach 17 Jahren im Vorstand der Mainova AG wird Herr Dr. Alsheimer die Mainova AG in 2023 verlassen und zur Thüga AG wechseln. Als sein Nachfolger für den Vorstandsvorsitz wurde Herr Dr. Michael Maxelon vom Aufsichtsrat in der Sitzung vom 29.06.2023 für fünf Jahre bestellt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Geschäftsbericht der Mainova steht 2022 unter dem Motto „Chancen ergreifen“. Mainova behauptete sich in den turbulenten Zeiten, die gekennzeichnet waren durch massive Preisausschläge und hohe Volatilität an den Strom- und Gasmärkten sowie die angespannte Verfügbarkeit von Erzeugungskapazitäten in Europa. Doch Mainova begreift dieses Umfeld auch als Chancen durch den Beweis ihrer Verlässlichkeit für die Kundinnen und Kunden, die Region und die Stadt Frankfurt am Main. So lieferte Mainova einen direkten Wertbeitrag für die Stadt Frankfurt am Main mit 113 Mio. €, mit dem wichtige Bereiche, wie der öffentliche Nahverkehr und die Bäderbetriebe, mitfinanziert werden. Der Wertbeitrag setzt sich zusammen aus Gewinnabführung, Steuerumlage und Konzessionsabgabe. Auf AG-Ebene wurde mit 84,23 Mio. € ein über Plan liegendes EBT erzielt.

Trotz des turbulenten Jahres hat Mainova an ihrem Investitionskurs festgehalten und hat auf Konzern-Ebene 340,0 Mio. € und somit deutlich mehr als im Vorjahr investiert. Der Schwerpunkt der Investitionen lag auf der Erneuerung der Heizkraftwerke sowie auf dem Neubau eines hocheffizienten Gaskraftwerks in Hanau. Im Bereich der Erneuerbaren wurden weitere Anteile am Solarpark Boitzenburger Land erworben. Durch den Erwerb der mobiheat wurde der Mainova Konzern Marktführer im Bereich der mobilen Heizzentralen in Deutschland. Weitere Investitionen fielen im Zusammenhang mit dem Bau eines Rechenzentrums an.

Auf AG Ebene wurden die Kompetenzen im Bereich Erneuerbare Energien, wobei einzelne Wind- und

PV-Parkanlagen bisher schon in separaten Tochtergesellschaften bilanziert waren, neu fast vollumfänglich unter einer Erneuerbaren Energien-Zwischenholding gebündelt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Onshore-Windparks und Photovoltaik-Anlagen.

Die Mainova versorgt rund eine Million Menschen überwiegend in Hessen sowie in den angrenzenden Bundesländern mit Strom und Gas und die Bürger:innen in Frankfurt am Main mit Wärme und Wasser. Zudem beliefert Mainova regionale Energieversorgungsunternehmen und bundesweit Geschäftskunden mit Strom und Gas.

Das operative Kerngeschäft nehmen im Wesentlichen die börsennotierte Mainova AG und ihre nachfolgend genannten Tochtergesellschaften (die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH, die Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH, die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH) wahr. Die ENERENT GmbH bzw. ihre Tochterunternehmen vermieten und vertreiben Anlagen zur dezentralen Energieversorgung. In Ergänzung dazu hat die Mainova AG die Mehrheitsanteile an der mobiheat erworben. Der Bereich Bau und Betrieb von Rechenzentren wird über die Mainova Webhouse GmbH & Co. KG abgedeckt.

Eine wesentliche Grundlage, um die zukünftigen vielfältigen Herausforderungen stemmen zu können, ist, dass Mainova als eine attraktive Arbeitgeberin wahrgenommen wird. Neben der Personalgewinnung ist auch die Personalbindung und -entwicklung zu sehen, um Abwanderungen von Leistungsträgern zu verhindern. Mainova konnte die Zahl der Mitarbeitenden im Konzern aufbauen: im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl auf Konzernebene 3.085 (Vj. 2.946) und am Jahresende waren es 3.103.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Mainova AG stellte ihren Jahresabschluss nach den Vorschriften des HGB sowie den ergänzenden Vorschriften des AktG (Aktiengesetz) und des EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) auf. Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 23 % auf 2,43 Mrd. € erhöht. Auf der Aktivseite sind sowohl das Anlage- als auch das Umlaufvermögen

gestiegen. Das Anlagevermögen erhöhte sich um 227,11 Mio. €, insbesondere durch Investitionen in Netze und Hausanschlüsse sowie die Erneuerung der Heizkraftwerke. Das Finanzanlagevermögen stieg durch Kapitalerhöhungen und Ausleihungen an verbundene Unternehmen. Das Umlaufvermögen hat sich durch einen höheren Bestand an Emissionsrechten innerhalb der Vorräte und einer Zunahme der Forderungen aus Cash Pooling gegen verbundene Unternehmen erhöht.

Der Anteil des Anlagenvermögens ist gegenüber dem Vorjahr wegen des starken Anstiegs des Umlaufvermögens auf 64,5 % (Vj. 68,0 %) gesunken.

Die Erhöhung der Bilanzsumme spiegelte sich auf der Passivseite in einem Anstieg der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten wider, während das Eigenkapital durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der SWFH konstant blieb. Preisbedingt erhöhten sich im Wesentlichen die Rückstellungen für Energiedeputate sowie die Umweltrückstellungen und hier insbesondere die Abgabeverpflichtungen für Emissionsrechte und Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben. Der Anstieg der Verbindlichkeiten resultierte überwiegend aus der Aufnahme eines Darlehens von der SWFH sowie aus höheren Cash-Pooling Verpflichtungen.

Die finanziellen Mittel (Finanzmittelfonds) setzten sich zusammen aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung abzüglich der Verbindlichkeiten aus Konzernfinanzierung sowie Guthaben bei Kreditinstituten. In Summe ergab dies -429,00 Mio. €. Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verminderte sich um rund 56 Mio. € auf 17,20 Mio. € aufgrund eines gesunkenen Working Capital. Die Erhöhung der Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit um -164,40 auf -288,10 Mio. € war maßgeblich durch höhere Investitionen in das Finanzanlagevermögen verursacht. Der positive Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (203,40 Mio. €) resultierte insbesondere aus der Aufnahme eines Darlehens von der SWFH. Zudem wurde ein geringerer Gewinn an die SWFH abgeführt.

Zur Erfolgslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Mainova AG ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von 84,23 Mio. € erzielen, welches um rund 15 Mio. € unter dem des Vorjahres, aber über Plan lag. Die Umsatzerlöse haben sich ebenso wie der Materialaufwand massiv erhöht. Dies ist insbesondere auf stark gestiegene Handelserlöse zurückzuführen, die mehrheitlich durch die extremen Marktpreisentwicklungen verursacht waren. Neben Umsatzsteigerungen bei den Individualkunden war ein Anstieg im Gasverkauf zu verzeichnen. Hierfür waren gestiegene Marktpreise und Umlagen verantwortlich, die den witterungsbedingten Rückgang überkompensierten. Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen in etwa auf Vorjahresniveau, wobei höhere Auflösungen von Rückstellungen geringeren Zuschreibungen von Finanzanlagen gegenüberstanden.

Der Personalaufwand erhöhte sich aufgrund der Zuführung zur Rückstellung für Energiedeputate infolge der marktbedingten Preissteigerungen sowie den tariflichen Gehaltsanpassungen und dem Personalaufbau.

Von den im Durchschnitt 2.807 (Vj. 2.773) Beschäftigten waren 687 (Vj. 666) weiblichen Geschlechts. Die Abschreibungen stiegen investitionsbedingt. Wesentlich für die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren vor allem höhere Zuführungen zu den Rückstellungen für Umweltrisiken aufgrund von Kostensteigerungen.

Der Anstieg des Finanzergebnisses war auf gestiegene Erträge aus Gewinnabführungen und hier insbesondere aus dem Biomasse-Kraftwerk Fechenheim sowie der ENERENT zurückzuführen. Darüber hinaus wirkten geringere Aufwendungen aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen positiv, während sich zinsbedingt die Abschreibungen auf Finanzanlagen negativ auswirkten.

Der Steueraufwand lag bei einem geringeren EBT aufgrund von steuerlich nicht zu berücksichtigenden Sachverhalten über dem Vorjahr.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die Finanzanlagen der Mainova AG erhöhten sich um 130,99 Mio. €. Das Ergebnis aus Finanzanlagen

(ohne Zinsergebnis) stieg von 15,78 Mio. € auf 21,49 Mio. €. Zu den Gründen verweisen wie auf die obigen Ausführungen.

Der Konzernabschluss der Mainova wurde unverändert nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. In den Mainova Konzern wurden aufgrund des Beteiligungszuwachses 35 (Vj. 32) Tochterunternehmen (hier Zugang von drei mobiheat Gesellschaften), 15 (Vj. 15) assoziierte Unternehmen und 11 (Vj. 11) Gemeinschaftsunternehmen einbezogen.

Die unbereinigte Konzern-Bilanzsumme nach IFRS ist um rund 11 % gestiegen. Im zusammengefassten Lagebericht des Mainova und in der Presse wird sowohl bei der Bilanz als auch bei der GuV auf die um die derivativen Finanzinstrumente (IFRS 9) bereinigten Zahlen abgestellt. Dies dient der Verbesserung der Aussagekraft und für Steuerungs-zwecke.

Die Derivatebilanzierung erhöht z. B. die Bilanzsumme um rund 3 Mrd. €. Besonderheit bei den bereinigten Bilanz-Positionen im Vergleich zum Einzelabschluss ist das Eigenkapital, welches sich erhöhte durch positive erfolgsneutrale Effekte aus in Sicherungsbeziehungen befindlichen Derivaten sowie versicherungsmathematischen Gewinnen im sonstigen Ergebnis. Zudem führte das die Gewinnabführung an die SWFH übersteigende Konzernergebnis zu einer weiteren Erhöhung. Die bereinigte Eigenkapitalquote belief sich auf 39,7 % (Vj. 42,4 %). Der Anteil des bereinigten langfristigen Vermögens an der Bilanzsumme belief sich auf 76,4 % (Vj. 79,3 %) und wurde zu 51,8 % (Vj. 53,4 %) durch das Eigenkapital gedeckt.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) des Konzerns lag bei -278,35 Mio. € (Vj. 507,51 Mio. €) und war maßgeblich durch die Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten nach IFRS 9 beeinflusst. Nach Bereinigung um diese Effekte belief sich das EBT auf 125,42 Mio. € (Vj. 165,82 Mio. €). Hier hat die Derivatebewertung ohne Sicherungszusammenhang nach den Vorschriften des IFRS einen negativen Effekt von rund 400 Mio. €. Da die Mainova AG den größten Teil des Konzerns ausmacht, werden nachfolgend nur ein paar Besonderheiten aus der bereinigten GuV genannt; ansonsten wird auf die

Ausführungen zum Einzelabschluss und deren Veränderung verwiesen. Durch den erstmaligen Einbezug der mobiheat-Gruppe stieg der Personalaufwand um knapp 15 Mio. €. Das bereinigte Ergebnis aus den nach der Equity-Methode bilanzierten Finanzanlagen betrug 46,4 Mio. € und lag um 57,4 Mio. € unter dem Vorjahr. Dies resultierte aus deutlich geringeren Ergebnissen der Beteiligungen sowie insbesondere zinsbedingten Wertminderungen aus den jährlichen Werthaltigkeitsüberprüfungen. Der negative Ergebnisbeitrag aus der Marktbewertung von derivativen Finanzinstrumenten führte im Jahr 2022 zu latenten Steuererträgen. Dadurch ergab sich im Jahr 2022 ein Steuerertrag von rund 95 Mio. €, dem im Vorjahr ein Steueraufwand von rund 130 Mio. € gegenüberstand.

Im Nachfolgenden wird auf die Segmentberichterstattung abgestellt, um Wiederholungen zum Einzelabschluss zu vermeiden. Die Abgrenzung der Segmente basiert verpflichtend auf der intern vom Management zur Steuerung des Konzerns verwendeten Berichtsstruktur. Es wird das bereinigte Ergebnis vor Steuern des jeweiligen Segments dargestellt.

Der Ergebnisbeitrag der Stromversorgung (+41,96 Mio. €) lag deutlich über dem des Vorjahres (+28,12 Mio. €) und dem geplanten Niveau. Dazu haben im Wesentlichen das operative Geschäft, geringere Kosten der Neukundengewinnung sowie positive Effekte aus der Auflösung von Rückstellungen beigetragen. Gegenläufig wirkte ein rückläufiges Netzgeschäft.

Das Ergebnis der Gasversorgung (31,25 Mio. €) führte aufgrund der erforderlichen Zuführung zur Rückstellung für Umweltrisiken zu einem wie geplant unter Vorjahr (45,17 Mio. €) liegenden Ergebnis. Demgegenüber wirkten ein unter anderem aufgrund geringerer Kundengewinnungskosten verbessertes operatives Geschäft sowie rückläufige Aufwendungen für Baumaßnahmen.

Das Ergebnis des Segments Erzeugung und Fernwärme lag deutlich unter Vorjahr und unter Plan (5,38 Mio. €; Vj. 21,96 Mio. €). Dies war in erster Linie auf den gestiegenen Aufwand für Emissionsrechte zurückzuführen. Gegenläufig konnte die Mainova durch die Vermarktung der Kraftwerksleis-

tungen die Preisvolatilitäten an den Handelsmärkten nutzen.

Über Vorjahres- und Planniveau lag das Ergebnis im Segment Erneuerbare Energien und Energiedienstleistung (+32,89 Mio. €; Vj. +8,68 Mio. €). Positiv wirkten die Ergebnisverbesserung des Biomassekraftwerks in Fechenheim, die Windparks und die erstmalige Einbeziehung der mobiheat-Gesellschaften.

Im Segment Wasserversorgung (+1,86 Mio. €; Vj. +3,54 Mio. €) haben Nachbelastungen von Bezugskosten aus den Vorjahren zu einem leicht unter dem Vorjahr und den Erwartungen liegenden Ergebnis geführt.

Im Segment Beteiligungen (37,68 Mio. €; Vj. 76,80 Mio. €) wurde wie erwartet ein deutlich unter dem Vorjahr liegendes Ergebnis erzielt. Dies war auf geringere Ergebnisse einzelner Beteiligungen sowie insbesondere zinsbedingte Wertminderungen zurückzuführen.

Das „Restsegment“ Sonstige Aktivitäten/Konsolidierung hat sich aufgrund eines leicht zurückgegangenen operativen Ergebnisses sowie des Wegfalls im Vorjahr enthaltener positiver Rückstellungseffekte verschlechtert (-25,60 Mio. € nach -18,44 Mio. €).

Das Ergebnis je Aktie betrug unverwässert für die Muttergesellschaft SWFH -47,42 € (Vj. 86,96 €). Die Dividende je Anteil für die SWFH betrug

7,24 €/Stück (Vj. 11,40 €/Stück) und für außenstehenden Aktionäre lag sie für 1.358.986 Stückaktien bei 9,48 €/Aktie und für die übrigen Stückaktien bei 10,84 €/Aktie.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährten Sicherheiten (Ausfallbürgschaft) belaufen sich zum 31.12.2022 auf rund 528 T€ (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind der Vorstand, der Aufsichtsrat, der Beirat und die Hauptversammlung. Die Gesamtbezüge des Vorstands betrugen im Geschäftsjahr 2,80 Mio. €.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 365 T€.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Mainova AG

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.565.467	1.338.353	227.113	17,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	31.768	30.278	1.490	4,9
Sachanlagen	1.069.389	974.754	94.635	9,7
Finanzanlagen	464.310	333.322	130.988	39,3
Umlaufvermögen	859.256	623.946	235.310	37,7
Vorräte	279.204	139.641	139.562	99,9
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	579.118	482.622	96.497	20,0
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	934	1.683	-749	-44,5
Rechnungsabgrenzungsposten	3.648	5.215	-1.567	-30,1
Bilanzsumme	2.428.371	1.967.515	460.856	23,4
PASSIVA				
Eigenkapital	356.679	356.679	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.083	207.083	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	7.260	7.260	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Sonderposten	306.031	300.594	5.437	1,8
Rückstellungen	496.298	423.726	72.573	17,1
Verbindlichkeiten	1.269.302	886.223	383.079	43,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.092	8.751	-4.659	-53,2
Rechnungsabgrenzungsposten	61	295	-233	-79,2
Bilanzsumme	2.428.371	1.967.515	460.856	23,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	4.486.263	2.856.481	1.629.782	57,1
Bestandsänderung UE / FE	-222	-374	152	-40,6
andere aktivierte Eigenleistungen	5.323	4.078	1.245	30,5
Gesamtleistung	4.491.364	2.860.185	1.631.179	57,0
sonstige betriebliche Erträge	33.689	35.083	-1.393	-4,0
Materialaufwand	-3.907.070	-2.298.572	-1.608.498	70,0
Personalaufwand	-263.680	-241.713	-21.967	9,1
Abschreibungen	-76.005	-71.605	-4.400	6,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-211.944	-190.379	-21.565	11,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	66.355	92.999	-26.644	-28,6
Finanzergebnis	17.871	6.134	11.737	191,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	84.226	99.132	-14.907	-15,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-34.901	-32.153	-2.748	8,5
Ergebnis nach Steuern	49.324	66.980	-17.655	-26,4
Sonstige Steuern	-5.974	-6.212	238	-3,8
Gewinnabführung	-43.350	-60.768	17.417	-28,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.807	2.773	34	1,2

Konzernabschluss zum 31.12.2022 der Mainova AG

Bilanz Konzern	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€	Veränderung in T€	in %
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	5.817.933	5.353.791	464.142	8,7
Immaterielle Vermögenswerte	101.682	61.836	39.846	64,4
Sachanlagen	1.921.107	1.772.505	148.602	8,4
nach der Equity-Methode bilanzierte Finanzanlagen	874.249	830.067	44.182	5,3
Übrige langfr. Ford. u. finanzielle Vermögenswerte	2.883.337	2.687.634	195.703	7,3
Latente Steueransprüche	37.558	1.749	35.809	2047,4
Kurzfristige Vermögenswerte	1.263.435	1.015.129	248.306	24,5
Vorräte	301.190	158.653	142.537	89,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	551.416	488.109	63.307	13,0
Forderungen aus Ertragsteuern	6.499	6.102	397	6,5
Sonstige Vermögensgegenstände	394.901	350.115	44.786	12,8
Flüssige Mittel	9.429	12.150	-2.721	-22,4
Bilanzsumme	7.081.368	6.368.920	712.448	11,2
PASSIVA				
Eigenkapital	1.558.170	1.666.575	-108.405	-6,5
Anteile des Konzerns	1.550.687	1.665.008	-114.321	-6,9
Gezeichnetes Kapital	142.336	142.336	0	0,0
Kapitalrücklage	207.082	207.082	0	0,0
Sonstige Rücklagen	1.201.269	1.315.590	-114.321	-8,7
Nicht beherrschende Anteile	7.483	1.567	5.916	377,5
Langfristige Schulden	4.086.696	3.556.787	529.909	14,9
Erhaltene Zuschüsse	318.660	323.498	-4.838	-1,5
Langfristige Finanzschulden	587.105	366.065	221.040	60,4
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	2.743.224	2.329.740	413.484	17,7
Latente Steuerverpflichtungen	193.759	273.663	-79.904	-29,2
Pensionsrückstellungen	73.995	104.434	-30.439	-29,1
Andere langfristige Rückstellungen	169.953	159.387	10.566	6,6
Kurzfristige Schulden	1.436.502	1.145.558	290.944	25,4
Kurzfristige Finanzschulden	186.135	123.833	62.302	50,3
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	426.213	346.236	79.977	23,1
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	103.338	101.705	1.633	1,6
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	720.816	573.784	147.032	25,6
Bilanzsumme	7.081.368	6.368.920	712.448	11,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€	Veränderung in T€	in %
Umsatzerlöse	7.150.393	3.742.095	3.408.298	91,1
Bestandsveränderungen UE/FE	-97	2.151	-2.248	-104,5
Andere aktivierte Eigenleistungen	24.406	21.553	2.853	13,2
Gesamtleistung	7.174.702	3.765.799	3.408.903	90,5
Sonstige betriebliche Erträge	3.791.436	3.892.254	-100.818	-2,6
Materialaufwand	-7.174.217	-3.471.135	-3.703.082	106,7
Personalaufwand	-273.656	-259.208	-14.448	5,6
Abschreibungen	-115.936	-109.488	-6.448	5,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.751.681	-3.408.995	-342.686	10,1
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bil. Finanzanlagen	65.116	106.379	-41.263	-38,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-284.236	515.606	-799.842	-155,1
Finanzergebnis	5.891	-8.093	13.984	-172,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-278.345	507.513	-785.858	-154,8
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	95.023	-130.456	225.479	-172,8
Ergebnis nach Steuern	-183.322	377.057	-560.379	-148,6
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (incl. Minderheiten)	-183.322	377.057	-560.379	-148,6
Minderheitsgesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	1.900	288	1.612	559,7
Gesellschaftern zurechenbares Jahresergebnis	-185.222	376.769	-561.991	-149,2

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung absolut	in %
Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)	3.085	2.946	139	4,7
Absatz Gasverkauf (o. Betriebsverbrauch) (Mio. kWh)	20.540	20.179	361	1,8
Absatz Stromverkauf (Mio. kWh)	17.153	16.748	405	2,4
Gasversorgungsnetz (km)	5.106	5.095	11	0,2
davon Verbund	4.506	4.500	6	0,1
Stromversorgungsnetz (km)	7.667	7.653	14	0,2
davon Verbund	7.667	7.653	14	0,2
Bilanz Konzern - bereinigt	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
AKTIVA				
Langfristige Vermögenswerte	3.064,3	2.765,8	298,5	10,8
Kurzfristige Vermögenswerte	948,7	723,1	225,6	31,2
Bilanzsumme	4.013,0	3.488,9	524,1	15,0
PASSIVA				
Eigenkapital	1.587,9	1.477,6	110,3	7,5
Langfristige Schulden	1.389,7	1.121,0	268,7	24,0
Kurzfristige Schulden	1.035,4	890,3	145,1	16,3
Bilanzsumme	4.013,0	3.488,9	524,1	15,0
Gewinn- und Verlustrechnung - bereinigt	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	
Umsatzerlöse	4.566,1	2.878,8	1.687,3	58,6
Bestandsveränderungen UE/FE	-0,1	2,0	-2,1	-105,0
Andere aktivierte Eigenleistungen	24,5	21,6	2,9	13,4
Gesamtleistung	4.590,5	2.902,4	1.688,1	58,2
Sonstige betriebliche Erträge	30,1	26,5	3,6	13,6
Materialaufwand	-3.938,5	-2.324,9	-1.613,6	69,4
Personalaufwand	-273,7	-259,2	-14,5	5,6
Abschreibungen	-115,9	-109,5	-6,4	5,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-219,4	-165,2	-54,2	32,8
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bil. Finanzanlagen	46,4	103,8	-57,4	-55,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	119,5	173,9	-54,4	-31,3
Finanzergebnis	5,9	-8,1	14,0	-172,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	125,4	165,8	-40,4	-24,4

2.6.5 Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Kurt-Schumacher-Straße 8 60311 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/2 13-03	E-Mail/Internet: info@vgf-ffm.de www.vgf-ffm.de
Gründung: 15.12.1995		Unternehmensgegenstand: Erbringung von Verkehrsdienstleistungen beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern. Darüber hinaus obliegen der Gesellschaft die Planung, der Bau und die Instandhaltung der oberirdischen Straßen- und Stadtbahnstrecken und der unterirdischen Stadtbahnstrecken inklusive der Tunnelbauwerke.	
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		Kapitalanteile: 11.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Thomas Raasch Herr Michael Rüffer Herr Thomas Wissgott			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		20 Mitglieder Herr StR Stefan Majer Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Frau Stv Ursula Busch Frau Stv Julia Eberz Herr Stv Martin Huber Frau Stv Dr. Katharina Knacker Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer N.N. Herr Stv Nathaniel Ritter Herr Stv Hüseyin Sitki Frau Tülay Cesur (AN) Herr Thomas Heimbürger (AN) Herr Eric Hermann (AN) Herr Jochen Koppel (AN) Herr Michael Kraus (AN) Herr Arno Poka (AN) Herr Olaf Schüssler (AN) Herr Richard Senf (AN) Herr Athanasios Stavrakidis (AN) Frau Pia Tegeler (AN)	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:			
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)		Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
44,44 %		31,58 %	30,00 %
Beteiligungen: SBEV Stadtbahn Europaviertel Projektbaugesellschaft mbH		Kapitalanteile: 12.750 € = 51,00 %	

A. Ausblick 2023

In Anbetracht des zunehmenden Klima- und Umweltschutzbewusstseins gewinnt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt und in der

Region weiter an Bedeutung. Die Direktvergabe schafft mit einer Laufzeit bis zum 31.01.2031 für die nächsten Jahre Planungssicherheit für das Kerngeschäft der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frank-

furt am Main mbH (VGF) als integriertes Schienenverkehrsunternehmen zur Erbringung der Verkehrsleistung, zur Instandhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur sowie zur Gewährleistung des Vertriebs für die Stadtbahn- und Straßenbahnlinien im lokalen Verkehr Frankfurts. Darüber hinaus nimmt die VGF weiterhin die Aufgaben eines zentralen Infrastruktur- und Vertriebsdienstleisters für den gesamten lokalen Busverkehr Frankfurts wahr, die über eine mit der traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) geschlossene Vereinbarung vertraglich gesichert sind. Die VGF wird im Jahr 2023, wie auch in den Jahren zuvor, einen bedarfsgerechten und attraktiven öffentlichen Personennahverkehr mit einer Reihe von Änderungen und Neuerungen in Frankfurt am Main anbieten. Für 2023 sind eine Vielzahl von Projekten, wie z. B. die Verlängerung der Stadtbahn Europaviertel, die Beschaffung des Digital Train Control Systems, die Verstärkung der Fahrstromversorgung, die Fortsetzung der Beschaffung von Straßenbahnwagen (Typ T) und von Speziaalschienenfahrzeugen, der barrierefreie Ausbau und die Erneuerung der Fahrtreppenanlagen in Verkehrsbauwerken sowie Sanierungen und Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsbauwerken vorgesehen. Die VGF rechnet für das Jahr 2023 im Vergleich zum Niveau vor der Pandemie weiterhin mit geringeren Fahrgeldeinnahmen. Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass frühestens im Jahr 2024 das Verkehrsaufkommen aus dem Jahr 2019 wieder erreicht werden kann. Aufgrund beeinträchtigter Lieferketten durch Corona wurden die Lagerbestände erhöht, bestehende Rahmenverträge nach Möglichkeit verlängert und alternative Beschaffungsmöglichkeiten geprüft. Durch die Lage in der Ukraine hat sich die Situation deutlich verschärft, die Unsicherheit in den Beschaffungsmärkten ist deutlich gestiegen. Die Ausweitung der Lagerbestände erfolgte 2022 und diese Strategie wird für 2023 fortführend verfolgt. Es ist weiterhin mit steigenden Beschaffungskosten zu rechnen.

Im Geschäftsjahr 2023 ist zum 01.05. die Einführung des Deutschlandtickets erfolgt. Der Einführungspreis dieses bundesweit gültigen Tickets liegt bei dem vom Bund vorgegebenen Betrag von 49 €.

Das Deutschlandticket ist damit günstiger als reguläre Jahreskarten, die durch die VGF vertrieben werden. Damit entstehen perspektivisch weitere Auswirkungen auf die Tarif- und Vertriebslandschaft der VGF, im RMV und bundesweit, zumal das Deutschlandticket nicht nur im Regionalverbund erworben, sondern bundesweit gekauft werden kann. Der Ausgleich der geringeren Fahrgeldeinnahmen erfolgt durch Bundes- und Landesmittel. Wie lange das Deutschlandticket Gültigkeit haben wird, ist aktuell noch offen.

Zwischen dem RMV, traffiQ und der VGF wurden alternative Ansätze zum papierbasierten Ticketkauf am Automaten diskutiert. Dabei haben sich die Teilnehmenden auf die sogenannte "Mini-App" als neuen Vertriebskanal zum schnellen und einfachen Ticketkauf verständigt. Darauf aufbauend wurde ein Projekt der beteiligten Häuser etabliert, dass eine Einführung der neuen Funktionalität im Jahr 2023 zum Ziel hat.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die VGF ist tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des ÖPNV, von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen. Sie ist eingebunden in den Konzern der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH), mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen ist. Nach wie vor richtungsweisend für die weitere Entwicklung des Unternehmens ist die im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main erfolgte Direktvergabe Schiene, die der VGF ein ausschließliches Recht zur Erbringung von Schienenverkehrsleistungen (Straßen- und Stadtbahnen) in ihrem Zuständigkeitsgebiet gewährt. Die Übertragung dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen erfolgte im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags nach den Artikeln 3 bis 5 VO (EG) Nr. 1370/2007 ab dem 01.02.2011 für die Dauer von 20 Jahren. Nach Ausgliederung der In-der-City-Bus GmbH (ICB) unter das Dach der SWFH erbringt die VGF weiterhin Infrastrukturdienstleistungen sowie Kundendienst- und Vertriebsleistungen im Busbereich und stellt der ICB im Rahmen einer Personalüberlas-

sung das Werkstattpersonal sowie das Werkstattgebäude einschließlich des Betriebshofes Rebstock zur Verfügung.

Das Geschäftsjahr 2022 wurde neben den noch bestehenden Auswirkungen der Corona-Pandemie durch den Ukrainekrieg geprägt. In Folge der Pandemie waren auch 2022 noch hohe Einbrüche der Tarifeinnahmen zu verzeichnen. Im Vergleich zu 2019 liegt für das Jahr 2022 ein verringertes Fahrgastaufkommen in Höhe von 23,39 % bzw. 47,88 Mio. beförderten Personen vor. Die sukzessive Aufhebung der Beschränkungen führte zu einer Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr um 47,87 % bzw. 50,77 Mio. beförderten Personen (auf 156,81 Mio. beförderte Personen). Zusätzlich beeinflusste das 9-Euro-Ticket das Fahrgastaufkommen und die Einnahmen der Monate Juni bis August. Mit diesem Ticket wurde die Bevölkerung hinsichtlich der steigenden Treibstoffpreise entlastet und die Nutzung von Bahn und Bus attraktiver gemacht. Um die entstandenen finanziellen Schäden durch die Corona-Pandemie und das 9-Euro-Ticket im ÖPNV bis zu 100 % auszugleichen, stimmten Bundestag und Bundesrat für den finanziellen Ausgleich. Die Auszahlung der Ausgleichsleistungen in Höhe von 61,91 Mio. € für 2022 erfolgte wie vorgesehen. Angesichts des Krieges in der Ukraine sind die Gaspreise und davon getrieben die Strompreise weiter gestiegen. Der Stromaufwand für das Geschäftsjahr 2022 stieg im Vergleich zum Vorjahr um 97,19 % auf 45,04 Mio. €. Mit der Verabschiedung von Preisbremsen für Strom sowie für Erdgas und Wärme für 2023 durch Bundestag und Bundesrat wird mit geringeren Kosten im Vergleich zu 2022 gerechnet, insgesamt jedoch weiterhin auf hohem Niveau.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 1,16 Mrd. € (Vj. 1,02 Mrd. €). Die Erhöhung um 137,43 Mio. € resultiert aus der Steigerung des Anlagevermögens um 61,47 Mio. € sowie der Erhöhung des Umlaufvermögens in Höhe von 75,83 Mio. €. Der Anteil des Anlagevermögens beträgt mit 953,77 Mio. € (Vj. 892,31 Mio. €) rd. 83 % (Vj. 87,6 %) der Bilanzsumme. Das Umlaufvermögen in Höhe von

201,76 Mio. € (Vj. 125,93 Mio. €) beinhaltet neben den Vorräten in Höhe von 25,98 Mio. € (Vj. 17,47 Mio. €) und den liquiden Mitteln von 2,51 Mio. € (Vj. 2,34 Mio. €) insbesondere die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 173,28 Mio. € (Vj. 106,12 Mio. €). Die Passivseite setzt sich aus dem Eigenkapital in Höhe von 35,84 Mio. € (Vj. 35,84 Mio. €), Rückstellungen in Höhe von 113,92 Mio. € (Vj. 100,20 Mio. €) und Verbindlichkeiten in Höhe von 990,77 Mio. € (Vj. 867,53 Mio. €) sowie Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 15,35 Mio. € (Vj. 14,87 Mio. €) zusammen. Zum Bilanzstichtag beträgt die Eigenkapitalquote 3,10 % (Vj. 3,52 %), bei unverändertem Eigenkapital und einer Erhöhung der Bilanzsumme um 137,43 Mio. €. Die Anlagenintensität sinkt gegenüber dem Vorjahr um 5,1 Prozentpunkte auf 82,5 %. Unter Einbeziehung des langfristigen Fremdkapitals ergibt sich eine Finanzierung des Anlagevermögens in Höhe von rd. 57,0 % (Vj. 79,0 %).

Zur Erfolgslage

Die Gesamterträge verzeichnen eine Erhöhung um 25,42 Mio. € auf 287,09 Mio. €. Dem Rückgang der Erlöse aus Verkehrsleistungen (als Hauptbestandteil der Umsatzerlöse) um 12,90 Mio. € auf 129,55 Mio. € steht ein Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um 35,37 Mio. € gegenüber, im Wesentlichen aufgrund von Ausgleichszahlungen im Rahmen der Corona-Pandemie und des 9-Euro-Tickets. Den Erträgen stehen Gesamtaufwendungen inkl. Steuern in Höhe von rd. 419 Mio. € (Vj. 378,25 Mio. €) gegenüber. Der nicht durch Erträge gedeckte Aufwand nach Abschreibungen und Zinsen führt zu einer Unterdeckung in Höhe von 132,32 Mio. € (Vj. -116,58 Mio. €). Für das Berichtsjahr 2022 ergibt sich somit ein Kostendeckungsgrad von 68,5 % (Vj. 69,2 %). Das Jahresergebnis liegt um 37,21 Mio. € besser als der Planansatz in Höhe von -169,53 Mio. €. Der Verlust wird von der SWFH übernommen.

Ergebnisse der Beteiligungen

Zur Realisierung des Neubaus der Stadtbahnstrecke B, Teilabschnitt 3, Europaviertel in Frankfurt am

Main „Stadtbahn Europaviertel“ wurde gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main die Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH (SBEV) gegründet. Die Eintragung der SBEV in das Handelsregister erfolgte am 05.08.2015. Die Beteiligungshöhe der VGF an der SBEV beträgt 51 %, während die Stadt Frankfurt am Main mit 49 % beteiligt ist. Zur Durchführung des Bauprojektes aus einer Hand wurden zwischen der VGF und der SBEV ein Dienstleistungs- und Totalübernahmevertrag abgeschlossen. Die SBEV schloss das Geschäftsjahr 2022 wie im Vorjahr mit einem Jahresüberschuss von rd. 1 T€ ab. Weiterhin ist die VGF mit 0,16 % an der Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH (beka GmbH) beteiligt. Gegenstand des Unternehmens ist der Ein- und Verkauf aller für den Bau, die Erhaltung und den Betrieb in Verkehrsunternehmen und ähnlichen Unternehmungen erforderlichen Wirtschaftsgüter. Die beka GmbH wies zum 31.12.2022 einen vorläufigen Jahresfehlbetrag von 45 T€ aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt.

Beziehungen zum Haushalt

Die von der Stadt Frankfurt am Main gewährte Sicherheit (Ausfallbürgschaft) beläuft sich zum 31.12.2022 auf 230,62 Mio. € (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge von Herrn Raasch 115 T€, von Herrn Rüffer 247 T€ und von Herrn Wissgott 254 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 33 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden am 05.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 07.09.2022 für das Planjahr 2023 statt. Das Abschlussgespräch für den Prüfbericht 2022 wurde am 19.04.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	953.774	892.305	61.470	6,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	547	657	-111	-16,9
Sachanlagen	953.214	891.633	61.580	6,9
Finanzanlagen	14	14	0	0,0
Umlaufvermögen	201.757	125.928	75.830	60,2
Vorräte	25.977	17.469	8.508	48,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	173.275	106.124	67.152	63,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.505	2.335	170	7,3
Rechnungsabgrenzungsposten	343	211	131	62,2
Bilanzsumme	1.155.875	1.018.444	137.431	13,5
PASSIVA				
Eigenkapital	35.840	35.840	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	11.000	11.000	0	0,0
Kapitalrücklage	16.591	16.591	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	8.249	8.249	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	113.919	100.202	13.717	13,7
Verbindlichkeiten	990.766	867.529	123.237	14,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	341.653	361.419	-19.765	-5,5
Rechnungsabgrenzungsposten	15.350	14.873	477	3,2
Bilanzsumme	1.155.875	1.018.444	137.431	13,5
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	160.088	171.809	-11.721	-6,8
Bestandsänderung UE / FE	-377	-717	340	-47,4
andere aktivierte Eigenleistungen	4.595	4.006	589	14,7
Gesamtleistung	164.306	175.098	-10.792	-6,2
sonstige betriebliche Erträge	121.518	86.149	35.368	41,1
Materialaufwand	-148.727	-122.716	-26.011	21,2
Personalaufwand	-178.792	-165.091	-13.701	8,3
Abschreibungen	-51.204	-46.457	-4.746	10,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.331	-23.595	264	-1,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-116.230	-96.613	-19.617	20,3
Finanzergebnis	-15.827	-19.712	3.885	-19,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-132.057	-116.325	-15.732	13,5
Ergebnis nach Steuern	-132.057	-116.325	-15.732	13,5
Sonstige Steuern	-259	-259	-0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	132.316	116.584	15.732	13,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Bilanzergebnis	0	0	0	-

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung <i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.685	2.619	66	2,5
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	29.862	29.561	301	1,0
davon Straßenbahn	7.716	7.970	-254	-3,2
davon U-Bahn	22.146	21.591	555	2,6
Platzkilometer (in Mio.)	5.670	5.590	80	1,4

2.6.6 In-der-City-Bus GmbH

Anschrift: Am Römerhof 27 60486 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 34 00	E-Mail/Internet: info@icb-ffm.de www.icb-ffm.de
Gründung: 08.09.1992		
Unternehmensgegenstand: Verkehrsbedienung in Frankfurt am Main im Umfang der jeweiligen Betrauung. Darüber hinaus ist die Gesellschaft tätig als Verkehrsdienstleisterin beim Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Gelegenheits- und Sonderverkehren sowie sonstigen Aufgaben der Verkehrsbedienung von Personen und Gütern im Rhein-Main-Gebiet.		
Gesellschafter: Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH		Kapitalanteile: 10.572.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Hulecki Frau Stephanie Schramm		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		
9 Mitglieder Herr StR Stefan Majer Frau Stv Julia Eberz Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer Herr Stv Nathaniel Ritter Herr Stv Omar Shehata Herr Stv Hüseyin Sitki Herr Tayar Isilti (AN) Herr Mustapha Kadar (AN) Herr Ali Yasar (AN)		
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2023

Der Investitionsplan für das Jahr 2023 sieht ein Investitionsvolumen von 10,49 Mio. € bei gleichzeitiger Inanspruchnahme von Fördermitteln in Höhe von 3,38 Mio. € vor und wird durch zwei wesentliche Positionen bestimmt. Zum einen ist die Anschaffung von zehn weiteren Brennstoffzellen-Standardbussen in Höhe von 6,60 Mio. € und einer Förderung von 2,17 Mio. € vorgesehen. Ein Förderbescheid des Bundes liegt hierfür bereits vor.

Die zweite wesentliche Position betrifft die Aktivierung und Inbetriebnahme der bereits im Jahr 2022 beauftragten Wasserstofftankstelle am Standort Römerhof mit einem Anschaffungswert inkl. Nebenkosten von rund 3,08 Mio. € sowie Fördermitteln des Landes Hessen in Höhe von 1,18 Mio. €.

Die übrigen Investitionen betreffen Ersatzinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung so-

wie in Netzwerk- und IT-Komponenten mit 108 T€. Erweiterungsinvestitionen sind neben zwei batterieelektrischen Kleinbussen mit 540 T€ insbesondere im Bereich Software mit rund 68 T€ geplant. In Folge des anhaltenden Krieges in der Ukraine unterliegt der Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 weiterhin einer außergewöhnlich hohen Unsicherheit. Lieferengpässe bei Energie und sonstigem Materialbedarf sowie hohe Preissteigerungen in der Materialbeschaffung können zu betrieblichen Einschränkungen sowie zu unvorhersehbaren Kostenentwicklungen führen.

Die wesentlichen Risikopositionen sind auf den Kriegsausbruch in der Ukraine und die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Auswirkungen zurückzuführen. Neben dem deutlichen Anstieg der Energie- und Materialpreise sind weitere negative Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit bei

Energie, Rohstoffen oder Ersatzteilen nicht auszuschließen. Zwar werden Preisrisiken über die Indexierung der wesentlichen Preisfaktoren in den Verkehrsverträgen der ICB durch den lokalen Aufgabenträger getragen, jedoch sind Preissteigerungen, die nicht in dem Ausmaß über den betreffenden Index des Statistischen Bundesamtes abgebildet werden, nicht auszuschließen.

Abseits der abklingenden Pandemielage sind seit dem vierten Quartal des Jahres 2022 atypische Häufungen von Atemwegsinfekten mit zum Teil deutlich erhöhten Krankenquoten zu beobachten. Die atypischen Verläufe verbunden mit der hohen Intensität dieser Infektionswellen können zu punktuellen Leistungsausfällen oder umfassenden Leistungsminderungen führen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Bis zum 31.08.2014 war die ICB ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF). Zum 01.09.2014 wurden sämtliche Anteile an der Gesellschaft im Zuge einer Neuausrichtung der Busaktivitäten im Konzern von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) übernommen. Mit der Betrauung nach EU-Verordnung 1370/2007 für das Bündel D zum Fahrplanwechsel 2015 änderte sich die rechtliche Grundlage der Geschäftstätigkeit der ICB insofern, als mit der Betrauung eine Teilnahme am Wettbewerb nicht mehr möglich ist. Durch die zusätzliche Betrauung mit dem Bündel E zum Fahrplanwechsel 2017 am 11.12.2016 wurde die Geschäftstätigkeit im Stadtgebiet ausgeweitet. Zudem betreibt die ICB Sonderlinien- und Gelegenheitsverkehre. Hierunter fällt insbesondere die Durchführung von Verkehren für die Messe Frankfurt GmbH. Die Geschäftstätigkeit der ICB war im Geschäftsjahr 2022 im Wesentlichen weiterhin durch den Ausbau der Unternehmensstrukturen, resultierend aus der Betriebsaufnahme im Linienbündel C zum 13.12.2020, sowie der gesellschaftsrechtlichen Verschmelzung der Main-Mobil-Frankfurt GmbH (MMF) auf die ICB bestimmt.

Die MMF war bis zur Verschmelzung eine 100% Tochter der SWFH. Die Geschäftstätigkeit der Ge-

sellschaft beschränkte sich zuletzt ausschließlich auf die Erbringung von Fahrleistungen im Auftrag der ICB auf Linien des Linienbündels D. Die Gesellschaft verfügte über keine eigenen Fahrzeuge für den Liniendienst. Die Verschmelzung wurde gemäß Verschmelzungsvertrag im August 2022 rückwirkend zum 01.01.2022 vollzogen. Der Personalbestand von 78 Mitarbeitenden ging mit der Verschmelzung ebenfalls auf die ICB über.

Die Einflussfaktoren und Nachwirkungen der Corona-Pandemie waren im Jahr 2022 weiterhin gültig. Die Gesundheitsquote geprägt von zahlreichen Quarantänefällen lag mit 86,3 % auf einem geringen Niveau. Insbesondere im letzten Quartal des Jahres und nach der Bekanntgabe der Verschmelzung der MMF sank die Quote auf unter 85,0 %, so dass zur Stabilisierung des Linienbetriebs ab November ein Subunternehmen mit dem Betrieb von zwei Linien beauftragt wurde. Gegen Ende Dezember nahm die Krankheitswelle dann spürbar ab, so dass die Beauftragung im Januar 2023 beendet wurde. Eine durchgängige Reduktion der Leistung, wie sie von anderen Verkehrsunternehmen gemeldet und durchgeführt wurde (z. B. Samstagsfahrplan), konnte vermieden werden. Der lokale Aufgabenträger hatte die Einnahmenprognosen für die Fahrgeldeinnahmen bereits im Januar 2022 erneut gesenkt. Da das Erlösrisiko in allen bestehenden Verkehrsverträgen beim Aufgabenträger liegt, ergibt sich hieraus auch zukünftig keine unmittelbare Ergebniswirkung auf die ICB.

Die Auswirkungen des Ukrainekonflikts zeigen sich bislang im Wesentlichen bei den Kraftstoff- und Energiekosten.

Bei einem gleichbleibenden Preisniveau sind Mehrkosten für Dieselmotorkraftstoff im Geschäftsjahr 2022 in Höhe von 2,43 Mio. € gegenüber Plan angefallen. Da diese Kosten in den Verkehrsverträgen der Linienbündel C und D direkt indexiert werden, besteht für die ICB hier kein Ergebnisrisiko. Im Linienbündel E ist die Indexierung der Energiekosten nachschüssig geregelt, so dass es zu einem negativen Effekt von rund 380 T€ geführt hat.

Neben den Energiepreisen war insbesondere die Entwicklung bei den Ersatzteilpreisen sowie deren generelle Lieferfähigkeit zu beobachten. So war die

Verfügbarkeit des Betriebsstoffs AdBlue zeitweise als kritisch einzustufen. Gleiches gilt für die beobachteten Lieferzeiten von Ersatzteilen für Ladeinfrastruktur, Batterie-Bauteile und ähnliches. Hier haben sich die Lieferfristen zum Teil vervielfacht. Als Gegenmaßnahme wurde und wird, wo sinnvoll, ein Aufbau von Lagerbeständen vollzogen, um die betrieblich-technische Handlungsfähigkeit gewährleisten zu können.

Im Rahmen der Umstellung der Linie 36 auf klimaneutrale Antriebe wurden nach einer umfangreichen Abnahme- und Testphase im Dezember 2022 insgesamt 13 sogenannte Brennstoffzellenbusse bei der ICB in Betrieb genommen. Mittels einer Brennstoffzelle im Fahrzeug wird die chemische Energie aus dem Energieträger Wasserstoff in die für den Antrieb notwendige elektrische Energie umgewandelt. Die Beschaffung der Fahrzeuge wurde von Seiten des Landes Hessen mit insgesamt 1,94 Mio. € gefördert. Die Planung und Genehmigung der für den Betrieb der Fahrzeuge notwendigen Wasserstofftankstelle wurde im Jahr 2022 weiter vorangetrieben, so dass die zuständige Behörde im Januar 2023 die Baugenehmigung ohne wesentliche Einschränkungen erteilt hat. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der Anlage soll noch im ersten Halbjahr 2023 erfolgen. Bis zur Inbetriebnahme werden die Fahrzeuge planmäßig über ein Ersatzbetankungskonzept durch die Wasserstofftankstelle im Industriepark Höchst versorgt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,77 Mio. € bzw. um 8,6 % auf 47,67 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite hat sich das langfristig gebundene Vermögen bei Zugängen von 8,44 Mio. €, verrechneten Zuschüssen von 1,94 Mio. € und Abschreibungen von 4,61 Mio. € per Saldo um 1,88 Mio. € erhöht. Das kurzfristig gebundene Vermögen hat sich insgesamt um 1,89 Mio. € erhöht. Dies resultiert insbesondere aus dem Anstieg der Cashpooling-Forderungen gegen die Gesellschafterin um 6,41 Mio. € auf 7,23 Mio. € (Vj. 1,56 Mio. €). Dem stehen geringere USt-Forderungen und geringere Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital aufgrund des Jahresüberschusses von 1,40 Mio. € und der neugebildeten Kapitalrücklage infolge der Verschmelzung der MMF (155 T€) um 1,56 Mio. € auf 6,71 Mio. € gestiegen. Die Eigenkapitalquote hat sich um 2,3 %-Punkte auf 14,1 % verbessert. Das mittel- und langfristige Fremdkapital hat sich insbesondere aufgrund der Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Bussen und Ladeinfrastruktur in Höhe von 5,62 Mio. € bei gleichzeitig planmäßigen Tilgungen um 2,61 Mio. € auf 27,06 Mio. € erhöht. Das kurzfristige Fremdkapital ist in Summe um 395 T€ gesunken. Dies resultiert überwiegend aus deutlich geringeren Rückstellungen und Verbundverbindlichkeiten, denen gestiegene übrige Passiva gegenüberstehen. Das Anlagevermögen macht 74,1 % (Vj. 76,1 %) der Bilanzsumme aus. Es ist zu 19,0 % (Vj. 15,4 %) durch Eigenkapital und zu 97,4 % (Vj. 90,4 %) durch Eigenkapital und mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse stiegen um 2,72 Mio. € an, bedingt im Wesentlichen durch die Nachfrageerholung nach dem coronabedingten Rückgang der Fahrgastzahlen in den letzten beiden Jahren. Die übrigen betrieblichen Erträge sind um 6,43 Mio. € angestiegen. Dies beruht vor allem auf höheren Zuschüssen aus den Verkehrsverträgen. Demgegenüber sind die Corona-Billigkeitsleistungen gegenüber dem Vorjahr (8,10 Mio. €) weggefallen. Innerhalb des um 1,85 Mio. € zurückgegangenen Materialaufwandes stehen deutlich angestiegene Energie- und Infrastrukturkosten (+2,85 Mio. € bzw. +1,46 Mio. €) rückläufigen Fremdleistungen (-6,51 Mio. €) gegenüber, was vor allem durch die Verschmelzung der MMF bedingt ist, die im Vorjahr Fahrleistungen von 5,23 Mio. € an die ICB erbracht hatte. Die um 8,71 Mio. € gestiegenen Personalaufwendungen resultieren vor allem aus der Erweiterung des Personalbestands um 78 Mitarbeitende im Zusammenhang mit der Verschmelzung der MMF sowie aus tariflichen Lohnerhöhungen. Innerhalb der übrigen betrieblichen Aufwendungen, die um 1,20 Mio. € gestiegen sind, sind insbesondere höhere Versicherungsaufwendungen, Rechts- und

Beratungskosten und periodenfremde Aufwendungen zu verzeichnen. Das Jahresergebnis steigt im Vergleich zum Vorjahr um 953 T€ auf 1,40 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind der Aufsichtsrat, die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

An Mitglieder des Aufsichtsrats wurden insgesamt 3 T€ ohne Umsatzsteuer vergütet.

Für die Geschäftsführung wurde im Jahr 2022 eine Jahresvergütung einschließlich D&O Versicherung von 307 T€ verbucht.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätte. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Gemäß PCGK fanden die Wirtschaftsplangespräche am 29.09.2021 für das Planjahr 2022 statt und am 05.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 23.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
In-der-City-Bus GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	35.296	33.415	1.881	5,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	176	7	170	2.569,2
Sachanlagen	35.120	33.409	1.711	5,1
Umlaufvermögen	12.370	10.479	1.891	18,0
Vorräte	1.043	832	211	25,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.320	9.641	1.679	17,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	6	6	1	10,3
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	-
Bilanzsumme	47.667	43.894	3.773	8,6
PASSIVA				
Eigenkapital	6.714	5.155	1.559	30,2
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	10.572	10.572	0	0,0
Kapitalrücklage	155	0	155	-
Gewinnrücklagen / variables Kapital	29	29	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-5.446	-5.897	451	-7,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	1.404	451	953	211,5
Rückstellungen	2.042	3.706	-1.665	-44,9
Verbindlichkeiten	38.848	34.960	3.888	11,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	31.222	28.322	2.900	10,2
Rechnungsabgrenzungsposten	64	73	-9	-12,0
Bilanzsumme	47.667	43.894	3.773	8,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	28.653	25.934	2.719	10,5
Gesamtleistung	28.653	25.934	2.719	10,5
sonstige betriebliche Erträge	44.673	38.245	6.428	16,8
Materialaufwand	-24.849	-26.695	1.846	-6,9
Personalaufwand	-38.147	-29.438	-8.708	29,6
Abschreibungen	-4.557	-4.396	-160	3,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.090	-2.892	-1.199	41,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	1.683	757	926	122,2
Finanzergebnis	-277	-304	27	-9,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.406	453	953	210,1
Ergebnis nach Steuern	1.406	453	953	210,1
Sonstige Steuern	-3	-3	0	-6,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	1.404	451	953	211,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.404	451	953	211,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	723	574	149	26,0
Nutzwagenkilometer (in Tsd.)	10.360	10.079	281	2,8
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	10.335	9.688	647	6,7
davon ICB in Subunternehmerleistung	25	390	-365	-93,6
Platzkilometer (in Mio.)	1.142	1.088	54	5,0
davon ICB in Eigenleistung (inkl. Main Mobil Frankfurt GmbH)	1.140	1.065	75	7,0
davon ICB in Subunternehmerleistung	2	23	-21	-91,3

2.7 traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Anschrift: Stiftstraße 9-17 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-2 44 24	E-Mail/Internet: info@traffiQ.de www.traffiQ.de
Gründung: 31.08.2001	Unternehmensgegenstand: Die Wahrnehmung der im Allgemeininteresse liegenden, nicht gewerblichen Aufgaben der Stadt Frankfurt am Main als Aufgabenträgerin im öffentlichen Personennahverkehr und in sonstigen Verkehren, soweit nicht öffentlich-rechtliche Vorschriften dies zwingend ausschließen. Die Gesellschaft soll die der Stadt Frankfurt am Main zugewiesenen Aufgaben gemäß § 5 und § 7 Hessisches ÖPNV-Gesetz sicherstellen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.600 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Tom Reinhold		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	9 Mitglieder Herr StR Stefan Majer Frau Stv Julia Eberz Frau Stv Dr. Katharina Knacker Herr Stv Johannes Lauterwald Frau Stv Kristina Luxen Herr StR Stefan Majer N.N. Herr Nico Richter Herr Stv Dr. Uwe Schulz Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Holger Reich (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 42,86 %		

A. Ausblick 2023

Die traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (traffiQ) erwartet – wie die Mobilitätsbranche insgesamt –, dass bei den Fahrgastzahlen ab dem Jahr 2024 wieder das Vorkrisenniveau aus dem Jahr 2019 erreicht werden kann. Mit der Einführung des „Deutschlandtickets“ zum 01.05.2023 werden zwar steigende Fahrgastzahlen erwartet, die Auswirkungen auf die Einnahmen sind aber noch nicht greifbar – insbesondere ab dem Jahr 2025, wenn die für 2023 und 2024 avisierte Abfederung durch Bundes- und Landesmittel nicht mehr verlängert werden sollte.

Der öffentliche Nahverkehr soll weiter gemäß den Vorgaben aus dem Nahverkehrsplan 2025+ konsequent ausgebaut werden – dies allein schon vor dem Hintergrund der Herausforderungen, denen

sich die Stadt Frankfurt am Main im Klimaschutz stellen muss.

Um diese Herausforderung zu bewältigen, sind finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal notwendig. Gut ausgebildetes Personal ist der Erfolgsfaktor eines guten und zuverlässigen ÖPNV, da er von Menschen für Menschen gemacht wird. Der Fachkräftemangel hinterlässt in der ÖPNV-Branche seine Spuren. Dies betrifft nicht nur das Busfahrpersonal, sondern auch Menschen, die für die Fahr- und Leistungsplanung, Vergabe von Verkehrsleistungen, Finanzierung des ÖPNV und Kundendienst benötigt werden. Es bedarf einer angemessen korrespondierenden Mittelausstattung für Personal- und Sachaufwendungen, um die hiermit verbundenen Aufgaben weiterhin zeitnah und in gewohnt hoher Qualität gewährleisten zu können. Um das Unternehmen für die Zukunft gut aufzustellen, hat die Geschäftsfüh-

rung dem Aufsichtsrat die Personalstrategie für die nächsten Jahre vorgelegt und deren Umsetzung mit dem Wirtschaftsplan 2023 verabschieden lassen.

Der finanzielle Rahmen, in dem sich traffiQ in den Jahren 2023 bis 2027 bewegen wird, orientiert sich an dem vom Aufsichtsrat am 13.12.2022 beschlossenen Wirtschaftsplan einschließlich der fünfjährigen Finanzplanung.

Die Einführung des Deutschlandtickets wird einschneidende Auswirkungen auf die bestehende Tariflandschaft im RMV und damit in Frankfurt am Main haben. Dies beinhaltet zwar auch eine Chance, aber es zeichnen sich insbesondere finanzielle Risiken ab. Der Verbundtarif in seiner heutigen Form wird seiner Aufgabe nicht mehr gerecht werden können und muss unter Zeitdruck strategisch überarbeitet und neu strukturiert werden. Zudem entsteht ein Vertriebswettbewerb (vorgesehen ist ein rein digitales Deutschlandticket) um die Abonnenten als treueste und wertvollste Kundinnen und Kunden. Es ist davon auszugehen, dass überregionale Anbieter, wie z. B. die Deutsche Bahn, bundesweit ihre Akquise-Aktivitäten zur Kundengewinnung intensivieren werden mit der Konsequenz, dass dies in einem ersten Schritt zur Verschiebung der Liquidität und – je nach noch festzulegender Ausgestaltung der Einnahmenaufteilung – später zu materiellen Verwerfungen führen wird. Derzeit können die daraus resultierenden langfristigen Konsequenzen für die lokale Ebene und damit für traffiQ und VGF (Vertriebsprozesse, Vertriebskosten, Einnahmenezuschuss, Einnahmenaufteilung) noch nicht belastbar abgeschätzt werden, insbesondere betreffend den Rückgang der kassentechnischen Einnahmen und Vertriebsprovisionen.

Höhere Finanzbedarfe resultieren aus den in den Verkehrsverträgen festgelegten Preisfortschreibungen sowie überproportionalen Kostensteigerungen beim Lohn. Der aktuell laufende LHO-Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31.03.2024. Die Steigerung bis zum Ende der Laufzeit im Jahr 2024 beläuft sich in Summe auf über 34,0 % (Vergleichszeitraum 01.12.2018 bis 2024), inklusive der ergänzenden Verbesserungen im Manteltarifvertrag. Dies erhöht den Aufwand für den lokalen Verkehr Bus kontinu-

ierlich und führt damit zu einer erheblichen Mehrbelastung für den städtischen Haushalt.

Für das Jahr 2023 stehen auch neue Tarifverhandlungen im TVöD an. Aufgrund der aktuellen Inflationsentwicklung und der bereits kommunizierten Forderung der Gewerkschaft mit 10,5 % ist mit deutlich höheren Tarifabschlüssen zu rechnen.

Deutlich steigende Finanzbedarfe sind auch aufgrund des Einsatzes neuer Technologien für die umweltschonende Entwicklung des ÖPNV in Frankfurt am Main (bspw. Einsatz von E-Bussen, Brennstoffzellenbussen und der hierfür betrieblich notwendigen Ladeinfrastruktur; höhere Preise und zeitliche Verzögerungen durch die weiterhin weltweit gestörten Lieferketten) zu erwarten.

Risiken steigender Finanzbedarfe bestehen u. a. auch in einem zu zögerlichen Ausbau der ÖPNV-Bevorrechtigung oder aufgrund zunehmender Staus durch die Umwandlung von Fahrspuren in Radfahrstreifen bei einem unveränderten Verkehrsaufkommen des motorisierten Individualverkehrs. Beides verlängert die Fahrzeiten im lokalen Busverkehr und verursacht damit Mehrkosten und schadet der Attraktivität des ÖPNV.

Die vereinbarten Klimaziele auf EU-Ebene, das Wachstum von Bevölkerung und Beschäftigtenzahlen in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region halten den Druck auf den ÖPNV hoch. Gerade für eine Pendlerstadt wie Frankfurt am Main ist es wichtig, dass noch mehr Menschen als bisher das Auto stehenlassen. Der Ausbau des Verkehrs bei gleichzeitiger Reduzierung der Emissionen wird auch durch Bundes- und Europarecht (z. B. „Clean Vehicles Directive“) vorgegeben und ist in den Klimaschutz- und Luftreinhaltungszielen der Stadt Frankfurt am Main festgeschrieben. Mobilität bleibt damit eines der Topthemen, dass die Menschen in Frankfurt am Main und in der Rhein-Main-Region bewegt und bewegen wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die traffiQ nimmt im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main die Aufgaben und Befugnisse wahr, die nach dem Hessischen ÖPNV-Gesetz dem Aufgabenträger zugewiesen sind (Aufgabenübertragungs- und

Beleihungsvertrag zwischen der traffiQ und der Stadt Frankfurt am Main). Dazu gehören insbesondere die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs. Die traffiQ ist zudem das Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund, der für den regionalen Nahverkehr verantwortlich ist.

Die Stadt Frankfurt am Main hat die Schienenverkehrsleistungen (U-Bahn und Straßenbahn, seit 01.02.2011) an die Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) sowie die Busverkehrsleistungen im Linienbündel D (Ost, seit 01.08.2015), im Linienbündel E (Stadtzentrum, seit 11.12.2016) und im Linienbündel C (seit 13.12.2020) – und damit die Hälfte der lokalen Busverkehrsleistungen – direkt an das kommunale Busunternehmen, die In-der-City-Bus GmbH (ICB) vergeben (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt am Main vom 13.10.2016). Damit soll sichergestellt werden, dass bei der Stadt Frankfurt am Main die Kompetenz und Fähigkeit vorgehalten werden, Busverkehrsleistungen neben der wettbewerblichen Vergabe auch in Eigenregie erbringen zu können. Der Wettbewerb sichert die Qualität für die Bürger:innen, und mit der teilweisen Direktvergabe werden zusätzlich stadtnahe Arbeitsplätze gesichert.

Die hohe Bedeutung, den ÖPNV für die Stadt Frankfurt am Main verkehrsplanerisch zu gestalten, ist eine der Kernaufgaben von traffiQ.

Die Corona-Pandemie führte insbesondere in den Jahren 2020 und 2021 zu einem signifikanten Rückgang der Fahrgastzahlen. Im Jahr 2022 war insgesamt eine deutliche Erholung – auch befeuert durch das 9-Euro-Ticket – festzustellen und es wurden in den Frankfurter Bussen und Bahnen rund 198,2 Mio. Personenfahrten durchgeführt. Die Veränderung betrug rund +42,5 % gegenüber dem Vorjahr (139,1 Mio.) und rund -21,2 % gegenüber dem Vorpandemiejahr 2019 (251,4 Mio.). Es wurden 857,4 Mio. Personenkilometer (Pkm) geleistet. Im Vergleich zum Vorjahr (562,7 Mio.) bedeutet dies eine Veränderung um +52,4 %, im Vergleich zum Jahr 2019 (1.073,5 Mio.) einen Rückgang von rund 20,1 %.

Der pandemiebedingte Einbruch der Fahrgastzahlen wirkte sich auch auf die kassentechnischen Einnahmen im Frankfurter Nahverkehr aus. Nachdem anfangs vor allem die Einnahmen aus Gelegenheitsverkehren/-fahrten zurückgingen, mussten mit zunehmender Dauer der Pandemie auch verstärkt Einbußen im hochwertigen Zeitkartensegment hingenommen werden. Die kassentechnischen Einnahmen haben mit 219,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (231,9 Mio. €) um 5,3 % abgenommen; gegenüber dem Vorkrisenjahr (299,7 Mio. €) bedeutet dies einen Rückgang um 26,7 %. Der weitere Rückgang gegenüber 2021 bei gleichzeitig steigenden Fahrgastzahlen begründet sich in den zusätzlichen kassentechnischen Einnahmenverlusten aus dem 9-Euro-Ticket. Mit den Billigkeitsleistungen für 2022 werden auch die Einnahmenverluste aus der dreimonatigen Gültigkeit des 9-Euro-Tickets (im Zeitraum Juni bis August 2022) ausgeglichen.

Im Jahr 2022 konnten die finanziellen Interessen der Stadt Frankfurt am Main gewahrt und die bestmögliche Höhe an Drittmitteln realisiert werden.

Bei gleichbleibenden Kosten für das nahezu uneingeschränkte ÖPNV-Angebot im Rahmen der Daseinsvorsorge und zur Einhaltung der jeweils geltenden Corona-Verordnungen konnten die daraus resultierenden Einnahmenverluste von der Stadt Frankfurt am Main nicht alleine getragen werden. Der Bund spannte einen ÖPNV-Rettungsschirm, der durch das Land Hessen mit dem Erlass über „die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 (Erlass Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV HE)“ vom 04.09.2020 (veröffentlicht am 28.09.2020) für das Jahr 2020, mit dem Folgerlass vom 30.06.2021 (veröffentlicht am 05.07.2021) für das Jahr 2021 und mit dem „Erlass Corona-Einnahmenausfälle und 9-Euro-Ticket-Schäden ÖPNV HE 2022“ vom 30.06.2022 für das Jahr 2022 umgesetzt wurde.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt 42,20 Mio. € (Vj. 29,94 Mio. €). Die Erhöhung der Bilanzsumme um 12,26 Mio. € resultiert insbeson-

dere aus den zum Bilanzstichtag einzubeziehenden Treuhandaktiva (Forderungen gegen die Gesellschafterin) und -verbindlichkeiten (gegenüber Verkehrsunternehmen und aus Einnahmenmanagement) in Höhe von jeweils 35,79 Mio. € (+12,65 Mio. €) bei einer Abnahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-272 T€) und der liquiden Mittel (-484 T€). Nimmt man eine Bereinigung der Bilanzsumme um das Treuhandvermögen vor, so vermindert sich die Bilanzsumme von 6,80 Mio. € im Vorjahr auf dann 6,41 Mio. €.

Auf der Vermögensseite entfallen 762 T€ (1,8 %) auf das Anlagevermögen sowie 41,43 Mio. € (98,2 %) auf das Umlaufvermögen inkl. Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen wird zum Bilanzstichtag durch Eigenkapital zu 28,9 % gedeckt. Die unterjährige Liquidität war jederzeit gesichert. Sämtliche Verbindlichkeiten konnten stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden. Die Finanzierung der traffiQ erfolgt, soweit nicht durch eigene Erträge erwirtschaftet, durch Zuweisungen der Gesellschafterin, die seit dem Geschäftsjahr 2004 in die Kapitalrücklage eingestellt werden.

Die Alleingesellschafterin hat durch Beschluss vom 04.07.2022 die Kapitalrücklage aus dem Jahr 2021 in Höhe von 11,60 Mio. € zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages in Höhe von rund 10,67 Mio. € und zur Rückzahlung an die Gesellschafterin in Höhe von 925 T€ aufgelöst. Diese sind an die Stadt Frankfurt am Main zurückgefließen.

Auf der Finanzierungsseite entfallen 1,83 Mio. € (4,3 %) auf Rückstellungen, 40,15 Mio. € (95,2 %) auf die Verbindlichkeiten sowie 220 T€ auf das Eigenkapital. Die Eigenkapitalquote beläuft sich auf 0,5 %.

Zur Erfolgslage

Da die traffiQ alle Aufgaben und Befugnisse des Aufgabenträgers (Stadt Frankfurt am Main) gemäß dem Hessischen ÖPNV-Gesetz wahrnimmt und insofern kein wesentliches eigenes operatives Geschäft hat, ist das Ergebnis der traffiQ in erster Linie durch die Aufwendungen für den sog. Eigenbedarf geprägt. traffiQ weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 11,21 Mio. € (Vj. -10,68 Mio. €) aus. Den Erträgen (Umsatzerlöse, sonstige betriebliche Er-

träge und Zinserträge) in Höhe von 686 T€ (Vj. 768 T€) stehen Betriebsaufwendungen (Materialaufwand/Bezogene Leistungen, Personalaufwand, sonstige betriebliche Aufwendungen, Abschreibungen, Zinsaufwand und sonstige Steuern) in Höhe von 11,89 Mio. € (Vj. 11,44 Mio. €) gegenüber. Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 531 T€ bzw. 5,0 % verschlechtert, was im Wesentlichen auf höhere Personalaufwendungen (+391 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (+242 T€) zurückzuführen ist. Der am 20.12.2021 vom Aufsichtsrat beschlossene Wirtschaftsplan sah einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 12,86 Mio. € vor, das Jahresergebnis fällt somit um 1,65 Mio. € bzw. 12,8 % besser aus als geplant.

Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2022 in Höhe von 11,21 Mio. € durch Auflösung der Kapitalrücklage auszugleichen. Die restliche Kapitalrücklage (194 T€) wird wieder von der Gesellschafterin Stadt Frankfurt per Gesellschafterbeschluss zurückgefordert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der traffiQ handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Im Haushalt 2022 der Stadt Frankfurt am Main standen für die traffiQ Mittel von 98,09 Mio. € zur Verfügung, davon 13,06 Mio. € für den Eigenbedarfsbereich und 85,03 Mio. € für den Treuhandbereich. Insgesamt wurden für das Jahr 2022 im Eigenbedarfsbereich Mittel von 11,40 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main in die Kapitalrücklage gezahlt. An Treuhandmitteln wurden insgesamt 66,20 Mio. € von der Stadt Frankfurt am Main angefordert.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge von Herrn Prof. Dr. Reinhold 209 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 3 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 18.11.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 13.12.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 05.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	762	751	11	1,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	250	203	47	23,2
Sachanlagen	512	548	-36	-6,6
Umlaufvermögen	41.336	29.111	12.225	42,0
Vorräte	3	4	-1	-26,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	40.813	28.104	12.709	45,2
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	520	1.004	-484	-48,2
Rechnungsabgrenzungsposten	97	76	21	27,4
Bilanzsumme	42.196	29.939	12.256	40,9
PASSIVA				
Eigenkapital	220	951	-731	-76,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	11.400	11.600	-200	-1,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-11.206	-10.675	-531	5,0
Rückstellungen	1.825	1.595	229	14,4
Verbindlichkeiten	40.152	27.393	12.758	46,6
Bilanzsumme	42.196	29.939	12.256	40,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	508	511	-3	-0,6
Gesamtleistung	508	511	-3	-0,6
sonstige betriebliche Erträge	175	256	-81	-31,6
Materialaufwand	-242	-297	55	-18,5
Personalaufwand	-7.518	-7.126	-391	5,5
Abschreibungen	-159	-188	28	-15,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.821	-3.579	-242	6,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-11.056	-10.422	-634	6,1
Finanzergebnis	-10	-44	33	-76,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-11.067	-10.466	-601	5,7
Ergebnis nach Steuern	-11.067	-10.466	-601	5,7
Sonstige Steuern	-139	-209	69	-33,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-11.206	-10.675	-531	5,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-11.206	-10.675	-531	5,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	100	99	1	1,0
Verwaltete Treuhandgelder (in T€)	400.307	369.705	30.602	8,3
Anzahl d. Linien d. gesamten integr. ÖV auf dem Stadtgebiet	159	159	0	0,0
Angebotskilometer pro Jahr (in Mio. NutzkM*)	48	48	0	0,0
Anzahl der Haltestellen**	810	794	16	2,0

3.1 ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH und Konzern

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post@abg.de www.abg.de
Gründung: 16.01.1890	Unternehmensgegenstand: Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben, Verwaltung von Beteiligungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Frankfurter Sparkasse, Anstalt des öffentlichen Rechts	Kapitalanteile: 102.530.260 € = 99,99 % 1.970 € = 0,01 % 102.532.230 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	21 Mitglieder Herr StR Mike Josef Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau Stv Julia Frank-Millman Frau Stv Elisa Grote Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr StR Mike Josef Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Stv Sebastian Papke Herr Arndt Seeger Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Karima Akil (AN) Frau Susanne Bachmann (AN) Frau Berit Beierlein (AN) Herr Mike Blanc (AN) Herr Stephan Edel (AN) Frau Andrea Emmerich (AN) Frau Brigitte Feik (AN) Herr Hans Peter Kemmer (AN) Frau Iris Marquardt (AN) Herr Frank Möhler (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
54,55 %	52,38 %	30,00 %

Beteiligungen:

ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH
ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH
ABG Krifteler Wäldchen GmbH (vormals ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH)
Bäderbaugesellschaft mbH
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
WOHNHEIM GmbH
Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft
ABG Riedberg GmbH & Co. KG
Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG
MIBAU GmbH
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG
Hellerhof GmbH
ABGnova GmbH
CP Campus Projekte GmbH
EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden
Merton-Wohnprojekt GmbH
Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH
book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden
Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %
25.000 € = 100,00 %
25.000 € = 100,00 %
25.000 € = 100,00 %
25.000 € = 100,00 %
34.103.200 € = 98,81 %
14.125.056 € = 96,80 %
23.725 € = 94,90 %
9.400 € = 94,00 %
4.285.050 € = 92,09 %
22.250 € = 89,00 %
13.238.050 € = 86,83 %
50.000 € = 50,00 %
12.500 € = 50,00 %
12.500 € = 50,00 %
25.600 € = 50,00 %
12.500 € = 50,00 %
16.873 € = 33,00 %
5.200 € = 20,00 %

A. Ausblick 2023

Die Wirtschaftspläne der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) für die Jahre 2023 bis 2027 sehen Überschüsse ohne Sondereffekte zwischen 50 Mio. € und 60 Mio. € vor. Zu diesen Ergebnissen werden neben dem Bestandsmanagement die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen wesentlich beitragen. Die Energiepreissteigerungen werden sich auf die Mietnebenkosten auswirken und können höhere Forderungsausfälle und Mietstundungen mit sich bringen, die zu Ergebnis- und Liquiditätsbelastungen führen können. Preissteigerungen bei Baumaterialien und Lieferengpässe können Verzögerungen bei der Umsetzung von Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen verursachen. Im Bereich Instandhaltung und Modernisierung sind in 2023 rd. 63 Mio. € eingeplant. In den Folgejahren sind Instandhaltungen auf ähnlichem Niveau vorgesehen. Sowohl im Neubaubereich als auch im Sanierungsbereich werden die wirtschaftlich vertretbaren energieeffizientesten Lösungen umgesetzt. In den kommenden fünf Jahren ist die Fertigstellung von rd. 3.800 Neubauwohnungen geplant.

Der Anteil an preisgebundenen Wohnungen beträgt rd. 23 %, bei Neubauten wird grundsätzlich ein Anteil geförderter Wohnungen von deutlich über 40 % realisiert. Auslaufende Mietpreisbindungen bei

Bestandsobjekten werden oftmals durch Belegungsankäufe der Stadt Frankfurt am Main ersetzt, diese Wohnungen bleiben damit weiterhin für die Bezieher:innen niedriger Einkommen bezahlbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Der von der ABG betreute und bewirtschaftete eigene Bestand belief sich auf 24.547 Wohnungen, 283 gewerbliche und 516 sonstige Objekte, 41 soziale Einrichtungen sowie 7.559 Garagen und Kfz-Stellplätze. Die ABG wickelt für folgende Tochterunternehmen das komplette operative Geschäft im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags ab: Hellerhof GmbH, MIBAU GmbH, Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, ABG Riedberg GmbH & Co. KG, Frankfurter Aufbau AG (FAAG) und WOHNHEIM GmbH mit 29.575 Wohnungen, 22.043 Garagen und Abstellplätzen, 532 gewerblichen Objekten sowie 86 sozialen Einrichtungen. Die Gesellschaften verfügen über kein eigenes Personal oder es wird gestellt. Rund 59,4 Mio. € wurden in Modernisierung und Instandhaltung des Wohnungsbestands investiert. 219 Neubauten wurden in Nidderau und in Frankfurt am Main in den Stadtteilen Ostend, Sachsenhausen, Oberrad fertiggestellt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich auf 2,22 Mrd. € unwesentlich erhöht (Vj. 2,15 Mrd. €). Das Reinvermögen ist um rund 59,8 Mio. € auf 1,12 Mrd. € gestiegen. Das Anlagevermögen ist zu 57,6 % durch eigene Mittel finanziert. Die eigenen Mittel und die mittel- bis langfristig zur Verfügung stehenden Fremdmittel decken das Anlagevermögen zu 96,8 % (Vj. 99,9 %). Es ergibt sich eine bilanzielle Eigenkapitalquote von 50,5 % (Vj. 49,5 %).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 68,07 Mio. € (Vj. 83,55 Mio. €). Die Umsatzerlöse belaufen sich auf insgesamt 282,83 Mio. € (Vj. 261,55 Mio. €). Die Hausbewirtschaftung macht 87,8 % der Umsätze aus. Wegen des Wegfalls der pandemiebedingten Beschränkungen stiegen die Erlöse aus der kurzfristigen Vermietung der Saalbauten wieder deutlich an. Darüber hinaus wirkten sich im Jahresvergleich insbesondere aufgrund der Erstvermietungen von Neubauten höhere Sollmieten und gesunkene Erlösschmälerungen positiv aus. Das Finanzergebnis hat sich um ca. 16,6 Mio. € auf rd. 27 Mio. € verringert. Der Rückgang ist insbesondere auf die um 22,8 Mio. € niedrigeren Erträge aus Beteiligungen zurückzuführen. Hier waren im Vorjahr hohe Gewinnausschüttungen der Hellerhof GmbH und der MIBAU GmbH erfolgt. Die Erträge aus Gewinnabführung sind insbesondere aufgrund der höheren Umsätze in den Parkhäusern gestiegen. Die Eigenkapitalrentabilität hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 7,9 % auf 6,1 % und die Umsatzrentabilität von 31,9 % auf 24,1 % verringert.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der vom Konzern betreute und bewirtschaftete eigene Bestand umfasst 54.122 Wohnungen, 942 gewerbliche und sonstige Objekte sowie 35.964 Garagen und Stellplätze. In den Konzernabschluss der ABG wurden außer der ABG die Abschlüsse von zehn weiteren Gesellschaften als vollkonsolidierte Unternehmen einbezogen: Hellerhof GmbH, FAAG, MIBAU GmbH, WOHNHEIM

GmbH, Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG, ABG Riedberg GmbH & Co. KG, SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH und die Töchter der FAAG, die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH, die FAAG Technik GmbH, die ABG Projekte GmbH. Nicht berücksichtigt im Konzernabschluss wurden wegen untergeordneter Bedeutung die übrigen Gesellschaften. Die Konzernbilanzsumme im Berichtsjahr beträgt 3,14 Mrd. € (Vj. 3,07 Mrd. €). Der Konzernjahresüberschuss beläuft sich auf 78,57 Mio. € (Vj. 76,57 Mio. €). Der Konzernbilanzgewinn beträgt 174,62 Mio. €. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 252 Neubauwohnungen fertiggestellt. Das Gesamtinvestitionsvolumen betrug rd. 169 Mio. €. In den kommenden fünf Jahren ist ein Investitionsvolumen für Neubaumaßnahmen und aktivierungspflichtige Modernisierungen von rd. 2 Mrd. € geplant. 4.224 Neubauwohnungen sollen in dem Zeitraum fertiggestellt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2022 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2021 von 7,00 Mio. € an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 3 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die

Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplanengespräch für das Planjahr 2022 fand am 10.11.2021 und für das Planjahr 2023 am 09.11.2022 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 01.06.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.965.144	1.850.670	114.473	6,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.754	953	801	84,1
Sachanlagen	1.681.430	1.595.516	85.914	5,4
Finanzanlagen	281.959	254.201	27.758	10,9
Umlaufvermögen	254.648	296.368	-41.720	-14,1
Vorräte	49.195	49.318	-123	-0,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	201.145	241.498	-40.353	-16,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.309	5.552	-1.243	-22,4
Rechnungsabgrenzungsposten	3.908	3.888	20	0,5
Bilanzsumme	2.223.700	2.150.926	72.774	3,4
PASSIVA				
Eigenkapital	1.123.873	1.064.120	59.754	5,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	0	0	0	-
Kapitalrücklage	38.016	38.016	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	915.195	839.995	75.200	9,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	59	29	30	100,6
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	68.070	83.546	-15.476	-18,5
Sonderposten	7.174	7.395	-221	-3,0
Rückstellungen	53.125	48.604	4.521	9,3
Verbindlichkeiten	1.018.096	1.018.420	-324	-0,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	439.800	443.685	-3.885	-0,9
Rechnungsabgrenzungsposten	21.432	12.387	9.044	73,0
Bilanzsumme	2.223.700	2.150.926	72.774	3,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	282.832	261.549	21.283	8,1
Bestandsänderung UE / FE	-120	5.668	-5.788	-102,1
andere aktivierte Eigenleistungen	300	372	-72	-19,5
Gesamtleistung	283.012	267.589	15.423	5,8
sonstige betriebliche Erträge	6.758	8.518	-1.760	-20,7
Materialaufwand	-135.781	-130.228	-5.553	4,3
Personalaufwand	-29.050	-27.212	-1.838	6,8
Abschreibungen	-36.857	-35.716	-1.140	3,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.777	-21.937	-1.840	8,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	64.305	61.014	3.291	5,4
Finanzergebnis	27.331	43.934	-16.602	-37,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	91.636	104.948	-13.311	-12,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-23.552	-21.383	-2.169	10,1
Ergebnis nach Steuern	68.085	83.565	-15.480	-18,5
Sonstige Steuern	-14	-18	4	-22,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	68.070	83.546	-15.476	-18,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	68.070	83.546	-15.476	-18,5
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	59	29	30	100,6
Bilanzergebnis	68.129	83.576	-15.446	-18,5

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	360	344	16	4,7
Anzahl Wohnungen preisfrei	19.060	19.023	37	0,2
Anzahl Wohnungen preisgebunden	5.487	5.305	182	3,4
Anzahl Wohnungen gesamt	24.547	24.328	219	0,9
davon Neubaufertigstellungen	219	152	67	44,1

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.813.511	2.703.528	109.982	4,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.881	1.100	781	71,0
Sachanlagen	2.774.215	2.679.442	94.773	3,5
Finanzanlagen	37.415	22.986	14.428	62,8
Umlaufvermögen	319.785	363.901	-44.116	-12,1
Vorräte	135.003	133.173	1.831	1,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	179.824	224.615	-44.791	-19,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.958	6.113	-1.155	-18,9
Rechnungsabgrenzungsposten	4.712	5.107	-395	-7,7
Bilanzsumme	3.138.008	3.072.536	65.471	2,1
PASSIVA				
Eigenkapital	1.327.077	1.256.930	70.147	5,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	102.532	102.532	0	0,0
Kapitalrücklage	48.040	48.040	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	994.543	919.343	75.200	8,2
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	96.047	103.249	-7.202	-7,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	78.571	76.573	1.998	2,6
Anteile anderer Gesellschafter	7.346	7.194	151	2,1
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	47.443	47.443	0	0,0
Rückstellungen	78.706	75.184	3.522	4,7
Verbindlichkeiten	1.648.182	1.666.899	-18.717	-1,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	927.052	942.582	-15.530	-1,6
Rechnungsabgrenzungsposten	36.600	26.080	10.519	40,3
Bilanzsumme	3.138.008	3.072.536	65.471	2,1

Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	549.623	514.832	34.791	6,8
Bestandsveränderung UE / FE	1.846	12.786	-10.939	-85,6
andere aktivierte Eigenleistungen	5.416	5.891	-475	-8,1
Gesamtleistung	556.885	533.508	23.377	4,4
sonstige betriebliche Erträge	13.456	15.585	-2.129	-13,7
Materialaufwand	-290.815	-277.071	-13.744	5,0
Personalaufwand	-59.813	-58.497	-1.317	2,3
Abschreibungen	-73.978	-73.556	-421	0,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-20.900	-17.613	-3.288	18,7
Betriebsergebnis	124.834	122.356	2.478	2,0
Finanzergebnis	-21.038	-23.856	2.818	-11,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	103.796	98.501	5.295	5,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-25.207	-21.905	-3.302	15,1
Ergebnis nach Steuern	78.589	76.596	1.994	2,6
Sonstige Steuern	-18	-23	4	-19,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	78.571	76.573	1.998	2,6
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-133	-129	-4	3,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	78.438	76.444	1.994	2,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	96.180	103.249	-7.069	-6,8
Bilanzergebnis	174.617	179.693	-5.075	-2,8

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	759	780	-21	-2,7
Anzahl Wohnungen preisfrei	37.669	37.457	212	0,6
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.453	16.413	40	0,2
Anzahl Wohnungen gesamt	54.122	53.870	252	0,5
davon Neubaufertigstellungen	255	309	-54	-17,5

3.1.1 Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post@abg.de www.abg.de
Gründung: 11.07.2017	Unternehmensgegenstand: Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, der Bau und der Betrieb des Familienbads Bornheim.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main Bäderbaugesellschaft mbH (Komplementärin)	Kapitalanteile: 22.250 € = 89,00 % 2.750 € = 11,00 % 0 € = 0,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Bäderbaugesellschaft mbH, vertreten durch Herrn Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Herr StR Mike Josef Frau Stv Julia Eberz Herr StR Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Herr Thorsten Sinning Herr Stv Emre Telyakar	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2023

Zur Finanzierung der Herstellkosten für die Errichtung des Familienbades in Bornheim ist die Aufnahme von weiterem Fremdkapital erforderlich. Zur vorläufigen Zwischenfinanzierung hat die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (Bäderbau KG) ein Darlehen in Höhe von bis zu 40,00 Mio. € gewährt. Bis zum 31.12.2022 waren 26,20 Mio. € ausgezahlt. Die ABG wird weitere Darlehen ausreichen, um die Finanzierung der budgetierten Herstellungskosten von 57 Mio. € sicherzustellen. Die Darlehen sollen nach Fertigstellung durch Kapitalmarktdarlehen abgelöst werden. Erträge werden erst nach Fertigstellung des Bades im Jahr 2024 aus dessen Betrieb bzw. dessen Vermietung erzielt. Für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 werden daher Jahresfehlbeträge in Höhe von jährlich rund 137 T€ und 221 T€ erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Bäderbau KG wurde am 11.07.2017 gegründet. Das Kommanditkapital beträgt 25 T€ und ist in voller Höhe eingezahlt. Die Stadt Frankfurt am Main war bis zum 22.10.2018 alleinige Kommanditistin der Bäderbau KG. Mit Kaufvertrag vom 22.10.2018 erwarb die ABG 89 % der Kommanditanteile. Die Eintragung im Handelsregister ist am 05.11.2018 erfolgt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 die Entwicklung ihres Projektes im Bereich des Familienbades Bornheim weitergeführt. Die Übernahme eines Erbbaurechtes ist bereits im Jahr 2018 erfolgt. Ende 2019 wurde der Bauantrag für das Familienbad eingereicht. Der Baubeginn erfolgte im August 2021. Die Rohbauarbeiten sind inzwischen abgeschlossen. Die Gesamtkosten sollen voraussichtlich 57 Mio. € betragen. Die Fertigstellung ist für 2024 vorgesehen.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme (28,63 Mio. €) ist um 13,32 Mio. € gestiegen, denn die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 die Maßnahmen zur Entwicklung des Projekts Familienbad in Bornheim weitergeführt und Investitionen in das Anlagevermögen getätigt. Auf der Aktivseite prägen der nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteil der Kommanditisten (571 T€, Vj. 445 T€), die Sachanlagen mit 25,81 Mio. € (Vj. 12,47 Mio. €) und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (2,16 Mio. €, Vj. 2,34 Mio. €) das Bild. Auf der Passivseite dominieren die Verbindlichkeiten mit 28,62 Mio. € (Vj. 15,29 Mio. €). Dabei belaufen sich die Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung auf 2,18 Mio. € (Vj. 3,24 Mio. €) und die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen auf 26,44 Mio. € (Vj. 12,06 Mio. €). Dies resultiert aus dem Darlehen der ABG zur Finanzierung des Neubaus des Familienbades Bornheim. Die Zahlungsfähigkeit war in 2022 stets gegeben, die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit fristgerecht erfüllen. Zum Bilanzstichtag betrug der Zahlungsmittelbestand 93 T€ (Vj. 59 T€).

Zur Erfolgslage

Die Gesellschaft erzielte in 2022 mit 7 T€ nur geringe sonstige betriebliche Erlöse (Vj. unter 1 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen 52 T€ (Vj. 54 T€), Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Form von Erbbauzinsen für das Gelände am Ratsweg und Hausbewirtschaftung beliefen sich unverändert auf 71 T€. Nach Abschreibungen (2 T€), Zinsaufwendungen (1 T€) und Steuern (7 T€) schließt die Gesellschaft das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 126 T€ (Vj. -134 T€) ab. Die Belastung erfolgt anteilig auf den Verlustvortragskonten der Gesellschafter. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (-1,12 Mio. €) und Investitionstätigkeit (-13,34 Mio. €) konnte durch den Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (14,50 Mio. €) vollständig gedeckt werden, so dass der Finanzmittelfonds um 34 T€ auf 93 T€ anstieg.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2022 fand am 21.10.2021 und für das Planjahr 2023 am 10.11.2022 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 15.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	25.806	12.465	13.341	107,0
Sachanlagen	25.806	12.465	13.341	107,0
Umlaufvermögen	2.251	2.397	-146	-6,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.158	2.339	-180	-7,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	93	59	34	58,0
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	571	445	126	28,3
Bilanzsumme	28.628	15.307	13.321	87,0
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	-571	-445	-126	28,3
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	571	445	126	28,3
Rückstellungen	9	16	-7	-42,7
Verbindlichkeiten	28.619	15.292	13.328	87,2
Bilanzsumme	28.628	15.307	13.321	87,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Gesamtleistung	0	0	0	-
sonstige betriebliche Erträge	7	0	7	2.237,9
Materialaufwand	-71	-71	0	0,0
Abschreibungen	-2	-2	-0	0,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-52	-54	2	-2,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-118	-126	8	-6,7
Finanzergebnis	-1	-1	0	0,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-119	-127	8	-6,6
Ergebnis nach Steuern	-119	-127	8	-6,6
Sonstige Steuern	-7	-7	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-126	-134	8	-6,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-126	-134	8	-6,3
Ertrag aus der Kapitalherabsetzung	126	134	-8	-6,3
Bilanzergebnis	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	0	0	0	-

A. Ausblick 2023

In Frankfurt am Main übersteigt die Nachfrage nach Wohnimmobilien nach wie vor das Angebot. Die nachhaltige Vermietbarkeit des Bestands wird durch Investitionen von rund 23 Mio. € in 2023 und rund 19,4 Mio. € in 2024 in die Instandhaltung gesichert. Zum Jahresende betrug die Leerstandsquote bei Wohnungen in Bezug auf die Fläche 2,3 %. Hierin sind auch die instandhaltungsbedingten Leerstände enthalten. Bei Gewerbeimmobilien liegt die Leerstandsquote bei 1,8 %. Die Neuvermietungen gestalten sich unverändert schwieriger. Im Rahmen von Mietvertragsabschlüssen werden hohe Incentives in Form von mietfreien Zeiten, Ausbaurückstellungen u. ä. eingefordert. Für das Jahr 2023 ist ein Jahresergebnis von rd. 34 Mio. € geplant. Für 2024 sieht die Planung ein Jahresergebnis von 37,5 Mio. € vor.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft betreute im Geschäftsjahr 6.139 eigene Wohneinheiten inkl. Wohnheimplätze, 397 Gewerbeobjekte, 2.144 Garagen und Stellplätze sowie die an die Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH (PBG) verpachteten Parkhäuser. Zum 01.01.2020 wurde ein Geschäftsbesorgungsvertrag für die Verwaltung der Immobilien und aller damit zusammenhängenden Tätigkeiten mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) abgeschlossen. Die Beschäftigten der FAAG werden hierzu an die ABG abgestellt. Die FAAG ihrerseits hat mit ihren Töchtern PBG, ABG Projekte GmbH und FAAG Technik GmbH jeweils einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen.

Um die Mietobjekte weiterhin marktgerecht zu erhalten, investierte die FAAG wie im Vorjahr 17 Mio. € in Instandhaltungen und Modernisierungen. Neubauten werden grundsätzlich im Passivhausstandard errichtet. Im Stadtteil Ginnheim werden die Baumaßnahmen zur Nachverdichtung der Platensiedlung weiter fortgeführt. Die Aufstockungen sind erfolgt. Von den insgesamt 680 neu entstehenden Wohnungen, davon 50 % öffentlich gefördert, wurden 33 weitere in 2022 fertiggestellt.

In Griesheim „Am Wingertsgrund“ entstehen 67 Wohnungen und eine Tiefgarage.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 11,39 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen auf 536,29 Mio. €. Das Anlagevermögen beläuft sich auf 474,97 Mio. €, mehr als 12 Mio. € höher als im Vorjahr. Das Eigenkapital beläuft sich unverändert auf 105,55 Mio. €. Es errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 19,7 % (Vj. 20,1 %) ohne Sonderposten mit Rücklageanteil. Der Finanzmittelbestand ist nach Mittelzuflüssen aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Mittelabflüssen aus der Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit von rund 18 Mio. € auf 14,44 Mio. € gesunken.

Zur Erfolgslage

Der Jahresüberschuss vor Gewinnabführung an die ABG betrug 39,21 Mio. € (Vj. 32,90 Mio. €). Die Hausbewirtschaftung, die rund 90 % der Gesamtleistung ausmacht, stieg auf 94,1 Mio. € und somit um 3,1 Mio. €. Grund sind im Wesentlichen fertiggestellte Neubauten und die weiter gestiegenen Pachterlöse aus den Parkhäusern.

Das Bauträgergeschäft ruhte im Berichtsjahr wie bereits in den Vorjahren. Im Architekten- und Ingenieurgeschäft der FAAG sank die Gesamtleistung auf rund 0,4 Mio. €. Grund hierfür sind geringere Erlöse aus der Abstellung der Beschäftigten an die ABG durch Wechsel von der FAAG zur ABG. Die Eigenkapitalrentabilität lag bei mehr als 37 % (Vj. rund 31 %).

Ergebnisse der Beteiligungen

Die PBG betreibt und verwaltet Parkhäuser. Sie hat im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 637 T€ (Vj.: -201 T€) erwirtschaftet, der aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages an die FAAG abzuführen ist. Die Umsatzerlöse stiegen wieder auf 37,46 Mio. € nach den Beschränkungen der Pandemie. Die Bilanzsumme ist auf 16,9 Mio. € (Vj. 11,0 Mio. €) gestiegen.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl betrug 41. Die FAAG Technik GmbH erbringt Architekten- und Ingenieurleistungen. Sie hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von

0,26 Mio. € (Vj. 0,82 Mio. €) erwirtschaftet. Die Umsatzerlöse sanken um rund 1 Mio. € auf 9,90 Mio. €. Die Bilanzsumme ist auf 32,87 Mio. € (Vj. 32,40 Mio. €) gestiegen. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft 106 (Vj. 114) Mitarbeitende.

Die ABG Projekte GmbH erbringt Projektmanagementleistungen für den Konzernverbund. Sie erwirtschaftete ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung von 36,34 T€ (Vj. -47,67 T€). Die Bilanzsumme ist auf 473 T€ (Vj. 490 T€) gesunken. Durchschnittlich hatte die Gesellschaft 14 Mitarbeitende (Vj. 17).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind für die Gesellschaft erfüllt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Hauptversammlung, der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 3 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch fand statt am 10.11.2021 für das Planjahr 2022 und am 09.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 01.06.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	474.971	462.684	12.287	2,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	-
Sachanlagen	470.888	458.601	12.287	2,7
Finanzanlagen	4.083	4.083	0	0,0
Umlaufvermögen	60.971	61.821	-850	-1,4
Vorräte	16.423	16.757	-334	-2,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44.548	45.063	-516	-1,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	0	1	-0	-36,0
Rechnungsabgrenzungsposten	345	392	-47	-12,0
Bilanzsumme	536.287	524.897	11.390	2,2
PASSIVA				
Eigenkapital	105.545	105.545	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	14.592	14.592	0	0,0
Kapitalrücklage	88.813	88.813	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.141	2.141	0	0,0
Sonderposten	58.292	60.190	-1.898	-3,2
Rückstellungen	3.776	3.895	-119	-3,1
Verbindlichkeiten	361.296	348.736	12.560	3,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	246.386	254.193	-7.808	-3,1
Rechnungsabgrenzungsposten	7.378	6.531	847	13,0
Bilanzsumme	536.287	524.897	11.390	2,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	104.967	97.945	7.022	7,2
Bestandsänderung UE / FE	-334	1.322	-1.656	-125,3
andere aktivierte Eigenleistungen	16	29	-13	-45,2
Gesamtleistung	104.649	99.296	5.352	5,4
sonstige betriebliche Erträge	3.092	3.435	-343	-10,0
Materialaufwand	-37.679	-37.944	265	-0,7
Personalaufwand	-7.083	-7.697	613	-8,0
Abschreibungen	-11.575	-11.129	-446	4,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.854	-8.846	-8	0,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	42.549	37.115	5.434	14,6
Finanzergebnis	-3.334	-4.210	876	-20,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	39.215	32.905	6.310	19,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-	0	-
Ergebnis nach Steuern	39.215	32.905	6.310	19,2
Sonstige Steuern	-1	-1	0	0,0
Gewinnabführung	-39.214	-32.904	-6.310	19,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Bilanzergebnis	0	0	0	-

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung <i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	85	97	-12	-12,4
Anzahl Wohnungen preisfrei	5.430	5.426	4	0,1
Anzahl Wohnungen preisgebunden	709	679	30	4,4
Anzahl Wohnungen gesamt	6.139	6.105	34	0,6

3.1.3 SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-4757	E-Mail/Internet: info-saalbau@abg.com www.saalbau.com
Gründung: 12.05.2011	Unternehmensgegenstand: Verwaltung und Vermietung von Bürgergemeinschaftshäusern, Volksbildungsheimen und Saalbauten sowie Vermietung und Vermittlung externer Räumlichkeiten im Gebiet der Stadt Frankfurt am Main und die Einziehung fremder Forderungen. Dieser Unternehmensgegenstand soll vorwiegend den Zwecken der Gemeinschaftspflege, der Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege, der Gesundheitspflege, der Förderung des Sports und der sozialen Betreuung dienen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau StRin Dr. Renate Sterzel Herr Markus Debus Herr Stefan Goslar (AN) Herr Claus Tischer (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

A. Ausblick 2023

Wachsende Einwohner:innenzahlen generieren Chancen mit einhergehender steigender Nachfrage für Veranstaltungsräume. Dies bietet gegebenenfalls auch die Möglichkeit, sich als Betreiberin weiterer Veranstaltungsräume zu positionieren. Für das Jahr 2023 wird wieder mit einem negativen Ergebnis vor Verlustausgleich von -0,79 Mio. € gerechnet. Ab 2024 ff. wird ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von rund -0,7 Mio. € bis -1,0 Mio. € erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Zum 01.04.2011 ist die 1859 gegründete SAALBAU GmbH auf die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) verschmolzen worden. Gleichzeitig wurde die neue SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH (SAALBAU) gegründet, die das operative Geschäft weiter be-

treibt sowie die auf die ABG übergegangenen Liegenschaften verwaltet und vermietet. Zwischen der ABG und der SAALBAU bestehen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag sowie ein entgeltlicher Geschäftsbesorgungsvertrag, in dem auch das Betreiberentgelt von mittlerweile 7,8 Mio. € vereinbart ist. Die Bürgergemeinschaftseinrichtungen werden überwiegend durch von der Stadt Frankfurt am Main bezuschusste Vereine und Organisationen genutzt. Weitere Kunden/Kundinnen sind im geringeren Umfang Privat- und Firmenkunden/Firmenkundinnen. Im Rahmen der Vermietungstätigkeit bietet die Gesellschaft damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen wie Veranstaltungstechnik oder die Vermittlung von Cateringleistungen an. Für das Bildungs- und Kulturzentrum Höchst existiert ein Betreuungsvertrag mit der Stadt Frankfurt am Main.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 572 T€ (Vj. 1,68 Mio. €). Das Anlagevermögen von 4 T€ ist durch das Eigenkapital von 25 T€ gedeckt. Das kurzfristige Fremdkapital von 0,55 Mio. € (Vj. 1,68 Mio. €) ist durch kurzfristiges Umlaufvermögen von 0,57 Mio. € (Vj. 1,68 Mio. €) gedeckt.

Zur Erfolgslage

2022 schließt die SAALBAU mit einem negativen Ergebnis von 470 T€ ab. Die Beschäftigten waren nicht mehr in Kurzarbeit. Die Umsätze sind etwas gestiegen, was auf den Wegfall der coronabedingten Beschränkungen zurückzuführen ist. Hierbei entfallen 96 % auf das Betreiberentgelt. Material- und Personalaufwendungen sind überproportional zu den Umsatzerlösen gestiegen. Aufgrund des Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags übernimmt die ABG das negative Ergebnis.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Gemeinschaftspflege, die Förderung des kulturellen Lebens, der Volksbildung, der Heimatpflege, der Jugendpflege und der Gesundheitspflege sowie die Förderung des Sports und der sozialen Betreuung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der SAALBAU handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirt-

schaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An Bezügen für die Aufsichtsratsmitglieder wurden im Geschäftsjahr 360 € gezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplangespräch für das Planjahr 2022 fand am 11.11.2021 und für das Planjahr 2023 am 09.11.2022 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 15.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	4	6	-2	-32,2
Sachanlagen	4	6	-2	-32,2
Umlaufvermögen	568	1.682	-1.114	-66,2
Vorräte	7	8	-0	-6,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	561	1.674	-1.113	-66,5
Bilanzsumme	572	1.687	-1.115	-66,1
PASSIVA				
Eigenkapital	25	25	0	0,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	0	0	0	-
Rückstellungen	248	193	55	28,6
Verbindlichkeiten	299	1.469	-1.170	-79,7
Bilanzsumme	572	1.687	-1.115	-66,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.466	8.151	315	3,9
Gesamtleistung	8.466	8.151	315	3,9
sonstige betriebliche Erträge	4	6	-3	-43,2
Materialaufwand	-1.392	-935	-457	48,8
Personalaufwand	-5.825	-4.332	-1.493	34,5
Abschreibungen	-2	-2	-0	0,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.711	-1.681	-29	1,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-460	1.206	-1.666	-138,1
Finanzergebnis	-10	-10	1	-7,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-470	1.196	-1.666	-139,3
Ergebnis nach Steuern	-470	1.196	-1.666	-139,3
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Erträge aus Verlustübernahme	470	0	470	-
Gewinnabführung	0	-1.196	1.196	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	0	0	0	-
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	-
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	103	98	5	5,1
Besucher:innen	742.083	252.752	489.331	193,6

3.1.4 WOHNHEIM GmbH

Anschrift: Niddastraße 107 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/26 08-10 00	E-Mail/Internet: post-wohnheim@abg.de www.abg.de
Gründung: 11.09.1951	Unternehmensgegenstand: Zum Zwecke der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung kann die Gesellschaft geeignete Bauten errichten, betreuen und verwalten und alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben erfüllen.	
Gesellschafter: ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH Stadt Frankfurt am Main Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 34.103.200 € = 98,81 % 367.200 € = 1,06 % 42.000 € = 0,12 % 34.512.400 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Frank Junker		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	17 Mitglieder Frau StRin Elke Voitl Frau Stv Julia Frank-Millman Herr Stv Abdenassar Gannoukh Frau Stv Lara Goertz Herr Stv Johannes Lauterwald Herr Stv Holger Tschierschke Frau StRin Elke Voitl Herr Rolf Würz	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Heike Bandze (AN) Herr Stefan Bund Frau Katharina Bundschuh (AN) Herr StK a. D. Dr. h. c. Ernst Gerhardt Herr Hans Peter Kemmer (AN) Herr Patrick Matzner (AN) Herr Frank Möhler (AN) Frau Sonia Ries (AN) Herr Karl-Heinz Rimkus (AN) Herr Mirko Streipert (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate)	Frauenquote: (bezogen auf AR gesamt)	Zielgröße hierfür: (nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
42,86 %	35,29 %	30,00 %

A. Ausblick 2023

Zur Sicherung der Marktfähigkeit des Bestandes und der Verringerung des Energieverbrauchs werden 85,7 Mio. € in den Jahren 2023 bis 2027 investiert. Im Zusammenhang mit den geplanten Investitionen für Modernisierung und Sanierung ist mit Mietausfällen zu rechnen, da Wohnungen während der Bauphase nur eingeschränkt für die Vermietung zur Verfügung stehen. In den Jahren 2023 bis 2027

ergeben sich daher Jahresfehlbeträge von 0,35 Mio. € bis 3,07 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der seit dem 01.01.1992 bestehende Unternehmensvertrag bindet die WOHNHEIM GmbH (WOHNHEIM) in den Konzernkreis der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) ein. Mit Wirkung

zum 31.12.2000 besteht der Vertrag als isolierter Beherrschungsvertrag ohne Ergebnisabführungsvertrag fort. Zwischen der WOHNHEIM und der ABG besteht seit dem 01.01.2020 ein Geschäftsbesorgungsvertrag, wonach das gesamte operative Geschäft durch die ABG abgewickelt wird. Die Beschäftigten der Wohnheim sind an die ABG abgestellt.

Die Gesellschaft bewirtschaftet in Frankfurt am Main 14.919 Wohneinheiten (14.374 Wohnungen und 454 Wohnheimplätze), wovon 52,1 % preis- und belegungsgebunden sind. Darüber hinaus sind 98 Gewerbeeinheiten, 67 soziale Einrichtungen sowie 5.208 Garagen und Abstellplätze in der Bewirtschaftung.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 5,33 Mio. € auf 448,01 Mio. € gesunken. Das Anlagevermögen erhöhte sich, weil die Investitionen die Abschreibungen überstiegen. Das Eigenkapital ist um 776 T€ gestiegen, so dass sich eine Eigenkapitalquote von 30,4 % (Vj. 29,8 %) errechnet.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Jahresüberschuss von 776 T€ aus. Mit dem Gewinnvortrag von 50,28 Mio. € ergibt sich ein Bilanzgewinn von 51,06 Mio. €.

Die Bewirtschaftung des Hausbesitzes macht den größten Teil des Umsatzes der Gesellschaft aus, das entspricht 111,56 Mio. €. Das Betriebsergebnis vor Zinsen verringerte sich um 8,37 Mio. € auf 4,01 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 12 T€ an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 1 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Das Wirtschaftsplanengespräch für das Planjahr 2022 fand am 10.11.2021 und für das Planjahr 2023 am 09.11.2022 statt. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 18.05.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der WOHNHEIM GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	380.895	376.438	4.457	1,2
Sachanlagen	380.895	376.438	4.457	1,2
Umlaufvermögen	66.646	76.056	-9.410	-12,4
Vorräte	31.008	32.094	-1.087	-3,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35.522	43.816	-8.294	-18,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	116	145	-29	-20,0
Rechnungsabgrenzungsposten	469	848	-380	-44,8
Bilanzsumme	448.009	453.342	-5.332	-1,2
PASSIVA				
Eigenkapital	135.994	135.218	776	0,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	34.512	34.512	0	0,0
Kapitalrücklage	2.147	2.147	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	48.276	48.276	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	50.283	41.499	8.784	21,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	776	8.784	-8.008	-91,2
Rückstellungen	8.238	7.782	456	5,9
Verbindlichkeiten	298.342	304.517	-6.175	-2,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	161.914	163.019	-1.105	-0,7
Rechnungsabgrenzungsposten	5.435	5.824	-389	-6,7
Bilanzsumme	448.009	453.342	-5.332	-1,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	115.623	112.182	3.441	3,1
Bestandsänderung UE / FE	-1.087	3.198	-4.285	-134,0
Gesamtleistung	114.537	115.381	-844	-0,7
sonstige betriebliche Erträge	3.554	2.925	630	21,5
Materialaufwand	-82.484	-72.702	-9.782	13,5
Personalaufwand	-3.663	-4.415	752	-17,0
Abschreibungen	-16.952	-17.563	612	-3,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.980	-11.243	263	-2,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	4.012	12.382	-8.370	-67,6
Finanzergebnis	-3.236	-3.527	291	-8,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	776	8.855	-8.079	-91,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	-71	71	-100,0
Ergebnis nach Steuern	776	8.784	-8.008	-91,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	776	8.784	-8.008	-91,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	776	8.784	-8.008	-91,2
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	50	63	-13	-20,6
Anzahl Wohnungen preisfrei	7.150	7.257	-107	-1,5
Anzahl Wohnungen preisgebunden	7.769	7.744	25	0,3
Anzahl Wohnungen gesamt	14.919	15.001	-82	-0,5
davon Neubaufertigstellungen	0	16	-16	-

Beteiligungen:

Bauland-Offensive Hessen GmbH

NH ProjektStadt GmbH

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH

Kapitalanteile:

200.000 € = 100,00 %

200.000 € = 100,00 %

36.722.950 € = 88,95 %

15.600 € = 60,00 %

1.710.500 € = 33,33 %

A. Ausblick 2023

Die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Nassauische Heimstätte) wird weiterhin in den Bestand investieren und die Neubautätigkeit fortsetzen.

Auch in 2023 sind für Instandhaltungen rund 74,3 Mio. € und für Modernisierungen rund 58,6 Mio. € vorgesehen. Für 2023 sieht die Gesellschaft den Baubeginn von 340 Wohnungen und zwei Gewerbeeinheiten für den eigenen Bestand vor. Im Umlaufvermögen ist der Baubeginn von 316 Eigentumswohnungen geplant. Es ist ein Jahresüberschuss vor Steuern von rund 0,2 Mio. € geplant.

Risiken werden im Zusammenhang mit Finanzierungen für Bauprojekte durch steigende Zinsen und generell steigende Preise für Baumaterialien, aber auch in Form von Handwerkerkapazitäten und Materialverfügbarkeiten gesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Die Nassauische Heimstätte ist in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Bewirtschaftung ihrer 43.976 Wohnungen, 8.822 Gewerbeeinheiten und der Garagen- und Abstellplätze. In Frankfurt am Main hält die Gesellschaft an die 17.000 Wohnungen. Rund 74,2 Mio. € wurden in nicht mietwirksame Instandhaltungen und Modernisierungen investiert. Zudem wurden für aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen rund 61 Mio. € aufgewendet. 37 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. 2022 waren 1.567 Wohneinheiten und 18 Gewerbeeinheiten für den eigenen Bestand im Bau. Darüber hinaus befanden sich weitere Projekte im Planungsprozess. 269 Eigentumswohnungen und ein Gewerbe befanden sich im Frankfurter Schönhofviertel im Bau. Weitere Planungen für das Umlaufvermögen

laufen. 99 Wohnungen konnten durch Aufstockungen fertiggestellt und bezogen werden. Das Unternehmen ist treuhänderisch oder beratend und als Projektentwickler in 53 Städten und Gemeinden mit 118 Aufträgen tätig. Es besteht ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH (WOHNSTADT), der NH ProjektStadt GmbH, der Bauland-Offensive Hessen GmbH, der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH, der Arbeitsgemeinschaft großer Wohnungsunternehmen und der Initiative Wohnen.2050 e. V. sowie ein Büroführungsvertrag mit der Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH. Mit der Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH (MET), einer Tochter der WOHNSTADT, sind Rahmenverträge zur Multimediaversorgung, Wärmeverversorgung, Netzüberlassung und zur Anmietung von Rauchmeldern geschlossen worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist um 163,54 Mio. € auf 2,82 Mrd. € gestiegen. Das Anlagevermögen hat sich erhöht, resultierend im Wesentlichen aus der Erhöhung des Sachanlagevermögens um 136,72 Mio. € und dem Anstieg des Umlaufvermögens um 25,80 Mio. €. Der Anstieg des Sachanlagevermögens resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Grundstücke und grundstücksgleichen Rechte mit Wohnbauten und der Fertigstellung verschiedener Neubau- und Modernisierungsmaßnahmen. Das Umlaufvermögen ist durch die Erhöhung der flüssigen Mittel gestiegen. Auf der Passivseite haben sich im Wesentlichen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern erhöht. Die Eigenkapitalquote ist von 41 % auf 38,9 % gesunken. Die Kapitalstruktur ist von dem positiven Jahresergebnis geprägt.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 10,84 Mio. € (Vj. 42,83 Mio. €). Der gegenüber der Planung wesentlich geringere Jahresüberschuss ergibt sich hauptsächlich aus dem geringeren Verkauf von Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Gestiegene Mieten ergeben sich aus Sollmieten von Neubauprojekten und Mieterhöhungen. Mehr als 7 Mio. € wurden für Instandhaltungen aufgewandt. Der um 3,33 Mio. € gestiegene Personalaufwand resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Beschäftigtenzahl und Tarifierhöhungen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen um mehr als 8 Mio. € gesunken, was auf die einmalige Rückstellungsauflösung der NH ProjektStadt GmbH im Vorjahr zurückzuführen ist.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Die WOHNSTADT bewirtschaftet 15.735 Wohnungen. 32 Wohnungen wurden im Rahmen der Portfolioentwicklung veräußert. 59 Wohnungen befinden sich im Bau. Für Instandhaltungen und Modernisierungen wurden 24,1 Mio. € aufgewendet. Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 3 Mio. € auf 502,6 Mio. € erhöht. Das Jahresergebnis belief sich auf rund 7,2 Mio. €.

Die NH ProjektStadt GmbH arbeitet begonnene Vorhaben noch ab, zukünftige Projekte werden wieder von der Nassauischen Heimstätte selbst erstellt. Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanzsumme von 44,1 Mio. € ab. Das Jahresergebnis belief sich auf 0,85 Mio. €, die an die Nassauische Heimstätte abgeführt werden.

Aufgabe der MET ist es, immobiliennahe Dienstleistungen für die Unternehmensgruppe zu erbringen. Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanzsumme von rund 29 Mio. € ab. Das Jahresergebnis belief sich auf 4,97 Mio. €, die an die WOHNSTADT abgeführt werden.

Die Bauland-Offensive Hessen GmbH (Bauland) soll den Städtebau und die Entwicklung von Bauland in Gebieten mit Wohnraumdefiziten fördern. In 2022 wurden sieben Machbarkeitsstudien finalisiert.

Das Geschäftsjahr schloss mit einer Bilanzsumme von 290 T€ ab. Für 2022 ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 2 T€. Bei der EU-Kommission wurde durch einen konkurrierenden Marktteilnehmer 2020 eine Beschwerde gegen den Betrauungsakt des Landes eingelegt. Die Entscheidung der Kommission steht noch aus. In den Konzernabschluss mit einbezogen wurden neben der Nassauischen Heimstätte die WOHNSTADT, die NH ProjektStadt GmbH und die MET. Konzernweit vermietete die Nassauische Heimstätte 59.711 Wohnungen in ganz Hessen. Schwerpunkt der Tätigkeit des Konzerns ist die Bewirtschaftung der eigenen Wohnungen. Die Konzernbilanzsumme beträgt 3,12 Mrd. € (Vj. 2,95 Mrd. €). Die Konzerneigenkapitalquote beträgt 38,3 % (Vj. 39,8 %). Der Konzernabschluss schließt mit einem Konzernjahresüberschuss von 22,89 Mio. € (Vj. 57,07 Mio. €), der Konzernbilanzgewinn beträgt 69,27 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung breiter Schichten der Bevölkerung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO für eine wirtschaftliche Betätigung der Stadt Frankfurt am Main liegen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Im Jahr 2023 wurde eine Nettodividende für das Geschäftsjahr 2022 von 167 T€ an den Haushalt der Stadt Frankfurt am Main abgeführt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Gesamtbezüge der drei Geschäftsführer 926 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 24 T€.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.380.210	2.243.482	136.728	6,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	802	788	14	1,8
Sachanlagen	2.223.178	2.086.460	136.718	6,6
Finanzanlagen	156.230	156.234	-3	-0,0
Umlaufvermögen	432.104	406.302	25.802	6,4
Vorräte	187.408	177.847	9.561	5,4
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	118.131	117.524	607	0,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	126.565	110.932	15.634	14,1
Rechnungsabgrenzungsposten	3.620	2.608	1.012	38,8
Bilanzsumme	2.815.935	2.652.393	163.542	6,2
PASSIVA				
Eigenkapital	1.096.056	1.086.330	9.726	0,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	564.968	523.250	41.718	8,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	10.837	42.829	-31.992	-74,7
Rückstellungen	26.708	30.835	-4.128	-13,4
Verbindlichkeiten	1.675.257	1.520.049	155.208	10,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.061.453	922.109	139.344	15,1
Rechnungsabgrenzungsposten	17.915	15.179	2.736	18,0
Bilanzsumme	2.815.935	2.652.393	163.542	6,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	360.260	368.933	-8.673	-2,4
Bestandsänderung UE / FE	30.064	-3.686	33.750	-915,6
andere aktivierte Eigenleistungen	10.614	11.846	-1.232	-10,4
Gesamtleistung	400.938	377.092	23.845	6,3
sonstige betriebliche Erträge	2.148	4.722	-2.574	-54,5
Materialaufwand	-206.949	-172.071	-34.878	20,3
Personalaufwand	-72.450	-69.118	-3.332	4,8
Abschreibungen	-63.833	-58.224	-5.609	9,6
sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.257	-25.812	-3.445	13,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	30.597	56.590	-25.993	-45,9
Finanzergebnis	-19.223	-11.024	-8.199	74,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	11.374	45.566	-34.192	-75,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-396	-2.432	2.037	-83,7
Ergebnis nach Steuern	10.978	43.134	-32.156	-74,5
Sonstige Steuern	-141	-305	164	-53,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	10.837	42.829	-31.992	-74,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	10.837	42.829	-31.992	-74,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	835	801	34	4,2
Anzahl Wohnungen preisfrei	32.276	31.661	615	1,9
Anzahl Wohnungen preisgebunden	11.700	11.801	-101	-0,9
Anzahl Wohnungen gesamt	43.976	43.462	514	1,2
davon Neubaufertigstellungen	391	310	81	26,1

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.760.477	2.621.969	138.508	5,3
Immaterielle Vermögensgegenstände	802	788	14	1,8
Sachanlagen	2.717.562	2.579.064	138.498	5,4
Finanzanlagen	42.114	42.117	-3	-0,0
Umlaufvermögen	358.301	326.883	31.418	9,6
Vorräte	214.205	202.603	11.602	5,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.480	13.281	4.199	31,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	126.616	111.000	15.617	14,1
Rechnungsabgrenzungsposten	2.281	1.659	622	37,5
Bilanzsumme	3.121.059	2.950.510	170.549	5,8
PASSIVA				
Eigenkapital	1.196.700	1.174.921	21.780	1,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	127.430	127.430	0	0,0
Kapitalrücklage	392.821	392.821	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	591.852	543.466	48.386	8,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	69.270	96.671	-27.401	-28,3
Anteile anderer Gesellschafter	15.327	14.533	794	5,5
Rückstellungen	39.742	45.711	-5.969	-13,1
Verbindlichkeiten	1.864.553	1.714.125	150.428	8,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.244.532	1.118.573	125.959	11,3
Rechnungsabgrenzungsposten	20.064	15.754	4.309	27,4
Bilanzsumme	3.121.059	2.950.510	170.549	5,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	432.897	448.787	-15.890	-3,5
Bestandsveränderung UE / FE	31.936	-3.913	35.849	-916,2
andere aktivierte Eigenleistungen	11.929	13.002	-1.073	-8,2
Gesamtleistung	476.763	457.876	18.887	4,1
sonstige betriebliche Erträge	3.831	14.609	-10.778	-73,8
Materialaufwand	-244.275	-212.444	-31.831	15,0
Personalaufwand	-72.565	-69.289	-3.276	4,7
Abschreibungen	-85.571	-78.891	-6.680	8,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-31.386	-28.112	-3.275	11,6
Betriebsergebnis	46.797	83.750	-36.954	-44,1
Finanzergebnis	-22.708	-23.235	528	-2,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	24.089	60.515	-36.426	-60,2
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.042	-3.125	2.083	-66,7
Ergebnis nach Steuern	23.047	57.390	-34.343	-59,8
Sonstige Steuern	-156	-320	164	-51,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	22.891	57.070	-34.179	-59,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-794	-1.024	230	-22,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	22.096	56.046	-33.949	-60,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	47.174	40.625	6.549	16,1
Bilanzergebnis	69.270	96.671	-27.401	-28,3

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			<i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	835	801	34	4,2
Anzahl Wohnungen preisfrei	43.435	42.792	643	1,5
Anzahl Wohnungen preisgebunden	16.276	16.322	-46	-0,3
Anzahl Wohnungen gesamt	59.711	59.114	597	1,0
davon Neubaufertigstellungen	391	402	-11	-2,7

4.1 Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH

Anschrift: Opernplatz 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/13 40-0	E-Mail/Internet: info@alteoper.de www.alteoper.de
Gründung: 02.10.1978	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Betrieb und Unterhaltung der Alten Oper Frankfurt, verwirklicht durch Darbietungen künstlerischer, kultureller, wissenschaftlicher oder sozialer Art und Berücksichtigung der Interessen aller Bevölkerungskreise, insbesondere durch Konzerte und Theateraufführungen (mit Vorrang von Konzerten) sowie durch Kongressveranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.650 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Markus Fein		
Aufsichtsrat:	8 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Thomas Böppler-Wolf	
	Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Mirrianne Mahn	
	Herr Stv Uwe Paulsen	
	Herr Wolfgang Weyand	
	Frau Stv Britta Wollkopf	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Daniela Fliege (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 57,14 %		

A. Ausblick 2023

Der Wirtschaftsplan 2023 geht von einem „normalen“ Kalenderjahr aus, d. h. insbesondere, dass sowohl die Zahl der Veranstaltungen im Wesentlichen wieder den Vor-Corona-Ergebnissen entspricht als auch die Karteneinnahmen ohne coronabedingte Kapazitätsbeschränkungen geplant wurden. Der Planung liegen allerdings deutlich höhere Aufwendungen für Energie zugrunde aufgrund der gestiegenen Energiekosten. In welcher Höhe diese sich tatsächlich auswirken werden, bleibt genauso abzuwarten wie die Auswirkungen der Inflation auf das Kaufverhalten des Publikums.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Während im Gebäude der Alten Oper bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg tatsächlich die Frankfurter Oper residierte, verbirgt sich seit der Wieder-

eröffnung 1981 hinter der historischen Fassade ein modernes Konzert- und Kongresshaus. Der Große Saal bietet bei Reihenbestuhlung Platz für rund 2.400 Besucher:innen, der Mozart-Saal für etwa 720 Gäste. Daneben verfügt das Haus noch über ein paar Salons und Foyers.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme (11,20 Mio. €) ist gegenüber dem Vorjahr (7,67 Mio. €) deutlich angestiegen. Auf der Aktivseite resultiert dies aus höheren Forderungen, gestiegenen sonstigen Vermögensgegenständen und einem Anstieg der liquiden Mittel. Auf der Passivseite ist das Eigenkapital um 1,64 Mio. € gestiegen; außerdem werden höhere Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Fehlbetrag von 7,36 Mio. € und damit um rund 680 T€ verbessert gegenüber dem Wirtschaftsplan ab. Im Vergleich zum Vorjahr (2021) zeigt sich das Ergebnis um 319 T€ verbessert.

Auch das Geschäftsjahr 2022 war noch durch die Corona-Pandemie betroffen. Die Umsätze fallen zwar deutlich höher aus als in den beiden Corona-Jahren 2020 und 2021, erreichen aber noch nicht das Vor-Corona-Niveau und auch nicht den Planwert 2022. Ursächlich sind Corona-bedingte Veranstaltungsausfälle und Platz-Beschränkungen, die teilweise durch Hilfen aus dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen ausgeglichen wurden. Die Zahl der Veranstaltungen lag bei 403 (nach 164 im Vorjahr und 445 im letzten Vor-Corona-Jahr 2019). Die Zahl der Besucher:innen lag bei 269 Tausend (nach 77 Tausend im Vorjahr und 449 Tausend in 2019). Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber 2021 ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr die November- und Dezemberhilfen vereinnahmt wurden; die Bundesmittel stehen noch unter dem Vorbehalt der entgeltigen Festsetzung. Das gegenüber dem Vorjahr höhere Veranstaltungsvolumen führte zu erhöhten Aufwendungen. Nach dem Vorjahresanstieg der Pensionsrückstellungen infolge des Geschäftsführerwechsels ist der Personalaufwand gesunken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO**Erfüllung des öffentlichen Zwecks**

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Kunst und Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass

eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 7,40 Mio. € sowie Reste von rund 5,11 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind aufgrund des liquiditätsorientierten Mittelabrufs bis zum Jahresende Auszahlungen von 9,00 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Der Geschäftsführer erhielt im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 200 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (aus Sitzungsgeldern von 35,79 € pro Person und Sitzung) betrugen im Geschäftsjahr 536,85 €

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 12.10.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 04.10.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 24.05.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	1.918	2.235	-317	-14,2
Immaterielle Vermögensgegenstände	42	27	15	53,6
Sachanlagen	1.876	2.207	-331	-15,0
Umlaufvermögen	8.897	5.024	3.873	77,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.278	1.917	3.361	175,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	3.619	3.107	512	16,5
Rechnungsabgrenzungsposten	0	5	-5	-
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	388	409	-21	-5,0
Bilanzsumme	11.203	7.672	3.531	46,0
PASSIVA				
Eigenkapital	2.355	717	1.638	228,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	9.461	8.142	1.319	16,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-7.362	-7.681	319	-4,2
Sonderposten	778	878	-100	-11,4
Rückstellungen	3.404	3.274	130	4,0
Verbindlichkeiten	4.522	2.704	1.818	67,2
Rechnungsabgrenzungsposten	144	99	44	44,5
Bilanzsumme	11.203	7.672	3.531	46,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	10.803	3.765	7.038	186,9
Gesamtleistung	10.803	3.765	7.038	186,9
sonstige betriebliche Erträge	680	2.472	-1.792	-72,5
Materialaufwand	-6.632	-2.672	-3.960	148,2
Personalaufwand	-3.678	-3.890	212	-5,4
Abschreibungen	-596	-646	51	-7,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-7.839	-6.572	-1.267	19,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-7.262	-7.544	282	-3,7
Finanzergebnis	-22	-55	33	-60,3
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-7.284	-7.599	315	-4,1
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-62	-66	4	-5,7
Ergebnis nach Steuern	-7.346	-7.665	319	-4,2
Sonstige Steuern	-16	-16	0	-0,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-7.362	-7.681	319	-4,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-7.362	-7.681	319	-4,2
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	39	38	1	2,6
Veranstaltungen	403	164	239	145,7
Besucher:innen	269.104	76.810	192.294	250,4

4.2 Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH

Anschrift: Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 61352 Bad Homburg v. d. Höhe	Telefon: 0 61 72/99 94 69 2	E-Mail/Internet: kontakt@kulturfonds-frm.de www.kulturfonds-frm.de
Gründung: 20.12.2007	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kultur und Kunst in der Region Frankfurt Rhein Main mit nationaler und internationaler Bedeutung insbesondere durch Fortführung und Durchführung sowie Vernetzung, Austausch, Bündelung und Präsentation kultureller Projekte sowie Unterstützung steuerbegünstigter Träger und Veranstalter einschließlich Öffentlichkeitsarbeit.	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	30.000 € =	23,08 %
Land Hessen	30.000 € =	23,08 %
Landkreis Hochtaunus	15.000 € =	11,54 %
Landkreis Main-Taunus	15.000 € =	11,54 %
Stadt Wiesbaden	15.000 € =	11,54 %
Stadt Darmstadt	10.000 € =	7,69 %
Stadt Offenbach am Main	8.000 € =	6,15 %
Stadt Hanau	5.000 € =	3,85 %
Stadt Bad Vilbel	1.000 € =	0,77 %
Stadt Oestrich-Winkel	1.000 € =	0,77 %
	130.000 € =	100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Karin Wolff

Aufsichtsrat:

26 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Frau Stv Natascha Kauder

Frau Stv Mirriane Mahn

Herr StR Christian Setzepfandt

Herr Stv Hüseyin Sitki

Herr Wolfgang Weyand

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Ulrich Adolphs

Frau Dorothea Angor

Frau Staatssekurin Ayse Asar

Frau StRin Iris Bachmann

Herr Staatsmin Jürgen Banzer

Herr BM Dr. Bernd Blisch

Herr MinDirigent Elmar Damm

Herr KrBg Axel Fink

Herr Wolf-Dieter Hasler

Herr StK Axel Imholz

Herr Nikolas Jacobs

Herr OB Claus Kaminsky

Frau Ulrike Kiesche

Herr Rolf Krämer

Herr LRat Ulrich Krebs

Herr Claus Kunzmann

Herr BM Dr. Stefan Naas

Herr OB Jochen Partsch

Herr MinDirigent Johannes Stein

Herr Dr. Ralph Philipp Ziegler

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

50,00 %

Kuratorium:**16 Mitglieder****Kuratoriumsvorsitz:**

Herr Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann

Weitere Kuratoriumsmitglieder:

Frau Bar Avni
Frau Anett Baumeister
Frau Claudia Dillmann
Frau Prof. Dr. Barbara Dölemeyer
Herr Dr. Michael Eissenhauer
Herr Prof. Dr. August Heuser
Herr Prof. Dr. Klaus Honnef
Herr Peter Michalzik
Herr Dr. Helmut Müller
Frau Madeline Ritter
Frau Gabriele Röthemeyer
Frau Daniela Seel
Herr Dr. Thomas Sparr
Frau Dr. Rena Wandel-Hoefer
Herr Feridun Zaimoglu

A. Ausblick 2023

Die internationale Lage ist instabil. Gleichwohl beginnt das Geschäftsjahr mit recht gut gefüllten Veranstaltungen und einem frühzeitigeren Buchungsverhalten der Menschen als im Vorjahr. Politische Unsicherheiten erfordern neue Standortbestimmungen. Die Kultur kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Diesen Weg wird die Gesellschaft mit Augenmaß mitgehen: Kulturelles Angebot ermöglichen, zeigen, vernetzen, ohne den vorhandenen finanziellen Spielraum aufzugeben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Die Gesellschaft wurde 2007 von fünf Gründungsgesellschaftern (Land Hessen, Stadt Frankfurt am Main, Landkreise Hochtaunus und Main-Taunus, Stadt Darmstadt) mit dem Zweck gegründet, Kunst und Kultur in der Region Frankfurt Rhein-Main zu fördern. Die Gesellschafter:innen zahlen hierfür Beiträge auf der Grundlage einer Finanzierungsvereinbarung. Als neue Gesellschafter:innen sind seit der Gründung die Städte Wiesbaden (2012), Hanau (2013), Bad Vilbel (2020), Oestrich-Winkel (2020) und Offenbach (2020) hinzugekommen.

Das Jahr 2022 war weiterhin durch die Pandemiesituation geprägt; insbesondere hat die Verunsicherung über Ansteckungsrisiken bei Veranstaltungen zu einer Kaufzurückhaltung bei Kulturveranstaltungen geführt. Auch die Energiekrise infolge des Ukrainekriegs wirkte sich belastend aus. Die Gesellschaft hat mehrfach mit Beschlüssen zu einer flexibleren Begleitung der Veranstaltungen reagiert. Im Oktober ging die neu gestaltete Homepage online.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist leicht um 143 T€ auf 13,93 Mio. € gestiegen.

Auf der Aktivseite sind die flüssigen Mittel (Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten) weiterhin dominierend (10,86 Mio. €), aber gegenüber dem Vorjahr gesunken. Die sonstigen Vermögensgegenstände sind (infolge hier zu verbuchender Finanzanlagen) angestiegen (+3,02 Mio. €).

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital durch die niedrigeren zweckgebundenen Rücklagen reduziert; dafür sind die Rückstellungen angestiegen. Bei den Projekten werden nach jedem Gremienbeschluss Rücklagen (gebundene Maßnahmenrücklage) gebildet, die nach der vertraglichen Fördervereinbarung unmittelbar in Rückstellungen umgewan-

delt werden. Bei beiden Positionen ergeben sich jährliche Schwankungen (u. a. abhängig davon, wie hoch die Gremienbeschlüsse insgesamt ausfallen und in welchem Umfang Fördervereinbarungen noch im Jahr des Gremienbeschlusses abgeschlossen werden können).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 388 T€. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr (3,11 Mio. €) sowie der Entnahmen und Einstellungen in die Rücklage ergibt sich ein Bilanzgewinn von 3,25 Mio. €, der zur Verstärkung der Projektmittel 2023 auf neue Rechnung vorgetragen wird.

Auch im Geschäftsjahr 2022 war der Kulturbetrieb noch durch die Corona-Pandemie belastet; zudem wirkte sich die Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs aus.

Die Erträge beinhalten im Wesentlichen die Gesellschafterbeiträge. Diese belaufen sich gemäß der Finanzierungsvereinbarung und den Kooperationsvereinbarungen unverändert auf 1,60 € pro Einwohner für die Kreise und auf 2 € pro Einwohner für die Städte; das Land verdoppelt die Summe der Beiträge der kommunalen Gesellschafter und Kooperationspartner. Seit dem 01.07.2022 sind der Kreis Offenbach und der Rheingau-Taunus-Kreis Kooperationspartner, was zu einer Erhöhung der Erträge geführt hat.

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen die Projektaufwendungen. Der Personalaufwand ist insbesondere aufgrund der Neueinstellung einer Mitarbeiterin, die auf die Ausweitung des Ge-

schäftsbereichs zurückgeht, im Vorjahresvergleich gestiegen. Im Berichtsjahr waren neun Personen (Köpfe) bei der Gesellschaft beschäftigt (Vj. acht).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge bei, die in der Finanzierungsvereinbarung festgelegt sind (Stadt Frankfurt am Main 1,47 Mio. €).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Kulturausschuss (Aufsichtsrat), die Geschäftsführung und das Kuratorium (Beirat).

Die Geschäftsführerbezüge betrugen im Geschäftsjahr insgesamt 173 T€.

Die Kulturausschussmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	50	10	40	418,5
Immaterielle Vermögensgegenstände	45	1	44	6.438,3
Sachanlagen	5	9	-4	-44,9
Umlaufvermögen	13.880	13.779	100	0,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.020	0	3.020	-
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	10.860	13.779	-2.920	-21,2
Rechnungsabgrenzungsposten	2	0	2	-
Bilanzsumme	13.932	13.789	143	1,0
PASSIVA				
Eigenkapital	4.712	5.100	-388	-7,6
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	130	130	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	1.330	1.858	-528	-28,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3.252	3.112	140	4,5
Rückstellungen	9.177	8.647	530	6,1
Verbindlichkeiten	43	42	1	2,5
Bilanzsumme	13.932	13.789	143	1,0
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	8.086	7.264	822	11,3
Gesamtleistung	8.086	7.264	822	11,3
sonstige betriebliche Erträge	203	482	-279	-57,9
Materialaufwand	-7.795	-9.299	1.503	-16,2
Personalaufwand	-611	-596	-15	2,6
Abschreibungen	-23	-8	-15	185,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-235	-230	-4	1,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-374	-2.387	2.012	-84,3
Finanzergebnis	-13	22	-35	-162,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-388	-2.365	1.977	-83,6
Ergebnis nach Steuern	-388	-2.365	1.977	-83,6
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	36,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-388	-2.365	1.977	-83,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-388	-2.365	1.977	-83,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	3.112	3.969	-857	-21,6
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	1.443	2.831	-1.388	-49,0
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-915	-1.323	408	-30,9
Bilanzergebnis	3.252	3.112	140	4,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	9	8	1	12,5

4.3 Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH

Anschrift: Marktstraße 30 60388 Frankfurt am Main		Telefon: 0 69/2 12-4 12 76/4 12 40	E-Mail/Internet: info@kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de www.kulturgesellschaft-bergen-enkheim.de
Gründung: 16.12.1976		Unternehmensgegenstand: Durchführung kultureller Veranstaltungen: Die Förderung und Pflege von Kulturwerten durch Dichterlesungen, Konzerte, Theater- und Jugendveranstaltungen, die Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde, die Pflege des Liedgutes und des Chorgesanges in Bergen-Enkheim.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Vereinsring Bergen-Enkheim e. V. Evangelische Kirchengemeinde Bergen-Enkheim		Kapitalanteile: 15.600 € = 60,00 % 7.800 € = 30,00 % 2.600 € = 10,00 % 26.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Ließmann			
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:		9 Mitglieder Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Herr Mark Gläser Frau Marion Kling Herr Günther Kraus Herr Frank Weil Frau OV Dr. Alexandra Weizel	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Walter Fix Frau Beatrix Müller-Mamerow Frau Christine Schmidt-Gärtner	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %			

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

4.4 Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Waldschmidtstraße 4 60316 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/40 58 95-0	E-Mail/Internet: info@mousonturm.de www.mousonturm.de
Gründung: 22.05.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch den Betrieb der Einrichtung Künstlerhaus Mousonturm. Entwicklung und Durchführung sonstiger kultureller Aktivitäten. Gastspiele und Teilnahme an Koproduktionen im In- und Ausland.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 35.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Markus Droß Frau Anna Wagner		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Thomas Böppler-Wolf Frau Stv Julia Eberz Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Peter Thoma Weitere Aufsichtsratsmitglieder: Herr Carsten Schrauff (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft ist als Veranstalterin von Kulturveranstaltungen in einen postpandemischen Modus zurückgekehrt. Der Publikumszuspruch ist jüngst wieder erstartet. Die signifikante Steigerung von Energie- und anderen Kosten sowie Tarifsteigerungen im Bereich Löhne und Gehälter erschweren das Einhalten des geplanten Ergebnisses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH (Künstlerhaus Mousonturm) wurde 1988 als Spiel- und Produktionsstätte für (inter)nationale freischaffende Künstler:innen aus den Bereichen Tanz, Theater, Performance, Musik, Literatur und Bildende Kunst geschaffen und zählt heute international zu den wichtigsten und erfolgreichsten freien Produktionszentren. Angesiedelt ist das Künstlerhaus im denkmalgeschützten Turm der ehemaligen Mouson-Seifenfabrik. 2001/2002 erfolgte die Aus-

gliederung aus der Kulturgesellschaft Frankfurt mbH (heute: Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH) in die Künstlerhaus Mousonturm.

Auch das Geschäftsjahr 2022 war durch die Corona-Pandemie beeinflusst. Es fielen Mehraufwendungen durch zusätzliche Hygieneauflagen an; Kapazitätsbeschränkungen und nach deren Wegfall eine verhaltene Rückkehr des Publikums prägten den Geschäftsverlauf.

Im Geschäftsjahr wirkten sich zudem die Großprojekte „Politik im Freien Theater“ und „Theater der Welt“ aus.

Im September übernahmen Frau Wagner und Herr Droß neu die Geschäftsführung der Gesellschaft.

Im Berichtsjahr gab es 842 Veranstaltungen (Vj. 417), davon 334 Theater-Vorstellungen (Vj. 168). Die Anzahl der Besucher:innen konnte auf 45.323 (Vj. 20.307 Besucher:innen) gesteigert werden, davon 33.852 Theater-Besucher:innen (Vj. 14.526). Zum Vergleich: 2019, im letzten Vor-

Corona-Jahr, lag die Zahl der Theater-Besucher:innen bei 42.276.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 1,36 Mio. € auf 1,61 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erhöht (+248 T€).

Da das Gebäude nicht dem Mousonturm sondern der FAAG gehört, weist die Gesellschaft ein relativ geringes Anlagevermögen (241 T€; Vj. 284 T€) aus. Das Umlaufvermögen ist auf 1,21 Mio. € angestiegen (Vj. 934 T€). Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag hat sich leicht auf 134 T€ erhöht (Vj. 122 €).

Die Rückstellungen sind auf 233 T€ gestiegen (Vj. 161 T€). In den Rückstellungen ist ein finanzielles Risiko von 54 T€ in Bezug auf die Überprüfung der November- und Dezemberhilfe berücksichtigt. Die Verbindlichkeiten sind von 1,17 Mio. € auf 1,35 Mio. € angestiegen.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 4,14 Mio. € (Vj. -4,38 Mio. €).

In den Umsatzerlösen von 5,06 Mio. € (Vj. 4,23 Mio. €) sind insbesondere Zuschüsse für Produktionskosten von 4,42 Mio. € (Vj. 3,85 Mio. €) sowie Umsätze aus Kartenverkauf von 418 T€ (Vj. 220 T€) enthalten. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert aus höhere Spenden. Der Rückgang des Materialaufwands geht auf den hohen Aufwand im Vorjahr durch den Sommerbau zurück. Der Anstieg des Personalaufwands (+616 T€ zum Vorjahr) beruht insbesondere auf der projektbedingt höheren Anzahl durchschnittlich Beschäftigter, denen eine Drittmittelfinanzierung gegenüber steht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Künstlerhaus Mousonturm handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von 4,13 Mio. € zur Verfügung, die als Einzahlung in die Kapitalrücklage bereitgestellt wurden.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Herrn Pees, dessen Geschäftsführung zum 31.08.2022 auslief, betrugen im Geschäftsjahr 84 T€. Die Bezüge von Frau Wagner und Herrn Droß beliefen sich seit September auf jeweils 29 T€.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder) betrugen im Geschäftsjahr 550 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 29.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 01.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 06.06.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	241	284	-43	-15,0
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	5	4	81,9
Sachanlagen	232	279	-47	-16,9
Umlaufvermögen	1.211	934	276	29,6
Vorräte	3	3	-0	-8,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	858	515	343	66,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	350	417	-67	-16,0
Rechnungsabgrenzungsposten	21	19	3	14,5
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	134	122	12	9,5
Bilanzsumme	1.607	1.359	248	18,2
PASSIVA				
Eigenkapital	0	0	0	-
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	36	36	0	0,0
Kapitalrücklage	4.144	4.466	-322	-7,2
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-4.314	-4.624	310	-6,7
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	134	122	12	9,5
Rückstellungen	233	161	72	45,0
Verbindlichkeiten	1.353	1.167	186	15,9
Rechnungsabgrenzungsposten	21	31	-10	-31,9
Bilanzsumme	1.607	1.359	248	18,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	5.056	4.256	800	18,8
Gesamtleistung	5.056	4.256	800	18,8
sonstige betriebliche Erträge	246	185	61	32,9
Materialaufwand	-4.268	-4.624	356	-7,7
Personalaufwand	-3.062	-2.445	-616	25,2
Abschreibungen	-101	-103	2	-2,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.995	-1.644	-351	21,4
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-4.124	-4.375	251	-5,7
Finanzergebnis	-10	-7	-3	37,1
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-4.133	-4.382	248	-5,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	0	-4	-
Ergebnis nach Steuern	-4.138	-4.382	244	-5,6
Sonstige Steuern	-0	-0	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-4.138	-4.382	244	-5,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-4.138	-4.382	244	-5,6
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-4.624	-4.479	-145	3,2
Entnahme aus den Kapitalrücklagen	4.448	4.238	211	5,0
Bilanzergebnis	-4.314	-4.624	310	-6,7

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung <i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	51	38	13	34,2
Auszubildende	7	7	0	0,0
Theater-Besucher:innen	33.852	14.526	19.326	133,0
Theater-Veranstaltungen	334	168	166	98,8

4.5 MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Anschrift: Brückenstraße 3-7 60594 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12 – 73 833	E-Mail/Internet: info@museumsbausteine.de www.museumsbausteine.de
Gründung: 15.05.2012	Unternehmensgegenstand: Planung und Bau städtischer kultureller Einrichtungen, insbesondere des Museums der Weltkulturen sowie die Erweiterung des Jüdischen Museums Frankfurt und des Zentraldepots für die städtischen Museen der Stadt Frankfurt am Main.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schröder		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau Stv Julia Frank-Millman Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau Stv Sylvia Momsen Frau Brigitte Helene Reifschneider-Groß Frau StRin Sylvia Weber	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

A. Ausblick 2023

Die derzeitige Auftragslage sichert die Auslastung der Gesellschaft mindestens bis ins Jahr 2023. Die Umsatzerlöse 2023 werden voraussichtlich auf dem Niveau von rund 521 T€ liegen. Bei gleichzeitig geringerer Inanspruchnahme von Fremdleistungen von rund 126 T€ und nahezu konstanter Mitarbeiteranzahl wird ein Jahresüberschuss von rund 12 T€ erwartet. Bedeutende Auswirkungen aus der Corona-Pandemie oder aus den Folgen des Krieges in der Ukraine auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft werden zurzeit nicht erwartet. Es ist aber nicht auszuschließen, dass eingeplante Projekte dadurch verschoben werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die MuseumsBausteine Frankfurt GmbH (MBF) hat mit der Stadt Frankfurt am Main einen Geschäftsbesorgungsvertrag über den Bezug von Sachleistungen vom Kulturrat sowie mit der Frankfurter Aufbau AG einen Vertrag über den Bezug von Dienstleis-

tungen im Bereich Rechnungswesen und Personalabrechnung abgeschlossen.

Das neue Jüdische Museum Frankfurt am Main ist seit dem 23.10.2020 vollständig in Betrieb gegangen. Die Schlussverhandlungen mit allen Bauunternehmen und allen baubetreuenden Ingenieurunternehmen konnten in 2022 zu Ende geführt werden.

Für das Projekt Zentraldepot wurde in der Borsigallee ein geeignetes städtisches Grundstück gefunden, das aber durch eine anderweitige städtische Nutzung mittelfristig noch nicht freigezogen werden kann. In 2022 konnten trotz aller Bemühungen des Amtes für Bau- und Immobilien keine weiteren Grundstücksalternativen gefunden werden. Im ersten Quartal 2023 hat der Magistrat bereits über eine Vorlage zur Grundstückssicherung der Grundstücke Borsigallee beschlossen.

Für die Sanierung des Liebieghauses wurden von den beauftragten Architektur- und Ingenieurbüros im ersten Halbjahr 2022 alle bisherigen planerischen Arbeitsergebnisse zusammengetragen und mit der erarbeiteten Kostenberechnung als Grundlage für

eine Bau- und Finanzierungsvorlage des zweiten Bauabschnitts (Sanierung und Umbau der Villa) dem Kulturamt über die MBF übergeben. Für den dritten Bauabschnitt (Sanierung und Umbau Galerie) wurde eine Vorplanung entwickelt, die ebenfalls vollständig dokumentiert übergeben wurde. Darüber hinaus wurde eine mögliche, konzeptionell perspektivische Ausrichtung der Gesamtanlage des Liebieghauses mit dem Staedelschen Kunstinstitut andiskutiert.

Für das Projekt des Kinder- und Jugendtheaters im Zoogesellschaftshaus (ZGH) wurden das Nutzungs- und Betriebskonzept des neuen Theaters und der Nutzungseinheit der gesamten Zooverwaltung in 2020 erarbeitet. Die MBF bereitete in Zusammenarbeit mit der Projektleitung des Kulturamtes den Architekturwettbewerb vor. Die Vergabe der Architekturleistungen an das Büro Ortner und Ortner/Berlin fand Ende März 2022 statt. Die Vergabe sämtlicher Ingenieurleistungen konnte bis Oktober 2022 umgesetzt werden. Ab August 2022 wurde seitens der Architekten mit dem Planungsprozess begonnen. Nach dem Aufbau und der Abstimmung der Kommunikations- und Dokumentationsstrukturen für dieses Projekt fanden im Zuge der Grundlagenermittlung und Vorplanung seit Ende 2022 Nutzer- und Bauherren Jour Fixe sowie erste Planungsbesprechungen statt.

Für das Projekt „Frankfurt Conservation Center“ im Ostteil des Frankfurter Zoos wurde am 13.12.2020 vom Magistrat der Grundsatzbeschluss für das Projekt gefasst. Die MBF hat das Kulturdezernat mit Beratungsleistungen zur weiteren Projektentwicklung und bei der Erstellung eines Letter of Intent (LOI) mit der Zoologischen Gesellschaft (ZGF) in 2021 unterstützt. Bedingt durch den Ukraine Krieg konnte die ZGF die Verhandlungen über einen LOI erst Ende 2022 wieder aufnehmen. Das Projekt wird seitdem vom Kulturdezernat und der MBF in enger Zusammenarbeit mit dem Zoo weitergeführt. Die Stadtkämmerei, das Rechtsamt und das Amt für Bau und Immobilien werden verstärkt in die Bewertung der inzwischen seitens der ZGF und deren Beratern vorgelegten Projektparametern und einem neuen LOI-Entwurf eingebunden. Ziel ist der baldige

Abschluss des LOI und der planerische Start durch die ZGF.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 22 T€ auf 263 T€ verringert. Die Vermögenslage ist auf der Aktivseite geprägt durch die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (74 % der Bilanzsumme) und die Guthaben bei Kreditinstituten (8 % der Bilanzsumme), denen auf der Passivseite kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen (rund 84 % der Bilanzsumme) gegenüberstehen. Das Eigenkapital beträgt 43 T€ (Eigenkapitalquote: 16 %).

Die Liquidität der Gesellschaft wurde durch monatliche Abrechnung der Leistungen der in Bearbeitung befindlichen Projekte und der personellen Unterstützung des Kulturamtes sichergestellt. Der Bestand an flüssigen Mitteln hat sich um 66 T€ auf 21 T€ verringert.

Zur Erfolgslage

Im Geschäftsjahr 2022 hat die Gesellschaft einen um 34 T€ unter der Prognose liegenden Jahresfehlbetrag in Höhe von -27 T€ erwirtschaftet.

Den gegenüber dem Vorjahr niedrigen Umsatzerlösen von 471 T€ standen insbesondere Personalaufwendungen von 247 T€ und Aufwendungen für bezogene Leistungen von 193 T€ gegenüber. Gegenüber der Prognose haben sich vor allem niedrigere Nettoerlöse sowie die im Verhältnis dazu höhere sonstige betriebliche Aufwendungen ergebnisverringend ausgewirkt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH, die Tätigkeiten zur Deckung des Eigenbedarfs auf den Gebieten der Kultur wahrnimmt, handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerich-

tet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhielten von der Gesellschaft keine Bezüge.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststel-

lungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 02.11.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 24.10.2022 telefonisch für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 02.05.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der MuseumsBausteine Frankfurt GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Umlaufvermögen	263	285	-22	-7,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	242	198	44	22,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	21	87	-65	-75,4
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	-
Bilanzsumme	263	285	-21	-7,6
PASSIVA				
Eigenkapital	43	70	-27	-38,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	45	51	-6	-11,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-27	-6	-22	375,5
Rückstellungen	25	44	-19	-43,8
Verbindlichkeiten	195	170	25	14,7
Bilanzsumme	263	285	-21	-7,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	471	754	-284	-37,6
Gesamtleistung	471	754	-284	-37,6
sonstige betriebliche Erträge	0	0	0	875,5
Materialaufwand	-193	-369	176	-47,6
Personalaufwand	-247	-324	77	-23,7
Abschreibungen	0	-1	1	-
sonstige betriebliche Aufwendungen	-63	-67	4	-6,7
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-33	-7	-26	373,7
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-33	-7	-26	373,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	1	4	364,4
Ergebnis nach Steuern	-27	-6	-22	375,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-27	-6	-22	375,5
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-27	-6	-22	375,5
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	5	5	0	0,0

4.6 Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Römerberg 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/29 98 82-1 12	E-Mail/Internet: welcome@schirn.de www.schirn.de
Gründung: 23.01.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch die Unterhaltung und Führung der Schirn Kunsthalle sowie die Durchführung von Kunstausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 245.140 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Dr. Sebastian Philipp Baden		
Aufsichtsrat: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Frau BM Dr. Nargess Eskandari-Grünberg Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Frank Maiwald Frau Stv Sylvia Momsen Herr StR Christian Setzepfandt	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Laura Heeg (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 60,00 %		

A. Ausblick 2023

Die im Herbst 2022 eröffnete Chagall-Ausstellung ging in der zweiten Februarhälfte 2023 mit einem Besucher:innen-Rekord zu Ende. Mit insgesamt über 243.000 Besucher:innen ist sie die meistbesuchte Ausstellung in der Geschichte der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH (Schirn Kunsthalle). Aufgrund der aktuellen wirtschaftlichen Situation geht die Gesellschaft davon aus, dass die sehr guten Besucher:innenzahlen für „Marc Chagall“ und „Niki de Saint Phalle“ eine Ausnahme bleiben, für alle weiteren Ausstellungen wird mit einem verhaltenen Besucherstrom gerechnet. Gleichwohl wirkt sich der Besucherzuspruch der beiden vorgenannten Ausstellungen positiv auf die Zahlenlage aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Gebäudekomplex der Schirn Kunsthalle stellt seit den 1980er Jahren eine moderne Verbindung zwischen Dom und Römer her und grenzt unmittelbar an die neue Altstadt. Der Name der Kunsthalle leitet sich historisch ab: bis weit in das

19. Jahrhundert befanden sich „an der Schern“ die Verkaufsstände der Frankfurter Metzgerzunft. Das Ausstellungshaus verfügt über keinen eigenen Bestand.

In den ersten zehn Monaten des Geschäftsjahrs 2022 fiel der Publikumszustrom unter dem Einfluss der Corona-Pandemie verhalten aus. Zum Jahresende führte die Marc Chagall Ausstellung dann zu einem unerwarteten Zustrom an Besucher:innen: 249.768 Gäste besuchten die Ausstellungshalle im Berichtsjahr, davon allein 108.398 die Chagall-Ausstellung (ungefähr so viel wie im gesamten Vorjahr zusammen (101.463)).

Bei der Gesellschaft fand im Geschäftsjahr ein Wechsel in der Geschäftsführung statt. Erstmals seit 2006 steht das Haus nicht mehr unter derselben Leitung wie das Städel Museum. Herr Dr. Baden leitet die Gesellschaft seit dem 01.07.2022.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 4,31 Mio. € im Vorjahr um 830 T€ auf 3,48 Mio. € zurückgegangen.

Da das Gebäude der Stadt gehört und die Schirn Kunsthalle über keinen eigenen Bestand an Kunstwerken verfügt, weist die Vermögensseite der Bilanz nur ein relativ geringes Anlagevermögen auf (139 T€; Vj. 167 T€).

Aktivisch ist ein Rückgang des Umlaufvermögens um 821 T€ auf 3,30 Mio. € zu verzeichnen, der im Wesentlichen die liquiden Mittel betrifft. Passivisch hat sich das Eigenkapital um 1,14 Mio. € auf 904 T€ verringert. Hier wirken sich die Rückführung der im Vorjahr nicht benötigten Kapitaleinlage und der höhere Fehlbetrag aus. Die Rückstellungen sind von 578 T€ auf 398 T€ gesunken, die Verbindlichkeiten sind von 1,30 Mio. € auf 2,08 Mio. € angestiegen (u. a. erhaltene Zuschüsse ohne endgültige Abrechnung).

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Fehlbetrag von 5,45 Mio. € (Vj. -4,82 Mio. €). Gegenüber dem Wirtschaftsplan stellt sich das Ergebnis aufgrund der guten Publikumsresonanz der Chagall-Ausstellung um 656 T€ verbessert dar.

Die Erträge und Aufwendungen der Gesellschaft schwanken in einem Haus ohne eigenen Bestand abhängig von den jeweils gezeigten Ausstellungen relativ stark.

Die sehr positive Umsatzentwicklung geht auf den Anstieg der Besucher:innenzahlen insbesondere durch die erfolgreiche Chagall-Ausstellung und eine veränderte Preispolitik mit höheren Durchschnittserlösen zurück (preislich gestaffelte Wochen-/Wochenend-/Flex-Tickets). Der Anstieg des Materialaufwands ist im Vorjahresvergleich auf eine höhere Anzahl und längere Dauer von Ausstellungen nach Abflauen der Corona-Pandemie, auf Kostensteigerungen sowie auf die Umgliederung von Aufwandspositionen von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen zum Materialaufwand zurückzuführen. Beim Personalaufwand wirken sich die Entflechtung vom Städel (einschließlich des eigenen Direktorengelths) und erhöhte Kosten für Aushilfen (Anzahl, erhöhter Mindestlohn) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Schirn Kunsthalle handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von knapp 5,35 Mio. € sowie Reste von 346 T€ zur Verfügung, hiervon sind bis zum Jahresende (nach Verrechnung mit der Rückführung der im Vorjahr nicht benötigten Kapitaleinlage) Auszahlungen von 4,31 Mio. € erfolgt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2022 betrugen die Bezüge des Geschäftsführers Herrn Dr. Baden 59 T€. (Der vorherige Geschäftsführer, der hauptamtlich Direktor des Städel Museums ist, übte die Tätigkeit ohne Bezüge seitens der Schirn aus.)

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgeld 50 € pro Person und Sitzung) betrugen im Geschäftsjahr 450 €.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des

Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 26.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 20.10.2022 für das

Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 24.04.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	139	167	-28	-17,0
Sachanlagen	139	167	-28	-17,0
Umlaufvermögen	3.303	4.124	-821	-19,9
Vorräte	26	45	-19	-42,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	393	153	240	156,6
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.884	3.925	-1.042	-26,5
Rechnungsabgrenzungsposten	38	18	20	107,7
Bilanzsumme	3.479	4.309	-830	-19,3
PASSIVA				
Eigenkapital	904	2.044	-1.140	-55,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	245	245	0	0,0
Kapitalrücklage	6.109	6.620	-511	-7,7
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-5.450	-4.821	-629	13,1
Rückstellungen	398	578	-180	-31,1
Verbindlichkeiten	2.082	1.300	782	60,1
Rechnungsabgrenzungsposten	95	387	-292	-75,4
Bilanzsumme	3.479	4.309	-830	-19,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	3.067	1.253	1.814	144,7
Gesamtleistung	3.067	1.253	1.814	144,7
sonstige betriebliche Erträge	1.118	1.923	-805	-41,9
Materialaufwand	-3.916	-2.377	-1.539	64,7
Personalaufwand	-2.843	-2.624	-219	8,4
Abschreibungen	-45	-54	9	-16,8
sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.794	-2.927	133	-4,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-5.412	-4.805	-608	12,6
Finanzergebnis	-2	-1	-1	137,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-5.415	-4.806	-609	12,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-28	-14	-14	101,9
Ergebnis nach Steuern	-5.443	-4.820	-623	12,9
Sonstige Steuern	-8	-1	-6	423,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-5.450	-4.821	-629	13,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-5.450	-4.821	-629	13,1
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	40	40	0	0,0
Besucher:innen	249.768	101.463	148.305	146,2

4.7 Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH

Anschrift: Untermainanlage 11 60311 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 70 00	E-Mail/Internet: info@buehnen-frankfurt.de www.buehnen-frankfurt.de
Gründung: 25.01.2001	Unternehmensgegenstand: Förderung von Kunst und Kultur durch Opern-, Ballett- und Theateraufführungen sowie Konzertaufführungen in der Oper Frankfurt, im Schauspiel Frankfurt und an anderen von Gesellschaft festzulegenden Orten mit Schwerpunkt in Frankfurt und Umgebung. Außerdem: Vorträge, Diskussionen, Kulturveranstaltungen aller Art, soweit sie in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit Oper, Ballett, Schauspiel und verwandten dramatisierten Darstellungsformen stehen.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Bernd Loebe Herr Anselm Weber		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	7 Mitglieder Frau StRin Dr. Ina Hartwig Herr Stv Thomas Bäßler-Wolf Frau StRin Dr. Ina Hartwig Frau Stv Mirriane Mahn Herr StR Stefan Majer Herr Stv Uwe Paulsen Herr Stv Peter Thoma	
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Roland Sittner (AN)	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2022/2023

Nach drei Corona-Jahren haben die Premieren, Neuproduktionen und Wiederaufnahmen des ersten Geschäftsjahresquartal wieder eine hohe Publikumsresonanz gefunden; die Auslastung lag spartenübergreifend bei durchschnittlich ca. 80 %.

Die Einhaltung der Wirtschaftspläne wird weitgehend von den eintretenden Kostensteigerungen als Folge der Tarifabschlüsse für das Personal, nicht-beeinflussbaren Kostensteigerungen bei den Aufwendungen für Energie und Heizung und den Materialkosten durch gestiegene Rohstoffpreise für Holz und Aluminium abhängig sein.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021/2022

Allgemeines

2004 ging der Betrieb der Städtischen Bühnen vom städtischen Regiebetrieb auf die Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH (SBF) über. Die Oper Frankfurt und das Schauspiel Frankfurt spielen vor allem am Willy-Brandt-Platz in der sogenannten Theaterdoppelanlage von 1963 sowie im Bockenheimer Depot.

Die Oper Frankfurt wurden zum sechsten Mal zum „Opernhaus des Jahres“ in der Kritikerumfrage des Fachmagazins „Opernwelt“ gekürt

Die 2016 durchgeführte Bestandsaufnahme zur Bausubstanz des Bühnengebäudes, das sich im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main befindet, ergab einen erheblichen Sanierungsbedarf. Aufgrund der vertiefenden Ergebnisse der 2018 einge-

richteten „Stabsstelle Städtische Bühnen“ hat die Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2020 beschlossen, eine Sanierung der Theaterdoppellage am Willy-Brandt-Platz nicht weiterzuverfolgen. Am 04.11.2021 fand eine Pressekonferenz statt, bei der fünf von der Stabsstelle „Zukunft Städtische Bühnen“ erarbeitete Alternativen für einen möglichen Neubau der Spielstätten der Städtischen Bühnen vorgestellt wurden, insbesondere eine „Spiegel-lösung“ von Oper und Theater am Willy-Brandt-Platz, eine „Kulturmeile“ mit einem Theater am Willy-Brandt-Platz und einer Oper an der Neuen Mainzer Straße auf dem Grundstück der jetzigen Sparkasse sowie ein Neubau der Theaterdoppellage am jetzigen Standort. Die Variantenentscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung steht als nächster Meilenstein an. Da das Bühnengebäude im Eigentum der Stadt Frankfurt am Main steht, handelt es sich um eine städtische Maßnahme und nicht um ein Projekt der GmbH.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Das abweichende Geschäftsjahr orientiert sich an der Spielzeit und beginnt jeweils im September. Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (71,82 Mio. €) auf 66,56 Mio. € zurückgegangen. Das Eigenkapital beträgt 19,15 Mio. €. Da die Endabrechnung und Prüfung der Kurzarbeit noch aussteht, werden hierfür weiterhin hohe Rückstellungen ausgewiesen.

Zur Erfolgslage

Der Wirtschaftsplan ist im Mai 2022 vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie angepasst worden. Im Vergleich hierzu zeigt sich das Ist-Ergebnis in Höhe von -81,86 Mio. € um 2,01 Mio. € verbessert; ein Vergleich mit dem Vorjahr (-75,07 Mio. €) ist wegen der Verzerrungen durch die Corona-Pandemie (vor allem im Vorjahr, aber auch noch im Berichtsjahr) wenig aussagekräftig.

Die Umsatzerlöse liegen zwar über dem von Schließungen betroffenen Vorjahr, erreichen aber durch gesetzlich eingeschränkte Zuschauer:innen-Kapazitäten und eine zögerliche Rückkehr des Publikums nur ein relativ geringes Niveau. Entsprechendes gilt für die Besucher:innen-Zahl (insgesamt

196.000 nach nur 26.000 im Vorjahr, aber 382.000 im letzten Vor-Corona-Jahr). In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Zuschüsse aus dem Sonderfonds für Kulturveranstaltungen für Umsatzeinbußen aufgrund geringerer Platzkapazitäten enthalten. Der Anstieg des Gesamt-Personalaufwands (einschließlich Gestellte) ergibt sich vor allem, da - anders als in den Vorjahren - im Berichtsjahr keine Einsparungen aufgrund von Kurzarbeit zum Tragen kamen. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich ein Anstieg u. a. durch erforderliche Corona-Tests, höhere Reinigungskosten und höhere periodenfremde Aufwendungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der SBF handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Betriebsmittel von 78,80 Mio. € zur Verfügung. Hiervon sind bis zum Jahresende Auszahlungen von 76,50 Mio € erfolgt.

Aufgrund des abweichenden Geschäftsjahres betrafen diese Zahlungen teilweise das Bühnengeschäftsjahr 2021/2022 und teilweise 2022/2023.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Im Geschäftsjahr 2021/2022 betrugen die Bezüge von Herrn Loebe 389 T€ und von Herrn Weber 266 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats (Sitzungsgelder von 50 € pro Person und Sitzung) betrugen im Geschäftsjahr 0,6 T€.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2021/2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplanengespräche fanden statt am 19.04.2021 für das Planjahr 2021/2022 und am 19.04.2022 für das Planjahr 2022/2023. Das Abschlussgespräch 2021/22 fand am 13.03.2023 statt.

**Jahresabschluss zum 31.08.2022 der
Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH**

Bilanz	31.08.2022	31.08.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	19.211	20.601	-1.390	-6,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	60	85	-25	-29,5
Sachanlagen	19.151	20.516	-1.365	-6,7
Umlaufvermögen	46.898	50.808	-3.910	-7,7
Vorräte	1.737	1.937	-200	-10,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	44.831	48.787	-3.956	-8,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	330	84	246	292,2
Rechnungsabgrenzungsposten	451	407	44	10,9
Bilanzsumme	66.560	71.816	-5.256	-7,3
PASSIVA				
Eigenkapital	19.155	24.523	-5.368	-21,9
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	25	25	0	0,0
Kapitalrücklage	100.994	99.568	1.426	1,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-81.864	-75.070	-6.794	9,1
Sonderposten	7.298	7.815	-517	-6,6
Rückstellungen	19.548	18.927	621	3,3
Verbindlichkeiten	20.447	20.483	-37	-0,2
Rechnungsabgrenzungsposten	113	67	45	67,4
Bilanzsumme	66.560	71.816	-5.256	-7,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.08.2022	31.08.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	7.666	1.504	6.162	409,7
Gesamtleistung	7.666	1.504	6.162	409,7
sonstige betriebliche Erträge	6.923	4.195	2.728	65,0
Materialaufwand	-33.502	-25.669	-7.833	30,5
Personalaufwand	-48.557	-42.267	-6.290	14,9
Abschreibungen	-2.893	-2.994	101	-3,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-10.428	-8.876	-1.552	17,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-80.792	-74.107	-6.685	9,0
Finanzergebnis	-932	-905	-27	3,0
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-81.724	-75.012	-6.712	8,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-110	-28	-82	293,0
Ergebnis nach Steuern	-81.834	-75.040	-6.794	9,1
Sonstige Steuern	-30	-30	-0	0,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-81.864	-75.070	-6.794	9,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-81.864	-75.070	-6.794	9,1
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.168	1.137	31	2,7
davon Arbeitnehmer:innen GmbH	875	829	46	5,5
davon gestellte Mitarbeitende	293	308	-15	-4,9
Aufführungen Oper	286	65	221	340,0
Aufführungen Schauspiel	379	102	277	271,6
Besucher:innen Oper	120.000	17.170	102.830	598,9
Besucher:innen Schauspiel	76.000	8.673	67.327	776,3

5.1 Frankfurt Ticket RheinMain GmbH

Anschrift: Hanauer Landstraße 417 60314 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/13 40-4 00	E-Mail/Internet: info@frankfurt-ticket.de www.frankfurt-ticket.de
Gründung: 10.11.1997		
Unternehmensgegenstand: Marketing, Vertrieb und Verkauf von Eintrittskarten für kulturelle, künstlerische, sportliche oder sonstige Veranstaltungen, insbesondere im Rhein-Main-Gebiet, sowie von damit zusammenhängenden oder damit verbundenen Leistungen.		
Gesellschafter:		Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main		7.800 € = 30,00 %
Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main		5.200 € = 20,00 %
Kur- und Kongreß-GmbH Bad Homburg v.d. Höhe		3.250 € = 12,50 %
Stadt Hanau		2.470 € = 9,50 %
TriWiCon Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden		2.100 € = 8,08 %
Stadt Bad Vilbel		1.300 € = 5,00 %
Stadt Dreieich		1.300 € = 5,00 %
Kreis-Verkehrs-Gesellschaft Offenbach mbH		650 € = 2,50 %
Offenbacher Stadtinformation GmbH		650 € = 2,50 %
Stadt Neu-Isenburg		520 € = 2,00 %
Wissenschaftsstadt Darmstadt Marketing GmbH		500 € = 1,92 %
Centralstation Veranstaltungs-GmbH		260 € = 1,00 %
		26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Feda		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:		
7 Mitglieder Herr OB Claus Kaminsky Herr Frank Maiwald Herr StR Claus Möbius Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch Herr Martin Michel Herr Dr. OB a. D. Helmut Müller Herr Holger Reuter		
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2022/2023

Die Geschäftsführung der Frankfurt Ticket RheinMain GmbH (Frankfurt Ticket) sieht neben den immer bestehenden Risikofeldern in der Ablauforganisation vor allem Risiken in Zusammenhang mit wichtigen Bestandskunden. Die Corona-Pandemie und die daraus erwachsenen Einschränkungen haben den Veranstaltungssektor und die Gesellschaft stark beeinträchtigt. Auch die Inflation, steigende Verbraucher- und Energiepreise sowie der Krieg in der Ukraine können sich auf die Geschäftsentwicklung auswirken. Zudem gibt es unter den

wenigen großen Ticketanbietern einen Preiskampf, der die Vorverkaufsgebühren weiter drückt. Das Geschäft rückt immer mehr ins Internet und dort vornehmlich auf mobile Geräte. Die weitere Entwicklung ist derzeit nur schwer abzuschätzen. Im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2022/2023 wurde die Planung (Jahresgewinn von 32 T€) bereits deutlich übertroffen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2021/2022

Allgemeines

Die Gesellschaft hat ein abweichendes Geschäftsjahr, das jeweils vom 01.07. bis zum 30.06. des Folgejahres läuft. Der Geschäftsverlauf der Frankfurt Ticket wurde im ersten Halbjahr des Geschäftsjahres 2021/2022 stark von der vierten Coronawelle beeinflusst. Strengere Abstands- und Hygieneregungen („2G“ und „2G-Plus“) sowie die Begrenzung von Teilnehmendenzahlen führten zu starken Einschränkungen in der Eventbranche. Verminderte Zuschauerkapazitäten (z. B. in der Alten Oper Frankfurt) wirkten sich auf die Umsätze aus. Um die Umsatzauffälle zu kompensieren, hat die Gesellschaft Gemeinkosten weiter reduziert und Kosteneinsparungen u. a. durch die Reduzierung von Werbemaßnahmen und Anzeigenschaltungen sowie ein umfassendes Kostenmanagement in allen Bereichen betrieben. Im Rahmen dieser Maßnahmen gab es auch im Geschäftsjahr 2021/2022 Kurzarbeit in allen Abteilungen der Frankfurt Ticket. Bundeshilfen zur Abmilderung der Auswirkungen der Coronapandemie gab es im Geschäftsjahr nicht mehr. Nach der Aufhebung der Beschränkungen im Frühjahr und Sommer 2022 haben sich die Ticketverkäufe wieder erholt. Im ersten Halbjahr wurden wieder Eintrittskarten für den Zoo Frankfurt verkauft. Neu hinzu kamen Eintrittskarten für die Schwimmbäder in Frankfurt am Main, Hanau, Bad Vilbel, Friedrichsdorf und Bad Soden. Seit Herbst 2021 wurden auch Tickets für die Eisbahnhalle Frankfurt verkauft. Für den Palmengarten wurden Tickets für die Veranstaltung „Winterlichter“ verkauft, ebenso für den Carl Busch Great Christmas Circus. Auch die Gebrüder Grimm Festspiele in Hanau und die Burgfestspiele in Bad Vilbel waren Teil des Angebots. Zum 31.10.2021 wurde die Vorverkaufsstelle in der Hauptwache-Passage („B-Ebene“) gekündigt. Am 01.12.2022 feierte die Frankfurt Ticket ihr 25-jähriges Jubiläum.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 50 T€ auf 1,94 Mio. € leicht vermindert (Vj. 1,99 Mio. €). Das Anlagevermögen hat im Geschäftsjahr 2021/21 um 6 T€ auf

43 T€ (Vj. 49 T€) abgenommen. Die Abschreibungen überstiegen die Investitionen von 15 T€. Das Umlaufvermögen hat sich um 46 T€ auf 1,89 Mio. € (Vj. 1,93 Mio. €) verringert. Dabei ist der Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten (1,69 Mio. €, Vj. 1,74 Mio. €) der größte Posten. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen um 15 T€ ab, dafür stiegen die Forderungen gegen verbundene Unternehmen um 42 T€. Die sonstigen Vermögensgegenstände nahmen um 50 T€ auf 24 T€ ab und die Forderungen gegen Gesellschafter stiegen um 14 T€ auf 21 T€.

Auf der Passivseite verringerte sich das Eigenkapital durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2021/2022 in Höhe von 6 T€ auf 393 T€ (Vj. 399 T€). Die Summe der Verbindlichkeiten sank um 127 T€ auf 1,18 Mio. € ab (Vj. 1,31 Mio. €). Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern ist das von der Stadt Frankfurt gewährte Darlehen in Höhe von 300 T€ enthalten. Die sonstigen Verbindlichkeiten (850 T€, Vj. 995 T€) sind im Wesentlichen auf den reduzierten Bestand der ausgegebenen Gutscheine zurückzuführen.

Der in der Bilanz ausgewiesene Finanzmittelbestand ist zum Bilanzstichtag um 41 T€ auf 1,69 Mio. € (Vj. 1,73 Mio. €) vermindert. Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr stets gewährleistet. Die Eigenkapitalquote betrug 20,2 % (Vj. 20,0 %). Zum Bilanzstichtag war die Gesellschaft zu 64,3 % kurzfristig fremdfinanziert.

Zur Erfolgslage

Die Umsatzerlöse sind mit 2,33 Mio. € um 1,25 Mio. € gestiegen (Vj. 1,09 Mio. €). Dabei entfallen 866 T€ (Vj. 119 T€) auf die Vorverkaufsgebühren und 1,24 Mio. € (Vj. 918 T€) auf die Ticketgebühren. Die sonstigen Umsatzerlöse betrugen 220 T€ (Vj. 49 T€). Anteil an der positiven Entwicklung der Umsatzerlöse haben die Weihnachtsproduktion in der Alten Oper Frankfurt am Main, der Weihnachtszirkus am Ratsweg in Frankfurt am Main und die Musikveranstaltung „Die Abramovic-Methode“ in der Alten Oper Frankfurt am Main.

Die sonstigen betrieblichen Erträge verringerten sich um 766 T€ auf 184 T€ (Vj. 950 T€). Sie enthalten periodenfremde Erträge aus der Auflösung von

Rückstellungen, ausgebuchten Gutscheinen und Wertberichtigungen von Forderungen. Im Vorjahr waren auch Überbrückungshilfen der Bundesregierung („November-/Dezemberhilfe“) von 660 T€ enthalten.

Der Materialaufwand stieg um 273 T€ auf 832 T€ (Vj. 559 T€), hauptsächlich bedingt durch höhere Systemgebühren in Zusammenhang mit der gestiegenen Anzahl verkaufter Tickets.

Der Personalaufwand war mit 1,23 Mio. € (Vj. 917 T€) der größte Posten und stieg gegenüber dem Vorjahr um 310 T€. Die Gesellschaft hat Kurzarbeitergeld und Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 39 T€ (Vj. 272 T€) erhalten, die mit dem Personalaufwand verrechnet wurden. Der Aufwandsanstieg ist auf die verringerte Kurzarbeit zurückzuführen. Die Abschreibungen sanken um 21 T€ auf 21 T€ (Vj. 42 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen verminderten sich um 28 T€ auf 395 T€ (Vj. 422 T€). Das Finanzergebnis verschlechterte sich um 21 T€ auf -45 T€ (Vj. -24 T€). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug -6 T€ (Vj. +71 T€), Steuern fielen praktisch gar nicht an.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat der Gesellschaft ein Darlehen von 300 T€ gewährt (Stand 30.06.2022).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat. Die Gesamtbezüge von Herrn Feda betrugen im Geschäftsjahr 24 T€. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betrugen im Geschäftsjahr 600 €.

**Jahresabschluss zum 30.06.2022 der
Frankfurt Ticket RheinMain GmbH**

Bilanz	30.6.2022	30.06.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	43	49	-6	-12,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	25	20	5	22,3
Sachanlagen	17	27	-11	-38,9
Finanzanlagen	2	2	0	0,0
Umlaufvermögen	1.886	1.932	-46	-2,4
Vorräte	32	28	4	13,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	161	169	-8	-4,9
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.694	1.735	-41	-2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	11	9	2	27,9
Bilanzsumme	1.940	1.990	-50	-2,5
PASSIVA				
Eigenkapital	393	399	-6	-1,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	26	26	0	0,0
Kapitalrücklage	143	143	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	230	159	71	44,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-6	71	-77	-108,7
Rückstellungen	364	281	84	29,9
Verbindlichkeiten	1.183	1.310	-127	-9,7
Bilanzsumme	1.940	1.990	-50	-2,5
Gewinn- und Verlustrechnung	30.6.2022	30.6.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	2.329	1.085	1.245	114,7
Gesamtleistung	2.329	1.085	1.245	114,7
sonstige betriebliche Erträge	184	950	-766	-80,6
Materialaufwand	-832	-559	-273	48,9
Personalaufwand	-1.227	-917	-310	33,8
Abschreibungen	-21	-42	20	-49,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-395	-422	28	-6,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	38	95	-56	-59,4
Finanzergebnis	-45	-24	-21	85,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-6	71	-77	-108,7
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0	0	-0	-185,2
Ergebnis nach Steuern	-6	71	-77	-108,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-6	71	-77	-108,7
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-6	71	-77	-108,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	41	38	3	7,9

5.2 Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Anschrift: Zeil 5 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-4 84 81	E-Mail/Internet: kitafrankfurt@stadt-frankfurt.de www.kitafrankfurt.de
Gründung: 01.01.2008	Unternehmensgegenstand: Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ab 8 Wochen bis zum Ende der Grundschulzeit in Kindertageseinrichtungen und/oder in Schulen unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen gemäß SGB VIII sowie auf Grundlage des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans in Kooperation mit Schulen sowie den im Land Hessen geltenden Bestimmungen und städtischen Vorgaben.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 3.000.000 € = 100,00 % 3.000.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Gabriele Bischoff		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Ayse Dalhoff	
	Frau Stv Sabine Fischer	
	Frau Stv Julia Frank-Millman	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Frau Stv Dana Kube	
	Frau Stv Sylvia Kunze	
	Herr Stv Peter Thoma	
	Frau StRin Elke Voitl	
	Frau StRin Sylvia Weber	
	Frau StRin Stephanie Wüst	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Ralf Burger (AN)	
	Herr Ralf Fröhlich (AN)	
	Frau Gaby Hagmans	
	Frau Prof. Dr. Ute Schaich	

A. Ausblick 2023

Der Eigenbetrieb geht davon aus, dass die Corona-Pandemie auch in 2023 weiterhin Einfluss auf die Arbeit von Kita Frankfurt haben wird, beispielsweise durch die Auswirkungen von Erkrankungen auf den Personalstand. In seiner Risikobetrachtung schließt der Eigenbetrieb nicht aus, dass infolge diverser Faktoren auch 2023 erneut ein Krisenjahr wird.

Der Eigenbetrieb rechnet damit, dass sowohl die Auswirkungen der Corona-Pandemie als auch die multiplen Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie die steigenden Energie- und Heizkosten einen negativen Einfluss auf die Finanzlage der Stadt Frankfurt am Main und somit auch auf den Eigenbetrieb haben werden, welcher zum aktuellen Zeitpunkt

noch nicht abschließend beurteilt werden kann. Es ist zu befürchten, dass sich die Energie- und Heizkosten, insbesondere in den Einrichtungen, 2023 weiterhin verteuern. Ein Risiko besteht in der Unsicherheit, ob die im städtischen Haushalt 2023 für Kita Frankfurt eingestellten Mittel auskömmlich sind, um diese Kosten zu decken.

Die Kostenentwicklung muss im Jahresverlauf genauestens beobachtet werden, um rechtzeitig auf die wirtschaftliche Steuerung entsprechend Einfluss nehmen zu können. Eine verbesserte Kostensteuerung, Etatverantwortlichkeiten und Kostentransparenz, an der der Controllingbereich in enger Zusammenarbeit mit der Betriebsleitung arbeitet, soll zur

optimierten Steuerung des Betriebes, insbesondere in herausfordernden Zeiten, beitragen.

Für das Wirtschaftsplanjahr 2023 erwartet der Eigenbetrieb bei geplanten externen Erlösen von rd. 67 Mio. € einen Jahresverlust von 169 Mio. €. Die Höhe des Zuschusses der Stadt Frankfurt am Main beläuft sich auf 169 Mio. € und basiert auf dem vorliegenden Haushaltsplan 2023.

Der Eigenbetrieb geht derzeit davon aus, dass der Wirtschaftsplan 2023 insgesamt eingehalten wird. Die Genehmigung der Aufsichtsbehörde zum städtischen Haushalt 2023 steht noch aus. Aufgrund der Preisexplosion im Bausektor wurden dem Eigenbetrieb die nicht verausgabten Restmittel aus 2022 nach 2023 übertragen, um geplante und teilweise begonnene Sanierungsmaßnahmen, insbesondere im Bereich Elektrotechnik, fortführen zu können.

Der exorbitant gestiegene Fachkräftemangel in den Kitas der Rhein-Main-Region resultiert u. a. aus den steigenden Betreuungsbedarfen und der damit verbundenen zunehmenden Anzahl an Kinderbetreuungseinrichtungen verschiedener Träger. Zudem hat der Fachkräftemangel, insbesondere in den Ballungsgebieten, aufgrund der Corona-Pandemie (Tendenz zu wohnortnahen Arbeitsplätzen) auch in 2022 weiter zugenommen. In der Folge mussten aufgrund personeller Engpässe auch im Berichtsjahr viele Zeitarbeits- und Aushilfskräfte in den Einrichtungen eingesetzt werden. Jedoch ist auch dieser Markt zwischenzeitlich stark angespannt. Der enorme Fachkräftemangel dürfte sich erwartungsgemäß weiter verschärfen, da immer mehr Einrichtungen in Frankfurt am Main entstehen müssen, gleichzeitig aber ein großer Teil der pädagogischen Belegschaft in Rente gehen wird und für das Jahr 2025 der Rechtsanspruch auf Schulkinderbetreuung postuliert ist. Die größte Herausforderung für Kita Frankfurt besteht folglich weiterhin darin, dem demografischen Wandel zu begegnen und für die Zukunft genügend Personal auszubilden und zu rekrutieren.

Aufgrund des steigenden Mangels an sozialpädagogischen Fachkräften und des damit verbundenen starken Wettbewerbs unter den Trägern in Frankfurt am Main wird die Personalgewinnung von neuen Mitarbeitenden und Auszubildenden weiterhin von zentraler

Bedeutung sein und weiterhin ein großes Engagement von Personalentwicklung, Marketing und Personal Recruiting sowie der Öffentlichkeitsarbeit erfordern. Das seit 2021 angewandte neue Recruiting- und Auswahlverfahren hat maßgeblich zu einem schnellen und erfolgreichen Auswahlverfahren für pädagogische Fachkräfte in den Einrichtungen beigetragen. Zwar konnte damit die zunehmende Anzahl an Personalabgängen durch Renteneintritt nicht vollständig kompensiert werden, jedoch konnten die Einstellungen gegenüber dem Vorjahr auf 354 Einstellungen gesteigert werden. Zudem soll ab dem Sommer 2023 ein verbessertes Onboarding von neuen Mitarbeitenden umgesetzt werden.

Die Attraktivität des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE) wird durch den Tarifabschluss 2022 signifikant aufgewertet und stellt ein wichtiges Instrument dar, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Alle Beschäftigten im SuE erhalten ab 2022 jährlich zwei Regenerationstage und die Beschäftigten in den EGr. bis S11a erhalten ab dem ersten Juli eine monatliche Zulage von 130 €. Zudem werden die Stufenlaufzeiten an die allgemeinen Regelungen der übrigen Beschäftigten im TVöD angeglichen, wodurch ein schnellerer Stufenaufstieg möglich wird.

Mit Blick auf die aktuelle Wirtschaftslage und die erhöhte Inflationsrate ist mit einer erheblichen Steigerung der Tarifentgelte gegenüber den Vorjahren zu rechnen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich das Interesse am Arbeitsfeld Kita aufgrund der Pandemie rückläufig entwickeln wird, da der Eindruck entstand, dass diese Berufsgruppe in Krisenzeiten großen Risiken und hohen Belastungen ausgesetzt ist.

Daher gilt es umso mehr Personal- und Finanzressourcen in Werbeauftritte, Teilnahmen an Messen und Werbemaßnahmen in (Fach-)Schulen zu investieren, um die hohe Attraktivität beim städtischen Träger in Frankfurt am Main professionell zu transportieren.

Die abnehmende Tendenz an Bewerbungen von Berufspraktikantinnen und Berufspraktikanten hat sich in 2022 erwartungsgemäß weiter fortgesetzt. Das vom Eigenbetrieb rechtzeitig erkannte Erfordernis,

mehr „Quereinsteiger:innen“ (sog. PIVA – praxisorientierte Ausbildung) im dualen System zum Erzieher:innen Beruf auszubilden, hat sich bisher sehr bewährt.

Kita Frankfurt macht seit über fünf Jahren durchweg gute Erfahrungen mit dem Einsatz von spanischen Fachkräften. So wurden in 2022 trotz der Herausforderungen durch die Corona-Pandemie mit Hilfe eines erfahrenen Kooperationspartners 22 spanische Fachkräfte angeworben. Die bewährte Kooperation zum Recruiting von Fachkräften aus dem Ausland soll zukünftig fortgesetzt werden. Die duale Ausbildung in Kooperation mit inzwischen vier Berufsfachschulen in Frankfurt a. M. sowie Schulen außerhalb Frankfurts wird in 2023 weiter intensiviert. Die Ausbildungsverläufe sollen zunehmend im Betrieb eng abgestimmt und verbessert werden.

Zudem wird Kita Frankfurt weiterhin die Chance ergreifen, aus der Ukraine geflüchtete Menschen als zukünftige Fachkräfte oder erfahrene Zusatzkräfte in den pädagogischen Einrichtungen einzusetzen. Für diesen bedeutsamen und potentiellen Zugewinn an pädagogischen Mitarbeiter:innen ist jedoch auch die Umsetzung spezieller ergänzender Qualifizierungsmaßnahmen (z. B. Sprachkurse, Ausbildungsbegleitung) erforderlich.

Darüber hinaus ist durch eine Veränderung im „Hessische Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch“ (HKJGB) die Erweiterung der Fachkräftestruktur in den Einrichtungen um Heilerziehungspfleger:innen, Heilpädagogen/Heilpädagoginnen, Kinderpfleger:innen und Sozialpädagogen/Sozialpädagoginnen möglich geworden.

Das vom Bundestag in 2019 beschlossene „Gute-Kita-Gesetz“ soll die Länder mit insgesamt 5,5 Mrd. € bei Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der Kinderbetreuung unterstützen. Von den insgesamt zehn auszuwählenden Handlungsfeldern hat sich das Land Hessen für Investitionsmaßnahmen zwecks „verbesserter personeller Ausstattung in Kitas“ und „verbesserter Sachmittelausstattung“ im Bereich Sprachförderung und Inklusion entschieden. Im Rahmen des Gute-Kita-Gesetzes hat Kita Frankfurt eine Beschlussvorlage zur verbesserten Personalausstattung in den Einrichtungen – unter Einbeziehung der Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe zum

Thema Personalkostenentwicklung mit dem Stadtschulamt – erarbeitet, die am 05.04.2022 von der Betriebskommission beschlossen wurde. Jedoch steht der zur Umsetzung erforderliche Beschluss durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung weiterhin aus. Zu den beiden wesentlichen Maßnahmen für eine verbesserte Personalbemessung zählen – in Anlehnung an das verbesserte HKJGB – die Erhöhung kalkulierter Ausfallzeiten von Fachkräften von 15 % auf 22 % sowie die Freistellung von Leitungen auf 20 % (maximal 1,5 Stellen pro Einrichtung). Zwischenzeitlich wurde die Umsetzung der gesetzlichen Veränderung kurzfristig im Sommer auf ein weiteres Jahr verlängert. Der Eigenbetrieb verfolgt weiterhin die Realisierung dieser wichtigen Qualitätsinitiative.

Da geplante Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Berichtsjahr teilweise nicht im avisierten Zeitraum umgesetzt werden konnten, sieht der Eigenbetrieb auch zukünftig das Risiko, das nicht genügend gute und attraktive Betreuungsplätze angeboten werden können. Kita Frankfurt rechnet aufgrund der starken Auslastung des Amtes für Bau und Immobilien (ABI) damit, dass dort nur noch wenige Baumaßnahmen erteilt werden, so dass geplante Baumaßnahmen überwiegend mit anderen Partner:innen als dem städtischen ABI geplant und umgesetzt werden. Angesichts der langwierigen Baubeauftragung sowie vollen Auftragsbüchern bei den meisten Handwerksfirmen werden zudem großes Engagement und Kreativität erforderlich sein, um dringend geplante Sanierungs- und Bauarbeiten zum Thema verbesserte Sicherheit zu realisieren.

Aufgrund der schwierigen Marktlage für Beschaffung und Beauftragung von Material, Handwerks- und Baufirmen sind auch zukünftig Verzögerungen und Mehrkosten wichtiger Maßnahmen zu erwarten.

Trotz der verlangsamten Bevölkerungszunahme in Frankfurt a. M. ist zukünftig – auch wegen einer steigenden Anzahl an Flüchtlingen – mit einem Bedarfsanstieg an Kinderbetreuungsplätzen zu rechnen. Der städtische Eigenbetrieb jedoch wird den Ausbau von neuen Kinderbetreuungsplätzen auch aufgrund der langsamen Abwicklung von Baumaßnahmen innerhalb der Stadt als auch von Sparvorgaben keinesfalls alleine und nicht schnell genug stemmen können.

Dabei stellen auch die zeitintensiven und schwierigen Vertragsprüfungs- und Beschlussvorgaben für Mietverträge ein hohes Risiko für Kita Frankfurt dar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Eigenbetrieb hat seit 01.10.2008 die Betriebsträgerschaft für alle städtischen Einrichtungen für Kinder von null bis zwölf Jahren mit der entsprechenden pädagogischen und organisatorischen Verantwortung inne. Die durch den Eigenbetrieb erbrachten Leistungen tragen dazu bei, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern gemäß § 5 SGB VIII sicherzustellen. Zu diesen Leistungen gehören die Sicherung und Weiterentwicklung von Qualitätsstandards für die Arbeit mit Kindern und ihren Familien ebenso wie die anforderungsgerechte, personelle und materielle, betriebliche Ausstattung und Organisation, weiterhin die Bereitstellung von hierzu benötigten Räumen und Flächen, einschließlich deren Instandhaltung und Wartung.

Kita Frankfurt hat die Betreiberverantwortung für die Kindertageseinrichtungen übernommen, nachdem die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfpflichten der technischen Anlagen und Einrichtungen aufgrund fehlender Ressourcen im ehemaligen Hochbauamt nicht umgesetzt werden konnten. Zudem konnten zwölf Elektrofachfirmen für die Umsetzung der sich aus der Überprüfung der Sachverständigen ergebenden Sofortmaßnahmen und erforderlichen Reparaturen sowie der Sichtprüfung und Prüfung der ortsbeweglichen elektrischen Betriebsmittel gewonnen werden.

Insgesamt betreibt der Eigenbetrieb elf Krippen, 21 Kindergärten (teilweise mit U3-Erweiterung), 101 Doppelbetriebe (gemischte Kindergärten und Horte, teilweise mit U3-Erweiterung), elf Horte und fünf erweiterte schulische Betreuungen in eigenen und teils in angemieteten Räumlichkeiten bzw. in Schulgebäuden. In nunmehr durchschnittlich 149 Kindertagesstätten wurden im Berichtszeitraum 13.118 Plätze für Kinder im Alter von acht Wochen bis zwölf Jahren vorgehalten, davon 1.287 Plätze für Unter-Dreijährige, 6.530 Kindergartenplätze und 5.301 Hortplätze.

Die Anzahl der Auszubildenden und Berufspraktikanten/Berufspraktikantinnen hat sich gegenüber dem Vorjahr auf 220 Personen erhöht. Zudem hat Kita Frankfurt 37 Praktikanten/Praktikantinnen im freiwilligen sozialen Jahr und fünf Praktikanten/Praktikantinnen zur Sozialen Arbeit begleitet. Der Besetzungsgrad beim pädagogischen Personal lag 2022 bei durchschnittlich 91,46 %.

Bezogen auf die Ausbildungsmodelle zeigt sich weiterhin eine stark abnehmende Tendenz bei der vollschulischen Ausbildung mit dem Berufspraktikum, während das duale Ausbildungsformat (mit Gehalt über drei Jahre) zunehmend gewählt wird.

Vor dem Hintergrund des steigenden Drucks auf den Fachkräftemarkt in Frankfurt am Main waren die Personalentwicklung und Personalgewinnung – insbesondere von pädagogischen Fachkräften – auch im Jahr 2022 von großer Bedeutung.

Aufgrund der Bedeutung der Umsetzung gezielter Personalentwicklungsmaßnahmen wurde unter dem Titel „Zukunft gestalten – Personalentwicklung umsetzen“ ein weiterer Fachtag gestaltet mit dem Ziel, die Rolle der Leitungen in der Personalentwicklung zu schärfen sowie Handlungsmöglichkeiten in der Zusammenarbeit zwischen der Zentrale und den Einrichtungen aufzuzeigen.

Zur Professionalisierung der Praxis waren zudem auch in 2022 begleitete Angebote in Form von Fall- und Team-Supervisionen bzw. Coachings von hoher Bedeutung.

Jedoch fanden im Berichtsjahr deutlich weniger Aktionen und Veranstaltungen zur Personalgewinnung, Potentialentwicklung, Ausbildung und Qualifizierung als geplant und gewünscht statt. Dies war nur geringfügig pandemiebedingt und lag hauptsächlich in der lang anhaltenden vorläufigen Haushaltsführung und dem damit verbundenen stark limitierten Mittelzugriff begründet.

Auch das Jahr 2022 war weiterhin von der Coronapandemie geprägt, welche die Arbeit in allen Einrichtungen beeinflusste. Jedoch hatten alle Beteiligten inzwischen mehr Erfahrungen bei der Bewältigung der Pandemie. Zudem waren die Vorgaben von Bund, Land und Stadt nicht mehr so wechselhaft.

Im Gegensatz zum Vorjahr waren die Einrichtungen in 2022 durchgängig geöffnet. Dies erforderte neben

der Umsetzung von Hygienemaßnahmen eine intensive Beratung und Unterstützung der Einrichtungen, weiterhin eine permanent angepasste Ausstattung mit zahlreichen Hilfsmitteln sowie diverse Mitarbeitenden-Umfragen im pädagogischen Bereich.

Darüber hinaus wurde weiterhin die Organisation des Betreuungsangebots durch den Ausfall von Mitarbeitenden, die als Zugehörige der Risikogruppe ihre Erziehtätigkeit nicht mehr ausüben durften, enorm erschwert. Die Belastungen der Mitarbeitenden, insbesondere in den Einrichtungen, waren folglich auch in 2022 sehr groß. Daraus resultierten hohe Krankenzustände in den Einrichtungen sowie eine pandemiebedingte Erschöpfung des Systems.

Da sich die pandemiebedingte soziale Distanz deutlich auf Kinder und ihre Entwicklung ausgewirkt hat, beschäftigten sich die Einrichtungen 2022 ebenfalls intensiv mit unterstützenden pädagogischen Ansätzen. Mittels einer Vertiefung des Early Excellence Ansatzes in 2022 wurden die Fachkräfte bei allen pandemiebedingten Herausforderungen im kindlichen Verhalten unterstützt, ihren Fokus auf die Themen und Ressourcen der Kinder zu richten. Damit wurde ein Beitrag zur Stärkung des präventiven Kinderschutzes geleistet.

Zudem ist Bildung für nachhaltige Entwicklung ein Thema von hoher Zukunftsrelevanz für die Entwicklung von Kindern und bietet einen wichtigen Referenzrahmen für ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in den Kinderzentren. Die gezielte langfristige Auseinandersetzung mit dem Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung unterstützt den Trägerauftrag, alle Einrichtungen als Lernorte für zukunftsfähiges Handeln zu entwickeln.

Der Krieg in der Ukraine, die dadurch steigenden Energiepreise, die Probleme von Materialbeschaffung, der Fachkräftemangel im gesamten Handwerksbereich, sowie die steigende Inflation führten bereits 2022 zu erhöhten Kosten bei Instandhaltungsmaßnahmen, Reparaturen, Sanierungen und Betriebskosten. Auch die Herausforderungen, die durch Flüchtlinge, insbesondere aus der Ukraine, in der Praxis entstanden, haben die Arbeit von Kita Frankfurt insgesamt stark beeinflusst.

Die Kostenkalkulation stellte 2022 eine Schwierigkeit dar, da sich durch nicht beeinflussbare globale Umstände Materialbeschaffungsprobleme eine Kostensteigerung in immensem Ausmaß ergeben hat.

Die fortschreitende Digitalisierung von Arbeitsprozessen der zumeist sehr großen Organisationseinheiten als auch die Corona-Pandemie erforderten im pädagogischen Alltag eine gute Ausstattung mit Hard- und Software. Folglich wurde die zeitgemäße IT-Ausstattung in allen 149 Einrichtungen von Kita Frankfurt auch in 2022 weiter vorangetrieben. Neben dem Bereich der Medienpädagogik erfolgt die PC-Nutzung auch bei der pädagogischen Vorbereitung und bei der automatisierten Arbeitszeiterfassung. Die Kita-Verwaltungssoftware NH-Kita, das Kita Portal im betriebseigenen Intranet als auch die digitalisierte Bewerberplattform REXX sowie die elektronische Bearbeitung von Bestellungen und Rechnungen wurden weiterentwickelt. Darüber hinaus wurde die Homepage von Kita Frankfurt vollständig erneuert und mit einem dynamischen Design ausgestattet.

Auch in 2022 bleibt das Thema Social Media weiterhin ein wichtiger Bestandteil von Branding, Kommunikation und Marketing des Eigenbetriebs. Insbesondere Facebook wurde intensiv von der Stabsstelle Öffentlichkeit und dem Bereich Personalentwicklung genutzt, um Eltern über Entwicklungen und Entscheidungen während der Corona-Krise zu informieren. Neben Kommunikationszwecken wird der Social-Media Bereich auch zur Außendarstellung des Eigenbetriebs und zur Werbung von Fachkräften eingesetzt. Neben der Gewinnung von insbesondere pädagogischen Fachkräften zählte auch im Jahr 2022 die zeitgerechte Realisierung von wichtigen Bauvorhaben zu den schwierigsten Herausforderungen für Kita Frankfurt. Die Gebäudesubstanzen sind aufgrund der intensiven Nutzung und der schlechten Instandhaltung in den letzten Jahrzehnten teilweise oder sogar in schlechtem Zustand. Dadurch sind weiterhin hohe Investitionen in Bau- und Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Die weiterhin große Anzahl alter Liegenschaften und damit einhergehend die Sanierungsbedürftigkeit oder die Notwendigkeit für Ersatzneubauten – unter Berücksichtigung von Brandschutzauflagen, Barrierefreiheit, technischer Standards – führen zu einem hohen Umsetzungsdruck

auf den Eigenbetrieb. Die Elektrotechnik ist in vielen Kinderzentren weiterhin in einem desolaten Zustand und birgt ein enormes Gefahrenpotential.

Neben dem Umbau und der Sanierung bestehender Kinderbetreuungseinrichtungen liegt der Schwerpunkt auf der Suche nach Liegenschaften, Bauplätzen und (neuen) Immobilien.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen sowie dem Sanierungsbedarf bestehender Liegenschaften wurden auch in 2022 umfangreiche Bau- und Sanierungsmaßnahmen durchgeführt. Hierzu zählen u. a. der Abriss und Ersatzneubau des Kinderzentrums Lauterbacher Straße (KiZ 75), der Abriss und Neubau der Kinderzentren Kelsterbacher Straße (KiZ 122) und Rohmerplatz (KiZ 142), sowie die Sanierung und der Erweiterungsbau des Kinderzentrums Hügelstraße (KiZ 52). Viele weitere Liegenschaften mussten zur energetischen Ertüchtigung saniert und den heutigen baulichen Standards angepasst werden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme 2022 ist gegenüber dem Vorjahr um 9,59 Mio. € auf 196,95 Mio. € gestiegen. Auf der Aktivseite haben neben dem Anstieg der Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main im Bereich des Umlaufvermögens um 3,88 Mio. € insbesondere die Zunahme der im Anlagevermögen erfassten geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau um 5,90 Mio. € dazu beigetragen. Die Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main betreffen hauptsächlich das Guthaben bei der Stadtkasse. Die Erhöhung des Anlagevermögens erklärt sich im Wesentlichen durch die im Bau befindlichen Erweiterungs- und Umbauten.

Auf der Passivseite betrifft die Bilanzzunahme insbesondere den Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse – hauptsächlich bestehend aus Zuschüssen für Neubau- oder Erweiterungsmaßnahmen bei den Kinderzentren sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung –, der sich als Saldo aus Auflösung (-6,72 Mio. €) und Zugängen (15,31 Mio. €) um 8,58 Mio. € erhöht hat. Darüber hinaus haben sich insbesondere die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 2,32 Mio. € auf

20,16 Mio. € und die Rückstellung für Altersteilzeit Flex um 611 T€ auf 2,40 Mio. € erhöht.

Dem gegenüber steht eine Abnahme des Eigenkapital um 4,44 Mio. € auf 52,99 Mio. €. Die Reduktion des Eigenkapitals ergibt sich zum einen aus der Verringerung des Verlustes inklusive des Verlustvortrags aus Vorjahren um insgesamt 128,22 Mio. € und zum anderen aus der Reduzierung der Kapitalrücklage um 132,67 Mio. € auf 192,40 Mio. €.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2021 wurde am 17.11.2022 verabschiedet.

Der Eigenbetrieb verfügt aufgrund der jährlichen Einlage der Stadt Frankfurt am Main (auf Grundlage des Wirtschaftsplans) über ausreichend Liquidität, um jederzeit seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 142,44 Mio. € (Vj. -136,56 Mio. €) ab. Die Stadt Frankfurt am Main hat zur Verlustdeckung unterjährig 138,00 Mio. € (Vj. 142,00 Mio. €) in die Kapitalrücklage eingezahlt.

Trotz einer signifikanten Verbesserung der Gesamtleistung um 4,81 Mio. € konnten die im Berichtsjahr um 10,75 Mio. € gestiegenen Betriebsaufwendungen nur anteilig kompensiert werden, wodurch sich das Betriebsergebnis um 5,95 Mio. € auf -142,06 Mio. € gegenüber dem Vorjahr verschlechtert hat.

Auf der Ertragsseite wurden um 4,81 Mio. € auf 64,87 Mio. € gestiegene Umsatzerlöse realisiert. Die deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich im Wesentlichen aus dem Anstieg der Umsatzerlöse aus Betreuungs- und Verpflegungsleistungen in Höhe von 4,61 Mio. € sowie der Erstattung für integrative Maßnahmen der Stadt Frankfurt a.M. in Höhe von 1,01 Mio. €. Die relativ niedrigeren Betreuungs- und Verpflegungsentgelte des Vorjahres resultieren im Wesentlichen aus den (Teil-) Schließungen der Betreuungseinrichtungen und der damit verbundenen zeitweisen Aussetzung bzw. Reduzierung der Entgelte im ersten Halbjahr 2021 aufgrund der Corona-Pandemie.

In den Umsatzerlösen sind Zuschüsse aus Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes in Höhe

von 39,42 Mio. € enthalten. Deren Abnahme um 893 T€ begründet sich anhand der Erstattungen des Landes für die Gebührenauffälle (2,28 Mio. €) im Jahr 2021 sowie geringeren Zuschüssen aus dem auslaufenden Bundesprogramm Fachkräfteoffensive (- 43 T€). Demgegenüber stehen eine Einmalzahlung nach § 32 Abs. 2a HKJGB zur Umsetzung der Freistellung für die Leitungstätigkeit in Höhe von 723 T€, sowie höhere Zuschüsse von 582 T€ aus dem HessKiföG und von 343 T€ aus dem Landesprogramm Fachkräfteoffensive.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bewegen sich mit 7,54 Mio. € nahezu auf Vorjahresniveau und resultieren insbesondere aus der Auflösung von Sonderposten (6,72 Mio. €, Vj. 6,67 Mio. €) und aus der Auflösung von Rückstellungen (526 T€, Vj. 410 T€).

Der Anstieg des Betriebsaufwandes von 197,00 Mio. € auf 207,74 Mio. € ist maßgeblich auf einen höheren Aufwand für Material (Zunahme um 4,12 Mio. €) und Personal (Zunahme um 5,95 Mio. €) zurückzuführen. Der Anstieg des Materialaufwands von 45,20 Mio. € auf 49,32 Mio. € betrifft mit 1,56 Mio. € gestiegene Miet- und Raumkosten, mit 1,21 Mio. € gestiegene Verpflegungskosten infolge der durchgehend regulären Öffnungszeiten in 2022 sowie mit 1,32 Mio. € einen höheren Betreuungsaufwand durch den vermehrten Einsatz von pädagogischen Zeitarbeitskräften (+672 T€) und durch einen vermehrten Hygieneaufwand (+442 T€). Zudem sind die Energiekosten im Berichtsjahr um 305 T€ auf 2,24 Mio. € gestiegen.

Die im Vorjahresvergleich um 394 T€ auf 14,68 Mio. € gesunkenen Instandhaltungsaufwendungen ergeben sich insbesondere aus den verzögerten Sanierungsmaßnahmen aufgrund der Liefer-schwierigkeiten im Bausektor.

Der im Berichtsjahr von 146,81 Mio. € auf 152,76 Mio. € gestiegene Personalaufwand wird v. a. durch die Tarifierhöhungen sowie eine gestiegene Anzahl von Mitarbeitenden verursacht.

Im Jahr 2022 waren bei Kita Frankfurt durchschnittlich 2.724 (Vj. 2.686) Mitarbeitende (ohne Honorar- und Zeitarbeitskräfte) beschäftigt.

Die Erhöhung der Abschreibung auf 7,41 Mio. € (Vj. 7,31 Mio. €) resultiert insbesondere aus der Fertigstellung des neuen Anbaus für das Kinderzentrum Am Lindenbaum (KiZ 86) sowie fertiggestellten Außenanlagen.

Die gegenüber dem Vorjahr um 618 T€ auf 4,97 Mio. € gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Betriebskosten von 583 T€ (Vj. 591 T€) sowie Verwaltungskosten von 3,27 Mio. € (Vj. 3,16 Mio. €); diese betreffen insbesondere Aufwendungen für Versicherungen und sonstige Beiträge, Telefon-, Porto- und Kommunikationskosten sowie Fort- und Weiterbildungsaufwendungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten zudem periodenfremde Aufwendungen von 1,12 Mio. € (Vj. 599 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplan- und Abschlussgespräche fanden statt am 25.02.2021 für das Planjahr 2022 und am 01.09.2022 für das Planjahr 2023. Das Abschlussgespräch 2022 wurde am 01.06.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der Kita Frankfurt (Eigenbetrieb)

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	162.509	156.605	5.904	3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	497	379	119	31,4
Sachanlagen	162.012	156.226	5.785	3,7
Umlaufvermögen	33.600	30.729	2.871	9,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	33.127	29.473	3.654	12,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	474	1.256	-783	-62,3
Rechnungsabgrenzungsposten	843	33	810	2.471,2
Bilanzsumme	196.952	187.367	9.585	5,1
PASSIVA				
Eigenkapital	52.986	57.429	-4.443	-7,7
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	3.000	3.000	0	0,0
Kapitalrücklage	192.402	325.069	-132.667	-40,8
Gewinnrücklagen / variables Kapital	27	27	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	-134.110	134.110	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-142.443	-136.556	-5.886	4,3
Sonderposten	98.651	90.069	8.582	9,5
Rückstellungen	32.076	26.942	5.134	19,1
Verbindlichkeiten	13.006	12.719	287	2,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	515	841	-327	-38,8
Rechnungsabgrenzungsposten	233	209	24	11,6
Bilanzsumme	196.952	187.367	9.585	5,1
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	64.867	60.057	4.810	8,0
Gesamtleistung	64.867	60.057	4.810	8,0
sonstige betriebliche Erträge	7.536	7.501	36	0,5
Materialaufwand	-49.319	-45.196	-4.123	9,1
Personalaufwand	-152.763	-146.814	-5.949	4,1
Abschreibungen	-7.411	-7.306	-105	1,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.972	-4.354	-618	14,2
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-142.061	-136.112	-5.949	4,4
Finanzergebnis	-378	-441	63	-14,2
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-142.439	-136.553	-5.886	4,3
Ergebnis nach Steuern	-142.439	-136.553	-5.886	4,3
Sonstige Steuern	-3	-3	0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-142.443	-136.556	-5.886	4,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-142.443	-136.556	-5.886	4,3
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	2.724	2.686	38	1,4
Plätze in Kinderkrippen (8 Wochen bis i.d.R. 3 Jahre)	1.287	1.282	5	0,4
Auslastung der Kinderkrippen (in %)	87	88	-1	-0,7
Plätze in Kindergärten (3 bis i.d.R. 6 Jahre)	6.530	6.425	105	1,6
Auslastung der Kindergärten (in %)	97	98	-1	-0,7
Plätze in Horten (6 bis i.d.R. 10 bzw. 12 Jahre)	5.301	5.317	-16	-0,3
Auslastung der Horte (in %)	94	94	-0	-0,3

5.3 Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH

Anschrift: Mörfelder Landstraße 362 60528 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/67 80 40	E-Mail/Internet: info@sportparkstadion.de www.sportparkstadion.de
Gründung: 25.10.1985	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports durch Bereitstellung des Stadions und weiterer Sporteinrichtungen für die Bevölkerung der Stadt Frankfurt am Main und der Region Rhein-Main. Daneben sollen innerhalb und außerhalb dieser Einrichtungen sportliche und kulturelle - auch internationale - Großveranstaltungen durchgeführt werden.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 255.750 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Frau Clarissa Böckl		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt:	6 Mitglieder Herr StR Mike Josef Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff Herr StR Mike Josef Frau Stv Natascha Kauder Herr Stv Jan Klingelhöfer Herr StR Claus Möbius Frau StRin Stephanie Wüst	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		

A. Ausblick 2023

Nach Beendigung sämtlicher Corona-Schutzmaßnahmen läuft der Betrieb bei der Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH (SSF) wieder in gewohnten Bahnen. Dies gilt für den Spielbetrieb sowie die (Konzert-)Veranstaltungen im Stadion, die nunmehr ohne Einschränkungen stattfinden können. Damit entfallen die Bedingungen der reduzierten, sogenannten „Pandemiemiete“, sodass die Stadionbetreiberin Eintracht Frankfurt Stadion GmbH (EFS) die vertraglich vereinbarte Regelmiete entrichtet. Seither entwickeln sich die Umsatzerlöse aus der Vermietung plangemäß. Aus dem seit Ende Februar 2022 ausgebrochenen Angriffskrieg der russischen Föderation auf die Ukraine ergeben sich spürbare Preisrisiken, da die bis Ende 2022 bestehenden Festpreisverträge für Strom bzw. Gas / Wärme ausgelaufen sind. Daneben zählen die Investitionen in die Stadionerweiterung (Nordwestkurve) sowie

die Vorbereitungen des Stadions auf die Fußball-Europameisterschaft EURO 2024 zu den maßgeblichen Herausforderungen des Wirtschaftsjahres 2023.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Mit Laufzeitbeginn 01.07.2020 wurde mit der EFS ein gewerblicher Stadionmietvertrag über die Nutzung des „Deutsche Bank Park“ für die Dauer von 15 Jahren abgeschlossen. Die darin festgelegte Nutzung erfolgt zu 80 % durch die EFS und zu 20 % durch die Stadt Frankfurt am Main bzw. die SSF. Die SSF ist für die Erbringung des technischen Gebäudemanagements zuständig, die EFS für das infrastrukturelle Gebäudemanagement. Darüber hinaus ist die SSF für die Sportanlage am Bornheimer Hang mit der PSD-Bank Arena verantwortlich, für die ein Nutzungs- und Betreuungsvertrag mit dem FSV Frankfurt besteht. Die SSF betreibt zudem die Wintersporthalle und die Sportanlage Louisa.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist von 118,92 Mio. € auf 128,02 Mio. € angestiegen (+9,10 Mio. €). Ursächlich für die Erhöhung sind auf der Aktivseite die Zunahme bei den Forderungen an die Gesellschafterin (zum 31.12.2022 noch ausstehende Kapitaleinlage) und die Zunahme der für die Baumaßnahme notwendigen Kassenbestände bzw. Guthaben bei Kreditinstituten. Dem gegenüber wirken sich auf der Passivseite das positive Jahresergebnis und die Einzahlung der Gesellschafterin in die Kapitalrücklage erhöhend aus. Zum Erhalt der Kapitaldienstfähigkeit und Stärkung der Investitionskraft hat die Gesellschafterin in 2022 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von 12,00 Mio. € beschlossen, die per 31.12.2022 zur Hälfte als Liquidität eingelegt war. Entsprechend steigt die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag auf 60,2 % nach 53,9 % im Vorjahr. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und gegenüber verbundenen Unternehmen sind aufgrund planmäßiger Tilgungen zurückgegangen.

Zur Erfolgslage

Der erzielte Jahresüberschuss in Höhe von 878 T€ (Vj. -4,94 Mio. €) ist überplanmäßig ausgefallen und nach den Pandemiejahren 2020/2021 wieder positiv. Nach Normalisierung des Spielbetriebs ist dies in erster Linie auf höhere Umsatzerlöse (+4,03 Mio. €) und höhere sonstige betriebliche Erträge (+1,36 Mio. €) aufgrund von Sonderzahlungen des Mieters EFS zurückzuführen. Im Materialaufwand wirken sich vor allem höhere Energiekosten sowie höhere Aufwendungen für das technische Gebäudemanagement aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und des Sports. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH handelt es

sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Für die Gesellschaft standen im Produkthaushalt 2022 Mittel von rund 1,49 Mio. €, welche per 31.12.2022 noch nicht ausgezahlt waren.

Weiterhin hat die Stadt Frankfurt am Main Sicherheiten (Ausfallbürgschaften) von 28,57 Mio. € (Stand 31.12.2022, Restschuld ohne Zinsen) übernommen.

Zum Erhalt der Kapitaldienstfähigkeit und Stärkung der Investitionskraft hat die Gesellschafterin in 2022 eine Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft in Höhe von 12,00 Mio. € beschlossen, die per 31.12.2022 zur Hälfte als Liquidität eingelegt war.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Gesamtbezüge von Frau Böckl betrugen im Geschäftsjahr 157 T€.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden im Geschäftsjahr 1 T€ Sitzungsgelder (100 € pro Sitzung und Mitglied) ausgezahlt.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Geschäftsführung und die Aufsichtsratsorgane der Gesellschaft in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangespräche fanden statt am 09.11.2021 für das Planjahr 2022 sowie am 10.11.2022 für das Planjahr 2023. Das Jahresabschlussgespräch 2022 wurde am 29.03.2023 durchgeführt.

Jahresabschluss zum 31.12.2022 der**Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	113.573	115.490	-1.917	-1,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0,0
Sachanlagen	113.573	115.490	-1.917	-1,7
Umlaufvermögen	14.380	3.362	11.018	327,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.225	297	5.927	1.993,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	8.155	3.065	5.091	166,1
Rechnungsabgrenzungsposten	68	71	-3	-4,4
Bilanzsumme	128.021	118.924	9.098	7,7
PASSIVA				
Eigenkapital	77.041	64.163	12.878	20,1
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	256	256	0	0,0
Kapitalrücklage	120.621	108.621	12.000	11,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	-44.714	-39.772	-4.942	12,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	878	-4.942	5.820	-117,8
Sonderposten	11.623	12.143	-520	-4,3
Rückstellungen	2.000	1.886	114	6,1
Verbindlichkeiten	37.357	40.732	-3.374	-8,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.569	31.264	-2.695	-8,6
Bilanzsumme	128.021	118.924	9.098	7,7
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	10.460	6.435	4.025	62,5
Gesamtleistung	10.460	6.435	4.025	62,5
sonstige betriebliche Erträge	3.307	1.945	1.363	70,1
Materialaufwand	-2.805	-3.002	196	-6,5
Personalaufwand	-966	-976	9	-0,9
Abschreibungen	-4.719	-4.818	99	-2,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.029	-2.951	-78	2,6
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	2.247	-3.367	5.614	-166,7
Finanzergebnis	-1.091	-1.297	206	-15,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	1.156	-4.664	5.820	-124,8
Ergebnis nach Steuern	1.156	-4.664	5.820	-124,8
Sonstige Steuern	-278	-278	-0	0,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	878	-4.942	5.820	-117,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	878	-4.942	5.820	-117,8
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	8	9	-1	-11,1

5.4 Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Sonnemannstraße 13 60314 Frankfurt am Main	Telefon/Fax: 0 69/2 12-7 15 01 0 69/2 12-7 15 00	E-Mail/Internet: vhs@frankfurt.de http://vhs.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Durch Weiterbildungsangebote allen Erwachsenen und Heranwachsenden im Sinne lebenslangen Lernens die Möglichkeit zu bieten, ihre individuelle Bildung zu vertiefen und erweitern, den Lebensalltag aktiv und kreativ zu gestalten, Berufsqualifikationen zu erwerben sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse und Zusammenhänge zu beurteilen und interessenorientiert mitgestalten zu können.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 154.000 € = 100,00 % 154.000 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Herr Danijel Dejanovic		
Betriebskommission:	16 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Sylvia Weber	
Mandatsträger der Stadt:	Herr Stv Dimitrios Bakakis	
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Monika Christann	
	Frau StRin Anna Grundel	
	Frau StRin Dr. Ina Hartwig	
	Frau Stv Claudia Korenke	
	Frau Stv Dana Kube	
	Frau Stv Sylvia Kunze	
	Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
	Herr Stv Peter Thoma	
	Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Herr Prof. Dr. Diether Döring	
	Frau Dr. Brigitte Scheuerle	
	Frau Ute Schlagehan (AN)	
	Herr Thomas Winhold	
	Frau Gabriele Wörrlein (AN)	

A. Ausblick 2023

Die Volkshochschule Frankfurt am Main (VHS) bietet jährlich über 6.000 Kurse an und leistet damit einen wertvollen Beitrag zum Zusammenhalt in der Stadt Frankfurt am Main.

Die VHS arbeitet an der inhaltlichen und räumlichen Umsetzung des TUMO-Lernzentrums im Nordwestzentrum. Dort betreibt die VHS bereits ein Lernzentrum und möchte die günstige Lage zur benachbarten Ernst-Reuter-Schule für eine gezielte Werbung der Zielgruppe nutzen. Mit dem Anspruch „Bildung für Alle“ wird erstmalig ein Lernzentrum für die jüngeren Zielgruppen in den MINT-Fächern etabliert, bei dem sich 12- bis 18-Jährige aus eher bildungsfernen Familien schulübergreifend und unabhängig von der

Herkunft an einem außerschulischen Lernort austauschen und gemeinsam lernen können. Perspektivisch soll das Angebot von TUMO mit den Angeboten der Jungen VHS und des Hochbegabtenzentrums (HBZ) eng verknüpft werden, wobei Junge VHS und das HBZ sich auch weiterhin an jüngere Kinder richten und ihre Angebote breiter als digitales Lernen ausgerichtet sind. Mit der Neuausrichtung im „Deutsch als Fremdsprache“ (DaF) -Bereich, mit dem Umzug des Hochbegabtenzentrums und der Neuausrichtung der Jungen VHS, der Umsetzung der „Frankfurter Plattform 55+“ sowie der Verankerung des Querschnittsthemas Bildung für nachhaltige Ent-

wicklung sollen neue Teilnehmende für die VHS gewonnen und das Kursspektrum für die Stammteilnehmenden erweitert werden.

Zudem fokussiert sich die VHS darauf, ihr Angebot im Süden der Stadt auszubauen. Daneben liegt der Fokus der VHS zunehmend auf inklusiven Angeboten, um in diesem Bereich neue Angebotsgruppen zu erschließen. Die Fachbereiche planen bis 2024 einen Unterrichtsumfang ohne das Wirtschaftsjahr 2019 als Messgröße zur Zielerreichung heranzuziehen, sondern fokussieren sich mit dem gesammelten Erfahrungswissen der vergangenen Jahre auf eine nachfrageorientierte Aufstellung ihrer Angebote.

Das im Juli 2022 verabschiedete erste Migrationspaket der Bundesregierung beinhaltet als wesentliche Elemente die Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts, die Erleichterung bei Fachkräfteeinwanderung und den unmittelbaren Zugang zu Integrationskursen. Dies ist auch für die VHS bedeutsam, da in der mittelfristigen Planung erhebliche Nachfragezuwächse nach Deutschkursen und Prüfungen zu erwarten sind.

Risiken für den Eigenbetrieb sieht die Betriebsleitung in der Entwicklung der Personalkosten durch Tarifierhöhungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie die Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen. Zudem müssen die steigenden Dienstleistungskosten sowie die steigenden Fixkosten bei Mieten (v. a. bei Indexierungen und auslaufenden Mietverträgen) und überproportional steigenden Energie- und Nebenkosten auch für die folgenden Jahre erwirtschaftet werden.

Die Betriebsleitung wertet weiterhin die kriegesischen Auseinandersetzungen in der Ukraine als einen Risikofaktor. Die sich in der Realwirtschaft niederschlagenden Effekte wie verschärfte Lieferkettenrisiken, höhere Energiebezugskosten sowie Absatz- und Kreditrisiken betreffen erwartungsgemäß auch unmittelbar die Zielgruppen der Volkshochschule. In der Folge sind ein erhöhtes Risiko von Buchungsrückgängen und erhöhten Kursausfällen nicht auszuschließen, so dass negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs möglich sind. Zudem könnten die inflationsge-

schwächte Kaufkraft sowie die gestiegenen Lebenshaltungskosten ebenfalls einen Nachfragerückgang nach Bildungsangeboten bewirken.

Die Prüfung der Auswirkungen der Novellierung von § 2b UStG ist nicht abgeschlossen und birgt weiterhin ein deutliches Risiko („Steuerfreiheit von Kursen“) für die Geschäftstätigkeit der VHS.

Darüber hinaus werden Risiken im Zusammenhang mit möglichen Cyberangriffen, der sozialversicherungsrechtlichen Einstufung von Kursleiter:innen („Scheinselbstständigkeit“) und dem Trend zu digitalen Formaten und einem damit verbundenen erhöhten Investitionsbedarf in die Digitalisierung gesehen.

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg des Eigenbetriebs bleibt die Gewinnung von qualifiziertem Personal und Kursleitenden sowie die Anmietung und Einrichtung von Räumlichkeiten, um ein möglichst breites Publikum für die Angebote der VHS zu erreichen.

Das Bildungsangebot hat pandemiebedingt deutlich schneller mehr Digitalisierungsformate erhalten als geplant. Die VHS hat im Berichtsjahr insgesamt rund 18 % ihres Angebotes auf Online-Lernen ausgerichtet. Onlinekurse werden auch zukünftig das Angebot der VHS vervollständigen und ergänzen. Neben reinen Präsenz- und Onlineformaten soll das Programmangebot durch hybride Lernformate weiterentwickelt werden. Der Austausch und die Begegnung beim gemeinsamen Lernen - physisch oder digital - bleiben weiterhin das Erkennungsmerkmal der VHS. Für das Jahr 2023 ist seitens der Stadt Frankfurt am Main ein Zuschuss von 13,18 Mio. € vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Kursgeschäft erholte sich im Berichtsjahr, so dass Umsatzerlöse von 7,63 Mio. € erzielt werden konnten, die somit erheblich über dem Vorjahresumsatz von 6,07 Mio. € liegen. Um dem restriktiven Buchungsverhalten infolge der Pandemie entgegenzuwirken, entstanden neue Outdoorveranstaltungen.

Die Strategie, Angebote auch in leichter Unterdeckung beginnen zu lassen, hat sich insbesondere im Gesundheits- und Bewegungsbereich bewährt. So konnten Teilnehmer:innen an die VHS gebunden

werden und darauf aufbauend neue Teilnehmer:innen gewonnen werden. Abgesehen vom Gesundheits- und Bewegungsbereich benötigten die anderen Angebotssegmente diese Form der Hilfestellung bei der Angebotsplanung bereits ab dem Herbstsemester 2022 nicht mehr.

Während zu Beginn des Jahres pandemiebedingt Menschen noch das Zusammensein mit anderen Lernenden in einem Raum mieden, bewirkte die Aufhebung sämtlicher Corona-Schutzmaßnahmen im Frühjahr 2022 einen Anstieg der stattgefundenen Unterrichtseinheiten ab dem zweiten Halbjahr.

Trotz der insgesamt positiven Umsatzentwicklung war das Wirtschaftsjahr 2022 – wie auch die beiden Vorjahre – durch Krisen bestimmt. Neben den pandemiebedingten Abstands- und Hygienemaßnahmen zu Jahresbeginn hatte der Krieg in der Ukraine seit Februar 2022 vielfältige Auswirkungen auf das Kursgeschäft der VHS. Als direkte Hilfsmaßnahme wurden seit April 2022 für aus der Ukraine geflüchtete Menschen vier Erstorientierungskurse mit 300 Unterrichtsstunden durchgeführt. Aufgrund von Unklarheiten über Sprachkursangebote und einer schleppenden Vergabe von Berechtigungsscheinen stieg die Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine in den Deutschkursen der VHS Frankfurt jedoch erst ab dem Sommer 2022 an.

Darüber hinaus führten eine hohe Inflation, steigende Energiepreise und eine damit verbundene Verteuerung als Folgen des Ukraine-Krieges zu zögerlichem Buchungsverhalten der Teilnehmenden. Trotz der ungünstigen pandemischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffte die VHS eine Annäherung von 78 % an das Jahresergebnis von 2019.

Die durchgeführten Teilnehmer:innen-Unterrichtseinheiten (TN-UE) sind im Vergleich zum Vorjahr um 40,8 % auf 1.452.118 gestiegen. Den prozentual stärksten Anstieg im Vorjahresvergleich verzeichnete mit 76,7 % der Gesundheitsbereich, der jedoch im Vorjahr auch die signifikantesten Einbrüche durch Corona-Maßnahmen verzeichnen musste. Auch die Kulturelle Bildung mit einer Vorjahressteigerung von 68,6 % sowie die sozialen und pädagogischen Berufe im Bereich Arbeit und Beruf konnten deutliche Zuwächse verzeichnen. Absolut betrachtet sind im DaF-Bereich die TN-UE am stärksten gestiegen

(+237.683). Die Teilnehmer:innenbelegungen sind gegenüber dem Vorjahr von 34.364 auf 47.774 und damit um 39,0 % gestiegen. Im Jahr 2019 lagen sie noch bei 62.235. Dabei sind die Belegungen im Gesundheitsbereich (+55,8 %) und Kulturbereich (+41,4 %) sowie im Bereich Deutsch als Fremdsprache (+43,5 %) prozentual am stärksten gestiegen. Dabei zeigt sich auch nach Corona weiterhin eine steigende Nachfrage nach Einzelveranstaltungen. Im Berichtsjahr wurden insgesamt über 1.100 Kurse online angeboten. Die Ausfallquote betrug dabei insgesamt 34 % und lag leicht über der Ausfallquote von Präsenzkursen mit 32 %.

Im Jahr 2022 wurde eine Reihe von drittmittelfinanzierten Projekten weitergeführt, u. a. die Servicestelle Qualifizierungsnetzwerk Inklusive Bildung in Frankfurt, das Projekt !1 zu 1 BASIC plus zur Basisbildung für den Alltag, soziale Integration und Chancen, der Kurs auf Inklusion, Entwicklung und Erprobung inklusiver Lernangebote in Frankfurt am Main sowie Demokratiewerkstätten - Diskursive, partizipative und selbstbestimmte politische Bildung.

Neu gestartet im Jahr 2022 sind die Projekte Digitale Grundbildung für Deutschlernende, Evaluation des Musikschulnachmittags der Musikschule Frankfurt an Frankfurter Grundschulen sowie ein Projekt zur Stärkung von Erwachsenenbildungsorganisationen aus Bosnien-Herzegowina durch Vernetzung mit deutschen Audit Learning Education Zentren.

Darüber hinaus erhielt die VHS Drittmittel u. a. vom Stadtschulamt für die Bildungsberatung sowie Zuschüsse der Stabsstelle Inklusion für inklusive Projekte wie z. B. eine barrierefreie Website.

Im Berichtsjahr erhielten rund 70 Kursleitende den Status der Arbeitnehmerähnlichkeit gemäß § 12 a TVG, da sie ihr überwiegendes Einkommen aus der Honorartätigkeit an der VHS Frankfurt erzielen. Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen beteiligt sich die VHS auf Antrag der Kursleitenden durch die Zahlung eines individuell berechneten, freiwilligen sozialen Zuschusses an der Kranken- und/oder Rentenversicherung. Mit dieser Anerkennung wird ein wichtiger Beitrag zur sozialen Absicherung von Kursleitenden geleistet.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich im Vorjahresvergleich um 2,53 Mio. € auf 19,19 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite erklärt sich die Zunahme aus den um 2,35 Mio. € auf 17,23 Mio. € gestiegenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main. Die Zunahme resultiert hauptsächlich aus dem Stadtkassenkonto (+2,39 Mio. €). Zudem haben sich die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 244 T€ auf 1,26 Mio. € erhöht. Gegenläufig dazu haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen um 133 T€ auf 547 T€ aus der laufenden Abschreibung vermindert.

Die Zunahme des Bilanzvolumens auf der Passivseite resultiert vornehmlich aus der Bildung von Rückstellungen, v. a. im Bereich der Pensionen, welche um 1,75 Mio. € auf 9,06 Mio. € gestiegen sind. Die Rückstellungen für Pensionen betreffen mit 6,7 Mio. € sieben Beamte und mit 2,35 Mio. € drei Hinterbliebene.

Der geplante städtische Zuschuss 2022 für den Eigenbetrieb in Höhe von 12,33 Mio. € setzt sich aus dem Zuschuss für den Betrieb (11,90 Mio. €) sowie dem Zuschuss für Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (426 T€) zusammen. Letztere werden in Höhe des tatsächlich angefallenen Aufwands ausgeglichen und fielen im Jahr 2022 um 461 T€ höher als geplant aus.

Der Jahresfehlbetrag 2022 von -12,52 Mio. € liegt um 268 T€ über der Einstellung in die Kapitalrücklage durch die Stadt Frankfurt am Main im Jahr 2022 in Höhe von 12,78 Mio. €. Im Wirtschaftsplan 2022 war ein Verlust von -12,33 Mio. € ausgewiesen, der um 190 T€ überschritten worden ist. Die Überschreitung des Wirtschaftsplans ist ausschließlich auf die erhöhten Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen zurückzuführen, da der Zinssatz für Pensionen und Beihilfen wiederholt unter dem des Vorjahres lag, der zugrunde gelegte Gehalts- und Rententrend gestiegen ist und ein Beamter im Jahr 2022 von einem städtischen Amt zur VHS wechselte. Ohne Berücksichtigung der Pensionen und Beihilfen konnte die VHS ein Ergebnis erzielen, das um 271 T€ besser war als im Wirtschaftsplan einkalkuliert.

Der negative Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um

1,8 Mio. € auf -11,33 Mio. € verbessert. Der Cashflow aus Finanzierung liegt insbesondere aufgrund des Transfers der Pensions- und Beihilferückstellungen für einen Beamten um 1,11 Mio. € über dem Vorjahreswert. Der Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von -11,33 Mio. € sowie aus der Investitionstätigkeit von -76 T€ konnte durch die Kapitaleinlage von 12,78 Mio. € mehr als kompensiert werden, so dass sich der Finanzmittelfonds (ohne Stadtkassenguthaben) von 53 T€ auf 133 T€ erhöht hat.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 12,52 Mio. € (Vj. -12,93 Mio. €) ab. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich somit eine Ergebnisverbesserung von 411 T€.

Die Umsatzerlöse haben mit einer Höhe von 7,63 Mio. € zwar den Vorjahreswert um 1,56 Mio. € deutlich übertroffen, liegen jedoch immer noch um 29 % unter dem Planansatz. Die Mehrerlöse resultieren insbesondere aus dem Fachbereich Deutsch als Fremdsprache, welche um 455 T€ auf 3,72 Mio. € angestiegen sind.

Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich um 467 T€ auf 917 T€ reduziert und beinhalten hauptsächlich Landeszuschüsse des Kultusministeriums (770 T€) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (118 T€). Letztere fielen im Vorjahr höher aus (611 T€), da Rückstellungen für Nebenkostenabrechnungen für vergangene Jahre aufgelöst wurden. Die im Materialaufwand erfassten Aufwendungen für bezogene Leistungen fielen mit 6,46 Mio. € um 601 T€ höher aus als im Vorjahr. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die um 488 T€ gestiegenen Aufwendungen für Honorare und Zuschüsse an Kursleitende aufgrund des Anstiegs der Unterrichtseinheiten. Der Anstieg liegt mit 10 % unterhalb des Anstiegs der Umsatzerlöse, weil im Vorjahr im Rahmen der pandemiebedingten Kursausfälle teilweise Ausfallhonorare an die Kursleitenden gezahlt wurden. Auch die Ausgaben für Fremdarbeitskräfte sind gestiegen, da Telefondienste sowie Hausmeister- und Empfangstätigkeiten durch die Öffnung aller Liegenschaften wieder in erhöhtem Umfang benötigt wurden.

Die Personalaufwendungen liegen trotz einer gesunkenen Beschäftigtenzahl mit 9,51 Mio. € leicht um 44 T€ über dem Vorjahreswert von 9,46 Mio. €. Im Berichtsjahr hat ein Beamter von einem städtischen Amt zur VHS gewechselt, was im Vergleich zum Vorjahr zu höheren Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen geführt hat, da diese nun von der VHS getragen werden. Zudem ergab sich im Vorjahr aufgrund der Zahlung einer Abfindung sowie der in diesem Zusammenhang getätigten Lohnfortzahlung ein erhöhter Personalaufwand.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 89 T€ auf 4,66 Mio. € gestiegen. Dies ist auf höhere Rückstellungen für Nebenkosten – v. a. für Strom und Gas – in den Liegenschaften sowie auf höhere Aufwendungen für Programmierleistungen zurückzuführen.

Der Zinsaufwand mit 207 T€ (Vj. 224 T€) beinhaltet mit 171 T€ hauptsächlich die Aufzinsung der Pensions- und Beihilferückstellungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplan- und Abschlussgespräche haben am 29.09.2021 für das Planjahr 2022 und am 02.05.2022 für das Planjahr 2023 stattgefunden. Das Abschlussgespräch 2022 ist am 10.05.2023 durchgeführt worden.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	547	680	-133	-19,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	5	11	-6	-52,1
Sachanlagen	542	669	-127	-19,0
Umlaufvermögen	18.639	15.971	2.668	16,7
Vorräte	0	13	-13	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.506	15.905	2.601	16,4
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	133	53	80	152,2
Rechnungsabgrenzungsposten	4	12	-8	-67,3
Bilanzsumme	19.190	16.663	2.527	15,2
PASSIVA				
Eigenkapital	2.844	2.576	268	10,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	154	154	0	0,0
Kapitalrücklage	15.206	15.350	-143	-0,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-12.516	-12.928	411	-3,2
Rückstellungen	14.212	11.857	2.355	19,9
Verbindlichkeiten	1.907	2.032	-125	-6,1
Rechnungsabgrenzungsposten	226	197	29	14,6
Bilanzsumme	19.190	16.663	2.527	15,2
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	7.631	6.074	1.557	25,6
Gesamtleistung	7.631	6.074	1.557	25,6
sonstige betriebliche Erträge	917	1.384	-467	-33,7
Materialaufwand	-6.508	-5.894	-613	10,4
Personalaufwand	-9.507	-9.463	-44	0,5
Abschreibungen	-208	-233	26	-11,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.660	-4.571	-89	1,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-12.333	-12.704	370	-2,9
Finanzergebnis	-183	-224	41	-18,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-12.516	-12.928	411	-3,2
Ergebnis nach Steuern	-12.516	-12.928	411	-3,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-12.516	-12.928	411	-3,2
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-12.516	-12.928	411	-3,2
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	143	145	-2	-1,4
Teilnehmer:innen-Unterrichtseinheiten	1.452.118	1.031.063	421.055	40,8
Teilnehmer:innenbelegungen	47.774	34.364	13.410	39,0
davon in den Stadtteilen	9.253	6.754	2.499	37,0

6.1 Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH und Konzern

Anschrift: Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/31 06-0	E-Mail/Internet: info@kliniken-fmt.de www.varisano.de
Gründung: 18.02.2016		
Unternehmensgegenstand: Strategische Dachgesellschaft für die angeschlossenen Krankenhäuser und weiterer auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätiger Unternehmen.		
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Landkreis Main-Taunus	Kapitalanteile: 100.000 € = 50,00 % 100.000 € = 50,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger Herr Stefan Schad		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	11 Mitglieder Herr Harald Schmidt Herr StR Stefan Majer Frau Stv Almuth Meyer Herr Nico Strott Herr KrBg Johannes Baron Herr LRat Michael Cyriax Herr Ralf Greiner (AN) Frau Carmen Meinhold-Bentzien (AN) Frau KrBg Madlen Overdick Herr Peter Seres (AN) Frau Monika Thiex-Kreye	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 33,33 %		
Beteiligungen: Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 13.630.000 € = 94,00 % 9.400.000 € = 94,00 %	

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6.1.1 Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 6 - 8 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/31 06-0	E-Mail/Internet: info-frankfurt@varisano.de www.varisano.de
Gründung: 03.08.2006	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten, stationären, teilstationären, vor- und nachstationären und sonstigen Krankenhausleistungen durch den Betrieb eines Krankenhauses in Frankfurt am Main-Höchst und aller damit verbundenen zweckdienlichen Einrichtungen.	
Gesellschafter: Kliniken Frankfurt Main-Taunus GmbH Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 9.400.000 € = 94,00 % 600.000 € = 6,00 % 10.000.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger		
Beteiligungen: Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6.1.1.1 Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Anschrift: Gotenstraße 41 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/31 26-80	E-Mail/Internet: info-frankfurt@varisano.de www.varisano.de/mvz-hoechst
Gründung: 28.10.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch die bedarfs- und leistungsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten medizinischen Leistungen, die Sicherstellung der vertragsärztlichen ambulanten Versorgung sowie die Ausübung von ärztlichen Tätigkeiten unter Berücksichtigung des ärztlichen Berufsrechts, vertragsärztlicher Vorschriften und des Grundsatzes der freien Arztwahl, durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V als fachübergreifend ärztlich geleitete Einrichtung in Frankfurt am Main-Höchst.	
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Manuel Zelle		

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6.1.1.2 Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH

Anschrift: Peter-Fischer-Allee 23 65929 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/93 49 33 5-0	E-Mail/Internet: info@zeg-ffm.de www.neubau-klinikum-frankfurt.de
Gründung: 05.06.2009	Unternehmensgegenstand: Die Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen sowie gegebenenfalls die Instandhaltung der Gebäude am Klinikum Frankfurt Höchst. Dies umfasst auch ein nachhaltiges Energiecontracting bzw. auch die Betreuung der Energiezentrale für den Neubau im Passivhausstandard, die Finanzierung, die Vergabe, die Durchführung und das Projektcontrolling der Bau- und Instandhaltungsmaßnahmen. Die Gesellschaft wird Eigentümerin der Neu-Immobilien.	
Gesellschafter: Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 % 25.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Martin Menger		

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6.2 Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)

Anschrift: Bleichstraße 10 60313 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/2 12-3 88 99	E-Mail/Internet: info.kjfh@stadt-frankfurt.de www.kommunale.jugendhilfe.frankfurt.de
Gründung: 01.01.1999	Unternehmensgegenstand: Förderung der Jugendhilfe durch den Aufbau, das Betreiben und Unterhalten dezentraler städtischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen.	
Träger: Stadt Frankfurt am Main	Kapitalanteile: 511.292 € = 100,00 % 511.292 € = 100,00 %	
Betriebsleitung: Frau Angelika Stock		
Betriebskommission:	15 Mitglieder	
Betriebskommissionsvorsitz:	Frau StRin Elke Voitl	
Mandatsträger der Stadt:	Frau Stv Beatrix Baumann	
	Herr StK Dr. Bastian Bergerhoff	
	Frau Stv Ayse Dalhoff	
	Herr Stv Abdenassar Gannoukh	
	Frau StRin Ina Hauck	
	Herr Stv Yanki Pürsün	
	Frau Stv Christina Ringer	
	Herr Stv Dr. Christoph Rosenbaum	
	Frau StRin Dr. Renate Sterzel	
	Frau StRin Elke Voitl	
	Frau StRin Sylvia Weber	
Weitere Betriebskommissionsmitglieder:	Frau Cornelia Klatte (AN)	
	Herr Werner Krone (AN)	
	Herr Benjamin Landes	
	Herr Manfred Oschkinat	

A. Ausblick 2023

Die Corona-Pandemie hat derzeit keine gravierenden finanziellen Auswirkungen auf den Eigenbetrieb. Jedoch ist aufgrund der Überschneidung der aktuellen Krisen von Klima, Energie, Inflation, Krieg in der Ukraine, Flucht bis hin zum Fachkräftemangel von einer Polykrise auszugehen, die sich auch auf die Entwicklung des Eigenbetriebs auswirkt.

Für die Führungskräfte kam das Management von Krisen zunehmend zum Tagesgeschäft hinzu: Das Steuern von Informationen, die Bedarfsermittlung sowie die Maßnahmenentwicklung und das -controlling erfolgte über themenspezifische betriebsinterne Krisenstäbe. Seit Februar 2022 stand die Energiekrise im Mittelpunkt.

Dabei zeichnet sich deutlich ab, dass die hohe Dynamik von Krisenmanagement, weiterhin hohen Entwicklungsbedarfen in der Betriebssteuerung sowie sich verändernden Rahmenbedingungen der Stadtpolitik und anpassungsbedürftigen Angeboten und Leistungen im pädagogischen Portfolio hohe Anforderungen an die Führungskräfte des Betriebes stellt. Dabei stehen wirtschaftliche, fachliche als auchführungstechnische Aufgaben im Mittelpunkt. Die Unterstützung der Führungskräfte ist daher für 2023 das erklärte Ziel für den Betrieb.

Sowohl die Arbeitsformen im Eigenbetrieb als auch die Beratungs- und Angebotsformen der einzelnen Geschäftsbereiche haben im Zuge der Corona-Pandemie eine deutliche Digitalisierung erfahren. So

wurde einerseits in der Verwaltung des Eigenbetriebes das Home-Office stark ausgebaut und andererseits auch in den einzelnen Aufgabenfeldern der beratenden und pädagogischen Arbeit digitale Formate fortgeführt. Der Einsatz von Video-Konferenzen ist für Besprechungen und Gremiensitzungen zum Standard geworden. Personalauswahlverfahren finden in hybriden Formaten statt, was zu einer erheblichen Flexibilität und Ressourcenschonung beiträgt. Zudem waren zum 31.12.2022 15 Einrichtungen am städtischen Netz angebunden. Die verbleibenden 19 Einrichtungen werden bis zum Sommer angebunden. Das Thema „Medien“ ist in vielen Bereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von maßgeblicher Bedeutung. Im Arbeitskreis „Medien“ des Geschäftsbereichs Offene Kinder- und Jugendarbeit werden die entsprechenden Themen, Angebote und Fortbildungen bearbeitet, koordiniert und kommuniziert. Des Weiteren beschäftigt sich der Arbeitskreis „Medien“ mit den Nutzungsregeln für W-LAN, den digitalen Angeboten, fachlichen Standards, technischen Voraussetzungen und Nutzungsregeln im Bereich Social Media-Accounts.

Die seit 2018 begonnene strategische Ausrichtung des Betriebes umfasst die Bereiche Vernetzung, Professionalisierung, Wirtschaftlichkeit sowie Innovation und Image und wurde von der Strategie 2022 im Rahmen des alle zwei Jahre stattfindenden Strategietages zur Strategie 2027 fortgeschrieben.

Der inhaltliche Fokus der Entwicklung des Betriebes liegt aktuell auf den Themen Inklusion und Ganztagschule. Mittels verstärkter geschäftsbereichsübergreifender Arbeit soll ein gemeinsames Verständnis von Inklusion für den Betrieb entwickelt und Kooperationsprojekte im Rahmen der Ganztagschule gestaltet und umgesetzt werden.

Die im Jahr 2022 positiv beschiedene Möglichkeit des Crowdfundings durch den Eigenbetrieb soll dabei helfen, zusätzliche Mittel insbesondere für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) einzuwerben.

Der pädagogische Mittagstisch, der in neun beteiligten Einrichtungen des Eigenbetriebes neben einer verlässlichen Mittagessenversorgung auch Fachkompetenz für Kinder und Teenies mit speziellem

Förderbedarf bietet, genießt in den Stadtteilen weiterhin eine hohe Akzeptanz. Angesichts der gestiegenen Kinderarmut kommt dem pädagogischen Mittagstisch eine besondere Bedeutung zu. Junge Menschen in materiell, sozial und kulturell schwierigen Lebenslagen sollen mit niedrighen und kostenfreien/kostengünstigen Angeboten der OKJA gefördert und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Die Kompensation der hohen Personalvakanz aufgrund von Krankheit oder Fluktuation durch den Einsatz von Fremdpersonal, Rufbereitschaften bzw. Überstunden in den Inobhutnahmeeinrichtungen stellt weiterhin ein hohes finanzielles Risiko dar.

Mit dem Jugend- und Sozialamt ist für das Kinderheim Rödelheim eine neue Leistungsvereinbarung verhandelt, die diese finanziellen Risiken berücksichtigt und eine Aufstockung des pädagogischen Personals enthält.

Der seit 2019 systematisch begonnene Ausbau der inklusiven Infrastruktur wird in den beiden Geschäftsbereichen Jugend- und Erziehungshilfe sowie Offene Kinder- und Jugendarbeit fortgesetzt. Zwischen 2019 und 2022 setzte der Betrieb insgesamt elf Maßnahmen im Gesamtwert von rd. 370 T€ um. Für 2023 wurden drei Anträge für insgesamt 53 T€ vorbereitet. Auf Basis des Stadtverordnetenbeschlusses vom 29.03.2012 „Zukunft Frankfurter Kinder sichern“ wurden den Erziehungsberatungsstellen der Träger der freien Jugendhilfe ab 2017 im Bereich psychologische Präventionsberatung zusätzliche Mittel für Personalkosten bereitgestellt. Zwecks einer ausgewogenen Versorgung der Sozialräume in Frankfurt am Main und zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen beabsichtigt der Eigenbetrieb eigene Präventionsstellen zu schaffen und wird – die bis dato nicht genehmigten – zusätzlichen Stellen für Sozialarbeiter:innen bzw. Sozialpädagoginnen und -pädagogen im Wirtschaftsplan 2024/2025 erneut als Mehrbedarf anmelden.

Der von den Regierungsparteien auf Bundesebene beschlossene und bis zum Jahr 2025 als „Pakt für den Ganztags“ einzuführende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder zielt auf eine Bildungs- und Betreuungsgarantie von 7.30 bis

17.00 Uhr. Insbesondere die Kinderhäuser und Tagesgruppen werden von diesen landespolitischen Zielvorgaben tangiert und haben sich planerisch und konzeptionell bei der Angebotsgestaltung dazu positionieren müssen.

Am 10.06.2021 trat das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) in Kraft. Das Gesetz zielt auf eine verbesserte Rechtsstellung von jungen Menschen und Eltern im SGB VIII ab. Das neue Regelangebot im Kinderheim Rödelheim in Form der erweiterten Elternarbeit im Kinderheim ist damit ausgesprochen innovativ und setzt den Rechtsanspruch der Beteiligten bereits jetzt um. Das KJSG wird aber in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe und in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu Veränderungen in Konzepten und fachlichen Haltungen führen müssen.

Im Rahmen eines Fachtages zur Inklusion und Ganztagschule setzten sich die Mitarbeitenden der beiden pädagogischen Geschäftsbereiche im November 2022 mit Referent:innen aus Wissenschaft und Forschung über die inhaltliche Ausgestaltung der Schwerpunktgestaltung Inklusion und Ganztagschule auseinander. Im Anschluss an den Fachtag haben die Einrichtungen zu diesem Thema mit einem Strategieentwicklungsprozess begonnen, der im November 2023 mit einem weiteren Fachtag abgeschlossen werden soll. Zielsetzungen des Prozesses sind die Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses vom Bildungs- und eines Inklusionsbegriffs, Klarheit des Auftrages der Jugendhilfe in der Zusammenarbeit mit Schule und die Gewährleistung von Teilhabe und Bildung. Insbesondere für die Einrichtungen der OKJA ist es von enormer Bedeutung, Kooperationsformate mit Schulen und Rahmenbedingungen zur Umsetzung nonformaler Bildung zu beschreiben, in denen der Auftrag der Jugendhilfe konzeptionell verankert ist.

Das höchste Risiko wird von der Betriebsleitung im Bereich Personal bewertet, gefolgt von Veränderungen in der Bildungslandschaft (Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in Schulen), Liegenschaften und Digitalisierung.

Im Bereich der Liegenschaft liegt das Risiko sowohl in der Sicherheit der Gebäude als auch in der notwendigen Flexibilität bei Leistungsveränderungen durch den Betrieb.

Für das Wirtschaftsjahr 2023 rechnet der Eigenbetrieb bei steigenden Umsätzen aus der Erhöhung der Pflegesätze mit einem aufgabenbedingten Verlust von 15,14 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Aufgabe des Eigenbetriebes ist es, in enger partner-schaftlicher Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien im Stadtteil beizutragen und individuelle Problemlagen lindern bzw. lösen zu helfen. Dies beinhaltet die Mitwirkung bei der Verwirklichung einer präventiven, regional orientierten Jugendhilfe in der Stadt Frankfurt am Main. Dabei entwickelt der Betrieb, angepasst an den sich verändernden Bedarf, seine Angebots- und Hilfskonzepte ständig weiter.

Die Zahl der bearbeiteten Fälle in der Kinder-, Jugend- und Elternberatung ist von 2.071 auf 2.152 gestiegen.

Die Anzahl der Beratungssitzungen hat sich gegenüber dem Vorjahr von 10.645 auf 9.046 (2020: 8.750 Sitzungen) reduziert. Im Dreijahresvergleich haben 2021 die meisten Beratungssitzungen stattgefunden, was sich coronabedingt mit dem sehr hohen Anteil an Videokonferenzen erklären lässt.

Im Vorjahr haben die kommunalen Beratungsstellen erneut die Zertifizierung durch den Fachverband Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V. erhalten. Die Zertifizierung bestätigt die Einhaltung einheitlicher fachlicher Standards und wird für vier Jahre verliehen.

Nachdem die im ehemaligen Zentrum für Erziehungshilfe verortete Kooperation zwischen Förderschullehrkräften der Berthold-Simonsohn-Schule und Sozialarbeiter:innen bzw. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des Eigenbetriebs nicht fortgesetzt werden konnte, arbeitet dort seit Sommer 2019 das neu konzeptionierte Beratungs- und Vermittlungszentrum für schulnahe Hilfen (BVSH). Das Ziel

des BVsH ist es, die spezifisch auf schulnahe Unterstützung ausgerichtete Expertise der Fachkräfte des Eigenbetriebes als besondere Ressource der Jugendhilfe zu entwickeln. Die Zielgruppe von BVsH bilden Kinder mit emotionalen und sozialen Entwicklungsproblemen, für deren schulische Integration außerschulische Unterstützungssysteme erforderlich sind. In den vier Jahren hat sich das BVsH zu einem festen Bestandteil der Frankfurter Jugendhilfe etabliert.

Die entgeltfinanzierten Einrichtungen waren im Berichtsjahr im Durchschnitt zu 90,6 % (Vj. 88,3 %) ausgelastet. Für die Tagesgruppen Rödelheim und das Hermann-Luppe-Haus laufen derzeit noch die Beratungen, mit dem Ziel die bestehenden Leistungsvereinbarungen fortzuentwickeln und die Konzepte der Tagesgruppen an den Auswirkungen des Rechtsanspruches auf einen Ganztagschulplatz auszurichten.

Das Kinderheim Rödelheim, die Inobhutnahme Höchst und die Inobhutnahme Bornheim halten ihre Leistungen exklusiv für das Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt am Main vor und erhalten im Gegenzug dazu Vorhaltegelder für nicht belegte Plätze. Bezogen auf die Kostendeckung ist daher eine Vollauslastung gegeben.

Um Personalausfälle in den Inobhutnahmeeinrichtungen (Schichtbetrieb an 365 Tagen im Jahr) besser abzufangen, wurden weiterhin Rufbereitschaften mit geringfügigen Beschäftigten – im Wesentlichen Werkstudierende – eingerichtet.

Der sich in den Stellenbesetzungsverfahren weiterhin abzeichnende Bewerber:innen-Mangel, die lange Wiederbesetzungsdauer von Führungsstellen, der deutlich gesunkene Stellenbesetzungsgrad von 79,5 % (2021: 83 %) sowie eine Teilzeitquote von über 50 % führen dazu, dass die Themen Personalakquise und Personalentwicklung weiterhin an Bedeutung zunehmen werden. Im Berichtsjahr wurden 16 (2021: 13) Leiharbeiter:innen, darunter auch im Verwaltungsbereich, eingesetzt. In den Jahren 2020 und 2021 konnten 30 % der Zeitarbeitskräfte in den Betrieb übernommen werden. Das Instrument Leiharbeit entwickelt sich somit zu einem Personalrekrutierungsinstrument.

Die Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit werden weiterhin stark nachgefragt. Eine zunehmende Psychiatrisierung der Klienten und Klientinnen ist zu beobachten. Hinzu kommt die nach wie vor sehr schwierige Versorgung mit Wohnraum. Für eine ämterübergreifende Versorgung dieser Personengruppe wurde seitens des Jugendamtes eine Arbeitsgruppe initiiert, in der auch Mitarbeitende des Betriebes vertreten sind.

Für die Klientel von Streetwork Innenstadt/Bahnhof wirken sich die Corona-Folgen sehr viel stärker als zuvor auf ihre sozioökonomische Situation aus, wodurch die Arbeit mit einzelnen Klienten:innen intensiver und zeitaufwändiger wird.

Darüber hinaus hält der Betrieb Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) vor, in denen die Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten für Selbstentfaltungs-, Erprobungs- und Lernprozesse vorfinden. In diesem Geschäftsbereich unterhält der Eigenbetrieb sieben Kinderhäuser, zehn Kinder- und Jugendhäuser/Jugendeinrichtungen sowie drei Jugendbüros.

Im Nachgang von Corona haben sich die Einrichtungen der OKJA an den Maßnahmen des kommunalen Corona-Aktionsplan beteiligt und 53 Maßnahmen angemeldet. Durchgeführt wurden 23 Maßnahmen mit insgesamt 54 T€ bezuschusst, die 960 Teilnehmende erreicht haben.

Die Leitungsstelle des Geschäftsbereichs der OKJA mit 100 Beschäftigten ist seit 03/2022 unbesetzt und wird kommissarisch durch die Geschäftsbereichsleitung des Geschäftsbereichs 2 vertreten. Aufgrund der sehr umfangreichen Führungsspanne der Geschäftsbereichsleitung des Geschäftsbereichs 3 sollen die Leitungs- und Führungsaufgaben mittels der vom Betrieb beauftragten Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereichs 3 durch das städtische Personal- und Organisationsamt analysiert werden, um die Arbeitssituation sowohl der Geschäftsbereichsleitung als auch der Einrichtungsleitungen und damit die Steuerungsfähigkeit des Geschäftsbereichs zu optimieren. Die digitale Ausstattung der Einrichtungen (sowohl für die Angebote mit den Kindern, Jugendlichen und Familien als auch für die interne Kommunikation im Geschäftsbereich) wurde umge-

setzt und die Rahmenbedingungen sowie die inhaltlich-fachliche Ausgestaltung der digitalen Angebote wurden weiterentwickelt.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich von 14,16 Mio. € auf 13,24 Mio. € reduziert. Ursächlich für die Abnahme sind im Wesentlichen die um 515 T€ auf 10,81 Mio. € gesunkenen Forderungen gegen die Stadt Frankfurt am Main. Zudem sind die liquiden Mittel um 312 T€ auf 301 T€ gesunken. Demgegenüber steht eine Zunahme des immateriellen Vermögens und der Sachanlagen von insgesamt 99 T€, resultierend aus höheren Investitionen von 439 T€ bei Abschreibungen von 334 T€ und Abgängen von 6 T€.

Die Abnahme auf der Passivseite betrifft im Wesentlichen die beiden Positionen Eigenkapital und Rückstellungen. Der Rückgang des Eigenkapitals um 279 T€ auf 2,15 Mio. € ergibt sich aus der Einzahlung in die Kapitalrücklage von 15,89 Mio. € und dem Jahresfehlbetrag von 16,17 Mio. €. Im Berichtsjahr 2021 wurde per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Jahresverlust des Wirtschaftsjahres 2021 in Höhe von -14,70 Mio. € durch die entsprechende Teilauflösung der Kapitalrücklage aus Einlagen durch die Stadt Frankfurt am Main vollständig ausgeglichen. Somit werden über den 31.12.2022 hinaus keine Verlustvorträge als „Verluste aus Vorjahren“ ausgewiesen und auf neue Rechnung vorgetragen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 569 T€ gesunken. Die Rückstellungen für Beihilfen sanken im gleichen Zeitraum um 181 T€. Ursächlich hierfür ist der Abgang von vier Beamten und Beamtinnen, sodass lediglich noch Zusagen gegenüber von sechs Beamten und Beamtinnen und zwei Pensionären und Pensionärinnen bestehen. Die zu dem Zeitpunkt bestehenden Verpflichtungen mussten an den übernehmenden Betrieb gezahlt werden.

Die Zuführung zur Kapitalrücklage im Wirtschaftsjahr 2022 erfolgte durch die Stadt Frankfurt am Main in Höhe von 15,89 Mio. €. Sie weicht damit um 686 T€ von dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Wirtschaftsplan für das Jahr 2022 (15,20 Mio. €) ab. Die veranschlagte Kapitalrücklage

für das Jahr 2022 in Höhe von 14,83 Mio. € wurde durch Budgeterhöhungen aufgrund der Übernahme der Miete im BVsH und des Jobtickets um insgesamt 154 T€ auf 14,99 Mio. € erhöht.

Der Jahresfehlbetrag 2022 von 16,17 Mio. € überschreitet um 280 T€ die geleistete Einlage in die Kapitalrücklage (15,89 Mio. €) und fällt um 966 T€ schlechter aus als im Wirtschaftsplan 2022 (-15,20 Mio. €) kalkuliert. Die Abweichung zwischen Wirtschaftsplan 2022 und Jahresergebnis erklärt sich hauptsächlich durch die höher angefallenen Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen (+686 T€).

Der Finanzmittelfonds hat sich zum Bilanzstichtag um rund 1,04 Mio. € auf 19,22 Mio. € reduziert und besteht aus dem Bestand bei der Stadtkasse von 8,92 Mio. € (Vj. 9,65 Mio. € und flüssigen Mitteln von 301 T€ (Vj: 613 T€).

Zur Erfolgslage

Das Berichtsjahr schließt der Eigenbetrieb mit einem Jahresfehlbetrag von 16,17 Mio. € ab, der um 1,47 Mio. € höher als im Vorjahr ausfällt. Maßgeblich für das verschlechterte Ergebnis ist ein Anstieg der Aufwendungen um 1,72 Mio. €, denen ein Anstieg der Erträge um 258 T€ auf 9,64 Mio. € gegenübersteht.

Die Umsatzerlöse sind im Vorjahresvergleich um 178 T€ auf 9,05 Mio. € gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die im Berichtsjahr um 108 T€ gestiegenen Erträge aus den Einrichtungen der Jugend- und Erziehungshilfe und der offenen Kinder- und Jugendarbeit begründet, welche aus der Anpassung der Entgeltsätze sowie aus gestiegenen Pflegetagen resultiert. Darüber hinaus sind die Erträge aus Veranstaltungen von 63 T€ auf 131 T€ gestiegen, weil im Vergleich zum Vorjahr wieder vermehrt Veranstaltungen und Ferienaktionen angeboten wurden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 67 T€ auf 579 T€ gestiegen. Geringeren Auflösungen von Rückstellungen (-40 T€) stehen höhere Erstattungen von Personalkosten (+96 T€) gegenüber, die sich im Wesentlichen durch die im Jahr 2022 erstattete Energiepauschale von 91 T€ begründen.

Der Personalaufwand stellt mit 72 % der Gesamtaufwendungen den größten Aufwandsposten des Eigenbetriebs dar und ist im Berichtsjahr um 822 T€ auf 18,60 Mio. € gestiegen. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die Tarifsteigerungen am 01.04.2022 um 1,8 % für Beschäftigte und am 01.08.2022 die Besoldungserhöhung von 2,2 %. Darüber hinaus wurden im Berichtsjahr den Pensionsrückstellungen 1,32 Mio. € zugeführt, was im Vorjahresvergleich einer Zunahme von 326 T€ entspricht. Aufgrund von Personalmangel sowie aufgrund von Stellenvakanzen musste in größerem Umfang als im Vorjahr externes Personal bezogen werden, wodurch die im Materialaufwand erfassten Aufwendungen für bezogene Leistungen um 373 T€ auf 908 T€ gestiegen sind. Bei einem um 9,46 auf 211,96 Vollzeitkräfte verringerten Personaleinsatz sind die durchschnittlichen Personalaufwendungen je Vollzeitkraft um 9,3 % auf 87,73 T€ gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen infolge der durch die Inflation gestiegenen Lebensmittelpreise, sowie aufgrund von Mietpreiserhöhungen und höheren Energiekosten für Heizung, Strom und Gas um insgesamt 502 T€ über dem Vorjahresauf-

wand in Höhe von 5,29 Mio. €. Dabei sind insbesondere die gestiegenen Lizenzgebühren zu nennen, die im Berichtsjahr für doppelt so viele Endgeräte wie in 2021 gezahlt werden mussten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Entfällt für Eigenbetriebe.

D. Public Corporate Governance Kodex

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung 2022 keine Feststellungen getroffen, die darauf schließen lassen, dass die Betriebsleitung und die Betriebskommissionsorgane des Eigenbetriebes in wesentlichen Belangen nicht in Übereinstimmung mit den Richtlinien gehandelt hätten. Gemäß PCGK sollen rechtzeitig vor der Versendung der Wirtschaftsplan- und Jahresabschlussunterlagen an das zuständige Organ die Entwürfe im Rahmen des Wirtschaftsplan- und des Abschlussgesprächs vorerörtert werden. Die Wirtschaftsplangesprache fanden statt am 05.10.2021 für das Planjahr 2022 und am 14.07.2022 für das Planjahr 2023. Das Jahresabschlussgespräch 2022 wurde am 01.06.2023 durchgeführt.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	2.027	1.928	99	5,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	34	39	-5	-12,8
Sachanlagen	1.993	1.889	104	5,5
Umlaufvermögen	11.162	11.980	-818	-6,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	10.861	11.367	-506	-4,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	301	613	-312	-50,8
Rechnungsabgrenzungsposten	45	256	-210	-82,2
Bilanzsumme	13.235	14.164	-929	-6,6
PASSIVA				
Eigenkapital	2.151	2.430	-280	-11,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	511	511	0	0,0
Kapitalrücklage	17.804	16.619	1.186	7,1
Gewinnrücklagen / variables Kapital	0	0	0	-
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	0	0	0	-
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-16.165	-14.700	-1.465	10,0
Sonderposten	36	0	36	-
Rückstellungen	10.047	10.800	-753	-7,0
Verbindlichkeiten	1.000	934	66	7,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	440	566	-126	-22,2
Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	1	-
Bilanzsumme	13.235	14.164	-929	-6,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	9.046	8.868	178	2,0
Gesamtleistung	9.046	8.868	178	2,0
sonstige betriebliche Erträge	579	512	67	13,1
Materialaufwand	-910	-535	-375	70,0
Personalaufwand	-18.595	-17.773	-822	4,6
Abschreibungen	-334	-285	-49	17,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.794	-5.292	-502	9,5
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-16.008	-14.505	-1.503	10,4
Finanzergebnis	-157	-195	38	-19,5
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-16.165	-14.700	-1.465	10,0
Ergebnis nach Steuern	-16.165	-14.700	-1.465	10,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-16.165	-14.700	-1.465	10,0
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-16.165	-14.700	-1.465	10,0
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	301	307	-6	-2,0
Kinder-, Jugend- u. Elternberatung (bearb. Fälle)	2.152	2.071	81	3,9
Belegung entgeltfinanzierte Einrichtungen (Auslast. in %)	91	88	2	2,7

6.3 Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH

Anschrift: Christa-Maar-Straße 2 60488 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/95 80 26-0	E-Mail/Internet: geschaeftsstelle@pw-ffm.de www.pw-ffm.de
Gründung: 06.09.1983	Unternehmensgegenstand: Verfolgung mildtätiger Zwecke durch Unterstützung hilfebedürftiger Personen im Sinne des § 53 Ziff. 1 Abgabenordnung (AO) insbesondere durch Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung. Die Eingliederungshilfe umfasst die Bereiche "Arbeit", "Wohnen" und "Freizeit" mit dem Ziel, behinderten Menschen eine aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen. Weiterer Gegenstand der Gesellschaft ist die gemeinnützige Förderung der Wohlfahrtspflege.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Verein Arbeits- und Erziehungshilfe e.V. Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte e. V. Verein Lebenshilfe für geistig Behinderte, Kreisvereinigung Main-Taunus e.V.	Kapitalanteile: 13.294 € = 49,06 % 12.271 € = 45,28 % 1.023 € = 3,77 % 511 € = 1,89 % 27.098 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Andreas Schadt Herr Thomas Schmitter		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	9 Mitglieder Frau StRin Elke Voitl Herr Dr. Dimitrios Gotsis Frau Stv Stella Schulz-Nurtsch Frau StRin Sylvia Weber Frau Jenny Grünewald Frau Julia Reister Herr Wolfgang Rhein Herr StR Stephan Siegler Herr Rainer Wolf	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 66,67 %		
Beteiligungen: Cook Company gemeinnützige GmbH Kontexte Frankfurt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	Kapitalanteile: 12.100 € = 48,40 % 25.000 € = 25,00 %	

A. Ausblick 2023

Der Bedarf an Betreuungsleistungen der Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH (PW) steigt weiter und differenziert sich zunehmend aus. Die Suche nach geeigneten Wohnformen, die sowohl dem Konzept der Inklusion genügen als auch den individuellen Assistenzbedarf für die betreuten Menschen berücksichtigen, wird die nächsten Jahre prägen. In den Werkstätten wirkt sich der Umstand aus, dass immer mehr, besonders schwerbehinderte, Menschen aufgenommen werden, während gleichzeitig leistungsstarke Klienten und Klientinnen

außerhalb der Werkstätten beschäftigt werden können. Darüber hinaus werden umfangreiche strukturelle und systematische Änderungen an den Vorgaben für die Leistungsplanung, Leistungssteuerung und Leistungserbringung eintreten.

Auf Landesebene erfolgt 2023 die Überarbeitung der Rahmenverträge für den Bereich SGB IX samt Umstellung der Finanzierungssystematik zum 01.07.2023.

Die Gesellschaft plant mit einem Jahresergebnis von 60 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die PW ist der größte Arbeitgeber für Menschen mit geistiger Behinderung in Frankfurt am Main. Sie gehört zum bundesweiten und flächendeckenden Betreuungsangebot „Werkstätten für behinderte Menschen“.

Die Gesellschaft betreibt und unterhält neben den drei Werkstätten (Praunheim, Fechenheim und Höchst) Wohnanlagen und Wohngruppen für Menschen mit geistiger Behinderung. Zu den Aufgaben gehören daneben betreutes Wohnen, ambulante Assistenz sowie Integrationsassistenz an Frankfurter Schulen sowie die sozialpädagogische Familienhilfe. Der inklusive Umbau der Wohnangebote hat begonnen, wird aber viele Jahre dauern. Derzeit erfolgt mit dem Projektpartner KEG die Planung zur Erweiterung von inklusiven Wohnangeboten in Frankfurt Höchst, nachdem die Wohnprojekte in der Sonnentau- und Bolongarostraße abgeschlossen wurden.

Die Leistungsentgelte der Rehabilitationsträger stellen die Haupteinnahme der Gesellschaft dar. Neben den regulär 576 Beschäftigten (Vj. 582) und vier Praktikantinnen und Praktikanten leisteten zwei Freiwillige ein soziales Jahr (Vj. fünf) bei der PW ab.

In geschützten Arbeitsverhältnissen befanden sich im Jahresdurchschnitt 752 Beschäftigte (Vj. 765).

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme hat sich um 1,40 Mio. € auf 36,95 Mio. € verringert. Die Eigenkapitalquote (einschließlich der Sonderposten) beträgt 65,6 % (Vj. 64,2 %). Auf der Aktivseite haben sich die Sachanlagen u. a. aufgrund der planmäßigen Abschreibung um 1,11 Mio. € auf 28,43 Mio. € reduziert. Die Gesellschaft hat in 2022 Ersatzinvestitionen in Höhe von 144 T€ getätigt. Die Liquidität war während des abgelaufenen Geschäftsjahres gesichert.

Auf der Passivseite sanken der Sonderposten für Investitionszuschüsse um 441 T€ und die Verbindlichkeiten um 1,09 Mio. € auf 10,99 Mio. €.

Zur Erfolgslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss von 53 T€ (Vj. 496 T€) ab. Die Umsatzerlöse stiegen auf 35,36 Mio. €, zurückzuführen ist dies insbesondere auf den ambulanten Bereich, den Bereich Wohnen und beim Personalfahrdienst. Neben der Pandemie und dem Ukrainekrieg hat sich auch die Tarifierhöhung SuE zum 01.07.2022 auf das Ergebnis ausgewirkt.

Die Personalkosten stiegen um 621 T€ auf 30,18 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung hilfebedürftiger Personen auf dem Gebiet der Berufsbildung und der Erziehung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der PW handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	28.609	29.739	-1.129	-3,8
Immaterielle Vermögensgegenstände	22	37	-15	-40,6
Sachanlagen	28.432	29.546	-1.114	-3,8
Finanzanlagen	155	155	0	0,0
Umlaufvermögen	8.268	8.555	-286	-3,3
Vorräte	410	432	-22	-5,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.286	5.342	-57	-1,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	2.572	2.780	-208	-7,5
Rechnungsabgrenzungsposten	67	47	21	44,7
Bilanzsumme	36.945	38.340	-1.395	-3,6
PASSIVA				
Eigenkapital	14.787	14.734	53	0,4
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	27	27	0	0,0
Kapitalrücklage	12.467	12.467	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	2.041	2.041	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	199	-297	496	-167,0
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	53	496	-444	-89,4
Sonderposten	9.454	9.895	-441	-4,5
Rückstellungen	1.710	1.622	88	5,4
Verbindlichkeiten	10.994	12.089	-1.094	-9,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	7.441	7.863	-422	-5,4
Bilanzsumme	36.945	38.340	-1.395	-3,6
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	35.363	33.556	1.807	5,4
Bestandsänderung UE / FE	29	49	-20	-41,0
Gesamtleistung	35.393	33.606	1.787	5,3
sonstige betriebliche Erträge	6.209	6.705	-496	-7,4
Materialaufwand	-1.760	-1.466	-294	20,0
Personalaufwand	-30.178	-29.557	-621	2,1
Abschreibungen	-1.273	-1.303	30	-2,3
sonstige betriebliche Aufwendungen	-8.125	-7.184	-941	13,1
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	267	802	-535	-66,7
Finanzergebnis	-212	-302	90	-29,9
Ergebnis vor Steuern (EBT)	55	500	-445	-89,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	-0	2	-508,7
Ergebnis nach Steuern	56	499	-443	-88,7
Sonstige Steuern	-4	-3	-1	18,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	53	496	-444	-89,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	53	496	-444	-89,4

Kennzahlen	2022	2021	Veränderung <i>absolut</i>	<i>in %</i>
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	576	582	-6	-1,0
Belegte Plätze Tagesförderstätten (Durchschnittswerte)	181	183	-2	-1,1
Belegte Plätze Wohnheime (Durchschnittswerte)	123	121	2	1,7
Belegte Plätze Betreutes Wohnen (Durchschnittswerte)	123	122	1	0,8
Belegte Plätze Schulintegration (Durchschnittswerte)	144	158	-14	-8,9

III. Trägerbericht Nassauische Sparkasse („Naspa“)

Anschrift: Rheinstraße 42-46 65185 Wiesbaden	Telefon/Fax: 0 611/364-0	E-Mail/Internet: info@naspa.de www.naspa.de
Vorstand: Günter Högner (Vorsitzender) Michael Baumann Bertram Theilacker Frank Diefenbach	Träger: Sparkassenzweckverband Nassau	Anteile: 100,00 %
Verwaltungsrat: 27 Mitglieder, davon 9 Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen		
Mandatsträger der Träger und Beteiligten: OB Gert-Uwe Mende (Vorsitzender) Herr Burkhard Alberts Herr Michael Cyriax Herr Carsten Filges Herr Dr. Oliver Franz Frau Sabine Häuser-Eltgen Herr Prof. Lorenz Jarass Herr Michael Köberle Herr Ulrich Krebs Herr Roger Podstatny Herr Frank Puchtler Herr Udo Rau Herr Harald Schindler Herr Dr. Hendrick Schmehl Herr Achim Schwickert (stellv. Vorsitzender) Herr Andre Stolz Herr Dr. Stephan Wetzel		AN-Vertreter: Herr Markus Geis Frau Rita Gröschel Herr Patrick Hannappel Herr Andreas Immel Frau Karima Khabbach Herr Markus Molitor Herr Jens Prange-Wegemann Herr Andreas Sommerfeld Frau Anna Wagner
Anteilsbesitz:		Kapitalanteile:
Naspa-Direkt-Service GmbH, Wiesbaden		100,00 %
Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden		100,00 %
Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden		100,00 %
Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden		100,00 %
Schloss Vollrads GmbH, Oestrich-Winkel		100,00 %
Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel		100,00 %
Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel		100,00 %
Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden		75,00 %
S-Servicepartner Rhein-Main		70,00 %

Darüber hinaus ist die Naspa u. a. unmittelbar mit 10,4 % am Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen („SGVHT“) und mittelbar mit durchgerechnet rd. 7 % an der Landesbank Hessen-Thüringen („Helaba“) sowie jeweils mit rd. 1,2 % an der DekaBank und der Landesbank Berlin beteiligt.

Unternehmenszweck, Träger und Organe

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Herzoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging.

Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Organe der Naspa sind der Vorstand und der Verwaltungsrat.

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs.

Bei erfreulichem Anstieg der Girokonten (u. a. durch Eröffnung von rd. 3.500 kostenfreien Girokonten für

Geflüchtete aus der Ukraine), wuchs das Mittelaufkommen von Kunden 2022 um 2,4 %. Infolge der durch die EZB eingeleiteten Zinswende im zweiten Halbjahr 2022 schwächte sich der Zuwachs der Sichteinlagen ab. Das Kundenkreditvolumen konnte die Naspa– im Stichtagsvergleich – um 3,3%, bei unverändert risikobewusster Vergabepolitik, ausweiten.

Die Veränderung der Anzahl der Kundendepots und deren Bestände ist durch eine Ausweisänderung beeinflusst.

Anzahl bzw. Mio. €	2020	2021	2022
Anzahl Privatgirokonten	308.410	305.871	313.121
Anzahl Geschäftsgirokonten	43.249	45.881	46.356
Anzahl Kundendepots	55.141*	56.094*	55.353
Forderungen an Kund:innen	9.665	10.033	10.363
Mittelaufkommen von Kund:innen	10.466	11.187	11.455
Depotbestand	3.248*	3.839*	3.489
Stiftungskapital Naspa Stiftung	27	27	27

*) inkl. S-Broker-Depots sowie DekaBank-Depots; ab 2022 ohne S-Broker-Depots.

Im rd. 4.000 km² umfassenden Geschäftsgebiet mit z. T. überdurchschnittlich attraktivem Kaufkraftumfeld und über 2 Mio. Einwohner:innen stehen den Kunden aktuell zur Verfügung:

- stationär im Jahresultimovergleich insgesamt 71 (Vj..73) Geschäftsstellen sowie 15 Private Banking-Center, sechs Finanzierungs-Center, drei Firmenkund:innen-Center, sowie 31 Selbstbedienungszentren offen. Darüber hinaus betreibt die Naspa 199 Geldautomaten. Ferner berät die Naspa ihre Kund:innen individuell nach Vereinbarung auch außerhalb der Öffnungszeiten am gewünschten Ort.

- digital „rund um die Uhr“ die Internetfiliale und die Sparkassen-Apps. Mit dem Business-Center (BC) für Gewerbe- und Geschäftskund:innen steht den Kund:innen seit 2021 ein Kanal für die Beratung

und den Abschluss via Telefon oder Videokonferenz zur Verfügung. Im Februar 2022 startete zudem das Direkt-Beratungs-Center (DBC) für Privatkund:innen.

Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalen, sozialen und kulturellen Bereich zu fördern. Eventuelle Ausschüttungen der Naspa, die aus bankbetrieblichen Gründen derzeit unverändert nicht geboten sind, wären vom Verwaltungsrat zu beschließen und satzungsgemäß vom Sparkassenzweckverband an die Naspa Stiftung weiterzuleiten.

Im Berichtsjahr hat die Naspa selbst abermals zahlreiche Vereine, Einrichtungen und Projekte in Höhe von insgesamt rd. 1,5 (Vj. 1,4) Mio. € finanziell unterstützt. Seit Gründung der Naspa Stiftung

„Initiative und Leistung“ vor gut 25 Jahren wurden mehr als 13.000 Projekte und Aktivitäten in der Region unterstützt und Fördergelder von über 20 Mio. € ausgeschüttet, davon alleine 0,6 (Vj. 0,7) Mio. € in 2022.

Darüber hinaus hat die Naspa CSR-Grundsätze (Corporate Social Responsibility) erarbeitet und in die drei Säulen der Nachhaltigkeit - Ökonomie, Ökologie und Soziales – unterteilt. Nachhaltigkeitsbezogene Informationen nichtfinanzieller Art werden im sogenannten „Nichtfinanziellen Bericht der Nassauischen Sparkasse“ veröffentlicht. Diese Berichterstattung erfolgt gesondert vom Lagebericht und ist unter <https://www.naspa.de/de/home/ihre-naspa/presse-center/infomaterial.html?n=true&stref=hnav> im Internet veröffentlicht.

Geschäfts- und Risikoentwicklung

Bestimmende Faktoren für die Geschäftsentwicklung 2022 waren die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die geopolitische und volkswirtschaftliche Entwicklung, mit Effekten unter anderem auf Inflations- und Zinsentwicklung mit entsprechend höheren Volatilitäten sowie die Nachwirkungen der Corona-Pandemie. Daneben bestanden die vielfältigen branchentypischen Herausforderungen fort - wie demographische Entwicklung/ verändertes Kundenverhalten/ Digitalisierung/ fortschreitende Regulierungsdichte/ wettbewerbsgetriebener Margendruck.

Umfang und Intensität der sich hieraus entwickelnden Zinswende waren im Zeitraum der Planerstellung der Naspa für 2022 in dieser Hinsicht abzusehen. Dank abermals großen Engagements und Umsicht von Mitarbeitenden und Vorstand konnten auch diese zusätzlichen Herausforderungen gut bewältigt werden.

Das Geschäftsjahr 2022

- verlief volumenmäßig und gemessen am Betriebsergebnis vor Bewertung besser als erwartet. Dabei wurde die margen- und risikoorientierte Geschäftspolitik ebenso fortgesetzt wie

die Anstrengungen zur Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierung. Als umfassendes Programm für Wachstum und Effizienzverbesserung wurden entsprechende Maßnahmen des Strategieprogramms „Naspa 4.0“ fortgeführt.

Während im Kreditgeschäft die Planrisikovor-sorge von per Saldo 18 Mio. EUR bei weitem nicht benötigt wurde (Ist -1 Mio. EUR), lag das Bewertungsergebnis des Wertpapiergeschäfts aufgrund des in dieser Dynamik nicht erwarteten Marktzinsanstiegs mit rd. 53 Mio. EUR relevant höher als bei Planerstellung für 2022 erwartet (rd. -10 Mio. EUR). Dabei hat die Naspa auch für Wertpapiere des Anlagebestandes die konservative Bewertung nach dem strengen Niederstwertprinzip beibehalten.

Unter Rückgriff auf die in 2021 ohne Anrechnung auf die Eigenmittel gebildeter Vorsorgereserven von 18 Mio. € konnte ein Jahresüberschuss von unverändert fast 40 Mio. € ausgewiesen werden.

- erlaubt eine Stärkung der bilanziellen wie auch der aufsichtlichen Eigenmittel um rd. 40 Mio. € (geplant rd. 27 Mio. €).
- zeigte insgesamt erneut zufriedenstellende wirtschaftliche Verhältnisse. Die Prüfungsstelle des Sparkassen- Und Giroverband Hessen-thüringen (SGVHT) beurteilt die Vermögenslage darüber hinaus aber unverändert als noch verbesserungswürdig. Es gab abermals keine berichtspflichtigen Anlässe nach § 29 Abs. 3 KWG (= u.a. solche, die den Bestand eines Institutes gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können). Die Vermögenslage ist geordnet, die Finanzlage gibt keinen Anlass zu besonderen Feststellungen, die Mindest-Liquiditätsanforderungen wurden übertroffen, die Risikotragfähigkeit war immer gegeben.
- verlief auch im Betriebsvergleich zufriedenstellend: Die Naspa lag in Prozent der Durchschnittsbilanzsumme gemessen am
 - o Betriebsergebnis vor Bewertung noch leicht über dem Durchschnitt der Groß-

sparkassen (G9) und strukturbedingt unter dem Mittelwert der hessischen Sparkassen.

- o Betriebsergebnis nach Bewertung deutlich über dem Durchschnitt der hessischen Sparkassen, das dort leicht negativ ausfiel. Der Mittelwert der G9-Sparkassen wurde zu zwei Drittel erreicht.

Dabei ist zu sehen, dass sich die Durchschnittsbilanzsumme der Naspa nach der

großvolumigen Teilnahme an Refinanzierungsgeschäften der EZB in 2021 im Berichtsjahr gegenüber dem Durchschnitt der SGVHT Sparkassen prozentual etwas stärker erhöht hat (2022:15,5 nach 2021: 14,8 Mrd. € 2020:13,2 Mrd. €).

Die Zahl der Beschäftigten zum Jahresende 2022 betrug 1.557 (Vj. 1.590).

Gewinn- und Verlustrechnung

	2020	2021	2022
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Zinsüberschuss	190,0	196,7	202,8
Provisionsüberschuss	87,5	92,4	96,1
Personal-/Sachaufwand	192,8	191,1	197,5
Sonstiger ordentlicher Aufwand	1,6	2,4	2,4
Handelsergebnis	1,2	1,6	0,9
Betriebsergebnis vor Bewertung	84,3	97,2	99,9
Bewertungsergebnis	-17,6	-17,5	-30,5
Betriebsergebnis nach Bewertung	66,7	79,7	69,4
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-16,7	-23,9	-12,4
Steuern	-13,8	-16,4	-17,6
Bilanzgewinn	36,2	39,4	39,4

Der Zinsüberschuss lag um rd.17 Mio. € über dem Planwert und rd. 6 Mio. € über dem Vorjahresniveau. Dies ist Folge der durch die EZB eingeleiteten Zinswende, aber auch der Nutzung der Geldanlage über die Einlagenfazilität bei der Deutschen Bundesbank im Volumen von 1,6 Mrd. €. Das abermals stärker als erwartete Aktivwachstum trug ebenfalls zu dieser Entwicklung bei. Im Einlagengeschäft wurden Kunden ab der zweiten Jahreshälfte wieder Festzinsprodukte mit positiver Verzinsung angeboten. Verwahrentgelt wurde bis August 2022 in Höhe von insgesamt knapp 5 Mio. € vereinnahmt; fast ausschließlich im Firmenkund:innenbereich.

Der Provisionsüberschuss übertraf ebenfalls abermals die Erwartungen. Die marktbedingt rückläufigen Erträge im Wertpapierdienstleistungs- sowie im Vermittlungsgeschäft konnten durch Mehrerlöse aus

dem Giro- und Darlehensbereich überkompensiert werden.

Der Verwaltungsaufwand lag bei unverändert stringentem Kostenmanagement in Summe über dem Vorjahr und war höher als geplant. Ursächlich waren nicht erwartete Mehrbelastungen durch die Bankenabgabe sowie Zusatzdotierungen zum Sparkassenstützungsfonds. Investitionen in die personelle und technische Zukunftsfähigkeit der Naspa (strategische Projekte) wurden – wie auch in den Vorjahren - in gebotenem Umfang getätigt.

Bei einem Vergleich mit anderen Sparkassen ist zu berücksichtigen, dass bei der Naspa die Altersversorgungsverpflichtungen 2015 komplett ausfinanziert wurden. Systembedingt seither entstehende stille Lasten werden im Anhang veröffentlicht (insg. rd. 245 Mio. € ggü. Rd. 145 Mio. € im Vorjahr, dav.

entfallen auf den Pensionsfonds 200 Mio. € nach 115 Mio. €. Der Anstieg erklärt sich auch aus Parameteranpassungen). Dagegen hat die weit überwiegende Zahl der Sparkassen nur indirekte Zusagen auf niedrigerem Versorgungsniveau. Diese werden per (aufgrund der Rahmenbedingungen steigenden) Umlagen von zentralen Versorgungskassen abgewickelt („ZVK-Sparkassen“).

Im unerwartet stark verschlechterten Bewertungsergebnis gab es strukturell deutliche Verschiebungen:

- Kreditgeschäft: Dank der unverändert sehr guten Qualität des Kreditportfolios, besonnenem Risikomanagement auch in der Vergangenheit und staatlicher Maßnahmen zur Abfederung der Pandemiemaßnahmen lagen die Neubildungen und Wertberichtigungsverbräuche der nach unveränderten Maßstäben ermittelten laufenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft zwar – anders als im Vorjahr – über den Auflösungen und Eingängen auf abgeschriebene Forderungen, aber mit 1,1 Mio. € deutlich unter der geplanten Netto-Risikovorsorge von 18 Mio. €.

Die unverändert hohe Qualität des Kund:innenkreditportfolios zeigt sich im hohen Anteil der in die DSGVO-Ratingklassen 1-5 fallenden Engagements. Dieser beträgt am Stichtag der Kreditprüfung (30.08.2022) 80,6% (Vj. 77,1%) des Kreditvolumens gegenüber 77,1 (Vj. 74,0)% im Durchschnitt der hessischen Sparkassen. Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Kreditportfolios (ohne Kredite mit Ausfallkriterium) beträgt 0,47% ggü. 0,56% im Durchschnitt der hessischen Sparkassen.

- Wertpapiergeschäft: Marktzins-bedingt kam es an den volatilen Finanzmärkten zu erheblichen Kursrückgängen insbesondere bei festverzinslichen Wertpapieren. Da die Naspa auch ihre Eigenanlagen unverändert konservativ nach dem strengen Niederstwert bewertete, waren am Bilanzstichtag knapp 53 Mio. € abzuschreiben (allein vorzeitige Abschreibung von Agien über-

Pari erworbener Wertpapiere 20 Mio. €). Auch angesichts der gewählten Anlagestruktur verbergen sich in den Depot A-Beständen keine nennenswerten Bonitätsrisiken. Deshalb ist von einer Einlösung bei Fälligkeit zum vereinbarten (Nominal-)Betrag auszugehen. Folglich wird das Wertpapierergebnis bereits im laufenden Geschäftsjahr deutlich positiv erwartet.

- Sonstige Bewertungen: ist durch Einmal-Erträge aus dem Abgang von Beteiligungen geprägt.

Per Saldo hat das gesamte Bewertungsergebnis die Ertragslage stark belastet; aufgrund der im Durchschnitt der hessischen Sparkassen deutlich geringeren Bewertungsaufwendungen im Wertpapiergeschäft aber nur unterdurchschnittlich.

Zur Abfederung dieser unplanbaren Mehrbelastungen wurden die 2021 ohne aufsichtsrechtliche Anrechnung auf die haftenden Eigenmittel gebildeten 18 Mio. € Vorsorgereserven nach § 340f HGB zweckentsprechend aufgelöst.

Im deutlich verringerten Aufwandsüberhang aus dem Saldo neutraler Erträge/ Aufwendungen sind, neben Aufwendungen zur Altersversorgung der Mitarbeitenden, Rückstellungsaufhebungen (z. B. Auflösung der aufgrund des BGH-Urteils zum AGB-Änderungsmechanismus gebildeten Rückstellung 2,5 Mio. €) verrechnet.

Bilanzstruktur

	2020	2021	2022
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €
- Forderungen an Kreditinstitute	776	653	2.359
- Forderungen an Kund:innen	9.665	10.033	10.363
- Wertpapiere	1.518	1.805	1.953
- Finanzanlagen	106	107	113
- Übrige Aktiva	2.228	2.439	643
Bilanzsumme	14.293	15.037	15.432
Passiva			
- Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.312	2.280	2.351
- Verbindlichkeiten ggü. Kund:innen	10.466	11.187	11.455
- Verbriefte Verbindlichkeiten	168	162	169
- Eigene Mittel (nach Thesaurierung)	1.247	1.286	1.326
- Übrige Passiva	100	122	131
Gesamt	14.293	15.037	15.432
Eventualverbindlichkeiten	219	261	269

Im Berichtsjahr stieg das Kund:innenkreditgeschäft insgesamt dank über Plan liegender Wohnungsbau- und gewerblicher Finanzierungen. Rd. 60% (Vj. 58%) der Forderungen an Kund:innen hatten eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Hierin spiegelt sich v. a. das Immobiliengeschäft und der Kund:innenwunsch nach langfristigen Finanzierungen im Zuge des ansteigenden Zinsniveaus wider.

Der Sprung der Forderungen an Kreditinstitute korrespondiert mit der Bestandsveränderung der Übrigen Aktiva. Die Naspa nutzte die Möglichkeit rd. 1,6 Mrd. € über die Einlagenfazilität der Deutschen Bundesbank grundsätzlich bei der Deutschen Bundesbank anzulegen.

Die Wertpapierbestände wurden unter Risiko-/Ertragsgesichtspunkten im kurz- bis mittelfristigen Laufzeitbereich stärker erhöht als zunächst geplant.

Die Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten liegen auf Vorjahresniveau und umfassen im Wesentlichen die 2021 von der Deutschen Bundesbank angebotenen gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems (TLTRO).

Das Wachstum der Verbindlichkeiten ggü. Kund:innen lag über den Erwartungen. Von den der Naspa anvertrauten Kund:innen geldern sind rechtlich 9.222 Mio.€ (Vj. 8.990 Mio. €) bzw. wie im Vorjahr rd. 80% des Gesamtbestandes täglich fällig.

Die sich aus den fristeninkongruenten Finanzierungen ergebenden, gem. Risikostrategie als wesentlich eingestufte Risiken (insbesondere Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiko) sind aus heutiger Sicht steuerbar durch

- abgeschlossene Zins-Swaps (Nominalwerte 5,7 Mrd. € nach 4,1 Mrd. € im Vorjahr) und
- das allen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht werdende Risikomanagementsystem der Naspa. Nach der aufsichtlich relevanten „Zinsschock-Kennzahl“ würde eine ad-hoc Zinserhöhung um 200 Basispunkte zu einem barwertigen Eigenkapital-Verlust von 9,3% (Vj. 12,5%) führen. Dieser liegt damit deutlich unter dem (aufsichtlichen) Beobachtungswert von 20%.

Das bilanzielle Eigenkapital hat sich inzwischen v. a. durch die Gewinnthesaurierungen auf 1.325 Mio. € (Vj. 1.286 Mio. €) erhöht.

Die bankaufsichtsrechtlichen Mindesteigenkapitalanforderungen (einschließlich des 1%igen SREP Zuschlages) von insgesamt 11,51 % für 2022 werden bei einer Gesamtkennziffer von 16,4 % per 31.12.2022 überschritten. Aufsichtlich betrachtet, also v. a. im Hinblick auf Risikotragfähigkeit und Geschäftspotential, besteht nach wie vor kein Kapitalmangel.

Historisch bedingt (im Rahmen der Rekommunalisierung in Zeiten der Gewährträgerhaftung hatte die Eigenkapitalausstattung keine große Bedeutung) ist die Eigenkapitalausstattung der Naspa im Vergleich zu den Sparkassen in Hessen zwar unterdurchschnittlich und damit weiter verbesserungswürdig. Dies ist institutstypisch nur durch Innenfinanzierung/ Gewinneinbehalt möglich.

Im Zeitvergleich hat sich die Eigenkapitalausstattung der Naspa, relativ betrachtet, verbessert:

Quoten:

Per 31.12.	Naspa	Ø hess. Spk's	Δ Naspa zum Ø
Kernkapital CRR			
2017	14,52%	18,63%	-4,11%-Pkte.
2021	14,02%	16,96%	-2,94%-Pkte
2022	14,59%	17,17%	-2,58%-Pkte
Gesamtkapital CRR			
2017	16,63%	20,61	-3,98%-Pkte
2021	16,09%	18,24%	-2,15%-Pkte
2022	16,43%	18,22%	-1,79%-Pkte
Wirtschaftl. EK			
2017	17,5%	22,7%	-5,20%-Pkte
2021	16,9%	20,2%	-3,30%-Pkte
2022	17,2%	19,2%	-2,00%-Pkte

Dabei ist zu sehen, dass im wirtschaftlichen Eigenkapital die stille Einlage von 100 Mio. € vollständig berücksichtigt wird, nach CRR dagegen restlaufzeitbedingt mit 60 Mio. € (jährlich um 20 Mio. € abschmelzend) und ferner 12 Mio. € nicht gebundene Reserven nach § 340f HGB im CRR-Kapital nicht erfasst werden.

Um die Lücke beim wirtschaftlichen Eigenkapital (Δ) aufzuholen, benötigt die Naspa rechnerisch gut 130 Mio. € Gewinneinbehalt unter der theoretischen Annahme, dass die anderen Sparkassen keine Gewinne in die Berechnung einbeziehen würden.

Der o. g. Gewinneinbehalt ist bei der Naspa theoretisch nach der Mittelfristplanung 2023-2025 nicht

zuletzt dank des deutlich verbesserten Wertpapier- sowie Zinsergebnisses darstellbar. Dabei ist aber zu sehen, dass die in der Wertpapierbewertung 2022 im Durchschnitt stärker als die Naspa getroffenen hessischen Sparkassen mit aller Wahrscheinlichkeit auch über ein entsprechend höheres Verbesserungspotential verfügen.

Die o. g. Kennzahlen sind nicht um die Auswirkungen der unterschiedlichen Altersversorgungssysteme bereinigt (Pensionsverpflichtungen bei Naspa 2015 ausfinanziert; bei den ZVK-Sparkassen Umlageverfahren). Auch ist zu sehen, dass sich durch planmäßigen Auslauf der o. g. langfristigen Refinanzierungsgeschäfte von rd. 1,4 Mrd. € in 2023 die Bezugsbasis für die Eigenmittelquote c.p. vermindern würde.

Die für die 2023 geplante Geschäftsentwicklung erforderlichen Eigenmittel können, bei einem unterstellt normalen Geschäftsverlauf, aus eigener Geschäftstätigkeit erwirtschaftet werden.

Gemäß Kapitalplanung bis 2025 nebst Ausblick 2026 und 2027 werden die Eigenmittelanforderun-

gen im Normalszenario auch unter Berücksichtigung des reaktivierten antizyklischen Kapitalpuffers und des geplanten Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien-besicherte Risikopositionen eingehalten.

Kennzahlen 2020 - 2022

Mio. € bzw. %	2020	2021	2022
Eigenmittel gem. CRR	1.299	1.355*	1.374*
* nach Feststellung JA			
Kernkapitalquote (%)	14,4	14,0	14,6
Gesamtkennziffer (%)	16,9	16,1	16,4
Eigenkapitalrentabilität nach HGB (%)	5,7	6,6	3,4
Cost-Income-Ratio (%)	69,6	66,3	66,4

Im Rahmen des Risikomanagements baut die Naspa auf einem umfassenden Instrumentarium zur Risiko(früh)erkennung, zur Risikomessung und -bewertung, zum Risikoreporting, zur Risikosteuerung und zur Risikokontrolle auf. Diese Instrumente werden – nicht zuletzt auch im Rahmen bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben – kontinuierlich weiterentwickelt und geprüft. Die Prüfungsstelle des SGVHT hat wiederum bestätigt, dass das installierte Risikotragfähigkeitskonzept nebst den Prozessen zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der Risiken den Anforderungen der MaRisk entspricht.

Demzufolge werden der Verwaltungsrat und sein Kredit- und Risikoausschuss mindestens vierteljährlich über die Risikosituation schriftlich informiert. Ferner werden mit dem Verwaltungsrat die Geschäfts- und die Risikostrategie erörtert.

Die Vorsorge für akute, latente Risiken und allgemeine Bankrisiken (im Sinne von §§ 340f und g HGB) im Kund:innenkreditgeschäft ist volumenbedingt gemessen an der Vorsorgequote, bei unverändert konservativer Vorsorgepolitik, leicht rückläufig, aber angemessen:

Mio. € bzw. %	2020	2021	2022
Kund:innenkreditvolumen (nach Risikovorsorge)	9.924	10.347	10.689
Bestand EWB und Rückstellungen	49	38	36
Bestand PWB	14	14	12
Vorsorge gem. §§ 340 f und g HGB	224	242	224
„Vorsorgequote insg. (%)“	2,9	2,8	2,5

Die Prüfungsstelle des SGVHT beurteilt die Risikotragfähigkeit der Naspa als gegeben. Weitere Einzelheiten zum Risikomanagement finden sich auch im Risikobericht des Lageberichts der Naspa.

Die Prüfung des Jahresabschlusses durch die Prüfungsstelle des SGVHT hat zu keinen Einwendungen geführt. Das uneingeschränkte Testat wurde unter dem 11.04.2023 erteilt.

Prognosebericht

Für das Jahr 2023 rechnet die Naspa auf Basis der im Herbst 2022 aufgestellten Planung mit

- einem Betriebsergebnis vor Bewertung von 100 Mio. € (Ist 2022 100 Mio. €),
- einem planerischen Bewertungsbedarf von 8 Mio. € (Ist 2022: 30,5 Mio. €),
- einem Jahresüberschuss von 52 Mio. € (Ist 2022: 39 Mio. €),
- einer Verschlechterung der Cost-Income-Ratio auf 67,1 % (Ist 202: 66,4 %). Damit würde die strategische Zielgröße von ≤ 70 % eingehalten.

Die aktuelle Hochrechnung nach Abschluss des ertragsmäßig erfreulichen ersten Quartals 2023 lässt einen höheren als den geplanten Jahresüberschuss erwarten.

Volumenseitig sind die Bremsspuren der von der EZB eingeleiteten Zinswende insbesondere im Bereich Immobilienfinanzierungen bereits deutlich sichtbar.

Gesamtbeurteilung

Der Naspa ist es in den letzten Jahren gelungen,

- die wirtschaftlichen Verhältnisse auf einem auch lt. Prüfungsstelle insgesamt zufriedenstellenden Niveau zu halten – v. a. dank guter Ertragslage insbesondere im laufenden Kund:innengeschäft und niedriger als geplanter Risikovorsorge im Kreditgeschäft bei überdurchschnittlich guter Qualität des Kreditportfolios. Der Einbruch des Bewertungsergebnisses Wertpapiere 2022 ist Marktzins- und nicht Bonitäts-bedingt mit entsprechenden Umkehreffekten ab 2023.

- externe, durch Marktzinsveränderungen ausgelöste, damit vom Management nicht steuerbare Ergebnisschwankungen in der Altersversorgung durch deren – im Rahmen des rechtlich Möglichen – Ausfinanzierung aus den Jahresabschlüssen zu minimieren.
- Leistungskennzahlen zu erreichen, die weit überwiegend besser sind als im Durchschnitt der – strukturell am ehesten vergleichbaren – Großsparkassen.
- das Eigenkapital durch Stärkung der Vorsorgen für Bankrisiken nach § 340f und § 340g HGB sowie Thesaurierung der Bilanzgewinne zu stärken und somit auch in aufsichtlicher Betrachtung einen Risikopuffer z.B. mit Blick auf Basel IV aufzubauen. Gleichwohl ist die Eigenkapitalausstattung im Vergleich zum Durchschnitt der hessischen Sparkassen bekanntlich noch unterdurchschnittlich.

Trotz unverändert materieller Risiken für die künftige Geschäfts- und Ertragsentwicklung angesichts der eher stagnierenden Konjunktur bei beharrlich hohen, deutlich über dem EZB-Zielbild liegenden Inflationsraten, hoher Etatdefizite und geopolitischer Unwägbarkeiten bestehen geschäftsstrategische Chancen nicht zuletzt in der Begleitung des Transformationsprozesses der Kund:innen in Richtung zu mehr Nachhaltigkeit. Geschäftschancen ergeben sich aufgrund der Zinswende insbesondere bei der Förderung des Sparens und der Vermögensbildung der Kund:innen.

Vorstand und Gremien beobachten und begleiten die Entwicklung zeitnah und eng, u.a. anhand der krisenunabhängig ohnehin regelmäßig erstellten Risiko- und Ergebnis(hoch)rechnungen.

Vor diesem Hintergrund, dem guten Jahresstart und der vorhandenen – wenn auch etwas knappen - Risikovorsorgepuffer im Vergleich zu den hessischen Sparkassen sowie dem Sicherungssystem der Sparkassenorganisation als weitere „Brandmauern“, sehen wir derzeit auf Basis der vorliegenden Informationen keine Risiken für die Gewährträger:innen.

Die Verzinsung der bis 31.12.2025 laufenden stillen Einlage über insgesamt 100 Mio. € erscheint gesichert; deren Verlängerung ist seitens der Naspas im Rahmen der Kapitalplanung unterstellt.

Sonstiges

Mit Wirkung vom 1.6.2023 ist der vor Jahren behutsam und verantwortungsbewusst eingeleitete Generationswechsel im Naspas-Vorstand abgeschlossen. Nach ruhestandsbedingtem Ausscheiden der Herren Högner und Theilacker setzt sich die dann wieder 3-köpfige Geschäftsleitung zusammen aus

- Herrn Marcus Nähser (Vorstandsvorsitzender)
- Herrn Michael Baumann (Privatkund:innen)
- Herrn Frank Diefenbach (Firmenkund:innen)

Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ABG	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
Abs.	Absatz
ACS	Airport Cater Service GmbH
a. D.	außer Dienst
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der EU
AG	Aktiengesellschaft
AGVO	Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung
AktG	Aktiengesetz
Alte Oper	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH
AMI	Anteilsbesitz-, Management- und Informationssystem
AN	Arbeitnehmervertreter:in
ARA	Abwasserreinigungsanlagen
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
ARS	argentinischer Peso
ASE	Amt für Straßenbau und Erschließung
AV	Anlagevermögen
AVA	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BallrG	Hessisches Gesetz zur Stärkung der kommunalen Zusammenarbeit im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main
Bauland	Bauland-Offensive Hessen GmbH
Bäderbau GmbH	Bäderbaugesellschaft mbH
Bäderbau KG	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG
BBF	BäderBetriebe Frankfurt GmbH
BEAV	Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag
beka GmbH	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGF	Bruttogeschossfläche
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BiLRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BM	Bürgermeister:in
BKRZ GmbH	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH
BKRZ KG	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum–Grundstücksgesellschaft mbH und Co. KG
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr (früher BMVI)
BMVI	Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (heute BMDV)
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSMF	Beratungsgesellschaft für Stadterneuerung und Modernisierung GmbH
bspw.	beispielsweise
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
cbm	Kubikmeter

CNY	chinesischer Yuan
c. p.	ceteris paribus (unter sonst gleichen Bedingungen)
CSRD	Corporate Sustainability Reporting Directive
DaF	Deutsch als Fremdsprache
DAWI	Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
d. h.	das heißt
Dipl.-Ing.	Diplom-Ingenieur:in
Dipl.-Verw.	Diplom-Verwaltungswirt:in
DomRömer	Dom Römer GmbH
DPR	Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung e. V.
Dr.	Doktor:in
DRK BSD	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH
DZM	Deutsches Zentrum Mobilität der Zukunft
ear	Elektro-Altgeräte Register
EB	Eigenbetrieb
EBA	Europäische Bankenaufsicht
EBIT	Ergebnis vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Ergebnis vor Zinsen und Steuern und Abschreibungen
EBT	Ergebnis vor Steuern
E-Busse	Elektrobusse
EEV	Enhanced Environmentally Friendly Vehicle
EFS	Eintracht Frankfurt Stadion GmbH
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz
e. G.	eingetragene Genossenschaft
EMEA	Europe, Middle East, Africa
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ESRS	European Sustainability Reporting Standards
EstG	Einkommensteuergesetz
e. V.	eingetragener Verein
EU	Europäische Union
EUG	Gericht der Europäischen Union
EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EU-KOM	Kommission der Europäischen Union
EWG	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH
Exhibition	Messe Frankfurt Exhibition GmbH
EZB	Europäische Zentralbank
FAAG	Frankfurter Aufbau-AG
FAAG Technik	FAAG Technik GmbH
fahma	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
FAS	FES Abfallmanagement- und Service GmbH
FCB	Frankfurt Convention Bureau
FES	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
ff.	fortfolgende
FFR	FFR GmbH
FFR KG	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7, Wiesbaden KG
FH	Fachhochschule

FHG	Frankfurter Hippodrom GmbH i. L.
FinTech	FinTech Community Frankfurt GmbH
FIZ	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH
FMT	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH
Frankfurt Ticket	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH
Fraport	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide
Frischezentrum	Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH
FRM	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region
FRM Corp.	FrankfurtRheinMain Corporation
FRTC	Feuerwehr-Rettungs-Trainings-Center
FRW	Feuer- und Rettungswache
FüPoG I	Führungspositionsgesetz
FWL	FES Wohnen und Leben
G ³	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH
Garagenbau	Garagen- Bau und Betriebs Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GewO	Gewerbeordnung
ggf.	gegebenenfalls
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GGP	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH
GIMA Frankfurt	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
GU	Generalunternehmer
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWh	Gigawattstunde
GWp	Giga Watt Peak
HBZ	Hochbegabtenzentrum
Helaba	Landesbank Hessen-Thüringen
HFM	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung
HE	Hessen
HessKiföG	Hessisches Kinderförderungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätze-gesetz
HKD	Hongkong-Dollar
HKJGB	Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetz
HKW	Heizkraftwerk
HMWEVL	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HOLM	House of Logistic and Mobility GmbH
ICB	In-der-City-Bus GmbH
i. d. R.	in der Regel
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V.
IFFA	Internationale Fleischerei-Fachausstellung

IFRS	International Financial Reporting Standards
i. G.	in Gründung
i. L.	in Liquidation
i. R.	im Ruhestand
IHK	Industrie- und Handelskammer
inkl.	inklusive
IMS	Integriertes Managementsystem
INR	indische Rupie
ivm	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)
JED	Jeddah King Abdulaziz
JPY	japanischer Yen
KAG	Gesetz über kommunale Abgaben
KBE	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mit beschränkter Haftung
KdMTK	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH
KEG	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH
KFH	Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
KFMT	Kliniken Frankfurt Main-Taunus
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kommanditgesellschaft
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KHZG	Krankenhauszukunftsgesetzes
Kita	Kindertagesstätte
Kita Frankfurt	Eigenbetrieb Kita Frankfurt
KKJF	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
km	Kilometer
Kodex	Richtlinie guter Unternehmensführung – Public Corporate Governance Kodex – für die Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main
Kompass gGmbH	Kompass – Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main – gemeinnützige GmbH
KrBg	Kreisbeigeordnete:r
KRW	koreanischer Won
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
Künstlerhaus Mousonturm	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH
kWh	Kilowattstunde
KWG	Kreditwesengesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
kWp	Kilo Watt Peak
LABg.	Landtagsabgeordnete:r
LAP	Lima Airport Partners
LGF	Landesgeschäftsführung
LHO	Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer:innen
LOI	Letter of Intent
LRat/LRätin	Landrat/Landrätin
Ltd.	Leitender

Ltd.	Limited
Mainova	Mainova Aktiengesellschaft Frankfurt am Main
MBF	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH
MD	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MdL	Mitglied des Landtags
Messe Frankfurt	Messe Frankfurt GmbH
MET	Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH
MetropolG	Gesetz über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main
MHKW	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH
MIBAU	MIBAU GmbH
MinDirigent	Ministerialdirigent
MinR	Ministerialrat:rätin
Mio.	Million:en
MMF	Main Mobil Frankfurt GmbH
MP	Ministerpräsident
Mrd.	Milliarden
MSD	Mainova Service-Dienst Gesellschaft mbH
MTK	Main-Tauns-Kreis
MTHL	MTK Hofheimer Leasing GmbH
MVZ	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt-Höchst GmbH
MWh	Megawattstunde
Nassauische Heimstätte	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
n. F.	neue Fassung
NIG	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH
Nr.	Nummer
NRM	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH
Nwkm	Nutzwagenkilometer
OB	Oberbürgermeister:in
o. g.	oben genannt
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen
OV	Ortsvorsteher:in
p. a.	per anno
PBG	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH
PCGK	Public Corporate Governance Kodex
Pkm	Personenkilometer
PPK	Papier, Pappe und Kartonagen
PPP	Public Private Partnership
PpSG	Pflegepersonalstärkungsgesetz
PpUGV	Pflegepersonaluntergrenzenverordnung
PR	Personalrat
Präs	Präsident:in
Prof.	Professor:in
PVA	Photovoltaikanlage
PW	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH
qm	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten

rd.	rund
RPG	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RegD	Regierungsdirektor:in
RegPräs	Regierungspräsident:in
RMA	RMA Rhein-Main Abfall GmbH
RMB	Rhein-Main-Biokompost GmbH
RMD	RMD Rhein-Main Deponie GmbH
RMS	RMS Rhein-Main-Solarpark GmbH
rms	Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
RMV	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Ts.
RP	Regierungspräsidium
RPG	Rebstock Projektgesellschaft mbH
RTW	RTW Planungsgesellschaft mbH
RUH	Riad King Khalid
SAALBAU	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH
SANI	State Aid Notification Interactive
SB	Sustainability Board
SBEV	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH
SBF	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH
Schirn Kunsthalle	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH
SEVA	Schlammentwässerungs- und Verbrennungsanlage
SEF	Stadtentwässerung Frankfurt am Main
SGB	Sozialgesetzbuch
SGC	Sustainability Governance Codex
SGVHT	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
sog.	sogenannt
SSF	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH
SRM	StraßenBeleuchtung Rhein Main GmbH
Staatsmin	Staatsminister:in
Städtische Kliniken	Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst (Eigenbetrieb)
StK	Stadtkämmerer/Stadtkämmerin
StR/StRin	Stadtrat/Stadträtin
StS	Staatssekretär:in
Stv	Stadtverordnete:r
StvVorst	Stadtverordnetenvorsteher:in
SuE	Sozial- und Erziehungsdienst
Süwag	Süwag Energie AG
SWD	Stadtwerke Dreieich GmbH
SWFH	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH
SWG	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
T	Tausend
t	Tonnen
t/a	Tonnen pro Jahr
TEU	twenty-foot equivalent unit (Schiffscontainerumschlag)
TCF	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main
TN-UE	Teilnehmer-Unterrichtseinheiten
traffiQ	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

TRAPP Handel	TRAPP Handelsgesellschaft mbH
TRY	türkische Lira
TSM	technisches Sicherheitsmanagement
TVöD	Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst
TWh	Tera Watt Stunde/n
u. a.	unter anderem
ÜKK	Überkompensationskontrolle
USD	U.S.-Dollar
USP	Unique Selling Proposition
usw.	und so weiter
v. a.	vor allem
VDV	Verband Deutscher Verkehrsunternehmen
Venue	Messe Frankfurt Venue GmbH & Co. KG
Verb.dir.	Verbandsdirektor:in
VGf	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH
vgl.	vergleiche
VHS	Volkshochschule Frankfurt am Main (Eigenbetrieb)
Vj.	Vorjahr
VKU	Verband kommunaler Unternehmen
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VZÄ	Vollzeitäquivalente
WHO	World Health Organization
WIFÖ	Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH
WOHNHEIM	WOHNHEIM GmbH
WOHNSTADT	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft mbH
WPE	WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH
z. B.	zum Beispiel
ZAR	südafrikanischer Rand
ZEG	Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung
ZGH	Zoogesellschaftshaus
ZGF	Zoologische Gesellschaft
ZIT	Zentralinstitut für Transfusionsmedizin Hamburg GmbH
ZKRD	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH
zzgl.	zuzüglich
z. Zt.	zur Zeit

VI. 2. Gesellschaftenverzeichnis mit Verweis der Fundstelle Hauptteil oder Nebenteil

EBENE	NAME	Quote direkt	Gesamtquote	Hauptteil	Nebenteil
0	Stadt Frankfurt am Main				
1	ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
2	ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	100,00	100,00%		X
3	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	0,00	94,90%		X
2	ABG Krifteler Wäldchen GmbH (vormals ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH)	100,00	100,00%		X
2	ABG Riedberg GmbH & Co. KG	94,90	94,90%		X
2	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
2	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	89,00	100,00%	X	
2	Bäderbaugesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
3	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
3	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	50,00	28,91%		X
2	CP Campus Projekte GmbH	50,00	50,00%		X
2	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Wiesbaden	50,00	50,00%		X
2	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	96,80	100,00%	X	
3	ABG Projekte GmbH	100,00	100,00%		X
3	FAAG Technik GmbH	100,00	100,00%		X
3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%		X
3	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%		X
2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Hellerhof GmbH	86,83	86,83%		X
3	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	20,00	53,73%		X
2	Merton-Wohnprojekt GmbH	50,00	50,00%		X
2	MIBAU GmbH	92,09	94,25%		X
2	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	94,00	94,00%		X
2	SAALBAU Betriebsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	50,00	50,00%		X
2	WOHNHEIM GmbH	98,81	99,91%	X	
1	Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum Gesellschaft mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG	11,00	100,00%	X	
1	Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG	0,15	0,15%		X
1	BKRZ Brandschutz-, Katastrophenschutz - und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH	100,00	100,00%	X	
2	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	0,00	100,00%	X	
1	Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum - Grundstücksgesellschaft mbH und Co KG	100,00	100,00%	X	
1	Dom Römer GmbH	100,00	100,00%	X	
1	DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gGmbH	7,73	7,73%		X
2	DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden	99,83	7,71%	entfällt	
3	ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH	100,00	7,71%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	

2	Klinik Dr. Becker gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
3	DRK-Blutspendedienst Medizinische Dienstleistung gGmbH	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum Dr. Becker gGmbH, Bad Krotzingen	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst Frankfurt gGmbH, Frankfurt	100,00	7,73%	entfällt	
3	Medizinisches Versorgungszentrum DRK-Blutspendedienst gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm	100,00	7,73%	entfällt	
2	Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH	75,10	5,80%	entfällt	
2	ZIT - Zentralinstitut für Transfusionsmedizin GmbH	75,10	5,80%	entfällt	
1	FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	51,00	51,00%	X	
2	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	100,00	51,00%		X
2	FES Wohnen und Leben GmbH	100,00	51,00%		X
2	FFR GmbH	100,00	51,00%		X
3	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	0,00	51,00%		X
2	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	100,00	51,00%		X
2	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
2	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	100,00	51,00%		X
2	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
2	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	50,00	25,50%		X
1	FinTech Community Frankfurt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	FIZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH	40,00	40,00%	X	
1	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	30,00	50,00%	X	
1	Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft	3,20	100,00%	X	
1	Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG	0,02	0,02%		X
1	FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	37,50	37,50%	X	
2	FrankfurtRheinMain Corp.	100,00	37,50%		X
1	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,49%	X	
1	Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG	0,20	0,20%		X
1	Gemeinnützige Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	23,08	23,08%	X	
1	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		X
1	Hafen- und Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frischezentrum Frankfurt am Main - Großmarkt GmbH	25,00	25,00%	X	
1	HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung	100,00	100,00%	X	
1	House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	12,50	12,50%		X
1	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	25,10	25,56%	X	
1	KEG Konversions-Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
2	Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG	20,00	30,00%		X
1	Kita Frankfurt	100,00	100,00%	X	
1	Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH	50,00	50,00%	X	
2	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	94,00	47,00%		X
3	Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus gGmbH	100,00	47,00%		X
3	Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus-Kreises mbH	100,00	47,00%		X
4	MTK Hofheim Leasing GmbH	94,00	44,18%		X
3	Main-Taunus-Privatklinik GmbH	100,00	47,00%		X
3	Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	100,00	47,00%		X
3	MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	50,00	23,50%		X

2	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	94,00	53,00%	X	
3	Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	100,00	53,00%	X	
3	Zentrale Errichtungsgesellschaft mbH	100,00	53,00%	X	
1	Klinikum Frankfurt Höchst GmbH	6,00	53,00%	X	
1	Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Kulturgesellschaft Bergen-Enkheim mbH	60,00	60,00%	X	
1	Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	16,93	16,93%		X
1	Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	60,00	60,00%	X	
2	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,42	0,45%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Exhibition GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%	X	
3	fairnamic GmbH	49,00	29,40%		X
3	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	85,00	51,00%		X
3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart	100,00	60,00%		X
4	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG Nürnberg	75,00	45,00%		X
3	Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt (H.K.) Limited Honkong/China	100,00	60,00%		X
5	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co.Ltd.Guangzhou/PR China	50,00	30,00%		X
5	Guangzhou Litong Messe Frankfurt Co. Ltd.	55,00	33,00%		X
5	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd. Shanghai/China	100,00	60,00%		X
5	Messe Frankfurt Shenzhen Co Ltd.	100,00	60,00%		X
5	Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd., Beijing	70,00	42,00%		X
4	Messe Frankfurt Japan Ltd.	100,00	60,00%		X
4	Messe Frankfurt Korea Ltd. Seoul/Südkorea	80,00	48,00%		X
4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt.Ltd. Mumbai/Indien	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt France S. A. S., Paris	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	100,00	60,00%		X
4	PAACE Automechanika Mexico LLC Georgia USA	50,00	30,00%		X
4	PE Events LLC, Atlanta	50,00	30,00%		X
3	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	99,99	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexiko-City	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Middle East GmbH	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt UK Limited, Guildford	100,00	60,00%		X
3	nmedia GmbH	20,00	12,00%	entfällt	
2	Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul	0,01	60,00%		X
2	Messe Frankfurt Venue GmbH	100,00	60,00%	X	
3	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
3	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	60,00%		X
1	MuseumsBausteine Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	27,28	27,28%	X	
2	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
2	Bauland-Offensive Hessen GmbH	100,00	27,28%		X
2	Butzbacher Wohnungsgesellschaft mbH	4,34	1,18%	entfällt	

2	Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	60,00	53,73%		X
2	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim mbH	0,02	0,01%	entfällt	
3	TDG Technik und Dienstleistungs-GmbH Rüsselsheim	100,00	0,01%	entfällt	
2	Gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen mbH, Wetzlar	1,60	0,44%	entfällt	
2	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,33	0,20%	entfällt	
2	MIBAU GmbH	7,91	94,25%		X
2	NH ProjektStadt GmbH	100,00	27,28%		X
2	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	1,00	0,39%	entfällt	
3	ASW-Südwest Frankfurt	25,00	0,10%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Thüringer Wohnungswirtschaft (TTW) Erfurt	31,00	0,12%	entfällt	
2	Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH	5,10	1,39%	entfällt	
2	WOHNHEIM GmbH	0,12	99,91%	X	
2	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	88,95	24,27%		X
3	AarealBank AG Wiesbaden	0,01	0,00%	entfällt	
3	AVW Assekuranzvermittlung der Wohnungswirtschaft GmbH & Co. KG	0,20	0,10%	entfällt	
3	Baugenossenschaft Frankenberg	0,06	0,01%	entfällt	
3	Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg	0,23	0,06%	entfällt	
3	gem.Wohnungs- und Siedlungsbau genossenschaft f.d.Landkreis Marburg/Kappel	0,03	0,01%	entfällt	
3	Hessische Landgesellschaft mbH Kassel	0,44	0,20%	entfällt	
3	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	100,00	24,27%		X
4	DNMG Deutsche Netzmarketing GmbH Bonn	3,25	0,79%	entfällt	
3	Sparda Bank Kassel e.G.	0,00	0,00%	entfällt	
3	Treuhandgesellschaft für die Südwestdeutsche Wohnungswirtschaft mbH	0,50	0,39%	entfällt	
2	Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH	33,33	9,09%	entfällt	
3	Grundstücksverwertungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Dietzenbach	33,33	3,03%	entfällt	
1	Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH	49,06	49,06%	X	
2	Cook Company gemeinnützige GmbH	48,40	23,74%		X
2	Kontexte Frankfurt gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung	25,00	12,26%	entfällt	
1	Rebstock Projektgesellschaft mbH	50,00	50,00%	X	
1	Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige GmbH	6,67	6,67%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	5,88	5,88%		X
1	Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	10,00	10,00%		X
1	Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH (RMV)	3,70	3,70%		X
2	Deutschland Tarifverbund GmbH	3,68	0,14%	entfällt	
2	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	12,45	25,56%	X	
2	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	20,78	0,77%	entfällt	
3	Mobility Inside Plattform GmbH	100,00	0,77%	entfällt	
2	Mobility Inside Verwaltungs GmbH	20,02	0,74%	entfällt	
3	Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG	0,00	0,77%	entfällt	
2	Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH	100,00	3,70%	entfällt	
3	Mobilligence GmbH	100,00	3,70%	entfällt	
2	RTW Planungsgesellschaft mbH	16,67	33,95%	X	
2	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	10,13	0,38%	entfällt	
1	RMA Rhein-Main Abfall GmbH	19,23	19,23%		X

1	RTW Planungsgesellschaft mbH	33,33	33,95%	X	
1	Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH	100,00	100,00%	X	
1	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	49,00	100,00%	X	
1	Stadtentwässerung Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Bühnen Frankfurt am Main GmbH	100,00	100,00%	X	
1	Städtische Kliniken Frankfurt am Main - Höchst	100,00	100,00%	X	
1	Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	100,00	100,00%	X	
2	AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	BäderBetriebe Frankfurt GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide	20,92	20,92%	X	
3	Afriport S. A., Luxemburg	100,00	20,92%		X
4	Daport S. A., i. L. , Dakar/ Senegal	100,00	20,92%		X
3	AirIT Services GmbH, Lautzenhausen	100,00	20,92%		X
3	AirIT Systems GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
4	ANS Active Network Solutions GmbH	100,00	10,46%	entfällt	
4	Topsonic Systemhaus GmbH	100,00	10,46%	entfällt	
3	Airmail Center Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	40,00	8,37%	entfällt	
3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	0,07	20,92%		X
4	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	0,07	20,92%		X
5	Fraport Malta Business Services Ltd., Malta	99,93	20,92%		X
5	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	10,00	20,92%		X
4	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	0,00	20,92%		X
3	Airport Cater Service GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
3	ASG Airport Service Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	49,00	10,25%	entfällt	
3	Delhi International Airport Private Limited	10,00	2,09%	entfällt	
3	FCS Frankfurt Cargo Services GmbH	49,00	10,25%	entfällt	
3	Flughafen Parken GmbH	16,66	3,49%	entfällt	
3	FRA - Vorfeldkontrolle GmbH	100,00	20,92%		X
3	FraAlliance GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	FraCareServices GmbH	51,00	10,67%	entfällt	
3	FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	100,00	20,92%		X
3	Frankfurt Airport Retail GmbH & Co. KG	50,00	10,46%	entfällt	
3	Frankfurt Airport Retail Verwaltungs GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	Fraport Antalya Havalimani Isletme ve Yatirim A.S., Istanbul/Türkei	100,00	20,92%		X
3	Fraport Asia Ltd., Hong Kong	100,00	20,92%		X
4	Pantares Tradeport Asia Ltd., Hongkong/China	50,00	10,46%	entfällt	
5	Tradeport Hongkong Ltd.	37,50	3,92%	entfällt	
3	Fraport Ausbau Süd GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil Holding GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	100,00	20,92%		X
3	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	100,00	20,92%		X
3	Fraport Casa Commercial GmbH	100,00	20,92%		X

4	PEG Europa Real Estate GmbH, Neu-Isenburg	50,00	10,46%	entfällt	
3	Fraport Casa GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Facility Services GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	100,00	20,92%		X
4	Fraport Objekt 162 163 GmbH	100,00	20,92%		X
4	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co KG	100,00	20,92%		X
5	M-Port GmbH & Co. KG	50,00	10,46%	entfällt	
5	M-Port Verwaltungs GmbH	50,00	10,46%	entfällt	
4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co KG	100,00	20,92%		X
3	Fraport Malta Investment Ltd.	100,00	20,92%		X
4	Fraport Bulgaria EAD	100,00	20,92%		X
3	Fraport Malta Ltd., Malta/Malta	99,93	20,92%		X
3	Fraport Passenger Services GmbH	100,00	20,92%		X
3	Fraport Peru S.A.C., Lima/Peru	100,00	20,92%		X
3	Fraport Philippines Services Inc. i. L. , Manila/ Philippinen	100,00	20,92%		X
3	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
3	Fraport Regional Airports of Greece A S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece B S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Regional Airports of Greece Management Company S.A.	65,00	13,60%	entfällt	
3	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd.	90,00	20,92%		X
3	Fraport Slovenija	100,00	20,92%		X
3	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	38,56	10,67%	entfällt	
3	Fraport TAV Antalya Yatirim, Yapim ve Isletme A.S., Istanbul/Türkei	49,00	10,25%	entfällt	
3	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A.S., Antalya/Türkei	100,00	20,92%		X
4	Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi Anonim Sirketi, Antalya/Türkei	12,44	10,67%	entfällt	
3	Fraport Twin Star Airport Management AD, Varna/Bulgarien	60,00	12,55%	entfällt	
3	Fraport USA, Inc.	100,00	20,92%		X
4	Airmall Inc.	100,00	20,92%		X
5	Airmall Boston Inc.	100,00	20,92%		X
5	Airmall USA Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Cleveland Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Maryland Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport New York, Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Pittsburgh Inc.	100,00	20,92%		X
5	Fraport Tennessee Inc.	100,00	20,92%		X
4	Fraport Newark LLC	100,00	20,92%		X
3	FraSec Fraport Security Services GmbH, Frankfurt am Main	100,00	20,92%		X
4	FraSec Aviation GmbH	74,00	15,48%	entfällt	
4	FraSec Flughafensicherheit GmbH	100,00	20,92%		X
4	FraSec Services GmbH	100,00	20,92%		X
4	FraSec VG GmbH	100,00	20,92%		X
3	Grundstücksgesellschaft Gateway Gardens GmbH, Frankfurt am Main	33,33	6,97%	entfällt	
4	Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH	50,00	53,49%	X	
3	Ineuropa Handling Alicante U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	

3	Ineuropa Handling Madrid U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Mallorca U.T.E., Madrid/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	Ineuropa Handling Teneriffa U.T.E., Santa Cruz/Spanien	20,00	4,18%	entfällt	
3	ISF Internationale Schule Frankfurt-Rhein-Main GmbH & Co. KG	0,95	0,45%	entfällt	
3	Lima Airport Partners S. R. L. (LAP), Lima/Peru	80,01	16,74%	entfällt	
3	Media Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main	51,00	10,67%	entfällt	
3	Medical Airport Service GmbH, Kelsterbach	50,00	10,46%	entfällt	
3	NICE Aircraft Services & Support GmbH, Frankfurt am Main	52,00	10,88%	entfällt	
3	operational services GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	50,00	10,46%	entfällt	
3	Perishable-Center Verwaltungs-GmbH Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt	10,00	2,09%	entfällt	
4	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	60,00	2,09%	entfällt	
3	Perishable-Center Zentrum für verderbliche Güter Frankfurt GmbH & Co. Betriebs-KG	4,00	2,09%	entfällt	
3	Shanghai Frankfurt Airport Consulting Services Co., Ltd. Shanghai/China	50,00	10,46%	entfällt	
3	Terminal for Kids gGmbH	50,00	10,46%	entfällt	
3	Thalita Trading Limited	25,00	5,23%	entfällt	
4	Northern Capital Gateway LLC	100,00	5,23%	entfällt	
3	THE SQUAIRE GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,10	1,07%	entfällt	
2	In-der-City-Bus GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Mainova AG	75,22	75,22%	X	
3	ABGnova GmbH	50,00	87,61%		X
3	ABO Wind Aktiengesellschaft	10,53	7,92%	entfällt	
4	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	32,40	24,23%		X
3	Aufwind Energiegenossenschaft Lahn-Dill-Bergland Süd eG	0,88	0,66%	entfällt	
3	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	90,00	67,70%		X
3	book'n'drive mobilitätssysteme GmbH, Wiesbaden	33,00	57,82%		X
3	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	30,00	22,57%		X
3	Chargemaker GmbH	50,00	37,61%		X
3	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	ENERENT GmbH	93,72	70,49%		X
4	Hotmobil Deutschland GmbH, Gottmadingen	100,00	70,49%		X
4	mobiheat GmbH	100,00	70,49%		X
5	mobiheat Österreich GmbH	100,00	70,49%		X
5	mobiheat Schweiz GmbH	100,00	70,49%		X
3	Energieversorgung Main-Spessart GmbH, Aschaffenburg	100,00	75,22%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
3	Energy Air GmbH, Frankfurt am Main	100,00	75,22%		X
3	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen	100,00	75,22%		X
4	Eisenacher Versorgungsbetriebe GmbH	23,90	17,98%	entfällt	
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	EVN Netze GmbH	100,00	17,98%	entfällt	
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%	entfällt	
4	Ohra Energie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	EDW Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
5	Windkraft Thüringen GmbH & Co. KG	7,14	3,92%	entfällt	

4	Werraenergie GmbH	49,00	36,86%		X
5	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
5	Energieversorgung Schmalkalden GmbH	49,90	18,39%	entfällt	
5	Immo.Serv. GmbH	49,00	18,06%	entfällt	
5	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%		X
5	Werra Energiedienste GmbH	100,00	36,86%		X
3	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen	50,00	37,61%		X
4	Energiedienst Main-Kinzig GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Kurbetrieb Kraft-Wärme GmbH	50,00	18,80%	entfällt	
4	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	100,00	37,61%		X
3	Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen	25,10	18,88%	entfällt	
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	50,10	56,41%		X
3	Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	15,60	11,73%	entfällt	
3	Hessenwasser GmbH & Co. KG, Groß-Gerau	36,36	27,35%		X
4	IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung gGmbH Mülheim a.d.Ruhr	15,00	4,10%	entfällt	
3	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau	36,33	27,33%		X
3	Infranova Bioerdgas GmbH	49,90	37,53%		X
3	Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	20,00	15,04%	entfällt	
3	Lorenz Energie GmbH	49,92	37,55%		X
3	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
4	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt	
5	CONTIGAS Deutsche Energie-Aktiengesellschaft	100,00	15,44%	entfällt	
6	Thüga Aktiengesellschaft	18,90	15,44%	entfällt	
7	badenova AG & CO. KG	42,88	6,62%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG	24,80	3,83%	entfällt	
7	Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft	24,80	3,83%	entfällt	
7	DREWAG - Stadtwerke Dresden GmbH	10,00	1,54%	entfällt	
7	eins energie in sachsen GmbH & Co. KG	39,85	6,15%	entfällt	
7	EKO2 GmbH	39,97	6,17%	entfällt	
8	Energieversorgung Mittelrhein GmbH	83,14	5,13%	entfällt	
7	energie schwaben gmbh	64,86	10,02%	entfällt	
7	Energie Südbayern GmbH	50,00	7,72%	entfällt	
7	Energie- und Wassergesellschaft mbH	49,90	7,71%	entfällt	
8	Gasversorgung Lahn-Dill GmbH	50,00	3,85%	entfällt	
7	Energie Waldeck-Frankenberg GmbH	32,89	5,08%	entfällt	
7	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	30,00	5,23%	entfällt	
7	Energieversorgung Lohr-Karlstadt und Umgebung GmbH & Co. KG	49,00	7,57%	entfällt	
7	Energieversorgung Rudolstadt GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	Energieversorgung Selb-Marktredwitz GmbH	43,37	6,70%	entfällt	
7	Energieversorgung Sylt GmbH	47,00	7,26%	entfällt	
7	Energiewerke Dannstadter Höhe GmbH, Dannstadt-Schauernheim	51,00	7,88%	entfällt	
7	energy COLLECT GmbH & Co. KG	33,33	5,15%	entfällt	
7	Erdgas Mittelsachsen GmbH	48,17	7,44%	entfällt	

7	ESWE Versorgungs AG	49,38	7,63%	entfällt
7	EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG	25,20	3,89%	entfällt
7	EVI Energieversorgung Hildesheim Verwaltungs-GmbH	25,20	3,89%	entfällt
7	e-werk Sachsenwald GmbH	19,64	3,03%	entfällt
7	EWK Aktiengesellschaft	1,25	0,19%	entfällt
7	EWK Dienstleistungen GmbH & Co. KG	25,00	3,86%	entfällt
7	EWK GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Freiberger Erdgas GmbH	40,50	6,25%	entfällt
7	FREITALER Stadtwerke GMBH	15,00	2,32%	entfällt
7	Gasstadtwerke Zerbst GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Gasversorgung Görlitz GmbH	37,50	5,79%	entfällt
7	Gasversorgung Pforzheim Land GmbH	31,00	4,79%	entfällt
7	Gemeindewerke Haßloch GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	GEW Wilhelmshaven GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Halberstadtwerke GmbH	25,00	3,86%	entfällt
7	Harz Energie GmbH & Co. KG	50,79	7,84%	entfällt
7	Hegauwind GmbH & Co. KG - Verenafohren	9,09	1,40%	entfällt
7	Hegauwind Verwaltungs GmbH	9,09	1,40%	entfällt
7	High-Tech Gründerfonds III GmbH & Co. KG	0,94	0,15%	entfällt
7	homeandsmart GmbH	50,00	7,72%	entfällt
7	Infrastrukturgesellschaft Singen GmbH & Co. KG	49,90	7,71%	entfällt
7	KALA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG	18,40	2,84%	entfällt
7	KOM-DIA GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Licht-, Kraft- und Wasserwerke Kitzingen GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Licht- und Kraftwerke Sonneberg GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Mainova AG	24,47	75,22%	X
7	N-ERGIE Aktiengesellschaft	39,80	6,15%	entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt
7	providata GmbH, Schwerin	15,00	2,32%	entfällt
7	REGAB GmbH, Herxheim bei Landau	49,50	7,64%	entfällt
7	Rhein Hessische Energie- und Wasserversorgungs-GmbH	37,05	5,72%	entfällt
7	RhönEnergie Fulda GmbH	17,46	2,70%	entfällt
7	smartlab Innovationsgesellschaft mbH	30,10	4,65%	entfällt
7	Städtische Werke AG, Kassel	24,90	3,85%	entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken Beteiligungsgesellschaft mbH	56,00	8,65%	entfällt
8	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	8,74	6,92%	entfällt
7	Stadtwerk Tauberfranken GmbH	39,90	6,92%	entfällt
7	Stadtwerke - Erdgas Plauen GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Ansbach GmbH	40,00	6,18%	entfällt
7	Stadtwerke Aue - Bad Schlema GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Bad Harzburg GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Elbtal GmbH	19,00	2,93%	entfällt
7	Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Essen AG	20,00	3,09%	entfällt

7	Stadtwerke Frankenthal GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Germersheim GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Greven GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Grünstadt GmbH	20,10	3,10%	entfällt
7	Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft	24,00	3,71%	entfällt
8	Thüga Holding GmbH & Co.KGaA	20,53	15,44%	entfällt
7	Stadtwerke Heide GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Homburg GmbH	24,23	3,74%	entfällt
7	Stadtwerke Ilmenau GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim Beteiligungs-GmbH	35,00	5,40%	entfällt
7	Stadtwerke Kelheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
7	Stadtwerke Langenfeld GmbH	17,37	2,68%	entfällt
7	Stadtwerke Lindenberg GmbH	39,97	6,17%	entfällt
7	Stadtwerke Meerane GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Mühlhausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	15,00	2,32%	entfällt
7	Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG	29,69	4,58%	entfällt
7	Stadtwerke Pirmasens Versorgungs GmbH	25,12	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Pirna Energie GmbH	25,09	3,87%	entfällt
7	Stadtwerke Radolfzell GmbH	49,00	7,57%	entfällt
7	Stadtwerke Reichenbach/Vogtland GmbH	24,50	3,78%	entfällt
7	Stadtwerke Rostock Aktiengesellschaft	12,55	1,94%	entfällt
7	Stadtwerke Sondershausen GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	Stadtwerke Stade GmbH	20,00	3,09%	entfällt
7	Stadtwerke Villingen-Schwenningen GmbH	30,00	4,63%	entfällt
7	Stadtwerke Wertheim GmbH	38,93	6,01%	entfällt
7	Stadtwerke Würzburg Aktiengesellschaft	24,99	3,86%	entfällt
7	Stadtwerke Zittau GmbH	14,90	2,30%	entfällt
7	Stadtwerke Zweibrücken GmbH	25,10	3,88%	entfällt
7	SWE Energie GmbH	10,00	1,54%	entfällt
7	SWE Netz GmbH	10,00	1,54%	entfällt
7	SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG	25,10	3,88%	entfällt
7	SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt
7	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	4,34	15,95%	entfällt
7	Syneco Trading GmbH	90,00	13,90%	entfällt
8	SK Verbundenergie AG	12,50	1,74%	entfällt
7	TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	25,00	13,26%	entfällt
8	TAP Steuerungsgesellschaft Verwaltungs-GmbH	100,00	13,26%	entfällt
7	Template4TAP GmbH & Co. KG, München	11,76	1,82%	entfällt
7	Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH	100,00	15,44%	entfällt
7	Thüga BS Beteiligungsgesellschaft mbH	100,00	15,44%	entfällt
7	Thüga Energie GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	DEH Deutsche Energiehandels GmbH	100,00	15,44%	entfällt
8	inCITI Singen GmbH	100,00	15,44%	entfällt

8	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,43	1,55%	entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz GmbH & Co. KG	49,00	0,76%	entfällt
9	Batteriespeicher Chemnitz Verwaltungs GmbH	49,00	0,76%	entfällt
9	Breite First Nord Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,78%	entfällt
9	Buchenau Wind GmbH & Co. KG	50,00	0,78%	entfällt
9	EE Repowering GmbH & Co. KG i.L.	70,00	1,09%	entfällt
9	EE Repowering Verwaltungs GmbH i. L.	70,00	1,09%	entfällt
9	evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co.KG	33,40	0,52%	entfällt
9	evm Windpark Verwaltungs GmbH	33,40	0,52%	entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich GmbH & Co. KG	20,00	0,31%	entfällt
9	Gemeinschaftswindpark Kandrich Verwaltungs GmbH	20,00	0,31%	entfällt
9	Infrastruktur Windpark Vogelsberg GbR	40,20	0,62%	entfällt
9	Lahnwind Limburg GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Neue Energien Zernsee GmbH & Co. OHG	80,00	1,24%	entfällt
9	Osthessen Wind Verwaltungs GmbH	50,00	0,78%	entfällt
9	Regio Nord Wind GmbH	50,00	0,78%	entfällt
9	Rhein Hessische Windpark Beteiligungs GmbH & Co. KG	40,00	0,62%	entfällt
9	Rhein Hessische Windpark Beteiligungs-Verwaltungs-GmbH	40,00	0,62%	entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern GmbH & Co. KG	33,30	0,52%	entfällt
9	Stadtwerke Wind Kaiserslautern Verwaltungs GmbH	33,30	0,52%	entfällt
9	Tauberfranken Wind GmbH	25,00	0,39%	entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt
9	THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH	66,70	1,04%	entfällt
9	THEE PE Verwaltungs GmbH	100,00	1,55%	entfällt
9	THEE Projektentwicklungs GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	THEE 2. Projekt GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	THÜGA BOREAS Wind Verwaltungs GmbH	74,90	1,16%	entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	1,55%	entfällt
9	Thüga Erneuerbare Energien Windparkbeteiligungs GmbH	100,00	1,55%	entfällt
10	WP Sachsen-Anhalt Süd Neun GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Umspannwerk Kirchberg 2 GmbH & Co. KG	44,40	0,69%	entfällt
9	Umspannwerk Lingelbach GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	UW Nessa GmbH & Co. KG	21,90	0,34%	entfällt
9	UW Nessa Verwaltungs GmbH	21,90	0,34%	entfällt
9	Windkraft Olbersleben I GmbH & Co. KG	74,90	1,16%	entfällt
9	Windkraft Wangenheim GmbH & Co. KG	74,90	1,16%	entfällt
9	Windpark Alsfeld GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Apfelbacher Höhe GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Arpke GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. Infrastruktur KG	66,67	1,04%	entfällt
9	Windpark Beppener Bruch IV GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Biebersdorf GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Calau GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt
9	Windpark Dedenbach GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt
9	Windpark Fahrenwalde GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt

9	Windpark Frauenmark II GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt	
9	Windpark Gehau GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark Hohen Birken GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark Kilsheim GmbH & Co. KG	45,00	0,70%	entfällt	
9	Windpark Massenhausen GmbH & Co.KG	66,70	1,04%	entfällt	
9	Windpark Neuerkirch GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark Rastenberg GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt	
9	Windpark Rimberg GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark TEWI GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark THEE Kölsa II GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark THEE Nessa GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark THEE Unzenberg GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark THEE Wansleben GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	Windpark Vogelsberg GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt	
9	Windpark Weißenfels GmbH & Co. KG	66,70	1,04%	entfällt	
9	Windpark Willmersdorf III GmbH & Co. KG	100,00	1,55%	entfällt	
9	WinT Windkraft Tauberfranken GmbH	45,00	0,70%	entfällt	
9	WP Fahrenwalde Infrastruktur GbR	29,21	0,45%	entfällt	
7	Thüga Energienetze GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
8	Energie Dannstadter Höhe GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
8	Gasnetze Linzgau GmbH & Co. KG	35,00	5,40%	entfällt	
8	Gasnetze Linzgau Verwaltungs GmbH	35,00	5,40%	entfällt	
8	Kommunale Energienetze Rielasingen-Worblingen-Gottmadingen GmbH & Co. KG	40,00	6,18%	entfällt	
9	Kommunale Energienetze Rielasingen-Worblingen Verwaltungs GmbH	100,00	6,18%	entfällt	
7	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	6,02	1,55%	entfällt	
7	Thüga EVK Beteiligungs GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüga SmartService GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
8	Geospin GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
7	Thüringer Energie AG	15,19	2,35%	entfällt	
7	Wasserversorgung Rheinhessen-Pfalz GmbH	25,10	3,88%	entfällt	
7	WEMAG AG	25,10	3,88%	entfällt	
7	Zwickauer Energieversorgung GmbH	23,00	3,55%	entfällt	
5	Thüga Aktiengesellschaft	81,10	15,44%	entfällt	
5	Thüga Management GmbH	100,00	15,44%	entfällt	
3	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Ferme Eolienne de Migé SARL	100,00	75,22%		X
4	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
5	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
6	ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	28,80	24,23%		X
5	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	85,00	65,80%		X

4	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
5	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG, Hamburg	0,00	22,57%		X
4	Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
4	SEBG Energiepark GmbH	50,00	37,61%		X
4	WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	100,00	75,22%		X
5	WP Fischborn GmbH & Co. KG	33,33	25,07%		X
5	WP Fischborn Verwaltungs GmbH	33,33	25,07%		X
4	Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	100,00	75,22%		X
3	Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	100,00	75,22%		X
3	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	Mainova WebHouse Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	50,00	63,11%		X
3	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	26,03	19,58%	entfällt	
4	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf Verwaltung GmbH	100,00	19,58%	entfällt	
5	Netzeigentumsgesellschaft Mörfelden-Walldorf GmbH & Co. KG	0,00	19,58%	entfällt	
3	NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
4	Hanau Netz GmbH	10,00	41,30%		X
3	Oberhessische Gasversorgung GmbH, Friedberg	50,00	37,61%		X
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	Oberhessengas Netz GmbH Friedberg	100,00	37,61%		X
3	REmain GmbH & Co. KG	100,00	75,22%		X
3	REmain Management GmbH	100,00	75,22%		X
4	REmain GmbH & Co. KG	0,00	75,22%		X
3	Service4EVU GmbH	50,00	37,61%		X
3	SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	100,00	75,22%		X
3	Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich	26,25	19,74%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	50,00	35,37%		X
3	Stadtwerke Hanau GmbH, Hanau	49,90	37,53%		X
4	BGS Beteiligungsgesellschaft Strombezug mbH	18,85	7,08%	entfällt	
4	Dynega Energiehandel GmbH	6,67	22,48%		X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	49,90	56,41%		X
4	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	49,90	56,41%		X
4	Hanau Netz GmbH	90,00	41,30%		X
4	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	2,50	65,80%		X

4	PionierWerk Hanau GmbH	49,90	18,73%	entfällt
4	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	1,26	15,95%	entfällt
3	Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	29,90	22,49%	X
3	SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG München	12,50	9,40%	entfällt
3	Syneco GmbH & Co. KG i.L., München	19,69	15,95%	entfällt
3	Syneco Verwaltungs GmbH i.L. München	25,10	18,88%	entfällt
3	TAP Steuerungsgesellschaft mbH & Co. KG	12,50	13,26%	entfällt
3	Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	0,74	1,55%	entfällt
3	8KU Renewables GmbH Berlin	12,50	9,40%	entfällt
4	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,69	0,25%	entfällt
2	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X
2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X
2	Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X
3	Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka) mbH	0,16	0,16%	entfällt
3	Stadtbahn Entwicklung und Verkehrsinfrastrukturprojekte Frankfurt GmbH	51,00	100,00%	X
2	Süwag Energie AG	5,98	5,98%	entfällt
3	Bionenergie Bad Wimpfen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt
3	Bionenergie Bad Wimpfen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen GmbH & Co. KG	51,00	3,05%	entfällt
3	Bionenergie Kirchspiel Anhausen Verwaltungs GmbH	100,00	5,98%	entfällt
3	Bürgerenergie Untermain eG	3,80	0,23%	entfällt
3	Energie BOL GmbH	49,90	2,98%	entfällt
3	Energiegesellschaft Leimen GmbH & Co. KG	74,90	4,48%	entfällt
3	Energiegesellschaft Leimen Verwaltungs GmbH	74,90	4,48%	entfällt
3	EnergieRegion Taunus Goldener Grund GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt
4	EnergieRegion Taunus Goldener Grund Verw. GmbH	100,00	2,93%	entfällt
3	Energieversorgung Limburg GmbH, Limburg a.d. Lahn	10,00	5,23%	entfällt
3	KAWAG AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt
3	KAWAG Netze GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt
3	KAWAG Netze Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt
3	KEVAG Telekom GmbH	50,00	2,99%	entfällt
3	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt
4	Kommunale Netzgesellschaft Steinheim a.d. Murr Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%	entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt
3	Kommunalwerk Rudersberg Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt
3	MAINGAU Energie GmbH, Obertshausen	20,50	1,23%	entfällt
3	Murrhardt Netz AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt
3	Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH, Koblenz	25,00	1,49%	entfällt
3	Neckar-Aktiengesellschaft, Stuttgart	12,50	0,75%	entfällt
3	Netzgesellschaft Bühlertal GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt
3	Netzgesellschaft GmbH & Co. KG Bad Homburg v. d. Höhe	45,70	2,73%	entfällt
4	Netzgesellschaft Bad Homburg Verwaltungs-GmbH	100,00	2,73%	entfällt
3	Netzgesellschaft Korb GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt
3	Netzgesellschaft Korb Verwaltungs GmbH	49,90	2,98%	entfällt
3	Netzgesellschaft Lauf GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt

3	Netzgesellschaft Leutenbach GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Leutenbach Verwaltungs-GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Netzgesellschaft Ottersweier GmbH & Co. KG	49,90	2,98%	entfällt	
3	SolarRegion RengsdorferLAND eG	1,54	0,25%	entfällt	
3	Stadtwerke Oberkirch GmbH, Oberkirch	33,30	1,99%	entfällt	
3	Stadtwerke Weilburg GmbH, Weilburg	20,00	1,20%	entfällt	
3	Stromnetz Diez GmbH & Co. KG	25,10	1,50%	entfällt	
3	Stromnetz Diez Verwaltungs GmbH	25,10	1,50%	entfällt	
3	Stromnetz Hofheim GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Hofheim Verwaltungs GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Neckargemünd GmbH	49,90	2,98%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz Verbandsgemeinde Katzenelnbogen Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
3	Stromnetz VG Diez Verwaltungsgesellschaft mbH	49,00	2,93%	entfällt	
3	Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co. KG, Frankfurt am Main	100,00	5,98%	entfällt	
4	Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	25,10	1,50%	entfällt	
4	pro regionale energie eG	1,10	0,07%	entfällt	
4	SolarProjekt Mainaschaff GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	Unterrhein Erneuerbare Energien GmbH	25,00	1,49%	entfällt	
4	Wärmeversorgung Limburg GmbH	50,00	2,99%	entfällt	
4	Wasserversorgung Main-Taunus GmbH	49,00	2,93%	entfällt	
4	Windenergiepark Heidenrod GmbH	45,00	2,69%	entfällt	
4	Windpark Mengerskirchen GmbH	15,00	0,90%	entfällt	
3	Süwag Management GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
4	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	1,00	5,98%	entfällt	
5	enermarket GmbH, Frankfurt am Main	30,00	1,79%	entfällt	
3	Süwag Vertrieb AG & Co. KG	99,00	5,98%	entfällt	
3	Syna GmbH	100,00	5,98%	entfällt	
4	KAWAG Gas GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
4	Netzdienste Oberursel (Taunus) GmbH & Co, KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzdienste Oberursel (Taunus) Verwaltungsgesellschaft mbH	100,00	2,93%	entfällt	
4	Netzgesellschaft Hochtaunuskreis Usinger Land GmbH & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzgesellschaft Hochtaunuskreis Usinger Land Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%	entfällt	
4	Netzgesellschaft Kelkheim GmbH & Co, KG	49,00	2,93%	entfällt	
5	Netzgesellschaft Kelkheim Verwaltungs-GmbH	100,00	2,93%	entfällt	
3	Überlandwerk Mittelbaden GmbH & Co. KG	37,80	2,26%	entfällt	
3	Überlandwerk Mittelbaden Verwaltungs-GmbH	37,80	2,26%	entfällt	
3	Unterrhein EnergieProjekt AG & Co. KG	49,00	2,93%	entfällt	
1	Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	
2	Frankfurt Ticket RheinMain GmbH	20,00	50,00%	X	
1	traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	100,00	100,00%	X	
1	Volks-, Bau- und Sparverein eG	0,16	0,16%		X
2	Umland Wohnungsbau-Gesellschaft mbH	100,00	0,16%	entfällt	
1	Volkshochschule Frankfurt am Main	100,00	100,00%	X	

1	Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH	100,00	100,00%	X	
2	Kompass - Zentrum für Existenzgründungen Frankfurt am Main - gemeinnützige GmbH	100,00	100,00%	X	
1	WOHNHEIM GmbH	1,06	99,91%	X	
	602				

IV. 3. Erläuterungen und Begriffsdefinitionen

Abschreibungen

Wertminderung von Vermögensgegenständen, die im Laufe der Nutzungsdauer durch deren (Ab-) Nutzung eintritt. Abschreibungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) als Aufwand ausgewiesen und wirken sich mindernd auf den Gewinn aus. Handelsrechtlich wird zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen unterschieden. Methodisch werden Abschreibungen verschieden umgesetzt, wobei die am häufigsten vorkommende Methode die lineare Abschreibung ist. Dabei werden die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten gleichmäßig (linear) über eine fixe Nutzungsdauer (abhängig vom Vermögensgegenstand) abgesetzt. Die degressive Methode splittet die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in fallende Raten über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Vermögensteile, die dauerhaft dem Geschäftszweck dienen und die nicht zur Veräußerung bestimmt sind, z. B. Produktionsanlagen oder Immobilien. Je nach Branche ist das Anlagevermögen in Relation zur Bilanzsumme höher (Infrastruktur und Produktion) oder niedriger (Dienstleistung). Das Anlagevermögen in der Bilanz teilt sich in Sachanlagen (Grund und Boden, Gebäude, Maschinen), langfristige Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen, Wertpapiere) und immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Konzessionen, Firmenwert, geleistete Anzahlungen).

at equity

Eine Methode zur Bilanzierung bestimmter langfristiger Beteiligungen im Konzernabschluss einer Gesellschaft, die am stimmberechtigten Kapital einer anderen Gesellschaft beteiligt ist. Ausgehend von den Anschaffungskosten der Beteiligung zum Erwerbszeitpunkt wird der Buchwert der Beteiligung laufend an die Entwicklung des Eigenkapitals der Beteiligung angepasst. Diese Methode ist das Gegenstück zur Bewertung von Beteiligungen nach dem Anschaffungskostenprinzip (Cost Value Me-

thod), bei der Zuschreibungen über die Anschaffungskosten der ausgewiesenen Beteiligung hinaus nicht möglich sind. Im Einzelabschluss (Jahresabschluss) ist die Bewertung von Beteiligungen nach der Equity-Methode unzulässig. Im Konzernabschluss ist die Equity-Methode für die Bewertung von Beteiligungen an sog. assoziierten Unternehmen (§ 312 HGB; vgl. Konzernabschluss) vorgeschrieben. Des Weiteren können Gemeinschaftsunternehmen im Sinne von § 310 HGB als assoziierte Unternehmen nach § 311 ff. HGB einbezogen und somit *at equity* bewertet werden. Die Konsolidierung ist verpflichtend nach der Buchwertmethode vorzunehmen (§ 312 HGB). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Anschaffungswert und dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens sowie der darin enthaltene Geschäfts- oder Firmenwert oder passiver Unterschiedsbetrag sind demnach im Konzernanhang anzugeben.

Bilanz

Stichtagsbezogene Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Das Vermögen auf der Aktivseite zeigt die konkrete Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel (Anlage- und Umlaufvermögen), während die Passivseite die Mittelherkunft aus Eigen- und Fremdkapital beschreibt. Die Bilanz wird stichtagsbezogen erstellt und kann deshalb nur bedingt zu Prognosezwecken herangezogen werden. § 247 HGB schreibt die Mindestgliederung einer Bilanz vor; das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Eigenkapital, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten sind gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern. Eine Bilanz erfüllt gleichzeitig Dokumentationspflichten.

Bilanzergebnis

= Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

+/- Gewinnvortrag/Verlustvortrag

+ Entnahme aus der Kapitalrücklage

+/- Entnahme/Einstellung in Gewinnrücklagen

Die Bilanz darf auch unter Berücksichtigung der vollständigen oder teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt werden. Wird die

Bilanz unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt, so tritt an die Stelle der Posten "Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag" und "Gewinnvortrag/Verlustvortrag" der Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust"; ein vorhandener Gewinn- oder Verlustvortrag ist in den Posten "Bilanzgewinn/Bilanzverlust" einzubeziehen und in der Bilanz gesondert anzugeben. Die Angabe kann auch im Anhang gemacht werden, (vgl. § 268 Abs. 1 HGB).

Cashflow

Finanzielle Stromgröße, die den in einer Periode erfolgswirksam erwirtschafteten Zahlungsmittelüberschuss angeben soll. Er wird abgeleitet aus den Daten des Jahresabschlusses, insbesondere aus der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV). Der Cashflow ist Ausdruck (Indikator) der Innenfinanzierungskraft eines Unternehmens (Innenfinanzierung).

Cash-Pooling

Cash-Pooling dient als Instrument zur Steuerung der Konzernfinanzierung und soll einen konzerninternen Liquiditätsausgleich erzielen. Dabei gewähren die Tochtergesellschaften einer Konzerngesellschaft liquide Mittel, die diese Mittel wiederum für alle Gesellschaften zentral verwaltet.

Eigenkapitalrendite

Aus der Kennzahl (Jahresüberschuss / durchschnittliches Eigenkapital * 100) lässt sich die Rendite (Vorteilhaftigkeit) des eingesetzten Eigenkapitals ablesen. Die Kennzahl sagt aus, mit wie viel Prozent das gesamte im Unternehmen während einer Periode gebundene Eigenkapital verzinst wird. Damit zeigt diese Kennzahl die Profitabilität des in diesem Unternehmen gebundenen Eigenkapitals an.

durchschnittliches Eigenkapital

Die Kennzahl wird ermittelt, indem man das Eigenkapital am Ende des Berichtsjahres und am Ende des Vorjahres (alternativ Anfang des Berichtsjahres) addiert und dann durch zwei dividiert.

Gesamtleistung

Als Gesamtleistung bezeichnet man in der GuV (Erfolgsrechnung) das Zwischenergebnis aus Summe aller betrieblichen Erlöse eines Unternehmens (Umsatzerlöse plus Bestandsveränderungen plus andere aktivierte Eigenleistungen).

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

In der Gewinn- und Verlustrechnung (Erfolgsrechnung) werden alle Aufwendungen und Erträge einer Periode zur Ermittlung des Unternehmensergebnisses zusammengetragen. Bei der Erstellung nach HGB ist der Periodenerfolg mit der Differenz aus Vermögensbeständen der aktuellen und der Bilanz der Vorperiode identisch. Bei Kapitalgesellschaften muss die GuV in Staffelform erstellt werden (§ 275 Abs. 1 HGB). Die erforderlichen Bestandteile einer GuV sind ebenfalls vorgegeben (§ 275 Abs. 2 und Abs. 3 HGB).

Gewinn-/Verlustvortrag

Der Gewinn-/Verlustvortrag zeigt die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre, die weder ausgeschüttet, in die Rücklagen eingestellt noch durch Rücklagenauflösung ausgeglichen wurden.

Investitionen

Langfristige (auf über ein Jahr angelegte) Kapitalbindung in Anlagevermögen zur Erwirtschaftung zukünftiger Erträge. Die Kapitalverschiebung in das Sachanlagevermögen wird als Realinvestition (z. B. in Gebäude oder Maschinen), die in Finanzanlagen als Finanzinvestition (z. B. Wertpapiere oder Beteiligungen) und die in immaterielle Vermögensgüter als immaterielle Investition (z. B. in Rechte oder Konzessionen) bezeichnet.

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag ergibt sich als positive/negative Differenz zwischen den Erträgen und Aufwendungen des betreffenden Geschäftsjahres. Bei der Ermittlung des Jahresüberschusses/-fehlbetrages werden Gewinn- oder Verlustvortrag, Entnahmen und Einstellungen aus/in offene/n Rücklagen nicht berücksichtigt.

kurz-, mittel- und langfristiges Fremdkapital

Von Bedeutung im Hinblick auf die auf das Unternehmen zukommende Liquiditätsbelastung ist die Unterscheidung in kurz-, mittel- und langfristiges Fremdkapital.

Als kurzfristiges Fremdkapital bezeichnet man in der Regel – in Anlehnung an die Angabe der Restlaufzeiten in der Bilanz oder im Anhang des Jahresabschlusses – Fremdkapital, das innerhalb eines Jahres ausgeglichen werden muss.

Als langfristiges Fremdkapital können Schulden bezeichnet werden, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen.

Das mittelfristige Fremdkapital ist dann das Fremdkapital, das innerhalb von ein bis fünf Jahren zurückgezahlt werden muss, z. B. ein Fälligkeitsdarlehen, das in drei Jahren zur Rückzahlung fällig ist.

Liquidität

Unter Liquidität versteht man die Fähigkeit, Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Ein Unternehmen ist dann liquide, wenn es in der Lage ist, die fälligen Verpflichtungen – wie Gehälter der Angestellten, Mieten und offene Rechnungen – zu begleichen. Wenn diese Fähigkeit nicht mehr gegeben ist, spricht man von einer Zahlungsunfähigkeit und es droht eine Insolvenz.

Mitarbeitenden im Jahresdurchschnitt

Die Angabe der durchschnittlichen Beschäftigtenzahlen richtet sich nach der Angabe im Anhang des Jahresabschlusses gemäß §§ 267 Abs. 5 und 285 Nr. 7 HGB. Auszubildende werden nicht einbezogen.

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das Eigenkapital durch Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten, so ist dieser Betrag am

Schluss der Bilanz auf der Aktivseite gesondert unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen (§ 268 Abs. 3 HGB).

Der Betrag gehört als letzter Punkt auf die Aktivseite, während das ausgewiesene Eigenkapital mindestens 0,00 € sein muss.

Rechnungsabgrenzungsposten

Rechnungsabgrenzungsposten erfassen zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen.

Rückstellungen

Rückstellungen sind passivierte Verbindlichkeiten, Verluste oder Aufwendungen, die hinsichtlich ihrer Entstehung und/oder Höhe ungewiss sind. Sie werden gebildet, wenn in einer Periode die Voraussetzungen für das Entstehen einer Verbindlichkeit liegen, deren Eintritt oder Höhe aber noch ungewiss ist. Somit ist eine spätere wirtschaftliche Zurechnung zur Entstehungsperiode möglich. Rückstellungen werden z. B. für Pensionen und Steuern gebildet. Konkretisiert sich eine ungewisse Verbindlichkeit oder entfällt sie endgültig, wird die Rückstellung aufgelöst. § 249 HGB regelt die Pflichten und Verbote bei der Bildung von Rückstellungen.

Umlaufvermögen

Das Pendant zum Anlagevermögen bei den Vermögensgegenständen, hier sind alle Positionen zu Vermögensgegenständen aufgeführt, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, die also relativ kurzfristig verbraucht bzw. umgeschlagen werden (z. B. Vorräte, kurzfristige Forderungen und Bankguthaben).

Erläuterungen zu den Kennzahlen aus Kapitel 4 Allgemeiner Teil

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Aus der Kennzahl zur Anlagenintensität sollen Hinweise über die zukünftige Zahlungsfähigkeit gewonnen werden. Der Wert der Anlagenintensität ist branchenabhängig. Eine zu hohe Anlagenintensität ist eher kritisch zu bewerten, weil der erwartete Mittelrückfluss des Anlagevermögens in der ferneren Zukunft liegt.

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$$

Bei der Eigenkapitalquote wird der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital (= Bilanzsumme) dargestellt. Es gilt der Grundsatz: Je größer die Eigenkapitalquote, desto größer sind die wirtschaftliche Sicherheit und die finanzielle Stabilität des Unternehmens. In der Praxis spielt aufgrund des öffentlich-rechtlichen Anteilseigners die Eigenkapitalquote bei kommunalen Unternehmen in der Regel eine untergeordnete Rolle.

$$\text{Produktivität} = \frac{\text{Gesamtleistung}}{\text{Ø Mitarbeitende}}$$

Die Produktivität ist der Maßstab für die Ergiebigkeit des Einsatzes eines Produktionsfaktors (hier der durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeitende).

$$\begin{aligned} \text{Gesamtleistung} = & \text{Umsatzerlöse} \\ & + \text{Bestandsveränderungen} \\ & + \text{aktivierte Eigenleistungen} \end{aligned}$$

Eine Bestandsveränderung ist beispielsweise die Aktivierung fertiggestellter, zum Verkauf stehender Wohnungen bzw. deren Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Unter aktivierten Eigenleistungen versteht man z. B. selbst durchgeführte Modernisierungsmaßnahmen. Die betriebswirtschaftliche Gesamtleistung stellt die monetäre Bewertung der abgesetzten Produkte und geschaffenen Werte der Unternehmen dar.

IV. 4. Gesetzestexte, Internetfundstellen

Ergänzend zu den Ausführungen über die „Gesetzlichen Grundlagen“ im ersten Kapitel des Beteiligungsberichts werden im Folgenden die für den Beteiligungsbericht wichtigsten Rechtsvorschriften im Wortlaut wiedergegeben. Die Angaben sind keineswegs abschließend, sondern beschränken sich vielmehr auf die Kernvorschriften der für den

Beteiligungsbericht maßgeblichen Vorschriften. Die gesellschafts- und bilanzrechtlichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes sowie steuerrechtliche und weitere kommunalrechtliche Vorschriften wie die Gemeindehaushaltsverordnung werden hier nicht gesondert aufgeführt.

Hessische Gemeindeordnung (HGO) (§§ 121 bis 127b HGO)

§ 121 Wirtschaftliche Betätigung

(1) Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden, sind sie ohne die in Satz 1 Nr. 3 genannten Einschränkungen zulässig.

(1a) Abweichend von Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 und § 122 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 dürfen Gemeinden sich ausschließlich auf dem Gebiet der Erzeugung, Speicherung und Einspeisung und des Vertriebs von Strom, Wärme und Gas aus erneuerbaren Energien sowie der Verteilung von elektrischer und thermischer Energie bis zum Hausanschluss wirtschaftlich betätigen, wenn die Betätigung innerhalb des Gemeindegebietes oder im regionalen Umfeld in den Formen interkommunaler Zusammenarbeit erfolgt. Die wirtschaftliche Beteiligung der Einwohner soll ermöglicht werden. Die wirtschaftliche Betätigung nach dieser Vorschrift ist in besonderer Weise dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu unterwerfen. Die wirtschaftlichen Ergebnisse dieser Betä-

tigung sind einmal jährlich der Gemeindevertretung vorzulegen.

(1b) Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 1a dienen auch dem Schutz privater Dritter, soweit sie sich entsprechend wirtschaftlich betätigen oder betätigen wollen. Betätigungen nach § 121 Abs. 1 Satz 2 bleiben hiervon unberührt.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung gelten nicht Tätigkeiten

1. zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung, der Breitbandversorgung sowie
3. zur Deckung des Eigenbedarfs.

Auch diese Unternehmen und Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

(3) Die für das Kommunalrecht zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Unternehmen und Einrichtungen, die Tätigkeiten nach Abs. 2 wahrnehmen und die nach Art und Umfang eine selbstständige Verwaltung und Wirtschaftsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

(4) Ist eine Betätigung zulässig, sind verbundene Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden, ebenfalls zulässig; mit der Ausführung dieser Tätigkeiten sollen private Dritte beauftragt werden, soweit das nicht unwirtschaftlich ist.

(5) Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist zulässig, wenn

1. bei wirtschaftlicher Betätigung die Voraussetzungen des Abs. 1 vorliegen und
2. die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) Vor der Entscheidung über die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie über eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung ist die Gemeindevertretung auf der Grundlage einer Markterkundung umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten unternehmerischen Betätigung sowie über deren zu erwartende Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Vor der Befassung in der Gemeindevertretung ist den örtlichen Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern sowie Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, soweit ihr Geschäftsbereich betroffen ist. Die Stellungnahmen sind der Gemeindevertretung zur Kenntnis zu geben.

(7) Die Gemeinden haben mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllt und inwieweit die Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

(8) Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu

bringen ist. Die Erträge jedes Unternehmens sollen mindestens so hoch sein, dass

1. alle Aufwendungen und kalkulatorischen Kosten gedeckt werden,
2. die Zuführungen zum Eigenkapital (Rücklagen) ermöglicht werden, die zur Erhaltung des Vermögens des Unternehmens sowie zu seiner technischen und wirtschaftlichen Fortentwicklung notwendig sind und
3. eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erzielt wird.

Lieferungen und Leistungen von anderen Unternehmen und Verwaltungszweigen der Gemeinde an das Unternehmen sowie Lieferungen und Leistungen des Unternehmens an andere Unternehmen und Verwaltungszweige der Gemeinde sind kostendeckend zu vergüten.

(9) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. Für das öffentliche Sparkassenwesen verbleibt es bei den besonderen Vorschriften.

§ 122 Beteiligung an Gesellschaften

(1) Eine Gemeinde darf eine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, nur gründen oder sich daran beteiligen, wenn

1. die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 vorliegen,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt ist,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Die Aufsichtsbehörde kann von den Vorschriften der Nr. 2 bis 4 in besonderen Fällen Ausnahmen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt mit Ausnahme der Vorschriften der Nr. 1 auch für die Gründung einer Gesellschaft, die nicht auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, und für die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft. Darüber hinaus ist die Gründung einer solchen Gesellschaft oder die Beteiligung an einer solchen Gesellschaft nur zulässig, wenn ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder Beteiligung vorliegt.

(3) Eine Aktiengesellschaft soll die Gemeinde nur errichten, übernehmen, wesentlich erweitern oder sich daran beteiligen, wenn der öffentliche Zweck des Unternehmens nicht ebenso gut in einer anderen Rechtsform erfüllt werden kann.

(4) Ist die Gemeinde mit mehr als 50 Prozent an einer Gesellschaft unmittelbar beteiligt, so hat sie darauf hinzuwirken, dass

1. in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften
 - a) für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt wird,
 - b) der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wird,
2. nach den Wirtschaftsgrundsätzen (§ 121 Abs. 8) verfahren wird, wenn die Gesellschaft ein wirtschaftliches Unternehmen betreibt.

(5) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden oder Gemeindeverbände mit insgesamt mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, sich an einer anderen Gesellschaft beteiligen will.

(6) Die Gemeinde kann einen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 123 Unterrichts- und Prüfungsrechte

(1) Ist die Gemeinde an einem Unternehmen in dem in § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes in der Fassung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2398), bezeichneten Umfang beteiligt, so hat sie

1. die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes auszuüben,
2. sicherzustellen, dass ihr und dem für sie zuständigen überörtlichen Prüfungsorgan die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden.

(2) Ist eine Beteiligung einer Gemeinde an einer Gesellschaft keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes, so soll die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr in der Satzung oder im Gesellschaftsvertrag die Befugnisse nach den § 53 und 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes eingeräumt werden. Bei mittelbaren Beteiligungen gilt dies nur, wenn die Beteiligung den vierten Teil der Anteile übersteigt und einer Gesellschaft zusteht, an der die Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gebietskörperschaften mit Mehrheit im Sinne des § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes beteiligt ist

§ 123a Beteiligungsbericht und Offenlegung

(1) Die Gemeinde hat zur Information der Gemeindevertretung und der Öffentlichkeit jährlich einen Bericht über die Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen, an denen sie mit mindestens 20 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Bericht ist innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen.

(2) Der Beteiligungsbericht soll mindestens Angaben enthalten über

1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzu-

führungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Hauswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde gewährten Sicherheiten,

1. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 für das Unternehmen.

Ist eine Gemeinde in dem in § 53 des Haushaltsgrundsatzgesetzes bezeichneten Umfang an einem Unternehmen beteiligt, hat sie darauf hinzuwirken, dass die Mitglieder des Geschäftsführungorgans, eines Aufsichtsrats oder einer ähnlichen Einrichtung jährlich der Gemeinde die ihnen jeweils im Geschäftsjahr gewährten Bezüge mitteilen und ihrer Veröffentlichung zustimmen. Diese Angaben sind in den Beteiligungsbericht aufzunehmen. Soweit die in Satz 2 genannten Personen ihr Einverständnis mit der Veröffentlichung ihrer Bezüge nicht erklären, sind die Gesamtbezüge so zu veröffentlichen, wie sie von der Gesellschaft nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs in den Anhang zum Jahresabschluss aufgenommen werden.

(3) Der Beteiligungsbericht ist in der Gemeindevertretung in öffentlicher Sitzung zu erörtern. Die Gemeinde hat die Einwohner über das Vorliegen des Beteiligungsberichtes in geeigneter Form zu unterrichten. Die Einwohner sind berechtigt, den Beteiligungsbericht einzusehen.

§ 124 Veräußerung von wirtschaftlichen Unternehmen, Einrichtungen und Beteiligungen

(1) Die teilweise oder vollständige Veräußerung einer Beteiligung an einer Gesellschaft oder eines wirtschaftlichen Unternehmens sowie andere Rechtsgeschäfte, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn dadurch die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird. Das Gleiche gilt für Einrichtungen im Sinne des § 121 Abs. 2.

(2) Abs. 1 gilt entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der Gemeinden und Gemeindeverbände mit mehr als 50 Prozent unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, Veräußerungen sowie andere Rechtsgeschäfte im Sinne des Abs. 1 vornehmen will.

§ 125 Vertretung der Gemeinde in Gesellschaften

(1) Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde in Gesellschaften, die der Gemeinde gehören (Eigengesellschaften) oder an denen die Gemeinde beteiligt ist. Der Bürgermeister vertritt den Gemeindevorstand kraft Amtes; er kann sich durch ein von ihm zu bestimmendes Mitglied des Gemeindevorstandes vertreten lassen. Der Gemeindevorstand kann weitere Vertreter bestellen. Alle Vertreter des Gemeindevorstands sind an die Weisungen des Gemeindevorstands gebunden, soweit nicht Vorschriften des Gesellschaftsrechts dem entgegenstehen. Vorbehaltlich entgegenstehender zwingender Rechtsvorschriften haben sie den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten möglichst frühzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die vom Gemeindevorstand bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Verlangen des Gemeindevorstands jederzeit niederzulegen. Sofern Beamte der Gemeinde von den Gesellschaften für ihre Tätigkeit eine finanzielle Gegenleistung erhalten, zählt diese zu den abführungspflichtigen Nebentätigkeitsvergütungen im Sinne von § 2 der Nebentätigkeitsverordnung in der Fassung vom 21. September 1976 (GVBl. I S. 403), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1998 (GVBl. I S. 492).

(2) Abs.1 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, in den Vorstand, den Aufsichtsrat oder ein gleichartiges Organ einer Gesellschaft Mitglieder zu entsenden; bei den Aufsichtsgremien soll der Gemeindevorstand darauf hinwirken, dass die Gemeinde möglichst paritätisch durch Frauen und Männer vertreten wird. Der Bürgermeister oder das von ihm bestimmte Mitglied des Gemeindevorstands führt in den Gesellschaftsorganen den Vorsitz, wenn die Gesellschaft der Gemeinde gehört oder die Gemeinde an ihr mehrheitlich beteiligt ist. Dies gilt nicht, wenn weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter endet mit ihrem Ausscheiden aus dem hauptamtlichen oder ehrenamtlichen Dienst der Gemeinde.

(3) Werden Vertreter der Gemeinde aus ihrer Tätigkeit bei einer Gesellschaft haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. Auch in diesem Falle ist die Gemeinde schadenersatzpflichtig, wenn die Vertreter der Gemeinde nach Weisung gehandelt haben.

§ 126 Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung

Die Vorschriften des § 122 Abs. 1 und 2 mit Ausnahme des Abs. 1 Satz 1 Nr. 4, der §§ 124 und 125 gelten auch für andere Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts. Für die Mitgliedschaft in kommunalen Interessenverbänden gelten nur die Vorschriften des § 125.

§ 126a Rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts

(1) Die Gemeinde kann Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts errichten oder bestehende Regie- und Eigenbetriebe im Wege der Gesamtrechtsnachfolge in rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts umwandeln. § 122 Abs. 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Gemeinde regelt die Rechtsverhältnisse der Anstalt durch eine Satzung. Diese muss Bestimmungen über den Namen und die Aufgaben der Anstalt, die Zahl der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates, die Höhe des Stammkapitals, die Wirtschaftsführung, die Vermögensverwaltung und die Rechnungslegung enthalten. Die Gemeinde hat die Satzung und deren Änderungen bekannt zu machen. § 127a gilt entsprechend.

(3) Die Gemeinde kann der Anstalt einzelne oder alle mit einem bestimmten Zweck zusammenhängende Aufgaben ganz oder teilweise übertragen. Sie kann zugunsten der Anstalt unter der Voraussetzung des § 19 Abs. 2 durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang vorschreiben und der Anstalt das Recht einräumen, an ihrer Stelle Satzungen für das übertragene Aufgabengebiet zu erlassen; § 5 gilt entsprechend. Die Anstalt kann

sich nach Maßgabe der Satzung an anderen Unternehmen beteiligen, wenn der öffentliche Zweck der Anstalt dies rechtfertigt. Die §§ 123a und 125 gelten entsprechend.

(4) Die Gemeinde haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt unbeschränkt, soweit nicht Befriedigung aus deren Vermögen zu erlangen ist (Gewährträgerschaft). Rechtsgeschäfte im Sinne des § 104 dürfen von der Anstalt nicht getätigt werden.

(5) Die Anstalt wird von einem Vorstand in eigener Verantwortung geleitet, soweit nicht gesetzlich oder durch die Satzung der Gemeinde etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt nach außen.

(6) Die Geschäftsführung des Vorstands wird von einem Verwaltungsrat überwacht. Der Verwaltungsrat bestellt den Vorstand auf höchstens 5 Jahre; eine erneute Bestellung ist zulässig. Er entscheidet außerdem über:

1. den Erlass von Satzungen nach Abs. 3 Satz 2,
2. die Feststellung des Wirtschaftsplans und des Jahresabschlusses,
3. die Festsetzung allgemein geltender Tarife und Entgelte für die Leistungsnehmer,
4. die Bestellung des Abschlussprüfers,
5. die Ergebnisverwendung,
6. die Beteiligung oder die Erhöhung einer Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen.

Der Verwaltungsrat berät und beschließt in öffentlicher Sitzung. Dem Verwaltungsrat obliegt außerdem die Entscheidung in den durch die Satzung der Gemeinde bestimmten Angelegenheiten der Anstalt. Entscheidungen nach Satz 3 Nr. 1 bedürfen der Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Satzung im Sinne von Abs. 2 Satz 1 kann vorsehen, dass die Gemeindevertretung dem Verwaltungsrat in bestimmten Fällen Weisungen erteilen kann oder bei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung die Zustimmung der Gemeindevertretung erforderlich ist.

(7) Der Verwaltungsrat besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und den übrigen Mitgliedern. Den Vor-

sitz führt der Bürgermeister. Soweit Beigeordnete mit eigenem Geschäftsbereich bestellt sind, führt derjenige Beigeordnete den Vorsitz, zu dessen Geschäftsbereich die der Anstalt übertragenen Aufgaben gehören. Sind die übertragenen Aufgaben mehreren Geschäftsbereichen zuzuordnen, so entscheidet der Bürgermeister über den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der Gemeindevertretung für die Dauer von 5 Jahren gewählt. Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrats, die der Gemeindevertretung angehören, endet mit dem Ende der Wahlzeit oder dem vorzeitigen Ausscheiden aus der Gemeindevertretung. Die Mitglieder des Verwaltungsrats üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus. Mitglieder des Verwaltungsrats können nicht sein:

1. Bedienstete der Anstalt,
2. Bedienstete der Aufsichtsbehörde, die unmittelbar mit Aufgaben der Aufsicht über die Anstalt befasst sind.

(8) Der Anstalt kann durch Satzung die Dienstherrenfähigkeit verliehen werden. Die Satzung bedarf insoweit der Genehmigung der obersten Aufsichtsbehörde. Wird die Anstalt aufgelöst, hat die Gemeinde die Beamten und die Versorgungsempfänger zu übernehmen.

(9) Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Anstalt gelten die Bestimmungen des Sechsten Teils und die dazu ergangenen Durchführungsbestimmungen (§ 154 Abs. 3 und 4) entsprechend. Der Haushalt der Anstalt muss in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Kredite der Anstalt bedürfen entsprechend den §§ 103 und 105 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ist die Anstalt überwiegend wirtschaftlich tätig, so kann sie in ihrer Satzung bestimmen, für die Wirtschafts- und Haushaltsführung die Vorschriften über die Eigenbetriebe sinngemäß anzuwenden. Das für die Gemeinde zuständige Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss und den Lagebericht der Anstalt. Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, sich zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach § 131 Abs. 1 auftreten, unmittelbar zu unter-

richten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und Schriften der Anstalt einzusehen.

(10) § 14 Abs. 2, § 25 sowie die Bestimmungen des Sechsten Teils über die Gemeindevirtschaft und die des Siebenten Teils über die staatliche Aufsicht sind auf die Anstalt sinngemäß anzuwenden.

(11) Die Anstalt ist zur Vollstreckung von Verwaltungsakten in demselben Umfang berechtigt wie die Gemeinde, wenn sie aufgrund einer Aufgabenübertragung nach Abs. 3 hoheitliche Befugnisse ausübt und bei der Aufgabenübertragung nichts Abweichendes geregelt wird.

(12) Abs. 1 bis 11 finden auf Anstalten des öffentlichen Rechts nach § 2c des Hessischen OFFENSIV-Gesetzes vom 20. Dezember 2004 (GVBl. I S. 488), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 318), keine Anwendung.

§ 127 Eigenbetriebe

(1) Die Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung der wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe) sind so einzurichten, dass sie eine vom übrigen Gemeindevermögen abgesonderte Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen.

(2) In den Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Betriebsleitung eine ausreichende Selbständigkeit der Entschließung einzuräumen.

(3) Die näheren Vorschriften über die Verfassung, Verwaltung und Wirtschaftsführung einschließlich des Rechnungswesens der Eigenbetriebe bleiben einem besonderen Gesetz vorbehalten.

§ 127a Anzeige

(1) Entscheidungen der Gemeinde über

1. die Errichtung, die Übernahme oder die wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens,
2. die Gründung einer Gesellschaft, die erstmalige Beteiligung an einer Gesellschaft sowie die we-

sentliche Erhöhung einer Beteiligung an einer Gesellschaft,

3. den Erwerb eines Geschäftsanteils an einer eingetragenen Genossenschaft,
4. Rechtsgeschäfte im Sinne des § 124 Abs. 1 sind der Aufsichtsbehörde unverzüglich, spätestens sechs Wochen vor Beginn des Vollzugs, schriftlich anzuzeigen. Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG)

(§§ 53 und 54 HGrG)

§ 53 Rechte gegenüber privatrechtlichen Unternehmen

(1) Gehört einer Gebietskörperschaft die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts oder gehört ihr mindestens der vierte Teil der Anteile und steht ihr zusammen mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile zu, so kann sie verlangen, dass das Unternehmen

1. im Rahmen der Abschlussprüfung auch die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung prüfen lässt;
2. die Abschlussprüfer beauftragt, in ihrem Bericht auch darzustellen
 - a) die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der Gesellschaft,
 - b) verlustbringende Geschäfte und die Ursachen der Verluste, wenn diese Geschäfte und die Ursachen für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren,
 - c) die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Jahresfehlbetrages;
3. ihr den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer und, wenn das Unternehmen einen Konzernabschluss aufzustellen hat, auch den Prüfungsbericht der Konzernabschlussprüfer unverzüglich nach Eingang übersendet.

(2) Abs. 1 gilt für Entscheidungen über mittelbare Beteiligungen im Sinne von § 122 Abs. 5 entsprechend.

§ 127b Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung

Bei Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, dürfen der Anschluss und die Belieferung nicht davon abhängig gemacht werden, dass auch andere Leistungen oder Lieferungen abgenommen werden.

(2) Für die Anwendung des Absatzes 1 rechnen als Anteile der Gebietskörperschaft auch Anteile, die einem Sondervermögen der Gebietskörperschaft gehören. Als Anteile der Gebietskörperschaft gelten ferner Anteile, die Unternehmen gehören, bei denen die Rechte aus Absatz 1 der Gebietskörperschaft zustehen.

§ 54 Unterrichtung der Rechnungsprüfungsbehörde

(1) In den Fällen des § 53 kann in der Satzung (im Gesellschaftsvertrag) mit Dreiviertelmehrheit des vertretenen Kapitals bestimmt werden, dass sich die Rechnungsprüfungsbehörde der Gebietskörperschaft zur Klärung von Fragen, die bei der Prüfung nach [§ 44](#) auftreten, unmittelbar unterrichten und zu diesem Zweck den Betrieb, die Bücher und die Schriften des Unternehmens einsehen kann.

(2) Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begründetes Recht der Rechnungsprüfungsbehörde auf unmittelbare Unterrichtung bleibt unberührt.

Hessisches Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) (§§ 1 und 5 bis 8 EigBGes)

§ 1 Rechtsgrundlagen für den Eigenbetrieb

(1) Die Gemeinde führt ihre wirtschaftlichen Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit als Eigenbetriebe nach den Vorschriften dieses Gesetzes sowie nach einer von ihr zu erlassenden Satzung (Betriebssatzung).

(2) Die Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bleiben unberührt, soweit sich aus diesem Gesetz nichts anderes ergibt.

§ 5 Aufgaben der Gemeindevertretung

Die Gemeindevertretung entscheidet unter Beachtung der § 121 Abs. 8 und § 127 HGO über die Grundsätze, nach denen die Eigenbetriebe der Gemeinde gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden sollen. Sie ist zuständig für:

1. Erlass und Änderung der Betriebssatzung;
2. wesentliche Aus- und Umgestaltung oder Auflösung des Eigenbetriebs;
3. Verschmelzung mit anderen Eigenbetrieben oder Umwandlung in eine andere Rechtsform;
4. Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan nach [§ 15](#);
5. Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
6. Zustimmung zu erfolgsgefährdenden Mehraufwendungen und zu Mehrausgaben nach Maßgabe des [§ 16](#) Abs. 3 und des [§ 17](#) Abs. 8;
7. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen ([§ 10](#) Abs. 1) gehören, soweit sie der Gemeindevertretung durch die Betriebssatzung besonders zugewiesen ist;
8. Entscheidung über die Verminderung des Eigenkapitals nach [§ 11](#) Abs. 4;
9. Übernahme von neuen Aufgaben, insbesondere Angliederung sonstiger Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinde, die nicht als wirtschaftliche Unternehmen gelten, jedoch wirtschaftlich oder technisch mit dem Eigenbetrieb im Zusammenhang stehen;

10. Übernahme von Bürgschaften und Bestellung anderer Sicherheiten;

11. Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlussfassung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes sowie über den Ausgleich von Verlustvorträgen;

12. Genehmigung der Verträge der Gemeinde mit Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern oder den Betriebsleitern nach Maßgabe des [§ 3](#) Abs. 6 und des § 6 Abs. 9;

13. Bestellung des Prüfers für den Jahresabschluss. In der Betriebssatzung kann sich die Gemeindevertretung die Entscheidung weiterer Angelegenheiten vorbehalten, soweit sie nicht nach § 7 der Entscheidung der Betriebskommission unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

§ 6 Betriebskommission

(1) Der Gemeindevorstand beruft eine Betriebskommission; für mehrere Eigenbetriebe einer Gemeinde kann eine gemeinsame Betriebskommission gebildet werden.

(2) Der Betriebskommission gehören an:

1. Mitglieder der Gemeindevertretung, die von ihr für die Dauer ihrer Wahlzeit aus ihrer Mitte gewählt werden; die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung;
2. kraft ihres Amtes der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder in seiner Vertretung ein von ihm bestimmtes Mitglied des Gemeindevorstandes sowie zwei weitere Mitglieder des Gemeindevorstandes; darunter muss der für das Finanzwesen zuständige Beigeordnete sein. Die Betriebssatzung kann bestimmen, dass und wie viele weitere Mitglieder der Gemeindevorstand aus seinen Reihen in die Betriebskommission entsendet;
3. zwei Mitglieder des Personalrates des Eigenbetriebes, die auf dessen Vorschlag von der Gemeindevertretung nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer der Wahlzeit des Personalrates gewählt werden.

(3) Der Betriebskommission sollen weitere wirtschaftlich oder technisch besonders erfahrene Personen angehören, die von der Gemeindevertretung

nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl für die Dauer ihrer Wahlzeit gewählt werden. Die Zahl dieser Mitglieder bestimmt die Betriebssatzung; sie darf ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder der Betriebskommission nicht übersteigen.

(4) In der Betriebssatzung kann geregelt werden, dass die Mitglieder der Betriebskommission sich vertreten lassen können. Die Vertreter sind nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu wählen oder zu berufen, die für die Wahl oder Berufung der Mitglieder der Betriebskommission gelten.

(5) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission bleiben nach Ablauf ihrer Wahlzeit solange Mitglieder der Betriebskommission, bis ihre Nachfolger nach Abs. 7 berufen worden sind.

(6) Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder in Wettbewerb mit dem Eigenbetrieb steht oder für Betriebe tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied der Betriebskommission sein, es sei denn, dass diese Tätigkeit im Auftrage der Gemeinde ausgeübt wird.

(7) Die gewählten Mitglieder der Betriebskommission und deren Stellvertreter müssen ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben; sie können durch Beschluss der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter vorzeitig abberufen werden.

(8) Den Vorsitz in der Betriebskommission führt der Bürgermeister (Oberbürgermeister) oder ein von ihm bestimmter Vertreter. An den Sitzungen der Betriebskommission nimmt die Betriebsleitung teil. Sie ist auf Verlangen zu dem Gegenstand der Verhandlungen zu hören. Sie ist verpflichtet, der Betriebskommission auf Anfordern Auskünfte zu den Beratungsgegenständen zu erteilen.

(9) Verträge von Mitgliedern der Betriebskommission und deren Stellvertretern mit der Gemeinde in Angelegenheiten des Eigenbetriebs bedürfen der Genehmigung der Gemeindevertretung, es sei denn, dass es sich um Verträge nach feststehendem Tarif oder um Geschäfte der laufenden Be-

triebsführung handelt, die für die Gemeinde unerheblich sind.

§ 7 Aufgaben der Betriebskommission

(1) Die Betriebskommission überwacht die Betriebsleitung und bereitet die nach diesem Gesetz erforderlichen Beschlüsse der Gemeindevertretung vor. Sie kann Auskunft sowie Akteneinsicht verlangen.

(2) Die Betriebskommission hat einer Maßnahme der Betriebsleitung zu widersprechen, wenn sie das Recht verletzt oder das Wohl der Gemeinde oder des Eigenbetriebs gefährdet. Der Widerspruch hat aufschiebende Wirkung. Über die strittige Angelegenheit entscheidet der Gemeindevorstand.

(3) Die Betriebskommission ist, unbeschadet der Bestimmung in Abs. 1, für folgende Angelegenheiten zuständig, soweit sie nicht zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören:

1. Stellungnahme zum Wirtschaftsplan und Vorlage an den Gemeindevorstand zur Weiterleitung an die Gemeindevertretung;
2. Stellungnahme zu den Vorschlägen der Betriebsleitung für die Festsetzung der allgemeinen Lieferungsbedingungen und der allgemeinen Tarife;
3. Genehmigung von Geschäften aller Art im Rahmen des Wirtschaftsplans, deren Wert einen angemessenen, in der Betriebssatzung festzulegenden Vomhundertsatz des Stammkapitals (§ 10 Abs. 2) übersteigt; trifft die Betriebssatzung keine Bestimmung, so unterliegen alle Geschäfte der Genehmigung, deren Wert zwei vom Hundert des Stammkapitals übersteigt;
4. Verfügung über Vermögensgegenstände, die zum Sondervermögen (§ 10 Abs. 1) gehören, insbesondere Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken, Schenkungen und Darlehnshingaben, soweit sie nicht wegen der Bedeutung der Angelegenheit oder wegen des Wertes des Vermögensgegenstandes durch die Betriebssatzung der Gemeindevertretung zugewiesen ist;

5. Stellungnahme zum Jahresabschluss, zum Lagebericht und zum Vorschlag für die Gewinnverwendung;
6. Stellungnahme zur Einstellung, Beförderung und Entlassung von Beamten und leitenden Angestellten;
7. Vorschlag für den Prüfer für den Jahresabschluss;
8. Entscheidung über die Führung eines Rechtsstreites und den Abschluss von Vergleichen, wenn sie größere Bedeutung haben;
9. Zustimmung zu Verträgen von größerer Bedeutung, insbesondere über den Bezug von Energie und Wasser durch den Eigenbetrieb;
10. Verzicht auf Forderungen und Stundung von Zahlungsverpflichtungen nach Maßgabe der Betriebssatzung.

Die Betriebssatzung kann der Betriebskommission die Entscheidung in weiteren Angelegenheiten zuweisen, soweit sie nicht nach § 5 der Entscheidung der Gemeindevertretung oder nach § 8 der Entscheidung des Gemeindevorstands unterliegen oder zu den Geschäften der laufenden Betriebsführung gehören.

(4) Die Betriebskommission hat den Gemeindevorstand über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

(5) In den in Abs. 3 genannten Angelegenheiten kann die Betriebsleitung in dringenden Fällen, wenn

die vorherige Entscheidung der Betriebskommission nicht eingeholt werden kann, die erforderlichen Maßnahmen von sich aus anordnen. Hiervon hat sie dem Vorsitzenden der Betriebskommission unverzüglich Kenntnis zu geben.

§ 8 Aufgaben des Gemeindevorstands

(1) Der Gemeindevorstand sorgt dafür, dass die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielen der Gemeindeverwaltung im Einklang stehen. Erfüllt die Betriebskommission eine ihr durch dieses Gesetz oder die Betriebssatzung zugewiesene Aufgabe nicht, so fordert sie der Gemeindevorstand unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Erfüllung der Aufgabe auf; nach ergebnislosem Ablauf der Frist übernimmt der Gemeindevorstand die Aufgabe und entscheidet an Stelle der Betriebskommission.

(2) Der Gemeindevorstand hat einen Beschluss der Betriebskommission nach Anhörung der Betriebskommission aufzuheben, wenn dieser das Recht verletzt; er kann ihn ändern, soweit er gegen die Planung und Ziele der Gemeindeverwaltung verstößt.

(3) Der Gemeindevorstand regelt das Verfahren und den Geschäftsgang der Betriebskommission durch eine Geschäftsordnung.

Glossar zu wichtigen Begriffen des EU-Beihilfenrechts

Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung

In der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) werden Rahmenbedingungen definiert, innerhalb derer die Mitgliedsstaaten ohne vorherige Notifizierung Beihilfen gewähren können. Sie beinhaltet die umfassendste Sammlung von Ausnahmetatbeständen zum grundsätzlichen Beihilfenverbot des Art. 107 Abs. 1 AEUV für ganz unterschiedliche Bereiche des Wirtschaftslebens.

Die unter die AGVO fallenden Beihilfen dürfen zwar ohne vorherige Notifizierung gewährt werden, sie müssen dazu jedoch den Anforderungen der AGVO entsprechen, was von der Kommission kontrolliert werden kann.

Dass gewisse Mittelgewährungen von der Notifizierungspflicht freigestellt sind, beinhaltet im Umkehrschluss aber auch die Bestätigung, dass die in der AGVO umschriebenen Sachverhalte den Beihilfentatbestand erfüllen. Das gilt zum Beispiel für die Förderung kultureller Einrichtungen.

Am 01.07.2014 trat die neu überarbeitete AGVO in Kraft. Die wesentlichen Änderungen sind:

- Die Anhebung der Schwellenwerte: Die Beihilfen-Obergrenzen („Schwellenwerte“) für verschiedene Maßnahmen wurden angehoben. Für einige Beihilfegruppen wurde der Anwendungsbereich durch flexiblere Förder Voraussetzungen, günstigere Beihilfenhöchstintensitäten und höhere Beihilfebeiträge erweitert.
- Die neue AGVO umfasst zusätzliche Gruppen von Beihilfen: Es wurden neue Gruppen von Beihilfen von der Anmeldepflicht freigestellt, z. B. Beihilfen für lokale Infrastruktur, für Breitband-, Forschungs- und Energieinfrastrukturen, Innovationscluster, regionale Stadtentwicklungsfonds, für Kultur und die Erhaltung des kulturellen Erbes, für audiovisuelle Werke, Sport- und Freizeitinfrastruktu-

ren sowie Beihilfen zur Bewältigung der Folgen bestimmter Naturkatastrophen.

Die AGVO umfasst nunmehr zwölf statt bisher neun Beihilfegruppen, die sich wiederum in mehrere Beihilfekategorien unterteilen.

Erlaubt sind gemäß Art. 5 AGVO nur transparente Beihilfen, deren Bruttosubventionsäquivalent sich im Voraus genau berechnen lässt, wie beispielsweise Zuschüsse. Entsprechend nicht erlaubt sind nicht transparente Beihilfen, wie Risikokapitalbeihilfen.

Die in der alten Fassung (a. F.) verankerten „Verfahrensgrundsätze“ der Transparenz (Art. 9 AGVO a.F.), der Beihilfenkontrolle (Art. 10 AGVO a. F.), sowie der Berichterstattung (Art. 11 AGVO a. F.) sind ebenfalls in der neuen Fassung an anderer Stelle wieder zu finden. Gemäß Art. 11 a) AGVO muss innerhalb von 20 Tagen nach Gewährung einer Beihilfe ein Kurzbericht an die Kommission übermittelt werden. Unterlagen, die zur Gewährung einer Beihilfe angelegt wurden, sind in ausführlicher Form zehn Jahre aufzubewahren und auf Verlangen der Kommission vorzulegen (Art. 12 AGVO). Zudem ist ein Jahresbericht vorzulegen (Art. 11 b) AGVO).

Almunia-Paket

Das Paket der EU-Kommission vom 20.12.2011, das das Maßnahmenpaket vom 15.07.2005 (sog. Monti-Paket) ersetzt und weiterentwickelt hat, beinhaltet Regelwerke für die Behandlung von Beihilfen im Bereich der DAWI:

- Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 AEUV auf staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen – Freistellungsbeschluss - zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind (K(2011) 9380 endgültig).

- Mitteilung der Kommission: Rahmen der Europäischen Union für staatliche Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen (K(2011) 9406 endgültig).
- Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Beihilfenvorschriften der Europäischen Union auf Ausgleichsleistungen für die Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (K(2011) 9404 endgültig).
- Verordnung der Kommission 360/2012 über die Anwendung der Art.107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse erbringen („DAWI-De-minimis-Verordnung“).

„Altmark Trans“ - Rechtsprechung

Falls zur beihilferechtlichen Absicherung von Ausgleichszahlungen die Regelungen des Beschlusses vom 20.12.2011 nicht eingreifen (bspw. aufgrund einer höheren Ausgleichszahlung an den Begünstigten als 15 Mio. €), kann u. U. eine Betrauung nach den Altmark Trans-Kriterien erfolgen.

Hierzu ist jedoch die zusätzliche Anforderung des „durchschnittlich gut geführten Unternehmens“ zu erfüllen (vgl. auch 4. Altmark Trans-Kriterium).

Ultima Ratio stellt die Durchführung eines Notifizierungsverfahrens bei der EU-Kommission dar.

Art. 6 des Beschlusses der Kommission (siehe oben) sieht eine regelmäßige Kontrolle der Höhe der Ausgleichszahlungen, die begünstigte Unternehmen erhalten, vor.

Hiernach haben alle Verwaltungsebenen im Rahmen ihrer Zuständigkeit sicherzustellen, dass die im oben genannten Art. 5 und 6 vorgesehenen Kontrollen durchgeführt werden, damit keine Ausgleichszahlungen erfolgen, die über die in Art. 5 des Beschlusses der Kommission bestimmte Höhe hinausgehen (Überkompensation).

Im kommunalen Bereich kommen für diese Kontrollen eigens mit dieser Aufgabe betraute Organisationseinheiten der Kommune in Betracht.

Durch die Kontrollen soll (auch) sichergestellt werden, dass keine Überkompensation erfolgt, d. h. dass die Unternehmen keine Ausgleichszahlungen erhalten, die über die erforderlichen Beträge hinausgehen, erfolgt. Gleichwohl darf eine Überkompensation von maximal 10% der jährlichen Ausgleichssumme auf die Zuwendungen in der nächstfolgenden Ausgleichsperiode angerechnet werden.

Beihilfe

Eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare - und somit verbotene - Beihilfe im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV liegt vor, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Maßnahme zu Gunsten eines Unternehmens
2. aus öffentlichen Mitteln, gleich welcher Art (*Haushaltsmittel, Förderzusagen oder Verlustausgleiche von Bund, Ländern, Kommunen oder öffentlichen bzw. privaten Einrichtungen unter staatlicher Kontrolle*)
3. mit begünstigender (*Vorteil gegenüber Wettbewerbern*) und
4. selektiver Wirkung (*Einfluss auf das Verhältnis Beihilfeempfänger und Wettbewerber - keine Beihilfe bei bspw. Infrastrukturmaßnahmen, die Unternehmen eine allgemeine, gleichberechtigte Nutzung ermöglichen*), die die
5. Gefahr der Verfälschung des Wettbewerbs sowie die Beeinträchtigung des grenzüberschreitenden Handels (*lokaler Bezug genügt nicht*) begründen kann.

Ausnahmsweise sind folgende staatliche Beihilfen zulässig:

1. Gesetzlich erlaubte Beihilfen, Art. 107 Abs. 2 AEUV, bspw. Beihilfen sozialer Art oder Beihilfen bei Katastrophen oder
2. möglicherweise mit dem Binnenmarkt vereinbare Beihilfen, Art. 107 Abs. 3 AEUV,

bspw. Beihilfen zur Förderung notleidender Gebiete, wichtiger Vorhaben oder der Kultur.
Art. 106 Abs. 2 AEUV sieht eine Einschränkung der EU-Wettbewerbsregeln für Dienstleistungen in allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) vor. D. h. die Erfüllung der DAWI-Aufgaben darf nicht durch die Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts verhindert werden.

Betrachtung

Nach der Kommissionsentscheidung 2005/842/EG vom 28.11.2005 (Teil des früher sog. Monti-Pakets, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011,) kann die Legitimation einer tatbestandsmäßigen Beihilfe mittels eines Beträtungsakts erreicht werden.

Ziel des Beträtungsverfahrens ist es, eine Überkompensation bzw. eine Quersubventionierung anderer erwerbswirtschaftlicher Unternehmensbereiche zu verhindern. Dementsprechend wichtig sind Dokumentation und Kontrolle.

Der Beträtungsakt muss an ein bestimmtes Unternehmen gerichtet und rechtlich verbindlich sein.

Inhaltlich muss durch den Beträtungsakt sichergestellt werden, dass das Unternehmen die Leistung, für die die Ausgleichszahlung gewährt wird, tatsächlich erbringt. Ferner müssen Regelungen zu folgenden Punkten enthalten sein (Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig, Art. 2. und 4:

1. Art und Dauer der Gemeinwohlverpflichtungen (*Erbringung von DAWI-Tätigkeiten* - vgl. auch 1. Altmark Trans-Kriterium),
2. das beauftragte Unternehmen und der geografische Geltungsbereich,
3. Art und Dauer der dem Unternehmen ggf. gewährten ausschließlichen und besonderen Rechte,
4. die Parameter für die Berechnung, Überwachung und etwaige Änderung der Aus-

gleichszahlungen (vgl. auch 2. Altmark Trans-Kriterium),

5. die Vorkehrungen, die getroffen wurden, damit keine Überkompensation entsteht bzw. etwaige überhöhte Ausgleichszahlungen zurückgezahlt werden (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium),
6. Beschränkung der Beträtung auf einen Zeitraum von zehn Jahren und
7. Verweisung auf den Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig.

Die Ausgleichszahlung darf nicht mehr als 15 Mio. € betragen (Ausnahmen Bereiche Soziales, Krankenhäuser und Wohnungsbau).

Es gibt keinen „Standard-Beträtungsakt“. Die Kommission nennt in ihrem Leitfaden als mögliche Beispiele für Beträtungsakte:

- Konzessionsverträge und öffentliche Dienstleistungsaufträge,
- Vereinbarungen zwischen der staatlichen Verwaltung und Unternehmen über die Durchführung von Vorhaben in spezifischen Bereichen,
- ministerielle Anweisungen,
- Gesetze und Verordnungen,
- jährliche oder mehrjährige Leistungsverträge,
- Rechtsverordnungen und
- jede Art von hoheitlicher und kommunaler Verfügung oder Entscheidung.

Neben einer vertraglichen Gestaltung - durch öffentlich-rechtlichen oder zivilrechtlichen Vertrag – kommt also die Beträtung durch Verwaltungsakt, durch eine (Betriebs-) Satzung oder durch einen Gesellschaftsvertrag in Verbindung mit einem Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft bzw. der Gesellschafterversammlung in Betracht.

Geht es um die Beträtung einer kommunalen Eingengesellschaft kann diese auch durch einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung (Gemeindevertretung) - oder des Magistrats (Gemeindevorstands) - in Verbindung mit einer gesellschaftsrechtlichen Weisung, die in der Gesellschafts-

terversammlung der kommunalen Eigengesellschaft umgesetzt wird, erfolgen (sogenannte „gesellschaftsrechtliche Lösung“).

DAWI - Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse

Unter Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse versteht das primäre EU-Recht (vgl. Art. 106 AEUV) bestimmte Tätigkeiten, die zwar entgeltliche Leistungen, die im Rahmen eines Marktgeschehens erbracht werden, darstellen, die allerdings zusätzlich einen engen Bezug zum Gemeinwohl aufweisen. Diese weisen eine enge Verwandtschaft zu Aufgaben der Daseinsvorsorge auf. Es handelt sich in der Regel um die Bereitstellung der für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter und Leistungen.

Was im Einzelfall hierzu gehört, dürfen die Mitgliedsstaaten weitgehend selbst festlegen (Beurteilungsspielraum). Zu den DAWI zählen auch Leistungen, bei denen Unternehmen sog. gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernehmen, da die hieran gestellten Anforderungen nicht kostendeckend erfüllt werden können und somit eine öffentliche Ko-Finanzierung erforderlich ist.

Kennzeichnend für DAWI-Tätigkeiten sind somit folgende Attribute:

Defizitär: Grundsätzlich sind die konkreten Leistungen der Daseinsvorsorge unwirtschaftlich und werden von privaten Marktteilnehmern nicht oder nicht in gleicher Form und in gleichem Umfang angeboten.

Öffentliches Interesse: Leistungen der Daseinsvorsorge sind von besonderem öffentlichen Interesse für ein funktionierendes Gemeinwesen und können vom Einzelnen in der Regel nicht beschafft werden.

Besondere Pflicht: Für die Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge besteht eine am Gemeinwohl orientierte Pflicht, die regelmäßig unwirtschaftlich ist, aber jedem Einzelnen ein Mindestangebot bestimmter Leistungen zur Verfügung stellt.

Öffentlicher Zweck: Der öffentliche Zweck im Sinne der Hessischen Gemeindeordnung ist ein Indiz für eine Leistung der Daseinsvorsorge.

Die Tätigkeiten der Daseinsvorsorge lassen sich in vier Bereiche einteilen:

1. Beihilfeirrelevante Daseinsvorsorge,
2. Beihilferelevante Daseinsvorsorge,
3. nichtwirtschaftliche Tätigkeit (d. h. ausschließlich hoheitliches oder solidarisch-soziales Handeln) und
4. wirtschaftliche Tätigkeit (d. h. marktbezogenes Handeln).

Wirtschaftlich ist jede Tätigkeit, die darin besteht, Güter oder Dienstleistungen auf einem bestimmten Markt anzubieten. Dabei muss sie grundsätzlich auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung ausgeübt werden können.

Wirtschaftlich und damit beihilferelevant sind u. a.: Energie-, Wasser- und Verkehrsversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Betrieb von Bädern, medizinische und soziale Dienste, Wohnbau oder Management der Transportinfrastruktur.

Bei Gesellschaften, die gemischt - d. h. innerhalb und außerhalb des DAWI-Bereichs - tätig werden, gilt wie vorliegend auch, dass eine strikte Trennung zwischen den beiden Bereichen zu erfolgen hat (vgl. auch Art. 5 Beschluss der Kommission vom 20.12.2011, K(2011) 9380 endgültig (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011). Dabei sollte der Nicht-DAWI-Bereich kostendeckend arbeiten.

Drei-Jahres-Betrachtung und 10%-Schwelle

Im Rahmen der beihilfenrechtlichen Überkompensationskontrolle spielt es eine Rolle, ob bei einer Überschreitung des geplanten DAWI-Kostenausgleichs (Soll-Ausgleichs) in den vorhergehenden oder nachfolgenden Jahren Unterschreitungen festgestellt werden, so dass im Durchschnitt eines Dreijahreszeitraums keine Überkompensation vorliegt. Dabei darf die Überkompensation bezogen auf ein (Wirtschafts-) Jahr max. 10% der jährlichen Ausgleichssumme betragen. Andernfalls kann die

Rückgewähr der zu viel geleisteten Beihilfe nicht vermieden werden.

Finanzieller Netto-Effekt

Der finanzielle Netto-Effekt meint die im Freistellungsbeschluss, in der Verordnung 1370/2007 und in der allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung enthaltene beihilfenrechtliche Vorgabe, dass eine zu planende oder zu gewährende Ausgleichsleistung für DAWI-Tätigkeiten nicht nur durch Heranziehung der hierdurch verursachten Aufwendungen ermittelt werden darf. Daneben müssen die hiermit verbundenen Erträge saldierend berücksichtigt werden.

Freistellungsbeschluss

Die Europäische Kommission hat am Ende des Jahres 2011 ein Vorschriftenpaket verabschiedet, welches die damalige Revision der Beihilferegelungen über Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI) – sog. „Almunia-Paket“ oder „Altmark-Paket“, zuvor „Monti-Paket“ – abschloss. Es umfasst u. a. den Freistellungsbeschluss [ABl. L 7 vom 11.01.2012], der das zentrale Dokument des Vorschriftenpakets darstellt und regelt, unter welchen Voraussetzungen Ausgleichsleistungen für bestimmte Kategorien von Dienstleistungen von der Pflicht zur Anmeldung (Notifizierung) bei der Europäischen Kommission freigestellt sind, weil sie als nicht oder nur unerheblich wettbewerbsbeeinträchtigend gelten. Aufgrund dieser Regelungen entfällt eine Meldepflicht (Notifizierung), wenn Beihilfen von bis zu 15 Mio. € zugunsten von Unternehmen gewährt werden, wenn diese DAWI erbringen. Zudem sind Zahlungen an Krankenhäuser und für Sozialwohnungen zuständige Unternehmen sowie für Maßnahmen sozialen Bedarfs von der Notifizierungspflicht freigestellt, unabhängig von ihrem Finanzvolumen. Grundvoraussetzung ist allerdings, dass solche Ausgleichszahlungen für die Erbringung von DAWI auf einem klar umrissenen öffentlichen Versorgungsauftrag basieren (Betrachtung) und keine Überkompensation vorliegt.

Die Voraussetzungen im Einzelnen:

1. Höhe der Beihilfe von weniger als 15 Mio. € p. a., ausgenommen bestimmte Bereiche (s. o.).
2. Vorliegen einer Betrauung (z. B. *durch Gesetz, Vertrag, Verwaltungsakt, Ratsbeschluss, Gesellschaftsvertrag, Gesellschafterbeschluss*) sowie
3. Regelungen zu den Kostenparametern, zur Trennungsrechnung, zur Überkompensation und zur Laufzeit der Betrauung.

Gewinnzuschlag

Der Gewinnzuschlag ist ein Begriff der Kalkulation. Dieser ist ein bestimmter Wert, der häufig als Bruchteil oder Prozentsatz der Selbstkosten eines Unternehmens (oder anderer Basiswerte, z. B. des betriebsnotwendigen Kapitals) ausgedrückt wird. Der Ansatz eines Gewinnzuschlags fußt auf der Einsicht, dass ein Unternehmen seine Tätigkeit nur fortführen wird, wenn es Aussichten hat damit nicht nur seine für die Leistungserstellung benötigten Kosten zu refinanzieren, sondern darüber hinaus noch einen Gewinn erwirtschaften kann.

Ausgehend von diesem Gedanken darf bei der Bestimmung des DAWI-Ausgleichs neben den „Nettokosten“ noch ein „angemessener Gewinn“ hinzugegerechnet werden. Darunter ist nach dem Freistellungsbeschluss in erster Linie eine Kapitalrendite („interner Ertragssatz“/„internal rate of return“) zu verstehen, die das Unternehmen während des Betrauungszeitraums mit seinem investierten Kapital erziele. Der Aufschlag dient unter anderem als Ausgleich für Liquiditätsrisiken im Zusammenhang mit der Bindung von Kapital für die Erbringung einer Dienstleistung während des Betrauungszeitraums (unternehmerisches Risiko).

Zur Bemessung der Kapitalrendite werden von der Kommission mittlerweile laufend „Swap-Sätze“ ermittelt und veröffentlicht, die verbunden mit einem Aufschlag von 100 Basispunkten eine Orientierung für die Bemessung der Rendite bilden sollen. Daneben ist es „bei besonderen Umständen“ möglich, den Gewinnzuschlag nicht als Kapitalrendite, sondern auf andere Weise zu ermitteln (z. B. als durch-

schnittliche Eigenkapitalrendite, Gesamtkapitalrendite oder als Umsatzrendite).

Insofern sind jeweils unternehmensindividuell Überlegungen und Festlegungen zu einem angemessenen Gewinn zu treffen. Bei den Unternehmen, die für die Stadt Frankfurt am Main dauerdefizitäre gemeinwirtschaftliche Aufgaben erbringen wurde bislang in der Regel der Gewinnzuschlag, unter Berücksichtigung langjähriger Zins- und Renditebetrachtungen auf den jeweiligen Betrauungszeitpunkt, mit 4% angesetzt.

Ist-Ausgleich

Unter Ist-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der einem betrauten Unternehmen vom Beihilfengeber (von einer mittelgewährenden Stelle) für einen bestimmten Zeitraum (in der Regel: das Wirtschaftsjahr) als Ausgleichsleistung für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen (DAWI-Tätigkeiten) tatsächlich gewährt wird. Dessen Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Feststellung des Jahresabschlusses und errechnet sich aus den tatsächlichen Aufwendungen abzüglich der Erträgen (sog. finanzielle Nettoeffekt) für die betrauten Tätigkeiten. Die Mittelgewährung über den Ist-Ausgleich darf jedoch nicht höher sein als der maximale Soll-Ausgleich, der zuvor im Wirtschaftsplan geplant wurde.

Notifizierung

Grundsätzlich sieht Art. 108 AEUV ein generelles Notifizierungsgebot (Meldepflicht) für geplante staatliche Beihilfen vor. Die Kommission prüft dann auf Grundlage ihrer Mitteilungen und Beschlüsse (Früher Monti-Paket, nunmehr Paket der Kommission vom 20.12.2011), ob die Beihilfe ausnahmsweise ohne Notifizierung gewährt werden kann. Mit der Notifizierungspflicht ist ein Durchführungsverbot verbunden, d. h. bis zum Abschluss der Prüfung (und positiven Bescheid) durch die Kommission darf eine Beihilfe nicht ausgezahlt werden. Im Rahmen der Notifizierung beschließt der Rat auf Antrag über

die Vereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt.

Im vereinfachten Notifizierungsverfahren (Abl C 136/3 vom 16.06.2008) erfolgt die Entscheidung binnen eines Monats, wenn die Beihilfemaßnahme nach bestehendem Gemeinschaftsrahmen bereits Gegenstand einer Grundprüfung war und nicht bereits unter die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) fällt und die Beihilfemaßnahme der gefestigten Entscheidungspraxis der Kommission entspricht, bspw. Förderung des kulturellen Erbes oder lokale Infrastruktur.

Das vereinfachte Verfahren gliedert sich in folgende Schritte:

- Vorabkontakte zwischen Kommission und dem anmeldenden Mitgliedstaat,
- Anmeldung durch den Mitgliedstaat,
- Bekanntmachung der Anmeldung,
- Kurzsentscheidung,
- Veröffentlichung der Kurzsentscheidung.

Im normalen Notifizierungsverfahren entsprechend VO (EG) Nr. 659/1999 erfolgt die Entscheidung möglichst innerhalb von vier Monaten ab Eingang der letzten Stellungnahme in der Sache im Rahmen des förmlichen Verfahrens.

Grundsätzlich dürften anmeldungspflichtige Beihilfen nicht gewährt werden, bevor die Kommission eine diesbezügliche Genehmigungsentscheidung erlassen hat oder die Beihilfe als genehmigt gilt.

Der betreffende Mitgliedstaat übermittelt hierbei der Kommission in seiner Anmeldung (Anmeldeformular in Anhang I Teil I der Verordnung (EG) Nr. 794/2004) alle sachdienlichen Auskünfte, damit diese eine Entscheidung erlassen kann. Änderungen an bereits angemeldeten oder genehmigten Beihilfen werden mit dem Formular im Anhang II der genannten Verordnung beantragt.

Stellt die Kommission nach einer vorläufigen Prüfung fest, dass die angemeldete Maßnahme Anlass zu Bedenken hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit dem gemeinsamen Markt gibt, so beschließt sie,

das Verfahren nach Artikel 108 Abs. 2 AEUV zu eröffnen (förmliches Verfahren).

Im Rahmen des förmlichen Verfahrens können alle Beteiligten Bemerkungen vortragen. Die Entscheidung der Kommission erfolgt danach. Hat die Kommission ernsthafte Bedenken, ob ihre Entscheidungen - Entscheidung, keine Einwände zu erheben, Positiventscheidungen oder mit Bedingungen und Auflagen verbundene Entscheidungen - nicht befolgt werden, so gestattet der betreffende Mitgliedsstaat der Kommission die Nachprüfung vor Ort.

In Negativentscheidungen über rechtswidrige Beihilfen entscheidet die Kommission, dass der betreffende Mitgliedsstaat alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen hat, um die Beihilfe vom Empfänger zurückzufordern.

Parameter (zur Berechnung, Überwachung und etwaigen Änderungen der Ausgleichszahlungen)

Diese Anforderung an die Betrauung bedeutet, dass bereits vorab im Sinne einer Budgetierung festzulegen ist, für welche Daseinsvorsorge-Verpflichtungen ein Kostenausgleich auf der Grundlage welcher Parameter und in welcher Form gewährt wird. Eine ergänzende nachträgliche Verlustabdeckung für den Fall, dass die vorab kalkulierten und zur Verfügung gestellten Fördermittel nicht ausreichen, lassen die Regelungen des Pakets der Kommission vom 20.12.2011 nicht zu.

Empfehlenswert ist die Methode der *Fehlbedarfsfinanzierung*: Hiernach werden Zuwendungen zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines Teils der Ausgaben gewährt. Gleichzeitig wird der/die Zuwendungsempfänger:in verpflichtet, einen überschießenden Zuwendungsbetrag zurückzuerstatten. Eine Überkompensation (vgl. auch 3. Altmark Trans-Kriterium) ist damit ausgeschlossen; gleichzeitig ist diese Methode als Ergänzung zum Kontrollsystem nach dem Paket der Kommission vom 20.12.2011 geeignet.

Der Wirtschaftsplan, der im Rahmen der Zuwendungsgewährung einzureichen ist, enthält die Pa-

rameter, die für die Berechnung der Ausgleichszahlung notwendig sind. Er ist insofern beihilferechtlich verbindlich und abschließend. Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans sind die Vorgaben des Art. 5 des Beschlusses vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig) zur Berechnung des Kostenausgleichs anhand allgemein akzeptierter Rechnungslegungsgrundsätze zu beachten.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen (vgl. auch Art. 5 Beschluss vom 20.12.2011 (K(2011) 9406 endgültig)):

- Soweit das Unternehmen nur DAWI-Tätigkeiten erbringt, können zur Bestimmung der Ausgleichszahlung dessen Gesamtkosten herangezogen werden.
- Soweit neben DAWI-Tätigkeiten auch Leistungen auf anderen Gebieten erbracht werden, dürfen nur die den DAWI-Tätigkeiten zurechenbaren Kosten bei der Ermittlung der Ausgleichszahlung herangezogen werden.
- Die der DAWI-Tätigkeit zurechenbaren Kosten umfassen sämtliche durch die Erbringung der Tätigkeit verursachten variablen Kosten, einen angemessenen Beitrag zu den sowohl dienstleistungsbezogenen als auch im Rahmen sonstiger Tätigkeit anfallenden Fixkosten und eine angemessene Rendite.
- Kosten für Investitionen, vor allem in die Infrastruktur, können berücksichtigt werden, wenn sie für das Funktionieren der DAWI-Tätigkeit erforderlich sind.
- Auf der Einnahmeseite sind sämtliche mit der DAWI-Tätigkeit erwirtschafteten Erträge zu berücksichtigen, ferner die Erträge, die mit den gewährten besonderen Rechten im Zusammenhang stehen.
- Unter der "angemessenen Rendite" ist ein angemessener Kapitalertrag unter Berücksichtigung des von dem Unternehmen aufgrund des staatlichen Eingreifens eingegangenen Risikos bzw. unter Berücksichtigung des fehlenden Risikos zu verstehen.

In der Regel darf die Rendite die in dem betreffenden Sektor in den Jahren zuvor erzielte durchschnittliche Rendite nicht übersteigen.

- Wenn die DAWI-Tätigkeiten nur einen Teil eines Unternehmens ausmachen, müssen die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Erbringung von DAWI- und Nicht-DAWI-Tätigkeiten in den Büchern getrennt ausgewiesen werden. Ferner sind die Parameter der Zuordnung der Einnahmen und Ausgaben anzugeben.

Rechtsfolgen

Rechtsfolgen von Beihilferechtsverstößen sind zum einen die Rückgewährpflicht, d. h. die Beihilfe muss durch den/die Beihilfeempfänger:in zurückgezahlt werden und die beihilfegewährende Behörde wird zur Rückforderung verpflichtet (Verordnung (EG) 659/1999). Die Verjährungsfrist beläuft sich dabei auf zehn Jahre ab Beihilfegewährung. Zum anderen wird nach der BGH-Rechtsprechung das beihilferechtswidrige Geschäft nach § 134 BGB nichtig. Folgende Konsequenzen können sich daraus ergeben:

- Der/die Beihilfeempfänger:in wird insolvent.
- Schadensersatzansprüche von Mitbewerber:innen aus UMG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) werden geltend gemacht.
- Mitbewerber:innen haben ein Klagerecht auf Feststellung (siehe BVerwGE v. 16.12.2010, Az.: 3 C 44.09).
- Organe des/der Beihilfeempfängers:in haften gemäß § 43 Abs. 2 GmbHG (Geschäftsführer) bzw. §§ 93 (Vorstand), 116 AktG (Aufsichtsrat) persönlich. Dazu wird auf S. 24 der Anwendungsbeihilfe zum Beihilferecht der VKU verwiesen. Dort wird dem Organ des/der Beihilfeempfängers:in bei Zweifel bzgl. der beihilferechtlichen Vereinbarkeit einer Maßnahme geraten, sich von der Kommune anweisen zu lassen, die fragliche Maßnahme durchzuführen, sodass ihm zumindest in persönlicher Hinsicht ein mögli-

cher Beihilferechtsverstoß nicht vorgeworfen werden kann. Die Haftung der Gesellschafter:innen richtet sich nach der Rechtsform der Gesellschaft. Beispielsweise haften die Gesellschafter:innen einer GmbH für Verbindlichkeiten der Gesellschaft grundsätzlich nicht persönlich, sondern den Gläubigern:innen der Gesellschaft haftet nur das Gesellschaftsvermögen (vgl. § 13 Abs. 2 GmbHG).

- Im Rahmen der Ahndung des Beihilfeverstößes durch die EU-Kommission werden Bußgelder verhängt.
- Wirtschaftliche Konsequenzen: Im Rahmen der Rückforderung europarechtswidrig gewährter Beihilfen sind die Vorschriften des deutschen Kapitalerhaltungs- und Insolvenzrechts zu beachten, soweit hierdurch nicht der Zielsetzung des Beihilfenverbots zuwider gehandelt wird. Ist der/die Beihilfeempfänger:in aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Rückforderung einer Beihilfe verpflichtet, ist diese Rückforderung eine einfache Insolvenzforderung im Rang des § 38 InsO; dem Umstand, dass sie den Regeln über eigenkapitalersetzende Darlehen unterliegt, kommt keine Bedeutung zu.

Rückstellungen wegen unrechtmäßiger Beihilfengewährung

Wird einem betrauten Unternehmen mehr an DAWI-Kostenausgleich gewährt, als nach den Parametern der Betrauung zulässig ist („Überkompensation“), muss der überschießende Betrag von dem Unternehmen - dem Grundsatz nach zwingend - zurückgewährt werden. Hiervon kann unter bestimmten Umständen abgesehen werden, sofern die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10% überschreitet und die Betrauung eine entsprechende Regelung enthält. In diesem Fall kann die Überkompensation auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden.

gen werden (siehe Überkompensationskontrolle, Dreijahresbetrachtung).

Da der Überkompensationsbetrag zu einer Forderung führt, die sich gegen das Unternehmen richtet, muss diese möglicherweise in der Bilanz zur Ausweisung einer Rückstellung führen. Rückstellungen sind im Rechnungswesen Passivpositionen in der Bilanz, die dem Grunde und der Höhe nach ungewiss sind, jedoch mit hinreichend großer Wahrscheinlichkeit erwartet werden. Den Umgang mit beihilferechtlichen Risiken in der Jahresabschlussprüfung regelt IDW Prüfungsstandard (PS) 700 (Prüfung von Beihilfen nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen).

Soll-Ausgleich

Unter Soll-Ausgleich ist der Geldbetrag zu verstehen, der von einem/einer Beihilfengeber:in (einer mittelgewährenden Stelle) als Ausgleichsleistung für ein betrautes Unternehmen vorgesehen ist, weil es gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen übernimmt. Die Festlegung erfolgt in der Regel zusammen mit der Aufstellung des Wirtschaftsplans und ergibt sich aus der Zusammenschau von (geplanten) Aufwendungen und Erträgen aus den betrauten Tätigkeiten. Bei einem Unternehmen, das nur betraute Tätigkeiten ausführt, entspricht der Soll-Ausgleich in der Regel dem nach dem Wirtschaftsplan erwarteten (negativen) Ergebnis des Unternehmens, das noch durch einen (fiktiven) Gewinnzuschlag erhöht werden darf.

Spezialregelungen Verkehrsbereich

Das Beihilfeverbot gilt mangels näherer Eingrenzung in Art. 107 Abs. 1 AEUV umfassend und damit für alle Unternehmen und Produktionszweige, welche durch die Begünstigung Einzelner von ihnen einen Nachteil erleiden können. Eine Ausnahme besteht dann, wenn Sondervorschriften bestehen, welche das allgemeine Beihilfenverbot verdrängen bzw. überlagern. Für den Verkehrsbereich enthält das Verkehrskapitel (Art. 90-100 AEUV) umfassende Spezialregelungen. Dem allgemeinen Verkehrsti-

tel unterliegen allerdings gemäß Art. 100 Abs. 1 AEUV nur die Beförderung im Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr. Für den Eisenbahn-, Straßen- und Binnenschiffverkehrsverkehr greift die Sonderregelung des Art. 93 AEUV. Danach sind Beihilfen gemeinschaftsrechtskonform, die den Erfordernissen der Koordinierung des Verkehrs oder der Abgeltung bestimmter, mit dem Begriff des öffentlichen Dienstes zusammenhängender Leistungen entsprechen. Im Verkehrsbereich kann die Legitimation einer tatbestandsmäßigen Beihilfe nicht mittels eines Betrauungsaktes, sondern mittels eines öffentlichen Dienstauftrages erreicht werden. Die VO (EG) Nr. 1370/2007 regelt abschließend, in welcher Weise zuständige Behörden in den Nahverkehrsmarkt eingreifen dürfen.

Trennungsrechnung

Um zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten einem Unternehmen nur die der Daseinsvorsorge-Aufgabe zurechenbaren Kosten ausgleichen, müssen sich diese zweifelsfrei identifizieren lassen.

Das bedeutet, dass Beihilfeempfänger:innen, die neben dem geförderten Angebot auch wirtschaftlich tätig sind, eine Trennungsrechnung durchführen müssen. Dabei sind die Kosten und Einnahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit separat von den Kosten und Einnahmen der geförderten Tätigkeit zu erfassen und auszuweisen. Es sind daher getrennte Konten zu führen. Dies dient dem Nachweis des/der Beihilfeempfängers:in, dass keine verbotene Quersubventionierung der kommerziell-wettbewerblichen Tätigkeit durch die Beihilfe stattfindet.

Überkompensationskontrolle

Mit Überkompensationskontrolle bezeichnet man die Gesamtheit der Maßnahmen, die dazu dienen, dass ein betrautes Unternehmen nicht mehr an Ausgleichsleistungen erhält, als dies die jeweilige Betrauung nach beihilfenrechtlichen Vorgaben erlaubt. Sie dient dem/der Beihilfengeber:in dazu, die Voraussetzungen des Freistellungsbeschlusses

dauerhaft einzuhalten und auf diese Weise von beihilfenrechtlichen Notifizierungspflicht entbunden zu bleiben. In der Betrauung ist darauf einzugehen, wie sichergestellt wird, dass dem Unternehmen nicht mehr öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, als ihm nach dieser Methodik gebühren („Maßnahmen zur Vermeidung und Rückforderung von Überkompensationszahlungen“). Dabei besteht - sofern die Betrauung das entsprechend regelt - die Möglichkeit, weitergehend noch zu prüfen, ob die der vorgesehene Ausgleich erheblich überschritten wurde. Übersteigt die Überkompensation den durchschnittlichen jährlichen Ausgleich nicht um mehr als 10%, so kann sie auf den nächsten Zeitraum übertragen und von dem für diesen Zeitraum zu zahlenden Ausgleich abgezogen werden (Art. 6 Nr. 2 des Freistellungsbeschlusses; Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 29.04.2013, SWD(2013) 53 final/2, S.78, Nr. 141; Mitteilung der Kommission 2012/C 8/02, Art. 6).

Wirtschaftsplan

Man unterscheidet zwischen Wirtschaftsplänen privater Haushalte oder Unternehmen und Wirtschaftsplänen öffentlicher Haushalte. Ein Wirtschaftsplan privater Haushalte oder Unternehmen ist ein am Beginn einer Wirtschaftsperiode von dem einzelnen Wirtschaftssubjekt aufgestellter Plan über die in dieser Periode beabsichtigte Konsumtion bzw. Produktion und deren Finanzierung. Ein Wirtschaftsplan öffentlicher Haushalte ist ein spezielles Instrument öffentlicher Unternehmen in einer öffentlich-rechtlichen Rechtsform und tritt an die Stelle des Haushaltsplans. Er gliedert sich in einen Erfolgs- und einen Finanzplan. Im Rahmen des Erfolgsplans werden alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres ausgewiesen; die Erfassung hat sich mindestens an der GuV bzw. der Jahreserfolgsrechnung zu orientieren. Im Rahmen des Finanzplans müssen die voraussichtlich vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthalten sein; die Ausgaben sind hierbei übertragbar.

Links zu Internetfundstellen:

Bundesgesetze:

<http://www.gesetze-im-internet.de/>

Bundesgesetzblatt I und II:

<https://www.bgbl.de/>

Bundesanzeiger:

<https://www.bundesanzeiger.de/>

Verwaltungsvorschriften des Bundes:

<http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/erlassstellen.html>

Kommunalrechtliche Vorschriften und Landesrecht Hessen:

<https://www.rv.hessenrecht.hessen.de/bshe>

Staatsanzeiger Hessen:

<https://www.staatsanzeiger-hessen.de/>

Stadt Frankfurt am Main:

<https://frankfurt.de/>

Dezernat VI - Finanzen, Beteiligungen und Personal

<https://frankfurt.de/service-und-rathaus/stadtpolitik/magistrat/dezernate/dezernat-vi---finanzen-beteiligungen-und-personal>

Beteiligungsmanagement der Stadt Frankfurt am Main:

<https://frankfurt.de/service-und-rathaus/verwaltung/aemter-und-institutionen/stadtkaeemmerei/beteiligungsmanagement>

Deutscher Städtetag:

<https://www.staedtetag.de/>

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt):

<https://www.kgst.de/>

1. Übersicht über die direkten Beteiligungen unter 20 %

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg – Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern	332
2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH	338
3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH	343
4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH	347
5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West GmbH	348
6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH	351
7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	352
8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH	354
9. Genossenschaften	359

1. DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern

Anschrift: Gunzenbachstr. 35 76530 Baden-Baden	Telefon: 07221 214-0	E-Mail/Internet: info@blutspende.de www.blutspende.de

Gründung: 26.01.1956	Unternehmensgegenstand: Sammlung, Aufbereitung (Konservierung) und Verteilung von menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes sowie deren Anwendung am Menschen und Abgabe an Krankenanstalten und anderer öffentlicher und privater Einrichtungen der Gesundheitspflege für Heilzwecke sowie alle damit verbundenen ärztlichen und transfusionsmedizinischen Dienstleistungen im Rahmen des Zweckbetriebs; Werbung freiwilliger, regelmäßig unbezahlter Blutspender sowie Mitwirkung bei der Vermittlung von Stammzellenspendern; Mitwirkung am Katastrophenschutz durch Versorgung mit menschlichem Blut und Bestandteilen des menschlichen Blutes; Betrieb eines Institutes für Transfusionsmedizin und Immunhämatologie. Erbringung von ärztlichen Leistungen im Bereich der Labormedizin und Transfusionsmedizin (z. B. durch MVZ) im Rahmen der Sicherung der Blutversorgung und des Transplantationswesens im Sinne des DRK-Blutspendewesens.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.	44.146.828 € = 38,39 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hessen e.V.	22.213.424 € = 19,32 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Badisches Rotes Kreuz e.V.	18.920.048 € = 16,45 %
Stadt Frankfurt am Main	8.885.496 € = 7,73 %
Gesundheit Nordhessen Holding AG	8.885.496 € = 7,73 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Sachsen e.V.	5.687.013 € = 4,95 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Brandenburg e.V.	3.305.463 € = 2,87 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Schleswig-Holstein e.V.	2.838.432 € = 2,47 %
Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Hamburg e.V.	117.800 € = 0,10 %
	115.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Dr. Peter Mein
Herr Dipl.-Wirtsch.-Ing. Wolfgang Rüstig
Herr Prof. Dr. med. Erhard Seifried

Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Frau Barbara Bosch
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Thomas Börner (AN)
	Herr Jochen Glaeser
	Herr Dr. Frank W. Hülsenbeck
	Frau Sieglinde Ristau-Müller-Nestler (AN)
	Herr Werner Ritzinger (AN)
	Herr Volker Rump (AN)
	Herr BM a.D. Norbert Södler
	Herr Axel Strunk
	Herr André Urmann (AN)
	Herr Knut Werner (AN)

Frauenquote:	Frauenquote:	Zielgröße hierfür:
(bezogen auf städtische Mandate)	(bezogen auf AR gesamt)	(nur bei börsennotierten / mitbestimmten Unternehmen)
0,00 %	16,67 %	16,67 %

Beteiligungen:

Klinik Dr. Becker gGmbH

Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gGmbH, Ulm

DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gGmbH, Dresden

Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immunogenetik Ulm gGmbH

Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gGmbH

Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gGmbH

ZIT - Zentralinstitut für Transfusionsmedizin GmbH

Kapitalanteile:

500.000 € = 100,00 %

26.000 € = 100,00 %

46.921.568 € = 99,83 %

2.253.000 € = 75,10 %

1.126.500 € = 75,10 %

187.750 € = 75,10 %

75.175 € = 75,10 %

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Geschäftsleitung für den DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg - Hessen gemeinnützige GmbH und Konzern (DRK BSD) von leicht steigenden Umsatzerlösen aus. Die höheren Personalkosten und ein steigender Materialaufwand führen zu einem stark zurückgehenden Ergebnis. Versorgungsengpässe in der internationalen Warenlogistik und der Ukrainekrieg schlagen sich insbesondere im Bereich der Energiekosten nieder. Die zunehmende allgemeine Unsicherheit in der Wirtschaft und die Zinswende an den Kapitalmärkten ist bei den Finanzanlagen mit deutlichen Kursschwankungen verbunden. Die im Vergleich zu den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegene Inflation lässt eine erneute Zinswende an den Finanzmärkten in naher Zukunft nicht erwarten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Die Gesellschaft nimmt wichtige Versorgungsaufgaben auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin wahr. Sie stellt die Versorgung von Kliniken und Krankenhäusern sowie niedergelassenen Fachärzten und Fachärztinnen in Baden-Württemberg und Hessen und als Konzern auch in Berlin, Hamburg, Sachsen und Schleswig-Holstein sicher. Weitere Aufgaben sind die damit zusammenhängenden Blutuntersuchungen sowie die Förderung der wissenschaftlichen Forschung auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin und Immunhämatologie.

Dank der positiven Einstellung von weiten Teilen der Bevölkerung zur Blutspende und der ehrenamtlichen DRK-Mitglieder war die Versorgung der Patienten und Patientinnen mit lebensnotwendigen Blut- und Plasmabestandteilen sichergestellt. Im Berichtsjahr wurden teilweise Operationen und Thera-

pien nachgeholt, die im ersten Halbjahr einen erhöhten Konservenbedarf ausgelöst haben, die der Blutspendedienst im Rahmen seiner Aufgabe erfüllen konnte. Die Aufträge zu Covid-19 PCR-Testungen waren weiterhin rückläufig und sind mit Pandemie-Ende in 2023 fast vollständig eingestellt worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme stieg um 1,8 % auf 333,91 Mio. €. Im Wesentlichen haben sich dabei auf der Aktivseite die Finanzanlagen, die Vorräte sowie der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten erhöht. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens infolge des strengen Niederstwertprinzips, stichtagsbedingt die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie die Sachanlagen durch geringere Investitionen im Vergleich zu den Abgängen und Abschreibungen sind hingegen gesunken. Auf der Passivseite erhöhte sich das Eigenkapital um 5,94 Mio. € durch die Einstellung vom Jahresergebnis in die Gewinnrücklagen. Die Eigenkapitalquote stieg um 0,7 %-Punkte auf 60,2 %. Der Anstieg der Verbindlichkeiten ist im Wesentlichen auf höhere Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit dem Cash-Pooling zurückzuführen. Die Rückstellungen sanken im Wesentlichen aufgrund von Auflösungen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2022 Investitionen in Sachanlagen wie Gebäude, Anlagen im Bau, Fuhrpark sowie in IT-Software und Laboranlagen in Höhe von 6,04 Mio. € getätigt. Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sanken um 7,81 Mio. € und beinhalten Fonds, die im Rahmen von Wertsicherungskonzepten gesteuert werden. Für Forschung und Entwicklung sind 6,56 Mio. € angefallen, denen Erlöse von 3,13 Mio. € gegenüberstan-

den. Die für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Finanzmittel standen ohne Beanspruchung von Fremdmitteln jederzeit zur Verfügung. Die Liquidität war gesichert, sodass Investitionstätigkeiten aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Im Geschäftsjahr 2022 ist der Cashflow (Jahresüberschuss zuzüglich planmäßige Abschreibungen) im Vergleich zum Vorjahr um 3,10 Mio. € zurückgegangen.

Zur Erfolgslage

Im Berichtszeitraum wurde ein Jahresüberschuss von 5,94 Mio. € erzielt, der um 3,66 Mio. € unter dem Vorjahr, aber über dem geplanten Ergebnis lag. Der Jahresüberschuss 2022 wurde zuzüglich des vorhandenen Gewinnvortrags größtenteils in die Gewinnrücklagen eingestellt, so dass nur ein Bilanzergebnis von 3 T€ ausgewiesen wird.

Die Gesamtleistung der Gesellschaft ist im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % gestiegen. Die für das Jahr 2022 getroffenen Planumsätze konnten wegen leicht gestiegener Präparateumsätze überschritten werden. Die Umsatzerlöse setzen sich zusammen aus: Blutpräparate und Blutnebenleistungen mit 130,42 Mio. € (Vj. 125,12 Mio. €), Laborleistungen 25,36 Mio. € (Vj. 27,24 Mio. €) und sonstige Umsätze mit 15,96 Mio. € (Vj. 13,82 Mio. €). Der Anstieg bei den sonstigen betrieblichen Erträgen ist im Wesentlichen auf höhere periodenfremde Erträge (Auflösung von Rückstellungen) zurückzuführen. Die Kostensteigerungen bei den Material- und Personalkosten sowie Abschreibungen waren unterproportional zur Umsatzsteigerung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten Abschreibungen auf die sonstigen Wertpapiere des Umlaufvermögens und führen letztendlich zu dem Gewinnrückgang.

Ergebnisse der Beteiligungen und Konzernabschluss

Der Konzernabschluss bezieht neben der DRK BSD auch folgende Unternehmen mit ein: DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zellthera-

pie Heidelberg gemeinnützige GmbH, Zentrum für Klinische Transfusionsmedizin Tübingen gemeinnützige GmbH, Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH (ZKRD), welche das Kompetenzzentrum für den Bereich der Suche nach nichtverwandten Stammzellenspendern:innen ist, die Klinik Dr. Becker gemeinnützige GmbH, die auf dem Gebiet der orthopädischen Chirurgie tätig ist. Die Klinik wiederum hält jeweils 100 % der Anteile an der Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Ulm gemeinnützige GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Frankfurt gemeinnützige GmbH, Medizinisches Versorgungszentrum Dr. Becker gemeinnützige GmbH, Bad Krotzingen, die jeweils die Versorgung der ambulanten Patienten:innen mit transfusionsmedizinischen Leistungen sicherstellen. Als assoziiertes Unternehmen wird die ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH, die eine Beteiligung des DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH ist, bilanziert.

In 2022 wurden 75,10 % der Anteile am ZIT – Zentralinstitut für Transfusionsmedizin Hamburg GmbH erworben und die DRK-Blutspendedienst Medizinische Dienstleistungen gGmbH Mannheim als Tochtergesellschaft der Klinik Dr. Becker gegründet. Das ZIT wird aufgrund seiner untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen.

Die DRK BSD, DRK-Blutspendedienst Nord-Ost gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Immungenetik Ulm gemeinnützige GmbH, Institut für Klinische Transfusionsmedizin und Zelltherapie Heidelberg gemeinnützige GmbH, Zentrales Knochenmarkspender-Register für die BRD gemeinnützige GmbH (ZKRD), Medizinisches Versorgungszentrum DRK Blutspendedienst Ulm gemeinnützige GmbH, DRK-Blutspendedienst Medizinische Dienstleistungen gGmbH und ZTB Zentrum für Transfusionsmedizin und Zelltherapie Berlin gemeinnützige GmbH haben in 2022 positive Ergebnisse erzielt.

Die Umsatzerlöse des Konzerns sind im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um 2,2 % gestiegen und sind im Wesentlichen auf die Ausweitung von Ope-

rationstätigkeiten und Preiserhöhungen zurückzuführen. Die Laborleistungen waren positiv durch die Rückführung der MVZ in den Konzern und negativ durch die geringeren Covid-19 PCR Testungen beeinflusst.

Das ZKRD konnte weiterhin einen wichtigen Beitrag bei der Vermittlung von Stammzellenspendern:innen national und international leisten. Die Erträge erhöhten sich leicht.

Die für das Jahr 2022 getroffenen Planerwartungen (höhere Umsatzerlöse bei einem stärker rückläufigen operativen Ergebnis) konnten mit höheren Präparateumsätzen und deutlich gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen die unterproportional gestiegenen Material- und Personalkosten auffangen, so dass ein wesentlich höherer Konzernüberschuss als geplant realisiert wurde. Die Geschäftsführung war mit dem Geschäftsverlauf in einem schwierigem Umfeld sehr zufrieden.

Die durchschnittliche Mitarbeitendenzahl im Konzern hat sich um 314 auf 2.829 erhöht. Hierin enthalten sind gestellte Mitarbeitende der Universität Tübingen und des Universitätsklinikums Heidelberg. Die Erhöhung resultierte i. W. aus dem erstmaligen Einbezug der DRK-Blutspendedienst Medizinische Dienstleistungen gGmbH. Dies führte zudem zum höheren Personalaufwand im Vergleich zum Vorjahr.

Die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns ist geordnet. Die Konzernbilanzsumme ist um 9,53 Mio. € (=2,4 %) angestiegen. Es gelten im Wesentlichen die Aussagen wie beim Einzelabschluss zu den Veränderungen der Aktiva und Passiva. Die liquiden Mittel haben sich um 20,0 % (+4,25 Mio. € auf 25,43 Mio. €) erhöht. Die Eigenkapitalquote ist von 74,5 % auf 76,0 % angestiegen. Der Konzern-Jahresüberschuss (inkl. Minderheiten) in Höhe von 13,21 Mio. € dient ausschließlich der Finanzierung von Investitionsvorhaben, die zur Sicherung künftiger Aufgaben sowie der ständig steigenden Anforderungen an Qualität und Sicherheit der Blutpräparate und der verbundenen Labor Diagnostik notwendig sind.

Die erforderlichen Finanzmittel für die Investitionen und den Geschäftsbetrieb wurden ohne Aufnahme von zusätzlichen Fremdmitteln bewältigt. Investitionen in Sachanlagenvermögen und immaterielle Vermögensgegenstände wurden in Höhe von 14,60 Mio. € getätigt. Die Finanzanlagen erhöhten sich durch den Erwerb des ZIT um 4,61 Mio. €. Für Forschung und Entwicklung sind im Jahr 2022 Kosten in Höhe von 9,84 Mio. € angefallen, welchen Erlöse in Höhe von 4,34 Mio. € gegenüberstanden. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen für Forschung und Entwicklung für Therapeutika (z. B. Stammzellen) und für die Weiterentwicklung der Qualitätssicherung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zwecke der Gesellschaft sind die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege und des Wohlfahrtswesens sowie der Wissenschaft, Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Transfusionsmedizin und verwandten Gebieten. Bei der DRK BSD handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	134.020	128.057	5.963	4,7
Immaterielle Vermögensgegenstände	369	181	189	104,2
Sachanlagen	61.501	63.404	-1.903	-3,0
Finanzanlagen	72.150	64.472	7.677	11,9
Umlaufvermögen	199.350	199.437	-87	-0,0
Vorräte	19.435	14.137	5.299	37,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	17.698	19.634	-1.936	-9,9
Wertpapiere	138.250	146.055	-7.806	-5,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	23.966	19.610	4.356	22,2
Rechnungsabgrenzungsposten	541	547	-6	-1,1
Bilanzsumme	333.911	328.041	5.870	1,8
PASSIVA				
Eigenkapital	201.005	195.063	5.942	3,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	86.002	80.062	5.940	7,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	3	1	2	271,7
Rückstellungen	10.615	17.747	-7.131	-40,2
Verbindlichkeiten	122.290	112.331	9.959	8,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.900	-2.900	-
Bilanzsumme	333.911	328.041	5.870	1,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	171.739	166.184	5.555	3,3
Bestandsänderung UE / FE	4.238	1.144	3.095	270,6
Gesamtleistung	175.977	167.327	8.650	5,2
sonstige betriebliche Erträge	10.280	2.566	7.714	300,6
Materialaufwand	-53.296	-50.074	-3.222	6,4
Personalaufwand	-68.108	-65.830	-2.278	3,5
Abschreibungen	-7.664	-7.104	-560	7,9
sonstige betriebliche Aufwendungen	-50.725	-36.779	-13.947	37,9
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	6.464	10.108	-3.643	-36,0
Finanzergebnis	388	62	326	522,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	6.852	10.170	-3.318	-32,6
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-910	-568	-342	60,3
Ergebnis nach Steuern	5.943	9.602	-3.660	-38,1
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	10,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	5.942	9.602	-3.660	-38,1
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.942	9.602	-3.660	-38,1
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	1	9	-8	-90,2
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-5.940	-9.610	3.670	-38,2
Bilanzergebnis	3	1	2	271,7
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	1.230	1.146	84	7,3

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
DRK-Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH Konzern**

Bilanz Konzern	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	167.530	163.319	4.211	2,6
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.979	4.805	-827	-17,2
Sachanlagen	109.659	109.235	425	0,4
Finanzanlagen	53.892	49.279	4.612	9,4
Umlaufvermögen	237.459	232.139	5.320	2,3
Vorräte	34.095	26.413	7.682	29,1
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39.680	38.483	1.198	3,1
Wertpapiere	138.250	146.055	-7.806	-5,3
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	25.434	21.188	4.246	20,0
Rechnungsabgrenzungsposten	889	772	118	15,2
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	835	953	-118	-12,4
Bilanzsumme	406.713	397.183	9.530	2,4
PASSIVA				
Eigenkapital	309.195	295.990	13.205	4,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	115.000	115.000	0	0,0
Gewinnrücklagen / variables Kapital	183.938	169.679	14.258	8,4
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	6.039	7.284	-1.246	-17,1
Anteile anderer Gesellschafter	4.219	4.027	192	4,8
Rückstellungen	62.000	67.798	-5.799	-8,6
Verbindlichkeiten	35.021	30.115	4.906	16,3
Rechnungsabgrenzungsposten	497	3.279	-2.782	-84,8
Bilanzsumme	406.713	397.183	9.530	2,4
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	343.643	336.212	7.430	2,2
Bestandsveränderung UE / FE	5.522	1.453	4.069	280,1
Gesamtleistung	349.165	337.665	11.500	3,4
sonstige betriebliche Erträge	18.090	5.969	12.120	203,0
Materialaufwand	-120.152	-119.810	-341	0,3
Personalaufwand	-139.841	-129.319	-10.523	8,1
Abschreibungen	-14.901	-13.914	-987	7,1
sonstige betriebliche Aufwendungen	-78.703	-61.995	-16.708	27,0
Betriebsergebnis	13.657	18.597	-4.939	-26,6
Finanzergebnis	1.005	-507	1.512	-298,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	14.663	18.090	-3.428	-18,9
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.457	-1.399	-58	4,1
Ergebnis nach Steuern	13.205	16.691	-3.485	-20,9
Sonstige Steuern	-0	-0	-0	10,3
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	13.205	16.691	-3.485	-20,9
Anteile Minderheiten am Jahresergebnis	-192	-544	352	-64,6
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	13.013	16.147	-3.134	-19,4
Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr	7.284	7.674	-389	-5,1
Einstellungen in die Gewinnrücklagen	-14.258	-16.536	2.278	-13,8
Bilanzergebnis	6.039	7.284	-1.246	-17,1
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende Konzern (Jahresdurchschnitt)	2.829	2.515	314	12,5

2. House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH

Anschrift: Bessie-Coleman-Str. 7, Gateway Gardens 60549 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69/24 00 70 - 0	E-Mail/Internet: info@frankfurt-holm.de www.frankfurt-holm.de
Gründung: 29.06.2010	Unternehmensgegenstand: Unterstützung der Entwicklung der Logistik und Mobilitätswirtschaft, die Förderung und Erhaltung von vorhandenen Logistik- und Mobilitätspotentialen, die Verfügbarmachung von Räumen für Hochschulen und Unternehmen für die Zwecke von Lehre, Forschung, Transfer und Weiterbildung im Bereich Logistik und Mobilität durch den Aufbau und Betrieb eines interdisziplinären Forschungs- und Entwicklungs- sowie Bildungs- und Wissenstransferzentrums für Logistik und Mobilität.	
Gesellschafter: Land Hessen Stadt Frankfurt am Main HOLM (House of Logistics and Mobility) e. V.	Kapitalanteile: 173.000 € = 86,50 % 25.000 € = 12,50 % 2.000 € = 1,00 % 200.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Michael Kadow		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	6 Mitglieder Herr Staatssekr Jens Deutschendorf Herr StR Stefan Majer Frau StRin Stephanie Wüst Frau Staatssekrin Ayse Asar Herr Prof. Knut Ringat Herr Staatssekr Dr. Martin Worms	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 50,00 %		

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 ist weiterhin mit wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Krieg in der Ukraine sowie die damit verbundenen Kostensteigerungen zu rechnen. Die Verknappung an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich weiter verstetigen beziehungsweise verstärken. Die Ausfälle der House of Logistic and Mobility GmbH (HOLM) sollen nach jetzigem Stand durch die Fehlbedarfsfinanzierung abgedeckt werden. Gemäß Wirtschaftsplan 2023 wird für das Geschäftsjahr 2023 mit einem Fehlbedarf i. H. v. rund 3 Mio. € gerechnet. Es wird davon ausgegangen, dass dieser nicht überschritten wird. Eine abschließende Beurteilung der aus dem Krieg in der Ukraine resultierenden Risiken sowie deren Quantifizierung für das Geschäftsjahr 2023 ist zum Berichtszeitpunkt nicht möglich.

Kurzfristig besteht ein Risiko unverhältnismäßiger Kostensteigerungen bei Energie und Dienstleistungen sowie Personalkostensteigerungen im Zusammenhang mit der bestehenden Inflation. Im Bereich der Cateringkosten, welche im Veranstaltungsmanagement von hoher Bedeutung für das Buchungsverhalten sind, hat sich dies bereits in Teilen realisiert. Die Relevanz erhöht sich weiterhin dadurch, dass zu 2024 sämtliche Facilitymanagement-Verträge (Unterhaltsreinigung, Glas- und Fassadenreinigung, Technisches Gebäudemanagement sowie Empfangs- und Sicherheitsdienst) auslaufen und unter voraussichtlich deutlich gesteigerten Kosten neu abgeschlossen werden müssen. Wie bereits im Vorjahr identifiziert, besteht weiterhin das mittel- bis langfristige Risiko einer Veränderung der Kundenbedürfnisse in der Vermietung. Grundsätzlich verstetigt sich (über das HOLM hinaus) die steigende Einführung/Beibehaltung von Homeoffice-

Regelungen und damit das Risiko eines Rückgangs an Flächennachfrage allgemein, im speziellen für größere Flächen. Der Entwicklung gilt es insoweit nach wie vor mit einem breiten und attraktiven Service- und Vernetzungsangebot entgegenzutreten. In der Verlagerung auf eine veränderte Nachfrage auf vornehmlich kleinere Flächen liegt jedoch auch die Chance auf eine noch breitere Vernetzung innerhalb des HOLM. Ergänzend dazu besteht Potenzial darin, durch eine Erhöhung der Sichtbarkeit bestehender Instrumente, wie der angepassten HOLM-Innovationsförderung, verstärkt neue Zielgruppen wie kleine und mittlere Unternehmen zu gewinnen. Darüber hinaus besteht die Chance fort, das HOLM mit hybriden Formaten, unter Einbeziehung digitaler Instrumente wie der HOLM-Innovationsplattform in neu entstehenden Feldern weiter zu etablieren. Nach wie vor aktiv zu verfolgen gilt es außerdem, inwieweit das ursprünglich vom BMVI geplante Projekt „Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft (DZM)“ durch das BMDV fortgeführt werden wird und ob das HOLM bei künftigen Erwägungen dazu gegebenenfalls eine Rolle einnehmen kann. Im Hinblick auf die Verknappung am Arbeitsmarkt wird ein Programm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Branchen sowie zur Sicherstellung des HOLM eigenen Nachwuchspools entwickelt werden. Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft wird aufgrund der Finanzierungszusage des Landes Hessen in 2023 weiterhin sichergestellt sein. Die Verpflichtung zur Zahlung der Annuitäten aus der Finanzierung des Kaufs der „HOLM-Immobilie“ ist durch eine Garantieerklärung der Landes Hessen abgesichert.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Ziel der Gesellschaft ist es, den Wirtschaftsstandort Hessen als Innovationstreiber für Logistik und Mobilität zu unterstützen und mittels Öffentlichkeitsarbeit nationale wie internationale Sichtbarkeit für die Standortattraktivität zu generieren.

Die HOLM stützt ihre Leistungen dabei auf drei Säulen, welche miteinander verzahnt ein Gesamtkonstrukt zur Erfüllung des Gesellschaftszwecks und der Betrauungen ergeben. Bei diesen drei Säulen

handelt es sich um die „Vermietungs- und Gebäudeverwaltung“, das „Veranstaltungsmanagement“ sowie das „Innovations- und Netzwerkmanagement“.

Zur Sicherung der Finanzierung der Gesellschaft wurde erstmals am 29.06.2010 eine Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern abgeschlossen. Mit Datum vom 25.06.2021 wurde eine neue Finanzierungsvereinbarung abgeschlossen. Diese legt fest, dass das Land Hessen verpflichtet ist, bei Bedarf Zuzahlungen in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB zu leisten. Die Stadt Frankfurt am Main gewährt der HOLM für die Laufzeit der Finanzierungsvereinbarung jährlich eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage der Gesellschaft nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB i. H. v. 200 T€. Darüber hinaus ist die Stadt Frankfurt zu Zuzahlungen nicht verpflichtet. Die Zahlungs- bzw. Leistungsverpflichtungen des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt am Main stehen unter dem Vorbehalt, dass in den jeweiligen Haushalten entsprechende Mittel veranschlagt werden. Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt am Main verständigen sich auf der Grundlage des vom Aufsichtsrat beschlossenen Wirtschaftsplanes spätestens bis zum 30.11. des laufenden Jahres auf die Gesamtsumme der im kommenden Jahr zu leistenden Zuzahlungen. Das Land Hessen verpflichtet sich gemäß § 2 Abs. 4 dafür Sorge zu tragen, dass sich die Gesellschaft keinem Insolvenzverfahren unterziehen muss.

Der Geschäftsverlauf in 2022 war in Teilen von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dem. Das operative Geschäft verlief abhängig von den über das Jahr unterschiedlich ausgeprägten Pandemiegeschehen. So verringerte sich die physische Präsenz im HOLM wie bereits im Vorjahr phasenweise deutlich auf ein Minimum. Mieter verlagerten ihre Arbeit erkennbar ins Homeoffice.

Im „Innovations- und Netzwerkmanagement“ wirkte sich zu Beginn des Geschäftsjahres die Pandemie weiterhin hinsichtlich der Bereitschaft der Akteure auf eine physische Vernetzung aus. Durch die bereits eingeführte digitale Innovationsplattform des HOLM in Verbindung mit einer stetig zunehmenden Akzeptanz der digitalen Vernetzung insgesamt

konnte diese Einschränkung der Vernetzungsarbeit jedoch zu einem nicht unerheblichen Teil kompensiert werden. Vor dem Hintergrund der im Februar abklingenden Pandemie und des nahezu direkt anschließenden Kriegsgeschehens in der Ukraine, waren Cluster-, Premium- und Projektpartner jedoch auch im Geschäftsjahr 2022 weiterhin stark auf die Konsolidierung des eigenen Geschäfts fokussiert. Dadurch gestaltete sich die (insbesondere mehrjährige) Verlängerung sowie der Neuabschluss von Cluster- und Premiumpartnerverträgen wie im Vorjahr sehr herausfordernd. Das Veranstaltungsmanagement war zu Beginn des Geschäftsjahres sehr eingeschränkt, bevor sich mit Rückgang der Pandemie zügig deutliche Verbesserungen zeigten und das Planergebnis zu Ende des Geschäftsjahres sogar leicht übertroffen werden konnte. Einen wirtschaftlichen Anker für die Gesellschaft bildete auch weiterhin die durchschnittliche Infrastrukturauslastung, welche, auf Basis des Wirtschaftsplans 2022 und bezogen auf die maximal vermietbaren Flächen, bei über 95 % lag. Allerdings führte die weltweite Krise am Rohstoff- und Energiemarkt zu massiven Preiserhöhungen sowie Lieferengpässen. In Kombination mit einem branchenübergreifenden Fachkräftemangel konnten auch im Infrastrukturbereich zum Teil beauftragte Dienstleistungen nur mit starker Verzögerung ausgeführt werden.

Die Arbeitgeber-Situation auf dem Arbeitsmarkt wies im Geschäftsjahr 2022 eine deutliche Verschlechterung in der Gewinnung von Arbeitskräften auf. Damit einhergehend sowie angetrieben von der außerordentlichen Steigerung der Verbraucherpreise steigerten sich die am Arbeitsmarkt bestehenden (Gehalts-)Vorstellungen deutlich.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme beträgt 72,28 Mio. € (Vj. 74,01 Mio. €). Die Differenz zum Vorjahr in Höhe von -1,73 Mio. € begründet sich auf der Aktivseite im Wesentlichen durch die Abnahme bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken i. H. v. -2,01 Mio. € auf 69,10 Mio. € (Vj. 71,11 Mio. €). Die Liquidität ist hingegen um 549 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Der Rückgang der Bilanzsumme auf der Passivseite liegt im Wesentlichen am Rückgang der Verbindlichkeiten von 71,69 Mio. € auf 70,02 Mio. €. Das langfristig gebundene Vermögen der Gesellschaft umfasst die Sachanlagen. Das Eigenkapital und langfristige Fremdkapital decken das langfristig gebundene Anlagevermögen zu 100,4%. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit gewährleistet.

Zur Erfolgslage

Der Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres von 2,50 Mio. € hat sich zum Vorjahr um rund 260 T€ verringert. Ursächlich dafür ist eine Steigerung der Erlös-/Ertragsseite. Insbesondere konnten die Erlöse Events nach dem Abklingen der Corona-Pandemie in Verbindung mit dem Wegfall der damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen deutlich gesteigert werden. Ebenso konnten die Erlöse Premiumpartner und Leistungen aus Kooperationsverträgen, trotz weiterhin bestehender Zurückhaltung der Unternehmen beim Abschluss neuer sowie der Verlängerung von bestehenden Premiumpartnerschaften, gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Der Aufwand ist gegenüber dem Vorjahr moderat angestiegen. Wesentlich sind hierbei die gestiegenen Personalkosten, wobei sich die Steigerung entsprechend der Wirtschaftsplanung entwickelt (Plan 3,04 Mio. €, Vj. Plan 2,56 Mio. €) und diese noch deutlich unterschritten hat.

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres durch eine Entnahme aus der Kapitalrücklage abzudecken.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Die Stadt Frankfurt am Main hat sich für den Zeitraum 2021 bis 2025 zur Zahlung eines jährlichen Zuschusses von bis zu 200 T€ verpflichtet. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft von der Stadt Frankfurt am Main eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage von 196 T€ erhalten.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Die Aufsichtsräte erhalten keine Bezüge.

Ein Ausweis der Bezüge der Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	69.420	71.617	-2.197	-3,1
Immaterielle Vermögensgegenstände	42	50	-8	-16,1
Sachanlagen	69.377	71.567	-2.189	-3,1
Umlaufvermögen	2.813	2.334	479	20,5
Vorräte	682	589	93	15,8
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	169	333	-163	-49,1
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	1.962	1.413	549	38,8
Rechnungsabgrenzungsposten	45	59	-13	-22,9
Bilanzsumme	72.278	74.010	-1.732	-2,3
PASSIVA				
Eigenkapital	1.815	1.824	-9	-0,5
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	200	200	0	0,0
Kapitalrücklage	4.115	4.383	-269	-6,1
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-2.500	-2.760	260	-9,4
Rückstellungen	129	108	21	19,7
Verbindlichkeiten	70.021	71.694	-1.673	-2,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	69.090	70.815	-1.724	-2,4
Rechnungsabgrenzungsposten	313	384	-71	-18,5
Bilanzsumme	72.278	74.010	-1.732	-2,3
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	6.096	5.571	525	9,4
Bestandsänderung UE / FE	93	49	45	91,6
Gesamtleistung	6.189	5.619	570	10,1
sonstige betriebliche Erträge	66	138	-72	-52,3
Materialaufwand	-1.610	-1.598	-12	0,7
Personalaufwand	-2.697	-2.422	-275	11,4
Abschreibungen	-2.249	-2.300	51	-2,2
sonstige betriebliche Aufwendungen	-809	-783	-26	3,3
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-1.109	-1.345	236	-17,5
Finanzergebnis	-1.376	-1.409	33	-2,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-2.485	-2.754	269	-9,8
Ergebnis nach Steuern	-2.485	-2.754	269	-9,8
Sonstige Steuern	-15	-6	-9	155,9
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-2.500	-2.760	260	-9,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-2.500	-2.760	260	-9,4
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	39	39	0	0,0

3. Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH

Anschrift: Poststraße 16 60329 Frankfurt am Main	Telefon: 0 69 /25 77-17 00	E-Mail/Internet: info@krfrm.de www.krfrm.de
Gründung: 21.12.2005	Unternehmensgegenstand: Förderung der Kultur durch die Schaffung und Durchführung regional, überregional und international bedeutsamer Kulturprojekte und Veranstaltungen. Diese haben den Zweck, das kulturelle Profil der Gesellschafter und der Region Frankfurt Rhein-Main zu schärfen und herauszuheben.	

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Stadt Frankfurt am Main	6.000 € = 16,93 %
Eigener Anteil	4.500 € = 12,69 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	2.800 € = 7,90 %
Landkreis Offenbach	2.800 € = 7,90 %
Landkreis Groß-Gerau	1.700 € = 4,80 %
Landkreis Main-Taunus	1.700 € = 4,80 %
Landkreis Hochtaunus	1.600 € = 4,51 %
Landkreis Wetterau	1.500 € = 4,23 %
Landkreis Rheingau-Taunus	1.450 € = 4,09 %
Stadt Darmstadt	1.300 € = 3,67 %
Stadt Offenbach am Main	1.100 € = 3,10 %
Regionalverband FrankfurtRheinMain	1.000 € = 2,82 %
Stadt Hanau	800 € = 2,26 %
Stadt Aschaffenburg	600 € = 1,69 %
Stadt Rüsselsheim	550 € = 1,55 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	500 € = 1,41 %
Stadt Dreieich	400 € = 1,13 %
Stadt Maintal	350 € = 0,99 %
Stadt Bad Vilbel	300 € = 0,85 %
Stadt Langen	300 € = 0,85 %
Stadt Friedberg	250 € = 0,71 %
Stadt Friedrichsdorf	250 € = 0,71 %
Stadt Bingen	250 € = 0,71 %
Stadt Ingelheim	250 € = 0,71 %
Stadt Alzenau	200 € = 0,56 %
Stadt Eschborn	200 € = 0,56 %
Stadt Hattersheim	200 € = 0,56 %
Stadt Seligenstadt	200 € = 0,56 %
Stadt Büdingen	200 € = 0,56 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	150 € = 0,42 %
Stadt Kelsterbach	150 € = 0,42 %
Stadt Kronberg	150 € = 0,42 %
Stadt Raunheim	150 € = 0,42 %
Gemeinde Bischofsheim	150 € = 0,42 %
Stadt Eltville	150 € = 0,42 %
Markt Großostheim	150 € = 0,42 %
Stadt Erlensee	150 € = 0,42 %
Stadt Michelstadt (Odenwaldkreis)	150 € = 0,42 %
Gemeinde Niederdorfelden	100 € = 0,28 %
Stadt Miltenberg	100 € = 0,28 %
Gemeinde Wölfersheim	100 € = 0,28 %

Stadt Geisenheim	100 € =	0,28 %
Stadt Ortenberg	100 € =	0,28 %
Stadt Bad Orb	100 € =	0,28 %
Stadt Wächtersbach	100 € =	0,28 %
Gemeinde Brachtal	50 € =	0,14 %
Stadt Lorch	50 € =	0,14 %
Gemeinde Glauburg	50 € =	0,14 %
	35.450 € =	100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Sabine von Bebenburg

Aufsichtsrat:**20 Mitglieder****Aufsichtsratsvorsitz:**

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Mandatsträger der Stadt:

Frau StRin Dr. Ina Hartwig

Herr StR Dr. Bernd Heidenreich

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr BM Dirk Antkowiak

Herr Jörg Fabig

Frau StRin Irina Gerybadze-Haesen

Herr BM Dennis Grieser

Herr OB Claus Kaminsky

Herr LRat Frank Kilian

Herr Joachim Kolbe

Herr KrBg Wolfgang Kollmeier

Herr Erster Bg Rouven Kötter

Herr LRat Ulrich Krebs

Herr OB Jochen Partsch

Herr LRat Oliver Quilling

Herr LRat Klaus Peter Schellhaas

Herr OB Dr. Felix Schwenke

Herr Erster StR Karl-Heinz Spengler

Herr BM Dr. Thomas Stöhr

Herr LRat Jan Weckler

Herr LRat Thomas Will

Frauenquote:Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

50,00 %

A. Ausblick 2023

Die bewährten Projekte werden fortgesetzt. Fokus-thema 2023 sowohl bei GartenRheinMain als auch bei der Route der Industriekultur ist „Wasser“.

Online-Kommunikation und -Kanäle gewinnen zunehmend an Bedeutung, so dass u. a. ein Relaunch der KulturRegions-Website im Laufe des Jahres 2023 vorbereitet wird.

Zum 01.01.2023 ist die Stadt Wiesbaden zum Gesellschafterkreis hinzugekommen.

Bei der Geschäftsführung zeichnet sich nach knapp 13 Jahren ein Wechsel ab. Bereits im Dezember

wird voraussichtlich die neue Geschäftsführerin ihre Tätigkeit aufnehmen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022**Allgemeines**

Auch 2022 war noch von den durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen im Veranstaltungsbereich geprägt. Das 13. Jahresprogramm „Museen und Ausstellungen“ wurde Anfang Januar mit einer Corona-bedingt reduzierten Auflage herausgebracht; auch die Zahl der teilnehmenden

Museen lag in Folge der Pandemie mit 96 unter der des Vorjahres (104).

Der Fokus der Gesellschaft lag auf der kulturellen Vernetzung, die im Wesentlichen durch die Weiterführung der bestehenden vier Projekte erfolgte: „GartenRheinMain“, „Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes“, „Route der Industriekultur Rhein-Main“, und „Starke Stücke (Internationales Kinder- und Jugendtheaterfestival Rhein-Main)“.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr (595 T€) leicht auf 606 T€ gestiegen. Auf der Aktivseite dominieren die flüssigen Mittel (529 T€). Die sonstigen Vermögensgegenstände (65 T€) sind im Wesentlichen aufgrund von Umsatzsteuererstattungen gestiegen. Auf der Passivseite beläuft sich das Eigenkapital auf 535 T€; aufgrund des Jahresfehlbetrags von -10 T€ hat es sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend reduziert. Die Verbindlichkeiten belaufen sich auf 51 T€.

Zur Erfolgslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 10 T€ (Vj. +125 T€). Gegenüber dem Vorjahr stellt das eine Verschlechterung von 134 T€ dar, gegenüber dem Wirtschaftsplan ergibt sich eine Verbesserung von 127 T€.

Die Erträge sind durch geringere Zuschüsse im Vorjahresvergleich gesunken, liegen aber über dem Plan. Der Materialaufwand unterschreitet den Planwert (um 186 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen überschreiten den Planwert (um 113 T€). Hier kommt es teilweise zu Verschiebungen bzw. Erstattungen. Hinsichtlich des Anstiegs beim Personalaufwand verweist die Gesellschaft auf

Gehaltsanpassungen, Elternzeitvertretungen und Stundenerhöhungen

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Kultur. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Beziehungen zum Haushalt

Die Gesellschafter tragen zur laufenden Finanzierung der Gesellschaft durch Beiträge von 0,12 € pro Einwohner:innen und Jahr bei. Im Jahr 2022 belief sich der Beitrag der Stadt Frankfurt am Main auf 91 T€.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
Kulturregion Frankfurt RheinMain-gemeinnützige GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	9	0	9	6.107,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	9	0	9	7.152,3
Sachanlagen	0	0	-0	-63,6
Umlaufvermögen	596	594	2	0,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	67	38	30	78,5
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	529	557	-28	-4,9
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0	0,0
Bilanzsumme	606	595	11	1,9
PASSIVA				
Eigenkapital	535	545	-10	-1,8
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	35	35	0	0,0
abzüglich eigene Anteile	5	5	-0	-3,2
Kapitalrücklage	126	126	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	389	265	124	46,9
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	-10	125	-134	-107,8
Rückstellungen	14	13	1	9,5
Verbindlichkeiten	51	31	20	62,6
Rechnungsabgrenzungsposten	5	5	0	0,0
Bilanzsumme	606	595	11	1,8
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	895	910	-15	-1,7
Gesamtleistung	895	910	-15	-1,7
sonstige betriebliche Erträge	3	1	2	361,1
Materialaufwand	-209	-187	-22	12,0
Personalaufwand	-426	-376	-50	13,3
Abschreibungen	-3	-25	22	-86,5
sonstige betriebliche Aufwendungen	-270	-199	-71	35,8
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	-10	125	-134	-107,8
Ergebnis vor Steuern (EBT)	-10	125	-134	-107,8
Ergebnis nach Steuern	-10	125	-134	-107,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	-10	125	-134	-107,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-10	125	-134	-107,8
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	12	12	0	0,0

4. Regionalpark Ballungsraum RheinMain gemeinnützige GmbH

Anschrift: Frankfurter Straße 76 65439 Flörsheim am Main	Telefon: 0 61 45/9 36 36 20	E-Mail/Internet: information@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de
Gründung: 15.07.2003	Unternehmensgegenstand: Förderung des Projekts "Regionalpark RheinMain" durch die Beschaffung und Organisation von Finanzmitteln sowie deren Verteilung auf gemeinnützige Regionalparkgesellschaften, Koordination und Steuerung der Projekte im Sinne einer übergeordneten regionalen Planung und die Definition von Gestaltungsstandards.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Land Hessen Landkreis Groß-Gerau Landkreis Hochtaunus Landkreis Main-Kinzig Landkreis Main-Taunus Landkreis Offenbach Landkreis Rheingau-Taunus Landkreis Wetterau Stadt Bad Homburg v. d. Höhe Stadt Hanau Stadt Offenbach am Main Stadt Rüsselsheim Stadt Wiesbaden Regionalverband FrankfurtRheinMain	Kapitalanteile: 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 12.500 € = 6,67 % 187.500 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Kjell Schmidt		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	15 Mitglieder Frau Erste KrBg Claudia Jäger Frau StRin Rosemarie Heilig Herr KrBg Hansjörg Bathke Herr MinR Matthias Bergmeier Herr LRat Michael Cyriax Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr BM Oliver Jedynak Herr StR Andreas Kowol Herr StR Nils Kraft Herr StR Thomas Morlock Herr Erste KrBg Thorsten Schorr Frau Erste KrBg Susanne Simmler Herr KrBg Matthias Walther Herr StR Paul-Gerhard Weiß Herr LRat Thomas Will	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

5. Regionalpark Rhein-Main Süd-West gGmbH

Anschrift:	Telefon:	E-Mail/Internet:
c/o Stadt Kelsterbach Mörfelder Straße 33 65451 Kelsterbach	0 61 07/77 32 26	info@regionalpark-rheinmain.de www.regionalpark-rheinmain.de

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
27.05.1998	Realisierung des Regionalparks Rhein-Main im Gebiet des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main.

Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Regionalverband FrankfurtRheinMain	10.400 € = 11,76 %
Stadt Frankfurt am Main	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Egelsbach	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Nauheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Dreieich	5.200 € = 5,88 %
Stadt Ginsheim-Gustavsburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Kelsterbach	5.200 € = 5,88 %
Stadt Langen	5.200 € = 5,88 %
Stadt Mörfelden-Walldorf	5.200 € = 5,88 %
Stadt Neu-Isenburg	5.200 € = 5,88 %
Stadt Raunheim	5.200 € = 5,88 %
Stadt Rüsselsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Bischofsheim	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Trebur	5.200 € = 5,88 %
Gemeinde Büttelborn	5.200 € = 5,88 %
Stadt Groß-Gerau	5.200 € = 5,88 %
	88.400 € = 100,00 %

Geschäftsführung:
Herr Manfred Ockel
Herr Klaus Wichert

Aufsichtsrat:	16 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Erster Bg Rouven Kötter
Mandatsträger der Stadt:	Frau StRin Rosemarie Heilig
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Herr BM Martin Burlon
	Herr BM Jochen Engel
	Herr BM Jan Fischer
	Herr BM Dirk Gene Hagelstein
	Herr Verb.dir. Thomas Horn
	Herr BM Ingo Kalweit
	Herr StR Nils Kraft
	Herr StR Kurt Linnert
	Herr BM Marcus Merkel
	Herr BM Thorsten Siehr
	Herr BM Erhard Walther
	Herr BM Jan Werner
	Herr BM Tobias Wilbrand
	Herr BM Thomas Winkler

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

100,00 %

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6. Regionalpark Rhein-Main Taunushang GmbH

Anschrift: c/o Stadt Bad Homburg Rathausplatz 1 61343 Bad Homburg	Telefon: 0 61 72/1 00 61 00	E-Mail/Internet: holger.heinze@bad-homburg.de www.regionalpark-rheinmain.de
Gründung: 22.03.2001	Unternehmensgegenstand: Realisierung des Regionalparks RheinMain im Gebiet der Städte, die Gesellschafter sind.	
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Stadt Bad Homburg v. d. Höhe Stadt Friedrichsdorf Stadt Kronberg Stadt Oberursel Stadt Schwalbach Stadt Steinbach Regionalverband FrankfurtRheinMain Stadt Eschborn	Kapitalanteile: 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 25.000 € = 11,11 % 225.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Peter Dommermuth Herr Holger Heinze Frau Sonja Kupfer Frau Anja Littig Herr Ulrich Nützel Frau Yvonne Richter		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Herr OB Alexander Hetjes Frau StRin Rosemarie Heilig Herr BM Steffen Bonk Frau Stv Bärbel Grade Herr BM Leonhard Helm Herr Verb.dir. Thomas Horn Herr BM Alexander Immisch Herr BM Lars Keitel Frau BM Antje Runge Herr Erster StR Robert Siedler	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 100,00 %		

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

7. Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH

Anschrift: Alte Bleiche 5 65719 Hofheim am Taunus	Telefon: 0 61 92/2 94 -0	E-Mail/Internet: info@rmv.de www.rmv.de
Gründung: 30.06.1994	Unternehmensgegenstand: Gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV).	
Gesellschafter:	Kapitalanteile:	
Stadt Frankfurt am Main	25.565 €	= 3,70 %
Land Hessen	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Fulda	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Gießen	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Groß-Gerau	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Hochtaunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Lahn-Dill	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Limburg-Weilburg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Main-Kinzig	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Main-Taunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Marburg Biedenkopf	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Odenwald	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Offenbach	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Rheingau-Taunus	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Vogelsberg	25.565 €	= 3,70 %
Landkreis Wetterau	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Bad Homburg v. d. Höhe	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Darmstadt	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Fulda	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Gießen	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Hanau	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Marburg	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Offenbach am Main	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Rüsselsheim	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Wetzlar	25.565 €	= 3,70 %
Stadt Wiesbaden	25.565 €	= 3,70 %
	690.244 €	= 100,00 %
Geschäftsführung:		
Herr Dr. Andre Kawai		
Herr Prof. Knut Ringat		

Aufsichtsrat:**Aufsichtsratsvorsitz:****Mandatsträger der Stadt:****Weitere Aufsichtsratsmitglieder:****28 Mitglieder**

Herr LRat Ulrich Krebs
Herr StR Stefan Majer
Herr KrBg Johannes Baron
Herr Staatssekr Jens Deutschendorf
Herr KrBg Günter F. Döring
Herr LRat Manfred Görig
Frau StRin Sabine Groß
Frau Erste KrBg Claudia Jäger
Herr BM Dr. Oliver Jedynak
Herr LRat Michael Köberle
Herr Erster KrBg Lutz Köhler
Herr StR Norbert Kortlüke
Herr StR Andreas Kowol
Herr StR Nils Kraft
Herr LRat Frank Matiaske
Herr StR Thomas Morlock
Herr KrBg Winfried Ottmann
Herr OB Jochen Partsch
Herr LRat Wolfgang Schuster
Herr OB Dr. Thomas Spies
Herr LRat Jan Weckler
Frau StRin Gerda Weigel-Greilich
Herr LRat Thomas Will
Herr OB Dr. Heiko Wingenfeld
Herr LRat Bernd Woide
Herr Staatssekr Dr. Martin Worms
Herr Erster KrBg Marian Zachow
Herr KrBg Christian Zuckermann

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

0,00 %

Beteiligungen:

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH
Rhein-Main Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH
Mobility Inside Holding GmbH & Co. KG
Mobility Inside Verwaltungs GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %
125.000 € = 100,00 %
3.260.000 € = 20,78 %
10.010 € = 20,02 %

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

8. RMA Rhein-Main Abfall GmbH

Anschrift: Ludwigstraße 44 63067 Offenbach am Main	Telefon: 0 69/8 00 52-0	E-Mail/Internet: info@rmaof.de www.rmaof.de
Gründung: 21.12.1998		
Unternehmensgegenstand: Planung und Organisation der Abfallentsorgung im Rhein-Main-Gebiet und deren Koordination unter den Gesellschaftern.		
Gesellschafter: Stadt Frankfurt am Main Landkreis Hochtaunus Landkreis Main-Taunus Landkreis Offenbach Stadt Offenbach am Main Stadt Maintal	Kapitalanteile: 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 53.050 € = 19,23 % 10.650 € = 3,86 % 275.900 € = 100,00 %	
Geschäftsführung: Herr Jens Will		
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Mandatsträger der Stadt: Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	26 Mitglieder Herr Erster KrBg Uwe Kraft Frau StRin Rosemarie Heilig Herr Dr. Manfred Kircher Frau Stv Anna Pause Herr Stv Thomas Schlimme Herr Stv Omar Shehata Herr MinR Matthias Bergmeier Herr BM Dr. Frank Blasch Herr LRat Michael Cyriax Herr BM a.D. Peter Freier Herr Dr. Joachim Glasenapp Herr BM a.D. Hartmut Haibach Frau Erste KrBg Claudia Jäger Herr Erster StR Karl-Heinz Kaiser Herr StR Adolf Kannengießer Herr Thomas Kaus Herr Carsten Müller Herr Robert Müller Herr Werner Müller Frau KrBg Madlen Overdick Herr LRat Dirk-Oliver Quilling Herr Erste KrBg Thorsten Schorr Frau Dr. Sybille Schumann Herr BM Gregor Sommer Herr Peter Walther Herr StK Martin Wilhelm	
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 40,00 %		

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Entwicklung der entgeltrelevanten und überlassenen Abfallmengen aus den Gebietskörperschaften und die Entwicklung der Entsorgungsstrukturen im RMA-Gebiet sind die bestimmenden Größen der künftigen Erlössituation der RMA Rhein-Main Abfall GmbH (RMA).

Eine wirksame interne Steuerung und Kontrolle wird durch eine permanente Überwachung und aktive Beeinflussung der Mengenströme im Stoffstrommanagement durchgeführt. Die Erlössituation und die Entwicklung des Materialaufwandes werden kontinuierlich überwacht. Die notwendigen Instrumente des Controllings sind durch eine Kostenrechnung erweitert, die auch jederzeit die Anforderungen des Kommunalen Abgabengesetzes und des öffentlichen Preisrechts abbilden kann. Als wichtige Instrumente der Risikoerkennung und der daraus folgenden etwaigen Notwendigkeit zur Reaktion dienen Wochen-, Monats- und Quartalsanalysen. Ein formalisiertes Risikofrüherkennungssystem ist vorhanden. Hierfür wird regelmäßig eine Risikoinventur durchgeführt. Die Ergebnisse werden in einem Risikobericht zusammengeführt. Die vorgehaltenen Bereitstellungskapazitäten in den MHKW's und auf den Deponien entsprechen der zu erwartenden Menge an Beseitigungsabfällen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Die Fortführung der Gesellschaft und die interkommunale Kooperation zwischen den Gesellschaftern bis zum 31.12.2033 ist durch die Gremien der Gesellschafter:innen im Geschäftsjahr 2020 beschlossen worden und notariell beurkundet. Hiernach ist sichergestellt, dass die RMA den ihr erteilten Generalentsorgungsauftrag als beauftragter Dritter gemäß § 22 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) auch weiterhin erfüllen kann.

Das Hauptziel der RMA ist die wirtschaftliche und sichere Entsorgung der regional anfallenden Siedlungsabfälle. Die Entgeltstabilität sowie die Auslastung vorhandener Müllheizkraftwerke und anderer Entsorgungsanlagen sind die Ziele der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gebietskörperschaften Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach, Stadt Maintal und den Landkreisen Kreis

Offenbach, Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis. Diese beiden Ziele sind nachhaltig sozial (Entgeltstabilität) und ökonomisch (Wirtschaftlichkeit der Entsorgungstätigkeit) sinnvoll zu erreichen. Die Entgelte der RMA für brennbare Abfälle wurden zum 01.04.2021 um 7,82 % gesenkt. Die transparente Berechnung einheitlicher Entgelte an die sechs Gebietskörperschaften, die alle Aufwendungen der Abfallentsorgung decken, ist eine weitere wesentliche Aufgabe der RMA. Es wird von weiteren politischen Entscheidungen abhängig sein, ob die Abfallentsorgung aufgrund des gewollten Beitrags zum Klimaschutz eine Teuerung erfahren muss. Hier sind die Aufwendungen für die Schaffung von Deponieraum und die Einführung von Lenkungssteuern zentrale Themen der nahen Zukunft.

In der aktuellen Abfallwirtschaftskonzeption 2021 bis 2026 hat die RMA frühzeitig eine Deponiebedarfsprognose erstellt. Bis zum Jahr 2023 sind ausreichend Deponiekapazitäten für die andienungspflichtigen und ablagerungsfähigen Abfälle im Rahmen der Kooperation mit der Landeshauptstadt Wiesbaden gesichert. Die Deponie Dyckerhoffbruch befindet sich in der finalen Genehmigungsstufe für den Ausbau bzw. die Erweiterung des verfügbaren Deponievolumens für die kommenden 25 Jahre. Allerdings handelt es sich hier um ein Genehmigungsverfahren für die Deponieklasse I. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die RMA nach 2023 ein entsprechendes Verfüllvolumen der Deponieklasse I nutzen wird. Unsicherheiten bestehen derzeit ab 2024 hinsichtlich eines Verfüllvolumens der Deponieklasse II, hier sind die zukünftigen Entsorgungswege zu prüfen.

Die Entwicklung der andienungspflichtigen Abfallmengen zur Beseitigung hat eine zentrale Bedeutung für die Entwicklung der Erlöse der Gesellschaft. Seit Einführung der flächendeckenden Getrenntsammlung von Bioabfällen im RMA-Gebiet ist eine Verringerung der zu beseitigenden Hausmüllmengen zu verzeichnen. Im Jahr 2020 stieg das Hausmüllaufkommen allerdings wieder an bedingt durch den Ausbruch der Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen, das veränderte Konsumverhalten sowie das verstärkte

Arbeiten von zu Hause. Auch das Geschäftsjahr 2021 wies gleichbleibende hohe Hausmüllmengen auf, erst mit dem Ende der Kontaktbeschränkungen Anfang 2022 waren die Hausmüllmengen wieder rückläufig. Die weitere Entwicklung der Hausmüllmengen ist von der weiteren Wohnbebauung im Rhein-Main-Gebiet und dem daraus resultierenden Zuzug und der Bevölkerungsentwicklung abhängig sowie der sich möglicherweise ändernden Lebens- und Arbeitsweisen nach der Überwindung der Pandemie.

Die Bereitstellungskapazitäten in den Müllheizkraftwerken Frankfurt und Offenbach sind in Einzelentsorgungsverträgen mit 350.000 t/a in Frankfurt bis zum Jahr 2028 und mit 11.500 t/a im MHKW Offenbach bis zum Jahr 2023 vertraglich zugesichert.

Im Berichtsjahr wurden der RMA 326.322 t (Vj. 342.250 t) zzgl. 21.471 t (Vj. 20.000 t) Abfälle aus der Landeshauptstadt Wiesbaden angedient. Das Hausmüllaufkommen aus den beteiligten Gebietskörperschaften betrug im Geschäftsjahr 288.236 t und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (301.625 t) um 13.389 t gesunken. Die Sperrmüllmengen in Höhe von 21.549 t (Vj. 24.797 t) verzeichneten im Geschäftsjahr 2022 einen Rückgang von 3.248 t (13,10 %). Im Geschäftsjahr 2022 sind die Kleinanlieferermengen an den zentralen Wertstoffhöfen der RMA gegenüber dem Vorjahr von 11.321 t um 11,18 % auf 12.586 t gestiegen.

Der Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr ist insgesamt als positiv zu beurteilen. Die Ziele der RMA, die verlässliche Entsorgungssicherheit im RMA-Gebiet zu gewährleisten sowie die Auslastung der Verbrennungsanlagen, sind erreicht worden.

Zur Vermögens- und Kapitallage

Die Bilanzsumme der RMA verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 5,58 Mio. € auf 13,09 Mio. €. Das Anlagevermögen ist von 319 T€ auf 270 T€ gesunken. Der Bestand an flüssigen Mitteln ist von 10,85 Mio. € auf 4,63 Mio. € gesunken. Die Forderungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 640 T€ auf 7,99 Mio. € erhöht.

Auf der Passivseite verringerten sich die Verbindlichkeiten um 886 T€ auf 7,46 Mio. € (Vj. 8,35 Mio. €). Hauptursache hierfür ist eine Abnahme

der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Die Rückstellungen haben sich um 5,08 Mio. € auf 1,39 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr (6,47 Mio. €) verringert. Ursächlich ist hier hauptsächlich der Verbrauch der Rückstellungen in Höhe von 5,50 Mio. € für Entsorgungsmehrkosten der Hausmüllverbrennungsschlacke und Rauchgasreinigungsrückstände aufgrund erschwerter Bedingungen bei der Ablagerung dieser Rückstände des MHKW's in Frankfurt. Das Eigenkapital betrug 4,24 Mio. € (Vj. 3,85 Mio. €). Die Eigenkapitalquote betrug 10,95 % (Vj. 7,08 %).

Zur Erfolgslage

Mit einem Jahresüberschuss von 387 T€ lag das Ergebnis um 114 T€ über dem Vorjahresniveau. Die Umsatzerlöse (58,75 Mio. €) haben sich gegenüber dem Vorjahr (61,74 Mio. €) um 2,99 Mio. € reduziert in Folge der gesunkenen Hausmüllmengen (nach Auflösung der Corona-Schutzmaßnahmen). Beim Materialaufwand ist ebenfalls ein Rückgang von 2,99 Mio. € (auf 55,52 Mio. €) zu verzeichnen. Ursächlich hier sind vor allem die geltenden vertraglichen Regelungen zwischen FES und RMA bezüglich der Betreibervergütung für das MHKW Frankfurt. Die Personalaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Mehraufwendungen sind auf eine Rückstellung für Pensionen zurückzuführen (Altersvorsorge). Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist eine Abnahme um 236 T€ auf 747 T€ zu verzeichnen. Eingespart wurde vor allem in den Bereichen Prozess- und Beratungskosten und übrige Dienstleistungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Bei der RMA handelt es sich gemäß HGO um keine Gesellschaft, die auf den Betrieb eines wirtschaftlichen Unternehmens gerichtet ist, so dass eine Prüfung der Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO entfällt.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Ein Ausweis der Bezüge von Aufsichtsrat und Geschäftsführung entfällt gemäß § 123 a HGO in Verbindung mit § 53 HGrG.

**Jahresabschluss zum 31.12.2022 der
RMA Rhein-Main Abfall GmbH**

Bilanz	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
AKTIVA				
Anlagevermögen	270	319	-49	-15,4
Immaterielle Vermögensgegenstände	10	33	-23	-68,4
Sachanlagen	259	286	-27	-9,3
Umlaufvermögen	12.618	18.194	-5.575	-30,6
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.987	7.347	640	8,7
Kassenbestand, Bankguthaben und Schecks	4.632	10.847	-6.215	-57,3
Aktive latente Steuern	169	126	43	34,3
Rechnungsabgrenzungsposten	33	32	1	4,0
Bilanzsumme	13.090	18.670	-5.580	-29,9
PASSIVA				
Eigenkapital	4.236	3.849	387	10,0
Gezeichnetes Kapital / Festkapital	276	276	0	0,0
Kapitalrücklage	0	0	0	0,0
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	3.573	3.301	273	8,3
Jahresergebnis / Bilanzergebnis	387	273	114	41,8
Rückstellungen	1.388	6.469	-5.081	-78,5
Verbindlichkeiten	7.466	8.352	-886	-10,6
Bilanzsumme	13.090	18.670	-5.580	-29,9
Gewinn- und Verlustrechnung	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung	
	T€	T€	in T€	in %
Umsatzerlöse	58.748	61.735	-2.987	-4,8
Gesamtleistung	58.748	61.735	-2.987	-4,8
sonstige betriebliche Erträge	17	15	2	13,0
Materialaufwand	-55.516	-58.509	2.994	-5,1
Personalaufwand	-1.847	-1.721	-127	7,4
Abschreibungen	-64	-84	20	-23,7
sonstige betriebliche Aufwendungen	-747	-983	236	-24,0
EBIT (Betriebliches Ergebnis)	591	453	138	30,4
Finanzergebnis	-21	-55	34	-61,4
Ergebnis vor Steuern (EBT)	570	398	171	43,0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-183	-125	-58	45,9
Ergebnis nach Steuern	387	273	114	41,7
Sonstige Steuern	-0	-0	0	-44,4
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (inkl. Minderheiten)	387	273	114	41,8
Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	387	273	114	41,8
Kennzahlen	2022	2021	Veränderung	
			absolut	in %
Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt)	21	20	1	5,0
Abfallmenge in t	326.322	342.250	-15.928	-4,7

9. Genossenschaften

Die Stadt Frankfurt am Main ist Mitglied in fünf Wohnungsgenossenschaften.

Im Folgenden werden Angaben zum Genossenschaftsanteil der Stadt, zur Haftsumme, Mitgliederanzahl und Anzahl der Geschäftsanteile gemacht.

Bauverein für Höchst am Main und Umgebung eG

Genossenschaftsanteil: 4.805 € (31 Anteile á 155 €)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.802
Anzahl der Geschäftsanteile: 20.331

Frankfurter Wohnungs-Genossenschaft eG

Genossenschaftsanteil: 320 € (ein Anteil)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: 1.268
Anzahl der Geschäftsanteile: 4.905

Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergen-Enkheim eG (Stand: 31.12.2021)

Genossenschaftsanteil: 440 € (zwei Anteile á 220 €)
Haftsumme: 216.260 €
Mitgliederanzahl: 344
Anzahl der Geschäftsanteile: 1021

Volks- Bau- und Sparverein Frankfurt am Main eG

Genossenschaftsanteil: 18.750 € (750 Anteile á 25 €)
Haftsumme: 4.673.750 €
Mitgliederanzahl: 7.478
Anzahl der Geschäftsanteile: 486.584

Genossenschaftliche Immobilienagentur Frankfurt am Main eG (GIMA Frankfurt eG)

Genossenschaftsanteil: 2.000 € (zwei Anteile á 1.000 €)
Haftsumme: keine
Mitgliederanzahl: sieben
Anzahl der Geschäftsanteile: 14

Nachrichtlich:

Die Stadt Frankfurt am Main ist ferner Mitglied in einer genossenschaftlichen Regionalbank.

Frankfurter Volksbank eG

Genossenschaftsanteil: 250 € (fünf Anteile á 50 €)
Haftsumme: 102.142.800 €
Mitgliederanzahl: 254.591
Anzahl der Geschäftsanteile: 2.042.856

2. Übersicht über die weiteren mittelbaren Beteiligungen

1. Frankfurt RheinMain GmbH International Marketing of the Region (siehe Hauptteil 1.5)

1.1	FrankfurtRheinMain Corp.	365

2. Messe Frankfurt GmbH (siehe Hauptteil 1.11)

2.1	Messe Frankfurt Exhibition GmbH (siehe Hauptteil 1.11.1)	
2.1.1	fairnamic GmbH	367
2.1.2	Indexport Messe Frankfurt S. A., Buenos Aires	368
2.1.3	MESAGO Messe Frankfurt GmbH	369
2.1.3.1	SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG, Nürnberg	370
2.1.4	Messe Frankfurt Asia Holding Limited	371
2.1.4.1	Messe Frankfurt (H.K.) Ltd. Hongkong/China	372
2.1.4.1.1	Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd.	373
2.1.4.1.2	Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd.	374
2.1.4.1.3	Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Shanghai	375
2.1.4.1.4	Messe Frankfurt Shenzen Co. Ltd.	376
2.1.4.1.5	Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co. Ltd., Beijing	377
2.1.4.2	Messe Frankfurt Japan Ltd.	378
2.1.4.3	Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul	379
2.1.4.4	Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai	380
2.1.5	Messe Frankfurt France S.A.S.	381
2.1.6	Messe Frankfurt Inc., Atlanta	382
2.1.6.1	PAACE Automechanika Mexiko LLC	383
2.1.6.2	PE Events LLC, Atlanta	384
2.1.7	Messe Frankfurt Istanbul L.S.	385
2.1.8	Messe Frankfurt Italia Srl.	386
2.1.9	Messe Frankfurt Mexiko S. de R.L. de C.V., Mexico-City	387
2.1.10	Messe Frankfurt Middle East GmbH	388
2.1.11	Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd.	389
2.1.12	Messe Frankfurt UK Ltd. Guildford	390
	Messe Frankfurt Istanbul L.S. (siehe 2.1.7)	
2.2	Messe Frankfurt Venue GmbH (siehe Hauptteil 1.11.2)	
2.2.1	Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main	391
2.2.2	Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main	392

3. FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (siehe Hauptteil 2.1)

3.1	FES Abfallmanagement- und Service GmbH	393
3.2	FES Wohnen und Leben GmbH	395
3.3	FFR GmbH	396
3.4	FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG	398
3.5	MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	399
3.6	RMB Rhein-Main Biokompost GmbH	401
3.7	RMS Rhein-Main Solarpark GmbH	404
3.8	TRAPP Handelsgesellschaft mbH	406

4. Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH und Konzern (siehe Hauptteil 2.6)

4.1	Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH	407
4.2	Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH	408

5. Fraport AG (siehe Hauptteil 2.6.3)

5.1	Afriport S.A.	409
5.1.1	Daport S.A.	410
5.2	AirIT Services GmbH	411
5.3	Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	412
5.3.1	Fraport Malta Business Services Ltd.	413
	Fraport Malta Ltd. (siehe 5.18)	
	Fraport Peru S.A.C. (siehe 5.20)	
5.4	Airport Cater Service GmbH	414
5.5	FRA-Vorfeldkontrolle GmbH	415
5.6	FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH	416
- 5.7	Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.S.	417
5.8	Fraport Asia Ltd.	418
5.9	Fraport Ausbau Süd GmbH	419
5.10	Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH	420
5.11	Fraport Brasil Holding GmbH	421
5.12	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza	422
5.13	Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre	424
5.14	Fraport Casa Commercial GmbH	426
5.15	Fraport Casa GmbH	427
5.16	Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG	428
5.16.1	Fraport Objekt Mönchhof GmbH	429
5.16.2	Fraport Objekt 162 163 GmbH	430
5.16.3	Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG	431
5.16.4	Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG	432
5.17	Fraport Malta Investment Ltd.	433
5.17.1	Fraport Bulgaria EAD	434
5.18	Fraport Malta Ltd.	435
5.19	Fraport Passenger Services GmbH	436
5.20	Fraport Peru S.A.C.	437
5.21	Fraport Philippines Services Inc. i.L.	438
5.22	Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH	439
5.23	Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.	440
5.24	Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik	441
5.25	Fraport Turkey Havalimani Yatirimlan A. S., Antalya/Türkei	442
5.26	Fraport USA Inc	443
5.26.1	Airmall Inc.	444
5.26.1.1	Airmall Boston Inc.	445
5.26.1.2	Airmall USA Inc.	446
5.26.1.3	Fraport Cleveland Inc.	447
5.26.1.4	Fraport Maryland. Inc.	448
5.26.1.5	Fraport New York, Inc.	449

5.26.1.6	Fraport Pittsburgh Inc.	450
5.26.1.7	Fraport Tennessee Inc.	451
5.26.2	Fraport Newark LLC	452
5.27	FraSec Fraport Security Services GmbH	453
5.27.1	FraSec Flughafensicherheit GmbH	455
5.27.2	FraSec Services GmbH	456
5.27.3	FraSec VG GmbH	457
5.28	Fraport Facility Services GmbH	458

6. Mainova AG (siehe Hauptteil 2.6.4)

6.1	ABGnova GmbH	459
6.2	Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	460
6.3	book´n´drive mobilitätssysteme GmbH	461
6.3.1	HEAG book-n-drive Carsharing GmbH	462
6.3.2	Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH	463
6.4	CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG	464
6.5	Chargemaker GmbH	465
6.6	Dynega Energiehandel GmbH	466
6.7	ENERENT GmbH	467
6.7.1	Hotmobil Deutschland GmbH	468
6.7.2	mobiheat GmbH	469
6.7.2.1	mobiheat Österreich GmbH	470
6.7.2.2	mobiheat Schweiz GmbH	471
6.8	Energieversorgung Main-Spessart GmbH	472
6.9	Energy Air GmbH	473
6.10	Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	474
6.10.1	Ohra Energie GmbH	475
6.10.1.1	EDW Energiedienste GmbH	477
6.10.2	Werraenergie GmbH	478
6.10.2.1	WerraEnergiedienste GmbH	480
6.11	Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	481
6.11.1	Main-Kinzig Netzdienste GmbH	483
6.12	Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG	484
6.13	Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH	485
6.14	Hessenwasser GmbH & Co. KG	486
6.15	Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	487
6.16	Infranova Bioerdgas GmbH	489
6.17	Lorenz Energie GmbH	490
6.18	Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	491
6.19	Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	493
6.19.1	Ferme Eolienne de Migé SARL	494
6.19.2	Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	495
6.19.3	Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	496
6.19.4	Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	497
6.19.5	Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	498
6.19.6	Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	499

6.19.7 Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	500
6.19.8 Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	501
6.19.9 Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	502
6.19.10 Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	503
6.19.10.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	504
6.19.11 Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	505
6.19.12 SEBG Energiepark GmbH	506
6.19.13 WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	507
6.19.13.1 WP Fischborn GmbH & Co. KG	508
6.19.13.2 WP Fischborn Verwaltungs GmbH	509
6.19.14 Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	510
6.20 Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH	511
6.21 Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	512
6.22 Mainova WebHouse GmbH & Co. KG	513
6.23 Mainova WebHouse Management GmbH	514
6.24 Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG.	
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH (siehe 3.5)	515
6.25 NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	516
6.25.1 Hanau Netz GmbH	518
6.26 Oberhessische Gasversorgung GmbH	520
Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.6)	
6.26.1 Oberhessengas Netz GmbH	522
6.27 REmain GmbH & Co. KG	523
6.28 REmain Management GmbH	524
6.29 Service4EVU GmbH	525
6.30 SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	526
6.31 Stadtwerke Hanau GmbH	527
Dynega Energiehandel GmbH (siehe 6.6)	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG (siehe 6.12)	
Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (siehe 6.13)	
Hanau Netz GmbH (siehe 6.25.1)	
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG (siehe 6.19.3)	
6.32 Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	529
7. ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	
(siehe Hauptteil 3.1)	
7.1 ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	530
7.2 ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH	531
- 7.3 ABG Krifteler Wäldchen GmbH	532
7.4 ABG Riedberg GmbH & Co. KG	533
ABGnova GmbH (siehe 6.1)	
Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG (siehe 3.1.1)	
7.5 Bäderbaugesellschaft mbH	534
book´n´drive mobilitätssysteme GmbH (siehe 6.3)	
HEAG book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.1)	
Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH (siehe 6.3.2)	
7.6 CP Campus Projekte GmbH	535

7.7	EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH Frankfurter Aufbau Aktiengesellschaft (siehe 3.1.2) Garagen, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH (siehe 9.2)	536
7.8	Hellerhof GmbH	538
7.9	Merton-Wohnprojekt GmbH	539
7.10	MIBAU GmbH	540
7.11	Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG	541
7.12	Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH	542
8. Frankfurter Aufbau AG (siehe Hauptteil 3.1.2)		
8.1	ABG Projekte GmbH	543
8.2	FAAG Technik GmbH	544
8.3	Hofgarten Projektgesellschaft mbH	546
8.4	Parkhaus-Betriebsgesellschaft mbH	547
9. Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH (siehe Hauptteil 3.2)		
9.1	Bauland - Offensive Hessen GmbH	548
9.2	Garagen-, Bau- und Betriebsgesellschaft mbH	550
9.3	NH ProjektStadt GmbH	552
9.4	WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH	553
9.4.1	MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel	556
10. Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH (siehe Hauptteil 6.3)		
10.1	Cook Company gemeinnützige GmbH	560
11. Kliniken Frankfurt-Main-Taunus GmbH (siehe Hauptteil 6.1)		
11.1	Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH	562
11.1.1	Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH	563
11.1.2	Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH	564
11.1.2.1	MTK Hofheim Leasing GmbH	565
11.1.3	Main-Taunus-Privatklinik GmbH	566
11.1.4	Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH	567
11.1.5	MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis	568

1.1 FrankfurtRheinMain Corp.

Gründung: 14.10.2009	Unternehmensgegenstand: Internationales Standortmarketing des Wirtschaftsraums FrankfurtRheinMain in Amerika. Aktive Ansprache von Firmen, die sich potentiell in der Region geschäftlich niederlassen wollen und Unterstützung, in enger Zusammenarbeit mit den lokalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften bei der konkreten Ansiedlung in FrankfurtRheinMain.
Gesellschafter: FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region	Kapitalanteile: 10.000 USD = 100,00 %
Vice President: Herr Julius Bosak	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Eric Menges (Sole Director) Herr Klaus U. Thiedmann (Assistant Secretary)

A. Ausblick 2023

Da sich das Geschäft seit der Firmengründung 2009 sehr positiv entwickelt hat und US-Firmen nach wie vor die Notwendigkeit einer globalen Expansion sehen, ist der Ausblick für die FrankfurtRheinMain Corp. auch für das Jahr 2023 durchaus vielversprechend. Deutschland bleibt weiterhin ein attraktiver Standort für US-Firmen in Europa. Die Region FrankfurtRheinMain kann sich als Standort Nr. 1 in Deutschland behaupten und auch der Großteil der Ansiedlungen in der Region kamen im vergangenen Jahr aus den USA. Die zentrale Lage, die hochqualifizierten Arbeitskräfte, die Lebensqualität sowie die stabile wirtschaftliche Entwicklung werden immer wieder für FrankfurtRheinMain als Auswahlkriterien genannt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die FrankfurtRheinMain Corp. in Chicago vermarktet seit 2009 in den USA die Region FrankfurtRheinMain gegenüber potentiellen US-Investor:innen. Seit der Firmengründung verlaufen die Aktivitäten in den USA weiter sehr positiv. Die Aktivitäten des in Chicago ansässigen Vice President der FrankfurtRheinMain Corp. umfassten Firmenbesuche, Veranstaltungen von Seminaren für Investor:innen, Kongress- und Messeteilnahmen sowie Akquisen von potentiellen Investor:innen. Geographisch wurden diese Maßnahmen sowohl auf das gesamte Land als auch Teile Kanadas ausgedehnt. Branchenschwerpunkte bei der proaktiven Ansprache von US-Firmen bilden die erneuerbaren Energien, die

Informationstechnologie (IT), die Finanzwirtschaft, die Automobilbranche, Beratungsdienstleistungen sowie alle Firmen, die sog. Headquarter-Funktionen oder Research-, Development-, Sales- oder Distributionskapazitäten in Europa aufbauen wollen. Grundsätzlich finanziert sich die FrankfurtRheinMain Corp. durch Zuschüsse der Muttergesellschaft. Daher wird der Buchwert der Beteiligung an der FrankfurtRheinMain Corp. in der Bilanz der Muttergesellschaft von 1 € als Erinnerungswert beibehalten. Zudem besteht eine Kooperationsvereinbarung mit der Hessen Trade & Invest GmbH, die sich mit Finanzmitteln am dort ansässigen Büro beteiligt. Die nachstehenden Zahlen geben den Jahresabschluss 2022 wieder.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, die Geschäftsführung (Vice President) und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7	9	1

2.1.1 fairnamic GmbH, Friedrichshafen

Gründung:

28.07.2021

Unternehmensgegenstand:

Förderung der Wirtschaft durch Veranstaltung von Messen im In- und Ausland und allen mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft zusammenhängenden Tätigkeiten; insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Veranstaltungen EUROBIKE und AERO

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Messe Friedrichshafen GmbH

Kapitalanteile:

24.500 € = 49,00 %

25.500 € = 51,00 %

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Mittag

Herr Stefan Reisinger

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und einem Jahresüberschuss ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt werden 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 19,7 Mio. € erzielt. Der Jahresüberschuss beträgt 4,3 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.422	4.257	14

2.1.2 Indexport Messe Frankfurt S.A., Buenos Aires

Gründung:

28.02.2003

Unternehmensgegenstand:

Organisation und Durchführung von Messen, Veranstaltungen und Kongressen und diesbezügliche Werbung und Öffentlichkeitsarbeit.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Herr Fernando Pablo Gorbarán

Kapitalanteile:

127.500 ARS = 85,00 %

22.500 ARS = 15,00 %

150.000 ARS = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Fernando Pablo Gorbarán

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Gesellschaft wie geplant einen turnusbedingten Rückgang bei den Umsatzerlösen und im Ergebnis gegenüber dem Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt werden Umsatzerlöse in Höhe von 14,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 13,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,98 Mio. € (Vj. Jahresfehlbetrag 0,2 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 13,4%.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.465	1.982	33

2.1.3 MESAGO Messe Frankfurt GmbH, Stuttgart

Gründung:

24.06.1982

Unternehmensgegenstand:

Beratung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Tagungen, Kongressen im Eigen- und Fremdauftrag, EDV-Dienstleistungen für Fremdgesellschaften und Übernahme von Vertretungen im Bereich des Gegenstands des Unternehmens, Vermittlung von Media- und Agenturleistungen, jegliche Tätigkeiten im Bereich einer Werbeagentur sowie Tätigkeiten auf dem Gebiet des Verlagswesens.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

77.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Petra Haarbürger

Herr Martin Roschkowski

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongreß GmbH & Co. oHG, Nürnberg

Kapitalanteile:

75.000 € = 75,00 %

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr und einem positiven Ergebnis vor Gewinnabführung ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen. Insgesamt werden im Geschäftsjahr 2022 Umsatzerlöse von 39,6 Mio. € erzielt, die um 30,7 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 10,1 Mio. € und wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an die Muttergesellschaft Messe Frankfurt Exhibition GmbH abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
19.088	10.116	134

2.1.3.1 SMT/ASIC/Hybrid MESAGO Messe & Kongress GmbH & Co. oHG, Nürnberg

Gründung:

01.04.1992

Unternehmensgegenstand:

Durchführung der internationalen Fachmesse- und Kongressveranstaltung SMT/ASIC/Hybrid.

Gesellschafter:

MESAGO Messe Frankfurt GmbH

Nürnberg Messe Service GmbH

Kapitalanteile:

75.000 € = 75,00 %

25.000 € = 25,00 %

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Petra Haarbürger

Herr Walter Hufnagel

Herr Martin Roschkowski

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet für 2023 die gleichen Werte bei den Umsatzerlösen und dem Jahresergebnis wie in den Jahren vor Corona.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch das Halten der Marken- und Titelrechte an der Fachmesse und dem Kongress SMT Hybrid Packaging. Die Gesellschaft beschäftigt kein Personal und erhält nur die Einnahmen aus der Nutzung der Messerechte durch die MESAGO Messe Frankfurt GmbH. Seit 2022 erzielt die Gesellschaft wieder die gleichen Werte bei den Umsatzerlösen (184 T€) und dem Jahresergebnis wie vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Entsprechend wird ein Jahresüberschuss von 150 T€ ausgewiesen.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
142	150	0

2.1.4 Messe Frankfurt Asia Holding Limited, Hongkong

Gründung:

19.12.2003

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren und anderen Veranstaltungen in Hongkong und außerhalb, Förderung der ausländischen, internationalen und sonstigen Industrien und der Wirtschaft sowie alle damit verbundenen Aktivitäten.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

389.727.618 HKD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stephan Buurma

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

Messe Frankfurt (H.K.) Ltd., Hongkong

Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai

Messe Frankfurt Japan Ltd.

Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul

Kapitalanteile:

200.000 HKD = 100,00 %

6.300.000 INR = 100,00 %

12.500.000 JPY = 100,00 %

71.736.000 KRW = 80,00 %

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Verbesserung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse aufgrund ihrer Holding-Funktion im Wesentlichen durch konzerninterne Verrechnungen. Darüber hinaus weist die Gesellschaft Beteiligungserträge aus ihren asiatischen Tochtergesellschaften aus. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 512 T€ erwirtschaftet. Es werden Beteiligungserträge i. H. v. 1,8 Mio. € ausgewiesen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,2 Mio. € und liegt um 1,5 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
83.743	-1.225	3

2.1.4.1 Messe Frankfurt (H.K.) Ltd., Hongkong

Gründung:

08.03.1994

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren sowie jegliche andere Arten von Veranstaltungen weltweit.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.

Kapitalanteile:

200.000 HKD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Wendy Wen

Herr Richard Li

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Schanghai

Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co., Ltd. Beijing

Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Messe Frankfurt Shenzhen Co. Limited

Kapitalanteile:

4.138.250 CNY = 100,00 %

70.000 CNY = 70,00 %

20.044.625 CNY = 50,00 %

1.100.000 CNY = 55,00 %

298.650 CNY = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und einem Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen und das Vertriebsgeschäft. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 16,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 3,0 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 7,3 Mio. € und liegt um 4,3 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44.512	-7.303	176

2.1.4.1.1 Guangzhou Guangya Messe Frankfurt Co. Ltd., Guangzhou

Gründung:

09.01.2006

Unternehmensgegenstand:

Entwicklung, Bewerbung, Organisation und Durchführung aller Arten von internationalen Ausstellungen und Erbringung entsprechender Dienstleistungen.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Ltd.

Guangzhou Guangya Exhibition & Trade Co. Ltd.

Kapitalanteile:

20.044.625 CNY = 50,00 %

20.044.625 CNY = 50,00 %

40.089.250 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Richard Li

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und des Ergebnisses.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 12,0 Mio. € erwirtschaftet, die um 7,5 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,9 Mio. € und liegt um 3,3 Mio. € unter dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 15,7 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
17.153	1.884	43

2.1.4.1.2 Guangzhou Li Tong Messe Frankfurt Co. Ltd.

Gründung:

14.11.2014

Unternehmensgegenstand:

Entwicklung, Vermarktung, Organisation und Durchführung von internationalen Messen.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Ltd.

Guangdong Toy Association

Kapitalanteile:

1.100.000 CNY = 55,00 %

900.000 CNY = 45,00 %

2.000.000 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Cheng Huang Man

Herr Li Zhou Ming

Frau Wilmet Shea

Frau Wendy Wen

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 einen Rückgang bei den Umsatzerlösen und beim Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 5,5 Mio. € erwirtschaftet, die um 0,4 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,0 Mio. € und liegt 0,2 Mio. € über Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 37,2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.234	2.042	10

2.1.4.1.3 Messe Frankfurt (Shanghai) Co. Ltd., Shanghai/China

Gründung:

08.11.2001

Unternehmensgegenstand:

Beratungsleistungen für internationale Handelsunternehmen.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Limited

Kapitalanteile:

4.138.250 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Richard Li

A Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 2,1 Mio. € erwirtschaftet, die corona-bedingt um 3,6 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 9,7 Mio. € und liegt um 5,4 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.139	-9.721	150

2.1.4.1.4 Messe Frankfurt Shenzhen Co. Ltd.

Gründung:

19.12.2012

Unternehmensgegenstand:

Gestaltung, Erzeugung, Vermittlung und Herausgabe von inländischem und länderübergreifendem Anzeigengeschäft.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Limited

Kapitalanteile:

9.298.650 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Carol Quan

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird von einem Anstieg der Umsatzerlöse und im Ergebnis ausgegangen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 4 Mio. € erwirtschaftet, die 1,7 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,5 Mio. € und liegt um 0,5 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.528	-504	25

2.1.4.1.5 Messe Frankfurt Traders-Link (Beijing) Co. Ltd., Peking

Gründung:

28.02.2018

Unternehmensgegenstand:

Organisator und Dienstleistungsanbieter in der chinesischen Messeindustrie im Bereich Kfz-Service, -Instandhaltung und -Reparatur. Internet-Informationsservices, Organisation von Messen und Ausstellungen innerhalb und außerhalb Chinas, Beratungsdienstleistungen für Messen, Unternehmensmanagement, Investment, internationale Wirtschaftsinformationen, Handelsinformationen, Verkauf von Maschinenzubehör, Kfz-Ersatzteile, Besspannungen und Motorenöle.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt (H.K.) Ltd.
Peng Qingzhi
Wang Xu
Wang Yanyan
Zhan Yi

Kapitalanteile:

2.450.000 CNY = 70,00 %
462.000 CNY = 13,20 %
409.500 CNY = 11,70 %
94.500 CNY = 2,70 %
84.000 CNY = 2,40 %
3.500.000 CNY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Fiona Chiew
Herr Steven Wang

A. Ausblick 2023

Aufgrund der Übertragung der Markenrechte der einzigen Veranstaltung AMR Expo an die Schwestergesellschaft in Schanghai erwartet die Gesellschaft 2023 keine Umsatzerlöse und einen Rückgang des Jahresergebnisses im Vergleich zum Vorjahr. Es ist beabsichtigt, die Gesellschaft zu liquidieren.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 26 T€ erwirtschaftet, die um 2,5 Mio. € unter dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,5 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 1,4 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15	460	6

2.1.4.2 Messe Frankfurt Japan Ltd., Tokio

Gründung:

29.08.2000

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen, sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.

Kapitalanteile:

12.500.000 JPY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jasushi Kajiwara

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und einen Rückgang im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 16,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 6,0 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 3,5 Mio. € und liegt um 2,0 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15.635	3.451	30

2.1.4.3 Messe Frankfurt Korea Ltd., Seoul

Gründung:

14.05.2001

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.

Herr Yong-Joon Jin

Kapitalanteile:

71.736.000 KRW = 80,00 %

17.934.000 KRW = 20,00 %

89.670.000 KRW = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Yong-Joon Jin

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung bei den Umsatzerlösen und des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse in den geraden Jahren durch das Vertriebsgeschäft. Die einzige Messe RailLog Korea wird zweijährlich in den ungeraden Jahren durchgeführt. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 733 T€ erwirtschaftet, die 115 T€ über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 0,1 Mio. € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag 0,3 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.228	110	10

2.1.4.4 Messe Frankfurt Trade Fairs India Pvt. Ltd., Mumbai

Gründung:

01.07.1998

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Events, Konferenzen und Symposien im In- und Ausland.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Asia Holding Ltd.

Kapitalanteile:

6.300.000 INR = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Rajul Manek

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und einen Rückgang des Ergebnisses im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen und Kongressen und durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 6,4 Mio. € erwirtschaftet, die um 4,8 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,5 Mio. € (Vj. Jahresfehlbetrag 0,9 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
13.905	1.492	82

2.1.5 Messe Frankfurt France S.A.S., Paris

Gründung:

12.02.2002

Unternehmensgegenstand:

Erwerb und Durchführung von Messen, Salons und Ausstellungen in Frankreich und im Ausland, Durchführung von Kongressen und Seminaren sowie sämtliche damit verbundene Aktivitäten, die Beteiligung an Gesellschaften, die in ähnlichen oder komplementären Bereichen tätig sind, der Erwerb oder die Nutzung von Lizenzen, Industrie- und sonstigen Rechten im Rahmen des Aktivitätenbereichs.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frédéric Bougeard

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant einen Anstieg der Umsatzerlöse und einen Jahresüberschuss im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 6,3 Mio. € erwirtschaftet, die um 5,6 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 2,7 Mio. € und liegt um 1,0 Mio. € unter dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.414	-2.703	23

2.1.6 Messe Frankfurt Inc., Atlanta

Gründung: 21.08.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Exhibition GmbH	Kapitalanteile: 30.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Konstantin von Vieregge	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): PAACE Automechanika Mexico LLC, Atlanta PE Events LLC	Kapitalanteile: 500 USD = 50,00 % 5.200.000 USD = 50,00 %

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant einen tur-
nusbedingten Rückgang bei den Umsatzerlösen und
im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im We-
sentlichen durch die Organisation von Veranstaltun-
gen. Insgesamt werden Umsatzerlöse
i. H: v. 16,1 Mio. € erwirtschaftet, die um 14,4 Mio. €
über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss be-
trägt 2,3 Mio. € (Vj. -3,6 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgaben-
stellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den
Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen
für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterver-
sammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.936	2.267	35

2.1.6.1 PAACE Automechanika Mexico LLC, Mexico-City

Gründung:

22.03.2006

Unternehmensgegenstand:

Durchführung der Veranstaltung PAACE Automechanika.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Inc.

Automotive Parts Remanufacturers Association

Motor and Equipment Manufacturers Association

Specialty Equipment Market Association

Kapitalanteile:

500 USD = 50,00 %

166 USD = 16,67 %

167 USD = 16,67 %

167 USD = 16,66 %

1.000 USD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Konstantin von Vieregge

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant einen Anstieg der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von einer Veranstaltung (INA PAACE Automechanika). Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 1,2 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 59 T€ und liegt um 23 T€ über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
746	59	0

2.1.6.2 PE Events LLC, Atlanta

Gründung: 01.07.2020	Unternehmensgegenstand: Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen.
Gesellschafter: Messe Frankfurt Inc., Atlanta Food Processing Suppliers Association, Delaware	Kapitalanteile: 5.200.000 USD = 50,00 % 5.200.000 USD = 50,00 %
Geschäftsführung: Herr Matthew Malott Herr David Seckman Herr Constantin von Vieregge Herr Nader Youssef	

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Gesellschaft wie geplant einen turnusbedingten Anstieg der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation der zweijährlichen Veranstaltung Process Expo, die lediglich in den ungeraden Jahren stattfindet. Infolgedessen werden im Wesentlichen keine Umsatzerlöse erzielt (Vj. 4,2 Mio. €). Der Jahresfehlbetrag beträgt 2,4 Mio. € (Vj. Jahresüberschuss 0,1 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
11.251	-2.373	0

2.1.7 Messe Frankfurt Istanbul L.S., Istanbul

Gründung:

31.10.2000

Unternehmensgegenstand:

Durchführung, Veranstaltung, Planung, Organisation, Management und Verwaltung aller Arten von Fachmessen, Ausstellungen und ähnlichen Aktivitäten, Organisation von Reisen zu Messen und Ausstellungen in der Türkei und im Ausland.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Messe Frankfurt GmbH

Kapitalanteile:

370.000 TRY = 99,99 %

25 TRY = 00,01 %

370.025 TRY = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Işın Sağlam

Herr Tayfun Yardım

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse durch die Organisation von Veranstaltungen sowie durch Vertriebsaktivitäten. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 4,2 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 1,7 Mio. € und liegt um 1,3 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 40,9 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.182	1.734	11

2.1.8 Messe Frankfurt Italia Srl., Mailand

Gründung:

09.12.1998

Unternehmensgegenstand:

Durchführung und Förderung, Planung, Leitung und Verwaltung jeder Art von Messeveranstaltung sowie jegliche andere gleichartige Tätigkeit, die Beteiligung an jeder Art von Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sowie hiermit verbundene Tätigkeiten und die Organisation von Reisen zu jeglicher in Italien oder im Ausland stattfindenden Messeveranstaltung.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

11.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Donald Wich

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant einen Anstieg bei den Umsatzerlösen und einen Rückgang im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch Vertriebstätigkeiten sowie durch die Organisation von Veranstaltungen, Kongressen und Foren. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 7,9 Mio. € erwirtschaftet, die um 6,9 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,0 Mio. € und liegt um 1,7 Mio. € über dem Vorjahr. Die Nachsteuerrendite beträgt 24,8 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.904	1.953	40

2.1.9 Messe Frankfurt Mexico S. de R.L. de C.V., Mexico-City

Gründung:

07.12.2001

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktforschung, Werbung und Vertrieb.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

8.290.714 MXN = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Konstantin von Vieregge

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft wird 2023 planmäßig stillgelegt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft organisiert keine Veranstaltungen mehr. Die Geschäftstätigkeit ruht und die Stilllegung ist vorgesehen. Umsatzerlöse werden keine erzielt. Der Jahresfehlbetrag beträgt 56 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
248	-56	0

2.1.10 Messe Frankfurt Middle East GmbH

Gründung:

12.12.2001

Unternehmensgegenstand:

Ausrichtung, Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Kongressen, Tagungen und ähnlichen Veranstaltungen, insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten und im Nahen Osten.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Wolfgang Marzin

Herr Simon Mellor

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen durch eine Betriebsstätte in Dubai. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 42,6 Mio. € erwirtschaftet, die um 23,2 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresüberschuss beträgt 2,7 Mio. € (Vj. - 1,5 Mio. €). Die Nachsteuerrendite beträgt 6,4 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
22.197	2.712	97

2.1.11 Messe Frankfurt South Africa (Pty) Ltd., Johannesburg

Gründung:

01.07.2014

Unternehmensgegenstand:

Planung, Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen und Konferenzen sowie diesbezügliche Marktuntersuchungen und Werbung.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

26.763.502 ZAR = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Michael Dehn

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 wie geplant eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von Veranstaltungen. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 2,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 2,5 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 1,0 Mio. € und liegt um 0,1 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.214	-1.026	26

2.1.12 Messe Frankfurt UK Ltd., Guildford

Gründung:

28.02.2018

Unternehmensgegenstand:

Durchführung von Messen und Veranstaltungen in Großbritannien sowie Erbringung aller damit verbundenen Serviceleistungen

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Exhibition GmbH

Kapitalanteile:

100 GBP = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Simon Albert

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet 2023 eine Steigerung der Umsatzerlöse und im Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Organisation von turnusbedingten Veranstaltungen, durch das Vertriebsgeschäft und durch eine digitale Plattform. Insgesamt werden Umsatzerlöse i. H. v. 1,7 Mio. € erwirtschaftet, die um 1,4 Mio. € über dem Vorjahr liegen. Der Jahresfehlbetrag beträgt 0,9 Mio. € und liegt um 0,7 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.265	-941	13

2.2.1 Accente Gastronomie Service GmbH, Frankfurt am Main

Gründung:

14.12.1959

Unternehmensgegenstand:

Unterhaltung bzw. Betrieb von Gaststätten auf dem Gelände des Konzerns Messe Frankfurt am Standort Frankfurt, eines Catering- und Bankettservices innerhalb und außerhalb des Messegeländes, die Tätigkeit eines Personalverleihers im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, der Betrieb eines Möbel- und Teppichmanagements sowie die Ausübung eines Bewachungsgewerbes für bzw. auf Veranstaltungen des Konzerns Messe Frankfurt.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

260.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Holger Heinrich Schuster

Herr Johann Thoma

A. Ausblick 2023

Das Jahr 2023 ist das erste volle Veranstaltungsjahr seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020. Aufgrund des Messeturnus ist das Jahr 2023 tendenziell ein schwaches Veranstaltungsjahr, sodass Umsatzerlöse und Ergebnis nach Steuern voraussichtlich leicht unter dem Vorjahr liegen werden. Im Vorjahr war ein Veranstaltungsbetrieb im Wesentlichen erst ab dem zweiten Quartal möglich. Für 2023 wird daher weiterhin eine angespannte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Das Ergebnis nach Steuern wird daher voraussichtlich im einstelligen Millionenbereich negativ sein.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch die Unterhaltung bzw. den Betrieb von gastronomischen Einrichtungen auf dem Gelände des Messe Frankfurt Konzerns und eines Catering- und Bankett-Services innerhalb und außerhalb des Messegeländes. Die Corona-Pandemie hat 2022 bereits im dritten Jahr in Folge negative Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf, da eine Aufnahme

des Veranstaltungsgeschäfts im Wesentlichen erst ab dem zweiten Quartal möglich war. Im Berichtsjahr wurden Umsatzerlöse i. H. v. 32,91 Mio. € nach 6,39 Mio. € im Vorjahr erzielt. Dies führte zu einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme von -2,63 Mio. € nach einem Ergebnis vor Verlustübernahme von -2,41 Mio. € im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
10.864	-2.634	316

2.2.2 Messe Frankfurt Medien und Service GmbH, Frankfurt am Main

Gründung:

20.07.1984

Unternehmensgegenstand:

Anbieten von Leistungen für Aussteller und Besucher im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messerveranstaltungen am Messeplatz Frankfurt am Main wie an anderen Orten, insbesondere das Anbieten eines umfassenden Standservice, sowie von Marketing-Dienstleistung auch und insbesondere im Zusammenhang mit Messebeteiligungen, auch und insbesondere durch digitale Medien, Internet etc., Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem Messe- und Ausstellungsgeschäft, insbesondere Planung, Vorbereitung, Durchführung, Kontrolle und Abrechnung von Werbe- und Promotion-Aufgaben im Inland und Ausland, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von Messen und Ausstellungen im Ausland, das Durchführen von Messen im Internet („virtuelle Messe“) inklusive electronic-commerce-Geschäfte.

Gesellschafter:

Messe Frankfurt Venue GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Martina Bergmann

Herr Klaus Reinke

A. Ausblick 2023

Das Jahr 2023 ist das erste volle Veranstaltungsjahr seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020. Aufgrund des Messeturnus ist das Jahr 2023 tendenziell ein schwaches Veranstaltungsjahr. Dennoch werden Umsatzerlöse und Ergebnis nach Steuern voraussichtlich auf dem Niveau des Vorjahres liegen. Im Vorjahr war ein Veranstaltungsbetrieb im Wesentlichen erst ab dem zweiten Quartal möglich. Für 2023 wird daher weiterhin eine angespannte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erwartet. Das Ergebnis nach Steuern wird daher voraussichtlich geringfügig negativ sein.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft generiert ihre Umsatzerlöse im Wesentlichen durch das Anbieten von Leistungen für Aussteller:innen und Besucher:innen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Messerveranstaltungen, insbesondere Standservices und Marketingdienstleistungen. Die Corona-Pandemie hat 2022 bereits im dritten Jahr in Folge negative Auswirkungen auf

den Geschäftsverlauf, da eine Aufnahme des Veranstaltungsgeschäfts im Wesentlichen erst ab dem zweiten Quartal möglich war. Im Berichtsjahr wurden Umsatzerlöse i. H. v. 32,53 Mio. € nach 9,07 Mio. € im Vorjahr erzielt. Dies führte zu einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme von -1,18 Mio. € nach einem Ergebnis vor Verlustübernahme von -5,79 Mio. € im Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.000	-1.179	74

3.1 FES Abfallmanagement- und Service GmbH

Gründung:

14.10.2002

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dirk Remmert

Herr Benjamin Scheffler

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 22 T€ und Umsätze von 14,3 Mio. €. Für Investitionen sind 2023 Mittel von 51 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und auf zwei Geschäftsfeldern tätig: der Durchführung von Logistikleistungen im Bereich der Entsorgung und dem Betrieb von Entsorgungsanlagen. Die Gesellschaft wird innerhalb der FES-Gruppe für Logistikleistungen eingesetzt, die nicht dem Kommunalgeschäft mit der Stadt Frankfurt am Main zuzurechnen sind. Zum Auftragsumfang zählen die Sammlung von Verkaufsverpackungen, Logistikleistungen im Rahmen von kommunalen Entsorgungsaufträgen im Frankfurter Umland und die Großbehälterabfuhr. Die Gesellschaft ist teilweise als Nachunternehmer von Unternehmen der FES-Gruppe und teilweise auf eigene Rechnung tätig. Für die Entsorgungsbranche wurde auch das Geschäftsjahr 2022 von einem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck geprägt. Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe waren nach wie vor hoch. Die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, insbesondere der Anstieg der Energiepreise, die anhaltenden Störungen der globalen Lieferketten und die damit einhergehende Verknappung von Rohstoffen und Produkten, die noch nicht überwundene Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens durch die Corona-Pandemie und die im Jahresverlauf stark steigende allgemeine Teuerung wirkten sich auch

auf den Entsorgungsmarkt aus. So stiegen auf der einen Seite die Beschaffungskosten, z. B. für Kraftstoffe und Abfallsammelbehälter, während auf der anderen Seite die Marktpreise und damit die Erlöse für Sekundärrohstoffe wie Altpapier, Altmetalle und Altholz bis zur Jahresmitte langfristig betrachtet auf einem sehr hohen Niveau, um dann in der zweiten Jahreshälfte, vor allem bei Altpapier als Folge einer rückläufigen Nachfrage seitens der Papierindustrie, extrem zu sinken.

Die Menge der von FAS im Frankfurter Stadtgebiet eingesammelten Leichtverpackungen (LVP) liegt mit ca. 13.800 t (Vj. ca. 14.800 t) ca. 6,8 % unter dem Vorjahresniveau.

Die von der Gesellschaft im Auftrag von FES betriebene Aktenvernichtungsanlage hatte 2022 einen Jahresdurchsatz von ca. 3.400 t (Vj. ca. 4.100 t). Außerdem wurden ca. 1.600 t (Vj. ca. 1.600 t) Kunststoffabfälle überwiegend für die stoffliche Verwertung vorbereitet.

Sowohl die Corona-Pandemie als auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft im Jahre 2022 nicht wesentlich negativ beeinflusst.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von 100 T€ (Vj. 179 T€) erzielt. Das erzielte Ergebnis lag damit unter dem für 2022 geplanten Jahresüberschuss von 122 T€.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 8,0 Mio. € (Vj. 7,9 Mio. €). Darin enthalten ist eine Gewinnrücklage aus dem erstmalig per 31.12.2010 erfolgten Ausweis von aktiven latenten Steuern. Die Eigenkapitalquote beträgt 89,0 % (Vj. 87,4 %). Die Umsätze sind im Geschäftsjahr 2022 auf 12.972 T€

(Vj. 13.359 T€) gesunken. Die Umsatzerlöse entfallen überwiegend auf den Geschäftsbereich Entsorgungslogistik.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Investitionen in Höhe von 30 T€ getätigt (Vj. 3 T€). Das Anlagevermögen ist auf 22 T€ verringert (Vj. 7 T€).

Der Cashflow beträgt 115 T€ (Vj. 185 T€). Damit konnte die Gesellschaft die laufende Geschäftstätigkeit vollständig mit eigenen Mitteln finanzieren.

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über insgesamt 146 Mitarbeiter/-innen (Vj. 160), davon 13 Angestellte (Vj. 15) und 133 Arbeiter/-innen (Vj. 145). Die Aufgaben der Berufsausbildung werden von der FES zentral wahrgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.929	100	146

3.2 FES Wohnen und Leben GmbH

Gründung: 01.06.2022

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Betriebswohnungen

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dirk Remmert, Herr Benjamin Scheffler

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresfehlbetrag von 10 T€ und Umsätze von 0 €. Für Investitionen sind 2023 Mittel von 51 T€ für Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES) und im Geschäftsfeld der Errichtung und des Betriebes von Betriebswohnungen tätig. Im Geschäftsjahr 2022 beschränkte sich die Geschäftstätigkeit auf die Aktivierung von Anlagen im Bau im Zusammenhang mit der Planung der Errichtung des Gebäudes.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
570	-11	0

3.3 FFR GmbH

Gründung:

14.10.2002

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfallentsorgung, der Abfall- und Recyclingwirtschaft, der Stadt-, Flächen- und sonstigen Reinigung sowie der Verkehrssicherung in öffentlichem und privatem Auftrag sowie das Halten von Beteiligungen an Unternehmen, die einen entsprechenden Unternehmensgegenstand verfolgen.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Rolf Niermann

Herr Dirk Remmert

Herr Benjamin Scheffler

Unmittelbare Beteiligungen:

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin ohne Kapitaleinlage der FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/Wiesbaden KG mit Sitz in Frankfurt am Main.

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von rd. 416 T€ und Umsätze von 31,0 Mio. €.

Für Investitionen sind Mittel von 5,1 Mio. € vorgesehen, überwiegend für Nutzfahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine 100%-Tochter der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES). Sie ist Marktführerin im Rhein-Main-Gebiet für gewerblichen Winterdienst. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft Dienstleistungen in den Bereichen Grünpflege, Verkehrssicherung, Veranstaltungsservice, Innen- und Industriereinigung, Abfallbehälterstandplatzbewirtschaftung, Fahrbahnmarkierung sowie Logistik an.

Für all diese Marktsegmente bietet das Rhein-Main-Gebiet nach wie vor großes Potential. Dabei ist die Wettbewerbssituation in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktentwicklung und der Anzahl und Größe der Mitbewerber:innen unterschiedlich. So wird das Reinigungsgewerbe, in dem es seit Jahren einen Trend zur Konzentration auf große Unternehmen gibt, von einem ausgeprägten Preiskampf beherrscht. Auch bei der Verkehrssicherung hat sich der Wettbewerb in den letzten Jahren verschärft. In den übrigen Tätigkeitsfeldern, die zum Teil noch Wachstumschancen bieten, trifft die Gesellschaft auf weniger und überwiegend kleinere Wettbewerber. Allerdings nimmt auch hier der Wettbewerbsdruck zu,

vor allem von Unternehmen, die zuvor nicht im Großraum Frankfurt am Main tätig waren.

Die Gesellschaft hat im Laufe des Geschäftsjahrs ihre führende Marktposition im Rhein-Main-Gebiet, insbesondere in den Geschäftsfeldern Winterdienst und Flächenreinigung, in einem von zunehmendem Wettbewerb gekennzeichneten Umfeld behaupten können. Obwohl die Folgen der Corona-Pandemie in Teilen immer noch spürbar waren, konnte die Geschäftstätigkeit insgesamt ausgebaut werden.

Hierzu haben insbesondere zusätzliche Reinigungsaufträge der Stadt Frankfurt am Main beigetragen, die als Reaktion auf die stark gestiegene Verschmutzung des öffentlichen Raums vor allem durch To-Go-Verpackungen erforderlich wurden. Außerdem hat FES die Gesellschaft mit der Reinigung der Grünflächen unterbeauftragt.

Im Zuge von Ausschreibungen hat die Gesellschaft im Laufe des Geschäftsjahrs zahlreiche größere Aufträge akquirieren können. Hierzu zählen z. B. die Ausführung von Reinigungsarbeiten und Winterdienst für den Frankfurter Weihnachtsmarkt, die Bewässerung von Straßenbäumen in Frankfurt am Main und die Entfernung von Graffiti.

Die Niederlassung Wiesbaden hat mehrere Aufträge zur Durchführung von Grünpflegearbeiten für kommunale und gewerbliche Großkunden gewonnen. Die Niederlassung Darmstadt erhielt mehrere Verkehrssicherungsaufträge, u. a. im Zusammenhang mit der Grunderneuerung der Straßenbahngleise. Außerdem wurde der Auftrag zur Ausführung von

Reinigungsarbeiten und Winterdienst im Industriepark Höchst erweitert um die Instandhaltung von Verkehrszeichen.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2022 deutlich besser als geplant entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss von 1,61 Mio. € (Vj. 1,21 Mio. €) erzielt. Das erzielte Ergebnis liegt damit über dem Vorjahresergebnis. Die positive Ergebnisentwicklung, zu der am stärksten die Tätigkeitsfelder Reinigung und Grünpflege beigetragen haben, ist neben dem Gewinn zusätzlicher Aufträge auf diverse Maßnahmen zur Optimierung der betrieblichen und administrativen Prozesse zurückzuführen, die die Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren umgesetzt hat.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 14,3 Mio. € (Vj. 12,7 Mio. €). Darin enthalten ist eine Gewinnrücklage von 25 T€ (Vj. 25 T€) aus dem erstmalig zum 01.01.2010 erfolgten Ausweis von aktiven latenten Steuern. Die Eigenkapitalquote beträgt 67,1 % (Vj. 72,6 %).

Die Umsätze stiegen um 9,4 % auf 33,1 Mio. € (Vj. 30,3 Mio. €) und liegen damit über dem Planansatz von 28,7 Mio. €. Zu diesem Umsatzwachstum trugen fast alle Geschäftsbereiche der Gesellschaft bei. Lediglich im Winterdienst konnte den Vorjahresumsatz witterungsbedingt nicht ganz erreicht werden. Der umsatzstärkste Geschäftsbereich war wiederum Reinigung und Grünpflege (38 %, Vj. 36 %) gefolgt von Winterdienst (24 %, Vj. 27 %), der Niederlassung Mainz/Wiesbaden (21 %, Vj. 21 %), Verkehrssicherung (10 %, Vj. 9 %) und der Niederlassung Darmstadt (7 %, Vj. 7 %). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr insgesamt 3,0 Mio. € (Vj. 2,8 Mio. €) investiert. Der überwiegende Teil dieser Investitionen

entfällt auf die Ausweitung und Modernisierung des Fuhrparks. Weitere Investitionsschwerpunkte waren Materialien für die Verkehrssicherung und die EDV-Ausstattung.

Der Wertansatz des Anlagevermögens ist auf 8,4 Mio. € (Vj. 8,7 Mio. €) gesunken. Der Cashflow beträgt 4,8 Mio. € (Vj. 4,3 Mio. €) und hat es der Gesellschaft ermöglicht, neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch alle Investitionen mit eigenen Mitteln zu finanzieren.

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über insgesamt 282 eigene Mitarbeiter:innen (Vj. 277), davon 68 Angestellte (Vj. 69) und 213 Arbeiter:innen (Vj. 208) und 1 Auszubildender (Vj. 0 Auszubildende). Darüber hinaus wurden in Abhängigkeit vom jeweiligen Auftragsbestand sowohl Aushilfen als auch Subunternehmer mit eigenem Personal eingesetzt.

Der Fuhrpark bestand zum Bilanzstichtag aus 539 Fahrzeugen (Vj. 535 Fahrzeuge) und 17 Kehrmaschinen (Vj. 17 Kehrmaschinen).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.332	1.610	275

3.4 FFR GmbH & Co. Objekt Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7/ Wiesbaden KG

Gründung:

19.07.2010

Unternehmensgegenstand:

Die Verwaltung, die Verpachtung und die Entwicklung des Grundstücks Ferdinand-Knettenbrech-Weg 7 in Wiesbaden.

Gesellschafter (Kapitalanteile Kommanditist):

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

1.200.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

FFR GmbH (Vertreten durch Herrn Rolf Niermann, Herr Dirk Remmert, Herr Benjamin Scheffler)

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 50 T€ und Umsatzerlöse von 117 T€. Investitionen sind in 2022 nicht vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Pächterin des im Unternehmensgegenstand genannten Grundstücks ist die Remondis GmbH & Co. KG, Region Südwest. Remondis ist 49 %-Gesellschafter der FES.

Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr wie erwartet entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 43 T€ (Vj. 50 T€) erzielt. Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag unverändert 1,2 Mio. €, die Eigenkapitalquote ging auf 63,4 % (Vj. 65,5 %) zurück. Die Umsätze, die aus der Verpachtung des Grundstückes stammen, betrugen

im Geschäftsjahr 2022 100 T€. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 wiederum keine Investitionen getätigt. Der Wertansatz des Anlagevermögens betrug zum Bilanzstichtag 1,0 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €). Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 59 T€ (Vj. 65 T€) betrug. Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter:innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.894	43	0

3.5 MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH

Gründung:

06.01.2003

Unternehmensgegenstand:

Der Betrieb, die Unterhaltung und Instandhaltung des Müllheizkraftwerks (MHKW) in Frankfurt am Main-Nordweststadt, nämlich die Müllverbrennung sowie die Erzeugung und Lieferung von Wärme (Heizwasser) und elektrischem Strom.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
Mainova AG

Kapitalanteile:

12.500 €	=	50,00 %
12.500 €	=	50,00 %
25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dirk Remmert
Herr Winand Zeggel

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 ein ausgeglichenes Jahresergebnis nach Steuern und Umsätze von 47,4 Mio. €.

Für Investitionen sind im Jahr 2023 Mittel von insgesamt 967 T€ vorgesehen. Der überwiegende Teil dieses Betrags entfällt auf die Ergänzung bzw. Erneuerung von technischen Anlagen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Das Unternehmen agiert in zwei voneinander unabhängigen Branchen, zum einen im Entsorgungsmarkt und zum anderen im Versorgungsmarkt.

Die AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt GmbH (AVA GmbH) ist Eigentümerin des Verbrennungsteils (AVA), Mainova ist Eigentümerin des Heizkraftwerksteils (HKW). Die AVA GmbH hat das HKW von der Mainova gepachtet und die Gesellschaft hat die Gesamtanlage von der AVA GmbH gepachtet.

Der deutsche Entsorgungsmarkt war auch im Geschäftsjahr 2022 von einer hohen Auslastung der Entsorgungskapazitäten für Abfälle aus Haushalten und Gewerbe gekennzeichnet. Allerdings verzeichneten einzelne Anlagen zur thermischen Abfallbehandlung im zweiten Halbjahr einen vermutlichen konjunkturell bedingten Rückgang der Gewerbeabfallmengen.

Der Versorgungsmarkt umfasst sowohl den lokalen Markt für Fernwärme als auch den bundesweiten Strommarkt. Im Fernwärmeversorgungsmarkt hat das MHKW die Wärmeversorgung für mehrere Frankfurter Stadtteile sicherzustellen. Daher hat die

Produktion von Heizwasser Vorrang vor der Stromerzeugung, dem anderen Teilmarkt.

Der Betrieb des MHKW verlief im Geschäftsjahr 2022 weitgehend stabil. Der überwiegend durch Betriebsstörungen verursachte Produktionsausfall bei der Müllverbrennung lag – gemessen an der möglichen Verbrennungsleistung – mit 12.927 t unter dem Vorjahreswert (Vj. 21.060 t). Dieser Wert entspricht 2,5 % (Vj. 4,0 %) der genehmigten Verbrennungskapazität. Deutlich zum Verlust von Verbrennungsleistung beigetragen haben dabei die hohen Außentemperaturen, vor allem im Monat August. Die Anzahl der Entschlackerstörungen ist geringfügig auf 14 (Vj. 16) zurückgegangen.

Die Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr bei der Vermarktung von Strom über die Strombörse EEX einen durchschnittlichen Preis von 65,97 €/MWh (Vj. 50,27 €/MWh) Erlösen.

Die Witterung spielt für die Nachfrage von Fernwärme eine wesentliche Rolle. Im Jahr 2022 entsprachen die Gradtagszahlen im Rhein-Main-Gebiet während der Heizperiode in etwa dem Erwartungswert. Dies trug dazu bei, dass der Fernwärmeabsatz lediglich um 1,4 % unter dem Planansatz lag (Vj. rd. 17 % über Plan).

Sowohl die Corona-Pandemie als auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben den Anlagenbetrieb auch 2022 nicht wesentlich negativ beeinflusst.

Aufgrund der Verpflichtung von FES, sämtliche notwendigen und nachgewiesenen Kosten der MHKW GmbH auszugleichen, soweit sie nicht durch Energieerlöse gedeckt werden, sind die Kosten und die

Energieerlöse wesentliche Steuerungsgrößen der Gesellschaft.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von 0 € (Vj. 0 €) erzielt. Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag unverändert 39 T€ (Vj. 39 T€).

Im Geschäftsjahr 2022 wurden insgesamt 508.416 t (Vj. 509.454 t) Abfälle verbrannt. Damit konnte zwar die mit 514.037 t geplante Durchsatzmenge nicht realisiert, wohl aber die Vorjahresmenge fast erreicht werden.

Das MHKW speiste 533.113 MWh (Vj. 529.585 MWh) Heizwasser in das Fernwärmesystem der Mainova und 204.103 MWh (Vj. 211.087 MWh) Strom in das Mittelspannungsnetz der NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH ein. Der Heizwasserabsatz erreichte wie im Vorjahr erneut einen historischen Höchstwert, da es gelungen ist, das Heizwasserverbundsystems weiter zu optimieren. Der Rückgang der Stromeinspeisung ist in erster Linie auf den Vorrang der Heizwassererzeugung zurückzuführen. Die Umsätze erreichten 52,9 Mio. € (Vj. 46,4 Mio. €) und liegen damit über dem Planansatz für 2022 von 46,0 Mio. €. Die Umsätze entfallen zum überwiegenen Teil auf den Abfalllieferungsvertrag mit FES. Die restlichen Umsätze betreffen die Veräußerung von Heizwasser und Strom an Mainova. Im Jahre 2022 hat eine Sonderpachtzahlung an die AVA GmbH zu einem höheren Verbrennungsentgelt und damit zu höheren Umsatzerlösen geführt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 381 T€ (Vj. 321 T€) investiert. Der wesentliche Teil dieser Investitionen entfällt auf Modifikationen der Anlagentechnik. Das Anlagevermögen betrug zum Bilanzstichtag 1,8 Mio. € (Vj. 1,7 Mio. €). Der Cashflow betrug im Geschäftsjahr 2022 280 T€ (Vj. 288 T€).

Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende über 87 Mitarbeiter:innen (Vj. 81), davon 18 Angestellte (Vj. 18) und 66 Arbeiter:innen (Vj. 62) und 3 Auszubildender (Vj. 1 Auszubildende). Das übrige für die Betriebsführung erforderliche Personal wird von FES zur Verfügung gestellt. Der Anstieg der Beschäftigtenzahl resultiert daraus, dass alle bisher von FES und Mainova zur Verfügung gestellten Mitarbeiter:innen, die im Rahmen der Fluktuation ausscheiden, durch neue Mitarbeiter:innen ersetzt werden, die direkt von der Gesellschaft beschäftigt werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
26.849	0	87

3.6 RMB Rhein-Main Biokompost GmbH

Gründung: 30.06.1995	Unternehmensgegenstand: Die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung und Verwertung organischer Abfälle und anderer geeigneter Materialien sowie die Vermarktung der Erzeugnisse.
Gesellschafter: FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Peter Dumin Herr Aloys Oechtering Herr Benjamin Scheffler	

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € und Umsätze von 12,5 Mio. €. Für Investitionen sind 2023 Mittel von insgesamt 1,8 Mio. € vorgesehen. Der weitaus überwiegende Teil dieser Mittel entfällt auf Ersatzbeschaffungen für Anlagentechnik und Fahrzeuge.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt im Frankfurter Osthafen im Auftrag der Stadt Frankfurt am Main (Stadt) eine Bioabfallbehandlungsanlage. In dieser Anlage werden organische Abfälle, z. B. Bioabfälle aus der kommunalen Sammlung in Frankfurt am Main, in einem kombinierten Verfahren aus Vergärung und nachgeschalteter Tunnelrotte zu Kompost verarbeitet. Dabei entsteht Biogas, das entweder in Erdgasqualität ins lokale Versorgungsnetz eingespeist oder im eigenen Blockheizkraftwerk (BHKW) verstromt wird. Zusätzlich werden noch weitere organische Abfälle verwertet. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) schreibt vor, dass Bioabfälle aus Haushalten getrennt zu sammeln und zu verwerten sind. Im Rhein-Main-Gebiet wurde die Bioabfallsammlung flächendeckend eingeführt. Die Verwertung der kommunalen Bioabfälle erfolgt entweder in Eigenregie oder wird im Rahmen von Vergabeverfahren europaweit ausgeschrieben. Die Gesellschaft beteiligt sich – als Nachunternehmer von FES - an diesen Ausschreibungen, so dass regelmäßig auch Bioabfälle aus dem Frankfurter Umland bei der Gesellschaft zur Verwertung angeliefert werden. Das Umweltbundesamt hat im Juni 2020 eine Analyse zur Zusammensetzung der im Rahmen der kommunalen Abfallsammlung in Deutschland erfassten Restabfälle veröffentlicht.

Demnach sind nativ-organische Abfälle mit ca. 39 Gew.-% die größte Fraktion im Restabfall. Davon entfallen fast 70 % auf Küchen- und Nahrungsabfälle. Diese Zahlen belegen, dass auch in Kommunen, in denen es die Biotonne gibt, immer noch ein großes Potenzial zur Steigerung der getrennt erfassten Bioabfälle existiert.

Die Beschlüsse der Bundesrepublik Deutschland, im Rahmen der Energiewende bis Frühjahr 2023 aus der Stromerzeugung mittels Kernkraft auszusteigen und bis 2038 auch die Verstromung von Kohle schrittweise zu beenden, machen es notwendig, die regenerative Energieerzeugung massiv auszubauen. Dies verbessert die Marktchancen für die Produzenten von Biogas sowie von Strom aus Windenergie, Sonneneinstrahlung und Biomasse. Seit dem 01.01.2021 gilt zwischen der Stadt Frankfurt am Main und FES ein neuer Vertrag über Bioabfallverwertung. Bestandteil dieses Vertrags, der eine Laufzeit von zwanzig Jahren hat, ist die Verpflichtung von FES, die Gesellschaft als Nachunternehmer mit der Verwertung der Frankfurter Bio- und Grünabfälle zu beauftragen. Insgesamt wurden 2022 ca. 59.715 t (Vj. ca. 70.915 t) Bio-, Grün- und andere organische Abfälle angeliefert. Dies entspricht einem Rückgang um 15,8 % (Vj. + 2,0 %). Von den angelieferten Abfällen wurden ca. 47.288 t (Vj. 50.248 t) der Anlage zur Verarbeitung zugeführt. Dies entspricht einem Rückgang um 5,9 % (Vj. + 4,9 %). Damit war die Anlage im Geschäftsjahr 2022 abermals sehr gut ausgelastet. Der Störstoffanteil ist auf 1.807 t (Vj. 1.871 t) zurückgegangen und liegt 3,5 % unter dem Vorjahresniveau (Vj. ./ 5,4 %). Die Menge der angelieferten Bioabfälle aus der Hausmüllsammlung in Frankfurt am Main hat um 14,9 % (Vj. + 7,3 %) auf 25.881 t (Vj. 30.412 t) abgenommen. Ursache für den Rückgang

der Anlieferungen von organischen Abfällen sind die deutlich geringen Niederschläge im ersten Halbjahr 2022, die einen Rückgang, der über die Biotonnen und auf den Wertstoffhöfen entsorgten Grünabfälle bedingt haben. Im Geschäftsjahr wurden auf dem von der Gesellschaft betriebenen Biomasseaufbereitungsplatz insgesamt ca. 6.025 t (Vj. ca. 9.987 t) Grünabfälle behandelt und je nach Eignung entweder zu Erds substrat oder zu Strukturmaterial verarbeitet. Die Vermarktungsmenge, die sich aus dem in der Anlage in verschiedenen Qualitäten erzeugten Kompost und aus Handelsware zusammensetzt, betrug insgesamt 29.275 t (Vj. 30.579 t). Dies entspricht einem Rückgang des Absatzes als lose Ware um 4,3 % (Vj. + 6,8 %). Auch der Absatz von Kompost und Dünger der Marke RETERRA als Sackware ab Bioabfallbehandlungsanlage nahm gegenüber dem Vorjahr um 8,0 % auf 8.063 Stück (Vj. 8.767 Stück) ab. Auch diese Entwicklung ist auf die im Geschäftsjahr geringere Vegetation zurückzuführen. Im Laufe des Geschäftsjahrs wurden insgesamt 25.922 t (Vj. 28.316 t) flüssige Gärreste erzeugt. Dies entspricht einem Rückgang um 8,5 %. Die flüssigen Gärreste wurden entweder in ein von einem Kooperationspartner der Gesellschaft betriebenes Gärrestelager oder direkt an landwirtschaftliche Betriebe geliefert, um von diesen als Dünger genutzt zu werden. 3 Mit dem im Rahmen des Vergärungsprozesses produzierten Biogas wurden im BHKW der Gesellschaft insgesamt ca. 1.676 MWh (Vj. 2.293 MWh) elektrischer Strom erzeugt. Damit konnte die Bioabfallbehandlungsanlage den gesamten Eigenbedarf an Prozesswärme und 92,6 % (Vj. 124,7 %) des Eigenbedarfs an Strom selbst erzeugen. Der Rückgang der Stromproduktion ist auf die nach 23 Jahren erstmalig durchgeführte Revision des älteren der beiden Fermenter zurückzuführen, die einen mehrwöchigen Produktionsausfall bewirkt hat. Der überwiegende Teil des Bioerdgases wurde auf einem benachbarten Grundstück durch einen Vertragspartner zu Erdgasqualität aufbereitet und anschließend in das lokale Erdgasversorgungsnetz eingespeist. Die Vermarktung dieses Erdgases, im Geschäftsjahr 24.670 MWh (Vj. 23.836 MWh), erfolgte als nachhaltiger Kraftstoff. Die Gesellschaft betreibt auf den Dachflä-

chen der Bioabfallbehandlungsanlage eine Photovoltaikanlage (PVA) mit einer Nennleistung von 236 KWp. Die PVA hat im Geschäftsjahr insgesamt 241 MWh Strom (Vj. 231 MWh) ins öffentliche Netz eingespeist. Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr besser als geplant entwickelt. Die wirtschaftlichen Aussichten beurteilen wir als stabil. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) erzielt. Dieses Ergebnis liegt deutlich über dem geplanten Jahresüberschuss von 0,9 Mio. Der Ergebnisanstieg gegenüber dem Vorjahr und dem Plan ist im Wesentlichen auf eine vertragliche Preisanpassung zurückzuführen. Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 3,7 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €), davon sind 165 T€ (Vj. 136 T€) ausschüttungsgesperrt. Die Eigenkapitalquote stieg auf Grund des hohen Jahresüberschusses auf 38,7 % (Vj. 33,0 %). Die Umsätze lagen mit 11,6 Mio. € um 10,9 % unter dem Vorjahresniveau (10,0 Mio. €). Der überwiegende Teil der Umsatzerlöse entfällt auf die Verwertung der Bioabfälle aus der kommunalen Bioabfallsammlung in Stadt Frankfurt am Main. Die restlichen Umsätze wurden vor allem mit dem Verkauf von Bioerdgas, Strom und Kompostprodukten erzielt. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 insgesamt 0,6 Mio. € (Vj. 0,3 Mio. €) investiert, der überwiegende Teil entfällt auf Maßnahmen zur Ertüchtigung des BHKW. Das Anlagevermögen ist auf 7.386 T€ zurückgegangen (Vj. 7.770 T€). Dank des hohen Cashflows von 3,0 Mio. € konnten neben der laufenden Geschäftstätigkeit auch die Investitionen mit eigenen Mitteln finanziert werden. Die Gesellschaft verfügte zum Jahresende 2022 über insgesamt 16 Mitarbeiter:innen (Vj. 16 Mitarbeiter:innen), davon 5 Angestellte (Vj. 5 Angestellte) und 11 Arbeiter:innen (Vj. 11 Arbeiter:innen). Die Organisation der Berufsausbildung wird von FES zentral wahrgenommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.589	1.951	16

3.7 RMS Rhein-Main Solarpark GmbH

Gründung:

10.01.2011

Unternehmensgegenstand:

Der Betrieb der Photovoltaikanlage auf der ehemaligen Deponie Dreieich-Buchschlag sowie die Errichtung, der Betrieb und der Erwerb von Eigentum an Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH

Stadtwerke Dreieich GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 50,00 %

50.000 € = 50,00 %

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Steffen Arta

Herr Benjamin Scheffler

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 175 T€ und Umsatzerlöse von 1,9 Mio. €. Für das Jahr 2023 sind Investitionen von 380 T€ für die Installation neuer PV-Module vorgesehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist ein Joint Venture der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH (FES), Frankfurt am Main, und der Stadtwerke Dreieich GmbH (SWD), Dreieich.

Die Photovoltaikanlage (PVA) Dreieich-Buchschlag hat eine Nennkapazität von 8,2 MWp und wurde im Jahr 2011 von der FES errichtet. Die Gesellschaft hat im Jahr 2012 Anlagenteile mit einer Nennleistung von ca. 4 MWp von der FES erworben. Die übrigen Anlagenanteile wurden von der FES an 175 Bürgerinnen und Bürger im Rhein-Main-Gebiet, drei regional ansässige Energieversorgungsunternehmen, zwei Energiegenossenschaften sowie ein Unternehmen veräußert, das mit dem Generalübernehmer für den Bau der PVA verbunden ist. Seit Anfang April 2012 wird der von der PVA erzeugte Solarstrom in das Versorgungsnetz der SWD eingespeist.

Die Gesellschaft erbringt im Auftrag aller Eigentümer:innen die gesamte technische und kaufmännische Geschäftsbesorgung sowie die Stromvermarktung und die Abrechnung der auf die einzelnen Eigentümer:innen entfallenden Erträge und Aufwendungen. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Auftrag des Grundstückseigentümers, des Landesbe-

triebes Hessenforst, bzw. der für die Deponienachsorge verantwortlichen Stadt Frankfurt am Main weitere Aufgaben übernommen, z. B. Grünpflege und Anlagensicherung. Zur Durchführung der diversen Aufgaben bedient sich die Gesellschaft, die selbst keine Mitarbeiter:innen beschäftigt, der Leistungen Dritter und hat zu diesem Zweck u. a. Geschäftsbesorgungsverträge mit der FES und SWD abgeschlossen.

Im Jahr 2022 wurden in Deutschland geschätzte 61 TWh Solarstrom produziert. Damit trug Solarenergie mit 11 % (Vj. 9 %) zur Stromerzeugung in Deutschland bei.

Für den Zeitraum Januar bis Dezember 2022 wurde eine Gesamtstromeinspeisung von 7.870 MWh erwartet, die tatsächliche Solarstromeinspeisung 2022 betrug 8.721 MWh (Vj. 8.368 MWh), d. h. der Planwert wurde um 851 MWh (+ 6,1 %), (Vj. 882 MWh, + 11,2 %) überschritten. Während in den Monaten Januar, Februar, April, November und Dezember des Geschäftsjahres die Sonneneinstrahlung unter dem Erwartungswert lag, wurde der Planwert in allen anderen Monaten des Jahres übertroffen, besonders im März um 42,3 %. Im Mai, Juli und Oktober wurden 20,2 %, 23,0 % bzw. 21,4 % mehr als erwartet produziert. Insgesamt hat sich die Gesellschaft im Berichtsjahr besser als geplant entwickelt, die wirtschaftlichen Aussichten werden als weiterhin stabil beurteilt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 154 T€ (Vj. 185 T€) erzielt. Dieses Ergebnis liegt weit über dem für 2022 geplanten Jahresüberschuss von 40 T€. Ursachen sind u.a.

höher als erwartete Erlöse aus der Stromvermarktung und die voraussichtlich niedriger als bisher erwarteten Kosten einer Instandhaltungsmaßnahme.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 2,3 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €). Die Eigenkapitalquote liegt bei 39,3 % (Vj. 36,5 %).

Die Umsätze betrugen 2,2 Mio. € (Vj. 2,0 Mio. €) und entfallen überwiegend auf den Verkauf des von der PVA erzeugten Solarstroms. Die Überschreitung des geplanten Umsatzvolumens von 2,0 Mio. € ist auf eine witterungsbedingt höhere Einspeisung von Solarstrom zurückzuführen.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 wiederum keine Investitionen getätigt.

Die Finanzierung der laufenden Geschäftstätigkeit der Gesellschaft erfolgte über den Cashflow, der im Geschäftsjahr 517 T€ (Vj. 548 T€) betrug. Die Finan-

zierung der von der Gesellschaft erworbenen Anlagenteile der PVA erfolgt über ein langfristiges Schuldscheindarlehen.

Die Gesellschaft beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter:innen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.894	154	0

3.8 TRAPP Handelsgesellschaft mbH

Gründung:

14.12.2010

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen auf dem Gebiet der Abfall- und Recyclingwirtschaft sowie auf dem Gebiet des Handels von Wert- und Rohstoffen, insbesondere des Altpapierhandels und der Altpapiervermarktung.

Gesellschafter:

FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH
KG Ludwig Melosch Vertriebs GmbH & Co., Ahrensburg

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %
12.500 € = 50,00 %
25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Christian Werner Dommermuth
Herr Gerhard-Bülent Orkunt
Herr Lars Sievers

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 einen Jahresüberschuss von 251 T€ und Umsätze von 21 Mio. €. Für Investitionen sind Mittel von 50 T€ vorgesehen. Die wirtschaftlichen Aussichten werden als stabil beurteilt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft konzentriert sich auf den internationalen Handel mit hochwertigen Altpapiersorten. Altpapier ist ein weltweit gehandelter Sekundärrohstoff, dessen Marktpreise von globalen Entwicklungen abhängig sind. Die Weltmarktpreise für Altpapier unterliegen unterjährig erheblichen Schwankungen. Der Krieg in der Ukraine hat in Zentraleuropa zu unmittelbaren Auswirkungen geführt. Die Energiepreise (Strom und Gas) sind stark gestiegen und teilweise war die Versorgung nicht überall gesichert. Frachtraten und Produktionsvorgänge verteuerten sich drastisch. Die Papierindustrie in Deutschland ist neben der Chemie- und Glasindustrie sehr stark vom Gas abhängig. So waren kurzfristige Abstellmaßnahmen und Stillstände wiederkehrend normal.

Die Umsätze im Geschäftsjahr betrugen 30,53 Mio. € (Vj. 29,74 Mio. €). Die Umsatzerlöse entfallen auf den Verkauf von hochwertigen Altpapierchargen, die zuvor sowohl im Inland als auch europäischen Ausland angekauft wurden.

Das Eigenkapital betrug zum Bilanzstichtag 1,49 Mio. € (Vj. 1,29 Mio. €). Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss von 548 T€ (Vj. 516 T€) erzielt. Die Gesellschaft beschäftigte zum Bilanzstichtag 6 Mitarbeiter:innen (Vj. 5).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt)
4.134	548	6

4.1 Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung:

12.12.2003

Unternehmensgegenstand:

Bereitstellung von Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Gesellschafter:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Raasch

A. Ausblick 2023

Aufgrund der Vereinbarung mit der Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH (VGF) über die Nutzung der Gebäude für die Gleichrichterwerke und der damit verbundenen Kostenerstattung, geht die Geschäftsführung für die kommenden Jahre von Ergebnissen in Höhe des Berichtsjahres aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Nahverkehrsinfrastrukturgesellschaft (NIG) wurde am 12.12.2003 als Vorratsgesellschaft gegründet, um die Option zu wahren, Teile der Verkehrsinfrastruktur (U-Bahn-Tunnel und Trassen) in die NIG einzulegen. Im Geschäftsjahr 2004 hatte die Gesellschaft lediglich Gebäude und Grundstücke von Gleichrichteranlagen (für rund 1,5 Mio. €) erworben. Über die bestehende wirtschaftliche Tätigkeit – die Bereitstellung von Gleichrichterwerken für den öffentlichen Personennahverkehr – hinaus, hat die NIG auch im Jahr 2022 keine weiteren Tätigkeiten aufgenommen. Die geschäftlichen Aktivitäten begrenzten sich im Geschäftsjahr 2022 auf die, von der SWF Holding abgewickelte, laufende Verwaltung der Gesellschaft. Die hieraus resultierende Überdeckung summiert sich zu einem Gewinn von rund 1 T€ (Vj. 1 T€), der gemäß Gewinnabführungsvertrag mit der SWF Holding vollständig an diese abgeführt wird. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung - vor Ge-

winnabführung - ausgewiesene Jahresgewinn resultiert daraus, dass den betrieblichen Erträgen in Höhe von 72 T€ (Vj. 74 T€) insgesamt betriebliche Aufwendungen und sonstige Steuern von 71 T€ (Vj. 73 T€) entgegenstehen. Zum Bilanzstichtag ergaben sich gegenüber dem Vorjahr nur geringe Veränderungen bei den Kapitalstruktur- und Bilanzrelationen. Die Bilanzsumme hat sich um 24 T€ auf 1.130 T€ erhöht. Das Anlagevermögen, welches ausschließlich Grundstücke und Gebäude für Gleichrichterwerke enthält, hat sich aufgrund von planmäßigen Abschreibungen um 34 T€ auf 1.071 T€ verringert. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme ist um 5 % gesunken und beträgt 95 %. Die Eigenkapitalquote liegt unverändert bei 2 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.130	1	0

4.2 Stadtwerke Strom-/Wärmeversorgungsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Gründung:

11.12.1996

Unternehmensgegenstand:

Bereitstellung von Energiedienstleistungen. Die Gesellschaft ist tätig als Energiedienstleistungsunternehmen auf dem Energiemarkt. Die Gesellschaft betätigt sich in folgenden Bereichen: Erzeugung, Gewinnung, Bezug, Fortleitung und Verkauf von elektrischer Energie und Wärme/Kälte sowie der Errichtung der hierfür erforderlichen Anlagen, soweit dies im Rahmen der Unternehmensziele zur Deckung des Bedarfs an Energiedienstleistungen erforderlich ist; Durchführung von Energiesparprogrammen, Beratung, Förderung und kooperative Errichtung und Betrieb von Anlagen zur Verminderung des Bedarfs an Energie.

Gesellschafter:

Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Kapitalanteile:

25.565 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Raasch

A. Ausblick 2023

Auf Grund des abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags wird die Gesellschaft auch zukünftig ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die geschäftlichen Aktivitäten begrenzten sich im Geschäftsjahr 2022 auf die von der SWF Holding abgewickelte, laufende Verwaltung der Gesellschaft. Im Berichtsjahr wurde, wie im Vorjahr, erwartungsgemäß ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielt. Zum Bilanzstichtag beträgt die Bilanzsumme unverändert 26 T€. Die Eigenkapitalquote liegt weiterhin bei 100 % der Bilanzsumme. Die gemeinsame Disposition von liquiden Mitteln erfolgt seit dem Jahr 2012 über das Konzern-Cash-Pooling bei der SWF Holding.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
26	0	0

5.1 Afriport S.A.

Gründung: 20.10.2006	Unternehmensgegenstand: Investitionen in Flughafenprojekte in Afrika.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 1.552.449 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Aufsichtsrat	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	4 Mitglieder Herr Christian Bühlmann Herr Guido Hanebrink Herr Grégoire Mure Herr Kai Zobel
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Daport S.A.	Kapitalanteile: 1.452.499 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Die strategische Neuausrichtung der Gesellschaft wird derzeit geprüft.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Derzeit keine Aktivitäten, da das Tochterunternehmen von Afriport nicht wie ursprünglich angedacht den Betrieb eines Flughafens im Senegal übernehmen wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und das Board of Directors (Aufsichtsrat).

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9	0	0

5.1.1 Daport S.A., i. L.

Gründung: 07.12.2006	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Aéroport International Blaise Diagne in Dakar, Senegal.
Gesellschafter: Afriport S. A.	Kapitalanteile: 1.452.499 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ulrich Heppe	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	2 Mitglieder Herr Christoph Nanke Herr Alexander Zinell

A. Ausblick 2023

Da die Gesellschaft nicht wie ursprünglich angedacht den Betrieb des Flughafens im Senegal übernimmt, wird derzeit die Liquidation der Gesellschaft angestrebt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Daport S.A. wird nicht - wie ursprünglich angedacht - den Betrieb eines neuen Flughafens im Senegal übernehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Aufsichtsrat) und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation

5.2 AirIT Services GmbH

Gründung:

18.02.2000

Unternehmensgegenstand:

Lieferung und Errichtung von Informations- und Kommunikationsanlagen auf den Liegenschaften von Flughäfen (u. a. Flughafen Hahn und Flughafen Frankfurt und Umgebung) sowie die Erstellung von Softwareprogrammen.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Fritz Oswald
Herr Klaus Schultz-Fademrecht

A. Ausblick 2023

Es wird erwartet, dass sich das Jahresergebnis in Abhängigkeit der Auftragslage bezüglich der IT-Dienstleistungen positiv entwickelt, insbesondere durch den neu gewonnenen Auftrag „On-Site Services“. Gegenstand des Auftrags sind IT-Dienstleistungen, die die Gesellschaft für die Fraport AG am Standort Frankfurt durchführen wird.

Aufgrund der Insolvenzsituation ist der Geschäftsbeitrag vom Standort Hahn weiterhin durch Unsicherheiten geprägt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Sowohl der Umsatz als auch der Jahresüberschuss konnten im vergangenen Geschäftsjahr gesteigert werden. Weiterhin wurden vergleichsweise viele neue Projekte durchgeführt, die aufgrund der Beschaffung von notwendiger Hardware mit höherem Materialaufwand verbunden sind.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.166	641	27

5.3 Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH

Gründung:

22.12.1989

Unternehmensgegenstand:

Vermittlung/Verwaltung von Versicherungen und Beteiligungen. Vergabe, Verwaltung, Abtretung, Veräußerung und Versicherung von Darlehen an mit der Fraport AG verbundene Unternehmen.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

52.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Hans Jörg Schill

A. Ausblick 2023

Für 2023 ist bei einem konstanten Prämien- und Courtagevolumen im Versicherungsgeschäft mit Umsatzerlösen und einem Jahresüberschuss in Höhe des Vorjahres zu erwarten. Aufgrund des ab 2016 geltenden Ergebnisabführungsvertrages wird dieser in voller Höhe an die Fraport AG abgeführt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist als Makler zwischen verschiedenen Versicherungsgesellschaften und dabei primär für ihre alleinige Gesellschafterin, die Fraport AG, tätig. Sowohl die Umsatzerlöse als auch der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung lagen über denen des Vorjahres.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
169.464	3.845	9

5.3.1 Fraport Malta Business Services Ltd.

Gründung: 25.11.2005	Unternehmensgegenstand: Vergabe von Darlehen an Gesellschaften/Beteiligungen der Fraport AG.
Gesellschafter: Fraport Malta Ltd. Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	Kapitalanteile: 1.499 € = 99,93 % 1 € = 00,07 % 1.500 € = 100,00 %
Board of Directors (Geschäftsführung): Herr Achim Gaydos Herr Dirk Klaus Harant Herr Michael Schütt Herr Patrick Beresford Brown Frau Yvette Stevens	

A. Ausblick 2023

Das Jahresergebnis hängt primär von Darlehensvergaben an andere Konzern-Gesellschaften und Joint Ventures / Minderheitsbeteiligungen ab sowie von der Entwicklung der Zinsen am Kapitalmarkt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines.

Im Geschäftsjahr 2022 ist das Ergebnis im Wesentlichen durch die vollständige Abschreibung der Darlehensforderung gegenüber der Thalita Trading Ltd./Zypern geprägt, welche zu einem Aufwand i. H. v. 163,3 Mio € führt und für den Jahresfehlbetrag nach Ansatz aktiver latenter Steuern verantwortlich zeichnet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie das Board of Directors (Geschäftsführung).

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
296.341	-137.018	4

5.4 Airport Cater Service GmbH

Gründung:

01.01.1997

Unternehmensgegenstand:

Bewirtschaftung von Verpflegungseinrichtungen.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.565 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dirk Glasner

A. Ausblick 2023

Aufgrund des sich erholenden Verkehrsaufkommens nach den durch die Corona-Pandemie bedingten Einbrüchen und des dadurch erforderlichen, zusätzlichen Personaleinsatzes am Standort Frankfurt, ist im Geschäftsjahr 2023 mit einem positiven Geschäftsverlauf zu rechnen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Airport Cater Service GmbH (ACS) generieren sich aus den gegenüber der Fraport AG abgerechneten Aufwendungen und der Bewirtschaftungsvergütung. Grundlage hierfür ist der Kantinenbewirtschaftungsvertrag vom 01.06.2001. Aufgrund der im Jahr 2022 wieder ansteigenden Kantinenbesucher und Veranstaltungen liegen die Erlöse über denen von 2021.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.878	90	130

5.5 FRA-Vorfeldkontrolle GmbH

Gründung:

05.12.2011

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Vorfeldkontrolldienstleistungen, insbesondere die Steuerung der Luftfahrzeuge zwischen der Schnittstelle Rollfeld/Vorfeld und Flugzeugpositionen, und sonstige damit zusammenhängenden flughafenbezogenen Dienstleistungen auf dem Flughafen Frankfurt am Main sowie auch auf anderen internationalen Flughäfen im In- und Ausland einschließlich der Personalvermittlung auf Grundlage des AÜG.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörn Muthmann

Frau Susanne Schocher

A. Ausblick 2023

Aufgrund der deutlich wahrnehmbaren Erholung des Luftverkehrs am Flughafen Frankfurt können noch sechs verbliebene Trainees zum Frühjahr 2023 ihre Ausbildung zum/zur Vorfeldkontrolleur:in weiterführen, nachdem sie übergangsweise in der Administration als Simulator-Piloten eingesetzt wurden, um das Stammpersonal bei der Umschulung auf das neue IT-Equipment im Rahmen des Projekts „Apron Controller Working Positions“ (ACWP) zu unterstützen. In der künftigen Planungsphase wird die Inbetriebnahme des Terminal 3 in 2026 erwartet, was eine Anpassung der langfristigen Personal- und Wirtschaftsplanung zur Folge hat.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wurde für 2022 ein neuer Manteltarifvertrag mit u. a. Arbeitszeitabsenkung auf 35 Std./Woche und Verzicht auf Entgeltsteigerungen vereinbart. So konnte die Vorfeldkontrolle betriebsbedingte Kündigungen ausschließen und die Arbeitsplätze zusichern.

Die Ausbildung der Trainees wurde in 2021 eingestellt und mit Aussicht auf eine spätere Weiterführung wurden die noch verbliebenen sechs Auszubildenden vorübergehend als SIM-Piloten für schulische Zwecke des Stammpersonals eingesetzt. Die von der Auftraggeberin (Fraport AG) nachgefragten Vorfeldkontrolldienstleistungen konnten in 2022 entsprechend der vertraglichen Regelungen erbracht werden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Das Organ der Gesellschaft ist die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.230	235	89

5.6 FraGround Fraport Ground Handling Professionals GmbH (vormals FraGround Fraport Ground Services GmbH)

Gründung: 27.10.2003	Unternehmensgegenstand: Arbeitnehmerüberlassung
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 50.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Mira Fischer Herr Josef Weber	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: weitere Aufsichtsratsmitglieder:	12 Mitglieder Herr Siegfried Pasler Herr Mahir Deniz Arslan Herr Oktay Celik Herr Mathias Dudek Herr Peter Dudenhöfer Frau Lisa Gneiße Herr Sidar Kaya Frau Monika Kohler Herr Christoph Miemietz Frau Brigitte Press Frau Cornelia Wächter Herr Özgür Yalcinkaya

A. Ausblick 2023

Für 2023 wird eine weitere Erholung des Flugverkehrs und damit ein Anstieg der Nachfrage von Personalleistungen für die Abfertigung von Flugzeugen erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Da der Verkehr im Jahr 2022 gegenüber 2021 deutlich angestiegen ist, bestand auch eine erhöhte Nachfrage nach den Personalleistungen der FraGround. Die Umsatzerlöse liegen um +111,5 Mio. € über dem Vorjahreswert. Das Jahresergebnis liegt nach dem negativen Ergebnis in 2021 mit +0,8 Mio. € (vor Gewinnabführung) im positiven Bereich.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
31.605	773	2.884

5.7 Fraport Antalya Havalimanı İşletme ve Yatırım A.Ş.

Gründung: 12.11.2021	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 7.351.200 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Siehe Board of Directors	
Board of Directors:	2 Mitglieder Herr Holger Schaefers Frau Denitza Weismantel

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft verfügt derzeit über keine operative Geschäftstätigkeit und wird als potentielle Investmentholding für die neue Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft verzeichnete im Jahr 2022 keine Geschäftstätigkeit.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
476	110	0

5.8 Fraport Asia Ltd.

Gründung:

09.03.2007

Unternehmensgegenstand:

Beteiligungsholding im Bereich Betrieb und Unterhaltung von Flughäfen sowie der damit zusammenhängenden Dienstleistungen und Aufgaben.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

10.000 HK\$ = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Matthias Engler

Frau Denitza Weismantel

unmittelbare Beteiligungen:

Pantares Tradeport Asia Ltd., Hong Kong/China

Kapitalanteile:

0,0 € = 50,00 %

A. Ausblick 2023

Das Ergebnis der Fraport Asia Ltd. ist abhängig von der Entwicklung der unmittelbaren Beteiligung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft verzeichnet keine Umsatzerlöse, da sie in ihrer Hauptfunktion lediglich eine Holdinggesellschaft ist.

Die Beteiligung an Xi'an Xianyang International Airport Co., Ltd. wurde zu einem Preis von 1,11 Mrd. RMB an Chang'an Huitong Co., Ltd. verkauft. Die Transaktion konnte zum 30.06.2022 erfolgreich abgeschlossen und damit Erträge i. H. v. 44,7 Mio. € realisiert werden (Profit aus Anteilsverkauf).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
153.826	42.366	0

5.9 Fraport Ausbau Süd GmbH

Gründung: 04.08.2016	Unternehmensgegenstand: Gesamthafte oder teilweise Projektleitung, Planung, Bauüberwachung und Realisierung des Baus des Terminal 3 am Flughafen Frankfurt.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000,00 € = 100 %
Geschäftsführung: Frau Stephanie Pudwitz Herr Harald Rohr	
Aufsichtsrat: Vorsitzender	5 Mitglieder Herr Dr. Stefan Schulte Frau Anke Giesen Frau Julia Kranenberg Herr Dr. Pierre Dominique Prümm Herr Prof. Dr. Matthias Zieschang

A. Ausblick 2023

Der Start mit dem operativen Betrieb ist für den Sommerflugplan 2026 geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2022 bestand in der bauherrenseitigen Projektleitung des Baus des Terminal 3 inklusive der dazugehörigen Maßnahmen.

Die bauliche Fertigstellung des ersten Piers (G), dessen Übergabe in den Stillstandsbetrieb, der Bau des Terminal 3 Parkhauses und dessen erster Inbetriebnahmeabschnitt und die Fertigstellung der Dachkonstruktion des Terminal-Hauptgebäudes waren Meilensteine in 2022.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.328	155	14

5.10 Fraport Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung:

09.12.2013

Unternehmensgegenstand:

Beteiligung an Gesellschaften gleich welcher Art, die Verwaltung eigenen Vermögens sowie jede erlaubte Tätigkeit für die keine Genehmigung nach dem Kreditwesengesetz erforderlich ist.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Martin Glock

Herr Bastian Mueller

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2022 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist eine reine Holdinggesellschaft. Ihre Geschäftstätigkeit in 2022 bestand entsprechend in der Verwaltung der von ihr gehaltenen Beteiligungen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
63	-1	0

5.11 Fraport Brasil Holding GmbH

Gründung:

23.10.2018

Unternehmensgegenstand:

Finanzierung, Erwerb und Verwaltung von Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.000 EUR = 100 %

Geschäftsführung

Herr Alexander Köhnen

Herr Holger Schaefers

A. Ausblick 2023

Die Fraport AG beabsichtigt, im Falle von aufkommenden Opportunitäten zur Finanzierung, dem Erwerb oder der Verwaltung von neuen Beteiligungen an Flughafenkonzessionen in Brasilien, diese über die Gesellschaft Fraport Brasil Holding GmbH abzuwickeln.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist derzeit inaktiv und betrieb im Jahr 2022 keine Geschäfte.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
24	-1	0

5.12 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Fortaleza

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Pinto Martins, Fortaleza (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 184.467.947,55 € = 100 %
Geschäftsführung Herr Jocel Gadens, CFO Frau Andreea Pal, CEO Frau Sabine Trenk, COO	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Alexander Köhnen Frau Esther Nitsche Herr Holger Schaefer Herr Dr. Stefan Schulte Frau Tamara Weyer

A. Ausblick 2023

Durch die Aufhebung der Reiserestriktionen und die hohe Impfquote, wird im Geschäftsjahr 2023 mit einer weiteren Verkehrserholung gerechnet. Die Wiederaufnahme des LATAM-Hubs im November 2022 sowie die geographisch günstige Lage Fortalezas in relativer Nähe zu Europa und Nordamerika bieten auch weiterhin Chancen für den internationalen Passagier- und Frachtverkehr. Zu erwarten ist, dass das Verkehrsaufkommen das Vorkrisenniveau in den Jahren 2024/2025 erneut erreicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Flughafen Fortaleza wird insbesondere zu Beginn des Jahres 2022 weiterhin von der Corona-Pandemie beeinträchtigt. Im Laufe des Jahres erholen sich die Passagierzahlen, sodass die Planwerte erreicht werden. Ein positiver Faktor ist die Etablierung von Fortaleza als Domestic-Hub von LATAM. Zudem ist die Wiederaufnahme der Strecke Fortaleza – Miami ein weiterer wichtiger Schritt für die Komplettierung des Netzwerkes. Flüge zwischen Fortaleza und Lissabon weisen zum Ende des Jahres insgesamt höhere Passagierzahlen als im Jahr 2019 auf. Im Gesamtjahr begrüßte der Flughafen ca. 5,8 Mio. Passagiere, was einem Zuwachs von +45,4 % gegenüber

dem Vorjahr entspricht. Durch die Kostensenkungsmaßnahmen und insbesondere die im Konzessionsvertrag enthaltene Ausgleichszahlung, konnte das Unternehmen das Geschäftsjahr mit einem operativen Überschuss von rund 23,8 Mio. € abschließen, was einem Zuwachs von ca. 6,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf das negative Finanzergebnis zurückzuführen, welches von der stark gestiegenen Inflation und der daran angepassten Konzessionsverbindlichkeit und Finanzierung beeinträchtigt wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
345.527	-5.243	153

5.13 Fraport Brasil S.A. Aeroporto de Porto Alegre

Gründung: 20.04.2017	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Salgado Filho, Porto Alegre (Brasilien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 194.058.867,00 € = 100 %
Geschäftsführung Herr Jocel Gadens, CFO Frau Andreea Pal, CEO Frau Sabine Trenk, COO	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsmitglieder:	5 Mitglieder Herr Alexander Köhnen Frau Esther Nitsche Herr Holger Schaefer Herr Dr. Stefan Schulte Frau Tamara Weyer

A. Ausblick 2023

Durch die Aufhebung der Reiserestriktionen und die hohe Impfquote wird im Geschäftsjahr 2023 mit einer weiteren Verkehrserholung gerechnet. Die Inbetriebnahme der Verlängerung der Start- und Landebahn hebt in Porto Alegre die aktuellen Beschränkungen für Langstreckenflüge auf und bietet zusätzliche Chancen für den internationalen Passagier- und Frachtverkehr. Zu erwarten ist, dass das Verkehrsaufkommen das Vorkrisenniveau in den Jahren 2024/2025 erneut erreicht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Flughafen Porto Alegre wird insbesondere zu Beginn des Jahres weiterhin von der Corona-Pandemie beeinträchtigt. Im weiteren Verlauf des Jahres erholen sich die Fluggastzahlen aber sukzessive und übertreffen die Planwerte. In der zweiten Jahreshälfte profitiert der Verkehr zusätzlich von einer starken Nachfrage nach inländischen Urlaubsdestinationen wie der Serra Gaúcha bei Porto Alegre in der lokalen Sommersaison. International blieb Panama-City im Jahresdurchschnitt die einzige reguläre Flugverbindung. Im Gesamtjahr begrüßte der Flughafen 6,7 Mio. Passagiere, was einem Zuwachs von +37,5 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Durch

die Kostensenkungsmaßnahmen und insbesondere die im Konzessionsvertrag enthaltene Ausgleichszahlung konnte das Unternehmen das Geschäftsjahr mit einem operativen Überschuss von rund 36 Mio. € abschließen, was einem deutlichen Zuwachs i. H. v. +13,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Der Jahresüberschuss beträgt ca. 3,2 Mio. €. Ein wesentlicher limitierender Faktor ist das negative Finanzergebnis, welches von der stark gestiegenen Inflation und der daran angepassten Konzessionsverbindlichkeit und Finanzierung beeinträchtigt wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
420.439	3.157	245

5.14 Fraport Casa Commercial GmbH

Gründung:

05.09.2013

Unternehmensgegenstand:

Erwerb, Besitz, Verwaltung und Verkauf von Immobilien, einschließlich des Immobilien- bzw. Real Estate Asset Managements, des Facility Managements, des Property Managements für eigene und fremde Immobilien, sowie allen anderen damit in Verbindung stehenden Dienstleistungen, jeweils unter Einschluss sowohl der gewerbsmäßigen Vermittlung und des gewerbsmäßigen Nachweises zum Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume oder Darlehen als auch der Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr oder als Baubetreuer (§ 34c GewO).

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

250.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Guderian

Herr Roland Schmidt

A. Ausblick 2023

Zukünftig wird erwartet, dass die Gesellschaft die Ausübung ihres Gesellschaftszwecks in oben beschriebener Weise weiter ausbaut. Neben dem Ankauf von gewerblich geprägten Wohnimmobilien, wird strategisch ebenfalls die Übernahme von Property Management Dienstleistungen angestrebt.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die kommerziellen Aktivitäten (insbesondere die Verwaltung der Betriebsvorrichtungen) aus dem Casa Portfolio werden von der Fraport Casa Commercial GmbH wahrgenommen. In 2022 wurde durch die zusammen mit der GVG Grundvermögen GmbH & Co. KG zu jeweils 50 % gehaltenen PEG Europa Real

Estate GmbH ein Grundstückskaufvertrag für das geplante Gewerbegebiet Mörfelden „Areal Europa“ abgeschlossen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.357	212	0

5.15 Fraport Casa GmbH

Gründung:

07.09.2011

Unternehmensgegenstand:

An- und Verkauf von bebauten oder unbebauten Grundstücken und Immobilien sowie die Vermietung, Verpachtung, Verwaltung und Vermarktung eigener Immobilien.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

1.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Guderian

Herr Roland Schmidt

A. Ausblick 2023

Das Wohnungsportfolio wird nachhaltig bewirtschaftet. Der Leerstand soll unter 5 % gehalten werden. Einzelne Zukäufe zur Arrondierung sind möglich. Am Außenwohnbereichsentschädigungsprogramm wird teilgenommen. Die Ergebnisse des Dachverklammerungsprogramms werden auch in den Folgejahren durch Kontrollen überwacht.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Im Rahmen des Casa-Programms in Flörsheim erwirbt und verwaltet die Gesellschaft Wohnimmobilien. Zum 31.12.2015 wurde das Casa-Ankaufsprogramm beendet. Es wurden 297 Wohnungen erworben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44.766	1.354	2

5.16 Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG

Gründung:

02.06.2005

Unternehmensgegenstand:

Erwerb und/oder die Betreuung, Entwicklung und Vermarktung eigener oder fremder gewerblicher und privater Immobilien innerhalb und außerhalb des Flughafens Frankfurt am Main sowie die damit verbundenen Nebengeschäfte zur Nutzung und Verwaltung (Vermietung/Verpachtung/Verkauf) des Gesellschaftsvermögens.

Gesellschafter:

Fraport AG (Kommanditistin)

Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin)

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

0 € = 0,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Felix Kreutel

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):

Fraport Objekt Mönchhof GmbH

Fraport Objekt 162 163 GmbH

Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG (Kommanditistin)

Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG (Kommanditistin)

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

25.000 € = 100,00 %

25.000 € = 100,00 %

25.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Das Ergebnis ist künftig weiterhin abhängig von den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG und Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Positiver Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2022, das mit einem Jahresüberschuss von 23,3 Mio. € abgeschlossen wurde. Das Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG sowie der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€ (Teilkonzern)	Jahresergebnis in T€ (Teilkonzern)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
51.837	23.382	0

5.16.1 Fraport Objekt Mönchhof GmbH

Gründung:

28.12.2005

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.

Gesellschafter:

Fraport Immobilienservice und –entwicklungs GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Felix Kreutel

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2022 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	1	0

5.16.2 Fraport Objekte 162 163 GmbH

Gründung:

09.12.2005

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb, die Veräußerung und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und der persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.

Gesellschafter:

Fraport Immobilienservice und - entwicklungs GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Bastian Mueller

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2022 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34	1	0

5.16.3 Fraport Real Estate Mönchhof GmbH & Co. KG

Gründung:

10.12.2005

Unternehmensgegenstand:

Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere von Grundstücken des Mönchhof-Geländes in den Gemarkungen Raunheim und Kelsterbach, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.

Gesellschafter:

Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin)

Fraport Objekt Mönchhof GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

0 € = 0,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Felix Kreutel

unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):

M-Port Verwaltungs GmbH

M-Port GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

A. Ausblick 2023

Das Mönchhof Gelände ist bis auf zwei kleinere Grundstücke vollständig entwickelt und vermarktet. Für die kommenden Jahre sind die letzten zwei Grundstücksverkäufe sowie Investitionen in die Erschließung des Mönchhof-Geländes geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Das Nutzungskonzept des Mönchhofgeländes konzentriert sich vor allem auf Logistik, Büro und kleinteiligen Einzelhandel. Angesprochen werden flughafenaffine Unternehmen aber auch Firmen, die eine verkehrsgünstige Lage benötigen sowie Hotels und Restaurants. Im Geschäftsverlauf 2022 erfolgte die

Fortsetzung der Veräußerung von Grundstücken sowie Fortführung der Erschließungsmaßnahmen auf dem Mönchhof-Gelände.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
33.604	19.040	0

5.16.4 Fraport Real Estate 162 163 GmbH & Co. KG

Gründung:

06.12.2005

Unternehmensgegenstand:

Erwerb, Errichtung, Veräußerung, Verwaltung, Vermietung und Verpachtung von direkt oder indirekt gehaltenen Immobilien, insbesondere der Gebäude 162 und 163 am Flughafen Frankfurt am Main, und das aktive Management des eigenen Immobilienbestandes.

Gesellschafter:

Fraport Immobilienservice und -entwicklungs GmbH & Co. KG (Kommanditistin)

Fraport Objekt 162 163 GmbH (persönlich haftende Gesellschafterin, Komplementärin)

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

0 € = 0,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Bastian Mueller

A. Ausblick 2023

Es werden weiterhin konstante Mieterträge aus der Vermietung an die Fraport AG erwirtschaftet. Notwendige Sanierungsmaßnahmen werden der Fraport AG weiterberechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Konstanter Geschäftsverlauf durch Vermietung der Gebäude 162 und 163 an die Fraport AG zu gleichbleibenden Mietkonditionen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabensstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
34.365	4.449	0

5.17 Fraport Malta Investment Ltd.

Gründung: 31.10.2016	Unternehmensgegenstand: Die Gesellschaft wurde im Zuge der Beteiligung an der Ausschreibung zur Privatisierung des Flughafens Sofia/Bulgarien als Zwischen-Holding gegründet.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.658.750,00 € = 100,00 %
Geschäftsführung Herr Achim Gaydos Frau Denitza Weismantel	
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Fraport Bulgaria EAD	Kapitalanteile: 25.565,15 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Der Ausschreibungsprozess ist mit dem Gerichtsurteil zugunsten eines Konsortiums um den Fonds Meridiam und den Flughafen München beendet. Derzeit wird geprüft, ob die bei der Gesellschaft vorgehaltene Liquidität für andere Projekte verwendet werden kann.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Um an der Ausschreibung für die Konzession am Flughafen Sofia teilzunehmen, hat die Gesellschaft am 23.12.2016 sämtliche Anteile an der zuvor gegründeten Fraport Bulgaria EAD erworben. Eine weitergehende Kapitalisierung zur Erfüllung der bulgarischen Mindestkapitalanforderungen auf 25,7 Mio € wurde am 19.01.2017 vorgenommen.

Die Gesellschaft erzielt derzeit nur Zinserträge aus der kurzfristig angelegten Liquidität.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschaftervertreter.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.705	34	0

5.17.1 Fraport Bulgaria EAD

Gründung:

07.11.2016

Unternehmensgegenstand:

Beteiligung an Unternehmen und Projektzweckgesellschaft (ehemals Ausschreibung Konzession Sofia)

Gesellschafter:

Fraport Malta Investment Ltd.

Kapitalanteile:

25.565,15 € = 100.00 %

Geschäftsführung

Herr Michael Reusch

Herr Holger Schaefers

Frau Denitza Weismantel

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erzielt keine Umsatzerlöse. Es fallen gegenwärtig nur administrative Verwaltungskosten an. Sie bleibt damit wie bisher voraussichtlich weiterhin inaktiv.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft wurde ursprünglich für die Teilnahme an der Ausschreibung der Konzession für den Flughafen Sofia gegründet und dient nun als Projektgesellschaft und Beteiligungsvehikel. Aktuell dient sie zudem als Managementgesellschaft für die Beteiligung Fraport Twin Star Airport Management (Konzession Flughäfen Varna und Burgas).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung sowie die Gesellschaftervertreter.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4	-2	0

Die Gesellschaft ist inaktiv

5.18 Fraport Malta Ltd.

Gründung:	Unternehmensgegenstand:
24.11.2005	Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Fraport AG	1.499 € = 99,93 %
Airport Assekuranz Vermittlungs-GmbH	1 € = 0,07 %
	1.500 € = 100,00 %
Board of Directors (Geschäftsführung):	
Herr Achim Gaydos	
Herr Dirk Klaus Harant	
Herr Michael Schütt	
Herr Klaus Vahsen	
Aufsichtsrat:	3 Mitglieder
	Herr Martin Budweth
	Herr Thorsten Korff
	Herr Hans-Jörg Schill
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %):	Kapitalanteile:
Fraport Malta Business Services Ltd.	1.499 € = 99,93 %

A. Ausblick 2023

Das Jahresergebnis ist abhängig von den Dividendenausschüttungen der Fraport Malta Business Services Ltd. aus deren Finanzierungstätigkeit. Aufgrund des Verlustvortrages resultierend aus der Abschreibung der Darlehensforderung gegenüber der Thalita Trading Ltd./Zypern sind vorerst keine Dividendenausschüttungen zu erwarten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Fraport Malta Ltd. hält eine Beteiligung an Fraport Saudi Arabien sowie Fraport Malta Business Services Ltd. Letztere erwirtschaftet ihr Jahresergebnis im Wesentlichen aus Finanzierungstätigkeiten für Konzerngesellschaften und Joint Ventures/Minderheitsbeteiligungen. Die vollständige Abschreibung der Darlehensforderung gegenüber der Thalita Trading Ltd./Zypern i.H.v. ca. 163,3 Mio € führt mittelbar auch bei der Fraport Malta Ltd. zu einem Jahresfehlbetrag aufgrund einer resultierenden Wertberichtigung des Beteiligungsansatzes.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Geschäftsführung) und der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
316.442	-136.935	4

5.19 Fraport Passenger Services GmbH

Gründung:

26.07.2006

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Passagierdienstleistungen sowie von sonstigen Dienstleistungen am Standort Frankfurt am Main.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Brigitte Press

A. Ausblick 2023

Für 2023 wird eine weitere Erholung des Flugverkehrs und damit ein Anstieg der Nachfrage nach Abfertigungsleistungen erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Da der Verkehr im Jahr 2022 gegenüber 2021 weiter angestiegen ist, liegen die Umsatzerlöse um +5,6 Mio. € über dem Vorjahreswert. Das Ergebnis liegt um +0,5 Mio. € über dem Vorjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.553	580	220

5.20 Fraport Peru S.A.C.

Gründung:

28.03.2001

Unternehmensgegenstand:

Serviceleistungen für Flughäfen und luftfahrtbezogenen Bereich.

Gesellschafter:

Fraport AG

AAV

Kapitalanteile:

34.999 PEN = 99,997 %

1 PEN = 0,003 %

34.999 PEN = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Andreas Montag

Frau Sabrina Hoppe (Bevollmächtigte)

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 werden auf Grund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie in 2022 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Umsatzerlöse werden dadurch generiert, dass Fraport Peru S.A.C. Manager an die Gesellschaft Lima Airport Partners (LAP) vermittelt und LAP die daraus entstehenden Kosten sowie eine Managementgebühr in Rechnung stellt. Dieser Sachverhalt ist für den Fraport-Konzern EBITDA-neutral.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.018	149	8

5.21 Fraport Philippines Services Inc. i.L.

Gründung: 19.09.2001	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Dienstleistungen (wie Beratung, Training, Project Management) mit Bezug zu Betrieb, Unterhaltung, Ausbau und Planung von Flughäfen auf den Philippinen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 26.180.300 PHP = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Aletta von Massenbach (President)	
Aufsichtsrat:	4 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Peter Henkel
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Ferdinand M. Hidalgo Herr Cesar P. Manalaysay Frau Aletta von Massenbach

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft ist inaktiv beziehungsweise in Liquidation.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Unternehmen befindet sich in Liquidation und unterhält keine Geschäftstätigkeit mehr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaften

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors (Aufsichtsrat) und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
0	0	0

5.22 Fraport Real Estate Verwaltungs GmbH

Gründung:

08.06.2005

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb von Beteiligungen sowie die Übernahme der Geschäftsführung und persönlichen Haftung bei Handelsgesellschaften, insbesondere die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an Kommanditgesellschaften.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Felix Kreutel

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 werden aufgrund der Tätigkeit vergleichbare Ergebnisse wie im Jahr 2022 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Der Geschäftsverlauf ist regelmäßig geprägt durch die Haftungsvergütung für die Komplementärtätigkeit bei der Fraport Immobilienservice und -entwicklung GmbH & Co. KG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
49	2	0

5.23 Fraport Saudi Arabia for Airport Management and Development Services Company Ltd. i.L.

Gründung:

29.04.2008

Unternehmensgegenstand:

Airport Consulting in Saudi Arabien

Gesellschafter:

Fraport AG

Fraport Malta Ltd.

Kapitalanteile:

480.000 USD = 90,00 %

53.333 USD = 10,00 %

533.333 USD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Alexander Larisch

Herr Kai Zobel

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft hat das ursprüngliche bis 2014 dauernde Projekt erfolgreich abgeschlossen und nach einigen Jahren mit geringer operativer Tätigkeit Ende 2020 wieder ein Consulting-Flughafenprojekt in Riad aufgenommen und 2022 erfolgreich abgeschlossen. Weitere Aktivitäten sind für die Zukunft geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport AG hat die mehrjährigen Managementverträge mit den internationalen Flughäfen Jeddah King Abdulaziz (JED) und Riad King Khalid (RUH) in Saudi-Arabien erfüllt und erfolgreich abgeschlossen. Von 2020 bis 2022 war Fraport als Berater in Riad tätig für die Inbetriebnahme der Terminals 3 & 4. Dieser Beraterleistungen sind erfolgreich abgeschlossen und die Terminals sind in Betrieb genommen worden.

Fraport bemüht sich, weitere Projekte in Saudi-Arabien zu akquirieren und steht in engem Kontakt mit den Behörden vor Ort um weitere Aufträge zu erhalten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1,82	-360	1

5.24 Fraport Slovenija d.o.o. Zgornji Brnik

Gründung: 14.04.2015	Unternehmensgegenstand: Betrieb des Flughafens Jože Pučnik, Ljubljana (Slowenien)
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 40.130.285,10 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Frau Dr. Babett Stapel	
Investors Committee: Gremienvertreter:	3 Mitglieder Herr Holger Schaefers Herr Alexander Laukenmann Frau Tamara Weyer

A. Ausblick 2023

Während der sukzessiven Erholung des Luftverkehrs im Jahr 2022, konnte der slowenische Luftverkehrssektor im internationalen Vergleich nur bedingt mit den Erholungsraten mithalten. Insbesondere die Insolvenz der staatlichen Airline Adria Airways im Jahr 2019 zeigt immer noch ihre negativen Auswirkungen. Nichtsdestotrotz wird für 2023 ein positiver Geschäftsverlauf erwartet, jedoch noch nicht auf dem Vorkrisenniveau.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Fraport Slovenija d.o.o. ist Betreiberin des Flughafens Jože Pučnik der slowenischen Hauptstadt Ljubljana. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete der Flughafen Ljubljana mit rund 970 Tsd. Passagieren einen Anstieg von +130 %. Nachdem der Reiseverkehr im Jahr 2021 nach wie vor von der Corona-Pandemie beeinträchtigt war, konnte im Jahr 2022 eine deutliche Verkehrserholung aufgrund der Aufhebung

der Reisebeschränkungen und Quarantänenvorschriften beobachtet werden. Dementsprechend stiegen auch die Flugbewegungen um +24 % gegenüber dem Vorjahr. Auch das Cargo-Aufkommen, das von den Auswirkungen der Corona-Pandemie weniger betroffen war, stieg im Vergleich zum Vorjahr um +10 %.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Investors Committee.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
230.378	-2.575	399

5.25 Fraport Turkey Havalimani Yatirimlari A.S., Antalya/Türkei

Gründung: 18.03.1996	Unternehmensgegenstand: Betrieb von Flughäfen in der Türkei und im Ausland.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 68.372.538 TRL = 100,00 %
Geschäftsführung: Vakant (Nachbesetzung in 2023)	
Board of Directors:	2 Mitglieder Frau Denitza Weismantel Herr Holger Schaefers

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft hat zum 14.09.2007 ihre operative Tätigkeit eingestellt, wird jedoch als Investmentholding und zur Verrechnung von Personalkosten mit der aktuellen Antalya Betriebsgesellschaft aufrechterhalten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Anteile der Fraport AG an der (alten) Antalya Betriebsgesellschaft wurden am 15.10.1999 erworben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, das Board of Directors und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
52.118	3.720	10

5.26 Fraport USA Inc.

Gründung:

26.07.2010

Unternehmensgegenstand:

Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

3.000 USD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Rosa Beckett

Herr Deno P. Emili

Herr Michael R. Mullaney

Board of Directors:
2 Mitglieder
Gremienvertreter:

Herr Karl-Heinz Dietrich

Herr Michael Reusch

unmittelbare Beteiligungen:

Airmall Inc.

Kapitalanteile:

3.000 USD = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Für die Unternehmensgruppe Fraport USA Inc. wird im Geschäftsjahr 2023 eine weiterhin positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem Corona-Pandemie bedingten Verkehrsrückgang wird eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport USA Inc. ist die Holding der Unternehmensgruppe. Sie hält 100 % an der Airmall Inc., die ihrerseits jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Airmall Boston Inc., Fraport Pittsburgh Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc., Fraport Tennessee Inc.,

Fraport Newark LLC und der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc. sowie 70 % an der Fraport Baltimore Partnership LLC hält.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
71.451	-756	0

5.26.1 Airmall Inc.

Gründung: 17.07.1991	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen an verschiedenen Flughäfen in den USA.
Gesellschafter: Fraport USA Inc.	Kapitalanteile: 3.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney
unmittelbare Beteiligungen (ab 20 %): Fraport New York Inc. Fraport Tennessee Inc. Airmall Boston Inc. Fraport Cleveland Inc. Fraport Maryland Inc. Fraport Pittsburgh Inc. Airmall USA Inc. Fraport Newark LLC Fraport Baltimore Partnership LLC	Kapitalanteile: 100 USD = 100,00 % 10 USD = 100,00 % 1.000 USD = 100,00 % 1.000 USD = 100,00 % 100 USD = 100,00 % 100 USD = 100,00 % 100 USD = 100,00 % 10 USD = 100,00 % 70 USD = 70,00 %

A. Ausblick 2023

Für die Unternehmensgruppe Fraport USA wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird im Jahr 2023 eine fortgesetzte Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Airmall Inc. hält jeweils 100 % an den operativen Gesellschaften Fraport Maryland Inc., Airmall Boston Inc., Fraport Pittsburgh Inc., Fraport Cleveland Inc., Fraport New York Inc., Fraport Tennessee Inc., Fraport Newark LLC und der Entwicklungsgesellschaft Airmall USA Inc. sowie 70 % an der Gesellschaft Fraport Baltimore Partnership LLC. Die Fraport USA-Gruppe ist operativ an den Flughäfen

Baltimore, New York JFK (Terminal 5), Cleveland, Newark (Terminal B) und Nashville tätig.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
67	0	0

5.26.1.1 Airmall Boston Inc.

Gründung: 28.01.2000	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Boston.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mike Caro Herr Jamie Luis Daly Herr Jay Kruisselbrink Herr Kevin Romango	
Board of Directors: Gremienvertreter:	4 Mitglieder Herr Mike Caro Herr Jamie Luis Daly Herr Jay Kruisselbrink Herr Kevin Romango

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft Airmall Boston Inc. ist weiterhin inaktiv.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im April 2017 hatte sich die Massachusetts Port Authority (Massport) im Rahmen einer Neuausschreibung der Konzession für das Management der F & B sowie Retailflächen am Boston Logan International Airport gegen die Fraport USA, entschieden. Hierdurch endete die Konzessionslaufzeit von Airmall Boston zum 31.10.2017. Seitdem ist die Gesellschaft inaktiv.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)

Die Gesellschaft ist inaktiv. Ein aktueller Abschluss liegt nicht vor.

5.26.1.2 Airmall USA Inc.

Gründung: 11.03.1993	Unternehmensgegenstand: Geschäftsentwicklung für die Fraport USA-Gruppe.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Auch zukünftig sollen Kosten, die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfallen sowie sämtliche Kosten für Personal, welches nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist, in der Airmall USA Inc. verbucht werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

In der Vergangenheit wurden Kosten, die für Geschäftsentwicklungsaktivitäten (z. B. Akquisitionsprojekte) anfielen, in der Airmall USA Inc. verbucht. Darüber hinaus werden in der Gesellschaft sämtliche Kosten für Personal, das nicht den operativen Gesellschaften zugeordnet ist (z. B. die Finanzabteilung), erfasst.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
47.060	-6.143	24

5.26.1.3 Fraport Cleveland Inc.

Gründung: 26.02.2008	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 1.000 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Für Fraport Cleveland Inc. wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport Cleveland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Cleveland.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
20.295	1.797	4

5.26.1.4 Fraport Maryland Inc.

Gründung: 03.02.2004	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Deno P. Emili Herr Gary Gilliard Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Für Fraport Maryland Inc. wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird im Jahr 2023 eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Der ursprüngliche Konzessionsvertrag lief Ende März 2023 aus. Eine Neuausschreibung wurde zwischenzeitlich durch die Behörde abgebrochen, weshalb der bestehende Konzessionsvertrag auf Monatsbasis verlängert wurde. Eine neue Ausschreibung wird nach aktuellem Kenntnisstand für Herbst 2023 erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport Maryland Inc. plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Baltimore.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
46.038	3.625	8

5.26.1.5 Fraport New York Inc.

Gründung: 27.01.2017	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York.
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 100 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Für Fraport New York Inc. wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird im Jahr 2023 eine fortgesetzte Erholung des Verkehrsaufkommens erwartet. Ein Investitionsprogramm i. H. v. 25 Mio. USD wird voraussichtlich im Jahr 2023 anlaufen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft plant, baut und vermietet Einzelhandels- und Konzessionsflächen am John F. Kennedy Flughafen (Terminal 5) in New York, welches sie gemeinsam mit der Fluggesellschaft jetBlue Airways betreibt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€ (IFRS)	Jahresergebnis in T€ (US GAAP)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
135.259	4.488	4

5.26.1.6 Fraport Pittsburgh Inc.

Gründung:

17.07.1991

Unternehmensgegenstand:

Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Pittsburgh.

Gesellschafter:

Airmall Inc.

Kapitalanteile:

100 USD = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Deno P. Emili

Herr Michael R. Mullaney

Board of Directors:
2 Mitglieder
Gremienvertreter:

Herr Deno P. Emili

Herr Michael R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Fraport Pittsburgh Inc. befindet sich bezüglich der einseitigen Kündigung (s.u.) weiterhin im Rechtsstreit mit der lokalen Flughafenbehörde.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Fraport Pittsburgh Inc. plante, baute und vermietete Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Pittsburgh, bis die lokale Flughafenbehörde im Juni 2022 den Konzessionsvertrag einseitig kündigte. Seitdem ist die Gesellschaft nicht mehr am Standort operativ aktiv. Fraport USA ist von der Unrechtmäßigkeit überzeugt und legte Rechtsmittel ein.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.837	-8.318	3

5.26.1.7 Fraport Tennessee Inc.

Gründung: 10.08.2018	Unternehmensgegenstand: Planung, Bau und Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Nashville International (Tennessee).
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 10 US\$ = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter: Herr Deno P. Emili Herr Michael R. Mullaney	

A. Ausblick 2023

Für Fraport Tennessee Inc. wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Nach dem pandemiebedingten Verkehrsrückgang wird im Jahr 2023 eine Fortsetzung der Erholung des Verkehrsaufkommens prognostiziert. Das seit 2021 laufende Bau- und Modernisierungsprogramm wird im Jahr 2023 fortgesetzt. Es wird erwartet, dass 27 Mieteinheiten innerhalb dieses Jahres eröffnet werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport Tennessee Inc. wurde 2018 gegründet, um die Planung, den Bau und die Vermietung von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flug-

hafen Nashville International in Tennessee aufzunehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
113.318	2.670	6

5.26.2 Fraport Newark LLC

Gründung: 16.01.2020	Unternehmensgegenstand: Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport Terminal B
Gesellschafter: Airmall Inc.	Kapitalanteile: 10 USD = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Mike R. Mullaney	
Board of Directors: Gremienvertreter:	2 Mitglieder Frau Rosa Beckett Herr Mike R. Mullaney

A. Ausblick 2023

Für Fraport Newark LLC wird im Geschäftsjahr 2023 eine positive Geschäftsentwicklung erwartet. Die Gesellschaft hat mit der Flughafenbehörde einen mindestens kostendeckenden Managementvertrag geschlossen, welcher einen Sockelbetrag nicht unterschreiten kann.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Fraport Newark LLC wurde 2020 gegründet, um das Management von Einzelhandels- und Konzessionsflächen am Flughafen Newark Liberty International Airport (Terminal B) aufzunehmen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und das Board of Directors

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.328	748	4

5.27 FraSec Fraport Security Services GmbH

Gründung: 13.03.2007	Unternehmensgegenstand: Erbringung von Overhead-Dienstleistungen und Schulungsmaßnahmen für Sicherheitspersonal am Frankfurter Flughafen.
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 470.450 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat:	12 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Dr. Ulrich Kipper
Aufsichtsratsmitglieder:	Herr Anas Ahmad
	Frau Julia Dege
	Herr Jan Eisbrenner
	Frau Rosi Haus
	Herr Friedhelm Jungbluth
	Herr Guido Jurock
	Herr Dr. Markus Kleiner
	Frau Ann-Katrin Niedermeyer
	Herr Kalliopi Megalomidou
	Herr Wilfried Pieper
	Frau Ulrike-Monika Schmidt
unmittelbare Beteiligungen:	Kapitalanteile:
FraSec Flughafensicherheit GmbH	26.000 € = 100,00 %
FraSec Services GmbH	26.000 € = 100,00 %
FraSec VG GmbH	25.000 € = 100,00 %
FraSec Aviation Security GmbH	19.420 € = 74,00 %

A. Ausblick 2023

Das Jahr 2023 steht für Wachstum in der Luftverkehrsbranche, was auch im Personalbedarf der Sicherheitsdienstleister deutlich bemerkbar sein wird. Insbesondere bei den Luftsicherheitskontrollen § 5 und bei den Personal- und Warenkontrollen § 8 wird vermehrt nach Zuwachs gesucht. Die Steuerungsübernahme der Luftsicherheit durch die Fraport AG und der mehrheitliche Anteilsverkauf der FraSec § 5-Gesellschaft wird ebenfalls zu Veränderungen führen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das starke Passagierwachstum nach einem durch die Corona-Pandemie beeinträchtigtem Jahr 2021 sorgte in 2022 für steigende Anforderungen bei den Sicherheitsgewerken. Auf Managementebene wurde

entschieden, den Personalstamm durch die Krisenzeit bestmöglich beizubehalten, um im Nachgang ausreichende Ressourcen für die erhöhte Nachfrage bereitstellen zu können. Ergänzend zum allgemeinen

Personalaufbau stand im Hinblick auf die Bewerbung der FraSec auf die Ausschreibung der Luftsicherheitsdienstleistungen durch Fraport im Jahr 2023 der erste Anteilsverkauf der § 5-Gesellschaft an die Sasse AG im Fokus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.663	5.756	146

5.27.1 FraSec Flughafensicherheit GmbH

Gründung:

31.12.2020

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Personal- und Warenkontrollen sowie Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 LuftSiG an Flughäfen.

Gesellschafter:

FraSec Fraport Security Services GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Ruth Evers

Herr Michael Böhrer

Aufsichtsrat:
6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Martin Budweth

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Mohamed Anakhrouch

Herr Frank Haindl

Frau Perihan Kafadar

Frau Sarah Meyer

Frau Simone Schwab

A. Ausblick 2023

Die FraSec Flughafensicherheit GmbH wird im Jahr 2023 an den Standorten Frankfurt und Berlin die Personal- und Warenkontrolle, sowie weitere Sicherheitsdienstleistungen nach § 8 (LuftSiG) erbringen. Die zügige Erholung der Verkehrsmengen führt auch bei der Flughafensicherheit zu hohem Personalbedarf und -aufbau, um den operativen Betrieb zu gewährleisten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Jahr 2022 war durch mehrere Themen geprägt. Zunächst lief der Auftrag in Köln für die Personal- und Warenkontrollen im April aus und wurde nicht verlängert, somit bedient die Gesellschaft weiterhin die Flughäfen Frankfurt und Berlin.

In Verbindung mit den steigenden Verkehrszahlen in Frankfurt erhöhte sich auch die Anforderung, was den Betrieb förderte. Analog stieg die Belastung für die Belegschaft, was zu erhöhten Krankenquoten führte, während in Berlin vom Auftraggeber Stunden gekürzt wurden, was das Ergebnis dort ergänzend beeinflusste.

Zudem kam es zu einer Einigung in den Tarifverhandlungen und alle Sicherheitsgewerke erfuhren tarifliche Anpassungen, um der Inflation und der Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden zu können.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.839	-5.489	1.265

5.27.2 FraSec Services GmbH

Gründung:

31.12.2020

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Serviceleistungen, wie dem Mobilen Terminals-service und Supportdienstleistungen, am Frankfurter Flughafen.

Gesellschafter:

FraSec Fraport Security Services GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Sascha Marx

Aufsichtsrat:
6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:

Frau Martina Zimmermann

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Yücel Asihan

Herr Martin Budweth

Herr Frank Haindl

Frau Janine Sieling

Frau Phyllis Winkler

A. Ausblick 2023

Das Verkehrswachstum im Jahr 2022 wird sich gemäß dem Plan im Jahr 2023 weiterfortführen und hat auch auf die Services-Gesellschaft einen positiven Einfluss. Insbesondere der Mobile Terminals-service (Mitarbeitende sind Ansprechpartner für Passagiere und lenken die Passagierströme, um einen gleichmäßigen Betrieb zu gewährleisten) ist von der Verkehrsentwicklung abhängig.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Das Jahr 2022 war im Wesentlichen durch einen ansteigenden Betrieb geprägt, der dazu führte, dass die Services GmbH, ergänzend zu ihrem Hauptgeschäft, Supportdienstleistungen für die Luftsicherheit §5 erbrachte, um dort den Betrieb zu stabilisieren.

Zudem kam es zu einer Einigung in den Tarifverhandlungen und alle Sicherheitsgewerke erfuhren ta-

rifliche Anpassungen, um der Inflation und der Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt gerecht werden zu können.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.672	224	257

5.27.3 FraSec VG GmbH

Gründung: 31.12.2020	Unternehmensgegenstand: Verwaltung eigenen Vermögens
Gesellschafter: Fraport AG	Kapitalanteile: 25.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Martin Budweth Herr Frank Haindl	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	

A. Ausblick 2023

Der Betrieb der VG GmbH ist noch nicht in Planung. Sie wurde vorsorglich gegründet, um bei Bedarf ohne Verzögerung ihren Zweck zu erfüllen.

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25	0	0

5.28 Fraport Facility Services GmbH

vormals: GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG

Gründung:

19.12.1997

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Facility-Services vorrangig am Flughafen Frankfurt am Main

Gesellschafter:

Fraport AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Holger Gottschling

Herr Thomas Schmidt

Aufsichtsrat:

6 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Mathias Müller

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Felix Kreutel

Herr Recep Sahin

Herr Thomas Schäfer

Herr Meydan Simsek

Frau Martina Zimmermann

A. Ausblick 2023

Es ist vorgesehen, dass die Gesellschaft weiter deutlich wächst und im Jahr 2023 Umsatzerlöse i. H. v. 50,2 Mio. € erzielt werden.

Die Hauptversammlung der Fraport AG hat beschlossen, dass ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag (BEAV) mit der Fraport Facility Services GmbH geschlossen wird, so dass die Fraport Facility Services GmbH ab 2023 der steuerlichen Organschaft unterliegt.

Die Umsatzerlöse liegen im Jahre 2022 bei 43,4 Mio. € und damit um +12,6 Mio. € über dem Vorjahr. Dieser Anstieg ist auf die Integration von drei Kanalreinigungsgesellschaften, auf Preis- und Mengensteigerungen bei der Gebäudereinigung und beim Technischen Service, auf einen Volljahreseffekt beim Neugeschäft zum Gepäckwagenmanagement (seit 01.05.2021) und zur Schädlingsbekämpfung (seit 01.08.2021) sowie einem gewachsenen Drittkundengeschäft zurückzuführen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die GCS Gesellschaft für Cleaning Service mbH & Co. Airport Frankfurt/Main KG ist zum 31.03.2022 zur Fraport Facility Services GmbH umfirmiert worden. Die bisherige Komplementärin VCS Verwaltungsgesellschaft für Cleaning Service mbH und die zum Fraport Konzern gehörenden drei Kanalreinigungsgesellschaften (Flughafen-Kanalreinigungsgesellschaft mbH, Frankfurter Kanalreinigungsgesellschaft mbH, Fraport Beteiligungs-Holding GmbH) sind in die Fraport Facility Services GmbH verschmolzen worden.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.661	3.083	614

6.1 ABGnova GmbH

Gründung:

09.07.2009

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Beratungsleistungen und Lobbyarbeit im Bereich des Innovationsmanagements und der Energieeffizienz bei Gebäuden für Gesellschafter und Dritte.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Mainova AG

Kapitalanteile:

50.000 € = 50,00 %

50.000 € = 50,00 %

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Herbert Kratzel

Herr Bernd Utesch

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Geschäftsführung, dass die Wirtschaftsplanung mit einem Jahresüberschuss von 93 T€ erreicht wird.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die ABGnova GmbH ist an der Planung und Umsetzung verschiedener Projekte in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschafterinnen Mainova AG und ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH sowie Partnern und Dritten beteiligt. Im Geschäftsjahr 2022 hat die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 95 T€ (Vj. 62 T€) erzielt. Die Umsatzerlöse resultieren aus Verrechnungen an die beiden Gesellschafterinnen in Höhe von 549 T€ (Vj. 555 T€), aus Dritterlösen 163 T€ (Vj. 89 T€), aus Mieterträgen durch Untervermietung 31 T€ (Vj. 33 T€). Der Personalaufwand beträgt

320 T€ (Vj. 322 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit 248 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau (Vj. 256 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
791	95	3

6.2 Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH

Gründung:

12.07.2002

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb eines Biomasse-Heizkraftwerks in Frankfurt am Main-Fechenheim sowie die Lieferung von in diesem Heizkraftwerk erzeugtem Dampf und elektrischem Strom an Dritte. Darüber hinaus die Planung, Entwicklung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen, die der Erzeugung von Energie aus regenerativen Energien dienen. Dies umfasst unter anderem auch die Erstellung und Umsetzung von Energiekonzepten für Dritte und die Erbringung sonstiger Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem vorgenannten Geschäftszweck.

Gesellschafter:

Mainova AG

WISA Wiederverwertungsgesellschaft für Sperrmüll und Altholz mbH

Kapitalanteile:

5.740.200 € = 90,00 %

637.800 € = 10,00 %

6.378.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Matthias Ertmer

Herr Dennis Harold Smith

A. Ausblick 2023

Die Planung für das Jahr 2023 sieht eine Betriebsstundenzahl von 7.700 Stunden und ein Ergebnis in Höhe von 12,6 Mio. € vor.

In den Planungen konnten seinerzeit noch nicht die Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse und zur Änderung weiterer energierechtlicher Bestimmungen vom 16.12.2022 berücksichtigt werden. Durch die gesetzliche Abschöpfung von Zufallsgewinnen und veränderte Strompreiserwartungen dürfte sich das Ergebnis nach derzeitigem Erkenntnisstand um ca. 7,8 Mio. € auf 4,8 Mio. € reduzieren.

Den Erlösen steht ein Materialaufwand von 7,0 Mio. € (Vj. 6,1 Mio. €) gegenüber.

Nach Berücksichtigung von Zinsen und Steuern wird für das Berichtsjahr ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von 13,3 Mio. € (Vj. 4,5 Mio. €) ausgewiesen. Dieser wurde aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an den Mehrheitsgesellschafter abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Gesellschafterausschuss und die Geschäftsführung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Anlage ist im Jahr 2022 8.189 Stunden (Vj. 8.120 Stunden) im Betrieb gewesen.

Die Umsatzerlöse betragen im Geschäftsjahr 2022 23,2 Mio. € (Vj. 12,3 Mio. €). Der Rekordumsatz resultiert wesentlich aus den Stromerlösen. Die Dampferlöse tragen aufgrund der an den Gaspreis gekoppelten Preisindizierung ebenfalls zu den gesteigerten Umsatzerlösen bei.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.483	13.315	10

6.3 book-n-drive mobilitätssysteme GmbH

Gründung:

27.04.2000

Unternehmensgegenstand:

Angebot von Mobilitätsdienstleistungen aller Art sowie die Organisation gemeinschaftlicher Fahrzeugnutzung, insbesondere durch den Betrieb von Carsharing, sowie der An- und Verkauf von Mobilitätsdienstleistungen.

Gesellschafter:

Herr Udo Otto Mielke

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Mainova AG

Kapitalanteile:

17.383,93 € = 34,00 %

16.872,63 € = 33,00 %

16.872,63 € = 33,00 %

51.129,19 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Andreas Hornig

Herr Martin Trillig

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

HEAG book-n-drive Carsharing GmbH

Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Geschäftsführung eine Optimierung des Angebots, eine Straffung der internen Abläufe sowie eine Modernisierung der IT, insbesondere des Buchungssystems. Des Weiteren soll sich die Gesellschaft, nach den Herausforderungen der Corona-Pandemie und des Ukraine Krieg stabilisieren. Durch die Verbesserung des Angebots im Rhein-Main-Gebiet und vertiefende Kooperationen im Stationsnetz wird die Gesellschaft dem erhöhten Wettbewerb im Markt begegnen. Bei stark steigenden Aufwendungen rechnet die Gesellschaft mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 0,3 Mio. € für das Geschäftsjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2022 um 3,1 % von 9,2 Mio. € im Vorjahr auf 9,5 Mio. € gestiegen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind periodenfremde Erträge in Höhe von 1,0 Mio. € (Vj. 0,2 Mio. €) enthalten, die insbesondere Gewinne aus dem Ab-

gang von Gegenständen des Anlagevermögens beinhalten. Der Materialaufwand (im Wesentlichen bezogene Leistungen) stieg um 6,7 % auf 7,0 Mio. €. Damit betrug die Materialkostenquote 73,5 % (Vj. 71,1 %). Die Abschreibungen sind um -21 T€ auf 959 T€ (Vj. 980 T€) gesunken. Das Jahresergebnis stieg nach Abklingen der Corona-Krise von 276 T€ im Vorjahr auf 570 T€ im aktuellen Geschäftsjahr.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.537	570	36

6.3.1 HEAG book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung:

13.04.2018

Unternehmensgegenstand:

Entwicklung regionaler Mobilitätslösungen für den Personenindividualverkehr, insbesondere Carsharing, das Angebot von Mobilitätsdienstleistungen und -beratungen aller Art, ferner ist die Gesellschaft berechtigt, Carsharing-Stellplätze und sonstige Stellplätze zu mieten und zu vermieten.

Gesellschafter:

book-n-drive mobilitätssysteme GmbH

HEAG Holding AG – Beteiligungsmanagement der Wissenschaftsstadt Darmstadt (HEAG)

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Reinhard Claus Becker

Herr Ulrich Natterer

A. Ausblick 2023

Es wird davon ausgegangen, dass die Umsatzerlöse im Jahr 2023 leicht ansteigen und ein leicht positives Ergebnis für das Geschäftsjahr 2023 erwirtschaftet wird. Die Priorität liegt auf der Erweiterung des Bestands an E-Fahrzeugen sowie der Erschließung weiterer Stellplätze. Die Akquisition der Stellplätze soll über die bauverein AG, die Wissenschaftsstadt Darmstadt, die HEAG sowie andere Stellplatzeigentümer erfolgen. Für 2023 ist eine Ausschreibung von Stellplätzen durch die Wissenschaftsstadt Darmstadt geplant. Die Gesellschaft rechnet mit einem positiven Ergebnis auf Vorjahresniveau.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft ergeben sich aus Provisionszahlungen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH für Carsharing-Fahrzeuge und aktive Kunden. Daneben erhebt die HEAG book-n-drive

Carsharing GmbH einen Aufschlag bei der Weitervermietung der Stellplätze an die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH.

Der Materialaufwand ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresüberschuss von 4 T€ ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
47	4	0

6.3.2 Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH

Gründung:

14.12.2018

Unternehmensgegenstand:

Koordination und Bündelung der gemeinsamen Aktivitäten der Gesellschafter mit dem Ziel des Ausbaus des Carsharing Angebotes im Verkehrsgebiet der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH und dem angrenzenden Umland.

Gesellschafter:

book-n-drive mobilitätssysteme GmbH

Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Christian Hoffmann

Herr Marco René Zerban

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einer weiter steigenden Kundenbasis gerechnet. Dies ist begründet durch das steigende Fahrzeugangebot sowie durch kollaborative Werbemaßnahmen mit der Mainzer Mobilität. Des Weiteren sollen 2023, gemeinsam mit der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH, öffentliche Stellplätze im Rahmen der Ausschreibung akquiriert werden. Für die akquirierten Stellplätze soll eine Auslastungsoptimierung durchgeführt werden, wobei ein Teil der Plätze elektrifiziert werden soll. Die Gesellschaft rechnet mit einem positiven Ergebnis auf Vorjahresniveau.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft ergeben sich aus Provisionszahlungen der book-n-drive mobilitätssysteme GmbH für Carsharing-Fahrzeuge und aktive Carsharing-Kunden. Daneben erzielt die Mainzer book-n-drive Carsharing GmbH Umsatzerlöse aus der Weitervermietung der Stellplätze an die book-n-drive mobilitätssysteme GmbH.

Der Materialaufwand ist geprägt durch den Aufwand aus der Anmietung der Stellplätze.

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresüberschuss von 7 T€ ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
58	7	0

6.4 CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG

Gründung:
30.07.2012

Unternehmensgegenstand:
Betrieb von Windkraftanlagen

Gesellschafter:

CEE Renewable Fund S.A., SICAV-FIS
Mainova AG
CEE Wind-Beteiligungen GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

2.625 € = 52,50 %
1.500 € = 30,00 %
875 € = 17,50 %
5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)
CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christian Bertsch-Engel und Herrn Frank Grafe)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab. Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,91 Mio. € (Vj. 71 T€) aus. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung ist der Windertrag. Insgesamt erzielt die Gesellschaft in 2022 Umsatzerlöse von 3,91 Mio. € (Vj. 2,51 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von

1,05 Mio. € sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 958 T€ (Vj. 751 T€) gegenüber. Der sonstige betriebliche Aufwand beinhaltet die Pachten sowie Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Kirchhain.

Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 570 T€ (Vj. 616 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeiter/-innen (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21.408	1.907	0

6.5 Chargemaker GmbH

Gründung:

07.07.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienst-, Werk- und Serviceleistungen im Bereich der Elektromobilität. Hierzu gehören insbesondere die Beschaffung, die Installation sowie Service- und Beratungsleistungen in Bezug auf Ladeinfrastruktur für alle Arten von elektrisch angetriebenen Fahrzeugen sowie Dienstleistungen betreffend den Betrieb, die Abrechnung und das Kundenmanagement.

Gesellschafter:

Dussmann Service Holding GmbH

Mainova AG

Kapitalanteile:

15.000 € = 50,00 %

15.000 € = 50,00 %

30.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Björn Dethlefsen

A. Ausblick 2023

Insgesamt kann aufgrund der Rahmenbedingungen und Entwicklungen von einer weiterhin dynamischen Entwicklung der Branche ausgegangen werden. Die Gesellschaft profitiert von einem eindeutigen Trend zur Umstellung von konventionellen Verbrennerfahrzeugen auf elektrisch betriebene Fahrzeuge. Dieser Trend wird sich in 2023 und den Folgejahren fortsetzen bzw. beschleunigen.

Die geplanten Zuwächse an Kundenprojekten in 2023 sollten mit einer deutlichen Umsatzsteigerung verbunden sein. Gleichzeitig muss durch die Erhöhung der umsatzbedingten Kosten und des geplanten organisatorischen Wachstums mit höheren betriebsbedingten Ausgaben gerechnet werden.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2023 eine Erhöhung der Umsätze auf 7,0 Mio. € und ein negatives Jahresergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 4,7 Mio. € resultieren aus dem Verkauf von Ladesäulen, aus der Wartung

und Instandhaltung, aus Ladestrom, Pachterlösen sowie übrigen Umsatzerlösen. Dem stehen der Materialaufwand in Höhe von 3,0 Mio. €, Personalaufwand in Höhe von 1,8 Mio. €, Abschreibungen in Höhe von 38 T€, sonstiger betrieblicher Aufwendungen in Höhe von 0,9 Mio. € sowie ein Finanzergebnis in Höhe von 70 T€ gegenüber. Daraus ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -1,1 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
7.853	-1.109	24

6.6 Dynega Energiehandel GmbH

Gründung:

11.08.2008

Unternehmensgegenstand:

Die Beschaffung von Gas und Strom in eigenem Namen oder in Namen ihrer Gesellschafter, auf Rechnung ihrer Gesellschafter, sowie die Erbringung aller damit und mit dem Bezugsmangement mittelbar oder unmittelbar verbundenen Dienstleistungen. Die Gesellschaft kann auch den Handel mit Gas und/oder Strom auf eigene Rechnung betreiben.

Gesellschafter:

Mainova AG
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH
Energieversorgung Alzenau GmbH
Energieversorgung Main-Spessart GmbH
Oberhessische Gasversorgung GmbH
Ohra Energie GmbH
Stadtwerke Bad Homburg v.d.H.
Stadtwerke Büdingen
Stadtwerke Dreieich GmbH
Stadtwerke Langen GmbH
Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH
Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH
Werraenergie GmbH
Eigene Anteile

Kapitalanteile:

10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
10.000 €	=	6,67 %
20.000 €	=	13,33 %
150.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Harald Herzig
Herr Hans-Ulrich Kimpel

A. Ausblick 2023

Die Entwicklung der Gesellschaft kann weiterhin positiv gesehen werden. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2023 einen stabilen Geschäftsverlauf und ein Ergebnis auf dem Niveau des Vorjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Dienstleistungstätigkeit für die Gesellschafter konnte in 2022 weiter gesteigert werden. Die Umsatzerlöse erhöhten sich deshalb von 535 T€ auf 603 T€. Das Jahresergebnis ist mit 5 T€ positiv (Vj. 5 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
438	5	3

6.7 ENERENT GmbH

(vormals: Zweite Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH)

Gründung:

01.09.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Gründung, der Erwerb, die Veräußerung, das Halten und Verwalten von Beteiligungen an Unternehmen, deren Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung, die Übernahme von zentralen Verwaltungs- und Kontrollaufgaben sowie die Beratung und Verrichtung von Dienstleistungen für Unternehmen sowie der Erwerb, die Veräußerung, Nutzung und Verwaltung von Schutzrechten aller Art sowie Finanzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova AG

Andreas Lutzenberger

Helmut Schäffer

Kapitalanteile:

25.001 € = 93,72 %

837 € = 3,14 %

837 € = 3,14 %

Geschäftsführung:

Herr Uwe Kettner

Herr Andreas Lutzenberger

Herr Helmut Schäffer

A. Ausblick 2023

Unter dem Dach der ENERENT GmbH soll das Geschäftsfeld der mobilen Energiezentralen der Mainova Gruppe strategisch weiterentwickelt und ausgebaut werden. Hierzu wurden die Geschäftsanteile an der mobiheat GmbH (Friedberg) erworben sowie die Geschäftsanteile an der Hotmobil Deutschland GmbH von der Mainova AG in die Gesellschaft eingelegt. Die Gesellschaft finanziert sich über die Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Tochtergesellschaften sowie deren Gewinnausschüttungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 620 T€ (Vorjahr: 0 T€) resultieren aus Managementleistungen an die Tochterunternehmen. Im Finanzergebnis in Höhe von 7,7 Mio. € (Vj. 0 T€) sind als Ertrag die Ausschüttungen und die Ergebnisabführungsverträge der Tochterunternehmen in Höhe von 7,9 Mio. € (Vj.

0 T€) enthalten. Gegenläufig stehen 227 T€ (Vj. 0 T€) Zinsaufwendungen. Nach Abzug der Aufwendungen und Steuern wird der Jahresüberschuss abzüglich des Vorjahresfehlbetrags im Rahmen des abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages in Höhe von 7,3 Mio. € an die Mainova AG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
52.781	7.273	0

6.7.1 Hotmobil Deutschland GmbH

Gründung:

25.01.1996

Unternehmensgegenstand:

Die Herstellung, Vermietung und der Vertrieb von Anlagen zur dezentralen Energie- und Medienversorgung (vor allem Anlagen zur Versorgung mit Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Strom) sowie Dienstleistungen für Notfalllösungen auf dem Gebiet der Gebäudetechnik sowie von Produktionsprozessen, insbesondere der Abschluss von Dienstleistungsverträgen im Bereich der Sicherstellung von Wärme, Dampf, Kälte, Klima und Stromversorgung.

Gesellschafter:

ENERENT GmbH

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Bernd Becherer

Herr Uwe Kettner

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Geschäftsführung eine positive Entwicklung der Ergebnissituation. Durch geplante Investitionen in den eigenen Mietpark sowie die Stabilisierung der hohen Auslastung der Mietanlagen ist von einem Anstieg der Umsatzerlöse und in der Folge von einem Erreichen der geplanten Ergebnisziele auszugehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Am 22.02.2022 wurden die von der Mainova AG gehaltenen Geschäftsanteile an der Hotmobil in die ENERENT GmbH mit dinglicher und wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2022 eingebracht.

In der Gesellschafterversammlung wurde aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen beschlossen, ein Rumpfgeschäftsjahr mit dem Berichtszeitraum 01.01.2022 bis 31.03.2022 durchzuführen sowie ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 01.04.2022 bis zum 31.12.2022 definiert.

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Rumpfgeschäftsjahr zum 31.12.2022 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 3,4 Mio. € (Vj. 2,4 Mio. €).

Die Gesamtleistung liegt bei 23,3 Mio. € (Vj. 23,0 Mio. €). Die Umsatzerlöse bewegen sich auf dem Niveau der Vergleichsperiode. Im Bereich Vermietung wurden Umsätzen in Höhe von 15,9 Mio. €

realisiert (Vj. 17,2 Mio. €). Das Verkaufsgeschäft wuchs auf 7,0 Mio. € (Vj. 4,9 Mio. €).

Der Materialaufwand liegt mit 8,8 Mio. € über dem Vorjahresniveau (Vj. 8,1 Mio. €). Der Anstieg des Materialaufwands ist im Wesentlichen auf gestiegene Umsatzerlöse zurückzuführen. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 5,1 Mio. € und liegen unter dem Vorjahresniveau (Vj. 6,4 Mio. €).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 4,3 Mio. €. Die Abschreibungen sind aufgrund der unterschiedlichen Dauer der beiden betrachteten Perioden auf 2,1 Mio. € zurückgegangen (Vj. 2,5 Mio. €).

Der Jahresüberschuss wird im Rahmen des abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages in voller Höhe an die ENERENT GmbH abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
23.186	3.399	110

6.7.2 mobiheat GmbH

Gründung:

05.04.2006

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte- und Dampfanlagen), der Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen. Der Vertrieb erfolgt sowohl über das Direktgeschäft als auch über den Großhandel.

Gesellschafter:

ENERENT GmbH

Kapitalanteile:

25.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Tobias Meisl

A. Ausblick 2023

Die wirtschaftliche Grundlage der mobiheat GmbH ist aufgrund der in den letzten Jahren erarbeiteten Marktposition und der anhaltenden Marktnachfrage gesichert.

Der Umsatz der mobiheat wird auch im kommenden Geschäftsjahr durch die weitere Marktbearbeitung sowie die steigende Nachfrage ansteigen. Dies wird weiterhin mit Kostensteigerungen für Infrastruktur, Personal, etc. verbunden sein. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 31,6 Mio. € und ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,1 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

In der Gesellschafterversammlung wurde aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen beschlossen, ein Rumpfgeschäftsjahr mit dem Berichtszeitraum 01.01.2022 bis 31.03.2022 durchzuführen sowie ein weiteres Rumpfgeschäftsjahr vom 01.04.2022 bis zum 31.12.2022 definiert.

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 2,2 Mio. €.

Die Umsatz- und Auftragslage der Gesellschaft wird im Berichtszeitraum als positiv bewertet. Die Umsatzerlöse konnten auf 23,7 Mio. € gesteigert werden –

es wird jedoch darauf verwiesen, dass der Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Berichtsperioden nur bedingt aussagekräftig ist. Der Anstieg resultiert aus der hohen Nachfrage im Vermietungs- und Verkaufsgeschäft. Der Jahresüberschuss wird im Rahmen des abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages in voller Höhe an ENERENT GmbH abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
12.261	2.237	90

6.7.2.1 mobiheat Österreich GmbH

Gründung:

06.10.2017

Unternehmensgegenstand:

Der Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte-, Dampf- und Stromerzeugungs- und Druckluftanlagen), der Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen in Österreich.

Gesellschafter:

mobiheat GmbH

Kapitalanteile:

35.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Karl-Detlev Kaupert

Herr Tobias Meisl

Herr Thomas Brukner

A. Ausblick 2023

Im zweiten Halbjahr 2023 sollen die bestehenden Geschäftstätigkeiten der mobiheat und Hotmobil in der in Österreich unter der ENERENT GmbH zusammengeführt. Hierzu soll die Mobiheat Österreich GmbH in die ENERENT Austria GmbH umfirmiert und die Geschäftsanteile an die ENERENT GmbH übertragen werden. Die ENERENT Austria GmbH soll als gemeinsamer Anbieter für mobile Energie im österreichischen Markt auftreten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von 0,3 Mio. €.

Durch ein gestiegenes Geschäftsvolumen konnten die Umsatzerlöse auf 1,8 Mio. € gesteigert werden (Vj. 0,7 Mio. €).

Aufgrund der gestiegenen Umsatzerlöse nahmen die Materialaufwendungen um 0,3 Mio. € auf 0,5 Mio. € zu. Der Anstieg der Personalaufwendungen um 0,3 Mio. € auf 0,4 Mio. € ist auf die steigen-

de Mitarbeiterzahl im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Die Abschreibungen (0,2 Mio. €) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (0,5 Mio. €) liegen ebenfalls über dem Vorjahresniveau.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.242	253	4,25

6.7.2.2 mobiheat Schweiz GmbH

Gründung:

03.01.2017

Unternehmensgegenstand:

Die Gesellschaft bezweckt den Verkauf und die Vermietung von mobilen Energiezentralen (mobile Heizzentralen sowie mobile Kälte-, Dampf-, Stromerzeugungs- und Druckluftanlagen), den Handel mit Sanitär- und Heizungsprodukten sowie Brennstoffen.

Gesellschafter:

mobiheat GmbH; seit 01.01.2023 ENERENT GmbH

Kapitalanteile:

20.000 CHF = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Karl-Detlev Kaupert
Herr Tobias Meisl

A. Ausblick 2023

Die bestehenden Geschäftstätigkeiten der mobiheat und Hotmobil in der Schweiz wurden zum 01.01.2023 unter der ENERENT GmbH zusammengeführt. Hierzu wurde die Mobiheat Schweiz GmbH zum 01.01.2023 in die ENERENT Schweiz GmbH umfirmiert und die Geschäftsanteile an die ENERENT GmbH übertragen. Die ENERENT Schweiz GmbH tritt seit Jahresbeginn als gemeinsamer Anbieter für mobile Energie im schweizer Markt auf.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresverlust in Höhe von 66 T€.

Durch ein gestiegenes Geschäftsvolumen konnten die Umsatzerlöse auf 1,3 Mio. € gesteigert werden (Vj. 0,6 Mio. €).

Aufgrund der gestiegenen Umsatzerlöse nahmen die Materialaufwendungen um 0,3 Mio. € auf 0,6 Mio. € zu. Der Anstieg der Personalaufwendungen um 0,3 Mio. € auf 0,4 Mio. € ist auf die steigen-

de Mitarbeiterzahl im Geschäftsjahr zurückzuführen.

Die Abschreibungen (0,1 Mio. €) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (0,3 Mio. €) liegen ebenfalls über dem Vorjahresniveau.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
568	-66	2

6.8 Energieversorgung Main-Spessart GmbH

Gründung:

30.05.1975

Unternehmensgegenstand:

Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssiggas sowie artverwandten Dienstleistungen der Versorgung, insbesondere Betriebsführung und Geschäftsbesorgungen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Beteiligungen an Unternehmen und Gesellschaften zu erwerben, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Melanie Bauer

Aufsichtsrat:

Aufsichtsratsvorsitz:

Aufsichtsratsmitglieder:

7 Mitglieder

Frau Diana Rauhut

Herr Peter Arnold

Herr Marcus Grimm

Herr Lothar Herbst

Herr Alexander Mench

Herr Bernhard Vogt

Herr Andreas Zenglein

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung von 1,8 Mio. € gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die insgesamt verkaufte Erdgasmenge lag mit 243,1 Mio. kWh um -23,4 Mio. kWh unter dem Vorjahreswert. Die Abweichung zum prognostizierten Absatz von 234,2 Mio. kWh beträgt -3,8 %. Die Energienachfrage wird seit der Energiekrise zusätzlich durch Mengeneinsparungen auf Kundenseite beeinflusst. Die Umsatzerlöse haben sich gegenüber dem Vorjahr um 7,3 Mio. € auf 30,4 Mio. € erhöht. Die Erhöhung betraf überwiegend den Erdgasverkauf. Der Materialaufwand betrug 21,6 Mio. € (Vj. 14,7 Mio. €).

Das Jahresergebnis für 2022 vor Ergebnisabführung in Höhe von 2,9 Mio. € entspricht einer Verzinsung des Eigenkapitals von 32 %. Das im Vorjahr geplante Ergebnis wurde damit insgesamt um 0,8 Mio. € übertroffen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
25.355	2.851	39

6.9 Energy Air GmbH

Gründung:

30.12.1998

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie, die Versorgung der Kunden am Standort Flughafen Frankfurt Main mit Strom, Wärme und Kälte, die Erbringung von Energiedienstleistungen und die Beteiligung an versorgungswirtschaftlichen Infrastrukturprojekten für Verkehrsflughäfen und luftfahrtnahe Unternehmen.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

52.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Benz

Herr Reiner Bergmann

A. Ausblick 2023

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2023 bei einem Umsatzvolumen von 132,0 Mio. € ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von 3,5 Mio. €. Die Ergebnisentwicklung steht unter dem Vorbehalt, dass die Folgen der Corona-Pandemie und der Ukraine-Krise im Jahr 2023 noch nicht verlässlich eingeschätzt werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Umsatz der Energy Air betrug im Geschäftsjahr 2022 112,0 Mio. € (Vj. 63,3 Mio. €) und lag damit um 48,7 Mio. € über dem des Vorjahres. Vom Umsatz entfielen auf das Segment Strom 59,0 Mio. € (Vj. 29,1 Mio. €), auf das Segment Wärme 41,7 Mio. € (Vj. 25,6 Mio. €), auf das Segment Kälte 11,2 Mio. € (Vj. 8,5 Mio. €) und sonstige Umsatzerlöse 0,1 Mio. € (Vj. 0,1 Mio. €). Der Umsatzanstieg ist mit den gestiegenen Bezugskosten der Energiekrise und damit notwendigen Erhöhungen der Preise an Kunden begründet. In der Wärme gab es positive periodenfremde Effekte, zudem konnte die geplante Menge übertroffen werden.

Den Erlösen stehen Aufwendungen (ohne Berücksichtigung der Zinsaufwendungen) in Höhe von 103,2 Mio. € (Vj. 56,1 Mio. €) gegenüber. Diese beinhalten im Wesentlichen die Energielieferungen und Netzkosten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 1,1 Mio. € (Vj. 1,0 Mio. €), wobei 1,0 Mio. € auf anteilige Verwaltungskosten im Rahmen des vereinbarten Service Level Agreement (SLA) mit der Mainova AG entfallen. Nach Berücksichtigung der Zinsaufwendungen weist die Energy Air ein Ergebnis nach Steuern und vor Ergebnisabführung an die Mainova AG in Höhe von 8,9 Mio. € (Vj. 7,7 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
29.296	8.935	0

6.10 Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung: 28.02.1991	Unternehmensgegenstand: Beteiligung an Energieversorgungsunternehmen im Land Thüringen einschließlich der Vertretung in den Organen dieser Unternehmen.
Gesellschafter: Mainova AG	Kapitalanteile: 7.300.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Thomas Kögler	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): Ohra Energie GmbH Werraenergie GmbH Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Kapitalanteile: 1.628.464 € = 49,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 1.577.400 € = 23,90 %

A. Ausblick 2023

Die künftige Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist von der operativen Ergebnisentwicklung der Beteiligungsgesellschaften abhängig. Anlässlich der von den Beteiligungen vorgelegten Unternehmensplanungen sowie eines Temperaturverlaufs entsprechend eines Normaljahres rechnet die Geschäftsführung in 2023 mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 3,8 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH (EWT) verfügt als Beteiligungsholding über keine operative Geschäftstätigkeit. Der Jahresüberschuss resultiert im Wesentlichen aus den Beteiligungserträgen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr liegen diese mit 3,4 Mio. € unter dem Vorjahresniveau (3,7 Mio. €). Nach Abzug der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (34 T€) weist die EWT ein Ergebnis nach Steuern von 3,4 Mio. € aus.

Die Vermögens- und Finanzlage der EWT zeigt sich analog zu den Vorjahren auch im abgelaufenen Geschäftsjahr positiv. Die Eigenmittel decken das langfristig gebundene Vermögen in vollem Umfang.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
45.706	3.438	0

6.10.1 Ohra Energie GmbH

Gründung:

27.05.1991

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung, der Handel, der Transport und die allgemeine Versorgung mit Strom, Gas und Wärme auch aus erneuerbaren Energien sowie die Beratung Dritter und die Erbringung von Dienstleistungen in diesen Bereichen.

Gesellschafter:

Kommunalbeteiligung Ohra Energie GmbH

Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

1.694.933 € = 51,00 %

1.628.464 € = 49,00 %

3.323.397 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Michael Fischer

Aufsichtsrat:

10 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Klaus Reißig

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Jürgen Beese

Herr Lothar Herbst

Frau Anne Irmscher

Herr Günther Jobst

Herr Jens Leffler

Herr Alexander Mench

Herr Jörg Schlothauer

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

EDW Energiedienste GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Die weitere Entwicklung der Ohra Energie wird sehr stark von den Entwicklungen in der Energiewirtschaft, dem Wettbewerb und den rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt sein.

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Jahresüberschüsse für die Geschäftsjahre 2023 und 2024 auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 liegen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Ohra Energie erzielte im Berichtsjahr 2022 einen Gesamtumsatz von 40,6 Mio. € und damit 28,4 % mehr als im Vorjahr (31,6 Mio. €). Der Erdgasabsatz lag bei insgesamt 307,8 Mio. kWh. Dies sind 59,1 Mio. kWh oder 16,1 % weniger als im Vorjahr. Die Erlöse aus dem Erdgasverkauf betrugen 30,5 Mio. €, 37,0 % mehr als im Vorjahr (22,2 Mio. €). Im Segment Strom konnte der Kundenbestand in etwa gehalten werden. Die Zuwächse aus dem Vorjahr, vor allem im Standardlastprofil-Bereich,

führten zu einer Steigerung der Absatzmenge um rund 0,6 Mio. kWh auf 14,7 Mio. kWh. Der Umsatz stieg auf 3,6 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €).

Der Anstieg der Umsatzerlöse führte gleichzeitig zu einer Erhöhung des Materialaufwands um 31,5 %. Dieser Anstieg ist auf die gestiegenen Preise für den Erdgas- und Strombezug zurückzuführen. Der Personalaufwand verminderte sich leicht aufgrund einer Umstrukturierung auf 2,6 Mio. €. Unter Berücksichtigung der gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (2,0 Mio. €) und der planmäßigen Abschreibungen (2,4 Mio. €) wird ein im Vergleich zum Geschäftsjahr 2021 um 1,7 Mio. € höheres Betriebsergebnis von 5,9 Mio. € erreicht. Der Jahresüberschuss beträgt 4,2 Mio. € (Vj. 3,0 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
53.204	4.151	38

6.10.1.1 EDW Energiedienste GmbH

Gründung:

01.08.2012

Unternehmensgegenstand:

Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der allgemeinen Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, der Telekommunikation und des Gebäude- und Facilitymanagements und die Beratung Dritter in diesen Bereichen.

Gesellschafter:

Ohra Energie GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Volkmar Braune

Herr Michael Fischer

A. Ausblick 2023

Die EDW Energiedienste GmbH bemüht sich weiterhin mit ihren Partnern um die Entwicklung und Vermarktung innovativer Produkte. Beispielsweise begleitet sie die Vermarktung von Quartiersplanungskonzepten. Kooperationsprojekte zur Realisierung von Kostenvorteilen nehmen immer mehr Raum ein. Die Jahresergebnisse werden in Zukunft auf dem Niveau des vergangenen Geschäftsjahres liegen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft erwirtschaftet im Jahr 2022 einen Jahresüberschuss in Höhe von 2 T€ (Vj. 0 T€).

Insgesamt erzielt die Gesellschaft infolge von Dienstleistungsverträgen Umsatzerlöse von 135 T€ (Vj. 203 T€). Weiterhin werden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 4 T€ (Vj. 4 T€) ausgewiesen. Diesen Erträgen stehen Personalaufwendungen von

105 T€ (Vj. 176 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 31 T€ (Vj. 30 T€) gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
59	2	1

6.10.2 Werraenergie GmbH

Gründung: 28.05.1991	Unternehmensgegenstand: Die Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wärme, Wasser, Flüssiggas, Telekommunikation sowie artverwandten Dienstleistungen der Ver- und Entsorgung.
Gesellschafter: Kommunalbeteiligungsgesellschaft mbH Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Kapitalanteile: 3.927.000 € = 51,00 % 3.773.000 € = 49,00 % 7.700.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Hans Ulrich Nager	
Aufsichtsrat: Aufsichtsratsvorsitz: Aufsichtsratsmitglieder:	10 Mitglieder Herr Klaus Bohl Herr Dr. Constantin H. Alsheimer Herr Peter Arnold Herr Lothar Herbst Herr Ralf Holland-Nell Herr Thomas Kaminski Herr Alexander Mench Herr Martin Müller Frau Diana Rauhut Herr Ronny Römhild
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %): WerraEnergiedienste GmbH Energieversorgung Schmalkalden GmbH Immo.Serv. GmbH	Kapitalanteile: 51.129 € = 100,00 % 12.475 € = 49,90 % 12.250 € = 49,00 %

A. Ausblick 2023

Aufgrund des Ukraine-Kriegs sind die Prognosen auch für das Geschäftsjahr 2023 weiterhin herausfordernd. Aufgrund der dynamischen Entwicklung auch an den Rohstoffmärkten ist weiterhin von einer erhöhten Volatilität auszugehen. Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Geschäftsführung infolge der geopolitischen Entwicklungen von einem Jahresüberschuss in Höhe von 2,8 Mio. € aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Berichtsjahr haben sich die Umsatzerlöse auf 48,1 Mio. € (Vj. 43,8 Mio. €) erhöht. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf preisbedingt höhere Erlöse im Gasvertrieb und höhere Stromerlöse durch Kundenzuwächse zurückzuführen.

Der Materialaufwand in Höhe von 29,6 Mio. € (Vj. 25,2 Mio. €) ist im Wesentlichen wegen höherer Bezugskosten im Gassegment gestiegen.

Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (5,9 Mio. €), der Abschreibungen (4,9 Mio. €), der sonstigen betrieblichen Aufwendungen (4,3 Mio. €), des Finanz- und Beteiligungsergebnisses (-0,2 Mio. €) sowie der Ertragssteuern (1,6 Mio. €) ergibt sich ein Jahresüberschuss von 3,7 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
84.351	3.726	91

6.10.2.1 WerraEnergiedienste GmbH

Gründung:

04.11.2008

Unternehmensgegenstand:

Die Entwicklung, das Angebot und die Durchführung von Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten wie die Übernahme des Produktmanagements für standardisierbare Energiedienstleistungen, die Übernahme des Gesamtprojektmanagements für individuelle Energiedienstleistungen, die Übernahme von Mess- und Abrechnungsdienstleistungen und -abwicklung in kaufmännischer Hinsicht.

Gesellschafter:

Werraenergie GmbH

Kapitalanteile:

51.129 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Hans Ulrich Nager

A. Ausblick 2023

Für 2023 geht die Geschäftsführung der WerraEnergiedienste GmbH von einem Jahresüberschuss unter dem Niveau des Jahres 2022 aus. Durch die langfristig abgeschlossenen Verträge mit Großkunden kann weiterhin von einem operativen Geschäft auf einer stabilen Basis ausgegangen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1,4 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €) setzen sich im Wesentlichen aus Wärmelieferungen (739 T€), Contractingerlösen (371 T€) und Erlösen aus dem Stromverkauf (209 T€) zusammen. Der Materialaufwand in Höhe von 0,6 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €) beinhaltet mit 387 T€ vornehmlich den Bezug von Erdgas sowie mit 139 T€ die Instandhaltungsaufwendungen.

Unter Berücksichtigung des Personalaufwands (317 T€) und der Abschreibungen (240 T€) ergibt

sich ein Jahresüberschuss vor Gewinnabführung in Höhe von 177 T€ (Vj. 136 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Gewinnabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.692	177	5

6.11 Gasversorgung Main-Kinzig GmbH

Gründung: 16.10.1979		Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		4.300.000 €	= 50,00 %
Kreiswerke Main-Kinzig GmbH		4.300.000 €	= 50,00 %
		8.600.000 €	= 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Ivars Gludausis			
Aufsichtsrat:		12 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Lothar Herbst	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Dr. Constantin H. Alsheimer	
		Herr Tobias Appel	
		Herr Peter Arnold	
		Frau Sabrina Banovsky	
		Herr Daniel Glöckner	
		Herr Oliver Habekost	
		Herr Jörg Heitzenröder	
		Herr Martin Henkel	
		Herr Winfried Ottmann	
		Frau Diana Rauhut	
		Herr LRat Thorsten Stolz	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):		Kapitalanteile:	
Main-Kinzig Netzdienste GmbH		25.000 €	= 100,00 %
Energiedienste Main-Kinzig GmbH		70.000 €	= 50,00 %

A. Ausblick 2023

Für das Jahr 2023 wurde ein Ergebnis in Höhe rund 2,6 Mio. € geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse stiegen um 9,0 Mio. € auf 65,3 Mio. €. Im Gasgeschäft erhöhten sich diese vor allem durch den Kundenzuwachs bei den Privat- und Geschäftskunden sowie durch Preisanpassungen. Die Netzpachterlöse inklusive Ertragszuschüsse und der Materialverkauf stiegen um 0,2 Mio. €. Daneben war eine Erhöhung um 0,3 Mio. € bei den Dienstleistungen gegenüber der Netzgesellschaft und um 0,2 Mio. € bei den sonstigen Umsatzerlösen zu verzeichnen.

Die Gesamtleistung belief sich auf 66,4 Mio. € und fiel damit um 9,4 Mio. € höher aus als im Vorjahr.

Der Materialaufwand betrifft hauptsächlich den Gaseinkauf und die Netzentgelte. Der Aufwand stieg um

5,2 Mio. € auf 39,7 Mio. €. Der Personalaufwand erhöhte sich um 0,9 Mio. € auf 9,1 Mio. €. Die Abschreibungen erhöhten sich auf 4,0 Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen mit 4,2 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Das Betriebsergebnis lag um 3,6 Mio. € höher und bezifferte sich auf 9,5 Mio. €. Das Finanzergebnis verschlechterte sich um 1,5 Mio. € auf -2,7 Mio. €. Diese Verschlechterung ergab sich im Wesentlichen durch die Übernahme des gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Mio. € höheren Verlusts der Netztchtergesellschaft gemäß dem Ergebnisabführungsvertrag. Der Jahresüberschuss erhöhte sich auf 3,5 Mio. € und lag damit über Vorjahr (3,0 Mio. €).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
85.746	3.468	100

6.11.1 Main-Kinzig Netzdienste GmbH

Gründung:

13.06.2007

Unternehmensgegenstand:

Der Betrieb von Gasversorgungsnetzen. Hiervon umfasst sind die Aufgabe der Verteilung von Gas sowie die Verantwortung für den Betrieb, die Wartung und den Ausbau des Gasversorgungsnetzes. Die Gesellschaft ist Netzbetreiberin im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes.

Gesellschafter:

Gasversorgung Main-Kinzig GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Andreas Barth

A. Ausblick 2023

Gemäß dem Wirtschaftsplan wird für 2023 mit einem Verlust in Höhe von 1,4 Mio. € gerechnet.

Für das Geschäftsjahr 2023 sind Bauleistungen in Höhe von 7,7 Mio. € geplant. Die Bautätigkeit betrifft sowohl die Erweiterung und Sanierung von Gas-transport- und Ortsverteilungen als auch Netzan-schlussleitungen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse 2022 liegen mit 14,5 Mio. € um 2,1 Mio. € niedriger als im Vorjahr. Wesentliche Bestandteile sind die Durchleitungsentgelte der Gas-händler, Erlöse aus der Biogaswälzung und Dienst-leistungen gegenüber Dritten und verbundenen Un-ternehmen. Die Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr resultieren aus niedrigeren Durchleitungsent-gelten, niedrigeren Dienstleistungserlösen und ge-sunkenen Biogaserlösen. Die sonstigen betriebli-chen Erträge liegen mit 1,6 Mio. € über Vorjahresni-veau.

Als Ergebnis 2022 hat die Gesellschaft einen Verlust von -2,5 Mio. € zu verzeichnen, der von der Gesell-schafterin Gasversorgung Main-Kinzig GmbH im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags übernom-men wird.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgaben-stellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterver-sammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.185	-2.541	2

6.12 Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG (vormals: eserv GmbH & Co. KG)

Gründung:

05.08.2013

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen. Zum Gegenstand des Unternehmens gehören auch alle Geschäfte, Maßnahmen und sonstigen Rechtshandlungen, die unmittelbar oder mittelbar mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen.

Gesellschafter:

Mainova AG

Stadtwerke Hanau GmbH

Kapitalanteile:

20.040 € = 50,10 %

19.960 € = 49,90 %

40.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Matthias Fernitz und Herrn Winand Zeggel)

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft wird auf dem Gelände der ehemaligen Großauheimkaserne in Hanau ein Gasmotorenkraftwerk errichten und nach Auslaufen des Fernwärmebezugs von Stadtwerke Hanau GmbH aus dem Kraftwerk Staudinger voraussichtlich ab der ersten Jahreshälfte 2025 die Fernwärme für die Stadt Hanau erzeugen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresfehlbetrag von -359 T€ aus, der auf die Kommanditisten verteilt wird. Die Umsatzerlöse betragen im Berichtsjahr 0 T€ (Vj. 88 T€). Der Materialaufwand in Höhe von 48 T€ (Vj. 41 T€) betrifft im Wesentlichen die Planungsleistungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 155 € (Vj. 51 T€) beinhalten im Wesentlichen EDV-Fremdlieferungen und Leistungen, die Aufwendungen für die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsentschädigung und

den Auslagenersatz an die Komplementärin. Das Finanzergebnis beträgt -156 T€ und setzt sich aus den sonstigen Zinserträgen in Höhe von 1 T€ sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von 157 T€ zusammen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
23.223	-359	0

6.13 Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH (vormals: eserv Verwaltungsgesellschaft mbH)

Gründung:

05.08.2013

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG mit Sitz in Hanau, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die umfassende Erzeugung von und Versorgung mit Energie und Wärme sowie die Erbringung energienaher Dienstleistungen.

Gesellschafter:

Mainova AG

Stadtwerke Hanau GmbH

Kapitalanteile:

12.525 € = 50,10 %

12.475 € = 49,90 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Mathias Fernitz

Herr Winand Zeggel

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines und Ausblick

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 1 T€ aus. Als Komplementärin der Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG erhält die Gesellschaft von der Kommanditgesellschaft für ihre Aufwendungen eine Haftungsvergütung und Auslagenersatz.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30	1	0

6.14 Hessenwasser GmbH & Co. KG

Gründung:

11.08.2004

Unternehmensgegenstand:

Die Wassergewinnung, der Wasserbezug sowie die Aufbereitung, die Speicherung, der Transport und die Lieferung von Wasser an die Gesellschafterkunden und sonstige Dritte, wasser- und entsorgungsnahe Dienstleistungen, insbesondere Labordienstleistungen, Betriebsführungen und Beratungen, sowie die Entsorgung von Abwasser. Zu diesem Zweck kann sie eigene Anlagen zur Wassergewinnung, zum Transport von Wasser und zur Abwasserentsorgung betreiben.

Gesellschafter:

Mainova AG

ENTEGA AG

Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau

ESWE Versorgungs AG

Kapitalanteile:

6.000.000 € = 36,36 %

4.500.000 € = 27,28 %

3.000.000 € = 18,18 %

3.000.000 € = 18,18 %

16.500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Hessenwasser Verwaltungs-GmbH (vertreten durch Frau Elisabeth Jreisat)

A. Ausblick 2023

Insgesamt rechnet die Gesellschaft für das Jahr 2023 mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 7,2 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 wurde ein überplanmäßiger Jahresüberschuss in Höhe von 8,2 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €) erwirtschaftet. Aus dem Jahresüberschuss wurde eine Einstellung in die Gewinnrücklagen von 4,8 Mio. € (Vj. 0) vorgenommen, sodass ein Bilanzgewinn von 3,4 Mio. € (Vj. 5,2 Mio. €) verbleibt.

Die Umsatzerlöse beruhten im Wesentlichen auf den Umsätzen mit den Gesellschafterkunden und mit Dritten. Neben den Umsatzerlösen aus Wasserverkauf in Höhe von 90,8 Mio. € (Vj. 82,2 Mio. €) wurden Erträge aus Laborleistungen und Erträge aus Geschäftsführung, hier insbesondere der Geschäftsführung des Wasserverbands Hessisches Ried, von insgesamt 13,3 Mio. € (Vj. 12,3 Mio. €) erwirtschaftet. Die Erhöhung der Umsatzerlöse aus Wasserverkauf resultiert im Wesentlichen aus der Anwendung des

neuen Tarifmodells bei den Gesellschafterkunden und einer gestiegenen Wasserabgabemenge. Der Materialaufwand in Höhe von 51,5 Mio. € enthielt hauptsächlich die Aufwendungen für den Wasser- und Strombezug, die Beiträge für den Wasserverband Hessisches Ried sowie Instandhaltungsaufwendungen für die Anlagen. Der Personalaufwand in Höhe von 30,4 Mio. € hat sich im Vergleich zum Vorjahr vorwiegend aufgrund von Rückstellungseffekten und Tarifsteigerungen erhöht.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
159.901	8.242	348

6.15 Hessenwasser Verwaltungs-GmbH

Gründung:

11.08.2004

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung bei Personengesellschaften. Die Gesellschaft ist insbesondere berufen, bei der Kommanditgesellschaft unter der Firma Hessenwasser GmbH & Co. KG die Rechtsstellung einer persönlich haftenden Gesellschafterin einzunehmen und deren Geschäfte zu führen.

Gesellschafter:

Mainova AG

ENTEGA AG

Zweckverband Riedwerke Kreis Groß-Gerau

ESWE Versorgungs AG

Kapitalanteile:

11.100 € = 36,33 %

8.350 € = 27,33 %

5.550 € = 18,17 %

5.550 € = 18,17 %

30.550 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Elisabeth Jreisat

Aufsichtsrat:

16 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Andreas Niedermaier

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Patrick Albert

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Dr. Jörg Becker

Herr Dennis Blessing

Herr Ronny Ehrlich

Frau Katja Fassoth

Herr Stefan Haas

Herr Jörg Höhler

Frau Anne-Rose Jung

Frau Dr. Julia Klinger

Herr Stefan Metzger

Herr Heiko Müller

Herr Ralf Schodlok

Herr Franz-Rudolf Urhahn

Frau Anja Weygand

A. Ausblick 2023

Für das Jahr 2023 wird mit einem Jahresüberschuss auf unverändertem Niveau gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der Hessenwasser GmbH & Co. KG und verfügt über kein eigenes operatives Geschäft. Sie erhält eine Haftungsvergütung im Rahmen ihrer Stellung als Komplementärin und sämtliche der Gesellschaft entstehenden Aufwendungen einschließlich der Steuern werden ihr in gleicher Höhe durch die Hessenwasser GmbH & Co. KG erstattet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
109	3	0

6.16 Infranova Bioerdgas GmbH

Gründung:

16.12.2009

Unternehmensgegenstand:

Planung, Errichtung und der Betrieb von Biogas-Aufbereitungsanlagen und deren Nebenanlagen sowie die Lieferung von in diesen Aufbereitungsanlagen erzeugtem Bioerdgas an Dritte.

Gesellschafter:

Infrasite Beteiligungs GmbH

Mainova AG

Kapitalanteile:

50.100 € = 50,10 %

49.900 € = 49,90 %

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Reiner Bergmann

Herr Dr. Robert Schleich

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Geschäftsführung Umsatzerlöse in Höhe von 5,6 Mio. € und ein Ergebnis aus Betriebstätigkeit in Höhe von 143 T€.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 5,8 Mio. € (Vj. 5,8 Mio. €). Den Umsatzerlösen steht ein Materialaufwand in Höhe von 4,5 Mio. € (Vj. 4,1 Mio. €) gegenüber, der hauptsächlich für den Bezug von Rohbiogas sowie für sonstige Betriebskosten, wie die technische Betriebsführung und Hilfsenergien, anfiel.

Das Ergebnis aus der Betriebstätigkeit für 2022 beträgt 560 T€ und liegt um 131 T€ (- 19,0%) unter dem Vorjahreswert von 691 T€. Ursächlich für die Abweichung sind die reduzierten Verkaufsmengen, die

steigende Energiepreisentwicklung auf den Beschaffungsmärkten sowie der Wegfall der vermiedenen Netzentgelte. Nach Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beträgt der Jahresüberschuss der Infranova Bioerdgas GmbH 383 T€ (Vj. 471 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.555	383	0

6.17 Lorenz Energie GmbH

Gründung:

08.11.2010

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und Vertrieb von Umwelтанlagen, Solaranlagen und ähnlichen Einrichtungen auf eigenen und fremden Gebäuden und damit zusammenhängende Rechtsgeschäfte.

Gesellschafter:

Mike Lorenz

Mainova AG

Kapitalanteile:

155.000 € = 50,08 %

154.500 € = 49,92 %

309.500 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Mike Lorenz

A. Ausblick 2023

Aufgrund der aktuellen Situation an den Energiemärkten ist die Nachfrage gerade im Bereich Photovoltaik und Speichertechnik sowie Wärmepumpen sehr hoch. Dies führt auch in diesen Segmenten zu Lieferproblemen. Insgesamt geht die Gesellschaft von einer weiterhin positiven Entwicklung aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 9,0 Mio. € (Vj. 6,9 Mio. €) enthalten im Wesentlichen Erträge aus Photovoltaik, Heizung und Wärme, Elektrik, Stromtankstellen und Wartung.

Der Materialaufwand beläuft sich auf 5,1 Mio. € (Vj. 4,4 Mio. €) und betrifft Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie bezogene Waren. Der Anstieg ist insbesondere durch die Entwicklung der Umsatzerlöse verursacht. Der Anstieg des Personalaufwands um 445 T€ ist insbesondere auf die gestiegene Mitarbeiterzahl sowie auf allgemeine Tarifsteigerungen zurückzuführen.

Nach Abzug der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 751 T€, Abschreibungen in Höhe von 113 T€, des Finanzergebnisses und der Steuern ergibt sich ein Jahresergebnis von 482 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.331	482	54

6.18 Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH

Gründung:

03.08.2009

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb, das Halten und Verwalten sowie die Veräußerung von direkten oder indirekten Beteiligungen (einschließlich Minderheitsbeteiligungen) an anderen Unternehmen, insbesondere an Unternehmen, deren Gegenstand die Versorgung mit Energie und Wasser sowie artverwandte Dienstleistungen ist.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Martin Giehl

Frau Diana Rauhut

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

Thüga Holding GmbH & Co. KGaA

Kapitalanteile

2.052.768 € = 20,53 %

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft als Beteiligungsholding ist insbesondere von der Ergebnisentwicklung und den damit verbundenen Ausschüttungen der operativen Beteiligungsgesellschaften der Thüga AG abhängig, welche wiederum über die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA gehalten wird. Aus den sich hieraus ableitenden Ergebnissen der Thüga AG werden zukünftig mittelbar Ausschüttungen durch die Mainova Beteiligungsgesellschaft vereinnahmt.

Für das Jahr 2023 erwartet die Gesellschaft ein Beteiligungsergebnis in Höhe von rund 50,3 Mio. € und einen Jahresüberschuss auf Niveau des Berichtsjahres.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 42,3 Mio. € aus. Im Vorjahr wurde ein Jahresüberschuss von 42,6 Mio. € erwirtschaftet. Die in 2022 von Thüga Holding GmbH & Co. KGaA vereinnahmte Dividende war im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Mio. € niedriger und betrug 53,2 Mio. €. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden erstmalig wieder Erträge aus sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen aus der Verzinsung des Cashpools in Höhe von 380 T€ erwirtschaftet.

Den vorgenannten Erträgen stehen Zinsaufwendungen von 11,3 Mio. € (Vj. 11,1 Mio. €) und sonstige betriebliche Aufwendungen von 43 T€ gegenüber.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Beziehungen zum Haushalt

Zur Finanzierung des anteiligen Kaufpreises, den die Mainova Beteiligungsgesellschaft für Anteile an der Thüga-Gruppe zahlen musste, wurden langfristige Darlehensverträge abgeschlossen. Für insgesamt 80 % der Darlehenssumme bestehen modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Frankfurt am Main, die sich zum 31.12.2022 auf 221,60 Mio. € belaufen (Restschuld ohne Zinsen).

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
739.659	42.250	0

6.19 Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Gründung:

29.09.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes, die Beteiligung an Unternehmen zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten und deren Verwaltung.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

1.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH (Herr Moritz Möller, Frau Melanie Burkert)

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

Kapitalanteile:

Ferme Eolienne de Migé SARL	100 € =	100 %
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € =	100 %
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	4.250 € =	85 %
Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG	5.000 € =	100 %
Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG	5.000 € =	100 %
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG	5.000 € =	100 %
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	5.000 € =	100 %
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	5.000 € =	100 %
SEBG Energiepark GmbH	12.500 € =	50,00 %
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	10.000 € =	100 %
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG	10.000 € =	100 %
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	25.000 € =	100 %
WPE Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	25.000 € =	100 %
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 € =	100 %

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft fungiert als Holding für die Beteiligungen der Mainova AG im Bereich Erneuerbare Energien. Es wird mit positiven Jahresergebnissen gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 57 T€ (Vj. 42 T€) betreffen im Wesentlichen die kaufmännische Geschäftsbesorgung, Kosten für den Jahresabschluss sowie die Haftungsentschädigung und den Auslagenersatz an die Komplementärin. Die Erträge aus Beteiligungen in Höhe von 10.807 T€ (Vj. 0 T€) betreffen die entnahmefähigen Gewinne von verbundenen Unternehmen.

Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 10.795 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag -42 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
112.596	10.795	0

6.19.1 Ferme Eolienne de Migé SARL

Gründung:

22.01.2007

Unternehmensgegenstand:

Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

100 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Patrick Bessière

Herr Marc-Peter Nauheim

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativen Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr 2022 einen Jahresfehlbetrag von -121 T€ (Vj. -52 T€) aus.

Wesentlicher Treiber für die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft ist der Windertrag. Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 1,87 Mio. € (Vj. 1,97 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen gegenüber dem Vorjahr unveränderte Abschreibungen von 1,16 Mio. € sowie Materialaufwand von 419 T€ (Vj. 413 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Migé. Das Jahresergebnis wird wesentlich durch das negative Finanzergebnis von -303 T€ (Vj.

-344 T€), bedingt durch Zinsaufwendungen für die Kreditfinanzierung und Gesellschafterdarlehen der Mainova AG, beeinflusst.

Die Anteile an der Gesellschaft wurden zum 31.12.2022 auf die Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG übertragen

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organ der Gesellschaft ist die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
8.161	-121	0

6.19.2 Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung:

08.06.2011

Unternehmensgegenstand:

Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Christoph Hülse

Herr Tobias Müller

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der vorgenannten Mainova Windparkgesellschaften wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG, Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG sowie Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG und hat darüber hinaus kein operatives Geschäft.

Die Erträge von 30 T€ (Vj. 30 T€) resultieren aus den mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 22 T€ (Vj. 22 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführgestellung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie die Zuführung zu den Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
102.353	6	0

6.19.3 Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG

Gründung:

03.11.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Stadtwerke Hanau GmbH

Stadtwerke Marburg GmbH

Stadtwerke Mühlheim am Main GmbH

Stadtwerke Neu-Isenburg GmbH

Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH

Werraenergie GmbH

Kapitalanteile:

4.250 € = 85,00 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

125 € = 2,50 %

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

758 T€ (Vj. 655 T€), Abschreibungen in Höhe von 1,1 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 461 T€ (Vj. 339 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge von 59 T€ (Vj. 135 T€) und Zinsaufwendungen in Höhe von 391 T€ (Vj. 463 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 2,2 Mio. € (Vj. 900 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt. Die Vergütung lag deutlich oberhalb des anzulegenden Wertes der EEG-Vergütung.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 5,2 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €) erzielt. Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
18.556	2.214	0

6.19.4 Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG

Gründung:

31.12.2012

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes. Sie kann zur Erreichung des Gesellschaftszweckes auch Beteiligungen an anderen Gesellschaften eingehen.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

10.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort des PV-Parks jeweils zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die überdurchschnittliche Sonneneinstrahlung sowie durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 3,6 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €) erzielt. Diesen stehen der Materialaufwand von 266 T€ (Vj. 188 T€),

Abschreibungen von 992 T€ (Vj. 992 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 125 T€ (Vj. 124 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen von 35 T€ (Vj. 90 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
10.220	1.901	0

6.19.5 Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG

Gründung:

09.05.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung, der Betrieb und die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stroms bzw. die Einspeisung des erzeugten Stroms nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG).

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

10.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort zu verzeichnenden Solaraufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 2,2 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt.

Insgesamt hat die Gesellschaft Umsatzerlöse in Höhe von 5,5 Mio. € (Vj. 4,4 Mio. €) erwirtschaftet. Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialauf-

wand in Höhe von 456 T€ (Vj. 385 T€), Abschreibungen von 1,6 Mio. € (Vj. 1,6 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 315 T€ (Vj. 325 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 759 T€ (Vj. 891 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28.145	2.184	0

6.19.6 Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH

Gründung:

05.03.2012

Unternehmensgegenstand:

Die Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängenden Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Christoph Hülse

Herr Tobias Müller

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH nimmt die Gesellschaft die Geschäftsführung der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG und der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG wahr.

Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärin der Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG sowie gemeinsam mit der CEE 1. Windpark Verwaltungs GmbH als Komplementärin der CEE Mainova WP Kirchhain GmbH & Co. KG.

Die Erträge von 20 T€ (Vj. 19 T€) resultieren aus mit den Windparkgesellschaften vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

Der Materialaufwand und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt rund 16 T€ (Vj. 16 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung sowie kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	4	0

6.19.7 Mainova Windpark Kaisten GmbH & Co. KG

Gründung:

15.11.2019

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt von der Genehmigung des Windparks Kaisten und nach Errichtung und Inbetriebnahme von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

Sofern die gemäß Windgutachten prognostizierten Erträge erzielt werden, wird sich die Gesellschaft zukünftig wirtschaftlich solide entwickeln. Umgekehrt ergibt sich ein wirtschaftliches Risiko, sofern das erwartete Windaufkommen nicht eintritt und geringere Erlöse aus der Stromerzeugung generiert werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 47 T€ (Vj. 27 T€) führen abzüglich sonstiger betrieblicher Erträge zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von

-48 T€ (Vj. -25 T€) und beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen für kaufmännische Dienstleistungen, die Weiterverrechnung von Kosten und Haftungsvergütung der Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aufwendungen für Gutachten und Beratung sowie Fremdleistungen für Verwaltung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
222	-48	0

6.19.8 Mainova Windpark Kloppenheim GmbH & Co. KG

Gründung:

02.01.2019

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnendem Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 456 T€ (Vj. 183 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt. Die Vergütung lag deutlich oberhalb des anzulegenden Wertes der EEG-Vergütung.

Insgesamt wurden Umsatzerlöse in Höhe von 976 T€ (Vj. 610 T€) erzielt. Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 134 T€ (Vj.

140 T€), Abschreibungen in Höhe von 256 T€ (Vj. 256 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 44 T€ (Vj. 48 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 34 T€ (Vj. 38 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
3.209	456	0

6.19.9 Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG

Gründung:

20.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

277 T€ (Vj. 308 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Niederhambach sowie die Zuführung zur Rückbaurückstellung.

Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 281 T€ (Vj. 298 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,3 Mio. € (Vj. 427 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 3,2 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 393 T€ (Vj. 417 T€), Abschreibungen von 829 T€ (Vj. 827 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15.707	1.304	0

6.19.10 Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG

Gründung:

31.08.2010

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100 %

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

1.440 € = 28,80 %

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

beinhaltet die Wartungs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Remlingen und anteilig für das Umspannwerk Uettingen sowie die Zuführung zur Rückbaurückstellung. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 251 T€ (Vj. 324 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,9 Mio. € (Vj. 728 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 4,1 Mio. € (Vj. 2,7 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen der Materialaufwand von 501 T€ (Vj. 412 T€), Abschreibungen von 887 T€ (Vj. 887 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 256 T€ (Vj. 800 T€) gegenüber. Der Materialaufwand

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
15.553	1.946	0

6.19.10.1 ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG

Gründung:

07.02.2012

Unternehmensgegenstand:

Der Erwerb bzw. die Errichtung sowie der Betrieb eines gemeinsam genutzten Umspannwerks für die von den Gesellschaftern geplanten, errichteten und betriebenen Windenergieanlagen und Solarparks, insbesondere der Abschluss aller hierfür erforderlichen Verträge und Inanspruchnahmen aller hierfür erforderlichen Rechte, die Unterhaltung und Wartung dieser Umspannwerk-Infrastruktur sowie die Durchleitung der von den Gesellschaftern-WEA erzeugten elektrischen Energie und deren Einspeisung in das öffentliche Elektrizitätsnetz. Weiterhin gehören zum Unternehmensgegenstand die Abrechnung der von den Gesellschafter-WEA eingespeisten elektrischen Energie gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber und die Verteilung der Stromerlöse an die Gesellschafter.

Gesellschafter:

ABO Wind AG
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG
ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG
Green City Energy Windpark Altertheim GmbH & Co. KG
SunTec Solarpark GmbH & Co. IV KG

Kapitalanteile:

1.620 €	=	32,40 %
1.440 €	=	28,80 %
720 €	=	14,40 %
720 €	=	14,40 %
500 €	=	10,00 %
5.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

B & F Windpark GmbH (vertreten durch Herrn Dr. Jochen Ahn und Herrn Matthias Bockholt)

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

6.19.11 Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co KG

Gründung:

01.12.2009

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte und Handlungen vornehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen bestimmt sind. Hierzu gehören auch Zusatzgeschäfte.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

408 T€) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen von 196 T€ (Vj. 121 T€) gegenüber. Der Materialaufwand beinhaltet die Wartungs-, Betriebs- und Betriebsführungskosten für den Windpark Siegbach. Darüber hinaus sind Zinsaufwendungen in Höhe von 104 T€ (Vj. 213 T€) angefallen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von 1,1 Mio. € (Vj. 466 T€) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt. Die Vergütung lag deutlich oberhalb des anzulegenden Wertes der EEG-Vergütung.

Insgesamt erzielt die Gesellschaft Umsatzerlöse von 2,2 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €). Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 234 T€ (Vj. 234 T€), Abschreibungen von 408 T€ (Vj.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.965	1.133	0

6.19.12 SEBG Energiepark GmbH

Gründung:

14.01.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und der Betrieb von Energieerzeugungsanlagen, der Vertrieb und die Vermarktung von Strom und damit verbundene Geschäfte und Leistungen.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Solarenergie Boitzenburger Land GmbH

Kapitalanteile:

12.501 € = 50,004 %

12.499 € = 49,996 %

25.000 € = 100,000 %

Geschäftsführung:

Herr Dietrich Twietmeyer

A. Ausblick 2023

Die Inbetriebnahme der Photovoltaik-Freiflächenanlage ist 2023 geplant.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Mit Unterzeichnung des Kauf- und Abtretungsvertrages vom 25.02.2021 hat sich die Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG mit 24,996 % an der SEBG Energiepark GmbH beteiligt und mit Kauf- und Abtretungsvertrag vom 13.12.2022 ihre Anteile auf 50,004 % aufgestockt. Die Photovoltaik-Freiflächenanlage soll in der Gemeinde Boitzenburger Land (Landkreis Uckermark, Brandenburg) errichtet werden und über eine installierte Leistung von ca. 180 MW verfügen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
110.742	-26	0

6.19.13 WPE - Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Gründung:

07.02.2012

Unternehmensgegenstand:

Planung, Entwicklung und die Errichtung von Windparks an Land und der Verkauf von entwickelten und gegebenenfalls bereits errichteten Windparks sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Moritz Möller

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

WP Fischborn Verwaltungs GmbH

Kapitalanteile:

8.350 € = 33,33 %

WP Fischborn GmbH & Co. KG

5.000 € = 33,33 %

A. Ausblick 2023

Die weitere Ergebnisentwicklung der Gesellschaft hängt in besonderem Maße von der Genehmigungsfähigkeit der Projektpipeline ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Seit ihrer Gründung ist die WPE-Hessische Windpark Entwicklungs GmbH (WPE) in der Sicherung von Standorten für Windparks aktiv. Seit 2021 wurde mit einer Wiederbelebung einzelner Projekte begonnen. Hierzu wurde u.a. eine Kooperation mit der HessenEnergie Gesellschaft für regenerative und rationelle Energienutzung mbH und der RENERTEC GmbH zur gemeinsamen Entwicklung des Windparks Fischborn in Birstein eingegangen und eine gemeinsame Projektgesellschaft gegründet.

Der Jahresfehlbetrag von 8 T€ (Vj. -4 T€) resultiert im Wesentlichen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die sich aus Fremdleistungen für die

kaufmännischen Dienstleistungen der Mainova, Prüfungs- und Abschlusskosten sowie Steuerberatungskosten zusammensetzen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
63	-8	0

6.19.13.1 WP Fischborn GmbH & Co. KG

Gründung:

20.05.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einwerbung und Sicherung von Projektrechten sowie die Durchführung von Genehmigungsverfahren für die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH

RENERTec GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik

WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Kapitalanteile:

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

5.000 € = 33,33%

Geschäftsführung:

WP Fischborn Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Fritz Gemmer)

A. Ausblick 2023

Zwischen den Projektpartnern wurden Meilensteine verabredet, zu denen die weitere Umsetzung des Projektes überprüft und entschieden werden muss. Meilensteine sind u.a. die Fertigstellung des Artenschutzgutachtens, die Entscheidung über den Anlagentyp und die Einreichung des Genehmigungsantrages. Sollte das Projekt die Baureife erreichen, wird mit einer Inbetriebnahme frühestens in 2024 gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 6 T€ entsteht hauptsächlich durch die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die die Haftungsvergütung, Rechts- und

Beratungskosten sowie Abschluss- und Prüfungskosten beinhalten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
166	-6	0

6.19.13.2 WP Fischborn Verwaltungs GmbH

Gründung:

28.07.2021

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der geschäftsführenden Komplementärstellung der WP Fischborn GmbH & Co. KG.

Gesellschafter:

HessenEnergie Gesellschaft für rationelle Energienutzung mbH

RENERTEC GmbH Gesellschaft für regenerative und rationelle Energietechnik

WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH

Kapitalanteile:

8.350 € = 33,33%

8.350 € = 33,33%

8.350 € = 33,33%

Geschäftsführung:

Fritz Gemmer

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementärgesellschaft wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der WP Fischborn GmbH & Co. KG wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft fungiert als Komplementärgesellschaft der WP Fischborn GmbH & Co. KG und hat darüber hinaus kein operatives Geschäft. Die Umsatzerlöse in Höhe von 4 T€ setzen sich aus der Haftungsvergütung und Kostenerstattung zusammen. Abzüglich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, u.a. für Beiträge, Rechts- und Beratungskosten

sowie Abschluss- und Prüfungskosten ergibt sich ein Jahresüberschuss von 2 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30	2	0

6.19.14 Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

Gründung:

19.11.2010

Unternehmensgegenstand:

Erzeugung von Strom und Gas aus erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. die Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG) und nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG), der Verkauf bzw. die Einspeisung des erzeugten Gases, die Beteiligung an Gesellschaften zu diesem Zweck sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Christoph Hülse

Herr Tobias Müller

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der Mainova PV-Parks wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main und der Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig.

Die Erträge von 15 T€ (Vj. 15 T€) resultieren aus den vertraglich festgelegten Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 13 T€ (Vj. 13 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführgestellung von der Mainova AG, kaufmännische Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie die Zuführung zu den Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30	2	0

6.20 Mainova Erneuerbare Energien Management GmbH

Gründung:

09.10.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der vorgenannten Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Moritz Möller

Frau Melanie Burkert

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG wahrnehmen. Aufgrund der Weiterverrechnungen der Aufwendungen sowie der Haftungsvergütungen rechnet die Gesellschaft mit positiven Jahresergebnissen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft ist persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main. Sie ist darüber hinaus nicht operativ tätig.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 18 T€ (Vj. Umsatzerlöse in Höhe von 18 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 17 T€ (Vj. 17 T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für die Geschäftsführergestellung, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die kaufmännische Geschäftsbesorgung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
30	1	0

6.21 Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH

Gründung:

21.04.2005

Unternehmensgegenstand:

Die Übernahme von Abrechnungsprozessen für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen und artverwandte Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Niki Becker

Herr Martin Sattler

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft plant für das Geschäftsjahr 2023 mit Umsatzerlösen in Höhe von 67,9 Mio. €. Im Saldo rechnet sie mit einem negativem Geschäftsergebnis in der Größenordnung von ca. -4,8 Mio. €. Im Wesentlichen liegen die Ursachen hierfür in den gestiegenen Kosten für IT-Dienstleistungen und Fremunterstützung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Der Umsatz der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH (MSD) betrug im Geschäftsjahr 2022 62,9 Mio. € (Vj. 63,9 Mio. €) und reduzierte sich damit um 1,6 %. Die Umsatzerlöse resultierten hauptsächlich aus Erlösen für die Erbringung von Mess-, Abrechnungs- und Servicedienstleistungen für die Mainova AG sowie die NRM. Wesentliche Treiber für den Rückgang waren der Wegfall von Dienstleistungen (Kundenbetreuung Privat- und Gewerbekunden, Beschwerdemanagement und Telefonzentrale) durch die Überführung in das Stammhaus. Daneben wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 0,8 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) realisiert, die sich aus peri-

odenfremden Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen zusammensetzten. Nach Berücksichtigung von Materialaufwendungen in Höhe von 33,1 Mio. € (Vj. 36,8 Mio. €), Personalaufwendungen von 0,5 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €), planmäßigen Abschreibungen von 9 T€ (Vj. 8 T€) und sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 29,7 Mio. € (Vj. 27,5 Mio. €) wurde ein Ergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von 0,5 Mio. € (Vj. Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) von 0,2 Mio. €) erzielt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
5.141	486	0

6.22 Mainova WebHouse GmbH & Co. KG

Gründung:

03.06.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiteren Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Mainova WebHouse Management GmbH (vertreten durch Herrn Oliver Schiebel und Herrn Ewald Winter)

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2023 mit dem Aufbau und der Vermarktung von Rechenzentren in Frankfurt am Main beschäftigt sein. Dabei liegt der geplante Jahresverlust für das kommende Geschäftsjahr bei -2,8 Mio. €. Dies ist vor allem auf Personal- und Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen, denen in der Bau- und Entwicklungsphase noch keine Umsätze gegenüberstehen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Es sind im Jahr 2022 Personalaufwendungen in Höhe von 1,0 Mio. € (Vj. 30 T€) angefallen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. € (Vj. 354 T€) betreffen im Wesentlichen die Aufwands- und Haftungsvergütung für die Komplementärin, Beratungsleistungen, Fremdleistungen für

IT, Mieten und Pachten, Kosten für die Jahresabschlussprüfung und für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG sowie Verbandsbeiträge. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von -1,9 Mio. € (Vj. -384 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
46.039	-1.862	9

6.23 Mainova WebHouse Management GmbH

Gründung:

28.07.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der Mainova WebHouse GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, die Vornahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszweck der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich Erwerb, Planung, Bau, Ausbau und Betrieb von Rechenzentren und Rechenzentrumsgebäuden bei Bereitstellung von elektrischer Energie, Kühlleistung, Sicherheit und weiterer Leistungen sowie Erwerb und Erschließung von Grundstücken zu diesem Zweck.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Ewald Winter

Herr Oliver Schiebel

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der Mainova WebHouse GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1 T€ (Vj. 190 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung. Die Aufwandsentschädigung wird seit dem Geschäftsjahr 2022 im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen, da es sich um reine Kostenweiterbelastungen handelt. In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 600 T€ (Vj. 0 T€) sind im Wesentlichen die Kostenweiterbelastungen enthalten.

Der Personalaufwand beträgt 563 T€ (Vj. 174 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die Kosten für KfZ-Leasing, für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie Steuerberatung. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 0 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
284	0	0

6.24 Mainova Windpark Hohenlohe GmbH & Co. KG

Gründung:

28.12.2007

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen, einschließlich der Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien, der Verkauf des erzeugten Stromes bzw. der Einspeisung des erzeugten Stromes nach dem Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz-EEG) und nach dem Kraft-Wärme Kopplungsgesetz (KWKG), sowie damit zusammenhängende Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

6.000 € = 100,00%

Geschäftsführung:

Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (vertreten durch Herrn Christoph Hülse und Herrn Tobias Müller)

A. Ausblick 2023

Die zukünftige Ertragslage der Gesellschaft hängt unmittelbar von dem tatsächlich am Standort der Windenergieanlagen zu verzeichnenden Windaufkommen und der daraus resultierenden Erzeugungsmenge an regenerativem Strom ab.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Geschäftsjahr 2022 weist die Gesellschaft ein Ergebnis nach Steuern in Höhe von 1,6 Mio. € (Vj. 1,2 Mio. €) aus. Die Ergebnisentwicklung wurde wesentlich beeinflusst durch die infolge der Energiekrise im Zuge des Krieges in der Ukraine sehr hohen Preise am Strommarkt. Die Vergütung lag deutlich oberhalb des anzulegenden Wertes der EEG-Vergütung.

Insgesamt hat die Gesellschaft in 2022 Umsatzerlöse in Höhe von 5,2 Mio. € (Vj. 3,2 Mio. €) erzielt. Ferner wurden sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 125 T€ (Vj. 256 T€) verzeichnet, die sich im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen ergeben.

Den vorgenannten Erträgen stehen Materialaufwendungen in Höhe von 676 T€ (Vj. 686 T€), Abschreibungen in Höhe von 1,4 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) sowie sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 310 T€ (Vj. 357 T€) gegenüber. Darüber hinaus sind Zinserträge aus der Auflösung von Rückbaurückstellungen in Höhe von insgesamt 3 T€ (Vj. 163 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 161 T€ (Vj. 184 T€) angefallen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabensstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.631	1.605	0

6.25 NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

Gründung:

21.04.2005

Unternehmensgegenstand:

Das Pachten, Verwalten, Betreiben und die Instandhaltung von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Mainova AG, Frankfurt am Main.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Torsten Jedzini

Herr Mirko Maier

A. Ausblick 2023

Unter Abwägung der Chancen und Risiken erwartet die Gesellschaft für das Jahr 2023 einen Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) von rund 23 Mio. €. Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie, sowie des Ukrainekriegs und der damit verbundenen Energiekrise sind erhebliche negative wirtschaftliche Auswirkungen auf das weltweite Wirtschaftswachstum zu verzeichnen. Die Prognose zur wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft steht unter dem Vorbehalt weiterer möglicher negativer Auswirkungen – insbesondere hinsichtlich der Entwicklung der Netznutzungserlöse und der Energiepreise – auf ihr konjunkturelles Umfeld und die Marktentwicklung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft sind in 2022 um 64,5 Mio. € auf 651,4 Mio. € gestiegen. Die Erlöse aus Netznutzung Strom stiegen um 17,8 Mio. € auf 267,9 Mio. €. Die Erlöse aus Netznutzung Gas sanken witterungsbedingt um 12,6 Mio. € auf 132,2 Mio. €. Die Erlöse aus Verkäufen eingespeister Strommengen erhöhten sich um 2,3 Mio. € auf 23,8 Mio. €. Den Erlösen stehen Aufwendungen für den Bezug der eingespeisten Strommengen gegenüber. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) erzielte Erlöse aus Betriebsführungsentgelten für Wasser- und sonstige Netze von 20,5 Mio. € (Vj. 18,3 Mio. €). Ferner wurden Erträge aus Investitionsmaßnahmen, Auftragsabrechnung und sonstigen Leistungen von 136,8 Mio. € (Vj. 130,8 Mio. €) generiert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um 2,0 Mio. € auf 8,2 Mio. €. Der Materialaufwand stieg

um 53,1 Mio. € auf 569,2 Mio. €. Bereinigt um die Aufwendungen aus der Mehr-/Mindermengenabrechnung Gas, denen nahezu in gleicher Höhe Erlöse gegenüberstehen, erhöhte sich der Materialaufwand nur um 9,4 Mio. €.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 6,9 Mio. € auf 97,6 Mio. €. Im Geschäftsjahr ergab sich im Wesentlichen auf Grund der Abzinsung langfristiger Rückstellungen ein positives Finanzergebnis. Für das Berichtsjahr wird ein Jahresfehlbetrag (vor Verlustübernahme) in Höhe von 18,3 Mio. € (Vj. 19,5 Mio. €) ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
99.077	-18.273	26

6.25.1 Hanau Netz GmbH

Gründung:

15.10.2012

Unternehmensgegenstand:

Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Elektrizitäts-, Gasversorgungs-, Fernwärme-, Wasserversorgungs- und Abwassernetzen nebst Zubehör und Telekommunikationslinien für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Stadtwerke Hanau GmbH mit Sitz in Hanau. Die Gesellschaft stellt Dritten die von ihr betriebenen Netze entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere des Energiewirtschaftsgesetzes, zur Verfügung, eröffnet ihnen den Netzzugang und schließt Dritte, insbesondere Letztverbraucher, in gleicher Weise an das von ihr betriebene Netz an und ermöglicht ihnen so den Netzanschluss. Die Gesellschaft ermittelt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben die wirtschaftlichen Bedingungen und Entgelte für Netzzugang und Netzanschluss und stellt die technischen Bedingungen für einen sicheren und zuverlässigen Transport von Energie und Wasser sicher.

Gesellschafter:

Stadtwerke Hanau GmbH

NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

Kapitalanteile:

45.000 € = 90,00 %

5.000 € = 10,00 %

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Adrian Szabó

Aufsichtsrat:

18 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Günter Betz

Herr Jens Böhringer

Herr Thomas Christen

Herr Martin Giehl

Frau Angelika Gunkel

Herr Berthold Leinweber

Herr Thomas Morlock

Herr Michael Radtke

Herr Stv Oliver Rehbein

Herr Peter Schmidt

Herr Stv Thomas Straub

Herr Klaus Temmen

Herr Michael Truckenbrodt

Herr BM Axel Weiss-Thiel

Frau Dagmar Wolf

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft erwartet für das Jahr 2023 ein positives Ergebnis.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Hanau Netz GmbH betragen im Berichtsjahr 67,2 Mio. € (Vj. 63,5 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen zusammen aus der Netznutzung Strom und Gas, Erlösen aus der Abrechnung von Investitionsmaßnahmen, Erlösen aus der Betriebsführung der Netze, sowie Erträgen aus

Mehr- und Mindermengenabrechnung Strom und Gas. Den Erlösen steht ein Materialaufwand in Höhe von 49,3 Mio. € (Vj. 46,6 Mio. €) gegenüber. Wesentliche Kostenbestandteile sind die Aufwendungen für den Strom- und Gasbezug, Aufwendungen für die überlassene Infrastruktur sowie Material- und Fremdleistungseinsatz. Der Personalaufwand beträgt 10,4 Mio. € (Vj. 10,0 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 7,0 Mio. € (Vj. 6,6 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen die Entgelte für Dienstleistungen von der Stadtwerke Hanau GmbH und der Mainova ServiceDienste GmbH. Es

wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 0,5 Mio. € (Vj. Jahresfehlbetrag 0,2 T€) ausgewiesen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, Geschäftsführung sowie der Aufsichtsrat.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisverwendung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
14.764	493	124

6.26 Oberhessische Gasversorgung GmbH

Gründung: 14.10.1977		Unternehmensgegenstand: Versorgung mit Gas und Wärme.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Mainova AG		1.800.000 €	= 50,00 %
Ovag Energie AG		1.800.000 €	= 50,00 %
		3.600.000 €	= 100,00 %
Geschäftsführung:			
Herr Stefan Hammer			
Herr Holger Reuss			
Aufsichtsrat:		10 Mitglieder	
Aufsichtsratsvorsitz:		Herr Joachim Arnold	
Aufsichtsratsmitglieder:		Herr Peter Arnold	
		Herr Rene Gehringer	
		Herr Thorsten Hankel	
		Herr Uwe Kettner	
		Frau Elfriede Pfannkuche	
		Frau Diana Rauhut	
		Frau Christina Stoyanow	
		Herr Oswin Veith	
		Herr Mathias Walther	
unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):		Kapitalanteile:	
Oberhessengas Netz GmbH		50.000 €	= 100,00 %

A. Ausblick 2023

Für 2023 rechnet die Gesellschaft mit Umsatzerlösen in Höhe von ca. 36,9 Mio. € sowie einem Jahresüberschuss von 1,0 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die milde Witterung des Jahres 2022 führte zu Absatzreduzierungen bei sämtlichen wärmegeführten Kunden. Der Erdgasabsatz betrug 299 Mio. kWh (-14,5%). Die Umsatzerlöse haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 8,8% auf 22,0 Mio. € erhöht. Diese Veränderung ist im Wesentlichen auf preisbedingt trotz Mengenrückgang gestiegene Gaserlöse und durch Zubau weiter gestiegene Contractingerlöse zurückzuführen. Die Aufwendungen für den Erdgasbezug stiegen deutlich überproportional zu den Gaserlösen um insgesamt 27,6 % an, während sich Netznutzungsentgelte um 9,7 % verminderten. Zugleich ging durch niedrigere Altersversorgungsaufwendungen der Personalaufwand zurück, während durch im Vorjahr getätigte Investitionen die Abschreibungen

weiter anstiegen. Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr wegen höherer Verlustübernahme für Oberhessengas Netz von 0,4 Mio. € (Vorjahr: 0,2 Mio. €) trotz des verbesserten Zinsergebnisses verschlechtert und der Steueraufwand beträgt 0,8 Mio. €, sodass ein Jahresüberschuss von 1,3 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €) zu verzeichnen ist.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
31.822	1.307	15

6.26.1 Oberhessengas Netz GmbH

Gründung:

06.12.2006

Unternehmensgegenstand:

Das Pachten, Verwalten, Betreiben und Instandhalten von Gasversorgungsnetzen nebst Zubehör für Energieversorgungsunternehmen, insbesondere für die Oberhessische Gasversorgung GmbH.

Gesellschafter:

Oberhessische Gasversorgung GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Markus Summ

A. Ausblick 2023

Für 2023 erwartet die Gesellschaft Umsatzerlöse von rd. 7,5 Mio. € und ein Betriebsergebnis von ca. -0,8 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines

Die Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus Durchleitungsentgelten der Transportkunden und der erstatteten Biogasumlage. Bei konstanten Netznutzungsentgelte gingen sowohl die Konzerndienstleistungen als auch die abgegrenzte Umlage der Biogas- und Marktraumumstellungsaufwendungen deutlich zurück. Das stärker negative Ergebnis nach Steuern beruht überwiegend darauf, dass abweichend zum Vorjahr aus der Abrechnung der Netzkonten und der Mehr-/Mindermengen Materialaufwand (Vj. sonstige betriebliche Erträge) entstanden ist.

Die Umsatzerlöse betragen nunmehr 7,8 Mio. € (Vj. 8,8 Mio. €). Trotz des leicht gesunkenen Personalaufwands und den deutlich verringerten Material-

und sonstige betriebliche Aufwendungen hat sich das Betriebsergebnis aufgrund des stärkeren Umsatzrückgangs verschlechtert.

Das nach Steuern ausgewiesene Jahresergebnis vor Verlustausgleich von -432 T€ (Vj. -163 T€) wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages von der Alleingesellschafterin übernommen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisübernahme)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
4.513	-432	16

6.27 REmain GmbH & Co. KG

Gründung:

08.06.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von Immobiliarsachvermögen durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstigen Immobilien.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

5.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

REmain Management GmbH (vertreten durch Herrn Uwe Kettner und Herrn Michael Scholz)

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft wird auch im Jahr 2023 mit der Verwaltung und Vermietung von Grundstücken und der darauf errichteten Bauten tätig sein. Dabei liegen die geplanten Umsatzerlöse für das Geschäftsjahr 2023 mit 831 T€ über den erzielten Umsatzerlösen im Berichtsjahr. Für das Geschäftsjahr 2023 wird mit einem Jahresüberschuss von 382 T€ gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 511 T€ (Vj. 451 T€) betreffen Mieteinnahmen aus einem anteilig vermieteten Grundstück.

Den vorgenannten Umsätzen stehen im Jahr 2022 Abschreibungen in Höhe von 61 T€ (Vj. 61 T€), sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 42 T€ (Vj. 17 T€) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 254 T€ (Vj. 0 T€) und Ertragsteuern in Höhe von 10 T€ (Vj. 0 T€) gegenüber. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Gebühren

aufgrund einer Grundstücksteilung, die Kosten für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, die Haftungs- und Aufwandsvergütung der Komplementärin sowie die Prüfung des Jahresabschlusses. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 144 T€ (Vj. 371 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
19.379	144	0

6.28 REmain Management GmbH

Gründung:

01.07.2020

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Übernahme der Geschäftsführung als persönlich haftende Gesellschafterin der REmain GmbH & Co. KG mit Sitz in Frankfurt am Main, die Übernahme aller damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte sowie die Förderung des Unternehmenszwecks der Kommanditgesellschaft innerhalb ihres Unternehmensgegenstandes, nämlich die Verwaltung des Immobiliarsachvermögens durch zum Beispiel Kauf, Verkauf, Vermietung, Projektierung der eingebrachten oder später vorhandenen Grundstücke und sonstige Immobilien.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Uwe Kettner

Herr Michael Scholz

A. Ausblick 2023

In ihrer Funktion als Komplementär-GmbH wird die Gesellschaft auch in 2023 die Geschäftsführung der REmain GmbH & Co. KG wahrnehmen. Für ihre Tätigkeit und ihr Haftungsrisiko erhält die Gesellschaft neben dem Ersatz ihrer Aufwendungen jährlich eine Haftungsvergütung.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse in Höhe von 1 T€ (Vj. 6 T€) resultieren aus der vertragsgemäßen Weiterverrechnung der Aufwendungen sowie der vertraglich festgelegten Haftungsvergütung. Die Aufwandsentschädigung wird seit dem Geschäftsjahr 2022 im sonstigen betrieblichen Ertrag ausgewiesen, da es sich um reine Kostenweiterbelastungen handelt. In den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von 16 T€ (Vj. 0 T€) sind ausschließlich Kostenweiterbelastungen enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 16 T€ (Vj. 4T€) betreffen im Wesentlichen die Kosten für eine Bauanfrage, für die kaufmännischen Dienstleistungen durch die Mainova AG, für die Prüfung des Jahresabschlusses sowie für die Steuerberatungskosten. Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Jahresüberschuss von 1 T€.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32	1	0

6.29 Service4EVU GmbH

Gründung:

23.03.2011

Unternehmensgegenstand:

Übernahme des Abrechnungsprozesses und Kundenbetreuung für andere Unternehmen, insbesondere Energieversorgungsunternehmen sowie artverwandte Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

N-ERGIE Kundenservice GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 50,00 %

50.000 € = 50,00 %

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Rolf Grus

Herr Klaus Reimann

A. Ausblick 2023

Für das Jahr 2023 wird mit einem Umsatz von 13,2 Mio. € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 14 T€ gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft betrugen insgesamt 13,3 Mio. € (Vj. 14,1 Mio. €) und betrafen Erlöse der Betriebsstätten Coburg (7,0 Mio. €) und Nürnberg (6,3 Mio. €). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 2,0 Mio. € (Vj. 3,5 Mio. €) betrafen im Wesentlichen die Beauftragung des Überlaufdienstleisters für die N-ERGIE und den Einsatz von Leiharbeitskräften. Der Personalaufwand betrug 8,1 Mio. € (Vj. 7,9 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 2,7 Mio. € (Vj. 2,8 Mio. €) setzen sich im Wesentlichen aus Miet- und Pachtaufwendungen, Fremdleistungen für den kaufmännischen Bereich, Aufwendungen für Miete

für Hard- und Software, Kfz-Kosten sowie Fortbildungskosten zusammen.

Die Gesellschaft wies einen Jahresüberschuss in Höhe von 368 T€ (Vj. Jahresfehlbetrag 242 T€) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.825	368	243

6.30 SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH

Gründung:

02.11.2006

Unternehmensgegenstand:

Planung, Betrieb, Instandhaltung, Erneuerung und Erweiterung von Beleuchtungseinrichtungen für öffentliche und private Beleuchtungsobjekte sowie das Angebot und die Durchführung von damit zusammenhängenden Energiedienstleistungen und artverwandten Tätigkeiten.

Gesellschafter:

Mainova AG

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Erfert

A. Ausblick 2023

Neben dem Geschäftsfeld der Betriebsführung für die öffentliche Straßenbeleuchtung liegt der Fokus auf der Planung und dem Bau von Beleuchtungsanlagen. Insgesamt plant die Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung von rund 3 Mio. €.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Rahmen des Betriebsführungsvertrages mit der Mainova AG erbringt die Gesellschaft Wartungs-, Inspektions- und Instandhaltungsdienstleistungen für rund 64.000 Elektroleuchten, rund 4.000 Gasleuchten sowie rund 5.200 U-Bahnleuchten.

Der Gesamtumsatz aus der Betriebsführung der Beleuchtungsanlagen der Stadt Frankfurt ist gegenüber dem Vorjahr um rund 10 % gestiegen. Die Umsatzerlöse aus den Betriebsführungen in den Städten Bürostadt und Lampertheim mit rund 6.200 Lichtpunkten liegen leicht über Vorjahresniveau.

Im Geschäftsfeld Planung und Bau von Beleuchtungsnetzen konnten die geplanten Maßnahmen nicht vollständig realisiert werden. Diese Umsatzerlöse liegen unter dem Vorjahresniveau.

Der Umsatz beträgt im Geschäftsjahr 18,9 Mio. € und liegt um 0,9 Mio. € über dem des Vorjahres. Unter Einbeziehung der Bestandsveränderungen und

sonstigen betrieblichen Erträge erhöhte sich die Betriebsleistung um 2,9 Mio. € auf 21,4 Mio. €. Die Materialaufwendungen von 15,3 Mio. € (Vj. 13,5 Mio. €) setzten sich zusammen aus Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, für bezogene Fremdleistungen sowie für die Personalgestellung durch die Mainova AG. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beliefen sich auf 2,4 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €). Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung an die Mainova AG von 3,4 Mio. € (Vj. 2,9 Mio. €) aus.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
9.640	3.437	0

6.31 Stadtwerke Hanau GmbH

Gründung:

04.12.1972

Unternehmensgegenstand:

Die umfassende Versorgung mit Energie, insbesondere Strom, Gas und Fernwärme und Wasser, die Anbindung städtischer und anderer kommunaler Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürger der Stadt Hanau an Informationswege, der Betrieb des Mainhafens Hanau und öffentlicher Badeanstalten für Bürger/-innen der Stadt Hanau sowie die Beteiligung am öffentlichen Personennahverkehr durch Drittunternehmen.

Gesellschafter:

Beteiligungsholding Hanau GmbH

Mainova AG

Kapitalanteile:

7.515.050 € = 50,10 %

7.485.000 € = 49,90 %

15.000.050 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Martina Butz

Aufsichtsrat:

18 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Günter Betz

Herr Jens Böhringer

Herr Thomas Christen

Herr Martin Giehl

Frau Angelika Gunkel

Herr Berthold Leinweber

Herr Thomas Morlock

Herr Michael Radtke

Herr Stv Oliver Rehbein

Herr Peter Schmidt

Herr Stv Thomas Straub

Herr Klaus Temmen

Herr Michael Truckenbrodt

Herr BM Axel Weiss-Thiel

Frau Dagmar Wolf

Konsortialausschuss:

5 Mitglieder

Ausschussvorsitz:

Herr OB Claus Kaminsky

Ausschussmitglieder:

Herr Dr. Constantin H. Alsheimer

Herr Peter Arnold

Herr Ewald Desch

Herr Thomas Morlock

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

Gemeinschaftskraftwerk Hanau GmbH & Co. KG

Gemeinschaftskraftwerk Hanau Verwaltungsgesellschaft mbH

Hanau Netz GmbH

PionierWerk Hanau GmbH

Kapitalanteile:

19.960 € = 49,90 %

12.475 € = 49,90 %

45.000 € = 90,00 %

12.450 € = 49,90 %

A. Ausblick 2023

Die Stadtwerke Hanau GmbH erwartet für das Geschäftsjahr 2023 bei Umsatzerlösen aus dem Energie- und Wassergeschäft von rd. 175 Mio. € ein Jahresergebnis von 7,3 Mio. €. Die Ergebnisentwicklung

steht unter dem Vorbehalt, dass die Folgen des Ukrainekriegs im Jahr 2023 noch nicht verlässlich eingeschätzt werden können.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Umsatzerlöse betragen insgesamt 108,6 Mio. € gegenüber 111,5 Mio. € im Vorjahr. Davon entfallen 97,1 Mio. € auf das Energie- und Wassergeschäft. Während die Stromumsätze mit einem großen Industriekunden wegfielen, stieg der Erdgas- und Fernwärmeumsatz aufgrund von Kundenzugewinnen und der Preisentwicklung. Im Geschäftsfeld Wasserversorgung war absatzbedingt ein etwas niedrigerer Umsatz zu verzeichnen.

In den sonstigen Umsatzerlöse in Höhe von 11,5 Mio. € sind im Wesentlichen Erträge aus Netz- und Zählerpachterlösen, Installationsarbeiten sowie Auflösung von Zuschüssen enthalten.

Da der Materialaufwand im Wesentlichen Energiebeschaffungskosten beinhaltet, folgt dieser grundsätzlich der Entwicklung der Umsatzerlöse und betrug 74,3 Mio. €. Die Materialintensität bezogen auf die Gesamtleistung sank im Berichtsjahr um 1,1 %-Punkte. Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter belaufen sich auf 11,4 Mio. €. Dies bedeutet einen Anstieg um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr. Bei einer gestiegenen Mitarbeiterzahl resultieren die Veränderungen aus einer Tarifsteigerung. Die Abschreibungen liegen mit 6,6 Mio. € geringfügig um 3,0 % über dem Vorjahresniveau. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um 448 T€ auf 11,7 Mio. € gesunken.

Das Finanzergebnis ist mit -1,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € verbessert. Hier schlägt sich das bessere Ergebnis der Beteiligung Hanau Netz GmbH (HNG) nieder.

Aufgrund des mit der BeteiligungsHolding Hanau GmbH abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrages wird das Jahresergebnis in Höhe von 7,9 Mio. € vollständig abgeführt. Die Mainova AG erhält von BHG eine fixe Ausgleichszahlung in Höhe von 2,1 Mio. € und ergebnisabhängig eine zusätzliche variable Ausgleichszahlung.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat, der Konsortialausschuss und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€ (vor Ergebnisabführung)	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
152.537	7.906	132

6.32 Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH

Gründung:

17.12.1954

Unternehmensgegenstand:

Der Bau, die Errichtung, der Betrieb, die Vermietung und Verpachtung von Anlagen, die der Fortleitung von Energien und Energieträgern aller Art, auch von Wasser und Abwasser, dienen, sowie erforderlichenfalls deren Miete und Pacht, der Tief- und Straßenbau, der Rohrleitungsbau (Gas, Trinkwasser, Fernwärme, Strom, Telekommunikation), die Beteiligung an solchen und ähnlichen Unternehmungen sowie die Erledigung aller den Geschäftszwecken mittelbar oder unmittelbar dienenden Geschäften, Entwicklungs- und Forschungsarbeiten auf den vorgenannten Gebieten.

Gesellschafter:

HOCHTIEF Infrastructure GmbH
Mainova AG
ENTEGA AG

Kapitalanteile:

463.500 € = 45,00 %
307.970 € = 29,90 %
258.530 € = 25,10 %
1.030.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dirk Heesen

Aufsichtsrat:

6 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Walter Kubick

Aufsichtsratsmitglieder:

Frau Olga Fabrizious
Herr Holger Klein
Frau Cordelia Müller
Herr Andreas Niedermaier
Herr Dirk Schenke

A. Ausblick 2023

Für 2023 erwartet die Gesellschaft einen Umsatz von ca. 30 Mio. € und ein positives Ergebnis, aufgrund stark gestiegener Beschaffungspreise allerdings leicht reduziert gegenüber dem Vorjahr.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2022 wurde mit einer Bauleistung von 30,1 Mio. € und somit -5,7 % unter Vorjahresniveau (Vj. 32,0 Mio. €) abgeschlossen. Das Jahresergebnis erhöhte sich von 2,5 Mio. € auf 2,7 Mio. €.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
22.191	2.702	153

7.1 ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein vergleichbares Jahresergebnis erwartet. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine sind aufgrund der Geschäftstätigkeit als Komplementärin keine Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft zu erwarten.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Als Komplementärin der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG und der ABG Riedberg GmbH & Co. KG, jeweils ohne Kapitaleinlage, hat die ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH im Geschäftsjahr 2022 die Geschäfte der oben genannten zwei Kommanditgesellschaften geführt. Zudem war sie als persönlich haftende Gesellschafterin dieser Gesellschaften tätig.

Unternehmensgegenstand dieser Gesellschaften ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main, die Errichtung einer Immobilie sowie die langfristige Vermietung und Verwaltung der Liegenschaft. Die Gesellschaft ist bei diesen Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
27	-4	0

7.2 ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines und Ausblick 2023

Die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH war persönlich haftende Gesellschafterin der ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz, sowie die Entwicklung und Veräußerung von Grundstücken ist, ohne Kapitalbeteiligung und Stimmrechte. Zum 31.12.2015 ist die ABG Erste Kulturcampus Frankfurt GmbH & Co. KG aus der Kommanditgesellschaft ausgeschieden. Seitdem ruht das operative Geschäft der Gesellschaft.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
18	-7	0

7.3 ABG Krifteler Wäldchen GmbH (vormals ABG Zweite Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH)

Gründung:

17.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Entwicklung von Grundbesitz, seine Baureifmachung, seine Planung und Bebauung mit Gebäuden nebst den dazugehörigen Verkehrseinrichtungen sowie die anschließende wirtschaftliche Verwertung (z. B. Vermietung, Vermarktung und Veräußerung). Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Projektentwicklungs- und Projektsteuerungsleistungen, auch dienstleistend gegenüber Dritten.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein negatives Jahresergebnis erwartet, verursacht im Wesentlichen durch steigende Zinsaufwendungen für die Finanzierung des Bauprojektes.

Aus der Vermarktung des Wohnungsbauprojektes werden mittel- bis langfristig Gewinne erwartet. Aufgrund der hohen Baupreissteigerungen infolge der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine können sich jedoch Verzögerungen bei der Realisierung des Projektes ergeben. Dabei werden die Anlaufverluste vor allem durch das gestiegene Zinsniveau weiter ansteigen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Bereits im Geschäftsjahr 2021 hat die Gesellschaft ein Grundstück in Kriftel im Main-Taunus-Kreis erworben. Es wird beabsichtigt, hier ein Wohnungsbauprojekt umzusetzen. Mit den Planungen wurde begonnen. Zur Realisierung des Projektes ist der Erwerb weiterer Grundstücksflächen im Zuge eines

Baulandumlegungsverfahrens vorgesehen. Insgesamt sollen nach derzeitigem Planungsstand rd. 275 Wohnungen entstehen, davon ca. ein Drittel im Rahmen einer Bauträgermaßnahme. Die Fertigstellung der Maßnahme ist für das Jahr 2027 geplant.

In diesem Zusammenhang wurde Ende 2022 auch die Firma der Gesellschaft in „ABG Krifteler Wäldchen GmbH“ geändert.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.242	-26	0

7.4 ABG Riedberg GmbH & Co. KG

Gründung:

22.06.2017

Unternehmensgegenstand:

Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Verpachtung, Vermietung und Verwaltung von Gebäuden auf diesen Liegenschaften.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

23.725 € = 94,90 %

1.275 € = 5,10 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein positives Jahresergebnis erwartet. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden zurzeit aufgrund des grundsätzlich stabilen Vermietungsgeschäftes – zumindest im Wohnungsbereich – keine gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft bewirtschaftet die eigenen Liegenschaften, die 97 Wohneinheiten, vier Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit 204 Kfz-Stellplätzen umfassen. Da die Gesellschaft kein eigenes Personal beschäftigt, besteht mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH ein entsprechender Geschäftsbesorgungsvertrag.

Die Situation auf dem für die Gesellschaft relevanten Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch eine zufriede-

denstellende Nachfrage gekennzeichnet. Eine Änderung dieser Lage ist zumindest kurz- und mittelfristig aufgrund des ständigen Zuzuges in das Rhein-Main-Gebiet nicht in Sicht. Aus der Corona-Krise oder dem Krieg in der Ukraine haben sich keine bedeutenden Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengestaltung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
42.559	-75	0

7.5 Bäderbaugesellschaft mbH

Gründung:

11.07.2017

Unternehmensgegenstand:

Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an Gesellschaften, deren Unternehmensgegenstand die Verwaltung eigenen und fremden Vermögens, insbesondere von Grundbesitz sowie die Entwicklung von Grundstücken einschließlich deren Bebauung ist.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2023

Im Geschäftsjahr 2023 wird aufgrund der Weiterbelastung der anfallenden Kosten im Rahmen der Geschäftsbesorgungsvereinbarung ein ausgeglichenes Jahresergebniss erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Bäderbaugesellschaft mbH ist persönlich haftende Gesellschafterin der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG, deren Unternehmensgegenstand der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Frankfurt am Main und die Errichtung eines Familienbades ist. Die Gesellschaft ist bei diesem Unternehmen zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Die Bäderbaugesellschaft mbH hat im Geschäftsjahr 2022 die Geschäfte der Bäderbau Frankfurt GmbH & Co. KG geführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
21	2	0

7.6 CP Campus Projekte GmbH

Gründung:

23.12.2010

Unternehmensgegenstand:

Erwerb von Grundstücken, deren Entwicklung, Bebauung, Bewirtschaftung und Vermarktung sowie die Übernahme von Aufgaben, die im Bereich des Städtebaus und der Infrastruktur anfallen.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Dreisbach

Herr Harald Horstkotte

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines und Ausblick 2023

Auf einem ca. 2.903 qm großen Grundstück wurden 79 Eigentumswohnungen durch eine gemeinsame Projektgesellschaft der GWH Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen und der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH erstellt. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

Sämtliche Wohnungen sind bereits im Jahr 2015 an die Erwerber:innen übergeben worden. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich daher auf die Abwicklung von Gewährleistungsansprüchen.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
2.218	861	0

7.7 EGM Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main mbH

Gründung:

07.12.2017

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Wohnbauflächen in den Kommunen des Rhein-Main-Gebietes unter besonderer Berücksichtigung der Ausweisung von Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum. Gegenstand des Unternehmens ist ferner die Förderung und Umsetzung von Wohnraumentwicklungskonzepten in den Kommunen der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main. Gegenstand ist zudem die Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Baulandentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte. Hierzu gehören insbesondere die Besorgung der städtebaulichen Planung (einschließlich der damit zusammenhängenden Fachplanung), alle Maßnahmen der Grundstückssicherung und der Herstellung ihrer Baureife sowie die Übernahme der Aufgaben als Erschließungsträger.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden

Kapitalanteile:

12.500 €	=	50,00 %
12.500 €	=	50,00 %
25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

Herr Roland Stöcklin

Aufsichtsrat:

12 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr StR Andreas Kowol

Mandatsträger der Stadt Frankfurt

Frau StRin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld

Frau StRin Rosemarie Heilig

N.N.

Herr Stv Dr. Albrecht Kochsiek

Herr StR Sieghard Pawlik

Herr Stv Holger Tschierschke

Weitere Aufsichtsratsmitglieder

Herr Christian Diers

Frau Brigitte Forßbohm

Herr StR Andreas Kowol

Frau Konstanze Küpper

Frau Sabine Ludwig-Braun

Herr André Weck

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

40 %

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines und Ausblick 2023

Die Gesellschaft bietet Kommunen der Metropolregion weiterhin ihre Dienstleistung als kompetenter Partner u.a. in der Entwicklung von wohnungswirtschaftlichen Flächenpotentialen an. In diesem Rahmen werden über die bestehenden Geschäftskontakte hinaus konstruktive Gespräche mit weiteren Kommunen geführt. Im Geschäftsjahr 2022 konnten drei Projektbeauftragungen erfolgreich abgeschlos-

sen werden. Darüber hinaus erfolgten akquisitorische Aktivitäten. Weitere Projekte können voraussichtlich im Jahr 2023 abgeschlossen werden.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
55	-5	0

7.8 Hellerhof GmbH

Gründung:

20.05.1901

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, die Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr im eigenen und fremden Namen. Vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Bei der Wohnungsversorgung sind im Besonderen auch Wohnungssuchende zu berücksichtigen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Deutsche Annington Beteiligungsverwaltungs GmbH, Düsseldorf

Kapitalanteile:

13.238.050 € = 86,83 %

2.007.950 € = 13,17 %

15.246.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

Beteiligungen:

Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

5.200 € = 20,00 %

A. Ausblick 2023

Aufgrund des stabilen Vermietungsgeschäftes ist für das Geschäftsjahr 2023 wiederum ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden für das Jahr 2023 keine gravierenden Auswirkungen erwartet. Auch aus den Energiepreissteigerungen ergeben sich voraussichtlich keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft, da diese im Wesentlichen die umlagefähigen Mietnebenkosten betreffen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand betrug per 31.12.2022 insgesamt 6.363 Wohnungen. 2.014 Wohnungen (31,7 %) sind preis- bzw. belegungsgebunden. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die Hellerhof GmbH kein eigenes Personal mehr.

Im Interesse einer nachhaltigen Vermietbarkeit des Bestandes bildeten die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie Wohnumfeldverbesserungen den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit. Nennenswerte Auswirkungen aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine auf den Geschäftsverlauf haben sich nicht ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Bevölkerungsschichten. Bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt sie im Besonderen auch Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
187.164	8.513	0

7.9 Merton-Wohnprojekt GmbH

Gründung:

02.10.1969

Unternehmensgegenstand:

Der Ankauf von Grundstücken, Gebäuden und grundstücksgleichen Rechten, deren Entwicklung, Erschließung, Beplanung und Bebauung mit Wohn- und Geschäftshäusern im eigenen Namen und für eigene Rechnung sowie deren Bewirtschaftung, Verwaltung, Vermietung, Verpachtung und Veräußerung, ohne Durchführung eigener handwerklicher Tätigkeiten. Es werden Tätigkeiten ausgeübt, die unter § 34c GewO fallen.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

GEA Real Estate GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

25.600 € = 50,00 %

25.600 € = 50,00 %

51.200 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Gerd Hofmann

Herr Frank Junker

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines und Ausblick 2023

Die Tätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Abwicklung der Gewährleistungsansprüche für die bereits in Vorjahren veräußerten Wohngebäude im Mertonviertel in Frankfurt am Main. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal und bedient sich zur Ausführung des Gesellschaftszwecks der Personalkapazitäten ihrer Gesellschafter.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
1.360	-13	0

7.10 MIBAU GmbH

Gründung:

06.10.1930

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Betreuung, Bewirtschaftung und Verwaltung von Gebäuden und Wohnungen, Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

4.285.050 € = 92,09 %

367.950 € = 7,91 %

4.653.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Frank Junker

A. Ausblick 2023

Aufgrund des stabilen Vermietungsgeschäftes ist für das Geschäftsjahr 2023 wiederum ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres geplant. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden für das Jahr 2023 keine gravierenden Auswirkungen erwartet, wenngleich diese allerdings noch nicht vollständig einzuschätzen sind. Auch aus den Energiepreisteigerungen ergeben sich voraussichtlich keine wesentlichen negativen Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft, da diese im Wesentlichen die umlagefähigen Mietnebenkosten betreffen werden.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Mit der ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) bestehen ein Beherrschungs- sowie ein Geschäftsbesorgungsvertrag. Der Wohnungsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert (1.955 Wohnungseinheiten, davon 84,3 % Stadtgebiet Frankfurt am Main und 15,7 % Stadt Eschborn). 21,2 % (Vj. 21,8 %) der Wohnungen sind preisgebunden. Hinzu kommt das an die Wohnheim GmbH verpachtete

Studentenwohnheim mit 84 Zimmern in 21 abgeschlossenen Wohnungen und 484 Garagen- und Kfz-Abstellplätze. Infolge des Geschäftsbesorgungsvertrags beschäftigt die MIBAU GmbH kein eigenes Personal mehr.

Im Interesse einer nachhaltigen Vermietbarkeit des Bestandes bildeten die Instandhaltungs- und Modernisierungstätigkeit sowie Wohnumfeldverbesserungen den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit.

Nennenswerte Auswirkungen aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine auf den Geschäftsverlauf haben sich nicht ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
37.391	3.488	0

7.11 Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG

Gründung:

21.12.2012

Unternehmensgegenstand:

Erwerb von zwei Grundstücken in der Hahnstrasse sowie die Bebauung, Sanierung, Renovierung, Vermietung, Verpachtung und Verwaltung dieser Grundstücke bzw. den darauf stehenden Gebäuden. Ebenfalls umfasst vom Unternehmensgegenstand ist die Tätigkeit nach § 34c Abs. 1 Ziffer 3. Lit. A) GewO. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben auch anderer Unternehmen bedienen.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Max Baum Speicherstraße GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

9.400 € = 94,00 %

600 € = 6,00 %

10.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

ABG Dritte Kulturcampus Frankfurt Beteiligungs GmbH, Frankfurt am Main

A. Ausblick 2023

Der Wirtschaftsplan sieht für 2023 ein Jahresergebnis auf dem Niveau des Vorjahres vor. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine werden zurzeit aufgrund des grundsätzlich stabilen Vermietungsgeschäftes – zumindest im Wohnungsbereich – keine gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Mit Wirkung zum 01.01.2015 hat die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG) 94 % der Kommanditanteile an der Projektentwicklungsgesellschaft Niederrad mbH & Co. KG erworben. Die Bebauung umfasst 102 zur Vermietung bestimmte Wohneinheiten, drei Gewerbeobjekte sowie eine Tiefgarage mit insgesamt 181 Kfz-Stellplätzen. Außerdem wurden bereits im Jahr 2018 63 Eigentumswohnungen und 63 Kfz-Stellplätze fertiggestellt und an die Erwerber:innen übergeben. Die Bewirtschaftung der Liegenschaften erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die ABG FRANKFURT

HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH. Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal.

Die Situation auf dem für die Gesellschaft relevanten Wohnungsmarkt ist nach wie vor durch eine zufriedenstellende Nachfrage gekennzeichnet. Eine Änderung dieser Lage ist zumindest kurz- und mittelfristig aufgrund des ständigen Zuzuges in das RheinMain-Gebiet nicht in Sicht. Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine haben sich keine bedeutenden Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
38.716	359	0

7.12 Tiefgarage Frankenallee 23 GmbH

Gründung:

22.02.2017

Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und Verwaltung einer Tiefgarage in Frankfurt am Main sowie die Ausübung aller damit zusammenhängenden Geschäfte.

Gesellschafter:

ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Tower 90 Tiefgaragen GmbH, Frankfurt am Main

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

12.500 € = 50,00 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Marcus Püttmer

Herr Frank Junker

A. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022
Allgemeines und Ausblick 2023

Die Gesellschaft wurde in 2017 zu dem Zweck gegründet, eine Tiefgarage auf dem Gelände des früheren Güterplatzes zu errichten. Die Fertigstellung ist für 2023 geplant.

Die technische und kaufmännische Betreuung erfolgt durch die ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH in Abstimmung mit der zweiten Gesellschafterin.

Aus der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine haben sich keine nennenswerten Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf ergeben.

B. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO
Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
46.136	-4	0

8.1 ABG Projekte GmbH

Gründung:

14.06.1999

Unternehmensgegenstand:

Die Entwicklung von Grundbesitz, seine Baureifmachung, seine Planung und Bebauung mit Gebäuden nebst den dazugehörigen Verkehrseinrichtungen sowie die anschließende wirtschaftliche Verwertung (z. B. Vermietung, Vermarktung und Veräußerung). Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Projektentwicklungs- und Projektsteuerungsleistungen, auch dienstleistend gegenüber Dritten. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, das Projekt Theodor-Stern-Kai kauf- und werkvertraglich abzuwickeln.

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Eckert

A. Ausblick 2023

Die Auslastung der Gesellschaft ist auch 2023 durch Aufträge aus dem ABG-Konzernverbund sowie externer Bauherren gesichert. Daher wird für das kommende Jahr wieder ein positives Jahresergebnis vor Gewinnabführung erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft erbringt vor allem Projektmanagementleistungen für den Konzern ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH (ABG). Darüber hinaus übernimmt sie auch den Vertrieb von Eigentumswohnungen des Konzerns und für Dritte. Im Jahr 2022 bestand Vollauslastung des Personals durch die Abwicklung der bestehenden Aufträge und durch die Akquisition neuer Aufträge.

Im Bereich Projektmanagement wurden diverse Baumaßnahmen der ABG in Form von Bauherrenmandaten durch Personalgestellung betreut. In diesem

Rahmen wurden auch verschiedene Projektentwicklungen der ABG und das Neubaukostencontrolling unterstützt.

Aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages werden die Jahresergebnisse an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
474	36 (vor Gewinnabführung)	14

8.2 FAAG Technik GmbH

Gründung:

21.04.2004

Unternehmensgegenstand:

Das Erbringen von Architekten- und Ingenieurleistungen sowie die Durchführung aller damit zusammenhängenden Aufgaben.

Die Gesellschaft ist auch zum Betrieb sonstiger Geschäfte berechtigt, sofern diese dem Gesellschaftszweck mittelbar oder unmittelbar dienlich sind, insbesondere zur Beteiligung an anderen Unternehmungen gleicher oder verwandter Art sowie zum Abschluss von Kooperations- u. a. Verträgen.

Die Gesellschaft ist weiterhin berechtigt zur Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Bauherr in eigenem Namen für eigene und fremde Rechnung unter Verwendung von Vermögenswerten von Erwerbern, Pächtern, sonstigen Nutzungsberechtigungen, von Bewerbern um Erwerbs- oder Nutzungsrechte, sowie zur wirtschaftlichen Vorbereitung und Durchführung von Bauvorhaben als Baubetreuer im fremden Namen für fremde Rechnung.

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Kapitalanteile:

4.000.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Jörg Dreisbach

Herr Andreas Schröder

A. Ausblick 2023

Besonders die weiterhin großen Auftragsbestände und Akquisen bei konzernfremden Bauherren sowie die laufenden und geplanten großen Investitionen des ABG-Konzerns in Neubau und Sanierung sorgen aller Voraussicht nach auch in 2023 für eine gute Beschäftigungslage der FAAG Technik GmbH. Mit dem vorhandenen Resthonorarvolumen ist eine Auslastung des Personals für mindestens ein halbes Jahr gesichert.

Durch die Nachwirkungen der Corona-Krise und die Folgen des Krieges in der Ukraine könnten sich Verzögerungen bei der Bearbeitung von Projekten ergeben. Dies könnte auch negative Auswirkungen auf das Jahresergebnis haben.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die FAAG Technik GmbH erbringt Architekten- und Ingenieurleistungen insbesondere in den Bereichen Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Flughafen, Messe, Sport- und Kulturbauten sowie im Tiefbau im Bereich von Straßen, Brücken, Radwegebau, Erschließungsmaßnahmen und Leitungsbau. Die Auftragslage der FAAG Technik GmbH war im Jahr 2022 positiv.

Für den ABG-Konzern wurden mit unterschiedlichsten Mandaten in den Aufgabenfeldern Planung, Bau- und Projektmanagement und Qualitätskontrolle zahlreiche Projekte bearbeitet.

Im Drittgeschäft Hochbau sind im Jahr 2022 die Leistungen zur Messe Halle 5 und dem Ärztehaus Gernsheim erfolgreich zum Abschluss gebracht worden. Laufende Projekte konnten ohne größere Störungen weiterbearbeitet werden.

Im Bereich Tiefbau – Kommunale Infrastruktur wurden für verschiedene Städte, Fachämter der Stadt Frankfurt am Main, Stadt Offenbach und Rüsselsheim, HessenMobil, Autobahn GmbH und private Investoren Projekte bearbeitet.

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinatoren der FAAG Technik GmbH haben im Berichtszeitraum eine Fülle von Konzernmaßnahmen und Projekte von Auftraggeber:innen außerhalb des Konzernverbundes betreuen können.

Die Jahresergebnisse werden aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
32.870	260 (vor Gewinnabführung)	106

8.3 Hofgarten Projektgesellschaft mbH

Gründung:

23.03.2007

Unternehmensgegenstand:

Koordination von Planung und Errichtung von Wohnungsbauvorhaben sowie die Entwicklung, Verwaltung, Vermietung und Verwertung eigenen Grundbesitzes und der Erwerb von Grundbesitz für diese Zwecke, insbesondere eines Grundstücks nebst aufstehender Gebäude, gebucht im Grundbuch von Frankfurt Bezirk 21, Blatt 2290, Gemarkung 1, Flur 329, Flurstück 39/1, Richard-Wagner-Straße 7-13 in einer Größe von 13.301 qm. Erlaubnispflichtige Geschäfte nach § 34 c GewO und nach § 7 MaBV sind ebenfalls Gegenstand des Unternehmens.

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Groß & Partner Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 50,00 %

25.000 € = 50,00 %

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Eckert

Herr Peter Matteo

A. Ausblick 2023

Nachdem sich nun keine Wohnungen mehr im Bestand befinden und nach Abwicklung der Gewährleistungsansprüche der Käufer:innen ruht die Geschäftstätigkeit zurzeit.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Hofgarten Projektgesellschaft mbH hat das ehemalige Wiesenhüttenstift in Frankfurt am Main zu einer exklusiven Wohnanlage unter dem Projektnamen „The Allure of Frankfurt“ entwickelt. Zu diesem Zweck wurde das einstige Versorgungshaus für Senioren im Jahr 2007 durch die Hofgarten Projektgesellschaft mbH erworben. Unter Wahrung der denkmalschutzrechtlichen Anforderungen wurde das historische Gebäude inzwischen in 81 Eigentumswohnungen umgebaut. Zum Gesamtareal von ca. 12.000 qm gehört neben dem im 19. Jahrhundert errichteten Gebäude außerdem eine großzügige Parklandschaft. Die Vermarktung der Eigentumswohnungen wurde bereits im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabengstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
285	-2	0

8.4 Parkhaus-Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung

Gründung:

06.07.1959

Unternehmensgegenstand:

Betrieb und Verwaltung von Parkhäusern

Gesellschafter:

Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft

Kapitalanteile:

26.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Michael Bachmann

A. Ausblick 2023

Für das Jahr 2023 ist weiter der Austausch der Parkierungstechnik in mehreren Parkgaragen geplant bzw. bereits terminiert. Der Einsatz der Kennzeichenerkennung als neues Parkmedium wird nach erfolgreicher Einführung 2019 weiter ausgebaut. Des Weiteren werden weitere digitale Bezahlmöglichkeiten eingeführt. Im Hinblick auf die Entwicklung der Elektromobilität wird zusammen mit dem strategischen Partner die Ausweitung der Ladeinfrastruktur in den Parkgaragen vorangetrieben.

Im Jahr 2023 werden durch die Rücknahme der Beschränkungen im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie weiter steigende Umsätze im Kurzparkerbereich erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die Gesellschaft betreibt 36 Parkgaragen, 41 Quartiersgaragen in der Nordweststadt und einen Parkplatz mit zusammen 18.763 Stellplätzen. Die Zahl der Kurzparker:innen hat 2022 durch den Wegfall der meisten Maßnahmen im Rahmen der Covid-19 Pandemie mit rd. 5,95 Mio. Fahrzeugen gegenüber dem

Vorjahr wieder stark zugenommen. Die von Kurzparker:innen vereinnahmten Parkentgelte sind im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr ebenfalls stark gestiegen (+36,3 %). Die Einnahmen aus den Dauermietverhältnissen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 0,6 % erhöht. Insgesamt entstand daher wieder ein positives Jahresergebnis.

Aufgrund des mit der Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft (FAAG) bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages werden die Jahresergebnisse an die FAAG abgeführt.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
16.898	637 (vor Gewinnabführung)	41

9.1 Bauland – Offensive Hessen GmbH

Gründung:

15.05.2017

Unternehmensgegenstand:

Die Förderung des Städtebaus und die Entwicklung von Bauland in Gebieten mit Wohnraumdefiziten. Sie erbringt insbesondere alle notwendigen Leistungen mit dem Ziel, Baurecht für Quartiere und Wohnbauflächen für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie wird in der Phase 1 im Auftrag von Kommunen geeignete Flächen auf Entwicklungspotenziale untersuchen. In Phase 2 führt sie, nach Beauftragung durch die Kommunen, alle Leistungen zur Entwicklung von Bauland durch. Sie kann als Treuhänder im Sinne des Baugesetzbuches im Auftrag von Kommunen Grundstücke erwerben, belasten und veräußern, Erbbaurechte begründen, verwalten und beenden.

Gesellschafter:

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

200.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

Aufsichtsrat:

6 Mitglieder

Aufsichtsratsvorsitz:

Herr Staatsmin. Tarek Al-Wazir

Weitere Aufsichtsratsmitglieder:

Herr Oliver Baltes

Herr Jens Bersch

Herr Mindirigent Elmar Damm

Herr MinR Dr. Frank Roland

Frau StRin Elke Voitl

Frauenquote:

Frauenquote:
(bezogen auf städtische Mandate)

100,00 %

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 plant die Bauland-Offensive Hessen GmbH mit Umsatzerlösen von 175 T€. Den Erlösen stehen Aufwendungen von rd. 173 T€ sowie Zinsaufwendungen von rd. 0,7 T€ gegenüber. Gemäß aktueller Planung wird für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresüberschuss von rd. 1 T€ veranschlagt. Beeinträchtigungen der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft ergeben sich durch die EU-Beschwerde eines anderen Marktteilnehmers.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Im Jahr 2022 wurden für 7 Flächen Machbarkeitsstudien (Phase 1) finalisiert. Aufgrund der im Jahr 2022 abgeschlossenen Projekte konnten Umsatzerlöse in Höhe von 333,5 T€ (Vj. 318 T€) erzielt werden. Der

Jahresfehlbetrag beträgt 2 T€ (Vj. Jahresüberschuss 4 T€).

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
290	-2	0

9.2 Garagen- Bau- und Betriebsgesellschaft mbH

Gründung: 13.01.1970	Unternehmensgegenstand: Das Errichten und Betreiben von Einrichtungen des ruhenden Verkehrs im Bereich der Stadt Frankfurt am Main.
Gesellschafter:	Kapitalanteile:
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	15.600 € = 60,00 %
ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH	5.200 € = 20,00 %
Hellerhof GmbH	5.200 € = 20,00 %
	26.000 € = 100,00 %
Geschäftsführung: Herr Helge Bitzer	
Aufsichtsrat:	5 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitz:	Herr Dr. Thomas Hain
Mandatsträger der Stadt:	Herr StR Stefan Majer
Weitere Aufsichtsratsmitglieder:	Frau Monika Fontaine-Kretschmer
	Herr Frank Junker
	Herr Dr. Johannes Kalusche
Frauenquote: Frauenquote: (bezogen auf städtische Mandate) 0,00 %	

A. Ausblick 2023

Ein Erweiterungsbedarf des Parkversorgungsangebotes in den versorgten Wohngebieten zeichnet sich angesichts der fehlenden Nachfrage nach Abstellmöglichkeiten auch weiterhin nicht ab. Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß dem Wirtschaftsplan mit einem Jahresüberschuss von 152,8 T€ gerechnet. Die Erhöhung des Ergebnisses gegenüber dem Überschuss des Jahres 2022 wird durch gestiegene Umsatzerlöse infolge Mieterhöhungen zum 01.06.2023 (28 T€) sowie mit ganzjährigem erhöhtem Zinsertrag betreffend Geldanlage bei verbundenen Unternehmen (135 T€) erwartet. Ansonsten wird beim prognostizierten Geschäftsverlauf bei den weiteren Aufwandspositionen von keinen außergewöhnlichen Steigerungen ausgegangen. Es wird eine Eigenkapitalquote auf Vorjahresniveau erwartet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Aufgrund der gegenüber dem Vorjahr weiterhin verbesserten Leerstandsquote von 4,9 % (Vj. 5,6 %) sind die Umsatzerlöse auf 313 T€ gestiegen. Weiterhin verlief die Geschäftstätigkeit in 2022 erwartungsgemäß. Der Jahresüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr von 39 T€ auf 52 T€ gestiegen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
6.163	52	7

9.3 NH ProjektStadt GmbH

Gründung:

23.03.1992

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Dies beinhaltet den Erwerb, die Belastung und Veräußerung von Grundstücken und die Vergabe von Erbbaurechten sowie Bereitstellung von Immobiliendienstleistungen. Die Gesellschaft soll durch die Betreuung von Projekten zur Weiterentwicklung der gegenwärtigen Formen des Wohnens und Bauens beitragen und darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.

Gesellschafter:

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

200.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß der aktuellen Planung des Unternehmens mit einem Jahresüberschuss nach Steuern vor Gewinnabführung an die Alleingesellschafterin Nassauische Heimstätte von 0,9 Mio. € gerechnet.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Seit 2017 werden Bauträgermaßnahmen wieder durch die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH wahrgenommen, da konzerninterne grunderwerbsteuerbefreite Grundstücksübertragungen nach § 6 a GrEStG nach Auffassung des BFH ggf. gegen das europäische Beihilferecht verstoßen. Mit Urteil vom 19.08.2018 hat der EuGH entschieden, dass § 6 a GrEStG keine verbotene staatliche Beihilfe mehr darstellt, weshalb vergangene wie auch künftige Grundstücksübertragungen von der Grunderwerbsteuer begünstigt bleiben.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
44.141	0	0

9.4 WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Gründung:

06.06.1930

Unternehmensgegenstand:

Errichtung, Betrieb, Verwaltung und Veräußerung von Immobilien in allen Rechts- und Nutzungsformen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, die dem Gegenstand des Unternehmens dienlich sind.

Gesellschafter:

Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

SV Sparkassenversicherung

Stadt Kassel

Kreissparkasse Schwalm-Eder

Kasseler Sparkasse

Sparkasse Werra-Meißner

Sparkasse Marburg-Biedenkopf

Sparkasse Bad Hersfeld-Rotenburg

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft mbH der Stadt Marburg

Stadt Kirchhain

GAGFAH Invest GmbH & Co. KG, Essen

Handwerkskammer Kassel

Stadt Bad Wildungen

Stadt Großalmerode

Stadt Hessisch Lichtenau

Stadt Homberg

Stadt Wolfhagen

Sparkasse Fulda

Eigene Anteile

Kapitalanteile:

15.322.450 € = 41,72 %

825.000 € = 2,25 %

478.500 € = 1,30 %

317.900 € = 0,87 %

86.900 € = 0,24 %

51.700 € = 0,14 %

39.600 € = 0,11 %

31.900 € = 0,09 %

22.000 € = 0,06 %

6.600 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

5.500 € = 0,02 %

19.496.400 € = 53,09 %

36.722.950 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

unmittelbare Beteiligungen (über 20 %):

MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH

Kapitalanteile:

100.000,00 € = 100,00 %

A. Ausblick 2023

Das Bestandsinvestitionsprogramm wird auch in den kommenden Jahren auf hohem Niveau fortgesetzt. Im Jahr 2023 sind bei der Wohnstadt Fremdkosten für Instandhaltung in Höhe von 23,4 Mio. € und Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 13,1 Mio. € (reguläre Modernisierung inkl. energetisches Modernisierungsprogramm aus Eigenkapital-Erhöhung der Muttergesellschaft der WOHNSTADT, der Nassauische Heimstätte) geplant. Die Investitionen werden

den Ausstattungs- sowie Energiestandard der Wohnungen und damit deren Vermietbarkeit weiter verbessern. Die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens und dessen wirtschaftliche Stabilität werden hierdurch gesichert. Flankiert werden die baulichen Erneuerungsinvestitionen durch Maßnahmen der sozialen Stabilisierung der Siedlungsstrukturen im Rahmen von Quartiersentwicklungen unter möglicher Inanspruchnahme des Programms „Sozialer Zusammenhalt“. Es ist der Baubeginn von 45 Eigentumswohnungen in Kassel Dessenborn geplant. Auf

Grund der deutlich verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurden weitere Projekte derzeit gestoppt. Sobald es das wirtschaftliche Umfeld es wieder zulässt, werden die geplanten Projekte fortgeführt. Die Veräußerung von Wohnungen des Anlagevermögens erfolgt nur noch im Rahmen von Einzelprivatisierungen an Mieter:in oder leerstehender Wohnungen des Restverkaufsbestandes am freien Markt. Die Ertragslage wird trotz hoher Inflation und Zinsentwicklung weiterhin positiv beurteilt. Die Leerstandsentwicklung wird rückläufig prognostiziert. Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß der aktuellen Planung des Unternehmens mit einem Jahresüberschuss von 2 Mio. € gerechnet. Die Eigenkapitalquote für das folgende Geschäftsjahr wird aufgrund der geplanten Investitionen mit rd. 26 % prognostiziert. Beeinträchtigungen der künftigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sind nicht erkennbar.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Wohnungsverwaltung

Schwerpunkt der Tätigkeit im Berichtsjahr war die Bewirtschaftung der 18.312 (Vj. 17.956) eigenen Verwaltungseinheiten, davon 15.735 Wohnungen. Die Tätigkeit der WOHNSTADT erstreckt sich fast ausschließlich auf die Regionen Nord- und Ostthessen. Die durchschnittliche Fluktuationsquote von 6,1 % (Vj. 6,7 %) ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Der stetig alternde Wohnungsbestand erfordert weiterhin hohe Bestandsinvestitionen. Im Berichtsjahr wurden einschließlich Eigenleistungen der Regiebetriebe 17,7 Mio. € für nicht mietwirksame Instandhaltungsmaßnahmen aufgewandt, davon Fremdkosten in Höhe von 17,6 Mio. €. In aktivierungspflichtige Modernisierungsmaßnahmen wurden darüber hinaus 6,4 Mio. € investiert. Die Investitionen je qm Wohnfläche betrugen 23,36 €. Im Leistungsbereich Verwaltung für Dritte betreut das Unternehmen zwölf Wohnungen mit technischen und kaufmännischen Verwaltungsleistungen.

Portfolioentwicklung

Im Rahmen der Portfolioentwicklung erfolgten im Jahr 2022 folgende Besitzübergänge:

Einzelverkäufe	26 Wohneinheiten
Blockverkäufe	6 Wohneinheiten
insgesamt	32 Wohneinheiten

Das Programm der Blockverkäufe wurde planmäßig zum Ende des Jahres 2021 abgeschlossen. Die o. g. sechs WE aus Blockverkäufen wurden bereits im Jahr 2021 beurkundet. Restbestände an Einzelhäusern und -wohnungen (gesamt 95 WE) werden in Abhängigkeit der Rahmenbedingungen weiterhin privatisiert. Mit der Ende 2018 verabschiedeten Strategie 2018+ verfolgt die Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt (NHW) einen Wachstumskurs mit dem Ziel, mittelfristig einen Mietwohnungsbestand von 75.000 Einheiten zu erreichen. Hierbei wird die NHW über die beschlossene Neubautätigkeit hinaus auch Bestandsportfolien erwerben.

Neubautätigkeit – Anlagevermögen

Im Berichtsjahr befanden sich 59 Mietwohnungen und 3 Gewerbeeinheiten für den eigenen Bestand in Bau. Die kalkulierten Herstellungskosten für diese Investitionen belaufen sich auf rd. 17 Mio. €.

Neubautätigkeit – Umlaufvermögen

Ein erstes Projekt mit 45 Wohnungen befindet sich derzeit in der Planung.

Modernisierungstätigkeit und Gebäudeaufstockungen - Anlagevermögen

Bestandsinvestitionen unterteilen sich in bestandserhaltende Instandhaltungen und wertverbessernde aktivierungspflichtige Modernisierungen. Bei der Modernisierung werden neben der Verbesserung der Ausstattung und Herstellung der Wohnungen in einen zeitgemäßen Zustand die Gebäude energetisch ertüchtigt. Für eine optimierte Planung wird das 5-Jahres-Investitionsprogramm regelmäßig aktualisiert bzw. erweitert. Neben dem regulären Modernisierungsprogramm wird im Rahmen einer Eigenkapitalerhöhung ein zusätzliches energetisches Modernisierungsprogramm bearbeitet. Hierbei werden insbesondere die Gebäudehülle sowie die Heizungstechnik erneuert bzw. optimiert. Erklärtes Ziel ist die Er-

reichung eines klimaneutralen Bestandes gemäß Klimastrategie. Im Geschäftsjahr 2022 konnte die Modernisierung von insgesamt 78 Wohnungen erfolgreich abgeschlossen werden. Um der anhaltenden Wohnungsnachfrage gerecht zu werden, werden neben der Neubautätigkeit Bestandserweiterungen durch Aufstockungen geprüft und umgesetzt. Im Berichtsjahr wurden 1,4 Mio. € in Aufstockungsprojekte investiert. Die Fertigstellung und der Bezug der entsprechenden Wohnungen wird im Jahr 2023 erwartet.

Stadtentwicklung

Die WOHNSTADT ist treuhänderisch oder beratend an den Standorten Kassel und Weimar in 74 Städten und Gemeinden tätig. Das Auftragsvolumen umfasst 106 (Vj. 104) Aufträge. Dazu zählen die städtebaulichen Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen, Maßnahmen in den Förderprogrammen „Sozialer Zusammenhalt“, „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“ und „Lebendige Zentren“.

Für die von uns treuhänderisch durchgeführten Maßnahmen in allen Städtebauförderprogrammen und Entwicklungsmaßnahmen kamen im Geschäftsjahr 2022 Finanzierungsmittel von rd. 12 Mio. € (Vj. rd. 13 Mio. €) zur Verwendung.

C. Ergänzende Angaben nach §123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
502.641	7.276	4

9.4.1 MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH Kassel

Gründung:

14.06.1994

Unternehmensgegenstand:

Die Erbringung von Dienstleistungen in der Breitbandkabel- und Satellitenempfangstechnologie. Erbringung und Verkauf von Versorgungsleistungen im Wärme- und Energiebereich. Erbringung bzw. Organisation von Betreuungsdiensten für ältere und behinderte Mieter:innen im sozialen Wohnungsbau. Erbringung wohnungswirtschaftlicher Dienstleistungen als Geschäftsbesorgung für Vermieter, Wohnungsbauunternehmen und Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Gesellschafter:

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH

Kapitalanteile:

100.000,00 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Frau Monika Fontaine-Kretschmer

Herr Dr. Thomas Hain

Herr Dr. Constantin Westphal

A. Ausblick 2023

Für das Geschäftsjahr 2023 wird gemäß dem Wirtschaftsplan mit einem Überschuss vor Ergebnisabführung von 7,4 Mio. € (Vj. 8,05 Mio. €) gerechnet.

Chancenbericht

Für das Jahr 2023 sind in den Geschäftsfeldern Contracting und Messdienst/Abrechnung ein weiterer stetiger Ausbau sowie in den übrigen Geschäftsfeldern Fortentwicklungen geplant, so dass eine weiterhin erfolgreiche geschäftliche Entwicklung erwartet wird. Die Abrechnung der Rundfunkversorgung (TV und Radio) bei Bestandsanlagen innerhalb des Konzerns sowie gegenüber Dritten durch die MET wird bis zum 30.06.2024 im Sammelinkasso erfolgen und innerhalb der Betriebskosten seitens des Vermieters abgerechnet. Parallel entwickelt die MET mit Partnern eine Neuausrichtung des Multimedia Geschäftsmodells, in Anlehnung an die Rahmenbedingungen des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes (TKMoG).

Chancen aus den Projekten

Die aktualisierten Planungs- und Ausführungsrichtlinien ermöglichen der MET auch zukünftig die Betreiberschaft der netzgebundenen Multimediastruktur im Sinne des Konzerns bei Neubau und Modernisierungsmaßnahmen sicherzustellen.

Umfeld- und marktbezogene Chancen

Die anhaltend angespannte Wohnungsmarktlage in bestimmten Ballungsräumen kann zu politischen Entscheidungen führen, die die Erweiterung der Wohnraum- oder Mietförderung beabsichtigen. Dies kann regional positive Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit haben.

Finanzielle Chancen

Die Gesellschaft ist in das konzerninterne Cash-Pooling eingebunden. Die Finanzierungskonditionen sind abhängig von den Bedingungen am Kapitalmarkt, die sich aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus auch für Unternehmen guter Bonität verteuert haben.

Risikobericht

Veränderungen der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen, die sich auf das operative Geschäft beziehen oder eine nicht sachgerechte Anwendung bzw. Umsetzung steuerlicher Regelungen und Vorschriften im operativen Geschäft finden, könnten sich nachteilig auf die Ergebnisentwicklung auswirken. Hierzu gehören auch die eingerichteten ertragsteuerlichen und umsatzsteuerlichen Organschaften. Die Erfüllung der jeweiligen Organschaftsvoraussetzungen ist Gegenstand regelmäßig stattfindender bzw. laufender steuerlicher Betriebsprüfungen. Bei letztinstanzlicher Nichtanerkennung der Organschaften könnte dies zu einer wesentlichen bzw. hohen steuerlichen Mehrbelastung zuzüglich Verzinsung führen. Zur frühzeitigen Identifizierung, Bewertung und

Steuerung möglicher steuerrechtlich relevanter Risiken wurde mit Hilfe externer Unterstützung eine Risikoerfassung durchgeführt. Die relevanten Risiken wurden im Rahmen eines Tax-Compliancemanagement-Systems identifiziert und in einer Risikomatrix erfasst. Die relevanten Risiken werden im Rahmen der Tax-Compliance bei der Konzernmutter Nassauische Heimstätte laufend beobachtet und bewertet. Das nach umfänglicher Diskussion der unterschiedlichen Interessenträger am 23.06.2021 vom Bundestag beschlossene und am 01.12.2021 in Kraft getretene TKMoG hat umfängliche Auswirkungen auf das gesamte Geschäftsfeld Multimedia. Die erzwungene schrittweise Beendigung der bisherigen betriebskostenrechtlichen Umlagefähigkeit der Entgelte für den TV-/Breitbandanschluss gemäß § 2 Nr. 15 Betriebskostenverordnung (BetrKV) für den Bestand zum 01.07.2024 und für Neubauten bereits zum 01.12.2021 bedarf einer grundsätzlichen Neuausrichtung und Etablierung eines tragfähigen Geschäftsmodells spätestens zum Juli 2024. Die MET hat im Geschäftsjahr 2022 unter Beteiligung einer externen Rechtsanwaltskanzlei sowie einer in diesem Marktsegment erfahrenen Beratungsgesellschaft begonnen, ein neues Geschäftsmodell zu entwickeln, das den grundsätzlich durch das TKMoG geänderten Rahmenbedingungen entspricht, den Kund:innen der MET eine solide und wettbewerbsfähige Multimediaversorgung ihrer Mieter:innen ermöglicht und für die MET nachhaltig wirtschaftlich tragfähig ist. Der Abschluss dieses Geschäftsmodells, Abstimmung im Konzern sowie operative Überführung sind für das Jahr 2023 geplant. Im Jahr 2022 waren vermehrte Anfragen von Glasfaseranbietern zur Anbindung der Wohnungsbestände der NHW und Versorgung von Mietern erkennbar. Die von der Telekom in den vergangenen Jahren angekündigte Ausbaustrategie von Glasfaserkabeln bis in die Gebäude bzw. bis zum Mieter hat im Jahr 2022 in Folge der Verabschiedung des TKModG vermehrt zu Glasfaserversorgungsanfragen in den Konzernbeständen geführt. Des Weiteren haben auch alternative Glasfaseranbieter an einzelnen Standorten entsprechende Anfragen gestellt. Die Entwicklung der Corona-Pandemie hat sich aus betrieblicher Sicht stabilisiert. Diesbezügliche Maßnahmen der Bundesregierung wurden zuletzt am

02.02.2023 außer Kraft gesetzt. Der Markt ist derzeit jedoch weiteren starken Unsicherheiten ausgesetzt. Verstärkt wurden diese Unsicherheiten durch den zu Beginn des Jahres begonnenen Krieg in der Ukraine. Dies kann sich mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Lieferketten und Warenverfügbarkeit sowie die Konjunktur auswirken und in einer Eintrübung des Marktes resultieren. Infolgedessen könnten der Gesellschaft Umsatzeinbußen entstehen. Die Gesamtsituation, auch vor dem Hintergrund steigender Inflation (die eine Verbraucherzurückhaltung bestärkt) und anziehenden Finanzierungszinsen macht es zum jetzigen Zeitpunkt schwierig, die Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der MET zuverlässig einzuschätzen. Die von der MET erstellte und stetig aktualisierte Planungs- und Ausführungsrichtlinie Multimedia stellt für die technische Infrastrukturerrichtung bei Neubau und Modernisierung eine technisch solide Vorgabe mit einer hohen Ausstattungsqualität dar. Im Zuge der Auswirkungen des TKMoG und der Neuausrichtung des Geschäftsfeldes wird die Richtlinie weiter überarbeitet. Insgesamt geht die Geschäftsleitung von keinen bestandsgefährdenden Risiken aus.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Die MET gehört als Tochter der WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel zum Konzern der Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main. Die Ertragslage der MET ist maßgeblich durch die positiven Deckungsbeiträge aus dem Multimediabereich als Kerngeschäft des Unternehmens und den Erträgen aus Wärmelieferungen geprägt. Weitere Geschäftsfelder der Gesellschaft sind Photovoltaik, Messdienst/Abrechnung von Wasser und Wärme, sowie Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern.

Multimedia

Das Dienstleistungsangebot im Bereich Multimediaversorgung wurde im Jahr 2022 von 180 Auftraggeber:innen in Anspruch genommen. Diese haben die

MET beauftragt, einen Bestand von rd. 63.623 Wohnungen gebührenpflichtig an das Breitbandkabelnetz des jeweiligen Signalanbieters anzuschließen oder eine eigene Versorgung mit TV- und Hörfunksignalen zu gewährleisten. Die MET hat zum 01.06.2015 die Signalversorgung des Wohnungsbestands der Nassauischen Heimstätte übernommen, so dass die MET seitdem konzernweit interner Kabelnetzbetreiber ist. Der im November 2014 mit Unitymedia geschlossene Rahmenvertrag bildet die Grundlage für die strategische, wirtschaftliche, inhaltliche und operative Grundlage zur Weiterversorgung der Kund:innen der MET mit Multimediaprodukten. Neben der Versorgung der Wohnungsbestände von Nassauischer Heimstätte und Wohnstadt innerhalb des Konzerns ist die MET im Bereich Multimedia weiterhin erfolgreich im Drittgeschäft tätig.

Wärmelieferung

Im Geschäftsbereich Wärmelieferung betreibt die MET 99 Heizungsanlagen zur Versorgung von 5.859 Wohnungen mit Wärme und Warmwasser. Die Wärme wird überwiegend mittels Gasbrennwerttechnik, z. T. in Verbindung mit BHKW, erzeugt. Daneben entstehen zunehmend multivalente Heizanlagen, die aus Kombinationen von Pellets, thermischen Solaranlagen, PV-Anlagen sowie Wärmepumpen in verschiedenen Ausführungen bestehen. Die zunehmende Abkehr von fossilen Brennstoffen erfolgt entsprechend der unternehmensweiten Klimastrategie. Insbesondere der Krieg in der Ukraine hat zu einer weiteren Beschleunigung der Abkehr von fossilen Brennstoffen geführt. Im Rahmen der Fokussierung des Immobilienmanagements auf Wohnquartiere und deren energetischer Optimierung übernimmt die MET als Wärmecontractor zunehmend durch gebäudeweise oder quartiersbezogene Heizanlagen die nachhaltige Wärme- und Warmwasserversorgung in einzelnen Wohnquartieren. Konkret war die MET im Jahr 2022 bei vier Quartiersmodernisierungen und einer Neubaumaßnahme als zukünftiger Wärmecontractor planerisch tätig. Im Neubaubereich der Unternehmensgruppe ist die MET in drei Quartieren eng mit der Objekt- und Quartiersplanung verzahnt.

Es ist beabsichtigt, bei einem dieser Quartiere erstmals auch die Drittversorgung von Liegenschaften im Wärmebereich zu übernehmen.

Photovoltaik

Die bestehenden sechs Photovoltaikanlagen der MET aus den Errichtungsjahren 2004 bis 2012 auf Dächern von Wohngebäuden der Unternehmensgruppe haben eine Gesamtleistung von 170 kWp. Im Jahr 2022 haben diese ca. 174.000 kWh Strom erzeugt, der gemäß EEG an die jeweiligen Netzbetreiber:in verkauft wurde. Im Zuge der Unternehmensstrategie hat die MET 15 PV-Anlagen mit insgesamt 229 kWp von der NH gekauft, um eine einheitliche Betreuung für den Konzern zu gewährleisten. Der produzierte Strom wird zu 100 % in das öffentliche Netz der Versorger:in eingespeist und per EEG-Einspeisevergütung abgerechnet. Die von der MET betriebene gebäudeintegrierte PV-Anlage auf dem Dach und an der Fassade des stromgeführten Energiehauses Plus der Nassauischen Heimstätte in Frankfurt-Riedberg (17 WE) konnte im Jahr 2022 ca. 69.000 kWh Strom erzeugen, der meistens im Gebäude genutzt wurde. Der Minderertrag im Vergleich zum Vorjahr rührt von einem zeitweisen defekten Wechselrichter her. Durch die zunehmende Installation von Wärmepumpen im Wärmecontracting und der Anrechenbarkeit von lokal produziertem Strom auf die Energiebilanz des Gebäudes werden zunehmend PV-Anlagen als Teil der Wärmeanlage installiert. Der Strom wird dabei vorwiegend für den Betrieb der Heizanlage verwendet. Mit diesem Betriebskonzept wurden im Jahr 2022 sechs PV-Anlagen errichtet. Weitere vier Anlagen sind im Bau und werden im Jahr 2023 mit der Fertigstellung der Wärmeanlagen in Betrieb genommen. Insgesamt betreibt die MET inzwischen 34 Photovoltaikanlagen in unterschiedlichen Betriebskonzepten mit einer Gesamtleistung von 818 kWp.

Messdienst/Abrechnung von Wasser und Wärme

Im Jahr 2022 wurde die Entwicklung des Geschäftsmodells Selbstabrechnung weiter vorangetrieben, dass die vollständige Wertschöpfungskette von Einkauf, Montage, Vermietung und Wartung von Mess-

geräten sowie Ablesung und Abrechnung von Wasser- und Wärmeverbräuchen bei der MET und damit im Konzern ermöglicht. Hierzu wurden 2022 in ca. 9.100 Wohnungen im Bestand der Unternehmensgruppe ca. 34.800 Messgeräte getauscht, wodurch per Ende 2022 insgesamt 42.540 Wohnungen mit insgesamt 250.284 eigenen Messgeräten ausgestattet sind. Dieser Austausch von Geräten wird auch 2023 in ähnlichem Umfang weitergeführt. Durch den in den nächsten Jahren sukzessiv erfolgenden Austausch der bisherigen Messgeräte externer Abrechnungsdienstleister durch eigene Messgeräte wird die Selbstabrechnung auf den Gesamtbestand der Unternehmensgruppe ausgeweitet. Innerhalb der bestehenden Rahmenverträge des Konzerns mit den für die Unternehmensgruppe tätigen Messdienstleistern hat die MET im Jahr 2022 die verbrauchsgerechte Abrechnung für ca. 45.000 WE erbracht. Somit erstellte die MET im Jahr 2022 für den gesamten Wohnungsbestand der Unternehmensgruppe die verbrauchsgerechte Heiz- und/oder Wasserkostenabrechnung.

Installation und Wartung von Rauchwarnmeldern im Konzern

Die verbindliche Ausstattung der Wohngebäude mit Rauchwarnmeldern ist nach der Entscheidung der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt konzerneinheitlich durch Anmietung erfolgt. Die Kosten der Wartung der Rauchwarn-

melder werden auf die Betriebskosten der Wohnungsmiete umgelegt. Im Auftrag der Unternehmensgruppe hat die MET im April 2013 einen entsprechenden Vertrag mit Minol geschlossen. In allen rund 59.000 auszustattenden Wohnungen der Unternehmensgruppe sind Rauchwarnmelder installiert. Durch die jährliche Wartung aller Rauchwarnmelder wird die Funktionsfähigkeit überwacht, dokumentiert und gewährleistet. Die Verschlechterung zum Jahr 2022 begründet sich hauptsächlich durch höhere Aufwendungen im Bereich Wärmelieferung, insbesondere durch höhere Versorger- und Instandhaltungskosten für Heizanlagen.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
28.826	4.973	0

10.1 Cook Company gemeinnützige GmbH

Gründung:

27.09.2005

Unternehmensgegenstand:

Schaffung und Sicherung zukunftsorientierter Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen. Die Gesellschaft verfolgt diesen Zweck durch die Gründung und den Betrieb von Integrationsprojekten im Sinne von § 215 SGB IX.

Gesellschafter:

Praunheimer Werkstätten gemeinnützige GmbH
Frankfurter Werkgemeinschaft e.V.
Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V.

Kapitalanteile:

12.100 €	=	48,40 %
11.900 €	=	47,60 %
1.000 €	=	4,00 %
25.000 €	=	100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Thomas Schmitter

A. Ausblick 2023

Die Gesellschaft will die vorhandenen Tätigkeitsfelder wieder neu aufbauen und mit dem Verkauf von Eigenprodukten beginnen, nämlich mit dem Vertrieb von Bio veganen Suppen.

B. Grundzüge des Geschäftsverlaufs 2022

Allgemeines

Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Verlust von -31 T€ ab (Vj. -35 T€).

Insgesamt ist die Gesellschaft Ende 2022 bilanziell überschuldet und zwar in Höhe von -95 T€. In 2022 wurde ein Jahresumsatz von 1,42 Mio. € (Vj. 970 T€) erzielt. Grund für das schlechte Jahresergebnis sind die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Die Lieferketten wurden z. T. unterbrochen und die Preise für den Lebensmitteleinkauf erhöhten sich überproportional. Gleichzeitig stiegen die Energie- und Personalkosten in erheblichem Umfang. Die Abgabepreise mussten entsprechend erhöht werden und es wurde ein langjähriges Auftragsverhältnis durch Neuausschreibung gekündigt. Der damit einhergehende Umsatzverlust begründet einen Teil des entstandenen Verlusts. Die Mitarbeitenden werden in unterschiedlichem Beschäftigungsumfang beschäftigt, zehn Personen sind Menschen mit Behinderungen. Damit übersteigt die Cook Company gGmbH die vom Integrationsamt geforderte Quote von mindestens 30 %-Anteil an Schwerbehinderten mit 65 % deutlich. Die Fernküche produzierte werktäglich durchschnittlich 1.100 Speisen. Die Cook Company gGmbH betreibt ein umfangreiches Qualitätsmanagementsystem in Anlehnung an die DIN ISO

9001:2015 und hat eine EU-Zulassung als fleischverarbeitender Betrieb. Am Standort im Bildungszentrum Ostend wird die Cafeteria „timeout“ mit angeschlossenen Kiosk betrieben. Die Umsätze am Standort stiegen nach dem Ende der Pandemie wieder deutlich, auch wenn sie das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht haben. Der Standort im Frankfurter Stadtteil Gallus musste aus wirtschaftlichen Gründen Ende April 2022 geschlossen werden. Die Umsätze nach erneuter Öffnung der Kantine im Grünflächenamt und Amt für Straßenbau und Erschließung blieben deutlich hinter den Erwartungen zurück. Das hat auch mit einer von der Stadt Frankfurt am Main eingeführten Homeoffice Regelung für alle Mitarbeitenden zu tun. Mit der Abwicklung des Projekts entstanden weitere einmalige Kosten, die das Ergebnis 2022 belasten.

C. Ergänzende Angaben nach § 123 a HGO

Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung. Der Stand der Erfüllung spiegelt sich in den Leistungsdaten wider.

Vorliegen der Voraussetzungen des § 121 HGO

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO liegen für das Unternehmen vor.

Organe der Gesellschaft

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Bilanzsumme in T€	Jahresergebnis in T€	Mitarbeitende (Jahresdurchschnitt) (Angabe ohne Geschäftsführung)
421	-31	17

11.1 Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Gründung:

29.08.1995

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines wirtschaftlich leistungsfähigen Krankenhauses verwirklicht, das für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige stationäre und – soweit zweckmäßig – auch ambulante Versorgung der Bevölkerung sorgt und damit einen Beitrag für die Erfüllung des Sicherstellungsauftrages des Main-Taunus-Kreises nach § 3 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes ("HKHG") und die Aufgaben des "Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus" leistet sowie die Notfallversorgung sicherstellt. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere der Betrieb eines Krankenhauses der Schwerpunktversorgung mit den Standorten in Bad Soden und in Hofheim am Taunus einschließlich der Altenpflege- und Altenhilfeeinrichtungen sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Hilfsbetriebe.

Gesellschafter:

Kliniken Frankfurt Main-Taunus-Kreis GmbH

Main-Taunus-Kreis

Kapitalanteile:

13.630.000 € = 94,00 %

870.000 € = 6,00 %

14.500.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Martin Menger

Herr Stefan Schäd

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

11.1.1 Fachklinik und Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH (vormals: Seniorenresidenz Main-Taunus-Kreis gGmbH)

Gründung:

19.01.2009

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Daseinsfürsorge. Dieser Zweck wird insbesondere durch den Betrieb des Seniorenpflegeheims Eppstein, weiterer Altenpflegeeinrichtungen und der nicht gewerbliche Betrieb der Fachklinik Hofheim im Main-Taunus-Kreis verwirklicht. Zweck der Gesellschaft ist auch, anderen steuerbegünstigten Körperschaften insbesondere zur Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, der Wissenschaft und Forschung, der Jugend- und Altenhilfe sowie der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe Mittel nach Maßgabe des § 58 Abs. 1 AO zu beschaffen und weiterzuleiten. Die Gesellschaft ist eine karitative und gemeinnützige GmbH, die ohne gewerbliche Gewinnerzielungsabsicht betrieben wird.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

50.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Schad

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

11.1.2 Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH

Gründung:

08.10.1997

Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch die Unterstützung der Tätigkeit des Klinikverbundes Frankfurt-Main-Taunus durch die Erbringung von klinikbezogenen Dienstleistungen sowie der Betrieb von Krankenpflegeschulen des Main-Taunus-Kreises und ggf. weiterer Krankenpflegeschulen verwirklicht. Dazu gehört ebenfalls die innerbetriebliche Fortbildung von ärztlichem und Krankenpflegepersonal sowie die Wahrnehmung der Aufgaben einer Weiterbildungsstätte im Gesundheitswesen. Ferner gehört zum Gegenstand des Unternehmens die entgeltliche Überlassung von Arbeitnehmern (Pflegekräfte und Ärzte) an die Gesellschafterin Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH oder an Dritte.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

100.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Schad

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

11.1.2.1 MTK Hofheim Leasing GmbH*

Gründung:

16.08.2011

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in Hofheim am Taunus, der Umbau bzw. Neubau, die Finanzierung und Vermietung der in Hofheim am Taunus errichteten Krankenhausgebäude an die Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH sowie die Vornahme aller zur Erreichung dieses Zwecks erforderlichen Geschäfte.

Gesellschafter:

Gesundheits- und Dienstleistungsgesellschaft Main-Taunus mbH

VAMED health project GmbH

Kapitalanteile:

70.500 € = 94,00 %

4.500 € = 6,00 %

75.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

MTK Hofheim Verwaltungsgesellschaft mbH (vertreten durch Herrn Stefan Schad)

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

*Am 16.03.2022 wurde die MTK Hofheim Leasing GmbH & Co. KG zur MTK Hofheim Leasing GmbH umfirmiert.

11.1.3 Main-Taunus-Privatklinik GmbH

Gründung:		Unternehmensgegenstand:	
16.10.2001		Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dieser Zweck wird durch den Betrieb von Privatkliniken verwirklicht.	
Gesellschafter:		Kapitalanteile:	
Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH		100.000 € = 100,00 %	
Geschäftsführung:			
Herr Stefan Schad			

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

11.1.4 Medizinisches Versorgungszentrum Krankenhaus Hofheim gGmbH

Gründung:

29.09.2009

Unternehmensgegenstand:

Ambulante medizinische Versorgung am Klinikum Hofheim gem. SGB V durch zugelassene Leistungserbringer, die an der Versorgung der gesetzlich Krankenversicherten teilnehmen, in dem die Versorgungsaufgaben im Rahmen der vertragsärztlichen, bzw. der vertragspsychotherapeutischen fachübergreifenden Versorgung durch angestellte Ärzte oder Vertragsärzte verwirklicht werden.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Kapitalanteile:

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Stefan Schad

Herr Godfried Hangx

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

11.1.5 MVZ GmbH im Main-Taunus-Kreis

Gründung:

17.02.2006

Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines medizinischen Versorgungszentrums.

Gesellschafter:

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH

Herr Dr. Maier

Herr Dr. Köber

Herr Prof. Dr. Müller-Schimpfle

Herr Dr. Börtlein

Herr Dr. Bayar

Herr Dr. Capell

Herr Dr. Flöter

Herr Dr. Harzer

Herr Dr. Lurz

Herr PD Dr. McKenna-Küttner

Herr Dr. Schlißke

Kapitalanteile:

12.500 € = 50,00 %

2.880 € = 11,52 %

2.760 € = 11,04 %

2.760 € = 11,04 %

1.040 € = 4,16 %

700 € = 2,80 %

530 € = 2,12 %

530 € = 2,12 %

530 € = 2,12 %

120 € = 0,48 %

120 € = 0,48 %

120 € = 0,48 %

25.000 € = 100,00 %

Geschäftsführung:

Herr Dr. Thomas Maier

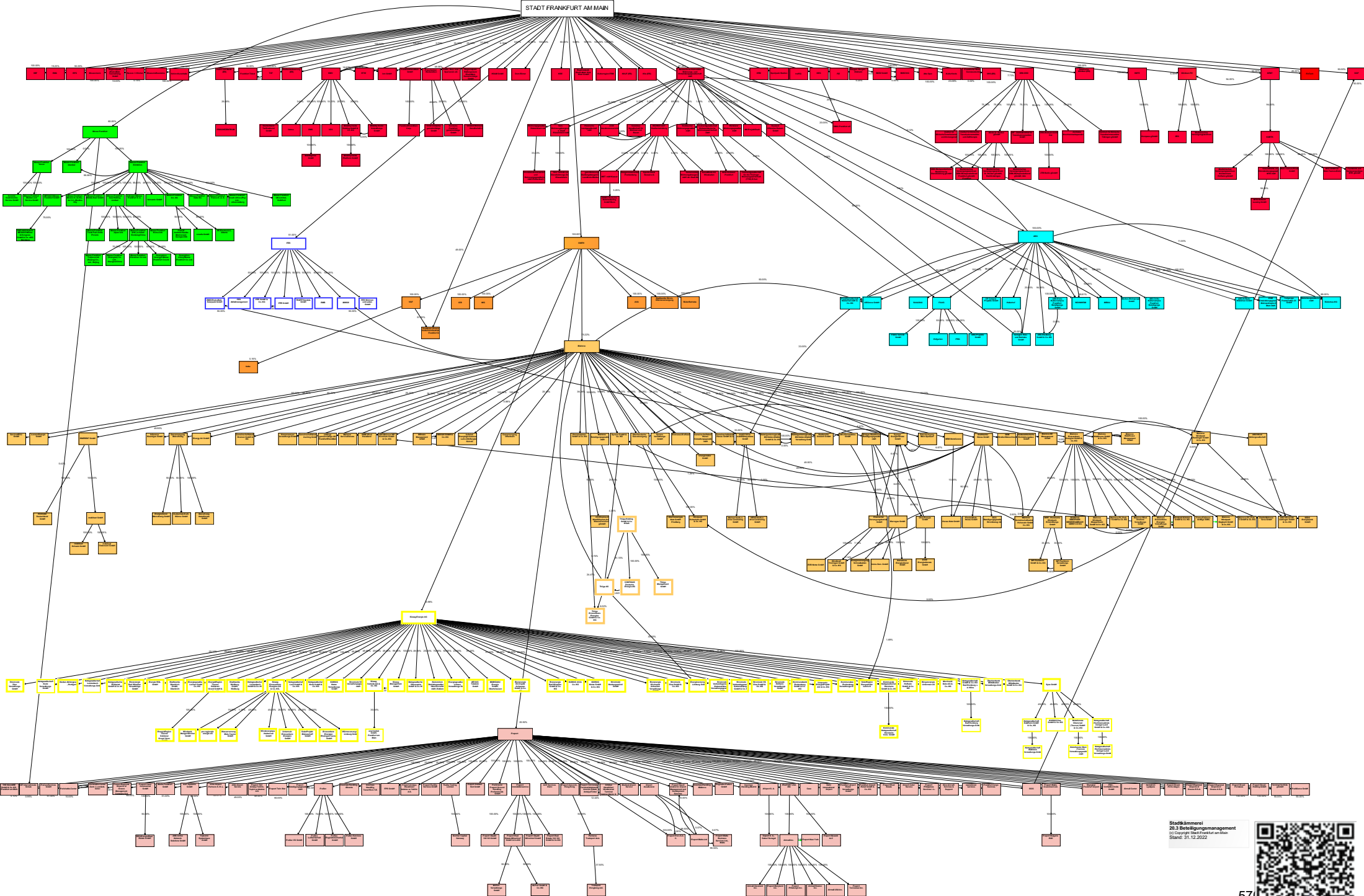
Herr Stefan Schad

Der testierte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2022 lag zum Redaktionsschluss noch nicht vor.

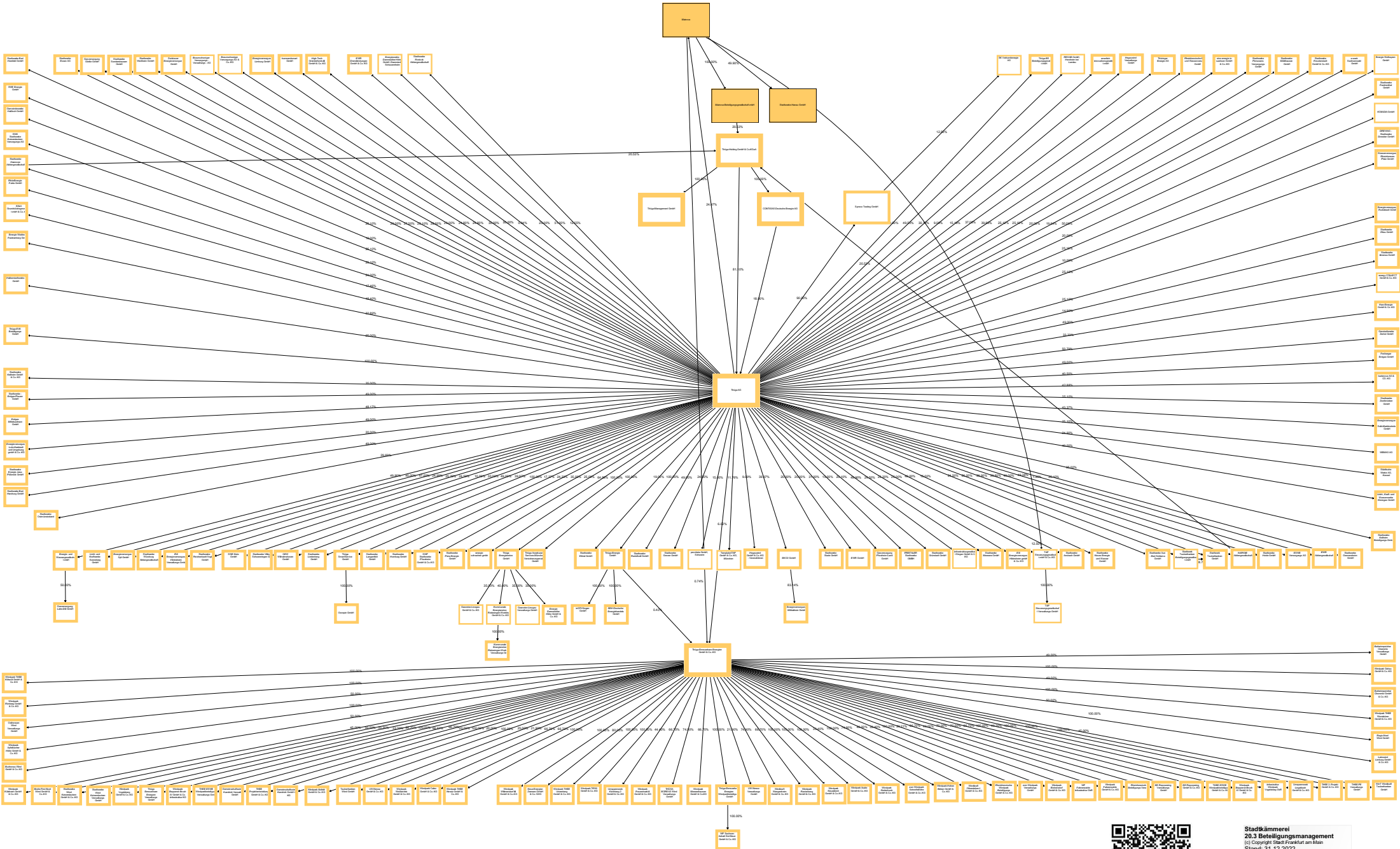
3. Grafische Gesamtübersicht der Beteiligungen

3.1. Gesamtportfolio der Stadt Frankfurt am Main	570
3.2. Grafische Darstellungen der Einzelkonzerne	
3.2.1. Thüga Beteiligungen der Mainova AG	571
3.2.2. Mainova-Konzern	572
3.2.3. SÜWAG-Konzern	573
3.2.4. Fraport-Konzern	574
3.2.5. Stadtwerke-Konzern	575
3.2.6. ABG-Konzern	576
3.2.7. Messe-Konzern	577
3.2.8. FES-Konzern	578

STADT FRANKFURT AM MAIN

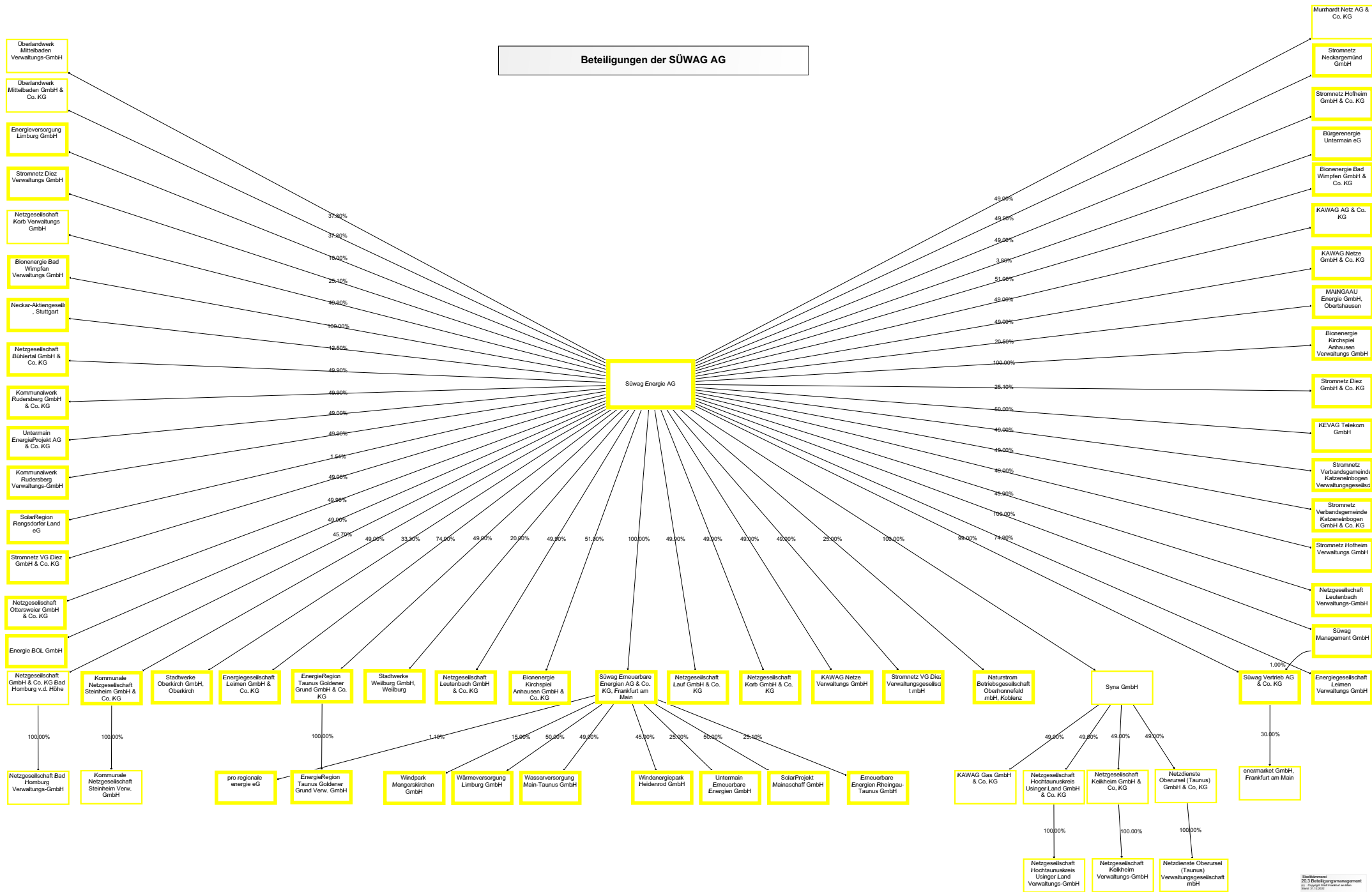


Thüga Beteiligungen der Mainova AG

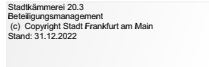


Beteiligungsportfolio der Mainova AG

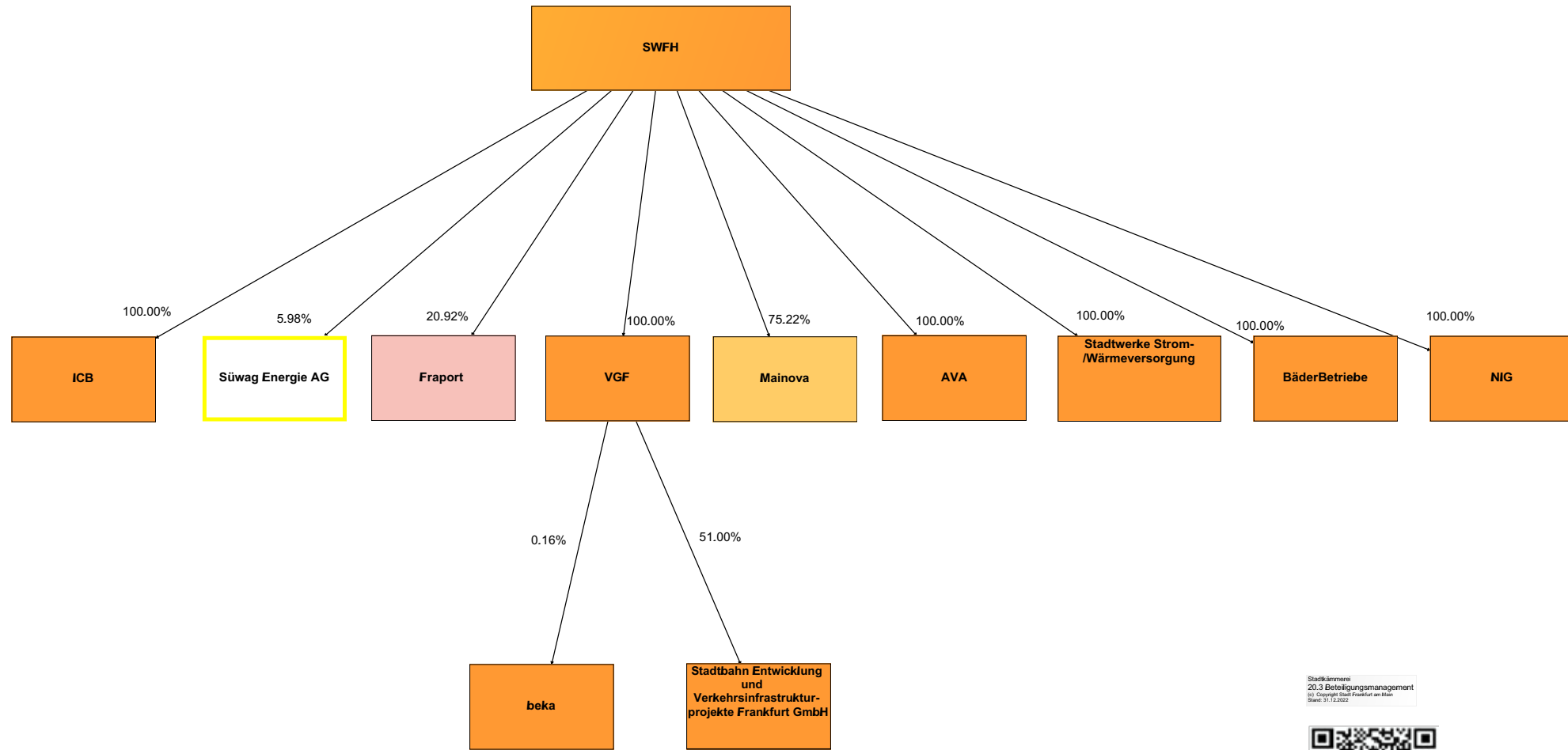




Beteiligungen der Fraport AG



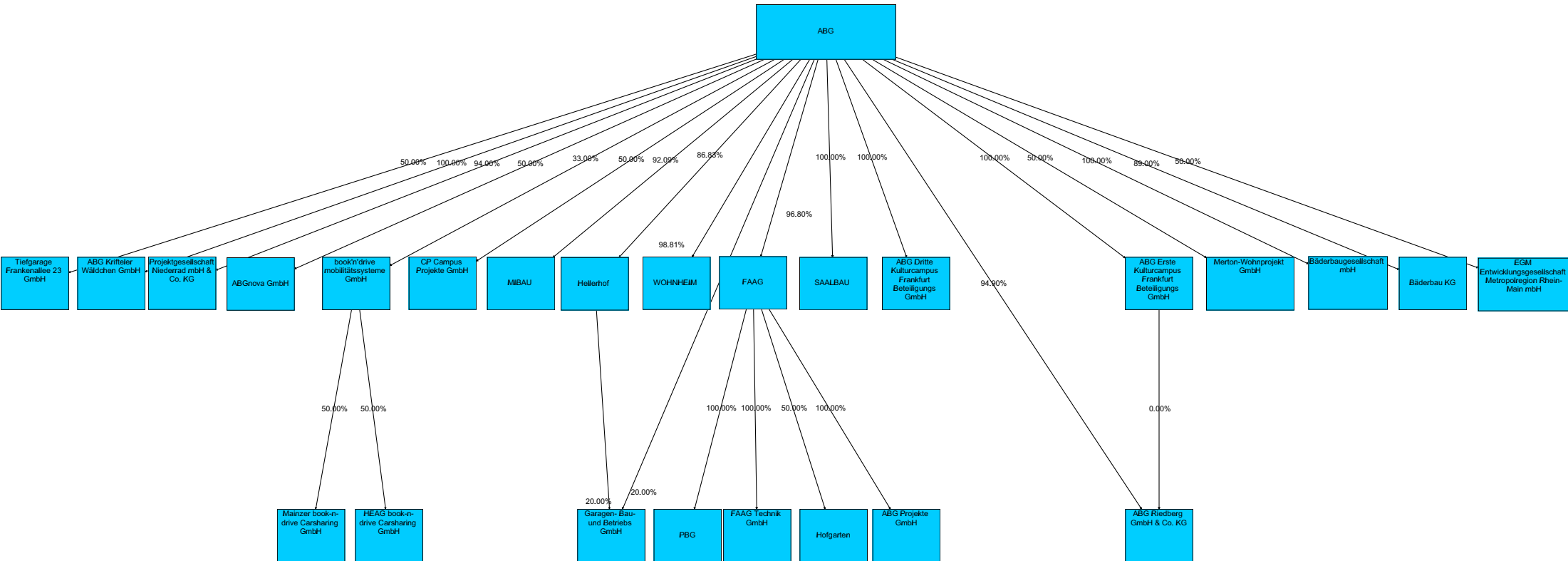
Beteiligungen von Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH



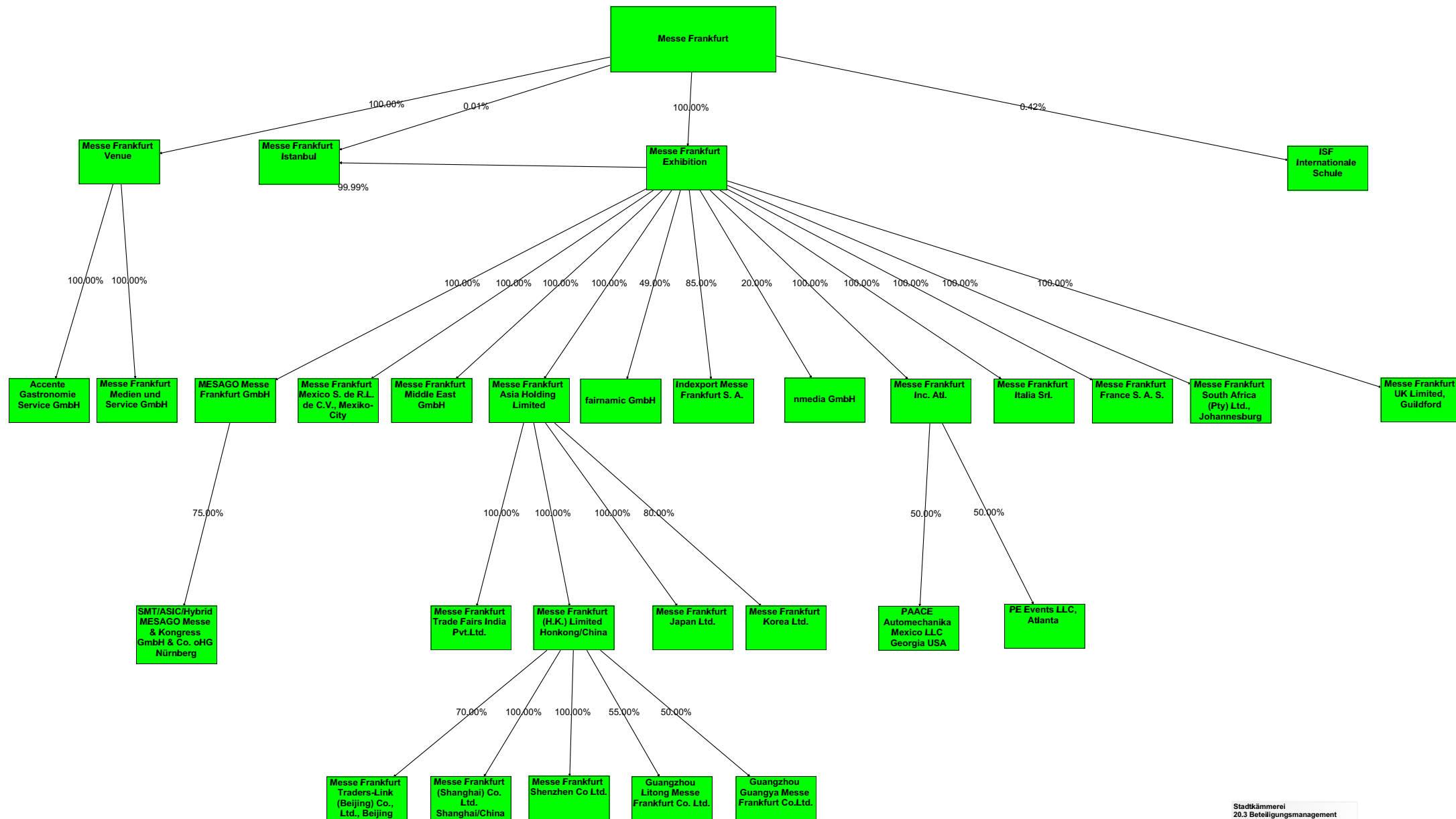
StadtRammerei
20.3 Beteiligungsmanagement
© Copyright Stadt Frankfurt am Main
Stand: 31.12.2022



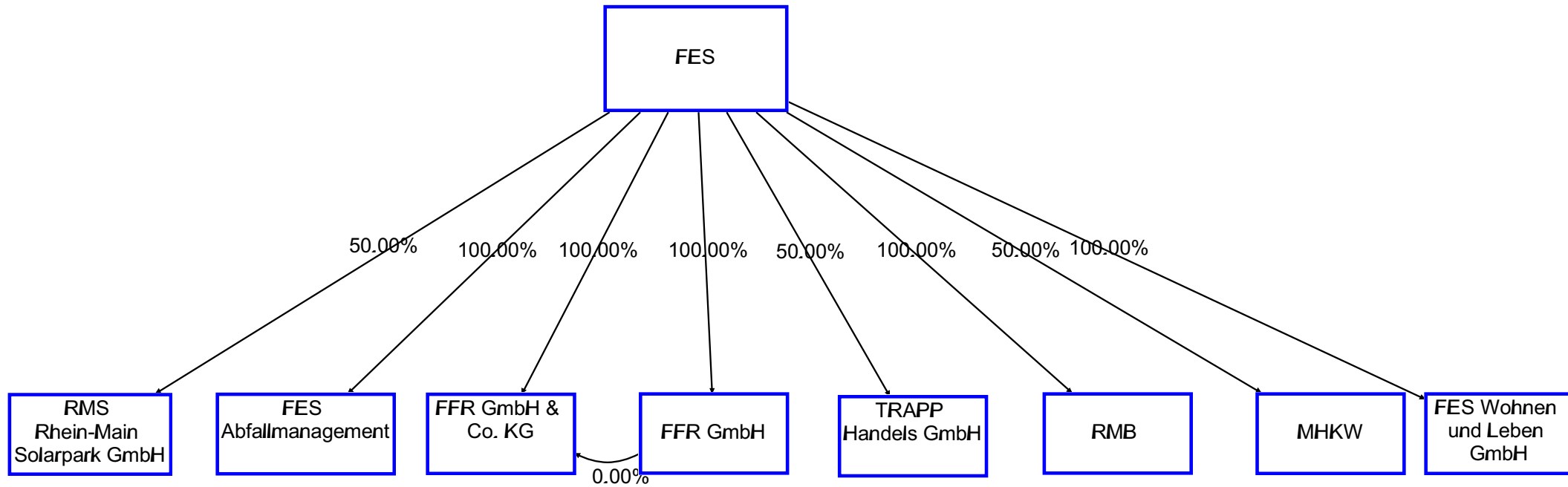
Beteiligungen der ABG



Beteiligungen der Messe Frankfurt GmbH



Beteiligungen der FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH



Stadtkämmerei
 20.3 Beteiligungsmanagement
 (c) Copyright Stadt Frankfurt am Main
 Stand: 31.12.2022



